

Acta Historica

REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE

ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК

JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES

ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Index

ÉTUDES

- É. V. Windisch: Die Entstehung der Voraussetzungen für die deutsche Nationalitätenbewegung in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
- J. Jemnitz: The First International and the War (1864—1866)
- L. Mátrai: Probleme des Fortschritts und des Verfalls in der Kulturgeschichte
- Л. Кеваго: Югославы в Венгрии и право нации на самоопределение (1918—1919 гг.)
- Zs. L. Nagy: The Mission of General Smuts to Budapest, April 1919
- D. Nemes: Die »österreichische Aktion« der Bethlen-Regierung
- Gy. Ránki: The German Occupation in Hungary
- I. Sinkovics: Quelques remarques concernant l'étude intitulée »La situation des serbes en Hongrie entre 1514—1848«

DOCUMENTS

RAPPORT SUR LES RECHERCHES
COMPTE RENDU DE LIVRES
CHRONIQUE
BIBLIOGRAPHIE



AKADÉMIAI KIADÓ
BUDAPEST

1965

TOMUS XI

Nr. 1—4

ACTA HISTORICA

REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE
ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК
JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES
ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

ADRESSE DE LA RÉDACTION: BUDAPEST I., ŪRI U. 51—53.

Membres du Comité de la rédaction: I. BEREND, L. ELEKES, E. LEDERER, E. MÁLYUSZ,
GY. MÉREI, E. MOLNÁR (rédacteur en chef), ZS. P. PACH, E. PAMLÉNYI (rédacteur),
J. PERÉNYI, F. PÓLÓSKAI, GY. TOKÓDY, T. WITTMAN, L. ZSIGMOND

Secrétaires de rédaction: L. DIÓSZEGI, J. JEMNITZ, ZS. L. NAGY

Az *Acta Historica*, az MTA történettudományi folyóirata francia, orosz, angol és német nyelven közöl értekezéseket a történettudomány köréből.

Az *Acta Historica* változó terjedelmű füzetekben jelenik meg: négy füzet alkot egy kb. 25—30 íves, évente megjelenő kötetet.

Az *Acta Historica* előfizetési ára kötetenként belföldre 80 Ft, külföldre 110 Ft. Megrendelhető a belföld számára az „Akadémiai Kiadó”-nál (Budapest V., Alkotmány utca 21 bankszámla 05-915-111-46), a külföld számára pedig a „Kultúra” Könyv és Hírlap Külkereskedelmi Vállalatnál (Budapest I., Fő utca 32. bankszámla: 43-790-057-181) vagy külföldi képviselőinél és bizományosainál.

Les *Acta Historica* paraissent en français, russe, anglais et allemand et publient des travaux du domaine des sciences historiques.

Les *Acta Historica* sont publiés sous forme de fascicules qui forment un volume à 400—500 pages par an.

Le prix de l'abonnement est de 110 forints par volume.

On peut s'abonner à l'Entreprise du commerce extérieur de livres et journaux «Kultúra» (Budapest 62, POB. 149) ou à l'étranger chez tous les représentants ou dépositaires.

ACTA HISTORICA

REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE
ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК
JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES
ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN

TOMUS XI



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST
1965



Die Entstehung der Voraussetzungen für die deutsche Nationalitätenbewegung in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

von

É. V. WINDISCH

Einleitung

Die Geschichte der in Ungarn lebenden deutschen Nationalität, die Entwicklung ihrer nationalen Bewegung, gehört zu den eigenartigsten Fragen der mit zahlreichen komplizierten Problemen belasteten Vergangenheit der Nationalitäten in Ungarn. Die Kategorien, die man auf die Geschichte anderer Nationalitäten ziemlich einheitlich anwenden kann, sind auf die in Ungarn lebenden Deutschen nur nach vielen Modifizierungen und Abänderungen anwendbar und auch die Schlußfolgerungen entsprechen nicht unbedingt den Ergebnissen, die wir bei der Untersuchung der Vergangenheit der anderen Nationalitäten gewinnen.

Zu den Faktoren, die die Stellung der Deutschen in Ungarn so spezifisch erscheinen lassen, gehört in erster Linie der Umstand, daß das Deutschtum in Ungarn im marxistisch-leninistischen Sinne des Wortes nicht als eine Nation betrachtet werden kann. Die deutsche Nationalität stellt keine historisch entstandene, feste Gemeinschaft dar. Ihre Einwanderung ist ein Prozeß, der Jahrhunderte, beinahe die ganze ungarische Geschichte durchzieht. Die in Siebenbürgen, im nördlichen Westungarn (heute: Burgenland) und im ehemaligen Oberungarn (heute: Slowakei) lebenden Deutschen sind Siedler aus der Arpadenzeit; die Auffüllung aber der westlichen Landesteile mit deutscher Bevölkerung erstreckt sich über Jahrhunderte. Die Deutschen in den übrigen Teilen Ungarns kamen im Laufe des 18. Jahrhunderts — zum Teil auch im 19. Jahrhundert — in kleineren oder größeren Gruppen in das von der Türkenherrschaft befreite, stark entvölkerte Land. Dabei handelte es sich um Siedlungsaktionen einzelner Grundherren oder um staatliche Maßnahmen. Da aber die neuen Siedler aus den verschiedensten Teilen des deutschen Reiches kamen, Dialekt, wirtschaftliche Lage und Siedlungsbedingungen bei jeder Gruppe andere waren, führte die Ansiedlung — die innerhalb einer relativ kurzen Zeit, im Verlaufe kaum eines Jahrhunderts an den verschiedensten Punkten des Landes erfolgte — lange Zeit nicht zur Entstehung einer Gemeinschaft.

Zwischen den alten und den neuen Siedlern entstand auch nicht das andere Kriterium der Nation: die aus dem geschlossenen Siedlungsgebiet resultierende Gemeinschaft. Während die anderen Nationalitäten in Ungarn

mehr oder weniger in Blöcken lebten, waren die deutschen Siedler sozusagen über das ganze Gebiet des Landes verstreut, in einigen Gegenden zahlreicher, größere Einheiten bildend, mit wenigen Ausnahmen aber auch hier durch Gemeinden anderer Nationalitäten aufgelockert. Ende des 19. Jahrhunderts leben in 381 von den 413 Bezirken des Landes (mit Siebenbürgen, aber ohne Kroatien) Einwohner deutscher Muttersprache. Wie sehr verstreut sie waren, erhellt schon daraus, daß ihre Zahl in 249 Bezirken nicht einmal 10% der Bevölkerung ausmacht. Auch die ziemlich geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete liegen — Siebenbürgen ausgenommen — in zehn Teilen des Landes, die folgende sind: 1. Leitha-Gebiet (Komitat Moson), 2. Raab-Gebiet (Kom. Sopron und Vas), 3. Bakony-Gebiet (Kom. Veszprém), 4. das Schildgebirge (Kom. Fejér, Komárom und Pest), 5. Mecsek-Gebiet (Kom. Tolna und Baranya), 6. Südungarn (Kom. Bács, Torontál, Temes, Arad, Krassó-Szörény), 7. Kraszna-Gebiet (Kom. Szatmár), 8. Tátra-Gebiet (sog. Zips), 9. Fáttra-Gebiet (Kom. Turóc, Nyitra, Bars), als zehnte Gruppe ist das in Kroatien verstreut lebende Deutschtum zu betrachten. Am geschlossensten ist das deutsche Siedlungsgebiet in Westungarn: in den einzelnen Bezirken bilden die Deutschen 42—88%, im Durchschnitt 65% der Bevölkerung. In den Komitaten Tolna und Baranya ist der Prozentsatz 39—81%, der Durchschnitt 67%. In den von Deutschen bewohnten Südgebieten ist der Prozentsatz bereits niedriger: 44, 42 und 48% (Bács, Temes, Torontál), in der Gegend von Pest 40%, in der Tatra und Fáttra nur 37 bzw. 31%. Die geringste Geschlossenheit der deutschen Siedler ist im Bakony-Gebiet zu beobachten¹.

Unter diesen Umständen erhebt sich natürlich die Frage nach der wirtschaftlichen Verkoppelung der Deutschen ganz Ungarns überhaupt nicht. Die gemeinsame Sprache und die auf dieser Sprache basierende Volkskultur, allein diese beiden Faktoren gestatten, das Deutschtum in Ungarn als eine Einheit aufzufassen, es sei denn, wir zählen zu diesen Kriterien als weiteres Moment noch den unsicheren, aber ohne Zweifel vorhandenen Faktor der Zusammengehörigkeit durch die (wenn auch allmähliche) Abstammung aus einem gemeinsamen Gebiet hinzu. Aber auch diese Faktoren zusammen genügen nicht, um die Existenz einer einheitlichen deutschen Nationalität in Ungarn unter Beweis zu stellen. Die einzelnen Gruppen deutscher Nationalität werden durch die erwähnten gemeinsamen Züge zu einer lockereren Einheit zusammengefügt als es die nationale Gemeinschaft ist. Einzelne Glieder dieser Gemeinschaft aber — vor allem die Deutschen in der Zips, in Südungarn, in Südtransdanubien und in Westungarn — weisen bereits mehrere Kriterien der Nation auf: gemeinsames Siedlungsgebiet und — wenn auch in beschränktem Umfange — wirtschaftliche Verkoppelung. Der Faktor der gemeinsamen Vergangenheit ist allerdings auch in diesen Gebieten nicht einheitlich und zum Teil sogar nur für einen engeren Zeitabschnitt gültig. Alle Faktoren der

¹ P. BALOGH: *A népfajok Magyarországon* (Die Völker Ungarns). Budapest 1902, S. 82—85.

Nation sind in Ungarn allein im Leben der Siebenbürger Sachsen ohne jede Einschränkung aufzuzeigen, woraus sich auch die hohe Entwicklungsstufe der Organisierung der Sachsen als Nationalität und der bedeutende Unterschied zwischen ihrer Haltung und der des Deutschtums im übrigen Ungarn erklärt.

Die aus den oben erwähnten Umständen resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse steigern die Aufgliederung des Deutschtums in Ungarn weiter. Einerseits stehen wir der gleichen Erscheinung gegenüber, der wir im Feudalismus und zu Beginn des Kapitalismus bei fast allen Nationalitäten — bei Rumänen, Slowaken, Karpato-Ukrainern — begegnen: da eine eigene herrschende Klasse mit ausgedehntem Grundbesitz fehlt, entstand nur eine sogenannte Rumpfgesellschaft.² Andererseits verhinderte die stufenweise Ansiedlung, zwischen deren einzelnen Wellen Jahrhunderte liegen, die zerstreute Unterbringung und das Fehlen eines gemeinsamen Wirtschaftslebens auch innerhalb der einzelnen Gruppen des Deutschtums das Entstehen einer einheitlichen Gesellschaft. Das deutsche Bürgertum der meisten Städte hat keinerlei Verbindung zu den deutschen bäuerlichen Schichten; während der größte Teil des städtischen Deutschtums bereits im Mittelalter nach Ungarn gekommen ist, haben sich die Bauern erst im 18. Jahrhundert niedergelassen. Das Leben der Stadtbewohner ist von den alten Privilegien des Feudalismus gekennzeichnet, die Bauern richten sich nach den bei der Übersiedlung abgeschlossenen, gegen die Übergriffe des Feudalismus zeitweilig Schutz gewährenden Verträgen ein oder lassen sich auf Kameralgütern nieder. Die Deutschen, die sich im Laufe des 18. Jahrhunderts in den Städten ansiedeln, kommen innerhalb des ständischen Rahmens mit dem zahlenmäßig geringen, aber mit ständischen Privilegien ausgestatteten und in Zünften zusammengeschlossenen Bürgertum dieser Städte — Buda, Győr, Szeged, Pécs, Székesfehérvár — und mit den Bürgern der übrigen Städte in engere Verbindung. Weniger mit den gleichzeitig mit ihnen nach Ungarn gekommenen Bauern. Abgesehen von den von Deutschen bewohnten Gebieten in Westungarn und von der Zips, entsteht auch dort kein organischer Zusammenhang zwischen deutschem Bürgertum und deutscher Bauernschaft, wo dies nach der gebietsmäßigen Ansiedlung sehr wohl möglich gewesen wäre: das deutsche Bürgertum von Pest-Buda, die deutschen Beamten- und Militärkreise von Temesvár stehen den deutschen Bauern, die sich im Laufe des 18. Jahrhunderts um die Städte herum ansiedeln, ebenso fern wie den Bauern jeder anderen Nationalität.

Diese Absonderung wird noch durch den Umstand versteift, daß das deutsche Bürgertum — das im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die wirtschaftlich entwickeltste Schicht des Bürgertums in Ungarn bildete — wirtschaftlich und gesellschaftlich in die ungarische Gesell-

² Z. I. TÓTH: *A soknemzetiségű állam néhány kérdéséről az 1848 előtti Magyarországon* (Zu einigen Fragen des Vielvölkerstaates Ungarn vor 1848). A Magyar Tudományos Akadémia Társadalmi-Történeti Tudományok Osztályának Közleményei. 1956, Bd. 7, Nr. 4, S. 274—277.

schaft eingegliedert war und die wirtschaftliche Funktion einer ungarischen bürgerlichen Klasse versah. Das war für sie um so leichter möglich, als die deutsche Sprache — auf allen Gebieten des Lebens, auf denen nicht das Lateinische herrschte — durch die Verbindung mit Österreich zu den allgemein benutzten Sprachen gehörte. So wurde auch die Gesellschaft der einzelnen Gruppen des Deutschtums in Ungarn zweigeteilt. Diese Teilung der Gesellschaft — die auch auf dem Wege zum Kapitalismus in den einzelnen von Deutschen bewohnten Gebieten ein einheitliches Wirtschaftsleben verhindert — ist der zweite besondere Charakterzug der Geschichte des Deutschtums in Ungarn.

Die Lage des Deutschtums in Ungarn wird im Kapitalismus noch von einem weiteren Umstand grundlegend bestimmt. Die anderen Nationalitäten hatten Verbindungen zu den außerhalb der ungarischen Grenzen lebenden Völkern verwandter oder gleicher Nationalität, die in vieler Hinsicht dieselbe Entwicklung durchlaufen hatten, wie die Ungarn und die erst jetzt versuchten, eigene Staaten zu bilden. Das Deutschtum dagegen war durch die Gemeinschaft der Sprache mit den Bewohnern zweier, politisch und den Kräfteverhältnissen nach weit bedeutenderer Staaten verbunden, zum Teil durch die Nachbarschaft des Gebietes, alle aber durch die — bis zu ihrer Ansiedlung in Ungarn — gemeinsame deutsche Vergangenheit: mit den benachbarten Österreichern im Habsburgerreich und mit den Einwohnern Deutschlands, das etwa um die Zeit des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ein einheitlicher Staat wird. Die Deutschen beider Staaten können in nationaler Hinsicht Verbündete der Deutschen in Ungarn sein. Der Umstand, wer dem Deutschtum in Ungarn die hilfreiche Hand entgegenstrecken wird, wird Charakter und Ziel der deutschen Bewegung in Ungarn und ihr Verhältnis zu den anderen Nationalitäten bestimmen. Wer es auch ist, die Kräfteverhältnisse werden auf jeden Fall anders sein als bei den übrigen Nationalitäten: nicht nur, weil die nationale Bewegung des Deutschtums in Ungarn noch in den Anfängen steckt, sondern auch wegen des Gewichts der beiden deutschen Staatsgebilde wird sich der Schwerpunkt der Bewegung notgedrungen über die Grenzen verschieben.³

Die aufgezählten Faktoren bestimmen einerseits grundlegend die nationale Entwicklung des Deutschtums in Ungarn und die Geschichte ihrer Nationalitätenbewegungen, machen aber andererseits die Entwirrung der verwobenen Fäden der Frage zu einer außergewöhnlich komplizierten Aufgabe. Hinzu kommt noch, daß in der ungarischen historischen Literatur nicht viele

³Mit den Ereignissen, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Leben des Deutschtums in Ungarn abspielen (Wirkung der Nationalitätenbestimmungen, Zusammenschlüsse auf der Grundlage der Nationalität, großdeutsche Versuche zur Gewinnung der Deutschen), beschäftigt sich mein Artikel: *A magyarországi német nemzetiségi mozgalom előtörténete 1867—1900* (Vorgeschichte der deutschen Nationalitätenbewegung in Ungarn 1867—1900). Századok. 1964, 4—6, S. 635—660, 1104—1129. Dieser Artikel und die vorliegende Arbeit sind Teile einer größeren Studie über die Geschichte des Deutschtums in Ungarn von 1849 bis 1918. — Über die ersten Versuche, um das südungarische Deutschtum politisch zu organisieren, siehe noch meinen Artikel in der Zeitschrift *Történelmi Szemle*, 1965, 1, S. 23—60.

Versuche unternommen worden sind, um Einzelprobleme oder die Frage insgesamt zu klären. Abgesehen von der nicht umfangreichen zeitgenössischen Literatur (mehr Broschüren) oder den neueren Teilstudien, die die Frage von der orts- oder siedlungsgeschichtlichen oder kulturellen Seite her untersuchen, war es allein Béla Pukánszky, der die Frage im ganzen betrachtete und zahlreiche nützliche Angaben und Gesichtspunkte bot. Er versuchte, in seiner Arbeit den Weg der Entwicklung des deutschen Bürgertums zur Nationalität zu skizzieren, wenn er dabei auch durch die geistesgeschichtliche Methode nicht immer die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen der behandelten Prozesse erkannte. In den ungarischen Arbeiten, die sich mit der Geschichte der Nationalitäten beschäftigen — in der bürgerlichen wie in der marxistischen Geschichtsschreibung — tritt die Frage des Deutschtums hinter den Bewegungen der Kroaten, Serben, Slowaken und Rumänen, die umfangreicher waren und auf eine größere Vergangenheit zurückblicken, in den Hintergrund.⁴ Die deutsche Literatur zu diesem Problem umfaßt aber eine ganze Bibliothek: Broschüren, ortsgeschichtliche Arbeiten, Aufsätze und Monographien befassen sich von den verschiedensten Gesichtspunkten aus mit dem Deutschtum in Ungarn. Ein Teil der Arbeiten — die pangermanistisch oder faschistisch ausgerichtet waren — verdreht bewußt zahlreiche Ereignisse oder Momente aus dem Leben des Deutschtums in Ungarn. Die anderen enthalten — da sie über das ungarische Quellenmaterial ungenügend informiert sind — Irrtümer und Mißverständnisse, so daß ihre Angaben und Behauptungen nur mit der nötigen Kritik benutzt werden können.⁵

Von den vielen Aufgaben, die der ungarischen Geschichtswissenschaft auf diesem Gebiet harren, möchte die vorliegende Studie nur einen einzigen Sektor zum Gegenstand ihrer Untersuchung machen. Sie sucht eine Antwort auf die Frage, unter welchen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen das Deutschtum in Ungarn in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts — also in einem langen Zeitraum der Regierung Franz Josephs — lebte und wie diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen (und die Politik der ungarischen

⁴ Die bedeutendste Arbeit B. PUKÁNSZKYS zu diesem Gegenstand: *Német polgárság magyar földön* (Deutsches Bürgertum in Ungarn). Budapest o. J. Zu den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ethnographischen Verhältnissen des Deutschtums in Ungarn zu Beginn des 20. Jahrhunderts: in den später noch zu erwähnenden Bänden des *Nemzetiségi ismertető könyvtár*. — Eine marxistische Monographie über die Geschichte der Nationalitätenfrage für die Zeit vor dem von uns behandelten Zeitabschnitt: E. ARATÓ: *A nemzetiségi kérdés története Magyarországon* (Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn). 1790—1848. Bd. I—II, Budapest 1960. Über das Deutschtum: Bd. I., auf den Seiten 57—62 und 281—294.

⁵ Aus der deutschen Literatur zwei zusammenfassende Arbeiten: J. H. SCHWICKER: *Die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen*. Wien u. Teschen 1881 (der Verfasser ist ein Ungarndeutscher); R. F. KAINDL: *Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern*. Bd. III. Gotha 1911 (in alldentscher Betrachtungsweise verfaßt). Ein faschistisch eingestelltes Handbuch, das viel Material und Literatur enthält: *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*. Hrsg. von C. Petersen, P. H. Ruth, O. Scheel, H. Schwalm. Bd. I. Breslau 1933. (Titelwörter zu unserem Gegenstand: Banat: S. 207—286; Batschka: 291—345; Budapest: 587—605; Burgenland-Westungarn: 659—746.)

schen Regierungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll) seine nationale Entwicklung sicherten, beziehungsweise, ob sie überhaupt gesichert war; in welchem Umfange es seine Sprache, seine Schulen und seine Zeitungen bewahren konnte. Mit dieser Untersuchung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse und der spezifischen Nationalitätenverhältnisse wollen wir folgende Frage beantworten: wieweit haben sich in der fraglichen Zeit in Ungarn die Voraussetzungen für eine deutsche Nationalitätenbewegung ergeben?

Aus unserer Untersuchung können wir die Siebenbürger Sachsen ausscheiden. Sie haben innerhalb des Deutschtums in Ungarn eine alleinstehende Gruppe gebildet; durch ihre auf Privilegien aus der Arpadenzeit beruhende und sorgsam bewahrte territoriale Autonomie — dies ist die einzige nationale territoriale Autonomie im feudalen Ungarn — verlief ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung unter völlig anderen Bedingungen als bei den anderen deutschen Gruppen in Ungarn. Sie standen daher auf einer Stufe der nationalen Entwicklung, die in jeder Hinsicht von jener der übrigen deutschen Gruppen abweicht, so daß wir sie mit Recht als eine alleinstehende, selbständige Nationalität betrachten können. Wir haben noch die Behandlung einiger, mit der gesellschaftlich-politischen Lage des Deutschtums eng zusammenhängenden, von unserem Thema aber entfernter liegenden Fragen zurückgestellt. Dazu wären auch besondere Untersuchungen notwendig. Wir denken dabei an die Stellung der Assimilierten in der Gesellschaft des Dualismus, an das aus Deutschland nach Ungarn vordringende deutsche Kapital und an die Rolle der deutschen Großkapitalisten, an das Problem von Verbindung und Gegensatz zwischen Deutschen und Juden.

Unsere Arbeit stützt sich vor allem auf statistische Veröffentlichungen und auf die ortsgeschichtliche Literatur, in zweiter Linie auf zeitgenössische Broschüren und andere Publikationen mit politischer Tendenz. Die tiefgreifende Analyse der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage der einzelnen deutschen Gruppen muß unter Heranziehung des verfügbaren Archivmaterials durch selbständige Darstellungen der Geschichte dieser Gruppen gelöst werden.

1. Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft des Deutschtums in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Trotz der gebietsmäßigen Zerrissenheit und der gesellschaftlichen Aufteilung, war das Deutschtum um die Mitte des 19. Jahrhunderts schon seiner Zahl nach einer der bedeutenden Faktoren Ungarns zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung. Nach Rumänen, Slowaken und Kroaten stehen die Deutschen unter den ungarländischen Nationalitäten an vierter Stelle.

Da die etwa gleichzeitigen Erfassungen Abweichungen aufweisen, läßt sich ihre Zahl nicht mit einer jeden Zweifel ausschließenden Genauigkeit feststellen. Während nach der Hain-Statistik vom Jahre 1846 in Ungarn 1 247 122

Deutsche wohnen (ohne Siebenbürger Sachsen und Juden),⁶ beträgt ihre Zahl nach den österreichischen Angaben vom Jahre 1851 1 137 278;⁷ die Volkszählung vom Jahre 1857 aber gibt (ohne Siebenbürger Sachsen, aber mit Juden) 1 083 263 an.⁸ Die stark sinkende Tendenz ist zum guten Teil den ungenauen Berechnungen zuzuschreiben (die Angaben vor 1857 beruhen lediglich auf Schätzungen) und kann nicht allein als ein Ergebnis der Magyarisierung betrachtet werden, obwohl auch dieser Faktor nicht außer acht gelassen werden darf, denn im Verhältnis zu 1846 wächst die Zahl der Ungarn bis zum Jahre 1857 um 700 000 an, zur gleichen Zeit, da die Gesamtbevölkerung des Landes um 300 000 abnimmt. Da die Angaben unsicher sind, kann auch der Entwicklungsweg nicht mit absoluter Genauigkeit gezeichnet werden. Wir müssen uns mit der ungefähren Feststellung begnügen, daß die Erfassung vom Jahre 1846 die Zahl der Deutschen vermutlich höher, die von 1857 aber interessanterweise niedriger angab, als sie in Wirklichkeit war. Sie dürfte sich um die Mitte des Jahrhunderts zwischen 1 100 000 und 1 200 000 bewegt haben. Nehmen wir die Erfassung vom Jahre 1851 zur Grundlage, so waren 12,4% der Einwohner Ungarns deutscher Muttersprache (ohne Siebenbürgen).⁹ Dieses Verhältnis wächst bis 1870 auf 14,32% an,¹⁰ und sinkt 1880 auf 12,90%.¹¹ Zur gleichen Zeit aber ist ihre Zahl in diesen Jahren im großen und ganzen unverändert 1 592 043 beziehungsweise 1 593 660 (ohne Siebenbürgen); rechnen wir die Juden, die deutsch als Muttersprache angeben, ab, so verbleiben 1 385 000.¹²

Genauer als die zusammenfassende Zahl geben die Zahlen für die einzelnen Gebiete die tatsächlichen Kräfteverhältnisse des Deutschtums in Ungarn

⁶ E. FÉNYES: *Az ausztriai birodalom statistikája és földrajzi leírása* (Statistik und geographische Beschreibung des österreichischen Reiches). Pest 1857, S. 32—44.

⁷ Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie. Neue Folge. Bd. I. Wien 1856, Taf. II S. 6.

⁸ E. FÉNYES: *A magyar birodalom nemzetiségei és ezek száma vármegyék és járások szerint* (Die Nationalitäten des ungarischen Reiches und ihre Zahl nach Komitaten und Bezirken). Pest 1867, S. 12—15. Wir haben die Angaben von Fényes mit den Korrekturen von E. Arató übernommen (a. a. O., Bd. I, S. 299—300, 302—303, 306).

⁹ K. KELETI: *Hazánk és népe* (Unser Land und sein Volk). Budapest 1889. Neue Ausgabe. S. 74—81. Nach den Angaben von Fényes für das Jahr 1867 betrug der Anteil lediglich 10,20%, was verglichen mit späteren, exakteren Erhebungen dafür zeugt, daß Fényes die Zahl der Deutschen viel zu niedrig angesetzt hat.

¹⁰ K. KELETI, a. a. O., S. 74.

¹¹ K. KELETI: *Magyarország nemzetiségei az 1880-ki népszámlálás alapján* (Ungarns Nationalitäten nach der Volkszählung von 1880). Budapest 1882 (Értekezések a társadalomtudományok köréből. Bd. VII., Nr. 2, S. 40). Ohne Siebenbürgen gerechnet. Für ganz Ungarn war der Anteil im Jahre 1880 12,5%.

¹² Bei der Zahl des Deutschtums muß in Betracht gezogen werden, daß sich im 19. Jahrhundert ein bedeutender Prozentsatz des ungarländischen Judentums als deutsch bezeichnete. Seine Zahl um die Mitte des Jahrhunderts kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden; nach den Erhebungen des Jahres 1851 beträgt die Zahl der ungarischen Einwohner israelitischer Konfession 352 868 Personen, wovon sich 246 445 als zum jüdischen Volk gehörig bezeichnen. Der Rest von 106 000 Personen dürfte sich zur Hälfte oder zum überwiegenden Teil als deutsch bezeichnet haben. Die weiteren Angaben sind ein Beleg für die fortlaufende Magyarisierung des Judentums: im Jahre 1880 sind ein Drittel der 624 680 in Ungarn lebenden Juden deutscher Nationalität: 207 853 Personen; (K. KELETI: *Magyarország nemzetiségei* . . . S. 22); mit 1900 verändert sich ihre Zahl nicht wesentlich (199 235 ohne Siebenbürgen, 216 698

wieder. Nehmen wir die Erfassung vom Jahre 1857 zur Grundlage, so wohnen die meisten Einwohner deutscher Muttersprache im Südungarn: in den Gebieten der Komitate Arad, Krassó-Szörény, Temes, Torontál (das heißt im Theiß—Mieresch-Dreieck, im sog. Banat) beträgt ihre Zahl 228 878; und wenn wir die 101 470 Deutschen in der Batschka (im südlichen Teil des Donau-Theiß-Zwischenstromlandes) und die 133 271 in den Komitaten Baranya und Tolnau dazunehmen, können wir im Süden Ungarns 463 619 Deutsche in großen Zügen mit gemeinsamer Vergangenheit und ähnlichen Lebensverhältnissen feststellen. (Die Zahl der Einwohner anderer Nationalitäten beträgt in diesem Gebiet 1 721 053). Den anderen großen und weit geschlosseneren Block bildet das Deutschtum in Wästungarn: in den westlichen Teilen der Komitate Moson, Sopron und Vas leben 245 096 Deutsche gegenüber 346 107 Einwohnern anderer Nationalität.

Die übrigen Gruppen des Deutschtums sind bedeutend kleiner als diese beiden und die relativ hervorstechenden Zahlen bezeichnen keine von Deutschen bewohnten Gebiete, sondern deutsche Städte. So wohnen von den 103 651 Deutschen im Komitat Pest 40 067 in Pest und 30 034 in Buda — das sind die Städte des Landes, in denen die meisten Einwohner deutscher Muttersprache leben. Im Komitat Zips (ung. Szepes) leben von den 44 095 Deutschen — neben 122 433 Einwohnern anderer Nationalität — 31 963 in den 16 sog. Zipser Städten und in Lőcse und Késmárk. Von den 42 942 deutschen Einwohnern des Komitats Pozsony leben 29 890 in der Stadt Pozsony. Außer diesen haben noch die Städte Temesvár, Sopron, Versec, Oravica, Kőszeg, Nyitra, Fehértemplom, Körmőbánya und Gölnicbánya die größte deutsche Mehrheit. In anderen Städten wohnt eine starke deutsche Minderheit: in Pécs über 7 000, in Zombor und Újvidék über 5 000, in Arad und Nagybecskerek über 4 000. Demgegenüber ist in einigen Städten, die in den vorangegangenen Jahrhunderten vornehmlich von Deutschen bewohnt wurden, die Zahl der deutschen Einwohner relativ oder an sich gering: von den 12 000 Einwohnern Kassas macht die Zahl der Deutschen nicht einmal 3 000 aus, in Eperjes wohnen 1 200, in Besztercebánya 833, in Bártfa insgesamt 180 Deutsche.¹³ Ihren Platz haben Ungarn und Slowaken eingenommen.

Natürlich beeinflußt im Zeitalter des beginnenden Kapitalismus die Größe und die mehr oder weniger starke Geschlossenheit der einzelnen Gruppen bedeutsam ihre unterschiedliche nationale Entwicklung. Letztlich aber wer-

mit Siebenbürgen), das aber ist nur ein Viertel des gesamten ungarländischen Judentums: Magyar Statisztikai Közlemények. Új sorozat. Bd. 5. *A Magyar Szent Korona országainak 1900. évi népszámlálása* (Die Volkszählung der Länder der Ungarischen Heiligen Krone im Jahre 1900.) 3. Budapest 1907, S. 355—358. In den Jahren von 1870—1900 können wir also im großen und ganzen ständig mit ungefähr 200 000 jüdischen Einwohnern rechnen, die sich als Deutsche bezeichnen. Durch die Magyarisierung zeigt ihre Zahl allerdings ein langsame Absinken.

¹³ E. FÉNYES: *A magyar birodalom nemzetiségei* . . . auf Grund der Belege auf S. 21—22 und 32—51.

den die Gestaltung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage der einzelnen Gruppen, die Haupttendenzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung die Entwicklung des Deutschtums als Nationalität bestimmen.

Die Verhältnisse des Bürgertums der alten deutschen Städte entwickeln sich — wie vorher — auch zu dieser Zeit einheitlich. Der gemeinsame Zug ihrer Lage ist der auf allen Gebieten gleicherweise auftretende wirtschaftliche Verfall und die relativ schnelle Verdrängung aus den Positionen, die sie bisher in der Stadt innehatten. Der Hauptgrund für den wirtschaftlichen Niedergang ist in dem Umstand zu suchen, daß sich die bisher im Zunftwesen lebenden deutschen Handwerker der schnellen Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse nicht anzupassen vermochten: mit der Aufhebung der Zünfte verlieren sie ihren bisherigen Rahmen, sie verfügen weder über ausreichendes Kapital noch über die notwendige Elastizität, um unter den neuen Verhältnissen die führende Rolle zu gewinnen oder aber in größerem Umfange in die neue wirtschaftliche Führungsschicht Eingang zu finden. Zu diesem Hauptgrund kommen andere, größtenteils mit der Entstehung des Kapitalismus zusammenhängende Gründe und Faktoren hinzu und unterstützen den überall zu beobachtenden Prozeß des Niedergangs und der Zurückdrängung, tragen zu seinem langsameren oder schnelleren Verlauf bei.

Diese Begleitumstände zeigen sich am deutlichsten in Nordwestungarn und in der Zips. Eine der Hauptexistenzgrundlagen der Bergstädte und des Zipser Deutschtums war der Bergbau, den sie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts technisch und organisatorisch nach jahrhundertealter Tradition betrieben. Das im Jahre 1854 eingeführte österreichische Bergwerksrecht hebt die ohnehin veralteten Rahmen mit einem Schlag auf und löst eine unüberwindliche Erschütterung aus: die Erhöhung der Gebühren führt zur Senkung des Lohns der Bergleute, zur Modernisierung der Arbeitsvorgänge aber fehlt das Kapital. Damit beginnt die Abwanderung der Arbeiter, die mit dem Baubeginn der Eisenbahnlinie Kassa-Oderberg im Jahre 1872 zu einer Massenbewegung wird, die Einwohnerzahl einzelner Gemeinden schmilzt auf die Hälfte zusammen.¹⁴ Parallel zu diesem Prozeß geht auch die berühmte Kleinindustrie in der Zips zugrunde: die um 1880 in Késmárk und Igló entstehenden Fabrikanlagen berauben sie innerhalb kurzer Zeit ihrer Existenzgrundlage; ihre Vernichtung wird noch durch die hohen Steuerlasten beschleunigt.¹⁵ Dies, gepaart mit dem Niedergang der Landwirtschaft, auf den wir noch zurückkommen, und die Aufhebung des auf Verwaltungsebene Schutz gewährenden selbständigen sächsischen Munizipiums in der Zips im Jahre 1876 führt zu einem völligen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenbruch

¹⁴ Gy. BRUCKNER: *A szepesi szász nép* (Das sächsische Volk der Zips). Budapest 1913, (Nemzetiségi ismertető könyvtár) S. 77—79.

¹⁵ Ebd. S. 66—68 und F. SVÁBY: *A Szepesség lakosságának szociológiai viszonyai a XVIII. és XIX. században* (Die soziologischen Verhältnisse der Bevölkerung der Zips im 18. und 19. Jahrhundert). Lőcse 1901, S. 48—97.

des Deutschtums in Oberungarn und in der Zips. Mit dem Beginn der siebziger Jahre setzt eine starke Fluktuation der Bevölkerung ein. Die alten Familien verschwinden eine nach der anderen und die seit dem 18. Jahrhundert aus den Dörfern in die Städte ziehenden ungarischen und slowakischen Bauern — für die, gemessen an ihrem Dasein als armer Bauer oder Häusler, selbst das Schicksal des städtischen Proletariats eine Art Aufstieg war — konnten ungestört immer größeren Raum einnehmen.¹⁶

Auch in den westungarischen deutschen Städten zeigte sich — wenn auch in geringerem Umfange — der wirtschaftlich-gesellschaftliche Niedergang. Schon in der Reformzeit beginnt Sopron durch örtliche Faktoren — vor allem durch den Umstand, daß die Donau als Handelsweg in den Vordergrund rückte — an Bedeutung zu verlieren; zur gleichen Zeit vermag ein für ungarische Verhältnisse sehr starkes Patriziat die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse um Jahrzehnte hinauszuzögern und diesen Rückstand konnte die Stadt im Zeitalter des Dualismus nicht mehr aufholen. Einen anderen Entwicklungsverlauf machte Pozsony durch; er war nicht durch einen allgemeinen Niedergang, sondern durch die Zurückdrängung des deutschen Elements gekennzeichnet: die Stadt wird industrialisiert und verliert durch die damit verbundene starke ungarische und slowakische Zuwanderung immer mehr ihren deutschen Charakter. In dieser Epoche wird die Führungsschicht ungarisch, das entstehende städtische Proletariat vornehmlich ungarisch und slowakisch — wenn es in großem Umfange auch mit den Mitgliedern der absinkenden deutschen Mittelschichten aufgefüllt wird —, und diesem Prozeß können auch die wirtschaftlichen Verbindungen der Stadt zu Wien kein Gegengewicht bieten. In den kleineren Städten des westlichen Grenzstreifens — so in Kőszeg, Kismarton, Ruszt, Szentgyörgy, Bazin und Magyaróvár — kann das deutsche Bürgertum seine führende Position in den städtischen Ämtern lange Zeit erhalten, im ganzen aber zeigt der Anteil der deutschen Einwohnerschaft gegenüber den Ungarn bzw. den Slowaken eine sinkende Tendenz. An ihrer Industrie, ihrem Handel zeigen sich zum Teil — ähnlich wie in Sopron — Stagnation, ja beginnender Niedergang, zum Teil — ähnlich wie in Pozsony — eine Weiterentwicklung ohne größere Beteiligung der deutschen Elemente.¹⁷

Das beste Beispiel für die Zurückdrängung aus der Führung des wirtschaftlichen Lebens und damit zugleich für die Aufreibung, bietet die deutsche Einwohnerschaft der Hauptstadt. Die Nationalitätenverteilung in Pest-Buda kann für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mit absoluter Genauigkeit rekonstruiert werden,¹⁸ ungefähr aber läßt sich feststellen, daß das Bürgertum

¹⁶ B. FORBERGER: *A szepesi német elem pusztulásáról* (Über den Verfall des deutschen Elements in der Zips). Igló 1909, S. 10; J. H. SCHWICKER, a. a. O., S. 294.

¹⁷ *Handwörterbuch* . . . S. 692–693.

¹⁸ S. J. KÓSAŠ Berechnungen in: *Buda és Pest elmagyarosodása 1848-ig* (Die Magyarisierung von Ofen und Pest bis zum Jahre 1848). Budapest 1937 (Apollo-könyvtár 7), S. 56–65.

dieser Städte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend — in Pest insgesamt drei Viertel, in Buda noch mehr — deutsch war. Das zahlenmäßige Übergewicht aber bedeutet nicht, daß tatsächlich eine starke deutsche Bürgerschicht vorhanden gewesen wäre: nur ein kleiner Anteil der Bewohner Pests waren im juristisch-politischen Sinne Bürger;¹⁹ die Mehrzahl bildeten der in der Stadt lebende Adel, die Honoratioren und die unteren Volksschichten. Im Jahre 1846 sind die meisten Handwerker Deutsche. In dem Augenblick aber, in dem die Fabrikindustrie das Zunftwesen abzulösen beginnt, wird die in den Zünften zusammengeschlossene bürgerliche deutsche Handwerker-schicht im Leben der Stadt zu einem unbedeutenden Faktor: wie in den anderen Städten des Landes finden sie auch hier keinen Platz unter den Faktoren, die die kapitalistische Entwicklung lenken. Auch durch das, im Vergleich zu den übrigen ungarischen Städten riesige Anwachsen Budapests, verliert das Deutschtum an Bedeutung: das durch die Zuwanderung von Hunderttausenden von Nichtdeutschen im wirtschaftlichen Leben auf einen unbedeutenden Platz zurückgedrängte Deutschtum geht Schritt für Schritt aller seiner Positionen verlustig. Hinzu kommt noch die Vernichtung der letzten Haupteinkommensquelle des Ofner deutschen Bürgertums: durch die in den siebziger Jahren auftretende Phyloxera wird der Weinbau völlig zerstört.²⁰ Um dem gesellschaftlichen Niedergang zu entgehen, bleibt den Söhnen der deutschen Bürger allein die Laufbahn des Beamten, des Intellektuellen, und diesen Weg beschreiten sie im Zeitalter Franz Josephs wirklich in Massen.

Von der Erscheinung des beim deutschen städtischen Bürgertum zu beobachtenden allgemeinen Niedergangs scheint das in den Städten eines einzigen Gebietes lebende Deutschtum verschont zu bleiben: die deutschen Einwohner des Südens, vor allem der Städte des Banats. Die bisherigen Forschungen bieten keine ausreichende Grundlage, um die Gründe für diese Tatsache zu rekonstruieren. Eines scheint jedoch sicher zu sein: die deutschen Einwohner dieser Städte haben sich durch ihre Ansiedlung im 18. Jahrhundert und durch die lange verwaltungsmäßige Sonderstellung dieses Gebiets — es wurde erst hundert Jahre nach der Vertreibung der Türken, im Jahre 1772 an Ungarn zurückgegliedert — nicht in die ungarische ständische Gesellschaft eingliedert wie das deutsche Bürgertum der übrigen Städte. Auf einer, von der freien bäuerlichen Lebensform ausgehenden und in der Zeit der Sonderstellung erstarkten kleinbürgerlichen Ebene verbleibend, konnten sie sich den wirtschaftlichen Erschütterungen elastischer anpassen. In dieser Entwicklung nimmt Temesvár bis zum gewissen Grade einen besonderen Platz ein: auf gesellschaftlichem Gebiet unterscheidet es seine im 18. Jahrhundert

¹⁹ *Handwörterbuch* . . . S. 592. Nach anderen Angaben (bei J. KÓSA, a. a. O., S. 24) gab es im Jahre 1832 1703 Bürger in Pest.

²⁰ *Handwörterbuch* . . . S. 599—600.

angesiedelte Beamten- und Militärführungsschicht, auf wirtschaftlicher Ebene seine relativ frühe und auch im 19. Jahrhundert weiterentwickelte Fabrikindustrie von den anderen deutschen Städten.²¹ Für die Entwicklung der von Deutschen bewohnten Städte dieses Gebietes kann Versec mit 12 839 deutschen Einwohnern (die Gesamteinwohnerschaft betrug im Jahre 1910 22 329 Personen) als typisch betrachtet werden. Das wirtschaftliche Leben von Versec wies bereits im Absolutismus einen allgemeinen Aufschwung auf. Die Stadt schaltet sich in das Straßennetz des Landes ein, 1858 bekommt sie eine Eisenbahn. Dadurch nimmt der Handel, besonders der Weinhandel zu; auch das äußere Bild der Stadt wird modernisiert.²² In den sechziger Jahren werden Kreditinstitute und Industriegesellschaften gegründet: 1867 die Sparkasse, 1868 die Handels- und Industriebank, 1869 die Weinhandelsgesellschaft, 1870 die Versecer Kreditbank. Der Weinanbau und Weinhandel mit seinen Verbindungen zu ausländischen Märkten fällt in den achtziger Jahren durch den Auftritt der Reblaus stark zurück, zu dieser Zeit aber kann die in der Weiterentwicklung begriffene Industrie bereits einem Teil der Einwohner die Existenzgrundlage sichern: zwei Maschinenfabriken, vier Dampfmühlen, Spirituosenfabriken, Buchdruckereien.²³ Seit 1857 hat die Stadt eine eigene Zeitung. Während also die Bürger der alten deutschen Städte mit der kapitalistischen Entwicklung zusammenstoßen und unrettbar unterliegen, finden die Bürger dieser jungen deutschen Städte auch unter den neuen Verhältnissen ihren bescheidenen, aber sicheren Platz. Inmitten dieser Banken, Gesellschaften und Zeitungen in diesen Städten, die eigentlich erst jetzt wirklich zu Städten werden, können wir auch das Entstehen einer neuen deutschen Intelligenz verfolgen.

Während wir in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung des deutschen Bürgertums in Ungarn — von einer einzigen, wenn auch sehr bedeutenden Ausnahme abgesehen — im wesentlichen die gleiche Tendenz beobachten konnten, ist die Lage des deutschen Bauerntums in Ungarn in dem von uns behandelten Zeitabschnitt weitaus vielschichtiger. Ohne Zweifel läßt sich in der häuerlichen und bürgerlichen Entwicklung der einzelnen deutschen Gruppen in den verschiedenen Gegenden — trotz der bereits erwähnten starken Absonderung von deutscher Stadt und deutschem Dorf — eine gewisse Parallelität verzeichnen. Die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung der Bauernschaft der einzelnen Gegenden richtet sich daneben den eigenen Gegebenheiten entsprechend nach den entstehenden kapitalistischen Verhältnissen und nach den von der Agrarkrise bestimmten Umständen. Wir wollen im folgenden nur auf einige Momente der komplizierten Entwicklung hinweisen,

²¹ I. BERKESSY: *Temesvár sz. kir. város monographiája* (Monographie der freien königlichen Stadt Temesvár). Temesvár 1900, S. 94–95, 174–180.

²² B. MILLEKER: *Versec szab. kir. város története* (Geschichte der freien königlichen Stadt Werschetz). Bd. II., S. 292 (die Angaben der Volkszählung vom Jahre 1880) und S. 104.

²³ Ebd. Bd. II., S. 326–327, 334.

die völlige Klärung der Frage erfordert weitere, in die Einzelheiten eindringende Forschungen.

Die Bauernschaft im nordwestlichen Teil von Oberungarn und in der Zips teilt — wenn auch auf Grund jeweils anderer Faktoren — in dem von uns behandelten Zeitabschnitt den Niedergang des in der gleichen Gegend lebenden Bürgertums. Die bäuerlichen Gruppen in den Komitaten Nyitra, Bars, Turóc verarmen im Verlaufe des Jahrhunderts völlig; ein Teil von ihnen muß unter ganz primitiven Bedingungen leben.²⁴ Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Zipser deutschen Ackerbürger ist ebenso katastrophal wie bei den Bergleuten und den Handwerkern. Die mit primitiven Mitteln, auf schlechtem Boden betriebene Landwirtschaft ist nicht in der Lage, die von den veränderten Verhältnissen diktierten Neuerungen einzuführen. Die im Zeitraum zwischen 1879 bis 1897 häufigen Mißernten können die Bauern nicht überwinden. Durch die sinkende Aufnahmefähigkeit der Städte verschlechtern sich auch die Marktverhältnisse. Die Wirtschaften werden zerstückelt, die Flächen der Ödländereien nehmen zu. Das Waldgesetz, das die Nutzung der Bergweiden einschränkt, richtet die Tierzucht zugrunde. Wälder, Wild- und Fischbestände fallen der Raubwirtschaft zum Opfer.²⁵ Die Industrialisierung des Gebietes, die stark genug ist, um das Handwerk zu vernichten, ist nicht umfangreich genug, um die Probleme des Bauerntums zu lösen.

Bedeutend günstiger jedoch ist — allgemein gesehen — die Lage des deutschen Bauerntums in Westungarn, obwohl ein großer Teil des Bodens (im Komitat Vas etwa ein Fünftel, in den übrigen Komitaten ein Drittel bis ein Viertel) in der Hand des Großgrundbesitzes ist. Im Komitat Moson aber ist neben dem Großgrundbesitz die Wirtschaft des wohlhabenden deutschen Bauern die herrschende Form; Bauernwirtschaften von 100 bis 130 Katastraljoch sind nicht selten. Bei den Deutschen in den westlichen Teilen der Komitate Sopron und Vas ist der Grundbesitz schon selten größer als 40—50 Katastraljoch, erreicht im allgemeinen kaum 20 Katastraljoch, ja es gibt auch Zwergbesitze und Sechzehntelparzellen — aber die Fruchtbarkeit des Bodens, die relative Intensität der Bewirtschaftung, der Weinbau, die Waldwirtschaft, die entwickelten Milchmeiereien und schließlich die Nähe Wiens sichern einem Teil der Bauernschaft auch in diesen Komitaten gute Lebensbedingungen. Andere Gemeinden wieder werden durch Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Leibeigenschaft, so das neue Grundbesitzgesetz, in ihrer Existenz bedroht; die Einwohner mehrerer deutscher Gemeinden versuchen im Jahre 1861 gewaltsam Widerstand zu leisten.²⁶ Im allgemeinen aber scheint

²⁴ J. H. SCHWICKER, a. a. O., S. 254—256.

²⁵ F. SVÁBY, a. a. O., S. 48—97; B. FORBERGER, a. a. O., S. 20 ff.; GY. BRUCKNER, a. a. O., S. 45—46. Bruckners Angaben zum Viehstand: im Jahre 1857 wurden in der Zips 85 938 Rinder gehalten, 1884 nur 57 111, die Zahl der Schweine sinkt von 41 600 auf 24 193.

²⁶ P. S. SÁNDOR: *Adatok a parasztság kisajátításáról és mozgalmairól az abszolútizmus korában* (Angaben zur Enteignung der Bauern und zu ihren Bewegungen im Zeitalter des Absolutismus). Századok, 1950. S. 344. Ähnliche Fälle finden sich in den Jahren 1862 und

die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in dieser Gegend sehr langsam zu sein. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse üben hier auf die bäuerliche Gesellschaft noch keinen tiefgreifenderen Einfluß aus, althergebrachte Sitten herrschen, es fehlt das städtische Zentrum, das das geschlossene Leben des Dorfes auflöst und es fehlt auch die deutsche Intelligenz auf dem Dorfe.²⁷

Wenn die Lage des deutschen Bauerntums in Westungarn von relativer Ruhe gekennzeichnet ist, sind in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Situation des deutschen Bauerntums in Südungarn bereits die von den Zeittendenzen ausgelösten starken Veränderungen zu beobachten. Für die deutschen Bauernmassen im Banat schafft die Aufhebung der Leibeigenschaft sehr gute Bedingungen: durch die günstigen Bedingungen ihrer Ansiedlung nach der Vertreibung der Türken, nach der Bodenentschuldung, haben sie im Verhältnis zur ungarischen, serbischen und rumänischen Einwohnerschaft größere Flächen und Boden von ausgezeichneter Qualität in Händen,²⁸ der durch die bei den Deutschen allgemein übliche »Anerbesitte« (der älteste Sohn erbt den Besitz und zahlt seine Geschwister aus)²⁹ auch nicht zu Klein- und Zwergbesitzen zerstückelt worden ist. Ihre Landwirtschaft ist trotz der, selbst im Zeitalter des Absolutismus rückständigen Methoden — die große Ausdehnung der Wirtschaften verhindert die intensive Nutzung — sehr einträglich, ihre Viehzucht ist relativ entwickelt und sie spielen in Ungarns Handel mit dem Süden eine Rolle.³⁰

Die so entstandenen Verhältnisse werden mit Beginn der sechziger Jahre durch Kräfte aus den verschiedensten Richtungen ins Wanken gebracht. Auf die günstigen Absatzverhältnisse in den Jahren nach dem Ausgleich folgt die Agrarkrise, Naturkatastrophen treten ein — Überschwemmung, Grundwasser, Mißernten —, die Steuerlasten nehmen zu, allmählich setzt sich das in Ungarn übliche gleichmäßige Erbsystem durch, damit beginnt die langsame Zerstückelung der Wirtschaften; alles zusammen führt zu einer Veränderung der bisherigen wirtschaftlichen Lage.³¹ Eine Entwicklung in zwei

1863 auch in anderen Gemeinden des Komitats Vas: *Parasztságunk a Habsburg önkényuralom korszakában 1849—1867* (Unsere Bauernschaft im Zeitalter der habsburgischen Willkürherrschaft 1849—1867). Red. von P. S. Sándor, Budapest 1951, S. 155—156.

²⁷ Ein skizzenhaftes Bild vom wirtschaftlich-gesellschaftlichen Leben des Burgenlandes geben: M. NITSCH: *A dunántúli németség* (Das Deutschtum in Transdanubien). Budapest 1913 (Nemzetiségi ismertető könyvtár) S. 22, 30—37; R. BAHR: *Deutsches Schicksal im nahen Südosten*. Hamburg 1936, S. 35—39; *Handwörterbuch* . . . S. 691, 695, 710.

²⁸ Den Eindruck einer isolierten Erscheinung macht der Zusammenbruch einiger Dörfer, die mit dem Grundherrn einen Vertrag abgeschlossen hatten und dieser nach 1848 vom Grundherrn nicht verlängert worden war. S.: K. BUCHMANN: *A délmagyarországi telepítések története* (Geschichte der Ansiedlungen in Südungarn). Budapest 1936, S. 110—111.

²⁹ A. DAMMANG: *Die deutsche Landwirtschaft im Banat und in der Batschka*. München 1931. Schriften der Deutschen Akademie, S. 125; G. CZIRBUSZ: *A délmagyarországi németek* (Die Deutschen in Südungarn). Budapest 1913 (Nemzetiségi ismertető könyvtár) S. 127—129.

³⁰ G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 37—38, 83—84; J. H. SCHWICKER, a. a. O., S. 386—387.

³¹ A. DAMMANG, a. a. O., S. 129—130; *Handwörterbuch* . . . S. 234; G. CZIRBUSZ, a. a. O. S. 93—94; *Parasztságunk a Habsburg önkényuralom korszakában* . . . S. 104—108.

Richtungen setzt ein: einerseits wird die Landwirtschaft — mit Hilfe einiger Banken im Banat, vor allem der seit 1846 bestehenden Bank in Temesvár — intensiver betrieben, die landwirtschaftlichen Industriezweige werden ausgebaut, Milchgenossenschaften entstehen, die Geflügelzucht blüht auf.³² Andererseits beginnt, in schnellerem Tempo als im übrigen Lande, die Differenzierung der Bauerngesellschaft im Süden. Bei den wohlhabendsten Schichten des Deutschtums war es schon zur Zeit der Anerbesitte üblich geworden, den jüngeren Geschwistern durch gepachtete Felder in den benachbarten Gemeinden eine Existenzgrundlage zu schaffen; sie kauften diese Felder schließlich den schlechter gestellten, vornehmlich rumänischen oder serbischen Besitzern ab. Dieser Prozeß nahm nach dem Ausgleich ernsthafte Ausmaße an und dehnte sich auch auf Kroatien und Slawonien aus. Neue deutsche Ansiedlungen entstehen in Gemeinden anderer Nationalitäten und es beginnt die langsame Eindeutschung einzelner Gemeinden.³³ Zur gleichen Zeit aber können die deutschen Mittel- und Kleinbauernschichten, die sich von vornherein in einer schlechteren Lage befanden, den Schwierigkeiten der neuen Verhältnisse nicht Herr werden: ihre Wirtschaften werden zerstückelt, ohne Kapital können sie ihre Produktion nicht intensivieren; die zunehmenden Lasten des Staates und der Gemeinde bedrücken sie übermäßig.³⁴ Die Schicht der Besitzlosen und der Zwergbesitzer nimmt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ständig zu.³⁵

Ähnlich ist die Lage auch in dem anderen großen Gebiet von Südungarn, in der Batschka. Hier wohnen die Deutschen mehr mit der Bevölkerung anderer Nationalitäten vermischt als im Banat, ihre wirtschaftliche Überlegenheit aber ist unbestritten: jeder Bauernbesitz von mehr als 50 Katastraljoch ist in deutscher Hand. Bezeichnend für das Deutschtum in der Batschka ist die große Anzahl der Dorfhandwerker, was zum Teil eine Folge der Anerbesitte ist. Dieser Umstand und der stark landwirtschaftliche Charakter der Städte erklären zum guten Teil, daß die Verbindungen zwischen Stadt und

³² G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 83—90; *Handwörterbuch* . . . S. 257; vgl. P. S. SÁNDOR: *A 19. századvégi agrárválság Magyarországon* (Die Agrarkrise in Ungarn gegen Ende des 19. Jahrhunderts). Budapest 1958, (Gazdaságtörténeti értekezések 1.) S. 55—57.

³³ J. H. SCHWICKER; a. a. O., S. 360 ff.; A. DAMMANG, a. a. O., S. 125; *Handwörterbuch* . . . S. 234; R. F. KAINDL, a. a. O., Bd. III. S. 262—263, 268—272. — Besonders stark war die Einwanderung der Deutschen nach Syrmien. Hier lebten um 1860 18 000—20 000 Deutsche; ihre Zahl wuchs bis 1880 auf 41 290 und bis 1900 auf 67 027 an (17% der Einwohner). Dann bleibt der Prozeß stehen: bis 1910 verändert sich die Zahl der Deutschen auf 68 068 (16,4%). Die sinkende Tendenz wird durch die Kroatisierung einiger tausend Deutscher ausgelöst. S.: H. HALLER: *Syrmien und sein Deutschtum*. Leipzig 1941, S. 37—39, 88, 90.

³⁴ G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 37—38.

³⁵ G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 93—94, 97—99. Ungefähr die Hälfte der Bauern im Komitat Torontál arbeitet in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Tagelöhner, um den Lebensunterhalt zu verdienen (bei dieser Angabe wird die Nationalität nicht berücksichtigt). Häufig ist auch, geliehenes Geld abzarbeiten. S.: P. S. SÁNDOR: *A 19. századi agrárválság* . . . S. 59. Auf S. 45—61, 97—148 wird die Frage der Differenzierung der Bauernschaft behandelt.

Land so locker sind,³⁶ denn der Austausch der Waren zwischen Stadt und Land wird so fast überflüssig. Auch die Einwohner der Batschka haben nach 1867 ebenso unter Naturkatastrophen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden, wie die Bewohner des Banats,³⁷ aber vom Ende der siebziger Jahre an beginnt auch hier die durch den einsetzenden Kapitalismus ausgelöste Entwicklung. Die Bewegung der Gesellschaft ist sehr gut am Beispiel der Gemeinde Torzsa zu erkennen. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stehen die Leibeigenenwirtschaften der Gemeinde auf demselben wirtschaftlich-gesellschaftlichen Niveau. Auch die Schicht der Bauern und der Handwerker ist nicht scharf voneinander getrennt. Ende der fünfziger Jahre beginnt sich die Lage zu ändern: die wohlhabenderen Bauern halten Landarbeiter oder Knechte und beschäftigen in der Hauptarbeitszeit Kleinhäusler im Tagelohn. Ihre Zahl hat sich, gemessen am Zeitpunkt der Ansiedlung, vervielfacht — von 27 auf 150 — die Zahl der Bauernwirtschaften aber ist gesunken. Der Besitz der wohlhabenden Bauern wächst durch Entwässerung und durch Bodenankauf in den benachbarten Gemeinden. Nach der Flurbereinigung zeigt sich die Differenzierung noch schärfer und zu Beginn des 20. Jahrhunderts trennen sich drei Schichten deutlich voneinander: die Schicht der reichen Bauern, der Kleinbauer-Handwerker und der Tagelöhner, Landarbeiter.³⁸ Ebenso wie das Deutschtum im Banat dehnen sich auch die Deutschen in der Batschka stark aus, sie dringen nach Kroatien, Slawonien, vor allem in den Bezirk Diakovar vor, kaufen die Felder der Serben und Kroaten an.³⁹

Die Skizzierung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse des Deutschtums in Ungarn erlaubt die Schlußfolgerung, daß die Voraussetzungen für eine deutsche nationale Bewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage dieser Nationalität nur sehr wenig gegeben waren. Ein städtisches Bürgertum, das sich im Niedergang befindet, deklassiert, zerstreut wird, ist nicht in der Lage, eine nationale Bewegung zu schaffen, vor allem, wenn es die Interessengemeinschaft mit den niederen Gesellschaftsschichten seiner eigenen Nationalität nicht erkennt. Allerdings wäre es nicht unmöglich, einzelne bäuerliche Schichten, vor allem jene Elemente, die wirtschaftlich absinken und die Wirkung der kapitalistischen Verhältnisse negativ empfinden, im Rahmen einer Nationalitätenbewegung zusammenzufassen, aber diese Schichten wären auf die Lenkung und Führung durch Elemente, die außerhalb ihrer Kreise stehen, angewiesen.

³⁶ *Handwörterbuch* . . . S. 296—298, 322. Das durchschnittliche Niveau der Wirtschaftsführung ist in diesem Komitat noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts niedrig, s. dazu P. S. SÁNDOR, a. a. O., S. 247—248.

³⁷ *Bács-Bodrog vármegye* (Komitat Bács-Bodrog). Red. von S. BOROVSKÝ, Bd. II. Budapest 1909, S. 252—265.

³⁸ A. BARKMANN: *Torscha. Eine volksdeutsche Siedlung in der jugoslawischen Batschka*. Berlin 1942. (Forschungen zur Kolonial- und Völkerwissenschaft.) S. 209—218.

³⁹ R. F. KAINDL, a. a. O., S. 268—272; E. BOEHM: *Das Deutschtum und seine kultur-geographische Leistung in den vier slawonischen Bezirken Diakovar, Poscheg, Neu-Gradischka, Brod*. Leipzig 1942. (Deutsche Schriften zur Landes- und Volksforschung 12.) S. 19 ff.

2. Die Assimilierung des Deutschtums in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Das deutsche Bürgertum in Ungarn ist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht fähig, sich an die Spitze einer deutschen Nationalitätenbewegung zu stellen. Daran hindern es nicht nur die schon dargelegten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse, hinzu kommt noch ein spezielles Moment: das starke Aufgehen im Ungarntum.

Die Assimilation als Ergebnis zeigt sich beim deutschen Bürgertum in Ungarn als das Resultat aus sehr unterschiedlichen, in den einzelnen Epochen, den gesellschaftlichen Schichten, selbst in den einzelnen Gegenden verschiedener Faktoren — eine nennenswerte bäuerliche Assimilation ist in unserem Zeitabschnitt nicht zu beobachten. Die auslösenden Faktoren können in zwei Gruppen eingeteilt werden, wobei einerseits die aus der besonderen Lage des deutschen Bürgertums resultierenden Momente, andererseits die aus der allgemeinen Entwicklung des Landes herrührenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Erscheinungen insgesamt unterschieden werden sollen.

Das deutsche Bürgertum in Ungarn ist einerseits durch seine verstreute, selbst in den Städten mit anderen Nationalitäten vermischte Ansiedlung, andererseits durch seine (bereits erwähnte) Isolierung vom deutschen Bauerntum den die Assimilation vorantreibenden Faktoren viel schutzloser preisgegeben als irgendeine gesellschaftliche Klasse der anderen in Ungarn lebenden Nationalitäten. Hinzu kommt, daß sein Nationalbewußtsein dadurch sehr gering ist oder überhaupt nicht vorhanden ist; zwar könnte die Erinnerung an die Abwanderung aus einem gemeinsamen Gebiet zur Entstehung eines primitiven nationalen Bewußtseins führen, diese Möglichkeit aber wird wieder durch den Umstand abgeschwächt, daß jene deutschen Gebiete, aus denen sie im 13. oder im 18. Jahrhundert ausgewandert sind, nicht Bestandteile eines einheitlichen Deutschlands waren, in den Einwohnern also lediglich ein Partikularbewußtsein lebte, das unter den durch die Auswanderung veränderten Verhältnissen selbstverständlich völlig verschwand. Wenn wir noch hinzunehmen, daß das Deutschtum in Ungarn keine eigene Kirche hat, ja konfessionell sogar noch aufgespalten ist, sich zum Teil zum katholischen, zum Teil zum evangelischen Glauben bekennt und auf diese Weise zwischen den Deutschen und anderen Nationalitäten des Landes Gemeinschaften entstehen können, die sie in Gegensatz zur eigenen Nationalität bringen, — dann wird es deutlich, daß das Deutschtum von allen Nationalitäten in Ungarn den zur Assimilierung hindrängenden Kräften den geringsten Widerstand entgegensetzen wird. Und diese Kräfte kommen in dem von uns behandelten Zeitabschnitt durch die konkreten gesellschaftlich-geschichtlichen Gegebenheiten einander stärkend, in zunehmendem Umfang zur Geltung.

Die Anfänge des Kapitalismus in Ungarn in der Reformzeit bringen für das deutsche Bürgertum nicht nur den Beginn des bereits dargelegten Prozesses der Zurückdrängung auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Als zunächst noch wirtschaftlich meistentwickelte Gruppe aller gesellschaftlichen Klassen aller Nationalitäten, nimmt es auch selbst an der Entwicklung teil, in deren Verlauf das wirtschaftliche Leben einen Aufschwung erfährt, Handwerk und Handel langsam den von den Zünften abgesteckten Rahmen überschreiten und ein einheitlicher ungarischer Markt zu entstehen beginnt. Und da diese Entwicklung mit einer Stärkung der ungarischen nationalstaatlichen Tendenzen und mit dem Vordringen der ungarischen Sprache verbunden ist, wird für das deutsche Bürgertum die Kenntnis und der Gebrauch der ungarischen Sprache immer wünschenswerter und selbstverständlicher. So wird — geradezu unmerkbar — das deutsche Bürgertum von Győr, Pécs und Székesfehérvár in der Reformzeit magyarisiert, schreitet die Assimilierung in der Hauptstadt fort und zeigt sich auch in Grenzgebieten wie in der Zips.

Mit der stürmischen Entfaltung des Kapitalismus geht naturgemäß — nach 1848, und noch mehr nach 1867 — die Auflösung der deutschen bürgerlichen Klasse einher, wodurch der Erfolg der Assimilierungstendenzen nur gefördert wird. Die Erfahrung zeigt, daß gewisse gesellschaftliche Schichten — durch das Ausmaß ihrer Berührung mit der herrschenden Nationalität bzw. deren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen — sich leichter, schneller assimilieren als die anderen. Während im ganzen gesehen die Bauern sich schwerer, die städtischen Elemente aber leichter assimilieren, zeigen sich jedoch auch hier Unterschiede. Bei den Bauern wechseln die am stärksten an das Dorf gebundenen Mittel- und Kleinbauern am schwersten ihre Nationalität; relativ leicht dagegen der Häusler, der Großbauer und der Dorfhandwerker. Auch die Dorfintelligenz gehört zu den assimilationsfreudigen Elementen. Bei den Stadtbewohnern sind diese Schichten, die Intelligenz, das Kleinbürgertum und die Arbeiterschaft. In Ungarn entstehen alle drei Schichten in der Reformzeit teilweise aus den innerhalb der ständischen Rahmen der Städte lebenden patrizischen und plebejischen Elementen und die Entwicklung führt zur Beseitigung der Schichten mit ständischem Charakter und zur Stärkung der neuen Schichten, die den entstehenden kapitalistischen Verhältnissen entsprechen. Weitere Voraussetzungen für diese Entwicklung werden durch die Aufhebung der Selbständigkeit der Städte im Absolutismus und durch die Beseitigung des Zunftsystems geschaffen. Der Prozeß der völligen Zerbröckelung des deutschen Bürgertums wird nach 1867 noch beschleunigt, als das deutsche Bürgertum durch Kapitalarmut und in der Mehrzahl durch die Beseitigung der Zunftrahmen in seinen Existenzgrundlagen erschüttert, nicht mehr in der Lage ist, die alte bürgerliche Lebensform weiter zu behaupten. Die Söhne der Bürger wenden sich den intellektuellen Berufen zu, vornehmlich die der deutschen Bürgerfamilien der Hauptstadt, der Zips und in geringerem Umfang dringt auch die in

Westungarn lebende Bürgerjugend massenweise in die ungarische Intelligenz ein. Der nach 1867 beginnende Ausbau des ungarischen Staatssystems eröffnet bisher unbekannte Perspektiven des gesellschaftlichen Aufstiegs, der Zutritt zur herrschenden Klasse wird — gemessen an den Verhältnissen vor 1867 — zu einer realen Möglichkeit. Und da die Sprache der Ämter, des öffentlichen Lebens, auf höherer Ebene auch der Wirtschaft und zunehmend des kulturellen Lebens die ungarische ist, assimilieren sich die aufstrebenden deutschen Elemente bereitwillig — im Gegensatz zu anderen Nationalitäten, bei denen die Assimilierung der Intelligenz gegen Ende des 18. Jahrhunderts immer mehr abnimmt, die Intelligenz sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellt und ihre Assimilierung im Kapitalismus so gut wie völlig aufhört.

Gleichzeitig mit der Magyarisierung der Intelligenz wird das Absinken des alten deutschen Bürgertums auf die Stufe eines Kleinbürgertums — ein Prozeß, der Ende der Reformzeit eingesetzt hatte — beschleunigt, was ebenfalls nur die Loslösung von den Traditionen, die Magyarisierung fördert. Die deutschen plebejischen Elemente der Städte wiederum werden zusammen mit den zu den Industriezentren strömenden ärmeren Elementen anderer Nationalitäten zu Mitgliedern der entstehenden Arbeiterklasse, und ihre Lebensverhältnisse, ihre Umgebung machen sie nach einigen Jahrzehnten naturgemäß zu Ungarn. Die Assimilierung der Deutschen nach 1867 macht auch nicht an den Grenzen der Städte halt. Schon in der Reformzeit hatte man von den deutschen Bauern festgestellt, daß sie von allen fremden Völkern am liebsten die ungarische Sprache lernten und einige isolierte deutsche Gemeinden sich bereits assimilierten,⁴⁰ im ganzen aber war die Ausbreitung des Assimilierungsprozesses damals durch die natürliche Abgeschlossenheit der bäuerlichen Schichten noch unmöglich. Nach 1867 aber wird es zu einer zu beobachtenden Erscheinung, daß zwar nicht die bäuerlichen Massen magyarisiert werden, aber die Söhne der deutschen Bauern im Banat und in der Batschka eine höhere Schulbildung erhalten, die Beamtenlaufbahn oder einen intellektuellen Beruf wählen und damit zugleich magyarisiert werden. Dieser Prozeß wird durch die Verbesserung der Vermögenslage der deutschen reichen Bauernschaft ermöglicht, es ist aber auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, da in diesen Gegenden die ungeteilte Erbschaft zum Teil noch in Gültigkeit ist. Auch der Anspruch, gesellschaftlich aufzusteigen, hat eine große Kraft; Ungar geworden zu sein, bedeutet für die Bauern in der Batschka und im Banat, so groß ihr Vermögen auch sein mag, zugleich Herr geworden zu sein. Damit entwickelt sich innerhalb des Deutschtums selbst die gesellschaftliche Unterschätzung des »Schwabentums«, gegen das die deutsche nationalistische Presse um die Jahrhundertwende durch Erwek-

⁴⁰ E. FÉNYES: *Magyarország statisztikája* (Ungarns Statistik). Pest 1842, Bd. I., S. 74—76.

kung des nationalen und bauerlichen Selbstbewußtseins den Kampf aufzunehmen versucht.

Bei der Untersuchung der Entwicklung dürfen wir auch den ideologischen Begleitfaktor — der vor allem für die Intelligenz ein sehr bestimmender Faktor ist — nicht außer acht lassen. Die fortschrittlichen Ideen der Zeit lernt das deutsche Bürgertum durch ungarische Vermittlung kennen und es ist davon überzeugt, daß die ungarischen nationalen Bestrebungen auf breiter Front mit den Ideen des Fortschritts und der Freiheit zusammenfallen, während die Wiener Regierung dagegen die Verkörperung der Reaktion und der Unterdrückung ist: diese Überzeugung fördert den in der Assimilierung zum Ausdruck kommenden völligen Anschluß der Intellektuellen an das Ungarntum. Hieran ist in der Reformzeit noch ein weiterer, im Feudalismus wurzelnder gesellschaftlich-ideologischer Faktor beteiligt: der Bürger, der mit den Ideen sympathisiert, die die ungarischen Adligen verkünden, findet zugleich auch die adlige Lebensform anziehend und möchte sich — entgegen seiner fortschrittlichen oder relativ fortschrittlichen Prinzipien — mit seiner Magyarisierung zugleich auch der gesellschaftlich über ihm stehenden Klasse annähern. In allen denen aber, die von den Ideen der Reformzeit zum Ungarntum geführt worden sind, wird diese Sympathie durch die Ereignisse von 1848—1849 vervielfacht. Während des Absolutismus können die Sache des verlorenen Freiheitskampfes und die österreichische politische und wirtschaftliche Unterdrückung für Wissenschaftler, Schriftsteller und politisch bewußte bürgerliche Elemente ebenfalls zu fördernden Faktoren für die Magyarisierung werden — obwohl einige Momente auch die Schlußfolgerung gestatten, daß die Germanisierungstendenzen der Bach-Zeit die in breiten Schichten begonnene Magyarisierung etwas zum Stocken gebracht haben. Nach 1867 verschwinden diese Tendenzen nicht nur, sondern lösen naturgemäß auch eine Reaktion aus. Ideologische Faktoren beeinflussen den Magyarisierungsprozeß bedeutend weniger als früher, aber der Umstand, daß das geistige Leben ungarischsprachig geworden ist und eine höhere geistige Tätigkeit nur in ungarischer Sprache ausgeübt werden kann, geschweige denn daß sich damit der Intelligenz die Möglichkeit des gesellschaftlichen Aufstiegs bot, wird immer mehr zum Anstoß zur Magyarisierung.⁴¹

⁴¹ Bei der Behandlung der Assimilation habe ich vielfach das Buch von B. PUKÁNSZKY: *Német polgárság . . .* benutzt, vor allem folgende Abschnitte: zu den Beweggründen der Assimilation in der Reformzeit: S. 37, 43, 64; die gesellschaftliche Motivierung der Assimilierung während des Dualismus: S. 92—99. Auf S. 32—135 finden sich verstreut viele Beispiele und Analysen zum Prozeß der Assimilation. Zum übertriebenen Nationalismus der Assimilierten s. S. 56—58, 133. Eine Charakteristik J. RÁKOSIS: S. 102—106, 108—109. — Nützliche Gesichtspunkte lieferten I. SZABÓS Darlegungen zum Assimilationsprozeß im 19. Jahrhundert mit besonderer Analyse der Assimilation auf dem Dorf und in der Stadt: *A magyarság életrajza* (Biographie des Ungarntums). Budapest o. J. S. 218—245. Weiterhin E. MORAVEK: *Német újjászületés a Dunavölgyben. Az utódállamok német kisebbségi mozgalmái 1918—1938* (Deutsche Wiedergeburt im Donautal. Deutsche Minderheitenbewegungen in den Nachfolgestaaten 1918—1938). Manuskript. (Magyar Országos Levéltár, Külügyminisztérium Levéltára

Bisher haben wir uns ausschließlich mit der Frage der spontanen Assimilation des Deutschtums befaßt. Das Bild wäre jedoch einseitig, wollten wir nicht zumindest einen Blick auf die äußeren Kräfte werfen, die die Magyarisierung der Deutschen voranzutreiben suchten.⁴²

Versuche, die sprachlich-kulturellen Rechte der Nationalitäten zu beschränken, die Nationalitätenbewegungen zu beseitigen sind — wie das Beispiel aller europäischen Staaten zeigt, innerhalb deren Grenzen mehrere Nationalitäten leben — Begleiterscheinungen des Aufbaus einer bürgerlichen Staatsorganisation. Dieser Zug der bürgerlichen Staatsentwicklung steht in Ungarn — wegen seiner außergewöhnlich starken Aufgliederung in Nationalitäten — viel mehr im Mittelpunkt als in weniger bunten multinationalen Staaten. Das zeigte sich ideologisch darin, den Gedanken der ungarischen politischen Nation ohne Unterschied der Parteien geltend zu machen, praktisch in den Gesetzen und Verordnungen zur Schaffung des einsprachigen Staates — durch die mehr als die Hälfte der Einwohner des Landes betroffen wurden.

Ein großer Teil dieser Gesetze diente dem Bestreben, die ungarische Sprache in möglichst weitem Umfange zur Unterrichtssprache zu machen. Ihre Reihe beginnt mit dem Ges. Art. XVIII vom Jahre 1879, der die ungarische Sprache zur obligatorischen Unterrichtssprache in der Volksschule erklärt und endet mit dem Ges. Art. XXVII vom Jahre 1907, der einen größeren Gebrauch der ungarischen Sprache in der Schule vorschreibt und den bisher zu einem großen Prozentsatz unter Gemeinde- oder Kirchengaufsicht stehenden Volksunterricht zunehmend unter die Kontrolle des Staates stellt. Die Unterrichtsgesetze werden durch weitere Gesetze ergänzt, die der mit der Schaffung des bürgerlichen Staates notwendigerweise einhergehenden Zentralisation dienen — zur gleichen Zeit aber die bisherige relative Selbständigkeit einzelner Nationalitätengruppen beschränken. Die Magyarisierung der Ortsnamen, die Verschärfung des Pressegesetzes, die Gesetze, die die Aufreizung zum Haß gegen Klassen, Konfessionen und Nationalitäten verurteilen, ebnen einer Praxis den Weg, die die Nationalitätenrechte verletzt, den Schutz der Nationalsprache erschwert. Die gesetzlichen Maßnahmen werden durch

1946. Békeelőkészítő osztály.) Hier werden auf Grund deutscher wissenschaftlicher und publizistischer Literatur alle Gründe für die Assimilation des Deutschtums in Ungarn zusammengefaßt. — Wichtige prinzipielle Feststellungen zum Assimilierungsprozeß: Z. I. TÓTH, a. a. O., S. 265—266, 272. — Eine interessante Parallele bietet O. JÁSZI mit seiner Zeichnung von der Assimilation des Deutschtums in Amerika: *A nemzeti államok kialakulása és a nemzetiségi kérdés* (Die Entstehung der Nationalstaaten und die Nationalitätenfrage). Budapest 1912, S. 118—122. Mit dem Prozeß der Magyarisierung hat sich von deutscher Seite zusammenfassend beschäftigt: R. BAHR; a. a. O., S. 42—44, 98—103; J. H. SCHWICKER, a. a. O., S. 185—193. Zur Assimilation in der Reformzeit s. E. ARATÓ, a. a. O., Bd. I. S. 21—24.

⁴² Ausführlicher zu den Magyarisierungsbestrebungen, mit Dokumentation, s. meinen in Anm. 3 erwähnten Artikel in der Zeitschrift *Századok*, S. 648—659.

Verwaltungsanordnungen, durch Maßnahmen der örtlichen Behörden ergänzt. Hier ist zu erwähnen, daß die Verwaltung völlig zur ungarischen Sprache überging, die Rechtsanwälte und die Dorfnotäre durch ihre Ordnungen auf den Gebrauch der ungarischen Sprache verwiesen wurden, das Justizwesen magyarisiert wurde, die Sprachen der Nationalitäten im Verkehr, bei der Post und im Grundbuchwesen keine Beachtung mehr fanden. Hierher gehört aber auch, daß die Wahl der Vertreter der Nationalitäten bei den Parlamentswahlen mit allen Mitteln erschwert wurde, die Durchführung der Volkszählungen, besonders im Jahre 1910, an vielen Orten für die Nationalitäten verletzend war.

Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung der Assimilation fehlte es nicht an Versuchen, die Magyarisierung der Nationalitäten auf gesellschaftlichem Wege herbeizuführen. Auf offizielle Initiative begannen in der durch Parteipolitik und Presse von der Idee des ungarischen Supremats, der ungarischen politischen Nation erfüllten Mittelschicht — die größtenteils adliger, zum guten Teil aber auch nichtungarischer Herkunft war — vom Beamtentum und von den Lehrern unterstützte Magyarisierungskampagnen, zur Assimilierung vor allem des Deutschtums. Eine dieser gesellschaftlichen Bewegungen will die Magyarisierung der Namen fördern: die damalige Gesellschaft betrachtet den Tausch des Namens gegen einen ungarischen als besten Beweis für die Assimilation. In den Städten der von den Nationalitäten bewohnten Gebiete entstehen Vereine zur Verbreitung der ungarischen Sprache. Sie wollen das Erlernen des Ungarischen ermöglichen, unterstützen den ungarischsprachigen Schulunterricht, das ungarische Theaterspiel, bemühen sich um die Magyarisierung der deutsch- oder anderssprachigen Firmenschilder und Straßennamen. Ausstrahlungskraft und Erfolg der Tätigkeit dieser Vereine ist im allgemeinen gering.

Die herrschenden Kreise machen kein Geheimnis daraus, daß sie sich von all diesen Maßnahmen von allen Nationalitäten vor allen bei den Deutschen in den Städten Erfolg versprechen. Der Journalist und Abgeordnete der Liberalen Partei, Gusztáv Beksics, der als juristischer Fachmann für Nationalitätenfragen galt, erklärte in einer Flugschrift: Intelligenz, Literatur, Wissenschaft, Vermögen, Industrie und Handel vollkommen zu magyarisieren, sei im Interesse des ungarischen Staates, auf die Assimilation der Massen müsse von vornherein verzichtet werden. Unter den gegebenen Umständen glaubt er, daß dieses Ziel am ehesten durch Einschmelzung des städtischen Deutschtums zu erreichen sei. Zum Teil, weil die sprachliche Verschmelzung des sich ohnehin assimilierenden, keine besonderen politischen Ziele verfolgenden Deutschtums auf die geringsten Schwierigkeiten stoße, zum anderen, weil die Geschichte allein die Schmelzkraft der Städte beweise und in Ungarn außer dem Ungarntum nur das Deutschtum in größerer Zahl in den Städten lebe. Zwang hält er nicht für notwendig, denn die Städte seien auch ohne Zwang Verbreiter der Ungarischsprachigkeit.

Wenn wir die Mittel betrachten, mit denen die Magyarisierung vorangetrieben wurde, müssen wir feststellen, daß die aufgezählten, Sprache und Rechte der Nationalitäten teilweise schwer verletzenden Gesetze und Maßnahmen nicht geeignet sind, die Einschmelzung zu fördern. Sie können wohl zu einem kulturellen Absinken der Nationalitäten führen, zu ihrer Zurückdrängung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, zur Unzufriedenheit, sie können in ihnen das Bewußtsein der Rechtlosigkeit erwecken — aber keine Assimilation herbeiführen oder nur in sehr geringem Umfange. Gemessen an den zur spontanen Assimilation führenden und aus der Natur des bürgerlichen Staates resultierenden Faktoren, sind diese Maßnahmen für die Assimilation relativ unbedeutend.⁴³ Worauf schon Lajos Mocsáry, der einzige ungarische Abgeordnete, der sich die Interessen der Nationalitäten zu eigen gemacht hatte, im Jahre 1891 in der Debatte über das Kindergartengesetz verwies: die Erzwingung der ungarischen Sprache ist eine schlechte Politik und führt nicht zum Erfolg. Wo aber die natürlichen Bedingungen für die Magyarisierung gegeben sind, da sind Gesetze überflüssig.⁴⁴

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Rolle der Assimilierten, die viel umstrittene Frage ihrer Eingliederung in die ungarische Gesellschaft zu untersuchen. Wir wollen hier lediglich feststellen, daß ein sehr bedeutender Prozentsatz der magyarisierten Deutschen in den intellektuellen Berufen und in der Beamtenlaufbahn unterkommt, was seine Erklärung nicht nur darin findet, daß ein großer Teil der Magyarisierten aus den auf relativ hohem geistigem und materiellem Niveau stehenden städtischen Bürger- und Beamtenfamilien stammen, sondern auch darin, daß in den Nationalitätengebieten die Voraussetzungen für die intellektuellen Berufe eher gegeben sind, da hier bedeutend mehr höhere Schulen (zum größten Teil mit ungarischer Unterrichtssprache) unterhalten werden als in den rein ungarischen Gebieten — eine logische Folge der auf die Magyarisierung der Mittelschichten gerichteten Bestrebungen. Schließlich soll noch bemerkt werden, daß die Assimilierten — vor allem die nach 1867 Magyarisierten — nicht von dem für Assimilierte im allgemeinen charakteristischen übertriebenen Nationalismus verschont bleiben, von dem Bestreben, die ungarische Nationalität mit allen Mitteln auszubreiten. Am auffälligsten in dieser Hinsicht ist das Auftreten von Jenő Rákosi (Kremsler),

⁴³ So sieht es heute auch bereits die westdeutsche Geschichtsschreibung. Valjavec schreibt: »Diese Madjarisierung, die . . . kaum wirtschaftliche Benachteiligung des einzelnen zur Folge hatte, war in ihren Ergebnissen recht fragwürdig.« Bei den Ausführungen zur starken Magyarisierung des deutschen Bürgertums und zum ungarischsprachigen Unterricht erklärt Valjavec: »Aber diese Schattenseiten dürfen auch nicht überschätzt werden. Behördliche Behinderungen waren nur die Ausnahme, nicht aber die Regel. Das wirtschaftliche Leben des einzelnen und das der Gemeinden konnte sich ungehindert entfalten.« (FRITZ VALJAVEC: *Geschichte der Donauschwaben*. Ausgewählte Aufsätze. München 1963. Südosteuropäische Arbeiten 60, S. 197, 199.)

⁴⁴ *Képviseletközi napló, 1887—1892*, Bd. XXI, Budapest 1891, S. 239. Sitzung vom 20. Januar 1891.

der in seiner langen publizistischen Tätigkeit die extremste Ideologie des ungarischen Chauvinismus und Imperialismus geschaffen hat.

Noch in einer anderen Beziehung müssen wir die Frage der Assimilierung des Deutschtums berühren. Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurde das Deutschtum nicht nur zugunsten des Ungarntums zurückgedrängt. Ein nicht unbedeutender Prozeß nämlich war die Assimilierung des oberungarischen Deutschtums zum Slowakentum. Die durch die allgemeine Lage gegebenen Faktoren, die die Magyarisierung des Deutschtums möglich machten, brachten sie in nationaler Hinsicht in eine ungünstige Lage gerade gegenüber der außergewöhnlich nationalbewußten Intelligenz der Slowaken und dem gesamten Slowakentum. Da die Bevölkerung von Oberungarn außergewöhnlich gemischt war, hatte sich der Gebrauch einer Mischung aus ungarischer, deutscher, slowakischer und lateinischer Sprache herausgebildet und die Einwohner der von slowakischen Dörfern umgebenen deutschen Städte, vor allem die unteren Schichten, waren bereits in der Reformzeit zum Gebrauch der slowakischen Sprache übergegangen oder durch Heiraten slowakisiert worden. Im Absolutismus, als die Zerstreuung der deutschen Bevölkerung und das Eindringen der Slowaken aus den Dörfern in die Städte begann, erreichte das Slowakentum in den alten deutschen Städten immer mehr das zahlenmäßige Übergewicht.⁴⁵

Der Prozeß der spontanen Assimilierung des Deutschtums — unterstützt von den Magyarisierungsbestrebungen der Regierung und der Gesellschaft — führt zu einer zahlenmäßigen Senkung des Deutschtums Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Volkszählung vom Jahre 1880 gibt in Ungarn (ohne Siebenbürgen) — wie wir gesehen haben — 1 593 660 Deutsche an (mit Siebenbürgen 1 953 011). Bis zum Jahre 1900 nimmt ihre Zahl zu und beträgt 2 135 181; sinkt bis zum Jahre 1910 auf 2 037 435 ab. Während aber im Jahre 1880 das Deutschtum 12,5% der Einwohner Ungarns ausmachte, erreicht das zwar zahlenmäßig angewachsene Deutschtum im Jahre 1900 nur 11,1% und im Jahre 1910 nur noch 9,8%.⁴⁶ In dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts beträgt das zahlenmäßige Absinken nicht ganz 100 000 Personen. Wenn wir aber auch die natürliche

⁴⁵ E. SCHWAB: *Land und Leute in Ungarn*. Leipzig 1865, S. 352.

⁴⁶ Eine Zusammenstellung der Nationalitätenangaben aus den Volkszählungen von 1880—1910: GY. BARSY: *Magyarország népessége a honfoglalás óta* (Ungarns Bevölkerung seit der Landnahme). Magyar Statisztikai Szemle, 1938, S. 355. Auch der Umstand muß beachtet werden, daß die Angaben für das Stichjahr 1880 nur die bürgerliche Bevölkerung, die Angaben von 1900 und 1910 die Gesamtbevölkerung anführen. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der bürgerlichen Bevölkerung 1 886 003 Personen. — Abnahme der deutschen Bevölkerung ohne Siebenbürgen: zwischen 1900 und 1910 von 1 902 162 auf 1 803 350 (*A magyar Szent Korona országainak 1910. évi népszámlálása*. 1. r. Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge Bd. 42, Budapest 1912, S. 35—36*). — Zahlenmäßige Veränderungen bei den Slowaken: 1880: 1 864 529, 1900: 2 019 641, 1910: 1 967 970 (11,9 10,5 bzw. 9,4% der Gesamtbevölkerung). Zahl der Rumänen: 1880: 2 405 185, 1900: 2 799 479, 1910: 2 949 032 (15,4, 14,5 bzw. 14,1% der Gesamtbevölkerung). Die Tendenz der Volkszählung von Jahre 1910 müssen wir (da wir keine Anhaltspunkte für deren Ausmaß finden konnten) außer Betracht lassen.

Vermehrung in den Jahren 1880 bis 1910 in Betracht ziehen (vom Durchschnitt 1897—1910 ausgehend jährlich 23 000, das sind innerhalb von dreißig Jahren 700 000)⁴⁷, so bewegt sich der Verlust des Deutschtums um 800 000 herum. Von dieser Zahl müssen noch die deutschen Auswanderer abgezogen werden — zwischen 1897 und 1913 werden von der Statistik 200 000 Auswanderer und 40 000 Rückwanderer erfaßt — insgesamt also 160 000⁴⁸ und die Zahl der in diesem Zeitabschnitt assimilierten Juden. Die Zahl der Juden mit deutscher Muttersprache nimmt von 1890 bis 1910 von 242 538 auf 203 230 ab (Siebenbürgen mitgerechnet), ihr zahlenmäßiger Rückgang bewegt sich also um 40 000.⁴⁹ Nehmen wir dazu (die Einwanderungsangaben unbeachtet) die natürliche Vermehrung — die jährliche Vermehrung der jüdischen Einwohner beträgt durchschnittlich 14 000 Personen, wovon wir nach dem Anteil von 1900 als Grundlage ein Viertel mit deutscher Muttersprache rechnen können —, so können wir die Zahl der Juden, die während dieses Zeitabschnittes von der deutschen zur ungarischen Muttersprache übergegangen sind mit insgesamt 145 000 ansetzen. Nehmen wir noch in Betracht, daß sich bei dem Deutschtum in Oberungarn eine Slowakisierung vollzog, können wir die Zahl des magyarisierten Deutschtums in den untersuchten 30 Jahren mit 450 000—500 000 annehmen.

Auffällig für den Charakter des assimilierenden Deutschtums ist die den ganzen Zeitabschnitt hindurch anhaltende — und auch nach 1910 noch fortdauernde — Assimilierung der städtischen Bevölkerung. Am stärksten ist diese Tendenz in der Hauptstadt und in den umliegenden Industriestädten. In Budapest sinkt die Zahl der deutschsprachigen Bevölkerung von 123 308 im Jahre 1880 auf 78 882 im Jahre 1910 ab, von 34,2% auf 9% (dazwischenliegende Angaben: 117 902, 104 520). Die Gesamtzahl des städtischen Deutschtums sinkt von 396 113 auf 334 589 (ohne Siebenbürgen, dazwischenliegende Angaben: 390 012, 378 720).⁵⁰

Das Absinken der Zahl des städtischen Deutschtums und einige Besonderheiten des Sinkens zeigen wir an der Entwicklung von dreißig Städten. (Bei der Auswahl der Städte haben wir einerseits die Städte berücksichtigt, die zu Beginn der Untersuchung die stärkste deutsche Mehrheit besaßen, andererseits jene, in denen in früheren Jahrhunderten ein starkes Deutschtum

⁴⁷ Magyar Statisztikai Évkönyv, 1910. Budapest 1911, S. 51. Die durchschnittliche Vernehrung des Deutschtums in den Jahren 1897—1900 25 504, 1901—1905 22 908, 1906—1910 20 747 Personen. Die Gesamtzunahme des Deutschtums von 1880—1910 beträgt (ohne Kroatien) 15 231 Personen (0,8%), der danach folgende geringste Anteil entfällt mit 4,4% auf die Slowaken (81 644), der Zuwachs der Rumänen betrug 22% (529 732). Dazu siehe: *Magyarország történelmi demográfiaja* (Historische Demographie Ungarns). Red. von J. Kovácsics. Budapest 1963, S. 302.

⁴⁸ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 67. Budapest 1918, S. 18—25, 43.

⁴⁹ Ebd. Bd. 64, S. 136—137.

⁵⁰ Ebd. Bd. 27, S. 116 und ebd. Bd. 64, S. 126—133. Vgl. noch *Handwörterbuch* . . . S. 589.

gelebt hat, wenn die deutsche Bevölkerung auch bis zum Jahre 1880 bereits sehr zurückgedrängt worden war.)⁵¹

Name der Stadt		Gesamtbevölkerung		Ungarn		Deutsche		Drittstärkste Nationalität Sl = Slowaken		Ungarn		Deutsche		Dritte Nationalität	
		in absoluten Zahlen						Prozentsatz							
<i>I. Oberungarn</i>															
Bártfa	1880	4 884	223	666	3 940	Sl.	4,6	13,6	80,7						
	1910	6 578	2 179	1 617	2 571		33,1	24,6	39,1						
Bazin	1880	4 184	161	1 783	2 210	Sl.	3,9	42,6	52,8						
	1910	4 809	575	1 558	2 642		12,0	32,4	54,9						
Besztercebánya	1880	7 159	1 196	1 434	4 460	Sl.	16,7	20,0	62,3						
	1910	10 776	5 261	879	4 388		48,8	8,9	40,7						
Dobsina	1880	5 592	372	3 848	1 324	Sl.	6,7	68,8	23,7						
	1910	5 029	1 739	1 688	1 503		34,6	33,6	29,9						
Eperjes	1880	10 139	2 013	1 937	5 850	Sl.	19,9	19,1	57,5						
	1910	16 323	7 976	1 404	6 494		48,9	8,6	39,8						
Gölnichbánya	1880	4 353	237	3 210	900	Sl.	5,4	73,8	20,7						
	1910	3 833	606	2 095	1 098		15,8	54,7	28,6						
Igló	1880	7 521	594	2 348	4 529	Sl.	7,9	31,2	60,3						
	1910	10 525	3 494	1 786	5 103		33,2	17,0	48,5						
Kassa	1880	26 097	10 387	4 358	10 674	Sl.	39,8	16,7	40,9						
	1910	44 211	33 350	3 189	6 547		75,4	7,2	14,8						
Késmárk	1880	4 475	358	3 326	728	Sl.	8,0	74,4	16,3						
	1910	6 317	1 314	3 242	1 606		20,8	51,4	25,4						
Körmöcbánya	1880	3 945	249	2 411	1 247	Sl.	6,3	61,1	31,6						
	1910	4 515	1 501	1 514	1 482		33,3	33,5	32,8						
Leibic	1880	3 084	27	2 293	721	Sl.	0,9	74,3	23,4						
	1910	2 782	213	1 135	1 311		7,7	40,8	47,1						
Lőcse	1880	6 603	654	2 247	3 542	Sl.	10,0	34,0	53,6						
	1910	7 528	2 410	1 377	3 094		32,0	18,3	41,1						
Modor	1880	4 729	163	765	6 792	Sl.	3,4	16,2	80,2						
	1910	5 009	347	525	4 124		7,0	10,5	82,3						
Nagyszombat	1880	10 824	1 596	2 861	6 287	Sl.	14,8	26,4	58,1						
	1910	15 163	4 593	2 280	8 032		30,3	15,0	53,0						
Nyitra	1880	12 033	3 403	3 743	4 780	Sl.	28,3	31,1	39,7						
	1910	16 419	9 754	1 636	4 929		59,4	10,0	30,0						
Pozsony	1880	48 006	7 537	31 492	7 537	Sl.	15,7	65,6	15,7						
	1910	78 223	31 705	32 790	11 673		40,6	41,9	14,9						
Schneebánya	1880	15 265	1 542	1 572	12 075	Sl.	10,1	10,3	79,1						
	1910	15 181	6 340	453	8 341		41,8	3,0	55,0						

⁵¹ Die Angaben für das Jahr 1880: *A magyar városok statisztikai évkönyve* (Statistisches Jahrbuch der ungarischen Städte). Jg. I. red. von G. Thirring. Budapest 1912, S. 84–99. Die Angaben für das Jahr 1910: *Magyar Statisztikai Közlemények*. Neue Folge, Bd. 64, S. 126–133. Die Angaben für 1880 geben die bürgerliche Bevölkerung, die Angaben für 1910 die Gesamtbevölkerung (Bürger, Militär) an.

Name der Stadt		Gesamtbevölkerung	Ungarn	Deutsche	Drittstärkste Nationalität K = Kroaten S = Serben Sl = Slowaken R = Rumänen	Ungarn	Deutsche	Dritte Nationalität
2. Transdanubien								
Kismarton	1880	2 845	231	2 418	116 K.	8,1	85,0	4,1
	1910	3 073	834	2 074	101	27,1	67,5	3,3
Kőszeg	1880	7 301	1 505	5 460	—	20,6	74,8	—
	1910	8 423	5 134	3 066	—	61,0	36,4	—
Sopron	1880	23 222	4 877	17 115	570 K.	21,0	73,7	2,5
	1910	33 932	15 022	17 318	781	44,2	51,1	2,3
3 Südungarn								
Arad	1880	35 556	20 516	5 618	6 613 R.	57,7	15,8	18,6
	1910	63 166	46 085	4 365	10 279	73,0	6,9	16,3
Fehértemplom	1880	9 845	470	6 825	1 592 S.	4,8	69,4	16,3
	1910	11 524	1 213	6 062	1 994	10,5	52,6	17,3
Karánsebes	1880	4 764	309	1 590	2 600 R.	6,5	33,4	54,6
	1910	7 999	1 413	2 419	3 916	17,7	30,2	49,0
Lugos	1880	11 287	1 395	4 668	4 996 R.	12,4	41,4	44,3
	1910	19 818	6 875	6 151	6 227	34,7	31,1	31,4
Nagybecskerek	1880	19 529	3 776	6 597	8 116 S.	19,3	33,8	41,8
	1910	26 006	9 148	6 811	8 934	35,2	26,2	34,3
Nagykikinda	1880	19 845	3 092	4 732	11 502 S.	15,6	23,8	58,0
	1910	26 795	5 968	5 855	14 148	22,3	21,8	52,8
Pancsova	1880	17 127	1 165	6 577	8 360 S.	6,8	38,4	49,7
	1910	20 808	3 364	7 467	8 714	16,2	35,9	41,9
Temesvár	1880	33 694	7 480	19 071	3 403 R.	22,2	56,6	10,1
	1910	72 555	28 552	31 644	7 566	39,4	43,6	10,4
Újvidék	1880	21 325	5 736	5 353	8 827 S.	26,9	25,1	42,1
	1910	33 590	13 343	5 918	11 594	39,7	17,6	34,5
Versec	1880	22 329	1 005	12 839	7 671 S.	4,5	57,5	34,4
	1910	27 370	3 890	13 556	8 602	14,2	49,6	31,4

Aus der oben angeführten Tabelle ist zu ersehen, daß der Prozentsatz des Deutschtums ausnahmslos eine sinkende — in der Mehrzahl der Fälle eine stark sinkende — Tendenz aufweist. (Ausgenommen Bártfa, das aber die bedeutende deutsche Vermehrung allein dem einwandernden Judentum verdankt).⁵²

⁵² Das Sinken des Prozentsatzes des Deutschtums an der Bevölkerung der einzelnen Städte kann bei den 31 untersuchten Städten in der Zeit zwischen 1880 und 1910 folgendermaßen gruppiert werden: (Bártfa wird nicht berücksichtigt)

1— 5% Karánsebes, Nagyikinda, Pancsova

6—10% Arad, Bazin, Kassa, Lugos, Modor, Nagybecskerek, Selmebánya, Újvidék, Versec

Wenn wir die Umstände der Abnahme in den Einzelheiten untersuchen, im Wandel der Zahl der deutschen städtischen Bevölkerung — entsprechend der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung der einzelnen Städte —, können wir einige bedeutende Unterschiede beobachten. Dabei fällt vor allem auf, daß — bei sinkendem Prozentsatz — die absolute Zahl des Deutschtums in den deutschen Städten im Süden ansteigt; in einigen Städten wie Temesvár, Karánsebes, Lugos, Nagykikinda in einem Umfang, der über der Vermehrung des Landes in den untersuchten dreißig Jahren liegt. Besonders groß ist die Vermehrung — zahlenmäßig — in Temesvár. Diese Erscheinung zeugt nicht nur dafür, daß sich die deutsche Bevölkerung in diesen Städten nicht oder nur in sehr geringem Umfange assimiliert, sondern auch dafür, daß der Strom der ländlichen deutschen Bevölkerung in die Stadt begonnen hat. Trotzdem sinkt der Prozentsatz des Deutschtums an der Bevölkerung der zu dieser Zeit stark anwachsenden Städte überall, selbst in Temesvár in bedeutendem Umfange. In welchem Grad der Grund für dieses Absinken in der stärkeren Zuwanderung anderer Nationalitäten lag und in welchem Grad in der beim Deutschtum gegebenen Assimilierung — das könnte selbst eine in alle Einzelheiten vordringende Untersuchung nur schwerlich entscheiden. Die absolute Zahl des Deutschtums sinkt in den Städten im Süden allein in Fehértemplom und Arad; in der ersten sind die Serben im Vordringen, in Arad ist das Deutschtum schon zu Beginn unseres Zeitabschnitts nicht sehr zahlreich und das Absinken hält in den drei Jahrzehnten an.

Ungünstiger gestaltet sich die Lage der Deutschen in den größten Städten mit gemischter Bevölkerung wie Pozsony, Sopron, Kassa. Während in Kassa zu Beginn unseres Zeitabschnitts nur ein zahlenmäßig kleines Deutschtum lebt, gibt es in den beiden anderen Städten noch im Jahre 1880 eine auch prozentual bedeutende deutsche Bevölkerung. Diese Zahlen bleiben in den untersuchten dreißig Jahren im großen und ganzen unverändert, wir können also hier feststellen, daß die natürliche Vermehrung durch die Assimilierung neutralisiert wurde. Zur gleichen Zeit nimmt das Gewicht der Deutschen im Leben der Städte — in erster Linie da das Ungarntum nach Zahl und Bevölkerungsanteil stark anwächst — in großem Umfange ab; in Pozsony dringt auch das Slowakentum vor, wenn es auch prozentual gesehen einen leichten Verlust erleidet. Von den kleineren Städten ist es allein Késmárk, wo das Deutschtum nur einen geringen zahlenmäßigen Rückgang aufweist; trotzdem verliert es auch hier durch das etwa gleich starke Vordringen von Ungarn und Slowaken seine hervorragende Stellung im Leben der Stadt. Im Gegen-

-
- 11—15% Besztercebánya, Eperjes, Igló, Nagyszombat, Temesvár
 - 16—20% Fehértemplom, Gölnicbánya, Kismarton, Lőcse
 - 21—25% Budapest, Késmárk, Nyitra, Pozsony, Sopron
 - 26—30% Körmöcbánya, Kőszeg
 - 31—35% Dobsina, Leibic

satz zu Ungarn und Slowaken scheint die deutsche Bevölkerung dieser Städte von den deutschen Einwohnern der Umgebung keinen Nachschub bekommen zu haben. Das scheiterte nämlich — wie bereits in unserer Einleitung erwähnt — am Fehlen enger Beziehungen zwischen deutscher Stadt und deutschem in diesen Gegenden.

Am stärksten ist das Absinken der Zahl der deutschen Stadtbewohner — abgesehen von Budapest — in den Städten von Oberungarn, vor allem in einigen Bergstädten (Körmöcbánya, Selmechánya, Besztercebánya, Dobsina), in der Zips (Lőcse, Gölnichánya, Leibic) und im Komitat Nyitra. Dersich in diesen Städten auch in den absoluten Zahlen zeigende starke Rückfall deutet auf den Bodengewinn der Assimilation, zur gleichen Zeit aber nimmt in einigen Städten auch die Zahl der Gesamtbevölkerung ab (Dobsina, Gölnichánya, Leibic) oder stagniert (Selmechánya, Körmöcbánya). Hier also lichtet nicht nur die Assimilierung, sondern auch die aus dem wirtschaftlichen Niedergang resultierende Abwanderung die Reihen der Deutschen. In einigen Städten verliert das Deutschtum teilweise durch das prozentmäßig anwachsende Slowakentum an Boden (Dobsina, Gölnichánya, Körmöcbánya, Leibic), obwohl der Anteilzuwachs der Ungarn allein in Leibic geringer, sonst überall größer ist als der slowakische. Ein geringes Ansteigen des Slowakentums ist auch in Bazin und in Modor zu beobachten. Es scheint aber, daß das entscheidende Vordringen der Slowaken in Oberungarns deutschen Städten bereits vor 1880 abgeschlossen ist; von da ab wird die Bedeutung des Stromes in die Stadt durch die auch bei den Slowaken auftretende Assimilierung mehr oder weniger aufgehoben. Schließlich sinkt allen Städten von Oberungarn die Zahl der Deutschen (auf die Lage in Bártfa und Késmárk haben wir bereits verwiesen); wie bei der vorher erwähnten Gruppe fehlt auch hier der Zuzug der Deutschen aus den ländlichen Gebieten. In ähnlichem Umfang nimmt auch das Deutschtum von Kőszeg ab, hier allein zugunsten der Ungarn.

Durch die zunehmende Zerbröckelung des städtischen Deutschtums⁵³ nimmt die Zahl der Deutschen zwischen 1900 und 1910 in allen deutschen Sprachgebieten ab, zum Teil durch die Assimilation, zum Teil — wie wir noch sehen werden — durch die Auswanderungswelle bei den Deutschen. Allein im nordöstlichen Teil von Oberungarn nimmt die Zahl der Deutschen zu, aber auch hier nur durch das Anwachsen des Judentums deutscher Muttersprache.⁵⁴ Der Rückfall während dieser zehn Jahre ist in Torontál (18 270) und im Komitat Pest mit 12 868 am größten. Im Komitat Temesvár be-

⁵³ Der Anteil der Deutschen in den Munizipalstädten betrug 1900 13,9%, 1910 10,5%; in den Städten mit geordnetem Magistrat sank ihr Anteil von 10,9 auf 9%; auf dem Land von 10,7 auf 9,7%. S.: KOVÁCS ALAJOS: *Magyarország népességi statisztikája 1910-ben* (Bevölkerungstistik Ungarns im Jahre 1910). Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 64, S. 69*.

⁵⁴ Ebd. S. 66*.

trägt der Rückgang 7 403 Personen, im Komitat Vas 8 401, im Banat insgesamt 24 436.⁵⁵ Bezeichnend für die Richtung der Veränderung ist die langsame Verschiebung des Anteils der Deutschen in der Stadt und auf dem Land. Im Jahre 1900 leben 20,4% der Deutschen in der Stadt, 1910 aber 19,2%.⁵⁶ Für eine relativ starke Assimilation der deutschen Bauern — die Magyarisierung der aus der Bauernschaft in die Mittelschichten aufsteigenden deutschen Elemente dabei außer acht gelassen — haben wir allein in Transdanubien und in deutschen Gemeinden im Komitat Szatmár Beispiele.⁵⁷

Mit diesem zahlenmäßigen Rückgang steht das Deutschtum unter den ungarländischen Nationalitäten allein. Außer ihm nimmt noch das im Jahre 1900 2 019 641 starke Slowakentum — also etwas stärker als die Deutschen — von 1900 bis 1910 um 51 671 Personen ab, alle anderen Nationalitäten vermehren sich in kleinerem oder größerem Umfange.

Obwohl die Kenntnis der ungarischen Sprache — beim Fehlen anderer Bedingungen — noch nicht den Beginn der Assimilation bedeutet, besteht jedoch kein Zweifel daran, daß sie eine der Voraussetzungen für diesen Prozeß ist. Von diesem Gesichtspunkt verdient der Umstand Beachtung, daß sich die Deutschen in größtem Maße von allen in Ungarn lebenden Nationalitäten die ungarische Sprache angeeignet haben. 1890 sprechen 24,5% der Deutschen ungarisch, 1910 bereits 38,3%; dagegen sind es bei den Slowaken nur 12,0 bzw. 21,3%, bei den Rumänen 7,0 bzw. 12,7%. Eine interessante Erscheinung ist der große Unterschied, der zwischen den Sprachkenntnissen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung besteht. Bei den Deutschen ist allerdings der Unterschied zwischen den ungarisch sprechenden Bewohnern des Landes und der Munizipalstädte relativ gering (35,4 bzw. 59,1%), von den in der Stadt wohnenden Slowaken sprechen aber 58,0%, von den Rumänen 63,7% ungarisch gegenüber der ländlichen slowakischen Bevölkerung mit 20,3% oder der rumänischen mit 12,0%.⁵⁸ Da die Gesetze und Verordnungen für Stadt und Dorf gleichermaßen Gültigkeit haben, deutet der Unterschied bei den Sprachkenntnissen darauf, daß die gesellschaftliche Magyarisierung in der Stadt wirksamer ist und weist zugleich auch auf die entscheidende Assimilierungswirkung der städtischen Lebensumstände, die den Zwang überflüssig machen.

⁵⁵ Ebd. Bd. 42. *A Magyar Szent Korona országainak 1910. évi népszámlálása*, I. r. Budapest 1912, S. 35—36*.

⁵⁶ A. KOVÁCS, a. a. O., S. 66*, 67*, 70*.

⁵⁷ GY. BARSY, a. a. O., S. 354. Die Zahl der deutschen Bauern in Szatmár betrug im Jahre 1880 13 948, im Jahre 1910 5 670 Personen. Der Unterschied ist zum Teil auf die Tendenz der Volkszählung vom 1910 zurückzuführen, außer Frage steht jedoch, daß hier tatsächlich die Assimilation des deutschen Bauerntums eingesetzt hat. Vgl. COGITATOR: *A szatmárvidéki asszimiláció* (Die Assimilation in Szatmár). Magyar Kisebbség 1928 in Fortsetzungen und ebd. 1929. S. 253—259; S. PFEIFFER: *Zur Geschichte der Madjarisierung des Sathmarer Deutschtums*. Hermannstadt 1940. S. 67.

⁵⁸ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 64, S. 152—153.

3. Deutsche Schulen, deutsche Presse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Auch was den Unterricht in der Muttersprache betrifft, war die Lage beim Deutschtum anders als bei den übrigen ungarländischen Nationalitäten. Kaum ein Jahrzehnt nach dem Ausgleich fällt die geringe Zahl der deutschen Volksschulen auf. 953 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache entfallen auf 271 513 deutsche Kinder, das heißt auf 295 Kinder eine Schule. Zur gleichen Zeit haben 110 ungarische, 140 serbische und 150 slowakische Kinder eine Schule in ihrer Muttersprache.⁵⁹ In den beiden folgenden Jahrzehnten verschlechtert sich die Lage zusehends. Im Schuljahr 1899—1900 gibt es in Ungarn 423 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, 266 davon in Siebenbürgen. Den deutschen Kindern in Ungarn stehen somit 157 deutsche — und daneben 713 ungarisch-deutsche — Schulen zur Verfügung. Dagegen können die slowakischen und rumänischen Schüler — deren Zahl niedriger ist als die der deutschen Schüler, obwohl bei beiden Nationalitäten die Zahl der Schulpflichtigen höher liegt — 531 slowakische und 1 224 slowakisch-ungarische bzw. 2 157 rumänische und 808 rumänisch-ungarische Schulen besuchen. Die vollkommen deutschen Schulen konzentrieren sich interessanterweise inselartig: von den 157 Schulen befinden sich 53 im Komitat Vas, 54 im Komitat Bács-Bodrog, 40 in Kroatien; das Deutschtum im Banat dagegen hat nur eine einzige Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache. Die Verteilung der Schulen mit deutsch-ungarischer Unterrichtssprache spiegelt das Anteilverhältnis des Deutschtums realer wider: in Transdanubien bestehen 367 deutsch-ungarische Schulen (davon 101 bzw. 103 in den Komitaten Vas und Baranya, 34 im Kom. Moson, 54 im Kom. Sopron und 46 im Kom. Tolna); im Zipser Komitat bestehen 79, im Banat 177, in Bács-Bodrog 38 deutsch-ungarische Schulen. Im Komitat Pest dagegen nur 3, im Komitat Szatmár überhaupt keine.⁶⁰

Die Angaben aus dem Jahre 1900 aber geben kein endgültiges Bild. Bis zum Jahre 1910 werden die Schulen mit gemischter Unterrichtssprache aufgehoben und die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache wachsen — bei weitem nicht ausreichend — von 157 auf 214 an. Davon entfallen 91 auf das Komitat Vas, je 21 auf die Komitate Bács-Bodrog und Zips, 46 auf das Banat, 3 auf das Komitat Pozsony, 28 auf Kroatien. Im Banat stehen den 46 deutschen Schulen 605 rumänische und 142 serbische gegenüber. Die Gesamtzahl der slowakischen Volksschulen beträgt in der gleichen Zeit 433, die der rumänischen 2331.⁶¹

⁵⁹ Nach R. HEINZES Berechnungen: *Hungarica. Eine Anklageschrift*. Freiburg und Tübingen 1882, S. 81—82.

⁶⁰ Magyar statisztikai évkönyv. 1900. Budapest 1901, S. 328—333.

⁶¹ Magyar statisztikai évkönyv. 1910. S. 328—331. Der Prozentsatz für das Unterrichtsjahr 1907/8: 12,8% deutsche Schüler, 2,8% deutsche Schulen; den 13,5% slowakischen Schü-

Während die deutsche Sprache im Unterstufenunterricht noch bis zu einem gewissen Grade zur Geltung kam, stand für die Oberstufe — entgegen der ausdrücklichen Anordnung des Nationalitätengesetzes — dem Deutschtum keine Schule mit deutscher Unterrichtssprache zur Verfügung. Allein die Sachsen haben in Ungarn deutsche Oberschulen und Lehrerbildungsanstalten; ansonsten ist das Deutsche nur eine Hilfsunterrichtssprache in den Hauptgymnasien von Besztercebánya, Igló, Késmárk, Pancsova (in den unteren Klassen), in den Untergymnasien von Zsolna, Podolin, Besztercebánya, Felsőlövő und in den Realschulen von Körmöcbánya, Lőcse und Versec.⁶² Im Oberstufenunterricht ist die Lage der Deutschen ähnlich der der Slowaken; auch sie haben keinerlei Oberschulen, dagegen besitzen die Rumänen und Serben einige, wenn auch nicht in ausreichender Zahl. Allerdings ist die deutsche Sprache in allen Oberschulen in Ungarn Pflichtfach — wodurch natürlich die Nationalitätenschule mit ausschließlich deutschsprachigem Unterricht nicht ersetzt werden kann.

Wenn wir den Grund für diesen starken Niedergang des deutschsprachigen Unterrichts untersuchen, müssen wir ohne Zweifel feststellen, daß für den Unterschied, der sich bei der Durchsetzung des Rechtes auf die Muttersprache der einzelnen Nationalitäten zeigt, nicht allein die ungarische herrschende Klasse die Verantwortung trägt. Die hierzu erlassenen Verordnungen bezogen sich gleichmäßig auf alle Nationalitäten, nur daß von allen das Deutschtum den geringsten Widerstand zeigte. Wir haben weiter oben bereits darauf hingewiesen, daß das Deutschtum kein ausgeprägtes Nationalbewußtsein hatte, was zum Teil auf das Fehlen einer Nationalkirche zurückgeführt werden kann. Dieser Faktor ist für die deutsche Schulfrage außerordentlich wichtig: während Serben, Rumänen mit Hilfe der griechisch-katholischen Kirche die Schulen mit ihrer Muttersprache erhalten können, verlieren die Deutschen — und in zweiter Linie die Slowaken — ihre Schulen, da die katholische und die evangelische Kirche in Ungarn nicht an Nationalitäten gebunden sind. Von den Katholiken in Ungarn sind im Jahre 1900 51% Ungarn, 15% Deutsche und 14% Slowaken, zur evangelischen Kirche gehören im gleichen Jahre 28% Ungarn, 33% Deutsche (die Hälfte davon Siebenbürger Sachsen) und 37% Slowaken.⁶³ So konnte in diesen Kirchen keine enge Verbindung zwischen Nationalität und Konfession entstehen und ihre den verschiedenen Nationalitäten angehörenden Führer betrachten es auch nicht als ihre Aufgabe, gegen die Magyarisierung der den kirchlichen

lernstehen 3,2% Schulen zur Verfügung. Auf die ebenfalls 13,5% rumänischen Schüler entfallen 16% Schulen. Von den Kindergärten und Kinderheimen sind 2,6% deutsch. S.: *A Magyar Szent Korona országai népoktatásügyének fejlődése* (Die Entwicklung des Volksbildungswesens in den Ländern der Ungarischen Heiligen Krone). Budapest 1913, S. 31, 31* und 11–13. Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 31.

⁶² Magyar statisztikai évkönyv. 1900, S. 353, 355.

⁶³ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 64, S. 136–137.

Behörden unterstellten Schulen Hilfe zu leisten. Die Lage der Slowaken ist in dieser Hinsicht etwas günstiger als die der Deutschen, denn die evangelische Kirche erfüllt für die 450 000 evangelischen Slowaken in gewisser Hinsicht nationale Aufgaben. Für die etwa 200 000 im Lande verstreut lebenden evangelischen Deutschen dagegen ist die evangelische Kirche nur eine geringe Stütze. In welchem Grade und wie die ungarische evangelische Kirche hierbei von ausländischen deutschen kirchlich-nationalistischen Organisationen, in erster Linie vom Gustav-Adolf-Verein unterstützt wurde, dazu müssen noch weitere Forschungen durchgeführt werden.

Ein anderer wesentlicher Grund für das Verschwinden der deutschsprachigen Schulen ist der Umstand, daß die Deutschen im allgemeinen selbst nicht auf dem Unterricht in ihrer Muttersprache bestanden. Die Magyarisierungsverordnung, daß der Staat die Gemeindeschulen nur dann subventionierte, wenn sie sich verpflichteten, mindestens fünf Lehrfächer in ungarischer Sprache zu unterrichten und die Annahme der Subvention zugleich die Anerkennung der staatlichen Kontrolle nach sich zog, hatte bei den anderen Nationalitäten wenig Erfolg. Dagegen aber nahmen nicht wenige deutsche Bauern — um von den Kosten für den Unterhalt der Schule befreit zu werden — gern die staatliche Unterstützung in Anspruch, ja ersuchten sogar selbst darum.⁶⁴

Wie die Zahlenangaben zeigen, schritt die Magyarisierung der deutschen Schulen in der Tat schnell voran. Die herrschenden Kreise aber irrten sich, wenn sie glaubten, der ungarischsprachige Unterricht würde zu einer schnellen Magyarisierung der deutschen Massen führen. Obwohl ein gewisser Zusammenhang zwischen der Abnahme der deutschen und der slowakischen Schulen und dem zahlenmäßigen Rückgang beider Nationalitäten außer Zweifel zu stehen scheint, so brachte doch der Volksschulunterricht in ungarischer Sprache noch längst keine Ungarn hervor, allenfalls Jahrgänge deutscher Bauernkinder mit unvollkommenen Grundkenntnissen und mit schlechter deutscher Orthographie.

Der Umstand, daß zur gleichen Zeit, da die Zahl der Schulen von Tag zu Tag abnahm, ein breites deutsches Pressenetz in Ungarn vorhanden war, bildete bis zum gewissen Grade ein Gegengewicht gegen die Zurückdrängung des deutschsprachigen Schulunterrichts. Die Traditionen der deutschsprachigen Publizistik reichten ins 18. Jahrhundert zurück, und auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es keine Hindernisse für die Gründung und Verbreitung deutschsprachiger Zeitungen. Während es im Jahre 1829 vier deutsche Zeitungen gab, waren es 1867 bereits 40 Zeitungen und Zeitschriften,^{64a}

⁶⁴ So sahen das später auch deutsche Autoren, z. B. M. ANNABRING: *Volksgeschichte der Deutschen in Ungarn*. Stuttgart 1954, S. 31—33. 38.

^{64a} I. KERESZTY: *A magyar és magyarországi időszaki sajtó időrendi áttekintése 1705—1867* (Chronologischer Überblick über die ungarische und in Ungarn erscheinende periodische

1881 bereits 120,⁶⁵ und im Jahre 1900 149. Neben den deutschsprachigen Zeitschriften erschienen seit der Mitte des Jahrhunderts zahlreiche zweisprachige (ungarisch-deutsche) Zeitungen, im Jahre 1900 103 (mit Siebenbürgen).⁶⁶ Aber auch die nicht in Ungarn, vor allem in Österreich erscheinenden Presseorgane hatten ein breites Lesepublikum: 1900 hatten 1174 in Österreich erscheinende und 552 sonstige deutsche Zeitungen und Zeitschriften Abonnenten in Ungarn. Die Zahl der Exemplare unterstreicht die Bedeutung der deutschsprachigen Presse noch eindringlicher: im Jahre 1900 wurden die 149 in Ungarn erscheinenden deutschen Blätter — auf das ganze Jahr bezogen — in 16 283 302 Exemplaren verkauft, die österreichischen Zeitungen in 13 886 844 Exemplaren, die übrigen ausländischen in 690 973, insgesamt also wurden 30 861 119 Exemplare verkauft; das waren 27,52% des gesamten Zeitungsumsatzes in Ungarn.⁶⁷ Diese Zahl stieg bis zum Jahre 1910 — obwohl die Anzahl der in Ungarn erscheinenden Zeitungen von 149 auf 126 zurückging — auf 37 511 514 an, der Prozentsatz dagegen sank auf 20,66%. Zur gleichen Zeit erschienen in der Muttersprache der übrigen Nationalitäten verschwindend wenig Zeitungen in Ungarn oder wurden aus dem Ausland eingeführt, was im übrigen zum großen Teil seine Erklärung in dem wirtschaftlichen und kulturellen Niveauunterschied zwischen den Deutschen und den anderen Nationalitäten findet. Die Auflage der Zeitungen in kroatischer Sprache betrug 1,87% des gesamten Zeitungsumsatzes des Landes, die in slowakischer Sprache machten 2,43%, in serbischer 1,4 und in rumänischer Sprache 1,43% aus.⁶⁸

Eine Analyse des Erscheinungsortes und des Profils der Zeitungen und Zeitschriften erlaubt besser als die reinen Zahlenangaben eine Beurteilung der Bedeutung der in Ungarn erscheinenden deutschen Presse. Es besteht allerdings kein Zweifel daran, daß die in der Hauptstadt erscheinenden Zeitungen und Fachzeitschriften ihr Lesepublikum zum größten Teil bei den Ungarn, die deutsch lesen und bei den Juden mit deutscher Muttersprache finden, wie auch die aus dem Ausland kommenden Zeitungen, Familienblätter und Fachzeitschriften offensichtlich zu einem bedeutenden Prozentsatz von Ungarn gelesen werden. Die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung zu befriedigen, war in erster Linie Aufgabe der Provinzpresse.

Presse). Budapest 1916. (A Magyar Nemzeti Múzeum Könyvtárának címjegyzéke. Titelerzeichnis der Bibliothek des Ungarischen Nationalmuseums) S. 74.

⁶⁵ J. H. SCHWICKER, a. a. O., S. 497—499.

⁶⁶ *Magyar statisztikai évkönyv*. 1900, S. 373. S. noch H. RÉZ: *Deutsche Zeitungen und Zeitschriften in Ungarn vom Beginn bis 1918*. München 1935, S. 39—40. (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München, Nr. 8.) Gegenüber den in der Beilage des Magyar Könyvszemle Jg. 1901 angeführten 174 weiß er nur von 149 Zeitungen und Zeitschriften (mit Beilagen 157). Die Zahl 149 nehmen wir als Grundlage unserer weiteren Berechnungen.

⁶⁷ *Magyar statisztikai évkönyv*. 1900, S. 374.

⁶⁸ Ebd. 1910, S. 405.

Die erste Feststellung einer eingehenden Analyse der deutschen Presseerzeugnisse ist die Tatsache, daß die Zahl der in der Hauptstadt erscheinenden Blätter — entsprechend der Magyarisierung Budapests — im Vergleich zu den deutschen Blättern in der Provinz, allmählich abnimmt. Während von den 40 im Jahre 1867 in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen 21 in der Hauptstadt herausgegeben werden, 19 in der Provinz (9 im Süden, 6 in Siebenbürgen, 1 in Kassa, 1 in Lőcse, Pozsony und Fiume),⁶⁹ stehen im Jahre 1900 den 69 deutschen Blättern der Hauptstadt 80 in der Provinz gegenüber und im Jahre 1910 ist das Verhältnis 47 : 79.⁷⁰ Auch eine Untersuchung nach dem Profil zeigt, daß die Zeitungen in der Hauptstadt weit weniger der politischen und allgemeinen Information der Deutschen dienen als die Blätter in der Provinz: im Jahre 1900 haben nur 14 der in Budapest erscheinenden Zeitungen einen politischen Inhalt und nur 8 sind von lokalem Interesse; 31 beträgt die Zahl der Fachzeitschriften, 16 sind Presseerzeugnisse von geringerer Bedeutung und zum Teil auch nur kurzer Lebensdauer. Dagegen haben 23 der in der Provinz erscheinenden Zeitungen ausgesprochen politischen Inhalt, 43 sind sogenannte Lokalblätter, 9 Fachzeitschriften und 5 Blätter mit gemischtem Inhalt.⁷¹

Das zunehmende Gewicht der deutschen Provinzzeitungen ist keine im ganzen Land zu beobachtende Erscheinung, sondern zeigt sich nur in einem der von Deutschen bewohnten Gebieten: in Südungarn. Schon im Jahre 1867 war die relativ hohe Zahl der in Südungarn erscheinenden deutschen Blätter auffällig und dieser Unterschied wurde noch größer. Von den 23 in der Provinz im Jahre 1900 erscheinenden deutschen politischen Zeitungen entfallen 11 auf den Süden, 6 auf Westungarn, 5 auf Siebenbürgern und 1 erscheint in Pécs. Im Jahre 1910 sind von den 38 politischen Provinzzeitungen 23 im Süden zu finden, 9 in Westungarn (Pozsony 5, Sopron 3, Moson 1), 4 in Siebenbürgen, 1 in Kassa und 1 in Bonyhád. Ebenso stark ist das Übergewicht des Südens bei den Zeitungen zur allgemeinen Information (größtenteils keine Tageszeitungen). Davon erscheinen hier im Jahre 1900 28, in Westungarn 7, in Siebenbürgen 5 und 3 in Oberungarn; 1910 sind es im Süden 18, in Siebenbürgen 8, in Westungarn 6 und eine Zeitung in Késmárk.⁷²

Die Versorgung der beiden größten, relativ geschlossenen deutschen Gebiete — Süd- und Westungarns — mit deutschsprachiger Presse konnte in Wirklichkeit nicht so unterschiedlich sein, wie es aus den Zahlenangaben erscheint. Die deutschen Zeitungen in Westungarn sind im allgemeinen bedeutender, erscheinen längere Zeit und haben ein breiteres Leserpublikum. An erster Stelle steht die im Jahre 1765 gegründete *Preßburger Zeitung*.

⁶⁹ I. KERESZTY, a. a. O., S. 74.

⁷⁰ Beilage zu Magyar Könyvszemle, Jg. 1901, S. 28—33 und Beilage zum Jg. 1911, S. 52—58.

⁷¹ Ebd. Beilage zum Jg. 1901, S. 28—33.

⁷² Ebd. Beilage zum Jg. 1911, S. 52—58.

Relativ bedeutende Blätter sind daneben der anfangs antisemitische, später gemäßigt liberale, katholisch eingestellte *Westungarische Grenzboten* — der zeitweilig auch den Problemen des Deutschtums Raum gibt —, dann das christlich-soziale *Preßburger Tageblatt*, das sich auch mit Fragen der Industriearbeiterschaft befaßt, die *Ödenburger Nachrichten* (später: *Ödenburger Zeitung*), die sich an die Bauern wendet, schließlich die *Ödenburger Rundschau* (später Radikal), ein demokratisches Organ, das sein Publikum vor allem in den Kreisen der Weinbauern und der Handwerker findet.⁷³ Die deutsche Presse im Süden trägt einen noch stärker provinziellen Charakter. Abgesehen von der für die Stadt geschriebenen und nach modernen Gesichtspunkten redigierten *Temeswarer Zeitung*, erscheinen im Banat und in der Batschka ausschließlich Blätter von engem, lokalem Interesse. Wie schon der Titel der Blätter im Banat verrät, war ihr Ziel, die Einwohner von Versec, Perjámos, Nagyikinda, Fehértemplom, Lugos, Nagybecskerek, allenfalls noch die Bewohner der engeren Umgebung zu informieren und auch die Blätter in der Batschka tragen lediglich in ihrem Namen das Attribut »Batschkaer« oder »Bácsbodroger«, in Wirklichkeit wenden sie sich allein an die kleinbürgerlich-bäuerliche Bevölkerung von Újvidék, Zombor, Újverbász, Apatin, Cservedenka, Hódság, Palánka und Kula. Gegenüber diesen provinziellen Blättern — die ein bezeichnender Überbau einer starken kleinbürgerlichen Entwicklung sind — erscheint ein deutschsprachiges, für die Ansprüche eines breiteren Lesepublikums redigiertes Blatt zuerst im Jahre 1900 in Südungarn.⁷⁴

Alle diese deutschen Zeitungen mit mehr oder weniger provinziellem Charakter ähneln einander in der Hinsicht, daß keine einzige von ihnen bis in die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts konsequent den deutschen nationalen Gedanken, die Interessen der deutschen Nationalität betont. Um Richtung und Geist dieser Zeitungen zu untersuchen, sind zwar noch eingehendere Forschungen notwendig, trotzdem scheint sicher, daß diese Blätter, von gelegentlichen, auf einzelne Personen beschränkte Äußerungen abgesehen, im »patriotischen« Geiste geschrieben wurden, sie waren Verkünder des ungarischen Staatsgedankens und auch sie verurteilten die Nationalitätenagitation der sächsischen und der großdeutschen Presse, wie das auch ungarische Flugschriften, die sich mit der deutschen Frage beschäftigten, festgestellt haben.⁷⁵ Dies alles ist eine natürliche Folge der politischen und gefühlsmäßigen Stellungnahme der für diese Blätter schreibenden Intelligenz, die nur noch ihrer Sprache nach deutsch war. Zugleich eine Erklärung dafür, daß in dieser Zeit, die so gern deutschfeindliche Parolen gebrauchte, so viele deutsche Zeitungen unbehindert in Ungarn erscheinen konnten.

⁷³ *Handwörterbuch* . . . S. 708.

⁷⁴ Ebd. S. 260, 331.

⁷⁵ *D. Heines Anklageschrift »Hungarica« im Lichte der Wahrheit*. Preßburg und Leipzig 1882, S. 2—3.

Wenn wir zum Schluß die für die Jahrhundertwende gewonnenen Angaben zur Lage des Deutschtums als Nationalität mit den Angaben der anderen Nationalitäten vergleichen, kommen wir zu der Feststellung, daß sich das Deutschtum sowohl im Hinblick auf seinen zahlenmäßigen Rückgang wie auf den Verlust der Schulen in seiner Muttersprache von allen in Ungarn lebenden Nationalitäten in der schwierigsten Lage befand, wenn es sich auch selbst nicht bewußt wurde, wie kritisch seine Situation war. In dieser Beziehung durchläuft das Slowakentum eine der deutschen ähnliche, aber nicht ganz so ungünstige Entwicklung. Zu den Negativa der Lage des Deutschtums müssen wir auch den Umstand zählen, daß das Deutschtum in Ungarn keine politische Vertretung, keine politische Organisation hat. Zur gleichen Zeit aber ist das Deutschtum die einzige Nationalität, der ihren Bedürfnissen entsprechend — ja sogar darüber hinausgehend — Zeitungen und Fachzeitschriften in ihrer Muttersprache zur Verfügung stehen. Wieweit die deutsche Sprache im Verhältnis zu den Sprachen der übrigen Nationalitäten in der Verwaltung, der Justiz, der Kirche und auf den sonstigen Gebieten des täglichen Lebens zur Geltung kommt — diese Frage könnte vielleicht durch eingehende Forschungen geklärt werden.

Aus den obigen Darlegungen aber können wir ohne Zweifel folgern, daß sich beim Deutschtum in Ungarn Ende des Jahrhunderts in sprachlicher und kultureller Beziehung objektiv für die Entstehung einer politischen Bewegung genügend Zündstoff angesammelt hatte. Die Frage ist lediglich, inwieweit die dargelegte wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Deutschtum in Ungarn umgeformt hat; wieweit es fähig geworden war, einerseits die bisher nicht wahrgenommenen Verletzungen zu erkennen und andererseits die Ideen der dagegen aufkommenden Bewegungen aufzunehmen, zu tragen und weiterzuentwickeln.

4. Die Gesellschaft des Deutschtums in Ungarn um die Jahrhundertwende

Für das Entstehen einer Nationalitätenbewegung gibt es zwei grundlegende gesellschaftliche Voraussetzungen: einerseits das Vorhandensein einer führenden Schicht — Klein- oder Großbourgeoisie oder wenn sie fehlen oder zu schwach sind, eine Schicht von Intellektuellen —, die fähig ist, die Bewegung zu organisieren und zu leiten; andererseits das Vorhandensein von Volksmassen — Bauern, Handwerkern, im Kapitalismus Arbeiterschaft —, die sich einer Nationalitätenbewegung nicht nur wegen Nationalitätenbeschwerden, sondern auch aus Unzufriedenheit über ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Lage anschließen. Die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Nationalitätenbewegung hängt, abgesehen von den grundlegenden Besonderheiten ihrer Lage, auch vom Grad der auf der Klassengrundlage erfolgenden politischen

Organisierung und vom Grad ihres politischen Bewußtseins ab. Nach diesen Prinzipien erwarten wir bei der Untersuchung der deutschen Gesellschaft in Ungarn Antwort auf zwei Fragen. Erstens, wie groß zu Beginn des 20. Jahrhunderts die deutschen Bauern-, Handwerker- und Arbeitermassen waren, und welche wirtschaftliche Stellung sie in der gesamtungarischen Gesellschaft inne hatten; zweitens welche Kraft die deutsche Bourgeoisie und Intelligenz in Ungarn darstellte und aus welchen Elementen sie sich zusammensetzten.

Die Volkszählung vom Jahre 1910 — bei der, wie auch früher, die Nationalität nach der Muttersprache festgestellt wurde — gestattet aus zwei Richtungen einen Überblick über die Gesamtheit des Deutschtums in Ungarn und über seine Stellung innerhalb der ungarischen Gesellschaft. Daraus ergibt sich (das Deutschtum in sich selbst betrachtend), daß sich etwa die Hälfte der Deutschen (49,4%) mit der Landwirtschaft befaßte, mehr als ein Viertel (27,2%) Handwerksberufe ausübte; die restlichen nicht ganz 25% verteilen sich folgendermaßen: Bergbau 1,5%, Handel und Kreditwesen 5,9%, Verkehr 2,2%, öffentlicher Dienst, freie Berufe 2,7%, Tagelöhner 2,9%, Knechte 1,9%, sonstige Berufe 6,3%. Die Berufsverteilung der Deutschen steht der Verteilung der Ungarn näher als der anderen Nationalitäten. Im Bergbau, in Industrie, Handel und Kreditwesen sind die Deutschen relativ stärker vertreten als die Ungarn oder die übrigen Nationalitäten. Im Verkehr, öffentlichen Dienst und in den freien Berufen ist ihr Anteil niedriger als der Index der Ungarn, aber höher als die Beteiligung der anderen Nationalitäten.⁷⁶

Diese Kennzeichen treten noch deutlicher hervor, wenn wir die Rolle des Deutschtums in den einzelnen Beschäftigungszweigen untersuchen. Das Deutschtum, das 9,8% der Gesamtbevölkerung des Landes bildet, macht 7,5% der in der Landwirtschaft beschäftigten Einwohner aus; 7,3% der im Verkehr Beschäftigten, 7,9% der im öffentlichen Dienst stehenden oder einen freien Beruf ausübenden, 9,2% der Knechte oder Mägde. Stärker dagegen ist der Anteil der Deutschen im Bergbau und Hüttenwesen (15,1%), in Industrie und Handel (16,3 und 16,8%), bei den Tagelöhnern (11,8) und verständlicherweise — da die Armee einen besonderen Körper innerhalb der Gesellschaft bildet, die Lage der Deutschen in Ungarn nicht berührend, — beim Militär (14,7%).⁷⁷

Die obigen Angaben entkräften den ziemlich verbreiteten Irrtum, das Deutschtum in Ungarn sei ausschließlich eine Gesellschaft aus wohlhabenden Bauern und Kleinindustriellen gewesen. In vollem Umfang aber läßt sich

⁷⁶ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 64, S. 188*. — Beachtet werden muß allerdings, daß in diesen Zahlen auch die Siebenbürger Sachsen und das deutschsprachige Judentum enthalten sind. Zum Vergleich geben wir die prozentuale Beschäftigungsverteilung der Ungarn bzw. der Slowaken an: Landwirtschaft: 54,7 bzw. 70%, Bergbau: 1 bzw. 1,5%, Industrie 19,7 bzw. 15,5%, Handel, Kreditwesen: 4,8 bzw. 1,3%, Verkehr: 4,7 bzw. 1,7%; öffentlicher Dienst, freie Berufe: 4,9 bzw. 1%; Tagelöhner: 2,3 bzw. 3,3%, Knechte: 2,8 bzw. 2,2%, sonstige: 5,3 bzw. 3%.

⁷⁷ Ebd. S. 181* Angaben wiederum auf ganz Ungarn bezogen.

die gesellschaftlich-wirtschaftliche Lage des Deutschtums nur an Hand einer Untersuchung der einzelnen Kategorien ermessen.

Die Zahlenangaben für die Besitzverhältnisse des deutschen Bauerntums geben wirklich ein günstiges Bild. Während das Deutschtum, das 7,9% der landwirtschaftlichen Bevölkerung darstellt, bei den Wirtschaften mit 20—25 Katastraljoch einen Index von 14,6% erreicht und bei den Wirtschaften mit 10—20 Katastraljoch 10,8% — was seinen Anteil an der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei weitem übersteigt —, ist es bei 5—10 Joch mit 7,6%, bei den Zwergbesitzen und den Tagelöhnern mit 8,1% vertreten —, was seinem Index im großen und ganzen entspricht. In der Kategorie der Anteilbauern, der Meierhofbauern und der Hirten dagegen stellt es 4,6%, bei den Knechten 4,5% und den landwirtschaftlichen Arbeitern 6,2% dar — womit es in diesen Gruppen unter dem Index bleibt. Vergleicht man diese Angaben mit den entsprechenden Angaben der anderen Nationalitäten, so erweist sich das Deutschtum als die wohlhabendste landwirtschaftliche Bevölkerung.⁷⁸ Das gleiche günstige Bild bietet sich uns, wenn wir die gesellschaftliche Aufteilung des deutschen Bauerntums an sich betrachten. 14,3% der deutschen Bauern gehören in die Kategorie der Grundbesitze mit 20—25 Katastraljoch (dem kommen allein die serbischen Bauern mit 11,8% nahe, 7,6% der ungarischen Bauern gehören in diese Gruppe), 19,6% bilden die Gruppe der Wirtschaften mit 10—20 Katastraljoch (ebenfalls der höchste Index), 16,1% besitzen 5—10 Katastraljoch (hier liegt der Index der Ungarn und der Serben niedriger als der der Deutschen, die anderen Nationalitäten erreichen mehr als 20%), 21% sind Klein- und Zwergbesitzer (Anteil der Ungarn 16,8%, der Slowaken 23%, der Rumänen 25,3%), Anteilbauern, Meierhofbauern und Hirten machen 1,2% aus, Knechte 7,8% (bei der ungarischen Bauernschaft 17,6%, der slowakischen 13,6%) und 20,7% sind landwirtschaftliche Arbeiter (der slowakische und der rumänische Index ist ähnlich, die ungarischen landwirtschaftlichen Arbeiter bilden 30,8%).⁷⁹

Aus diesen Angaben ergibt sich ohne Zweifel, daß das deutsche Bauerntum in Ungarn durch ein starkes Kulakentum, eine feste mittelbäuerliche Schicht, und im Vergleich zu den anderen Nationalitäten durch eine geringe Beteiligung an der Gruppe der landwirtschaftlichen Knechte gekennzeichnet

⁷⁸ Von der Liga zum Schutz der territorialen Unversehrtheit Ungarns herausgegebene Publikation (Fővárosi Szabó Ervin Könyvtár, unter dem Zeichen 43710/44. Freundliche Mitteilung von L. Katus). Die Berechnungen sind ohne Kroatien aber mit Siebenbürgen zu verstehen und beziehen sich nur auf die männlichen Beschäftigten. Vergleichszahlen: die 47,8% ungarischen Bauern sind bei 20—50 Katastraljoch mit 48% vertreten, bei 10—20 Joch mit 42%; bei den Knechten in der Landwirtschaft mit 63%, bei den landwirtschaftlichen Arbeitern mit 56,5%. Entsprechende Prozentsätze der 10,9% ausmachenden slowakischen Bauernschaft: 10, 12,5, 11,1, 8,3%. Anteil der 23,4% ausmachenden rumänischen Bauern in den vier Kategorien: 18, 24,6, 15,8, 19,9%; der 3,2% ausmachenden serbischen Bauern: 4,9, 3,6, 2,1, 3,8%. — Die Angaben der Volkszählung bieten leider keine Möglichkeit, in der Kategorie der Wirtschaften unter 5 Katastraljoch die Gruppe der Weinbauern mit ihrem völlig anderen wirtschaftlichen Niveau abzutrennen.

⁷⁹ A. a. O.

net ist. Die auch hinter diesem günstigen Bild verborgene gesellschaftliche Spannung wird aber offenbar, wenn wir die Zahlenangaben dieser Gesellschaftsschichten untersuchen. Von den 413 119 Deutschen, die in Ungarn von der Landwirtschaft leben, sind 114 Großgrundbesitzer, 708 haben einen Grundbesitz von 200—1000 Katastraljoch und 2 289 Wirtschaften liegen zwischen 100 und 200 Katastraljoch. 10 555 haben — als Eigentümer oder Pächter — 50—100 Joch, 55 509 bewirtschaften 20—50 Joch, 78 206 Wirtschaften sind 10—20 Joch groß und 65 422 umfassen 5—10 Joch. Die Zahl der Landwirte, die weniger als 5 Katastraljoch haben und der Kleinbauern-Tagelöhner ist zur selben Zeit 85 031, 26 823 Personen sind als Ackerknechte tätig, 84 412 sind Land- oder Gartenbauarbeiter. Von der Landwirtschaft leben noch sonstige 4050 Personen. Von der Dorfarmut müssen wir zuletzt insgesamt 10 262 Tagelöhner erwähnen, das sind zwei Fünftel der in der Volkszählung ohne nähere Bezeichnung angeführten Tagelöhnerschicht.⁸⁰ Wenn wir jedoch auch die Zahl der Mitunterhaltenen in Betracht ziehen, so stehen einer insgesamt 356 740 Personen umfassenden Schicht von Großgrundbesitzern, Mittelbauern und wohlhabenden Bauern (bis 10 Katastraljoch) 486 599 Personen aus dem Zwergbesitz, aus den Gruppen der Knechte, Landarbeiter und Tagelöhner gegenüber. Dazwischen liegen die Bauern mit einem Besitz von 5—10 Katastraljoch, die mit ihren Familien zusammen 160 248 Personen ausmachen.⁸¹

Da wir die zerstreute Ansiedlung, die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen des Deutschtums kennen, müssen wir auch das Vorhandensein bedeutender Abweichungen zwischen der bäuerlichen Differenzierung der einzelnen von Deutschen bewohnten Gebiete voraussetzen. Die Richtigkeit dieser Annahme wird bestätigt, wenn wir die Angaben aus den beiden Gebieten mit der stärksten deutschen Bevölkerung miteinander vergleichen. In Transdanubien wohnen im Jahre 1910 552 614 Deutsche, im Banat und in der Batschka zusammen 617 950; von der Landwirtschaft leben davon in Transdanubien 147 552 Personen, im Süden 127 488 (samt Angehörigen in Transdanubien 347 848, in Südungarn 313 938.⁸²) Die Verhältnisse dieser beiden Gebiete lassen sich also

⁸⁰ *A Magyar Szent Korona országainak 1910. évi népszámlálása. 4. r. A népesség foglalkozása a főbb demográfiai adatokkal egybevetve s a népesség ház- és földbirtokviszonyai.* (Die Berufe der Bevölkerung mit den wichtigsten demographischen Angaben verglichen und die Haus- und Landbesitzverhältnisse der Bevölkerung). Budapest 1915 (Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 56) S. 322, 326. Die Zahl der 22 547 Tagelöhner haben wir entsprechend dem Verhältnis der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter und Knechte zur Zahl der Hilfskräfte in der Industrie auf die beiden Kategorien verteilt. Unsere Angaben beziehen sich hier und im weiteren stets auf ganz Ungarn (mit Siebenbürgen und Kroatien) und unter Berücksichtigung der verdienenden Frauen.

⁸¹ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 56 S. 322. Die 4050 Personen, die nicht eindeutig gruppiert werden können (Pächter von mehr als 100 Katastraljoch, Anteilbauern, Meierhofbauern, Schafzüchter, selbständige Gärtner, landwirtschaftliche Angestellte) und deren Familienmitglieder haben wir nicht in Betracht gezogen.

⁸² Ebd. S. 330—334.

nicht nur prozentual, sondern im großen und ganzen auch zahlenmäßig gegenüberstellen.

Die deutsche Agrarbevölkerung nach Vermögenskategorien

Vermögenskategorie	Gesamtungarn Personen	%	Transdanubien		Südungarn	
			Pers.	%	Pers.	%
100—1000 Kat. Joch	2 997	0,7	405	0,3	1 490	1,2
50—100 „	10 555	2,5	1 743	1,2	5 771	4,6
10—50 „	133 715	32,4	47 793	32,4	37 347	29,3
5—10 „	65 422	15,9	25 081	16,9	13 249	10,4
unter 5 „	85 031	20,6	36 049	24,4	18 855	14,7
Knechte	26 823	6,5	9 772	6,6	10 860	8,5
Landarbeiter	82 903	20,0	25 088	17,0	36 927	29,0
sonstige	5 673	1,4	1 621	1,2	2 989	2,3
Insgesamt	413 119	100,0	147 552	100,0	127 488	100,0

Diese Tabelle⁸³ unterstreicht unsere Vorstellung von den verschiedenen Stufen der Differenzierung der Gesellschaft in den deutschbesiedelten Gebieten. Auffällig ist vor allem die Schwäche der Schicht der deutschen Großgrundbesitzer und wohlhabenden Bauern in Transdanubien und die relative Stärke derselben Schicht im Süden: in Transdanubien machen diese beiden Kategorien 1,5% der deutschen Agrarbevölkerung des Gebietes aus, im Süden 5,8%. Etwa gleich stark ist die Gruppe der Wirtschaften von 10—50 Katastraljoch — leider gestattet die statistische Erhebung keine weitere Aufschlüsselung dieser Gruppe. Der Index der Bauern mit 5—10 Katastraljoch liegt in Südungarn um 6,5% niedriger als in Transdanubien, der der Wirtschaften mit weniger als 5 Katastraljoch sogar um 9,7%. Die Schwäche der Schicht der selbständigen Klein- und Zwergbesitze wird im Süden durch die wesentlich größere Zahl der Knechte und landwirtschaftlichen Arbeiter ausgeglichen: die erste Gruppe liegt zwar nur 1,9% höher als dieselbe Gruppe in Transdanubien, die zweite aber bereits um 12%. Diese Angaben zeigen, in was für einem großen Maße der selbständige Kleinbesitz im Süden zugrunde gerichtet worden ist während

⁸³ Ebd. an der entsprechenden Stelle der Tabelle (6). Zu den sehr günstigen Vermögensverhältnissen des deutschen Bauerntums im Süden (im Vergleich zur ungarischen, serbischen und rumänischen Bevölkerung) siehe A. DAMMANG, a. a. O., Tab. XIX, XXI. Danach entfielen im Jahre 1910 im Komitat Torontál auf die von der Landwirtschaft lebenden Personen durchschnittlich 4 Katastraljoch, in den rein deutschen Gemeinden aber 5,27 Katastraljoch. Im Komitat Temes ist der Unterschied geringer: 4,13 bzw. 4,65 Joch; in der Batschka dagegen stehen den durchschnittlichen 3,61 Katastraljoch in den Gemeinden mit gemischter Bevölkerung 5,38 Katastraljoch in den deutschen Gemeinden gegenüber. Danach halten die 26,6% Deutschen im Komitat Torontál 33,1% des Grundbesitzes in Händen, im Komitat Temes entfallen auf die 30,1% Deutschen 32,4% Grundbesitz, in der Batschka auf 28,3% Deutsche 35,1% des Bodens.

die deutsche Bauerngesellschaft in Transdanubien durch das langsamere Tempo der Kapitalisierung wesentlich ausgeglichener geblieben ist.

Dieses Bild wird noch deutlicher, wenn wir den Anteil der einzelnen Kategorien an der gesamten deutschen Agrarbevölkerung in Ungarn untersuchen. Vergleichen wir die transdanubischen Deutschen, die 30,0% des gesamten Ungarndeutschtums ausmachen, mit den Deutschen in Südungarn (33,6% des gesamten Deutschtums, Index der Agrarbevölkerung 35,7 bzw. 30,8%), so erhalten wir folgendes Ergebnis:

	Transdanubien	Südungarn
100—1000 Kat. Joch	13,5%	49,7%
50—100 „	16,5	54,7
10—50 „	35,7	27,9
5—10 „	38,3	20,2
unter 5 „	42,4	22,1
Knechte	36,4	40,5
Landarbeiter	30,2	44,5

Während also die Deutschen in Transdanubien an den bedeutenderen Kategorien ihrem Index entsprechend beteiligt sind (von dem niedrigeren Index beim Großgrundbesitz und dem etwas höheren bei den Wirtschaften unter 5 Katastraljoch abgesehen), so halten die Deutschen in Südungarn, die nicht einmal das Drittel der gesamten deutschen Agrarbevölkerung bilden, mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Großgrundbesitzes (zwischen 50 und 1000 Katastraljoch) in ihrer Hand; von den Wirtschaften mit 0—50 Katastraljoch nur ein schwaches Viertel (bei den Wirtschaften mit 5—10 Katastraljoch nur ein Fünftel). Knechte und landwirtschaftliche Arbeiter liegen jedoch bedeutend höher als der Index (40,5 und 44,5%). Der Unterschied zwischen diesen beiden Gebieten würde noch größer sein, wenn wir das Komitat Moson mit seinen außergewöhnlich wohlhabenden Bauern und das in gewisser Beziehung zum Süden gehörende Komitat Tolna-Baranya gesondert behandeln würden. Die unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung beider Gebiete ist aber auch so spürbar.

Die Zahlenangaben aber zeigen das Ausmaß der Differenzierung der deutschen Bauerngesellschaft in Südungarn nicht ausreichend. Ein vollständiges Bild erhalten wir erst, wenn wir auch die deutschen Auswanderungszahlen in Betracht ziehen. An den großen Auswanderungswellen zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Deutschtum in Ungarn in einem weit über seinem Index liegenden Maße beteiligt. In den Jahren von 1899 bis 1913 wanderten 203 311 deutsche Einwohner aus (Siebenbürgen nicht gerechnet), das sind

ungefähr 17% der Gesamtauswanderung aus Ungarn.⁸⁴ Die meisten Auswanderer, 116 141 Personen, kamen aus dem Süden (24 161 aus der Batschka, 91 980 aus dem Banat), in der gleichen Zeit wanderten aus Transdanubien nur 46 857 Personen aus.⁸⁵ Als Gründe für die Auswanderung geben Zeitgenossen die starke Vermehrung, die damit einhergehende Zerstückelung des Grundbesitzes bzw. den Bodenmangel, die wenigen und nicht beständigen Arbeitsmöglichkeiten, die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der dörflichen Gesellschaft, die zunehmende Belastung der Gemeinden, die starke Verschuldung des Grundbesitzes und schließlich den Wucher an.⁸⁶ Einen politischen Hintergrund hat die Auswanderung nicht oder zumindest nur in sehr geringem Maße; Hauptziel ist Amerika, nach Deutschland wandern zwischen 1910 und 1913 insgesamt nur 4 364 Personen aus, aber das Vorhandensein politischer Hintergedanken ist auch bei ihnen äußerst fraglich.⁸⁷

Die Differenzierung der dörflichen Gesellschaft wird in ihrer Bedeutung noch durch die Berufverteilung der Auswanderer unterstrichen: von den zwischen 1905 und 1907 aus Ungarn abwandernden 71 595 Deutschen sind fast die Hälfte, 33 483 Personen landwirtschaftliche Hilfskräfte; fast ein Viertel sind Tagelöhner und Knechte (6 348, 7 535), und nur ein Viertel (14 259) sind Hilfskräfte in der Industrie. Relativ unbedeutend war auch die Auswanderung der Ackerwirte (4 281); Bergleute, selbständige Handwerker und Kaufleute sind nur in sehr geringem Maße vertreten.⁸⁸ Wenn wir also die Zahl der bis zum Jahre 1910 ausgewanderten deutschen landwirtschaftlichen Hilfskräfte auf annähernd 80 000 ansetzen, so würden nach dem Auswanderungsindex für Transdanubien und für den Süden 50 000 auf den Süden und 20 000 auf Transdanubien entfallen. Das heißt also, die Auswanderung senkte den in der Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeiter zwischen diesen beiden Gebieten bestehenden (und auch nach diesem Ausgleich großen) Unterschied.

Die starke — wie wir gesehen haben, bereits in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts beginnende — Differenzierung des deutschen Bauerntums in Südungarn zeigt die relativ schnell auf den Kapitalismus zulaufende Entwicklung der dortigen Produktionsverhältnisse. Opfer dieser Entwicklung wurden in erster Linie die Kleinbauern mit Wirtschaften von 5—10 Katastraljoch, die kein Kapital besaßen, um ihre Produktion zu modernisieren, und

⁸⁴ Ebd. Bd. 67, S. 18—25. *A Magyar Szent Korona országainak kivándorlása és visszavándorlása 1899—1913* (Auswanderung und Rückwanderung in den Ländern der Heiligen Ungarischen Krone, 1899—1913). Budapest 1918. Die Auswanderung zeigt ihren Höhepunkt zwischen 1905 und 1907.

⁸⁵ Die Zahl der deutschen Rückwanderer zwischen 1905 und 1913 beträgt für ganz Ungarn 40 000 Personen (ebd., S. 43).

⁸⁶ R. F. KAINDL, a. a. O., Bd. III., S. 277—278; G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 101 ff. Vgl. P. S. SÁNDOR: *A 19. századvégi agrárválság* . . . S. 105—106.

⁸⁷ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 67, S. 33.

⁸⁸ Ebd. S. 36.

die für eine intensivere Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte zu bezahlen. Während die Zwergbauern, die ihre Felder mit ihren Familienangehörigen bewirtschaften können, sich noch irgendwie zu halten vermögen, kämpft die Schicht der Mittelbauern einen hoffnungslosen Kampf mit den hohen Steuern, den hohen Löhnen und mit dem Wucher.⁸⁹ Zur gleichen Zeit führt der langsame Rückgang des Anerbrechts zur Zerstückelung der Wirtschaften; wo jedoch das alte Erbrecht bestehen bleibt, wächst die Zahl der Bauern ohne eigenen Grundbesitz. Verglichen mit den Angaben von der Ansiedlung im 18. Jahrhundert, ist die Zahl der Bauern ohne Grundbesitz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Süden bereits auf ein Vielfaches angewachsen, die der selbständigen Bauern dagegen stark gesunken.⁹⁰ Die Flurbereinigung trieb auch die Entwicklung der wohlhabenderen Schichten voran. Neben der Auswanderung zeigt auch der Drang in die Stadt, daß ein Teil der Dorfbevölkerung die Existenzgrundlage verloren hat; die Einwohnerzahl der Großgemeinden stagniert oder sinkt.⁹¹ Die Klassengegensätze in den Dörfern verschärfen sich, die Einwohner der Gemeinden zerfallen in zwei Parteien, wobei sich die Handwerkerschicht bald zu der einen, bald zu der anderen Partei schlägt; an zahlreichen Orten konzentriert sich das Vermögen in 9—10 Händen und wenn diese Bauern zugleich die Hauptaktionäre der Sparkasse sind, so haben sie die absolute Macht über die landlosen und kleinen Bauern — die die Mehrheit bilden.⁹²

Neben den Bauern bilden die Handwerker, Industriearbeiter und die Bergleute die andere bedeutende Gruppe des Deutschtums in Ungarn. Wie wir gesehen haben, spielte das Deutschtum in der ungarischen Industrie eine weit größere Rolle, als es nach seinem Index zu erwarten wäre. Wenn wir jedoch

⁸⁹ G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 98—99.

⁹⁰ Z. B. in der Gemeinde Torzsa: A. BARKMANN, a. a. O., S. 209—218. In der Gemeinde Grabác im Komitat Torontál haben von zweieinhalb tausend Einwohnern 238 Grundbesitz, die übrigen sind Agrarproletariat (G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 100).

⁹¹ G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 99. Die Einwohnerschaft von Temesvár wächst zwischen 1880 und 1910 von 48 430 auf 72 555 Personen an, in Versec von 22 120 auf 27 370, von Ujvidék von 25 000 auf 33 600.

⁹² G. CZIRBUSZ, a. a. O., S. 128—129. Vom Leben dieser wohlhabenden Schicht gibt Kaindl ein anschauliches Bild, wenn die von ihm mitgeteilten, aus dem Jahre 1909 stammenden Angaben sich auch auf das Leben der deutschen Gemeinden in Slawonien beziehen. Hier gibt es Bauern, die ein Vermögen von 50 000—60 000 Gulden, einige sogar von 200 000 Gulden besitzen. Viele lassen ihren Söhnen eine höhere Bildung zuteil werden. Ausgezeichnet ist auch das äußere Bild der Dörfer. Der Ackerbau ist intensiv, die Großbauern haben zahlreiche Maschinen, es gibt sogar Besitzer von Dreschmaschinen. Ihre Ernährung ist reichlich, ihre Wohnungen sind bequem, man findet Klaviere und städtische Möbel in ihnen. Ihre Bekleidungsgegenstände jedoch stellen sie selbst her, und in vieler Hinsicht sind sie außergewöhnlich konservativ. (KAINDL, a. a. O. S. 296—297). — Zur gleichen Zeit aber schreibt der scharfblickende Zeitgenosse über die Differenzierung: »Der sprichwörtliche Reichtum der Banater Schwaben ist heute so gut wie nur noch Redensart. In jeder Gemeinde gibt es ein-zwei Goldbauern, die sich auf Kosten der anderen mästen, in der großen Masse der Wirtschaften aber nimmt die Zahl der sog. Zwergwirtschaften zu und verbreitet sich das Elend, und zwar das schmutzige, schwarze Häuslerelend.« HERCZEG FERENC: *Német nemzetiségi kérdés* (Deutsche Nationalitätenfrage). Budapest 1902, S. 18.

annahmen, daß die Deutschen dieses Übergewicht in erster Linie ihren selbständigen Kleinindustriellen und Großindustriellen verdanken, würden wir uns irren. Die Zahl der von der Industrie und vom Bergbau lebenden deutschen Verdienner beträgt im Jahre 1910 244 393 Personen. Von ihnen sind selbständige Klein- und Großindustrielle — die Angaben der Volkszählung führen die Kleinindustriellen, die ohne Gehilfen arbeiten und die Großunternehmer in einer Kategorie an — 83 388 Personen. Diese Zahl liegt in der Tat nur um wenige Tausend unter der Gesamtzahl der slowakischen, rumänischen und kroatischen selbständigen Industriellen. Sehr bedeutend ist aber das Deutschtum auch in der Industriearbeiterschaft vertreten. Im Bergbau und im Hüttenwesen arbeiten allein 9 791 Deutsche als Hilfskräfte — diese Zahl liegt um 660 über der Zahl der slowakischen Berg- und Hüttenarbeiter und um 3000 unter der entsprechenden rumänischen Kategorie. Die Zahl der deutschen Hilfskräfte in der Industrie — Industriearbeiter und Gesellen — beträgt aber schon 145 462 Personen, was im großen und ganzen der slowakischen und kroatischen Arbeiterschaft insgesamt entspricht und etwa dreieinhalbmal so viel ist wie die entsprechende rumänische Kategorie.⁹³ Nehmen wir dazu die 15 393 vermutlich in der Industrie beschäftigten Tagelöhner hinzu — drei Fünftel der Tagelöhnerbevölkerung —, so erhalten wir als Gesamtzahl der in der Klein- und Großindustrie Beschäftigten 170 646.⁹⁴ Davon machen die deutsche Arbeiterschaft und die übrigen Hilfskräfte in der Großindustrie 59 205 Personen aus — insgesamt ein Viertel der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter ungarischer Nationalität und einige Tausend mehr als die in der Großindustrie arbeitenden Slowaken.⁹⁵ Die Zahl der selbständigen deutschen Industriellen ist von allen deutschbesiedelten Gebieten in Südungarn am größten: im Banat und in der Batschka zusammen 29 490 Personen, während sie in Transdanubien nur die Zahl von 16 098 erreichen. Relativ geringer ist in diesen beiden Gebieten der Unterschied bei den Hilfskräften in der Industrie: 40 914 bzw. 32 671. Den in Transdanubien in Industrieunternehmen arbeitenden 8 588 Deutschen stehen aber allein im Banat 11 489 deutsche Beschäftigte gegenüber. Die in Budapest in der Großindustrie beschäftigten Deutschen machen zur gleichen Zeit 14 013 Personen aus.⁹⁶

Aus dieser Lage resultiert die wichtige Rolle, die die relativ bedeutende deutsche Industriearbeiterschaft in den ersten Jahrzehnten der ungarischen Arbeiterbewegung gespielt hat. Vom Anbeginn der Gründung der ungarischen

⁹³ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 56, S. 322—326.

⁹⁴ Vgl. die Ausführungen zur bäuerlichen Tagelöhnerschicht.

⁹⁵ *A Magyar Szent Korona országainak 1910. évi népszámlálása. 2. r. A népesség foglalkozása és a nagyipari vállalatok községenként* (Die Volkszählung der Länder der Heiligen Ungarischen Krone vom Jahre 1910. Die Beschäftigung der Bevölkerung und die Großindustriebetriebe nach Gemeinden). Budapest 1913. Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 48, S. 63—66*; ebd. Bd. 56, S. 546—551, 562—567.

⁹⁶ A. a. O.

Arbeiterorganisationen finden sich zahlreiche Deutsche in ihren Reihen. Vom Jahre 1867 ab wurde auf den Arbeitersitzungen in der Hauptstadt in drei Sprachen gesprochen: ungarisch, deutsch und slowakisch. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verliert die Arbeiterbewegung in der Hauptstadt — entsprechend der natürlichen Magyarisierung der deutschen Arbeiterschaft — zunehmend ihren zum Teil deutschen Charakter. Die deutschsprachige Arbeiterpresse wird in den Hintergrund gedrängt und die *Népszava* gibt vom Jahre 1900 ab nur noch ein Wochenblatt unter dem Titel *Volksstimme* heraus. Eine isolierte Erscheinung scheint die anlässlich der russischen Revolution von 1905 gesondert abgehaltene deutsche Arbeiterversammlung in der Hauptstadt zu sein.⁹⁷ Das wahre Gebiet der deutschsprachigen Arbeiterbewegung ist die Provinz und zwar in erster Linie Südungarn, wo die Bewegung das Prinzip der Zusammenarbeit der Nationalitäten auch in der Praxis verwirklicht. Im Jahre 1870 wird der Temesvarer Allgemeine Arbeiterverein gegründet, mit deutschsprachigem Grundstatut und vor allem deutschen Führern;⁹⁸ als aber im Jahre 1873 hier die Budapester Arbeiter-Krankenkassenskasse eine Filiale einrichtet, nehmen neben den Deutschen auch bereits Ungarn, Rumänen und Serben an der Organisation teil.⁹⁹ Ende des Jahrhunderts dehnt sich die Bewegung auf zahlreiche, vor allem von Deutschen und Serben bewohnte Städte und Gemeinden aus, im Jahre 1893 wird eine südungarische Bezirksparteiversammlung abgehalten; 1898 ein Landarbeiterkongreß, auf dem 17 Gemeinden vertreten sind.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebt der Zusammenschluß einen neuen Aufschwung; ein in rumänischer Sprache abgefaßtes Blatt der Arbeiterbewegung erscheint und im Jahre 1903 verfolgt die Regierung besorgt die Verbreitung der sozialistischen Ideen bei der deutschen und serbischen Bevölkerung im Kreis Alibunár, in den Gemeinden Nagyjécsa und Gyertyámos.¹⁰⁰ In Versec wird im Jahre 1905 die erste Volksversammlung der Sozialdemokraten abgehalten, in Temesvár gibt es zu dieser Zeit 15 Gewerkschaftsgruppen mit 3 345 Mitgliedern. In Pancsova wird im Jahre 1906 die sozialdemokratische Partei-

⁹⁷ *A magyar munkásmozgalom történetének válogatott dokumentumai* (Ausgewählte Dokumente zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung). Bd. III, S. 377, 389. Über die deutschsprachige Presse ebd., Bd. I., S. 629—632. Über die mehrsprachigen Arbeiterversammlungen: G. G. KEMÉNY: *Iratok a nemzetiségi kérdés történetéhez Magyarországon a dualizmus korában* (Schriften zur Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn im Zeitalter des Dualismus). Bd. II, S. 294. Über die Gegensätze der Nationalitäten im Pester Druckerverein zwischen 1875 und 1885 und über die allmähliche Zurückdrängung der deutschen Sprache: L. N. NOVITZKY: *Egyesült erővel. A magyar könyvnyomdászok ötvenévi szakszervezeti tevékenységének története* (Mit vereinter Kraft. Geschichte der fünfzigjährigen Gewerkschaftsarbeit der ungarischen Buchdrucker). Budapest 1912, S. 130—131, 215—224.

⁹⁸ Magyar Országos Levéltár. Belügyminisztérium Levéltára. 1870/566. R. kútfő, 4. tétel. S. außerdem: GY. RÉZLER: *A magyar nagyipari munkásság kialakulása. 1867—1914* (Die Entstehung der ungarischen Großindustriearbeiterschaft. 1867—1914). 2. Aufl. Budapest 1945, S. 78—80.

⁹⁹ J. GABRIEL: *Fünfzigjährige Geschichte der Banater Arbeiterbewegung 1870—1920*. Temesvár 1928. passim.

¹⁰⁰ *A magyar munkásmozgalom történetének válogatott dokumentumai*. Bd. III, S. 178.

organisation gegründet. In diesen Jahren wirken in den Gemeinden Zsombolya, Sándorháza, Varjas, Nagyszentpéter, in Nagyikinda, Németserna und in Párdány vor allem aus deutschen Mitgliedern bestehende Parteiorganisationen. Ihre Arbeit ist von Massenversammlungen, Streiks, vom Kampf um das Wahlrecht und von Tausenden von Flugschriften gekennzeichnet.¹⁰¹ Auch in Westungarn wird die deutsche Arbeiterschaft organisiert, vor allem in Pozsony, Moson und Sopron.¹⁰²

Ein Teil der deutschen Bourgeoisie wird in der Volkszählung vom Jahre 1910 bei der Industrie aufgeführt, ohne daß die Angaben die Möglichkeit bieten würden, die eigentliche Bourgeoisie von den Kleinindustriellen zu trennen. Die gleiche Situation zeigt sich bei den Deutschen in Handel und Kreditwesen. In dieser Kategorie gibt die Volkszählung 47 839 deutsche Verdienere an, und zwar 27 176 selbständige Kaufleute beziehungsweise Bankiers, 4 919 Angestellte und 15 744 Personen Hilfskräfte, offensichtlich vornehmlich Handelsgehilfen. Dieses relativ bedeutende Bild — 16,8% des Handels und des Kreditwesens werden von Deutschsprachigen versehen — bedarf allerdings einer Revision, wenn wir in Betracht ziehen, daß in diesen Beschäftigungszweigen auch das ungarländische Judentum eine maßgebliche Rolle spielte. Im Handel und Kreditwesen waren damals 132 575 Verdienende israelitischer Konfession tätig. Da sich im Jahre 1910 von den zur israelitischen Konfession Gehörenden kaum mehr als ein Fünftel als Deutsche bezeichneten, müssen wir im Handel und Kreditwesen mit insgesamt 26 000—27 000 deutschsprachigen Juden rechnen, womit die Schicht der deutschen Kaufleute und Bankiers auf 20 000 sinkt: das ist etwa das Doppelte der entsprechenden slowakischen Kategorie und ein Zehntel der ungarischen.¹⁰³

Diesen Vorbehalt müssen wir auch dann anmelden, wenn wir die im Handel und im Kreditwesen tätigen selbständigen Unternehmer — als gesellschaftlich bedeutendste und der Zahl nach gewichtigste Gruppe dieser Kategorie — in den einzelnen Gebieten untersuchen. Die Zahlenangaben zeigen keinen auffälligen Unterschied zwischen den einzelnen deutschbesiedelten Gebieten: in Transdanubien beträgt die Zahl der deutschen Kaufleute und Bankiers 3 106, im Donau-Theiß-Zwischenstromland 5 498 (davon im Komitat Bács-Bodrog 1 420, in Budapest 2 922), im Banat 4 243. Ziehen wir aber von diesen Zahlen ein Fünftel der in diesen Gegenden lebenden und auf demselben Gebiet tätigen Israeliten ab, verbleiben in Transdanubien 1252, im Donau-Theiß-Zwischenstromland 1280, (im Komitat Bács-Bodrog 1160, in Budapest 380) und im Banat 3511 deutsche Kaufleute und Bankiers. Wenn unsere Berechnungen auch keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben können,

¹⁰¹ J. GABRIEL, a. a. O., S. 150—186; *A magyar munkásmozgalom történetének* . . . Bd. III, S. 507 ff.

¹⁰² GY. RÉZLER, a. a. O., S. 78—80.

¹⁰³ Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 56, S. 322—329.

so steht dennoch außer Zweifel, daß die Zahl der deutschen Kaufleute und Bankiers im Banat und in der Batschka zusammen die ähnliche Kategorie in Transdanubien um ein Vielfaches übersteigt.¹⁰⁴

Nach dieser Schicht müssen wir noch eine Kategorie erwähnen, die von der Volkszählung unter der Bezeichnung »Pensionäre, Leute mit eigenem Kapital, Empfänger von Lebensrenten, Hausbesitzer und Privatleute« zusammengefaßt wird. Hier finden sich insgesamt 49 360 Deutsche, insgesamt die Hälfte der entsprechenden ungarischen, das Doppelte der gleichen slowakischen Kategorie. Einzelne Elemente dieser relativ starken deutschen Schicht — über ihre gebietsmäßige Verteilung und ihre innere Aufgliederung besitzen wir leider keinerlei Angaben — und die oberen Schichten der zuvor behandelten Kategorien bilden zusammen die Bourgeoisie des Deutschtums in Ungarn.

Was schließlich die deutsche Intelligenz in Ungarn anbetrifft — die im öffentlichen Dienst stehenden und die Angehörigen der freien Berufe — so ist ihre Gesamtzahl 14 192 Personen, 2,7% des Gesamtdeutschtums in Ungarn, 7,9% der Intelligenz in Ungarn. Diese Zahl ist relativ hoch, denn die Gesamtzahl der slowakischen Intelligenz beträgt 3 366 Personen, die der Rumänen 11 546.¹⁰⁵

Diese Zahl ist nicht real. Durch die starke Assimilation der deutschen Intelligenz scheint es unmöglich, daß die Gesellschaft des Deutschtums in Ungarn über eine relativ so starke Intelligenz verfügt. Wir müssen also versuchen, von dieser Zahl die nicht organisch dazugehörenden Elemente abzuziehen.

Vor allem scheint es berechtigt, die 3598 starke siebenbürgisch-sächsische Intelligenz und die 991 deutschen Staatsangehörigen (ohne Siebenbürgen) abzurechnen.¹⁰⁶ Als deutschsprachig können wir auch die Hälfte der in Ungarn lebenden Intelligenz österreichischer Staatsangehörigkeit betrachten, das sind (ohne Siebenbürgen) 1577 Personen. Wenn wir schließlich von der verbleibenden Zahl 8026 dem Landesdurchschnitt entsprechend 12,6% für die Intelligenz israelitischer Konfession — insgesamt 1000 Personen — abziehen,¹⁰⁷

¹⁰⁴ Ebd. S. 570—579.

¹⁰⁵ Ebd. S. 708—711. Die Volkszählung bezeichnet diese Kategorie als »eigentliche Intelligenz«. Gesondert werden daneben angeführt die Angestellten aus Landwirtschaft, Forstwesen, Bergbau, Industrie, Handel und Verkehr und die Militärangestellten. Mit ihnen zusammen beträgt die deutsche Intelligenz 9,3% der Intelligenz Gesamtungarns. Anteil des Deutschtums (in der obigen Reihenfolge) an den einzelnen Kategorien im Jahre 1910: 10,5, 18,5, 16,2, 16,3, 10,3, 4,2, 33,4. (Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 64, S. 209.) Die hier mit 7,1% angeführten deutschen Intellektuellen im öffentlichen Dienst und mit freien Berufen erscheinen an anderen Stellen der Volkszählung mit 7,9% (z. B. Magyar Statisztikai Közlemények, Neue Folge, Bd. 64, S. 181). Möglichkeit zu eingehender Analyse bietet die Volkszählung nur für die »eigentliche« Intelligenz.

¹⁰⁶ Die Siebenbürger Sachsen haben wir bei den übrigen Beschäftigungszweigen nicht abgesondert, was aber keinen so wesentlichen Unterschied bedeutet wie bei der Intelligenz.

¹⁰⁷ Der Abzug des Landesprozentsatzes von 21% scheint nicht begründet: anscheinend ist das in intellektuellen Berufen beschäftigte Judentum am stärksten magyarisiert. Zu den 12,6% s. Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 64, S. 316—317.

so reduziert sich die Zahl der deutschen Intelligenz in Ungarn auf 7000. Diese Zahl darf im großen und ganzen als real angesehen werden.

Die stärkste Gruppe der deutschen Intelligenz bilden die Beschäftigten in Unterricht und Erziehung. Ihre annähernde Zahl — von den Angaben der Volkszählung wiederum die obigen, nicht organisch zur deutschen Intelligenz in Ungarn gehörenden Elemente abgezogen — bewegt sich um 1970.¹⁰⁸ Die Zahl der auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens verzeichneten Intelligenz deutscher Muttersprache ist ebenfalls relativ hoch. Wenn wir aber von der Zahl die Zahl der deutschsprachigen Hebammen — die im eigentlichen Sinne des Wortes nicht als zur Intelligenz gehörig betrachtet werden können — abziehen, bewegt sich die Zahl der deutschen Ärzte, Veterinäre und Apotheker um 440. Wesentlich stärker ist die Gruppe der deutschsprachigen Kirchenbediensteten: insgesamt 1050 Personen. Besondere Erwähnung verdient das in der Verwaltung und in der Justiz tätige Deutschtum: ihre Zahl kann mit 870 und mit 370 angenommen werden. Dazu kommt noch eine Gruppe, die auf dem Gebiet der Literatur und der Kunst tätig ist — 180 Personen — und die in den verschiedensten Vereinigungen wirkenden Deutschen — 140 Personen.¹⁰⁹

Wollen wir die gebietsmäßige Verteilung der deutschen Intelligenz nach der gleichen Methode untersuchen, müssen wir feststellen, daß die Verteilung nicht der gebietsmäßigen Verteilung des gesamten Deutschtums entspricht. In Transdanubien wohnen 1277 deutsche Intellektuelle, am linken Donauufer 893, im Donau—Theiß-Zwischenstromland 1416 (davon 685 in Budapest, 346 im Komitat Bács-Bodrog), am rechten Theißufer 733, am linken Ufer der Theiß 659, im Theiß—Mieresch-Dreieck 1770 und in Kroatien 205.¹¹⁰ Auf das im großen und ganzen gleichstarke Deutschtum Transdanubiens und Südurgarms entfallen also 1277 bzw. 2116 deutsche Intellektuelle.

¹⁰⁸ Von den in der Volkszählung angeführten insgesamt 5449 im Unterrichtswesen beschäftigten Personen deutscher Muttersprache (Magyar Statisztikai Közlemények. Neue Folge, Bd. 56, S. 688—691) haben wir die Zahl der Deutschen in Siebenbürgen, die deutschen Staatsangehörigen und die österreichischen Staatsangehörigen abgezogen (die zur siebenbürgischen Gruppe gehörenden Glieder der beiden letzten Gruppen haben wir natürlich nicht noch einmal abgesondert). In Anbetracht der sehr hohen Zahl der im Erziehungswesen tätigen Frauen (deutsche Erzieherinnen) schien es angebracht, die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen im ganzen abzuziehen. Von der so gewonnenen Zahl zogen wir noch 9% ab; das ist der Landesdurchschnitt der im Unterrichtswesen tätigen Personen israelitischer Konfession. (Magyar Statisztikai Közlemények. Bd. 64, S. 316—317). Bei der Errechnung der Angaben für die anderen Kategorien gingen wir nach der gleichen Methode vor. Von der Zahl der österreichischen Staatsangehörigen aber betrachteten wir nur die Hälfte als Deutsch (Magyar Statisztikai Közlemények. Bd. 56, S. 676—703). Unsere Berechnungen sind ohne Zweifel ungenau, in Ermangelung anderer Angaben aber dennoch zur ungefähren Orientierung geeignet.

¹⁰⁹ Die Endsumme bewegt sich um 5000; der Unterschied in bezug auf unsere früheren Angaben ergibt sich aus dem Abzug der Erzieherinnen und Hebammen.

¹¹⁰ Unsere Berechnungen wurden auf der Grundlage von Magyar Statisztikai Közlemények, Bd. 56, S. 708—711 und Bd. 64, S. 316—317 durchgeführt, dabei verfahren wir nach der in der Anmerkung 108 dargestellten Methode.

Das in gewisser Hinsicht bestehende Übergewicht der deutschen Intelligenz in Südungarn zeichnet sich auch zum größten Teil bei der Untersuchung von Teilangaben ab. In diesen Gebieten wohnen 33,6% des in Ungarn lebenden Deutschtums; gleichzeitig 45% der in Ungarn auf dem Gebiet der Verwaltung tätigen Deutschen, 43% der in der Justiz beschäftigten.¹¹¹ Untersuchen wir die einzelnen Beschäftigungszweige: 30% der deutschsprachigen Staatsbeamten in Ungarn leben im Süden, 61% der Komitatsbeamten, 42% der städtischen Beamten, 43% der Gemeinde- und Kreisnotare, 64% der Hilfsnotare und 37% der Rechtsanwälte. 45% der deutschen Kindergärtnerinnen sind im Süden tätig, von den Lehrern nur 31%, aber 37% der Lehrerinnen. Bei den Ärzten ist der Index nur 27%, bei den Apothekern aber 45%.¹¹²

Das Übergewicht der deutschen Intelligenz in Südungarn erklärt sich zum Teil aus dem Umstand, daß dieses Gebiet — vor allem das Banat — durch seine lange territoriale Sonderstellung auch in den Jahrzehnten nach dem Ausgleich sich eine relativ größere Zahl deutscher Intellektueller erhalten hat. Und wenn die Intelligenz auch hier abnahm, so blieb sie dennoch bis zum Ende des Dualismus in größerer Zahl erhalten. Im übrigen war die Abnahme hier geringer als in den übrigen Gebieten des Landes, entweder durch das geschlossenere Siedlungsgebiet des Deutschtums oder durch das infolge der Absonderung bis zum Ende bewahrte verschwommene deutsche Nationalbewußtsein. Während der Anteil der deutschen Lehrer und Lehrerinnen in den Jahren von 1890 bis 1910 in Transdanubien von 14,2 auf 3,7% und am linken Ufer der Donau von 11,2 auf 2,3% absinkt, schmilzt es im Theiß—Mieresch-Dreieck von 19,8 auf 5,7% zusammen. Noch auffälliger ist dieser Unterschied bei den deutschen Gemeinde- und Bezirksnotaren: ihr Anteil sinkt in Transdanubien von 4,8 auf 1,1%, am linken Ufer der Donau von 3,2 auf 1,6%, im Theiß—Mieresch-Dreieck von 12,7 auf 7%. Der Anteil der deutschsprachigen Geistlichen ist im Banat interessanterweise niedriger: er sinkt von 6,6 auf 4,1%, in Transdanubien von 7,8 auf 3,9% und am linken Ufer der Donau von 10,9 auf 5,9%.¹¹³ Dieser Unterschied findet seine Erklärung teilweise in dem Umstand, daß das Deutschtum im Süden zum größten Teil katholischer Konfession ist und auch auf das ganze Land bezogen nur relativ wenige Deutschsprachige in den Reihen der katholischen Priesterschaft zu finden sind.¹¹⁴

¹¹¹ Magyar Statisztikai Közlemények Bd. 56, S. 676—683.

¹¹² Ebd. S. 712—769. Die Prozentsätze haben wir aus den vollständigen Zahlen, ohne jeden Abzug errechnet. In Wirklichkeit sind die Werte für den Süden noch etwas günstiger: einerseits, weil hier die Intelligenz israelitischer Konfession unter dem Landesdurchschnitt bleibt (8%), andererseits, weil die Anzahl der deutschen und der österreichischen Staatsangehörigen hier niedriger ist als in Transdanubien.

¹¹³ Magyar Statisztikai Közlemények. Bd. 64, S. 320—325.

¹¹⁴ 14,1% der römisch-katholischen Bevölkerung sind Deutsche, aber nur 3,7% der Priesterschaft. 31,5% evangelischen Deutschen dagegen stehen 36,0% evangelische deutsche Pfarrer gegenüber (mit Siebenbürger Sachsen). Auf die 21,8% deutschsprachigen Juden entfallen 24,4% deutschsprachige Geistliche (Magyar Statisztikai Közlemények. Bd. 64, S. 216*).

Abgesehen von den Besonderheiten, die sich in Zahlen ausdrücken lassen, erhält die Lage der deutschen Intelligenz in Südungarn noch durch einen weiten Umstand einen speziellen Anstrich. Diese Intelligenz darf nicht als Einheit betrachtet werden. Während ein Teil — vor allem die Intelligenz von Temesvár — aus alten Bürger- und Beamtenfamilien stammt und sich durch keinerlei Gemeinsamkeit mit dem auf den Dörfern lebenden Deutschtum verbunden fühlt, setzt sich die andere Gruppe aus den Söhnen wohlhabender Bauern- oder Handwerkerfamilien zusammen. Ein Teil der Bauernjugend, die die Oberschule und die Universität besuchen, assimilieren sich, andere lassen sich aber nach dem Besuch der Pester oder Wiener Universität als Notare, Ärzte, Apotheker, Lehrer oder Beamten in ihrer Heimat, vielleicht gerade in ihrem Heimatdorf, in ihrer Geburtsstadt nieder.¹¹⁵ Solche Gruppen intellektueller bäuerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft, die sich nicht assimilieren, bringt am Ende des 19. Jahrhunderts von allen deutschen Siedlungsgebieten in Ungarn — was sich zum Teil auf materielle Umstände zurückführen läßt — allein das Deutschtum des Südens hervor und das zeigt sich nicht nur in den Zahlenangaben für die deutsche Intelligenz, sondern wie die Ereignisse der folgenden Jahrzehnte beweisen werden, auch in ihrer Rolle.

Überblicken wir die Haupttendenzen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und nationalen Entwicklung des Deutschtums in Ungarn, so können wir feststellen, daß eine alle in Ungarn lebenden Deutschen umfassende Nationalitätenorganisation — durch die Anpassung der deutschen Mittelschichten an das ungarische Wirtschaftsleben und durch die schließlich erfolgende Verschmelzung mit ihm — von vornherein unmöglich erscheint. Spezifisch aber ist die Lage des Deutschtums in Südungarn, und nicht nur im Hinblick auf die Intelligenz. In erster Linie läßt die stärkere Differenzierung des deutschen Bauerntums in diesem Gebiet und die große Zahl der im Handel und im Kreditwesen tätigen Personen darauf schließen, daß von allen deutschen Gruppen in Ungarn in diesen Gebieten die Entstehung der bourgeois Gesellschaft am kraftvollsten einsetzte. Zur gleichen Zeit aber verweist die große Zahl der selbständigen Handwerker auf das Vorhandensein einer kräftigen Kleinbourgeoisie. Und wenn auch das zahlenmäßige Übergewicht der Industriearbeiterschaft gegenüber den transdanubischen Gebieten nicht allzu groß ist, beweisen die Zahlen-

¹¹⁵ Über die Entstehung dieser Schicht schreibt I. SCHMIDT: *Beiträge zur Geschichte des süddeutschen Parteiwesens 1848–1914*. München 1939 (Veröffentlichungen des Südostinstituts Nr. 19), S. 61–62. Sie beruft sich dabei auf eine im Manuskript vorliegende Studie von F. KLINGER: *Ein Beitrag zur Banater deutschen Kulturgeschichte*, im Archiv des Münchener Südostinstituts. Konkrete Angaben für einzelne Gemeinden in der Bácska: R. SCHILLING: *Dunakömlöd és Nemetkér telepítés-, népiség- és nyelvtörténete* (Siedlungs-, Bevölkerungs- und Sprachgeschichte von Dunakömlöd und Nemetkér). Budapest 1933, S. 136–137. Danach kamen bis zu den Jahren um die Jahrhundertwende aus Dunakömlöd: 1 Priesterlehrer, 1 Lehrerin, 8 Lehrer, 1 Ingenieur, 3 Notare, 1 Ordensbruder. Aus Nemetkér: 3 Priester, 1 Arzt, 8 Lehrer, 3 Notare, 1 Kindergärtnerin. In dieser Gemeinde waren auch Lehrer und Notare tätig, die von hier stammten.

angaben trotzdem die Existenz einer deutschsprachigen Arbeiterschicht — zum Teil in der Großindustrie. Die Geschichte der Arbeiterbewegung aber spricht für eine relativ starke Organisierung dieser Schicht. Die neue Entwicklungsrichtung der Schicht der deutschen Intellektuellen des Südens ist ebenfalls alleinstehend. Auf diese Weise können wir zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Deutschtum in Südungarn als die einzige deutsche Gruppe in Ungarn betrachten, bei der eine alle gesellschaftlichen Klassen umfassende sog. »vollständige Gesellschaft« anzutreffen ist; innerhalb dieser Gesellschaft existieren solche starken Schichten — Kleinbürgertum, durch die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Existenz bedrohte Schicht der Kleinbauern, Agrarproletariat, Intelligenz — die in diesem Zeitabschnitt, auf der gegebenen Entwicklungsstufe der bourgeoisen Gesellschaft, fähig sind, eine Nationalitätenbewegung ins Leben zu rufen und zu tragen.¹¹⁶ Die Arbeiterschicht, die bereits mit der Organisierung auf der Klassengrundlage bekannt geworden ist, nimmt an dieser Bewegung naturgemäß nicht oder nur in kleinerem Umfang teil.

Ob die deutsche Mittelschicht im Süden fähig bzw. in welchem Grade fähig gewesen wäre, einen vom einheitlichen nationalen Markt unabhängigen, territorialen deutschen Markt zu schaffen — der ein natürlicher Boden für die Entstehung einer Nationalitätenbewegung ist —, ob sie ausdauernd dem zunehmenden Einfluß der zur Assimilation drängenden Faktoren hätte widerstehen können und ob sie schließlich wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele hätte stecken können, die geeignet gewesen wären, die deutschen Einwohner dieses Gebietes zu aktivieren — ist fraglich. Schon nach wenigen Jahren, nach den ersten Schritten der Organisierung auf der Grundlage der Nationalität, wurde die Entwicklung durch die historischen Veränderungen in eine andere Richtung gedrängt. Außer Zweifel steht jedoch, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für das Entstehen einer deutschen Nationalitätenbewegung von allen deutschbesiedelten Gebieten Ungarns in Südungarn am vollkommensten gegeben waren.¹¹⁷

¹¹⁶ P. HANÁK: *A dualizmus válságának problémái a 19. század végén* (Probleme der Krise des Dualismus am Ende des 19. Jahrhunderts). *Történelmi Szemle*, 1958, S. 74. Vgl. Z. I. TÓTH: *A soknemzetiségű állam* . . . S. 279.

¹¹⁷ Die in der vorliegenden Arbeit vorkommenden Ortsnamen sind in der damaligen offiziellen ungarischen Form angeführt. Um die Orientierung zu erleichtern, gebe ich nachstehend (soweit vorhanden) auch die damals gebräuchlichen deutschen Namen an. Soweit Ortschaften heute zur Tschechoslowakei, zu Jugoslawien oder zu Rumänien gehören, werden die entsprechenden Namen nach dem Ortsregister vom Jahre 1933 angegeben. Die Namen der heute zu Österreich gehörenden Ortschaften decken sich mit den vor 1919 gebräuchlichen deutschen Ortsnamen. [(d) = deutscher Name, (T), (R), (J) = zur Tschechoslowakei, zu Rumänien oder zu Jugoslawien gehörig.]

- Apatin* — Apatin (J.)
Arad — Arad (R.)
Bártfa — Bartfeld (d.) — Bardejov (T.)
Bazin — Bösing (d.) — Pezinok (T.)
Besztercebánya — Neusohl (d.) — Banská
 Bystrica (T.)
Buda — Ofen (d.)
Cservenka — Crvenka (J.)
Dobsina — Dobschau (d.) — Dobšiná (T.)
Eperjes — Prešov (T.)
Fehértemplom — Weißkirchen (d.) — Bela
 Crkva (J.)
Felsőlövő — Oberschützen (d.), Österreich
Gölnicbánya — Göllnitz (d.) — Gelnica (T.)
Gyertyámos — Cărpiniș (R.)
Győr — Raab (d.)
Hódság — Odžaci (J.)
Igló — Neudorf (d.) — Spišská Nová Ves
 (T.)
Karánsebes — Caransebeș (R.)
Kassa — Kaschau (d.) — Košice (T.)
Késmárk — Kežmarok (T.)
Kismarton — Eisenstadt (d.), Österreich
Körmöcbánya — Kremnitz (d.) — Kremnica
 (T.)
Kőszeg — Güns (d.)
Kula — Kula (J.)
Leibic — Leibitz (d.) — Lubica (T.)
Lőcse — Leutschau (d.) — Levoča (T.)
Lugos — Lugoj (R.)
Magyaróvár — Ungarisch-Altenburg (d.)
Modor — Modern (d.) — Modra (T.)
Nagybecskerek — Großbetschkerek (d.) —
 Veliki Bečkerék, heute Zrenjanin (J.)
Nagyjécsa — Jecia-Mare, bzw. Orzul (R.)
Nagykikinda — Groß-Kikinda (d.) — Velika
 Kikinda (J.)
Nagyszombat — Tyrnau (d.) — Trnava (T.)
Nyitra — Neutra (d.) — Nitra (T.)
Oravica — Oravița (R.)
Palánka — Bačka Palanka (J.)
Pancsova — Pančevo (J.)
Pécs — Fünfkirchen (d.)
Perjámos — Periam (R.)
Podolin — Pudlein (d.) — Podolinec (T.)
Pozsony — Preßburg (d.) — Bratislava (T.)
Ruszt — Rust (d.), Österreich
Sándorháza — Șandra (R.)
Selmecbánya — Schemnitz (d.) — Banská
 Štiavnica (T.)
Sopron — Ödenburg (d.)
Szeged — Szegedin (d.)
Székesfehérvár — Stuhlweißenburg (d.)
Szentgyörgy — Sanct-Georgen (d.) — Svätý
 Jur (T.)
Temesvár — Timișoara (R.)
Torza — Torschau (d.) — Torža (J.)
Újverbász — Neuverbaß (d.) — Novi Vrbas
 (J.)
Újvidék — Neusatz (d.) — Novi Sad (J.)
Versec — Werschetz (d.) — Veršac (J.)
Zombor — Sombor (J.)
Zsolna — Sillein (d.) — Žilina (T.)
Zsombolya — Hatzfeld (d.) — Jimbolia (R.)

Предпосылки национального движения немцев в Венгрии во второй половине XIX в.

Э. Виндиш

Резюме

Данная статья является частью большей работы, исследующей историю немцев Венгрии во время дуализма (1867—1918 гг.) и отдельные главы которой одновременно появляются на страницах различных исторических журналов. Автор статьи сначала знакомит читателей основными факторами положения немцев в Венгрии (обращая внимание на то, что саксонцы Трансильвании не входят в рамки данного исследования): Немцы Венгрии образуют десять, территориально друг от друга независимых поселенческих групп, кроме того во многих городах и селах живут в меньшем или большем числе немцы; общество немцев является разделенным, так как вследствие постепенной их иммиграции и сильной ассимиляции населенных немцами городов к венгерскому обществу, между немцами городов и деревней не возникло органической связи; специальной их чертой — результатом их положения — является то, что возможными союзниками их в деле национальных стремлений являются не маленькие, только что возникающие государства, как в случае других национальностей Венгрии, а Австрия и Германия. В результате первых двух факторов в первых десятилетиях дуализма немцы Венгрии не в состоянии начать национальное движение. В результате же третьего фактора венгерский господствующий класс — стремящийся внутри Монархии к наиболее полной самостоятельности — и по его примеру венгерская общественность стараются уничтожить и малейшие появления немецкого национализма.

Данная статья экономическое, общественное и национальное положение немцев исследует с той точки зрения, что к концу XIX в. насколько оказались назрелыми предпосылки возникновения национального движения. Автор исследует экономическое положение больше чем полторы миллиона немцев конца XIX в. Жизнь немецких бюргеров в городах характеризуется экономическим упадком, оттеснением их из ранних позиций, что является результатом в первую очередь того, что жившие до сих пор в цеховой организации и занимающиеся промыслами немцы не в состоянии осваиваться с капиталистическими отношениями. Экономическое развитие появляется лишь в населенных немцами городах района Банат. Более дифференцированным является развитие немецкого крестьянства. В эти десятилетия во многих районах, в среде вообще зажиточного немецкого крестьянства — в результате развертывания капиталистических отношений — начинается дифференциация.

Кроме неблагоприятных общественных условий затрудняет возникновение немецкого национального движения и то обстоятельство, что средние слои немцев, которые могли бы играть роль руководителя, в течение данного периода в большей мере потеряют свою национальность и ассимилируются к венграм. Упомянутые уже факторы положения немцев: тесная связь с венгерским обществом, отсутствие национального сознания, отсутствие национальной церкви, одобрение с их стороны венгерского развития как в области политики, так и в экономике, их включение в это развитие (в то же время общественное разложение старых средних слоев), все это начиная уже с эпохи реформ привело к добровольной, сначала эмоциональной а позже языковой ассимиляции немцев. Автор пытается дать и количественные данные в связи с процессом ассимиляции.

Следующая глава, при исследовании положения немецких школ и немецкой печати устанавливает, что число немецких школ Венгрии в исследуемую эпоху (в первую очередь в результате национального равнодушия немцев) резко сократилось, — в большей мере чем число школ любой национальности Венгрии, — число однако немецких газет и журналов Венгрии было довольно значительным. (В 1900 г. число немецких газет достигает 149, появляющихся на двух языках, на немецком и венгерском 103.) Эти газеты вообще являются защитниками венгерской государственной идеи.

Последняя часть статьи на основе народной переписи 1900 г. анализирует общественное положение немцев, пытаясь в этих данных найти возможности возникновения немецкого национального движения. Оказывается, что хотя земельные отношения немецких крестьян являются вообще благоприятными, в некоторых районах, в первую очередь на юге страны, (Баншаг, Бачка) половину крестьян немецкой национальности составляют или имеющие небольшие земельные участки крестьяне или же безземельные сельскохозяйственные рабочие (при сильной эмиграции бедных крестьян). Другой характерной чертой немецкого общества южной части страны является то обстоятельство, что относительно значительная часть немецкой интеллигенции ведет свою деятельность здесь. Объяснение данного факта заключается в том, что из населенных немцами территорий страны, (в результате поселенческой политики Габсбургов в XVIII в.) этот район имеет происходящее из крестьян и мелкой буржуазии общество, которое способно дать и обеспечить существование не ассимилирующихся интеллигентов.

На основе данных общественных отношений автор приходит к выводу, что к концу XIX в. немцы южной части страны образуют единственную такую немецкую группу в Венгрии, которая оказывается способной к оформлению и развитию национального движения.

The First International and the War

(1864—1866)

by

J. JEMNITZ

At about the time of the centenary of its birth the First International is actually living its third youth. After contemporary literature, it was at the beginning of the 20th century, around the 50th anniversary of its birth, that the works of such authors as Mehring, Ryazanov, Kautsky, Nettlau, Guillaume, among many others, began to appear. Today, newer — sometimes hitherto unknown — sources have been published which greatly facilitate research work, and also prove that the history of the International is far from being “dead” material. As soon as anyone looks closely into the history of the International he is caught up in a wave of enthusiasm and fascinated by the intellectual profundity with which young workers, who, in the main, were in their thirties, were examining the vital problems of the working masses. Socialism and democracy, trade unions and politics, collectivization of industry and agriculture, the condition of women and children were all problems engaging progressive socialist thinkers several decades later. These thinkers kept essentially to the road opened by the First International. In this paper I shall endeavour to analyse such a subject, and one which, as far as I know, has not yet been separately dealt with at great length. This study deals with the struggle of the First International against war, and in this context against bellicose nationalistic ideas.

Historical antecedents furnished a basis to the socialist pioneers of the middle of the 19th century that they might assume such attitudes. During the French Revolution the English Corresponding Societies also promulgated such anti-war, and internationalist thoughts. The new generation of the 1830's and 1840's the English Chartists, held aloft again the temporarily fallen banner and passionately condemned the counter-revolutionary interventions. At the time of the revolution of 1848 proletarian elements of Pest were protesting against the intervention in Italy, while similar demonstrations were taking place in Vienna against the anti-Hungarian actions and in Paris against the anti-Italian actions. The democratic-socialist voice was raised again in protest against the Crimean War and it was then that the International Committee, a Chartist organization of international character, was re-organized. It is

well-known how English and French workers demanded the defence of the liberty of Poland in 1863, and how English workers prevented, backed up by other factors, the British Government from taking sides with the southern slave-owning planters on behalf of England. Internationalism had already taken deep roots by this time and this was closely linked with active support for the striving for freedom, with the condemning of nationalism and the feeling of humanistic antimilitarism. In the intellectual field, the French Revolution and the teaching of the Encyclopaedists had a strong impact on the ideology of this movement which was often enriched by new proletarian-socialist concepts, although not infrequently, it still preserved the old forms of thinking.

At the Inaugural Meeting of the First International, where, naturally, the economic problems of the workers took priority, political and explicitly internationalist considerations also played an important part. In his opening address, Edward Beesly, a professor of history in London and chairman of the session, demanded the international preservation of human rights and sharply criticized the attitude of the British Government in Chinese, Japanese and Indian affairs which was, essentially, both interventionist and oppressive. Beesly urged upon all present to struggle against the predominance of nationalist, selfish feelings "disguised often under the cloak of patriotism" and to maintain only those principles which were in compliance with their striving for freedom.¹ G. Odger, respected representative of the London Trades Council also spoke up for the defence of the Polish uprising and appealed for the establishment of a permanent international workmen's association which "may counteract the evil influence of those who have brought degradation upon nations". Odger recalled all the counter-revolutionary interventions, and unjustifiable attacks (including the intervention in Mexico and the Chinese opium-war), which gave ground for the formation of a league "against emperors and kings for the liberty of peoples."² The character of this league was decidedly anti-militarist in this case too, and the participants clearly differentiated between the interests of the ruling classes and those of the peoples.

All these concepts, however, were not confined only to the minds of the leaders of English workers. H. Tolain, interpreting the reply of the French (Proudhonist) organized workers, explained: "Brothers and Friends! Yes, you are right. The feeling, which brings us together, is the sure indication of a better future for the freeing of the peoples. Caesars, their forehead stained with a bloody crown, must no longer divide peoples among themselves . . ." And he added: "One single people oppressed puts the liberty of other peoples in danger." Furthermore, he urged the establishment of the interna-

¹ *Founding of the First International. A documentary record.* Marx—Engels Institute. Moscow—London, 1939, pp. 1—2.

² *op. cit.* pp. 5—6.

tional workmen's association "against tyranny in political order, against monopoly and privilege in the order of social economy."³ Thus one thread of the session was again of a political nature and among the political demands the condemnation of anti-popular wars played a considerable role animated by the humanistic, anti-militarist convictions already described.

In respect of war and foreign policy Marx's famous Inaugural Address — which was conceived in the spirit of the speeches delivered at the participants, and systematized the ideas dealt with by the session, stated: "If the emancipation of the working classes (of different countries) requires their fraternal concurrence, how are they to fulfil that great mission in pursuit of criminal designs, playing upon national prejudices, and squandering in piratical wars the peoples' blood and treasure?"⁴

The English organized workers accepted the ideas of Marx's Inaugural Address, and no wonder, since, as Marx described the participants to his friend Engels: "The English members . . . consist mostly of the chiefs of the local trades unions, that is, the actual labour kings of London, the same fellows who prepared the gigantic reception of Garibaldi, and prevented Palmerston from declaring war upon the United States."⁵

At the beginning, the newly formed International had, first and foremost, to set up its own organizations, then it became involved in the economic class struggle of the working class, and had to become conversant with the internal policy of individual countries and, at the same time with the key issues of the forthcoming measures of the working class movement. Since there were disputes in this field, and debates were commenced, the International became so closely engaged in all these affairs that its special attention to foreign policy was overshadowed.

The International, however, never lost sight of the admonitions of the Inaugural Address on the importance of foreign policy and the propagation of the idea of internationalism. The General Council commemorated the occasion of the anniversary of the peaceful French—English compromise and sent a congratulatory message to President Lincoln on the emancipation of the slaves.

The General Council also commemorated the Polish uprising. Instead of the planned regular annual congress of 1865 the International was only able to convoke a conference in London owing to unforeseen obstacles. At that conference, besides organizational questions, the International wished to discuss the theoretical problems of the working class movement, mainly those arising within the sphere of the economic class-struggle. To the proposed

³ *op. cit.* pp. 7—8.

⁴ Karl Marx Selected Works. London. 1943. Vol. 2. p. 441.

⁵ *Founding of the First International.* pp. 51—52.

agenda of the conference, however, a foreign political item was added again: the demand for the independence of Poland.⁶

In putting the Polish independence on the agenda Marx and Engels were also led by considerations other than giving assistance to an oppressed nation. The Holy Alliance and the historical facts of the events of 1848—49, when tsarist Russia had been really the “Gendarme of Europe” was engraved in the memory, of both of them. These impressions intensified their “Fear of Russians” even at the time when Russia, as a result of the Crimean War, had become considerably weakened. They wished to reduce this Tsarist hegemony by the formation of an independent Poland which would in this way, be a predominant factor, in serving the cause of European progress and freedom. In this respect Marx was occasionally haunted by the old idea, dating back to 1848, of a revolutionary war to be made against tsarist Russia at that time. However, this was not formulated in a clear-cut manner, but was rather an urge for Polish autonomy, Polish independence — which almost seemed to have been a “*ceterum censeo*”.

These thoughts and demands concerning foreign policy were, or seemed to have been, of theoretical nature as long as the international situation was characterized by inactivity. However, when war rumours stirred the political life and when terrible bloodshed was again taking place between the Great Powers in Central Europe, the International immediately had to face quite a new situation.

The Prussian-Austrian War came as a surprise to the International which, naturally, had to form an opinion on the vents. This opinion was mainly negative, but a wide range of attitudes can be observed according to the actual feelings of the sections of the individual countries. It should be noted, however, that the most energetic reactions, mostly at the beginning, were evoked in countries other than those directly afflicted with war. In Germany the workers’ opinion was divided, among them there were partisans of the Austrians as well as of Bismarck. The South-German labour-unions opposed the war made on Denmark at that time. Now, however, they showed an attitude of reserve. But Liebknecht turned with great anger against the Russians’ defeat at the beginning and considered it favourable to progress since it was expected that the defeat would give a rise to the revolutionary movement: “the Prussians will pay for their bluster and the idyll in Germany will come

⁶ The proposal to put the question of Polish independence on the agenda was met by serious opposition. Proudhonist delegates of France found it unnecessary to deal with the problems of such remote countries, while C. de Paepe of Belgium thought that they should insist, first and foremost, on the internal democratization of Russia, because this would make a sound solution possible. English delegates, however, argued for Marx’s proposal, and the majority of the participants finally voted for a special treatment of the Polish question at the congress to be held in 1864. Documents of the First International Moscow—London pp. 179—180.

to an end in any case" — wrote Marx to Engels. "If they proclaim the Republic the change may take place in two weeks all over Europe."⁷ But then he asks with certain scepticism: "I wonder whether they will come forward?" In early June he inferred the approach of the revolution from a number of different signs which were to be observed in the situation in Germany, and now, he writes, we must not miss this chance. He, naturally, brings all these into connection with the prospective military success of Austria. Instead of the national unity, carried out in a revolutionary way from below, the Prussians had won the day on the battlefield, and the "lesser-German" national unity, excluding Austria, was to come into being. Following the battle at Königgrätz, Engels immediately recognized its significance, and there was no choice but to note it as an accomplished fact.

In the two other countries concerned in the war, Austria and Italy, the working class movement was too unorganized to be able to give a clear expression of its opinion which, finding an international response, might be heard by the General Council. The first organizations of the proletariat were still in the formative phase at that time. It was not until the winter of 1866 or, properly speaking, the summer of 1867 that the first labour organization of a socialist type, the Arbeiterbildungsverein von Wien, was set up in Austria.⁸

Characteristically proletarian-socialist organizations were not formed in Italy. It was then that Bakunin was organizing his Alliance from Naples and that the defection of the left-wing intellectuals of the Mazzinist Movement from Mazzini and Garibaldi along with their development in a socialist direction was taking place at an accelerated rate. All these, had no tangible results in the initial stage. In fact, there were even opposing tendencies, but in some cases the process of defection was suspended for the time of war.⁹

⁷ MARX—ENGELS: *Complete Works*. Moscow, 1930. Vol. 23. pp. 346—347. (in Russian)

⁸ L. BRÜGEL: *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*. Wien, 1922. Vol. 1. pe. 80—86. It is to be noted that in his autobiography one of the participants and state's evidences of this early movement, Andreas Scheu maintains that the real beginnings of the Vienna organization dates back to the end of 1867 or the beginning of 1868. (A. SCHEU: *Umsturzkeime Erlebnisse eines Kämpfers*. Wien, 1923, pp. 127—128.)

⁹ Nationalism, which had permeated among the people, was characterized as a paralyzing power by Bakunin, who had been living in Naples from Autumn 1865 to Autumn 1867, in his letter of July 19, 1866 to Herzen and Ogarev. It was at about this time that Bakunin gathered a secret, illegal organization round himself. This organization, including G. Fanelli, C. Gambuzzi, S. Friscia, A. Tucci, R. Mileti and other Mazzinist young men, promulgated socialist ideas and undertook pioneer work in this respect. That the organizational work progressed very slowly was mainly due to the nationalism to which Bakunin referred in his afore-mentioned letter: "besides I have to fight hard against the so-called national ideas and passions, against the despicable theory of bourgeois nationalism disseminated by Mazzini and Garibaldi". (M. NETTLAU: *Bakunin und die Internationale in Italien bis zum Herbst 1872*. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und Arbeiterbewegung. 1911. Leipzig, pp. 286—287.; R. HOLTSTETTER: *The Italian Socialist Movement. Origins. 1860—62*. New York—London—Toronto, 1958, p. 91.) Bakunin was embittered by the outlook that, despite the accumulated social unrest, "the Italian people will be successfully dazzled with nationalism. I fear, that even Garibaldi would let himself be misled for the tenth time too and would allow himself to become mere bait in the hands of others — you know in whose hands — to deceive peoples. All this is

The standpoint of the German working class was much more palpable. In Germany the impending Prussian—Austrian War gave rise to a crisis within the bourgeois parties, and caused dissension. Even the most passionate debates could not lead to the successful formation of a common stand. All these things had a strong impact on the German working class movement. The labour unions still began, step by step, to give voice to their opinion that the war would be against the interest of the German people and demanded the convocation of the All-German Parliament contrary to the Austrian dynastic version of solving the problem of unity, and they also clamoured for the general arming of the people in order to defend the parliament. In Dresden the mass meetings of March-May, 1866, where the worker-elements (A. Bebel, K. Valteich) continued co-acting with the representatives of the liberal bourgeoisie, adopted resolutions to the same effect¹⁰ as further proclamations issued by organizations, based on the worker — liberal bourgeois co-existence, urging on the formation of a democratic Great German unity. They were — to quote Bebel's words — “moved by a good intent”, but were powerless and also too late.

The same concept was reflected by the German section of the International in Geneva. The May issue of the “Vorbote” edited by J. Ph. Becker warned of the danger of war which he had not deemed to have been impossible so long as the policy would be framed “at the table of the rulers”. At the same time the newspaper explicitly made it clear that the European governments are all equally responsible for the resulting warlike atmosphere. As a solution they pointed to the way of revolution “from below” from which they expected a simultaneous national democratic revival. In the more liberal political atmosphere of Switzerland this concept was given a sharper form: “there is only one medicine, one antipoison — revolution. There is only one solution, only one state, and one church — the Republic”, professed the editorial of the June issue of the “Vorbote”. In July this slogan became even more explicit: “Our standpoint might be summarized in the following slogan: there is no longer need for either Prussia or Austria. Free Germany for ever!” Then the German Section in Geneva adopted a special resolution on the attitude to be taken: “. . . if the honour and the security of the fatherland requires it, not one of the Germans might be absent, all party interests should be pushed

very comfortless and disgusting, but — it seems to me — unavoidable.” (Y. STEKLOV: *Mikhail Aleksandrovich Bakunin*. Moscow, 1927. Vol. 2. p. 314. in Russian) Bakunin made efforts to counteract this influence, but in vain. Several of those surrounding him went over under Garibaldi's banner. Although he asserted in his letters that the Italian organizations were under his influence, it was only partly true. The International still had no strong influence, since there were no well-established Italian sections. In the northern areas Mazzini had an even greater influence. It was only a few years later that a change took place in all this. However, the fact is that in the period 1866—67 the internationalist ideas, opposed to Mazzini, took their roots by opposing war and nationalism.

¹⁰ A. BEBEL: *Aus meinem Leben*. Stuttgart, 1910. I. vol. pp. 147—156.

in the background . . . Since we are aware of the fact that without the independence and sovereignty of the German nation there would be no real freedom, no peace, whether internal or external, no healthy development in other parts of Europe . . ."¹¹

The resolution, furthermore, laid down concrete demands concerned essentially with a government to be formed in accordance with the will of the people and the arming of the people, or, in other words, the formation of a healthy, democratic German state. It is clear from the resolutions of the Geneva Section how much the German-speaking inhabitants of Switzerland and even the immigrants were imbued with the national unionist movement, with national feelings. This is so much the more obvious, because the national-democratic motive sometimes prevails in these resolutions. On the other hand, the socialist and internationalist revolutionary concept grows dim.¹²

If we compare the statement of the Germans of Switzerland with those of the French socialists of this country, this contrast becomes clearly marked.¹³

While the "Vorbote", edited by Becker, massed the German-speaking inhabitants, the French, especially the majority who had been Swiss by birth, were organized by Doctor Coullery, and it was he too who published, almost

¹¹ Der Vorbote, 1866, July.

¹² This national velleity had been clearly marked in the previous numbers of Der Vorbote as well. Although national feelings were not yet predominant it was of greater importance in this than in other socialist newspapers. In this a role was obviously played by the fact that the Germans had still not attained national unification. Therefore, when in February 1866, the Vorbote propounded the objectives of the International to its readers, it stressed, among others, the importance of performing the political tasks, in which it was implied that every nation should "first carry out its national task". Therefore the newspaper considers it indispensable that political rights should be assured, the feudal and clerical shackles should be broken, and the complete sovereignty of the people should be attained. It demands that "free and independent existence should be assured for the smallest nation as well." It should be mentioned that the abolition of permanent armies is linked up with the sovereignty of the people already in this place, which — the newspaper maintains — means "the end of all aggressive wars". In the March issue, in the continuation of the same article (Zur Klärung unserer Arbeit), Becker emphasizes that while the European nations must fight for their political rights, "the Germans have also a more important task, namely the formation of the unified state". "The unified, great and free Germany must be born, and only then will lasting peace be assured". J. Ph. Becker, of course, thought of a democratic Germany. Prior to the Austrian—Prussian war all emigrants had believed that the new unified German Republic would be born by means of a revolution from below which would have made peace even more lasting. The facts, however, were against Becker's hopes. We could see how he himself had refused the idea of war in the summer-months. In August, 1866 the editorial of the Vorbote repeatedly asserted: "war . . . is a systematical barbarism", and it occurs where people have no rights and where there are permanent armies.

¹³ It is to be noted that the German labour unions still insisted upon the formation of the unified German Republic after the outcome of war had been decided. On August 19th, 1866 a meeting was held in Chemnitz to which the Lassaleanist General German Labour Union also sent its representatives. The resolution of this meeting demanded universal suffrage, a parliament of broad authority, a people's army and a unified state "in the name of the people". All these were pronounced in a radical tone of voice: "Unification of Germany into a democratic state. There is no need for hereditary rule. We want neither "Lesser Germany under the leadership of the Prussians, nor a Prussia enlarged by annexations." — In other words, workers, besides enumerating their social demands, came out for a unified democratic Germany, —but they continued to oppose dynastic wars as harmful and valueless.

entirely at his own expense, the first French newspaper of the International in Switzerland in December, 1865. That this newspaper, "La Voix de l'Avenir", assumed a sharply negative attitude against war, and entertained doubts as to the value of national feelings was mainly due to the fact that Coullery himself had been greatly influenced by the humanistic spirit of the French Encyclopaedists.¹⁴

The premonitory signs of the Prussian—Austrian War had been noticed by this French newspaper as early as the middle of April 1865: "Germany is the only thing Europe is talking about. Prussia and Austria keep menacing; they alert their armies . . . Small states are also arming themselves, but, by the nature of the case, it looks as if they would combine to defend their neutrality. Italy also seems to prepare herself for war, and still nobody thinks of hostility. It would be a comedy after all and there would be no end to it." Then the editors made mention of what an unfavourable influence had been exerted by the mere premonitory signs of war on the economic life. Beyond these logical arguments they felt even stronger moral indignation against this kind of war which might occur "as long as peoples will be stupid enough to allow themselves to be driven like sheep to the slaughter-house. Poor men, it will be you who scrape together, with unemployment and misery, these immense expenses and if the comedy takes a dramatic turn, you must even shed your own blood, the little blood which has still been left in your veins."¹⁵ The editorial concludes these thoughts with the following words, somewhat naive, but also conceived in the essentially rationalistic and, at the same time, idealistic-humanistic spirit of that age: "would it not be possible to solve the conflicts between peoples by arbitration? Are the peoples more stupid than individual men who bring their quarrels before a court?"

"La Voix de l'Avenir" raises the question whether the government would give ground to the danger of the revolution? Popular meetings are held throughout Germany, they wrote, which condemn the war. At the same time they too pointed out that Russia could make use of the war in order to put in her claims, and in this respect they were of the same opinion as Marx and Engels who ascribed the increase of tension and the outbreak of war to St. Petersburg.¹⁶ "La Voix de l'Avenir" adds that should the war break out, it would not be to

¹⁴ It should be noted, that national feelings simultaneously manifested themselves in this paper too, but they were directed chiefly against the Germans. The newspaper was published in Choux de Fonds, and gave voice to the separatist feelings of the poor of the backward regions of the French Jura Mountains, when demanding autonomy from the German inhabited Bern. (La Voix de l'Avenir, January 28, and February 11, 1866.)

¹⁵ La Voix de l'Avenir, April 15, 1866.

¹⁶ In their correspondence, in the spring of 1866, Marx and Engels repeatedly referred to this momentum according to which the real originator of the war-tension was St. Petersburg. On the other hand, they feared that an incidental new German revolutionary movement would be put down again by Russian troops. (MARX—ENGELS: *Complete Works*, 1930. vol. 23. pp. 341, 345, 349, 355. In Russian)

the advantage of the people despite the fact that the ruling classes might subsequently be forced to adopt certain reforms.

In the first week of May, 1866, they found that the political situation was even more alarming: "Children of civilized Europe are going to fight, to kill each other. Why? Nobody could supply a reason. Maybe, by the time this number is issued there will be massacres taking place in Germany and Italy. Peoples assault each other, because Bismarck has failed to obtain what he wanted. Poor peoples and they are speaking to you of the sanctity of treaties."

And here is the danger of permanent armies and the centralized power. War should not be the privilege of one single man having a whole army at his disposal. Fifteen days ago peoples were still quiet, now they are worried and desperate." The reviewer emphasizes that war leads to economic anarchy, regression, and unemployment, then he adds: "there are some who say there will be no war. We wish the same. But what an obscure farce the bellicose stir of the two great powers is!" At the same time he remarks that there are financial funds for the purpose of war, but there are none for school-credits, for the development of agriculture or for social politics.¹⁷

In the first weeks of May the newspaper reports on recent alarming details of military preparations. At last, on May 20th a smaller separate article appears under the headline of "The War" under which the lines read as follows: "The war makes us indignant and sad. When we express our conviction that war will soon break out in Europe, it should not be taken to mean that we want the bloodshed; it only means that we foresee this disaster."¹⁸

Another small article was simultaneously published on the neutrality of Switzerland. And the specific Swiss considerations are much more underlined in this newspaper than in the "Vorbote" which was deeply concerned in the general course of democratizing Germany. "La Voix de l'Avenir" wanted, in the first place, to ensure the neutrality of Switzerland and it was only with this end in view that the complete mobilization of the population was deemed permissible. The newspaper kept urging on the solemn declaration of neutrality that everybody would keep in mind: "he who violates the frontier will encounter the people's armed force."

¹⁷ La Voix de l'Avenir, May 6, 1866. The Belgian l'Echo de Verviers held the same view on war as the Swiss newspaper. This daily, from the beginning of May onwards dealt with the danger of war and took an unambiguous stand against war in a political communication, which took the place of the editorial on the first page, and made bitter comments on war at all times when the hope of peace had diminished (May 1st, 2nd, 5th and 8th) The glossary of May 8 explicitly indicated that Europe was on the eve of a destruction the like she had experienced during the Napoleonic wars. It should be noted that the newspaper blames Prussia, Bismarck personally for the war, which had driven peoples to the battlefield in the cause of the dynasty and, first of all, in the interest of his power politics. Sometimes the newspaper cautiously made it perceptible that the Prussian people would presumably not support the war, since the convocation of the Parliament had been put off precisely for this reason — but seemingly no trust was placed in this popular opposition even by l'Echo de Verviers itself. (May 16th)

¹⁸ La Voix de l'Avenir, May 20, 1866.

Early in June the Swiss newspaper published in full the appeal of the Parisian students. (An account of its text will be dealt with later in connection with the response of the French Section). Then another article was published the title of which: "Guerre à la guerre" — War against War, does not sound striking to our "modern ears". Its central conception is: one must not understand and resign oneself to war, but must struggle against it: "just imagine that one day, by a miracle, each French mind would be possessed by Proudhon's ideas and Kant's thoughts would fill each German. Imagine, this were to come true, then the impending war would be no longer conceivable, dissensions would disappear and, although the tyrants would be still shaking with fright, mothers would no longer fear."

The cause of war, like that of every other disaster of mankind, is the ignorance of peoples which should be brought to an end. "Knowledge is peace; therefore let us strive after knowledge!"

It should be noted that this article was taken from the French weekly "Rive Gauche" to the position of which I shall revert later. A striking feature of these standpoints is, however, the esteem for, and even the overestimation of, reason. Naturally this is not merely a naive daydream, but it is the mark left by the progressive pioneers of the previous generation, the survival of the ideas of enlightenment and the French Revolution — within the International.

In the middle of June, however, "La Voix de l'Avenir" went on already in a clear Swiss tone of voice: "The war is approaching. In a few days it will appear all over Europe." The newspaper, furthermore, refers to the military preparations of Napoleon III and sometimes seems to take them for the most important motives of war: "that is to say we shall have a great war, Europe will have to be mapped again. This war will be the last to make Europe bleed to death. This is inevitable, the time of the agony of old ideas and old times" has come. All the same the newspaper is not at all pleased with these events, and, as it writes, "The nations of Europe are horrified at the human slaughterhouse." Workers' organizations were increasing in number throughout Europe and all of them condemned the war. *This condemnation is the sign of our days, the result of socialism.*" (My italics — J. J.)¹⁹

The situation grew more and more critical and the weekly had to repeatedly come back to this topic. At the end of June it stated bitterly that the whole of Europe is in arms, the war is going to start and the peoples will fight for the interests of dynasties: "tomorrow the telegraph gives news to the world that human blood is shed. Thousands of men are partaking in the quarrel of kings, while they are imbued with patriotism, incited by lies, go to the battlefield to be killed . . . Tears and sighs everywhere."²⁰

¹⁹ La Voix de l'Avenir, June 17, 1866.

²⁰ Op. cit. June 24, 1866.

Here again the paper touched upon specific Swiss problems. Mobilization was ordered in Switzerland too, and 100,000 men, at that time volunteers only, were deployed along the border. Thus the war psychosis exerted a harmful influence on Switzerland as well. It remarked, however, that no reproach was due to Switzerland for these measures since the Swiss had spoken up for peace: "We should have changed our rifles and guns into tools, if our neighbours, the kings had had no terrible permanent armies."²¹

In June the war was unleashed. The next number of the newspaper was issued only after the outbreak of hostilities. As to entry into the war the writer draws a distinction between Prussia and Italy. Swiss public opinion would wish success to Italy in her struggle for national unity, but not in a war waged on the side of Bismarck. And the writer adds: in Switzerland "especially in the German regions the peoples long for the victory of the Hapsburgs, the anti-Bismarck atmosphere in this region could not be counteracted, even by the popularity of Garibaldi. At the same time they did not sympathise with Austria either. Namely, Austrian victory "would restore the dethroned rulers and laws, dictate to Italy and, under the shadow of victory . . . would know no bounds. It would be the complete victory of reaction in Europe". And making an international comparison they maintain: "The complete victory of Austria would mean the same for Europe as that of the southern troops over the northern states."

On the other hand, they form a sober-minded opinion of Italy's entry into the war, i.e., in their view, Italy should not be rebuked in an academic manner for her deeds. It is obvious that Italy alone would not be able to take successful measures against Austria and thus she is forced to accept the first offer of a possible alliance. „Those who are not suffering may have many a scruple. But a nation, which has been suffering for centuries and has bled to death again and again in the battlefield defending the fatherland without having a friend ready to assist, such a nation has the right to live and to revive."²²

²¹ Ibid. — It is to be noted that, in connexion with the defence of neutrality, the artelei sounded the note of a genuine Swiss patriotism in some places, while it kept scorning Garibaldi because of his devotion to the glory of his homeland proper.

Here it should be also noted that some specific Belgian feelings might be observed in the tone of the Belgian newspaper too. On seeing the devastation of war, at the beginning of June, the editors emphasize how great importance is attached to the maintaining of the neutrality of Belgium by both the Belgian people and the Great Powers. According to the newspaper even the Great Powers might not allow themselves to violate the neutrality, because it would involve the upsetting of the balance of power. Further on, however, they remark that if Belgium were to be attacked from without, everybody would defend this country. Then they complain in a democratic-socialist manner, against the bourgeois-royal government. They warningly stated that the real patriotism might be expected of those only who had something, whether material or moral asset, to loose. To this, however, the rights of the people are still lacking and their living conditions would not justify such a patriotism. Therefore — in their view — the defence of the neutrality and independence of Belgium would be adequately insured by the adoption of democratic and social reforms only. (*L'Echo de Verviers*, July 5th, 1866).

²² *La Voix de l'Avenir*, June 24, 1866.

With this the writer came back to the original idea, to the comprehension of the Italian national movement. He pointed out also that this feeling constituted a sharp contrast precisely to the aftermaths and coherencies of war. The writer had perceived the tragic immanent contradiction which he made perceptible to the reader as well, but, at the end, he drew contradictory conclusions in two cases. First he condemned the Italians for their entry into war, then acquitted them of the same condemnation.

Sentiments continued to be mixed and had opposing effects. Still in the same number, under the heading of "La guerre" ("The War"), reporting on the first battles in Italy, the writer says with deep regret: "poor soldiers and poor peoples hit by adversity." Then he forecasts that the spread of epidemics and hunger might be expected after the war. This grief and bitterness was a still more characteristic feature of the tone of the newspaper in its subsequent numbers. With respect to war the editorial of the following number pointed out that "it has now lasted a few days only and thousands of men have died or have been mutilated . . . What would have happened if all the armies of Europe had taken part in this war. Imagination revolts against such a vast massacre."²³

The war, however, or at least its bloody part deploying and destroying hundreds of thousands, came to an end. Talking of that, in the middle of June, *La Voix de l'Avenir* already cherished the hope of an immediate peace, from which the conclusion was drawn: "Work will be started again, and then the struggles of ideas must be resumed." — In other words, after the war intermezzo they continue organize the working class in order to attain a great social reform.²⁴

Thus the first phase of the war was over. This period confronted the German workers' organization with a difficult choice. In Switzerland, on the other hand, it created a stir in two political lines, as stated above. Both of these lines agreed, however, in condemning war as a way of solving problems. Although they never opposed democratic, national endeavours the basic tendency that, at heart, they would "disturb" the peaceful situation only by revolution and not by war was already clearly marked.

In France, the other country in the vicinity of war, armed conflict also met with response. France had long since achieved national unity, but she was all the more threatened with the danger of being involved in the war, and with intervention. Newspaper articles and manifestos, taking an energetic stand against war and nationalism, were all due to the farsightedness of democratic socialist intellectuals and workers. In this case the French were in an easier situation. The vital questions of the nation had not paralyzed them so much

²³ *La Voix de l'Avenir*, July 7, 1866.

²⁴ *La Voix de l'Avenir*, July 15, 1866.

and, on the other hand, they could much more clearly define their proletarian position free from nationalistic influences.

While the French bourgeois press, according to its liberal or Bonapartist inclination, — and within these two main groups it was divided into further sections, was sympathizing either with Austria, or with Prussia, the workers attitude was essentially differing. Socialist workers expressed their opinion in the *Rive Gauche*, founded by Charles Longuet and Aimé Cournet in November, 1864 and in the *Courrier Français* directed by Vermoral-Vallès in May, 1866. The recurring thought in these articles and proclamations was the following: if Francis Joseph and William I want to fight with each other, they may, but workers have nothing to do with it. They must refuse to be misled. They kept protesting against war and massacres in the name of humanity. And the overestimation of the power of reason reared its head again. Vermorel, who was later one of the most important leaders of the Commune of Paris, threw out now the idea of the anti-war strike of peoples: “in our days governments can not take measures without the consent of the people, much in the same way as they can not retain the people inflamed by martial sentiments . . . It will be enough to look on with folded arms, to prove to be deaf and to remain still. War requires men and money . . . Well all right! Then neither men nor money should be given them.”²⁵

In May 1866, Parisian students called upon their German and Italian colleagues not to let themselves be misled and incited against each other, since, in fact, they had to make efforts to attain their common objective: The overthrow of oppression. “Brethren, you are victims of an out-of-date, absurd policy which is so much the more hateful as it has been urging peoples against each other for thousands of years under the obscure pretext of nationalist interests and racial discrimination.”²⁶

²⁵ The article of May 10, 1866, of the *Courrier Français* is quoted by the November 20, 1912 issue of *La Vie Ouvrière*.

²⁶ The manifesto was fully published in *La Rive Gauche* (1866, May 27) as follows: “War was declared in both countries. The young Germany and Italy are taking up arms against one another. The young France looks at this development with deep regret. It is our generation that is destined to carry out a work which is in accordance with the ideals of mankind and which urges us to join all our forces. You despise this work!

Our German and Italian brothers, who draw your sword while you are endangering yourselves, tell us, which are the arguments and opinions that can come between you? The same hatred is flaming in the heart of us all. Which one is it? Answer! Whether it is not the hatred of oppression? What is it we love better than anything in the world? What is it we all want to realize on the earth? — Liberty and justice? We do not demand more: we all agree — and, for this reason, it is madness that one of you attacks the other. Brethren, you are the victims of an out-of-date, absurd policy which is so much the more hateful as it has been urging peoples against each other for thousands of years under the obscure pretext of national interests and racial discrimination. Nations, fatherlands, different races, military balance: big and empty words which have been serving only as a folding screen for the ambitions of a few men, of the despotism of a few monomaniac oppressors of mankind.

There have been wars of this kind since the beginning of things. Who decided them? Blood has been flowing like water. What peoples have benefited by it?

Brethren,

The contributors to the newspaper, at the same time, scoured the system and the irresponsible foreign policy of war of Napoleon III in forceful articles. Its radical tone achieved a certain reputation, since the *Rive Gauche* was brought to law for lèse-majesty and its editorial board was forced to go into exile in May 1865 and the paper was printed in Belgium. The exile, however, made it considerably easier for them to expose their ideas more openly. After the May appeal of students, it was in June that A. Rogard's editorial was published under the heading of "War against War". The passionate style of the writer was in no way inferior to the students' appeal: "War has but one sense" — writes — "it has no sense. To explain it is as much as to destroy it, to understand it is tantamount to making it impossible. The truth has been told in this sad matter. It was told, but heard and more and more disregarded."²⁷ Other articles of similar content were appearing in the newspapers of the French socialist intellectuals. In the *Courrier Français*, Albert Fermé made an attempt at defining the concept of fatherland and emphasized that there are two classes of conflicting interests living within each individual nation and referred to Voltaire who found the patriotic enthusiasm of have-nots laughable. His conclusion: "at what time shall we finally get rid of this absurd, mythic word, the calamities of mankind?" The nationalistic slogans, the demands for Venetia, Schleswig-Holstein, or Poland should be considered — in his view — as question raised in an improper manner. As far as these peoples are oppressed Fermé naturally feels for them, but not as for nations, but as for oppressed peoples. In Fermé's opinion patriotic sentiments might be allowable under the new conditions only when peoples will be really free and the difference between the oppressors and the oppressed is eliminated. For his article a suit was instituted against A. Fermé and even the reference

The time has come to refuse these irrational, murderous prejudices! Let us separate ourselves from this old world which is to collapse.

We, Italians, French and Germans, have been fighting more than enough for the mere illusion of glory. Let us refuse it. Let us declare it at length that we are simply men.

Since we know only one fundamental principle reason, we declare that we recognize only one fatherland: it is mankind.

He who wants to be free, who wants to go along with us towards the revolution, he is our fellow-countryman. And the violators of justice, who want to stabilize servitude, ignorance and poverty of the peoples, these are our only enemies.

German and Italian brothers,

These are our only enemies, the only ones we are opposed to, against whom we must wage war, a savage war without armistice and mercy!

We invite you to this war!

This is our task, the task of the 19th century. Let us unite and go along together. This war will be the only one which mankind has deserved indeed. And this will be the last of all wars, because after the defeat of the enemy, the abolition of prejudices and the realization of social justice, how could it be imagined that peoples would think of destroying one another? Obviously they are interested in peace, alliance and in fraternity rather than in savage wars". (*La Rive Gauche*, May 27, 1866)

The manifesto is dated May 15th, 1866. It was signed by some 500 persons, among others Albert Fermé, Jules Corrot, Eduard Vaillant.

²⁷ *La Rive Gauche*, June 3, 1866.

he made to Voltaire could not save him from being sentenced to imprisonment of six months.²⁸

The persecution, however, could not silence the antimilitarist opinions of the two socialist newspapers. In May and June they continuously published news and articles against the horrors of war. J. Vallès deprecated the glory of heroism related of war.²⁹ Their anti-war attitude was not only dictated by their humanistic conviction, it was clear to them that bellicose nationalism did nothing but prevent the realization of their political and social objectives. Vermorel pointed out that the authority and power of rulers was increased during wars and that war entailed a curtailment of democracy. War is "the counter-revolution itself."³⁰ While P. Lafargue continues to prove at some length, how many times external wars protected the shaky imperial rule of Napoleon III from collapse and here he refers to the military campaigns of 1859 in Italy and 1863 in Mexico.³¹ At this time, republican opposition was regaining strength and Napoleon III was once more relieved from this pressure by embroilments in the field of foreign affairs. As for Vermorel, he rebuked the Italians for urging external war instead of strengthening and broadening their own internal freedom.

Thus, the socialists took a clear stand against the wide nationalistic-belllicose publicity campaign conducted by the French press from which even the republican opposition could not always get free. The efforts of socialists in this direction was esteemed by the International. At the session of the General Council held on June 5th, 1866, P. Lafargue mentions the proclamation of the French Section in London which they had issued in reply to the appeal of the French students which the former were going to publish on behalf of the International as a whole.³² Some considered this measure as being practical, others, such as J. Weston, submitted a proposal containing the following modification: although the General Council agrees with these sentiments, it still thinks that the proclamation should be signed by the French section only. At the section six voted for the adoption, six for the modification. Finally, the chairman's vote decided in favour of Weston's proposal.³³

The internationalist action of the French Proudhonist youth met with Marx's approval: the only thing he criticised being merely the doctrinarianism of this conception. Two days after this stormy session of the General Council he wrote the following lines to Engels: "The Proudhonist clique of the Parisian students (the *Courrier Français*) preach peace, consider war as obsolete, consider nationalities nonsense, attack Bismarck and Garibaldi, etc. This

²⁸ A. THOMAS: *Le Second Empire* (Histoire Socialiste). p. 266.

²⁹ *Founding of the First International*. pp. 5—6.

³⁰ A. THOMAS: *op. cit.* p. 267.

³¹ *Op. cit.* p. 39. Cf. footnote 32.

³² *Generalny Soviet Pervogo Internatsionala Protokoly*. Moscow, 1961. p. 139.

³³ *Ibid.*

agitation, as a polemic against chauvinism, is useful and explicable. But when these Proudhon-believers (Lafargue and Longuet, good friends of mine here, also belong to them) think that the whole of Europe will sit still on its behind and will continue to sit until these gentlemen eliminate 'poverty and ignorance' in France . . ., they are ridiculous."³⁴

Marx understood the national movements much more than did the Proudhonist youth, but did not oversimplify the question at all. Instead, he recognized its complexity and, did not deny the value of their efforts against war and nationalism. It followed precisely from the resoluteness of the youth and from their theoretical pretensions that this discussion was not to come to an end very soon. During the session of the General Council held on June 12, it was the chairman himself, G. Odger, who asked that the problems of war along with its prospective impact on the peoples of Europe should be discussed. It was due precisely to the importance of this item of the agenda that the session of June 19 was so wellattended. Le Lubez, Lafargue, Fox, Marx, Carter, and others took part in the debate. According to the minutes of the session, the speech delivered by Marx made the greatest stir.³⁵ On the day after, Marx gives the following account in his letter to Engels: "The French, being present in great strength, gave vent to their heart-felt antipathy to the Italians (— to the Italian national movement, to Mazzini — J. J.). Moreover, the representatives of 'Young France' (who are not workers) broached the subject that all nationalities as well as the nations themselves are 'obsolete prejudices'. A proudhonized stirnerianism. Everything should be divided into small 'groups' or 'communes' constituting a 'union' ("Verein"), but not a state". In the heat of the debate Marx resorted to rhetorical tricks also, and drew the attention of the mostly English-, or German-speaking participants to the fact that even the anti-nationalist Lafargue spoke a national language, and, in this particular case, the language of a nation present in the minority. This argument was effective, it made the English participants laugh and gave them food for meditation as well. Marx, however, was not satisfied with them either. "Otherwise the situation is now difficult, because one is forced to take a stand against both the imbecile pro-Italian sympathies of the English and the wrong arguments of the French advanced against it and, above all, one must keep back all demonstrations which would unilaterally place our association under commitment."³⁶

Marx, therefore, inclined to make it clear to the working class that this war was not their concern and that they should not come under the spell of liberal bourgeois nationalism, and that they should not take the doctrinaire view of denying national identity either. The problems raised by the war still

³⁴ *Marx/Engels Gesamtausgabe*. Dritte Abteilung, Band 3. Berlin.1930. pp. 336—7.

³⁵ *Generalny Soviet Pervogo Internatsionala*. p. 141.

³⁶ *Marx/Engels Gesamtausgabe*: op. cit. pp. 341—342.

remained, for a long time, among the items on the agenda of the General Council. It eventuated that there were partisans of the appeal of French students even in England and sympathizing statements were received from the country by the General Council in London. Le Lubez submitted a draft resolution emphasizing that soldiers should not be forced to take arms against their will and interests, and if this should happen, the International would recognize their right to revolt against the force. In the meanwhile the *Courrier Français* was suppressed by the police of Paris, but the debate went on in London. As against the French, the Pole, Captain Bobczynski, emphasized that the International should not deal only with social-economic problems, if it wanted to carry great weight. In his view "the overthrow of the tyrants of the Continent" was the most urgent task in Europe. There were some, however, who immediately stated that the working class could liberate itself without getting involved in the national movements.

Finally two draft resolutions were put to the session of June 26th, one of them being submitted by the Polish Bobczynski and the English Carter. It called upon the workers to stand neutral, considered the war as the clash of different tyrants, and kept urging the unity of workers for the postwar times when they might really come forward to attain "their own liberation."³⁷

The other proposal was made by the English Cremer and Datton. This, too, underlined the dynastic character of war as a struggle for hegemony with which — in their opinion — peoples have to concern. This proposal, however, threw the responsibility of Prussia into prominence and rebuked the German people for making Bismarck's war-policy possible. On the other hand, it reproved the Italians also for concluding an alliance with Bismarck. This draft also advised the workers to stay neutral "in the present unjust war". Fox, on his own behalf, even more energetically demanded that the responsibility of the Prussian government should be put down in the resolution. The proposals of Fox and Cremer, however, had certain shortcomings, since they failed to mobilize the proletariat to draw up its own social-economic demands against the war.

The debate was still going on in the first days of July. It was at about that time that the members of the General Council were informed about the appearance of Lafargue's Article, dealing with the evaluation of war, in the second socialist newspaper, the *Rive Gauche*, which indicated the unselfishness and resoluteness of the French. At last, during the session of July 17th, Cremer, Datton and Fox withdrew their proposals and accepted, in an unchanged form, the draft of Bobczynski and Carter which condemned the war and called upon the workers to unite and to intensify their social movement.³⁸

³⁷ *Generalny Soviet Pervogo Internatsionala*, pp. 144—5.

³⁸ *Op. cit.*, p. 151. — An interesting echo of the debate on war was received from Lyon. A. Schettel, mechanic participant of the 1848 revolution, organizer of the Lyon section,

This was the official position of the International and the General Council concerning the problem of war. There can be observed, however, a semi-official line too. Before a week was over after the debate of June 5th of the General Council where the idea of giving a reply to the afore-mentioned appeal of May 27th of the Parisian students was thrown out, an article of congratulation was still published "in the name of workers of the world". This reply began with the following lines: "Parisian students. We have heard about your impassioned proclamation with which you called upon your Italian and German brethren. Our hearts have been possessed by warmth and cheers. We were told that there were no longer magnificent students who had always been ready to defend a good cause. But this is not true! Such students have not become extinct. They are as ardent as never before, and are progressing along the path of revolution.

Amidst the general delusions which the governments use to incite peoples to kill each other, you had the courage to say words of peace and mutual appreciation. We make this reply to you:

Yes, we, in common with you, curse the war, because we must bear its whole burden, because we die a thousand times in the battlefield for cannon-fodder."³⁹

Further on, the reply explains that mankind has long been suffering and the time is ripe to overthrow the rule of tyranny. Then they appeal to students, to physicians who know the misery of the poorest strata of people, to lawyers who know the suppression of liberty, to philosophers who are free from the blindness of superstition for help in the struggle against pauperism and against capital from which it springs. They invite them to the first congress of the International that there they may get acquainted with the conditions and aims of workers. At the end, they state that when the parasites disappear and man becomes the owner of the product of his own work and the arbiter of his own fate, "peace and happiness will have domination all over the world and then will be formed the unity of the whole of mankind."⁴⁰

This reply was more successful than a mere "semi-official" statement would have been. It was signed by several members of the General Council, and among them close friends of Marx. Thus, e.g. Jung, Eccarius and Lessner, the most active and trained members of the German emigrants in London, the French E. Dupont who had been, for a long time, one of the most outstand-

reported on the General Council that they had not come to a clear, uniform stand, "but the workers begin to get rid of the narrow-minded patriotism which forced them to adopt the quarrels of the monarchs as their own." Schettel wrote that they had received a few numbers of the *Courrier Français* and "they willingly propagated" the ideas they had read in them. Anyway, they fully agree with the continuation of social class movements. (Op. cit. p. 160.)

³⁹ *Generalny Soviet Fervogo Internatsionala*. p. 158.

⁴⁰ Op. cit. p. 259.

ing French supporters of Marx as well as such English leaders as J. Hales, Weston, the painter R. Shaw and others.

Following the reply proper the signatories also noted that the General Council had started canvassing for signatures to the statement of which an account would be given later on in the official organ, the Commonwealth. Moreover they promised that the statement would be translated into several foreign languages and would be distributed through the corresponding secretaries.⁴¹

This statement was followed by the second appeal of the French students, this time, addressed to the International Workmen's Association, to the International:

“Brethren!

You have understood that war is the violation of the sacred rights of mankind, and you have replied to our appeal! Thank you very much!

United we stand for the noblest aims; we incessantly demand rights to those whom mankind has been always struggling for. It is the work that leads us in this direction, and general peace and the harmony of souls and hearts will reward our efforts.

Vainly do the rulers of the old world endeavour to fan up quarrels, the obsolete rivalry between nations! Universal reason will respond to these war-drums with a mighty outcry for peace and with war uniting of all hearts and hands.

We are glad that those in whom we repose our hope understand us; we are glad that our slight power can contribute to the efforts, that the day may come when all peoples, united by science, will proceed, in perfect harmony, towards the final victory of liberty.

Our ancestors, the misled and slaves, had the war-cry: God and Fatherland! We, children of 1793, inscribe the most august slogan in the only banner of people, two words symbolizing our conviction and hopes: Reason and Fraternity!

To you, workers, falls the task of realizing these immense plans for our future, of cementing together the alliance of peoples by your work, by the firmness of your principles and by your invincible devotion to mankind.

You may be sure that your brethren will not betray you in this fight.”⁴²

This second appeal was also signed by many. No exact survey can be made, the paper published only the names of some of the signatories, putting the word “etc” at its end. Among the signatories there are several young Blanquists, R. Rigault, Ch. Dacosta, Jeunesse, Humbert, and others, who took part in the working class movement in later times too, and some of whom played a significant role in the Commune of Paris as well.

⁴¹ Op. cit. pp. 259—60.

⁴² La Rive Gauche, June 24, 1866.

In the meantime the energetic anti-war and anti-militarist agitation was continued in the Rive Gauche. In the first half of June, the second part of A. Rogard's article appeared, in which the author passed a harsh judgement on "human stupidity" and bitterly pointed out that "the mighty river of blood rolls along through all history, and on this river do the kings and the emperors gaily sail, or as they say, they steer the ship of state."⁴³

Rogard added that even historical progress frequently "drowned" in the blood shed in these battles. Then he fulminated against the cult of violence: "War is a beastly state of human nature . . . war is a desperate appeal to violence and hazard, war is the negation of truth, a renunciation of rights, man relapses into animal life and does not belong to the domain of either history or politics, but to pathology: when a nation goes out of its mind."

In all these there is, of course, some exaggeration, in fact, they could not examine the proper place of national motives,⁴⁴ nor could they evaluate it so coolly as Marx did. It would be a mistake, however, to mark this conception, as a whole, with the attribute of pacifism, because these young men could be ardent and could make sacrifices for the triumph of freedom. They were disposed to fight against tyranny on the barricades raised by the revolution. But, as it was emphasized in the appeal of the students, they were ready to shed their blood only for this and not for national slogans and objectives. They drew a clear distinction between revolutionary struggles and wars, and thus war was distinctly designated as trouble and social catastrophe.

In his article, already referred to above, A. Rogard enumerated the fundamental causes of such destructive wars and their main features. They may take place as a result of hunger, religious and racial prejudices, aiming at hegemony, feudal oppression, attempts at the balance of power, political ambitions, claims to inheritance, a desire to unite or break up dynastic interrelations, and diversionary steps. Then he added: "I could point out that none of these wars is able to solve anything and might solve nothing, and that this is the violence of natural law and is fatally followed by punishment and a nation that unleashes war will always be brought to punishment."

After the magnificent beginning, however, A. Rogard's idealistic historical conception, also characteristic of many a follower of the enlightenment, the French Revolution and the Utopists, soon becomes manifest. In this his shortcomings in philosophy cannot be considered as his characteristic feature: we do not consider his philosophical shortcomings particularly significant, but we think that his conception becomes, at the same time, the moving force of his anti-militarist and humanistic attitude. Rogard scourges "the evil" and "obscurity", and we find very valuable thoughts, hidden under an idealistic

⁴³ La Rive Gauche, June 10, 1866.

⁴⁴ Ibid.

cloak, concerning the history of ideas of anti-militarism; namely he remarks that war, as a historical phenomenon, is old enough to form an ideology of its own, since "the ignorant and cruel man is a monster who argues; he has got the ability of systematizing his ignorance and of making a principle of his cruelty, he does not rest satisfied with murder; he like even to dogmatize (il aime encore à dogmatiser) that is why he found out the right of violence, the governing, the right of robbing, selling, buying and other rights of this kind".⁴⁵

In the middle of June, the *Rive Gauche* reviewed the Inaugural Address for its readers, then P. Lafargue summed up the activity of the sections of the International. In the same number, Albert Proudhomme's articles "Les Maîtres de l'Europe" (The Masters of Europe) underlines the necessity of anti-war efforts, and, at the same time, suggests that the real war-mongers are no longer to be found with the dynasties, but in the neighbourhood of the barracks. He quotes Émile de Girardin: "He, and the newspaper on its behalf, however, equally declare war (and this is not pacifism) on the imperial rule and on the empire of gold."⁴⁶

In the last third of June, simultaneously with the second appeal of the French students, did Proudhomme recollect the great historical peripety of June, 1848. In those days people asked for bread and received a volley. He adds that, according to historical experience, dictatorships can maintain themselves only by war, when they have already taken away the freedom of the people. "The Empire made wars and raised loans. This was its whole history." Much French blood was shed all over the world: in Russian, Austrian, Chinese, Indonesian, Arabian, Mexican, Syrian and Senegalese territories, intrigues, mendacity, massacres, inflaming of the passions were taking place. At least the Storm has broken forth, and the world (i.e. Europe) is on fire. "Mankind has never seen anything like this" — here he refers to people escaping from Silesia to Berlin, to the standstill of economic life, rumours of epidemics and Turkish preparations for war. The writer finally remarks: now, that the war has been started and has grown to colossal dimensions, the bourgeoisie have also taken fright, since the troubles have affected them as well. Lamenting articles were appearing in the bourgeois papers too, they cursed the war — although they had caused it. It was the bourgeoisie that sowed the wind. June of 1866 is merely the direct continuation of June of 1848 — he concluded.⁴⁷ In other words, the peace desired by peoples might be brought only by the rule of peoples, socialism. In connection with the war, which had been started, the *Rive Gauche* also had to take a stand concerning the entry of Italy. A Lafonte, one of its editors, commemorated Mazzini and Garibaldi. A similar

⁴⁵ *Ibid.*

⁴⁶ *La Rive Gauche*, June 17, 1866.

⁴⁷ *La Rive Gauche*, June 24, 1866.

article was also published in the *Courrier Français*; both of them sharply condemned the war-like solutions of problems, and, as to the vents which had already taken place, they only remarked: if once war had been started, Italians ought at least to turn against the Papal State in order that progress might make some profit out of bloodshed in this way.⁴⁸

P. Lafargue's afore-mentioned articles, published early in July, explained that the empire had always escaped from political crisis by means of external wars. In 1863, however, things already looked bad for Napoleon III. The war waged in Mexico met with failure, it was much more inconvenient than useful; by now the reconstruction of Paris cost a great deal which also intensified the discontent. The strong opposition on the part of the southern cities had become clearly marked when war reared its head again in Europe — which came as a godsend to Napoleon. Therefore this war — wrote Lafargue — “is of a harmful, counter-revolutionary character.” “The Italian war has twice saved the empire. Let it be accursed!”⁴⁹

In the same place, Lafargue wrote interesting notes: “there are some republicans who, believing in Italy, count that she is destined for playing an important role in the future revolution. They will be disappointed. The future revolution may be only a social one, and Italy has only reached political revolution.”⁵⁰

In making this remark, Lafargue was obviously influenced by Marx's criticism of Mazzini. Lafargue added that Italy is much more engaged in attaining her national unity than in thinking of social measures. Indeed, the International could only just manage to gain a foothold in Italy at that time. Lafargue pointed out that “revolutionary socialists have to focus their attention on France, Germany and England only”. From all these facts it emerges that the French socialists, opposing the war and reducing the national movements to the second place, were deeply concerned only about the furtherance of the social revolution.

At that time, A. Proudhomme undertook the socialist criticism of war (*La Guerre et la Critique Socialiste*). He established that the socialists saw a correlation between war and the capitalist economic life and politics. However, as they refuse the capitalist principle “laissez faire” and stand for economic co-operation so also they take a firm stand for the friendship of peoples in the field of international politics.

Proudhomme referred to the fact that in Europe there were 6 million men under arms (in July, 1866). He adds that no nation can derive benefit from war, except possibly Italy, but he asks, whether this small advantage is worth its horrible price? And, he adds, that a dreadful economic crisis may take

⁴⁸ *La Rive Gauche*, June 24, 1866.

⁴⁹ *La Rive Gauche*, July 1, 1866.

⁵⁰ *Ibid.*

place after the war. "People know it. They shudder at war; there has never been a war so unpopular as this . . . Bismarck is despised and hated all over Europe." Outside Italy, people are demonstrating for peace everywhere; they want peace. "Yet the event is approaching, everybody sees it in horror, without any hope for the possibility of preventing it. They feel that every effort is in vain . . . The antisocialist counter-revolution is the root of all evil. Europe is guided in a militarist-monarchist way; it has been prepared for war . . . in the armed Europe either you eat or you are eaten."⁵¹

Economic conflicts are often screened by state and national motives, while the armies, originally increased in order to oppress the people, are now also prepared for waging external wars too. The "socialist criticism of war" is, thus, equally verified in both economic and political fields, concludes the writer.

So we can come to the conclusion that the London centre of the International as well as Germany and Switzerland equally refused war, although in differing ways and tones. Both at the moment of perceiving its premonitory signs and at the historical moment of its outbreak, the standpoint of the English workers' press was quite the similar.

The Bee-Hive Newspaper, at first the official organ of the International, was restricted, at the beginning, to giving brief reports on the war. Smaller editorials, playing the part of comments, were published, patterned after *The Times*, under the heading of "The Week" on pages 3–4 of the paper. The premonitory signs of war were completely omitted in this paper. The Bee-Hive was practically intended to treat home affairs only, with special attention to labour problems. In the first phase of the war, analysed thus far, the first such comment was published as early as the beginning of July, after the defeat of Austrians, when the article also pointed out that Austria had to offer Venice to Italy through the mediation of Napoleon III. The ingenuity of the paper's opinions is proved by the following lines and thoughts: they fear that the Derby-Cabinet would involve England in the war. The paper wished that the Tories would be replaced by a liberal and, at the same time, neutral government. This wish is pacifist, to some extent, but, at the same time, characteristically English too, since it is imbued with English isolationist feelings. The last, concluding thought, however, exceeds this standpoint and emphasizes: "the resolution and common sense of the people can only save the country from a grievous war."^{52*}

⁵¹ *La Rive Gauche*, July 1, 1866.

⁵² *Bee-Hive Newspaper*, July 7, 1866.

* *Author's note*

In some cases the author has had to quote texts the original or authentic English version of which was unfortunately not available in Hungary. In these cases the quotations were translated from the Hungarian notes of the author. The author regrets any divergences from the original.

Beyond these general wishes the old revolutionary-democratic slogan of the foreign policy dictated by the people comes in sight.

The other English workers' newspaper, *The Commonwealth*, *The Workman's Advocate*, being at about this time a more adequate official organ of the International, followed the events of foreign affairs in a more accurate way.

The Commonwealth noticed the increase of the tension between Prussia and Austria as early as the beginning of March, and at the end of March explicitly reported on the warlike atmosphere.

War preparations of Prussia increased to an alarming extent early in April. It was not until that time that Central Europe was dealt with the editorial columns. They held that one had to reckon upon war. They expected peace partly because of the old Prussian king and the pro-Austrian members of the royal house, partly because "The Prussian people will refuse to be made a mere tool of Bismarck's ambitions". The editors opinion may be thus summed up: "As regards the breach of the peace we do not see whether the European liberal and democratic conception will receive this perspective with alarm or with dread. Every liberal knows that the present system of states in Europe is based on the victory of violence over national rights, and the two chief violators are the two quarreling powers. If the German robbers fail, the honest Poles, Italians and Germans attain the possibility of freedom. Of peace is broken, only the conservatives have good reason for Jeremiads."⁵³

In this case the standpoint of *The Commonwealth* differs considerably from that of the French and German socialist press, but, in the last analysis, they were of the same mind as to the condemnation of war — from the point of view of the sufferings of people and not from that of the Great Powers. *The Commonwealth* kept apart from either of the belligerent parties, passed harsh judgement on both of them, although with some malice towards Bismarck.

In the middle of April *The Commonwealth* reported on Bismarck's preparations and on subsequent meetings held in the cities along the Rhine against Bismarck and the war. Under the influence of the latter the newspaper ventured the remark that the danger had decreased.⁵⁴ In the last days of April the tension was deemed to have increased, while at the beginning mention was already made of refugees and of masses of the victims of war, although, in fact, it had not yet started.

In the middle of May, in the aggravated political situation, the editors even more energetically underlined their antipathy to Bismarck and Prussia: "Count Bismarck, evil spirit of the times, was giving a warning" — they remarked in connection with an attempt made upon his life. They added that

⁵³ *The Commonwealth*. *The Workman's Advocate*, April 7, 1866.

⁵⁴ *The Commonwealth*, April 21, 1866.

this attempt met with the sympathy of students. "These devoted young men are too young to see that Prussian reaction, Prussian tyranny, and Prussian fraud had already been in existence before Bismarck and they would survive his fall."⁵⁵

In May, while more and more war rumours were afloat, the anti-war tone of the newspaper became clearly marked. In contrast to their standpoint of early April, which could have been easily misunderstood (as if only the dynasties had anything to lose), now they bitterly remarked how regrettable it was that in this merry month "the fancy of monarchs and nations" repeatedly drove masses of men against each other. The editors rebuke, first and foremost, the aggressors, Prussia and Italy, but, in this case too, they were even more unfavourable to Prussia.

Then *The Commonwealth* covered the mobilization as well as the meetings of the Peace Society which referred to the desire of the German nation for peace. At the same time the paper criticised the British Government for their actual readiness to mediate, while it had not been inclined to come forth to defend the freedom of the Polish people in 1831 or 1846 and 1863.⁵⁶

Remarkable personal changes were taking place in the editorial staff of the newspaper in June. As a result *The Commonwealth* got into practically bourgeois hands and changed into a business enterprise and summed, to a considerable extent, a bourgeois "penny-press" character. Since, however, certain English working class elements took part in editing the newspaper at this time too, with regard to the readers, its character was not completely changed after all. The column of foreign affairs decreased while the police reports increased. Brief communications were published on the sessions of the General Council of the International. On the day of the outbreak of the war they reported on speeches delivered at the session, according to which, the workers should not waste their power in vain — for foreign aims. They also published the appeal of French students along with the sympathetic responses of a few English workers in Northumberland.⁵⁷

In the days of war the newspaper contained sympathetic accounts about small states constituting local economic-cultural centres. At the same time they took a correct view of the deleterious effects produced by this "playing small states". Therefore, they pointed to confederation as a possible way of solving the problems. They continue to shower the bulk of their anger on Bismarck: "We understand *The Times*'s sympathy to Bismarck. A newspaper, which has been so successfully promulgating immorality, takes off its hat to a minister who is the grand master of the same art." On the other hand, they make an exception for Italy: "We, too, wish the best of everything to the

⁵⁵ *The Commonwealth*, May 12, 1866.

⁵⁶ *The Commonwealth*, May 19, 1866.

⁵⁷ *The Commonwealth*, June, 23, 1866.

cause of the Italian unity, nevertheless we do not go over to the Prussian camp", they wrote when reviewing a Rheinisch letter.⁵⁸

In the same number *The Commonwealth* published the resolution of the International, adopted at the end of June, on the war and on the attitude to be taken on the part of the working class. At the beginning of June the paper sadly gives an account of the Prussian military success, the victory of the firing-pinned rifle (this phrase is reminiscent of Engels' remarks), — "with deep regret" since "the German self-government and the enemy of the European freedom" is in question. At the same time they show their appreciation for the talent of Prussian military leaders.

The article of Peter Fox, Secretary General of the General Council, concerning the comparison between the Prussian and Austrian policy, was published in the same number. Fox emphasized that English workers had always taken sides with the cause of the independence of the Italian and Polish nations. The problems of Central Europe, however, are so complex that their full understanding would require through considerations for a whole life. War has bearings on international politics. Therefore the events should not be contemplated from a pro-Italian point of view. It should be taken into consideration with implications a prospective strengthening of Prussia and of the tsarist influence would carry. Then he stresses that the real oppressors of Poland are Prussia and tsarist Russia.⁵⁹ As concerns the cause of progress the newspaper deemed the outcome of war as harmful as well as its being anti-popular and dreadful.⁶⁰

*

After the military defeat of Austria a change was taking place in the course of war. From the latter part of June onwards, the feelings of the majority of the followers of the International were expressed most accurately by the Swiss "*La Voix de l'Avenir*": "it may be hoped that war has come to an end. Ambitions of a few kings have been satisfied; quite enough blood has been shed. Work is to be commenced again, and the struggles of ideas may be resumed."⁶¹ At the same time they adopted the old slogan: "Workers should

⁵⁸ *The Commonwealth*, June 30, 1866.

⁵⁹ *Op. cit.* July 7, 1866.

⁶⁰ It should be noted that the general sympathy of the English press to Austria might have played a certain role in the anti-Prussian attitude of English workers' newspapers. The positivist *Fortnightly Review* — to which E. Beesley also contributed, attributes it mostly to the fact that the warlike provocations of recent years had always originated with Prussia. Beyond moral disapproval, the August (1866) issue of the newspaper, in its editorial column of public affairs, referred to war; it pointed out that the war could not stand the criticism of real reason, but, at the same time, it explained the background of events, the problems of German unity. In this place, however, no mention was made of labour-movement relations.

⁶¹ *La Voix de l'Avenir*, July 15, 1866.

be massed against social poverty." It was all the more reasonable, because preparatory work of the first regular congress of the International, convoked in Geneva for September, 1866, was going on vigorously.

Yet they could not forget the war. In the same number alarming observations can be read concerning the movements and concentration of French troops and the master strokes of diplomacy of Napoleon III. After the big military encounters skirmishness were still taking place, and "as much human blood was being shed as if a mighty parturition were going on". Then the writer asks "whether mankind could not progress without human victims?"⁶²

War, however, was carried on, and the antipathy to the Prussians increased more than ever within the editorial office of "La Voix de l'Avenir". They held the view that the renewal of war was due to Bismarck's will alone, it was he who wanted to dictate the peace from Vienna to a congress where the monarchy would just "hear its sentence". Besides, the paper points out that decisions made at conference-tables may not put an end to the irresistible progress of history: "But here comes a mighty congress which might be heard, in spite of gun thunder and weeping, all over Germany and the Austrian states. All these peoples demand new rights to liberty: the Germans a parliament elected directly by the people, the Hungarians the constitution of 1848 . . ."⁶³

In the last analysis the newspaper considers the war as a roundabout way entailing a great number of victims: "Victorious kings, defeated emperors, executioners and victims, even amidst massacres, all cry: freedom for ever! Thus mankind took a step forward, but in order to take it, it had to ford a sea of blood . . . The fate of peoples should be put back into the hands of peoples and then terrible tragedies like this might no longer be seen in the life of mankind."

The idealistic conception of history is again manifest in these lines, the overestimation of the role of ideas and reason. Marx and marxist socialist literature gave a more complex and more well-founded explanation of the occurrence of war and revolutions. From the point of view of the theme, discussed by this study, shortcomings in ideology and one-sidedness are of no significance, since the positive aspects are stressed: the writers' full approval of the social progress and putting it into prominence. And in this connexion the emphasis laid upon the will of peoples is highly esteemed.

It was not until the defeat of Austria that Marx and Engels — as is known — recognized the rise of Prussian leadership to be inevitable. At about this time, on July 25th, Engels wrote to Marx: "Now I find the German situation a rather simple one. From that moment when Bismarck, with the aid of the Prussian army, had so successfully realized the lesser-German plan of the bourgeoisie, the development of Germany proceeds in this direction so

⁶² Op. cit. July 22.

⁶³ Ibid.

definitely that we, like all others, must recognize it as an accomplished fact whether we like or not.”⁶⁴

At this time Engels continued with his profound examinations concerning the prospects of national progress so far as he deemed the German provinces of Austria as parts of the new German Empire. In the new situation, which was so different from the expected Austrian victory, the only consolidation for him was the hope that the cause of the revolution would have better prospects in the All-German Parliament. The probable strengthening of the influence of the Prussian military, however, depressed him. Marx found this forecast to be right: “I fully share your opinion that this rubbish should be taken as it is. Still it is pleasant that we may look at this tender phase of the first love from afar.”⁶⁵

There was not the slightest appearance of enthusiasm on the part of Marx or Engels, although it was mainly Engels who used to sensibly take notice of everything affecting the fate and historical future of Germany. The concluding part of the article of *La Voix de l’Avenir*, dating from five days earlier, did not differ considerably from the thoughts of Marx and Engels: “Austria had represented reaction therefore she had to perish; democracy, on the other hand, must lament — while rejoicing — for the fate of soldiers killed in action.” To this, they added: Prussia hardly recognizes her real mission, she will be reactionary and tyrannic.

By the end of June the appeal of Austria for peace was received. “*La Voix de l’Avenir*” could not add much to the foregoing. The defeat of Austria had been previously recorded. The main terms of the peace treaty were fully known: the promotion of German unity — excluding Austria, surrender of Venice to Italy. What really took up the writers’ attention was how Prussia would make use of her increased weight of power: “this great nation became independent and unified, it may carry out great things. It may contribute to the formation of the rule of democracy in the same way as it may become a mighty tool of the rule of despotism in Europe.”⁶⁶

Explicitly antimilitarist statements followed each other in the French socialist press as well. “*La Voix de l’Avenir*” published a stirring poem,⁶⁷

⁶⁴ MARX—ENGELS: Gesamtausgabe: op. cit. p. 349.

⁶⁵ Op. cit. p. 211.

⁶⁶ *La Voix de l’Avenir*, July 22, 1866.

⁶⁷ *Les Conquérants*

Le canon gronde au loin, l’Europe sous les armes,
Le commerce languit, les mères sont en larmes!
Un empereur, des rois, un ministre trompeur,
Font repandre le sang, froidement sans horreur!
Et les peuples s’en vont marchant au sacrifice
Comme le condamné pour le dernière supplice.
Des hommes comme nous créés faibles et nus
Posent en conquérants et sont les bien-venus!
Ils font assassiner des milliers de victimes

then a no less stirring article of Vallès was taken over from the Rive Gauche which served to pour contempt on the glory of war.

The anti-war tone did not at all disappear from the French—Belgian “Rive Gauche”. The article of the impassioned J. Vallès began with the following lines: “Eighty thousand men were killed. And it is not yet finished!” There is death everywhere — complains Vallès — “the stupid and bloody spirit of war” is predominant everywhere. And then Vallès’ characteristic anger breaks out: “Let the philosophers and poets be accursed who decorated these savage massacres with noble words.” Vallès gives a weird, but at the same time, naturalistic description of the horrors of the war, showers biblical curses on those who are responsible for war. Then the thought conceived in the spirit of the best teachings of the French humanists manifests itself in Vallès’ writing: “What are you talking about heroism and glory! It is heroism if someone lives all one’s life generously (*générousement*) and not if someone is accompanied by death!” Vallès, a devoted revolutionary, finds it terrible if someone proves his courage by killing others.⁶⁸

Early in August alarming news of French intervention were received. “La Voix de l’Avenir” again argues for peace although the editors know that the press can rarely exert influence upon given situations in life. Still “we, poor Utopists, adhere to propagating peace, an immediate, sure peace” — the professed.⁶⁹ And they protest against the hegemonic ambitions of the French Empire which, following the Prussian aggression, would bring again a catastrophe on Europe.

A week later, after further disturbing steps taken by the French, the author of the editorial stated: “Peace is necessary and it will be concluded

Sans honte, sans remords de leurs infâmes crimes
 Pour venir dire un jour en monarques courtois
 «Donnons la Vénétie à Napoleon III!»
 La ville des cannaux, cette antique Venise
 Comme un troupeau d’agneaux, et vendue et soumise
 l’empereur des Français lui mettant un carcou
 Sur le prochain marche publiera son encau,
 Victor Emanuel qui point ne le dédaigne,
 l’achétera soudain en vendant la Sardaigne,
 la patrie avant tout, vous lui devez vos coeurs
 Mais, se faire tuer pour quelques oppresseurs,
 Vous ne le devez pas, vous devez fuir ces lutttes,
 N’êtes-vous pas l’enjeu de ce pauvre dispute!
 Les trônes sont usés comme le droit divine
 Vous êtes tous égaux pour vous tendre la main,
 Créez de bonnes fois, de sages républiques,
 Honorez vos tribunes dans vos fêtes publiques,
 Mais que le sang versé retombe sur les rois,
 et chassez ces bourreaux d’une commune voix

Arsène

(La Voix de l’Avenir, June 22, 1866)

⁶⁸ La Voix de l’Avenir, June 29, 1866.

⁶⁹ Op. cit. August 10, 1866.

soon. This peace has been a disappointment to both the democrats and reactionaries. This is easy to understand. We should have liked to live to see Germany's revival in a different way: *but with regard to the European dangers we must not wish a new formation.*" (My italics mine — J. J.)⁷⁰

This is why the Swiss internationalists were glad to hear about the peace and the bustle of economic life, since they regarded all these as to the benefit of mankind. Other, already quoted, viewpoints were added: war had taken the peoples' mind off their social and economic problems, now, they had luckily come to this end. The article appearing under the promising headline of "La paix perpétuelle au point de vue socialiste" (Everlasting peace from the socialist point of view) practically summed up all articles and lessons published up to then. The author of this editorial filling up a whole page, casts his thoughts back on Kant's work and refers to the fact that this work dates back to 1794, the year of skirmishings between French and Austrian troops. From Kant's work the author considers the thought that peace is not a nightmarish dream, but the structure of states should be transformed in order to make peace lasting. As they quote, peace is not the sister, but the daughter of freedom. In their opinion these thoughts had been abundantly verified by the sixty years which had elapsed since then. It had also appeared that war is disastrous to peoples not only in the present, but is unfruitful also for the future. "We do not accept what some sophists say that the sword was civilizing in the past and will be in the future too . . . But it is childishness to tell the sword: "stay in your sheath" — as long as "authority will be predominant" in the social system. As long as this will not be altered, ravaging wars will be inevitable."⁷¹

In this position we may, not infrequently, find simplifications and errors. The thesis that the sword has never civilized cannot stand criticism, since the fatal occurrence of war can never be separated from the circumstances. These errors can also be attributed to the idealistic conception of history. On the other hand, the anti-militarism of those massing round Dr Coullery distinctly shows the peculiar colours which tone into the tableau of the whole International.

The attitude of the Rive Gauche, presented in July and August, continues to differ only slightly from its Swiss kindred paper. Pierre Denis, for example, complains that the war has been going on for six weeks and the peace is still prevented from being restored by an adventurist clique. "In this chaos — we do not repeat any more — the task of the democrat is to seclude himself." Although they may hope, in the last resort, in the coming victory of their cause, yet they may not expect it of "the events taking place now". Pierre Denis repeatedly points out: in this war they may not aid anybody, "there is nothing to see, to gain, to hope in, and to expect". Since, however, the International is not strong enough to enforce its will, there is but one chance for it:

⁷⁰ Op. cit. August 19, 1866.

⁷¹ La Voix de l'Avenir, September 2, 1866.

to protest, "to protest against victory and defeat, against war and peace — which might be only an armed peace, an illusory peace".⁷²

The concept of Pierre Denis and the "Rive Gauche" is strongly influenced by the humanistic-rationalistic arguments of the French Revolution. P. Denis considers it an absurdity that seventy years after the introduction of general suffrage, hundreds of thousands of men might be arbitrarily driven to war.

Following the number cited before, a double issue of the "Rive-Gauche" was published, the last for a long while, in which Rogeard announced that a republican newspaper can hardly be maintained in monarchist Europe. Arrests, persecution, financial difficulties began to eat away their strength. The war made their position still worse, they could increase the circulation of their newspaper beyond the frontiers only with more and more difficulty.⁷³ Nevertheless they hope to appear again in a short time — and this indeed came true.

As to the war, the French and Belgian internationalists argued, perhaps most fervently, for adopting a radical anti-militarist program at the forthcoming congresses of the International.

No change took place in the attitude of the English workers' newspapers even in July and August.

In the middle of June, the condemnation of the French, or more accurately, of Napoleon III became somewhat sharper, because the alarming news of war had already been received from Paris at that time. At the same time, they professed a higher esteem for the Italian national movement, and, particularly, for Garibaldi.⁷⁴

With reference to Austria, they held the opinion even at the time, that she could sustain herself only by coming to terms with the nationalities, among others with Deák. Certain signs of the survival of the sympathy to Austria are also to be observed — as illustrated by the serialized article of Peter Fox. Solidarity with the resolutions of the General Council on war also characterizes The Commonwealth in which the letter of the French workers (of Lyon) concerned with related topics, was also published at about that time. In this letter the French workers emphasized that they were not nationalist and that they were going to carry out their social-political tasks.⁷⁵ In these August numbers, however, the column of foreign policy was already considerably contracted. As soon as the waves of war abated the problems of foreign affairs seemed to have been of less and less interest to the English working class. Foreign material was included at best in the survey column, while comments on foreign politics were completely omitted.

⁷² *La Rive Gauche*, July 22, 1866.

⁷³ *La Rive Gauche*, July 29—August 5, 1866.

⁷⁴ *The Commonwealth*, July 14, 1866.

⁷⁵ *Op. cit.* August 18, 1866.

The opinions of the Bee-Hive did not differ, even then, from those of The Commonwealth. The circles of the Bee-Hive also welcomed the news of the armistice which gave "us the pleasure that the end of war may be almost taken for granted".⁷⁶ Then they also became distressed when they heard to the contrary. Like those of the French and English kindred newspapers, the authors of the survey of the Bee-Hive found that the defeat Austria had suffered was due to her reactionary conduct. When reporting on the terms of the two big peace treaties, they brought Austria to the tribunal of morality and justice, and emphasized that "both of the two despotic powers are responsible" for the conflict, and if at that time England and France had taken energetic measures that the territories, torn away from Denmark, should be returned, the majority of the population of both the German states would have supported this step. This intervention however, was omitted and one robber plundered the other. "War has come to an end, but we cannot for a moment believe that the present arrangement leads to lasting peace." Neither the Prussian King, nor the Austrian emperor, nor Napoleon III gave up their plans. Further developments are for time to decide. On their behalf they trusted that England would not be involved in these fights.⁷⁷

In the middle of August Napoleon also gave up his plans which lately, more than anything else, had prevented the tension from being reduced. When this had been done and, as a result, the international situation had been settled, the reports on foreign affairs disappeared from the columns of the Bee-Hive much in the same way as from The Commonwealth, and they appeared again only when a new danger of war cast its shadow on Europe.

And then in 1867 the French, German and Swiss working classes again gave voice to protest in an anti-militarist spirit. The question of war or rather the collaboration with bourgeois pacifist peacemovement, which had taken a new lease of life, was dealt with as an individual question by the Lausanne Congress of the International,⁷⁸ where Marx had outlined the political line to be followed, a discussion was taking place as to putting this item on the agenda. At the session of the General Council on August 13th Marx approved that the largest possible number of delegates of the International would participate in the peace congress, but only as individual participants, since "the Congress of the International Workmen's Association constitutes a peace congress in itself", and, in his opinion, the duplication of congresses and international associations was unnecessary. Still less could he see the sense of it as "the unification of the workers of different countries will in the last resort have,

⁷⁶ Bee-Hive Newspaper, July 14, 1866.

The Belgian L'Echo de Verviers reacted to the news of peace in the same way, and greeted the armistice as the realization of the desire of peoples. (July 29, July 30.)

⁷⁷ Op. cit. August 4, 1866.

⁷⁸ *La Première Internationale*. Recueil de documents publié sous la direction de J. Freymond. Genève, 1962, pp. 122-125.

to make wars impossible between nations. If those who initiated the Geneva Congress of the peace league recognized the very essence of the thing, they would join the International Workmen's Association."⁷⁹

The defence of peace played a prominent part in the discussions of the congress. In its draft resolution the Commission consisting of five members, one of them being the French Dupont, emphasized: "the war weighs heavily, first of all, on the working class, since not only does the war deprive it of the means of life, but also forces it to shed the blood of workers; the armed peace paralyzes the productive forces, demands useless work from the workers only and production is threatened with the danger of war; peace, being the primary condition of general welfare, must be supported by a new order of things which does not recognize two classes in society one of which exploits the other."⁸⁰

A lively debate took place concerning the proposal. Some of the participants tried to prove that under capitalist conditions their peaceful intentions could hardly be successful. Some attributed this to the formation of a civil army, others — like the Belgian De Paepe — to the strength of nationalist passions. There were, however, some who vehemently kept urging support for the peace movement, the disarmament of armies, because, in their view, these measures would reduce the temperature of nationalism as well. Finally, as a result of the speeches delivered by Eccarius, De Paepe, and Tolain a special emphasis was given to the conception that the actual social order should be transformed "in the spirit of a more proportionate distribution of production" in order to uphold peace. While adopting this draft resolution, however, the International offered its assistance to the bourgeois peace movement.⁸¹

The international situation, however, did not really offer peaceful prospects, and the following congress of the International had again to concern itself with the problems of war and peace. It was all the more important, because the question of the participation in bourgeois congresses was raised again. In the meanwhile, however, the radical collectivist and really socialist

⁷⁹ *Generalny Soviet Pervogo Internatsionala. Protokoly.* 1866—68. Moscow, 1963, pp. 100—101.

⁸⁰ *La Première Internationale.* Vol. 1. p. 122.

⁸¹ *Op. cit.* p. 125.

In this place I do not want to deal with the problems of the bourgeois peace movement. Instead I would like to draw attention to its far-reaching history as well as to the fact that these peace efforts had been intensified in recent times, at the time of Louis XIV, and particularly during the wars of Napoleon. At that time they were promoted to the rank of ideas as a result of Kant's work. These movements simultaneously assumed a critical democratic feature also, since they opposed the official policy of the governments. The modern peace movement, the Peace League is bound up precisely with the dissatisfaction arising from the Prussian—Austrian war, and, so far as that, the working class movement's conjunction with the bourgeois peace movement had not been a chance phenomenon in just the same way as it was later, at the time of the Second International, in the 1930's, and after 1945.

tendency of the International grew stronger and became clearly marked at the Brussels Congress of 1868. The atmosphere was described by Marx: "Naturally the public is concerned mostly in the question of war. Lengthy declamations and exaggerated phrases are of no avail in this case. In my view, the resolution which is to be adopted in this matter, will have to lay it down that the working class is still not organized enough to carry decisive weight, but the Congress will condemn the promoters of war on behalf of the working class."⁸²

In other words, although Marx, considering the actual balance of powers could not see the possibility of the effective elimination of war, still he definitely refused the solution of problems by way of war, which would adversely affect the working class. The delegates of the congress did not take a cool-minded stand. They examined, in the first place, the subjective aspects of war, especially that war is made by men, and it was due to precisely this finding that they announced: war, therefore, can be prevented by men. Some of them, like the French Henry asserted that the maintenance of peace was the common interest of all social classes, since the expenditures on armament equally burdens them irrespective of boundaries of countries and classes. Others — e.g. the Belgian De Paepe — preferred to seek for an effective antidote to war, and thus the famous Brussels resolution was adopted suggesting the weapon of the general strike to the workers of the world to prevent war. ". . . (The Congress) jointly and most energetically protests against war and calls upon the sections in different countries as well as all labour unions and working men's associations, without any distinction, to do their best to prevent the war made by the people, which, as it is going on between producers, thus between brothers, may be taken to fratricidal war. The Congress decidedly recommends the stoppage of work to all workers in case of a war breaking out in their own country. The Congress counts upon the spirit of solidarity existing in the workers of every country and lives in the hope that their aid in the war of peoples against war will not fail to come."⁸³

Two years later the International encountered a new war of an even more bewildering power than that of 1866. The Resolution of 1868 had to undergo a test. With regard to the limits of the present study, I can only refer to the labour movement aspects of war instead of reviewing them. However in this way too, as a preliminary, I may point out that the International met, practically in full, the requirements, and was equal to this test. On the other hand all these heroic efforts and firmness were not enough to prevent the war from inflicting blows on the working class and on the population of two big countries.

⁸² MARX—ENGELS: *Izbranje pisma*. Moscow, 1947. p. 211.

⁸³ M. BEER: *Háború és Internacionálé*. (War and the International) Budapest. 1925, pp. 12—13. — Cf. *La Première Internationale*, Op. cit. pp. 260—64.

The eminent representatives of the socialist workers of France and Germany behaved in such a magnificent way that both their contemporaries and succeeding generations have often recalled those days and statements ever since. Resolutions of meetings along with speeches delivered are relatively well known both in the working class movement and in the general literature of history. I think, however, a few colourful moments may be mentioned here.

It is known that the premonitory signs of war had also been perceived a few weeks earlier, by the contemporaries. However, the war, at last, surprised the broad masses of peoples at this time too. The sections of the International protested even in this introductory phase. In an article published in the oppositionist *Rèveil*, which had gone into exile, a week before the outbreak of war, the French socialists contrary to the exploiters of war, stated: "We protest, and cry out that we want peace, work and freedom."⁸⁴ The party organization of Seine explained that it considered the war as of a dynastic character and refused it on behalf of the humanism and democracy. The protest did not disappear in France after the war. On August 6th, the Parisians again condemned the "fratricidal war" and called upon "all friends of work and peace to secure the peace of the world".⁸⁵

The opinion of Bebel and Liebknecht, two leaders of German social-democrats, did not differ in merit from these statements. On July 19th, when military action started, both of them, as members of the parliament and party leaders, abstained from voting for a war-loan in the German Parliament. Forty years later, in his autobiography Bebel commented on this abstention: "I declare that I do not regret our conduct of that time, and if we had known what we learned in subsequent years from official and non-official sources, our conduct would have been even more resolute. We ought not to have abstained from voting, when they asked for credits, but, from the outset, we ought to have voted against them."⁸⁶

However, at that time, no one of the socialists might have known those secrets. Nevertheless the National Meeting of Social-democrats at Chemnitz, like the French, refused war also in the name of humanism. It is true, however, that this did not exert the only influence on the German party. It was generally believed even in party circles that peace had been broken, first of all, by Napoleon, and therefore Germany was waging an essentially defensive war. The party leaders, Bebel and Liebknecht, however, rejected this evaluation and, on June 19th, submitted a statement to the session of the parliament in which they stressed the responsibility of the Hohenzollerns, as well as Napoleon. The war of 1866 was condemned, while the present war qualified as a dynastic one and they expressed their hope "that the present accursed events will induce the

⁸⁴ E. VILLETARD: *Histoire de l'Internationale*. Paris. 1872. p. 243.

⁸⁵ É. DOLLEANS: *Histoire du mouvement ouvrier*. Paris, 1957. Vol. 1. p. 356.

⁸⁶ A. BEBEL: *Aus meinem Leben* (op. cit.). Vol. 2. p. 167.

peoples of Europe to use every effort to put an end to this sword- and class-rule which is the source of all trouble of state and society".⁸⁷

Later on the conduct of Bebel and Liebknecht met with more and more recognition among German workers. However, the party members did not see the situation so clearly even as late as July and August, and a number of them were inclined to accept the standpoint of "national defence". The guidance of the parliamentary fraction and of the Volkstaat, the central press organ, continued to be in the hands of Bebel and Liebknecht and this internationalism remained predominant in an unbroken way.

I do not want to dwell here upon either the response of the German workers or the analysis of this slight or sometimes more remarkable conceptual difference between certain statements. Quickly changing events required a lot of modifications anyway of the individual characters within a few weeks so that their careful examination would take too much space. It is characteristic however, that the living core of the party kept on refusing any kind of nationalism even in these hard, confused days, and after the situation became somewhat clearer in September, new groups of the German working class movement marched up to oppose the war which became clearly more and more aggressive. In November, in the parliamentary debate Bebel and Liebknecht even more sharply scourged Bismarck's government, and it is to be noted that in a concrete case Schweitzer approved of it by his interruption, while Mende, another Lassalean, took sides with the efforts to conclude peace in his interpellation of November 28th.⁸⁸ War-credits were already refused by the Lassalean representatives as well as Bebel and Liebknecht. It was Bebel and Liebknecht who gave utterance to the protest of the proletariat, but it found a more general response already in November.

The internationalist conduct of the German proletariat met with the approval and support of the International. At the end of June, Marx informed Liebknecht that their protest in parliament had been translated, and it "had made a big hit in the General Council".⁸⁹

On behalf of the General Council Marx wrote his famous Messages which were also designed to internationalist feelings. In the words of the Message where Marx interpreted the feelings of the English working class, he recorded how pleased the English workers were with the fraternization between German and French workers which was the hope of the new society "whose international principle is peace" and whose pioneer is the International Workmen's Association.⁹⁰ Marx simultaneously stressed it in his private letter to Engels

⁸⁷ A. BEBEL: Op. cit. p. 179.

⁸⁸ *Verhandlungen des Reichstags des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur Periode. II. Ausserordentliche Sitzungsperiode.* 9-11, 18-19, p. 43.

⁸⁹ MARX-ENGELS: *Complete Works.* XXVI. vol. Moscow. 1935, p. 63 (in Russian).

⁹⁰ MARX-ENGELS: *Selected Works.* Vol. 2. pp. 465-66.

“fortunately the nationalist frenzy could in no country exercise lasting influence on the masses of workers. Spanish socialists held the same view. In their manifesto which called, first of all, on the French and Prussian proletarians, they also proclaimed: “Proletarians of the world let us protest against war! This war is directed, from both sides, against the revolution. The Spanish Regional Council of the International Workmen’s Association, on behalf of all organizations and of itself, protests against this coalition of the privileged in defiance of the workers’ interests. Peace for ever! Work for ever! Justice for ever!”⁹¹

I have quoted here the purest socialist-internationalist statements. It has been pointed out that a number of socialists had faltered. Broad masses of workers sometimes wavered and marched under alien standards. Of these sad events, the great martyr of the Commune of Paris, E. Varlin made this record: “what will become of the International amidst the waves of chauvinism coming from two sides which had flooded the two great nations whom we were supposed to rely on.”⁹²

This desperate outcry was not without good reason in the summer of 1870. It was the complaint of the devoted man who wanted to fight. But a few weeks or months later it became clear that the International had survived this disaster and larger masses of peoples and workers agreed with the International than ever before. A new revolutionary fermentation commenced, one of its agents being the fact that the peoples esteemed the revolutionaries, socialists, and internationalists who had opposed to class exploitation as well as to war, and who, as Marx had emphasized in the Address, had simultaneously inscribed words peace and work on their banner, or in other words, peace and the emancipation of labour, that is, the emancipation of the working class.

Первый интернационал и война (1864—1866 гг.)

Я. ЙЕМНИЦ

Резюме

Первый Интернационал образовался для международного объединения различных рабочих организаций, различных направлений рабочего движения. Международный Союз Рабочих — новая организация — хотел координировать международную борьбу пролетариев против капитала. В начале его деятельности доминировали большей частью экономические задачи. В момент возникновения и в начале его деятельности однако большую роль играли и антивоенные настроения — антимилицаризм — и одновременно с этим сознательный отход от национализма.

Уже первые шаги рабочего движения направлены в сторону подобных чувств, подобного понимания. Деятельность английских Корреспондентских Обществ во время

⁹¹ A. LORENZO: *El proletariado militante*. Barcelona (undated) pp. 204—6.

⁹² The corresponding number of the *Courrier Française* is cited by the Nov. 5th issue of the *Vie Ouvrière*.

французской революции, выступление Братских Демократов, т. е. Международных Демократов против крымской войны, австрийское плебейское восстание, венгерская война, венгерские и французские демонстрации в 1848—49 гг. против итальянской интервенции указывают на это же. Пролетарии сочувствуют революционному движению, стремящимся к национальной свободе и в то же самое время отказываются бороться за своих господ — за чужие интересы.

В возникновении Интернационала большую роль сыграли сочувствие польскому восстанию и отказ от вмешательства — на стороне реакции — в американскую гражданскую войну. Из совместного движения английского и французского пролетариата родился Интернационал, который К. Маркс в своем обращении по случаю образования Интернационала призывал бороться против агрессивной, реакционной политики правительств и против антинародной войны.

Через 2 года после долгих десятилетий в центре Европы началась убийственная война, коснувшаяся многих сотен тысяч людей. В связи с этим Интернационалу нужно было занять свою позицию. В конечном счете Генеральный Совет а с ним и весь Интернационал а также и национальные его организации, печатные органы отмежевались от войны, подчеркнули, что это дело не народа, не пролетариата. Однако в общем отказе образовались различные оттенки. Немцы в первую очередь стремились ускорить приближение народной революции снизу, и им казалось первостепенным осуществление национального единства в демократической форме. У французов (у швейцарских французов тоже) на первый план выступило отклонение войны. Сила старых традиций энциклопедистов, гуманистов чувствовалась в их заявлениях, во имя разума и морали они протестовали против пробуждения воинственных, националистических страстей. Несмотря на то, что анализ этих французских воззваний часто односторонен, в них обнаруживается влияние идеализма, показательным является их антимилитаристский подъем, который благоприятно действовал на следующее поколение рабочих. Английская рабочая печать также отклонила войну, но к этому примешивался некоторый изоляционистский привкус. В рамках Интернационала и следа не было военных настроений. Однако под влиянием военных событий возникла мысль о том, что и Международному Союзу рабочих нужно больше заниматься вопросом войны и антимилитаризма. Отчасти поэтому ежегодные конгрессы в 1867—1868 годах обращали все больше внимания на эти проблемы, в том числе на возможность совместных действий с антивоенными буржуазными элементами.

Probleme des Fortschritts und des Verfalls in der Kulturgeschichte*

von

L. MÁTRAI

1. Mag eine Untersuchung der Frage des kulturellen Fortschritts oder Verfalls noch so skizzenhaft sein, ist sie selbstverständlich in allen Gattungen der philosophischen Analyse, die kürzer gefaßt sind als die Monographie, nur möglich, wenn einerseits bestimmte allgemeine geschichtsphilosophische Prinzipien ohne weitere Erörterung, d. h. als Axiom angenommen, andererseits aber die auch dann noch offenen Fragen nur zum Teil in die Untersuchung einbezogen werden. In diesem Sinne soll hier die von Montesquieu über Rousseau bis zu Madách so oft umstrittene Frage, ob »mein Geschlecht einst auch vorwärtskommen werde«, gar nicht erörtert werden, d. h. wir wollen nicht untersuchen, ob es im Leben der Menschheit eine Entwicklung überhaupt gebe und wenn ja, was deren Maß sei, vielmehr wollen wir — wie das Vertreter verschiedener Zeitalter schon getan haben — in der Menschheitsgeschichte eine entschiedene Entwicklung anerkennen und deren Maß in der wachsenden Verwirklichung der Freiheit im marxistischen Sinne des Wortes sehen, des weiteren und demzufolge darin, daß der Mensch, der in seinem materiellen Dasein sich mehr und mehr befreit, seine spezifisch menschlichen Fähigkeiten in immer wachsendem Maße entfalten kann, daß er seinem Dasein realiter einen immer tieferen Sinn zu verleihen vermag, ohne daß er auch weiterhin genötigt wäre, diesen »tieferen Sinn« außerhalb seiner selbst oder in illusorischen Faktoren zu suchen.

Unsere eigentliche Fragestellung beginnt diesseits dieser relativ letzten geschichtsphilosophischen Fragen. So sehr es nämlich richtig ist, daß die Entwicklung der Kultur bedingt ist durch die ökonomisch-soziale Entwicklung, so sehr ist die Vorstellung falsch, diese Bedingtheit sei eine einfache, sich nur nach einer Richtung hin auswirkende und eindeutige Determiniertheit und man könne daher ohne weiteres die summarische und beruhigende These aufstellen, fortschrittlich sei die Kultur (d. h. Kunst, Religion usw.) einer Gesellschaft, die sich in der fortschrittlichen Phase ihrer Entwicklung be-

* In der Jahresversammlung 1962 der Ungarischen Akademie der Wissenschaften wurde der Verfasser zum ordentlichen Mitglied der Akademie gewählt. Die vorliegende Arbeit war seine Antrittsvorlesung, die er am 12. Juni 1964 hielt.

findet. Engels unterstreicht in seinem berühmten Brief an Conrad Schmidt die Kompliziertheit dieses Verhältnisses selbst in bezug auf die Philosophie, indem er darauf hinweist, wie komplizierend sich der »vorgefundene« Gedankenstoff, die immanenten Faktoren auswirken, so daß »ökonomisch zurückgebliebene Länder in der Philosophie doch die erste Violine spielen können«, wie z. B. »Frankreich im 18. Jahrhundert gegenüber England . . . , später Deutschland gegenüber beiden« (Brief an Conrad Schmidt, London, 27. 10. 1890). Zweifellos können die spezifischen Faktoren der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, der »dazumal und dort« erreichte Stand von Philosophie, Religion, Kunst, Moral usw. sowie ihre immer und überall gegebenen besonderen Merkmale nicht nur eine wesentliche Abweichung im Tempo dieser beiden (nämlich der sozialen und der kulturellen) Entwicklungsketten, sondern zumindest zeitweilig auch deren unterschiedliche Ausrichtung bewirken.

Wir meinen, daß diese theoretischen Komplikationen eine hinreichende Erklärung dafür sind, warum die Kulturgeschichte eine auffallend zurückgebliebene Disziplin der marxistischen Geschichtsschreibung ist, bzw. (und dies ist der Revers der Münze) warum die Ausarbeitung der allgemeinen theoretischen und kulturhistorischen Belange eine so schwache Seite der marxistisch ausgerichteten Literatur- und Kunstgeschichten darstellt.

2. Des weiteren und über die erwähnten Belange hinaus zeigen sich bei der Untersuchung der sozialen Determiniertheit von Kunst und Literatur noch weitere Eigenschaften, die die zeitliche und inhaltliche Parallelität in der Wandlung von Basis und Überbau nur noch komplizieren. Ob Rechtssysteme, moralische Normen oder aber Religionen fortschrittlich oder retrograd seien, läßt sich nämlich — wie kompliziert auch immer — doch daran bemessen, inwiefern sie in einem bestimmten historischen Zeitpunkt die Interessen einer fortschrittlichen oder retrograden Klasse ausdrücken und fördern, d. h. zwischen den beiden gibt es eine inhaltliche Übereinstimmung, indessen die ungleich größere immanente Bedeutung der künstlerischen Form eine solche »inhaltliche« Wertung unmöglich macht, oder sie zumindest zu einer naiven Vulgarisierung herabsetzt. Um es kurz und einfach zu fassen: Während der philosophische, religiöse oder moralische Ausdruck des Verfalls auch selbst ein Anzeichen des Verfalls ist, kann dessen künstlerischer Ausdruck nicht selten — und gerade umgekehrt — ein unmißverständlich positives Merkmal der Entwicklung und deren Faktor sein. Nun könnte jemand mit Recht fragen, ob denn dies besagen wolle, daß damit dem Artistischen ein Freibrief gegeben, d. h. daß es der sozialen und historischen Verantwortung enthoben sei und daß das Ästhetische als ein »Wert an sich« frei schwebt zwischen der Wirklichkeit und allen anderen Gebieten der menschlichen Kultur?

Gewiß nicht. Ein solcher Ästhetizismus kann (wenngleich sich Snobs und jüngere Künstler nur allzu oft dazu bekennen) nicht nur vor hohen Maß des Marxismus nicht bestehen, sondern ist gerade wegen seiner unleugbaren

Menschenfeindlichkeit schon dem bürgerlichen Humanismus nach ein falscher Standpunkt. Das eigentliche Problem liegt darin (und das allerdings ist eine höchst komplizierte Frage), daß (um es philosophisch zu fassen) die falsche Widerspiegelung in der Kunst andere, verwickeltere Regeln hat als bei den übrigen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins. Philosophen, Moralisten, Juristen oder Prediger spiegeln nämlich die Wirklichkeit in ihren Vorstellungen und Ideen von Natur und Gesellschaft wider, so daß sich (zumindest prinzipiell) durch einen Vergleich dieses Weltbildes mit der Wirklichkeit ermesen läßt, ob es denn adäquat oder falsch, irrig sei, dagegen erscheint im Schaffen, im Werk des Künstlers dieses »äußere« Spiegelbild gemeinsam mit der »inneren« Vision, und deren »Wahrheit« läßt sich schon bei weitem nicht so einfach »ermessen«. Diese spezifische Rolle des subjektiven Faktors in der künstlerischen Widerspiegelung dürfte jedenfalls und schon hier Grund genug sein, der Geschichte aller künstlerischen Disziplinen (also auch jener der Literatur) innerhalb der Kulturgeschichte einen besonderen Platz und zum Teil eine besondere Untersuchungsmethode einzuräumen, worunter zu verstehen ist, daß (abgesehen von den Fragen des Umfangs) alle übrigen Zweige der Kultur, wenn ein Kapitel den Künsten gewidmet ist, sich mit einem anderen begnügen müssen. Der futuristische Maler der Anekdote, der auf einer Wiener Ausstellung Franz Joseph stolz erklärte »entschuldigen Majestät, ich aber sehe die Natur eben so«, — ist in seiner symbolischen Bedeutung Laplace ebenbürtig, der mit ähnlichem Bewußtsein Napoleon Rede und Antwort stand, als ihn dieser über Gott befragte. Nicht, weil Napoleon um so vieles sympathischer wäre als Franz Joseph, sondern weil im künstlerischen Schaffen die subjektive Vision tatsächlich dasselbe Gewicht haben kann, wie es im wissenschaftlichen Weltbild die objektiven Tatsachen bzw. die Vergleiche mit ihnen gewährleisten. Worauf dieser Rang der subjektiven Vision zurückgeht und worin das Rätsel ihrer ästhetischen Wirkung liegt, das allerdings wäre eine sehr weit abschweifende kunstpsychologische und ästhetische Frage, die im gegenwärtigen Zusammenhang nur mit ihrem Ausgangspunkt wichtig ist, nämlich mit der Tatsache, daß dieser Rang der subjektiven künstlerischen Vision zweifellos wirklich gegeben und auch ihre ästhetische Wirkung nicht zu leugnen ist.

3. Wie sehr es auch überraschen mag, stehen wir an diesem Punkt unserer theoretischen Darlegungen plötzlich inmitten der brennendsten und ernsthaftesten ästhetischen, ideologischen und kulturpolitischen Auseinandersetzungen. Diese beiden Arten und Quellen der künstlerischen Vision, der ästhetischen Widerspiegelung erfordern nicht nur vom Kulturhistoriker eine besondere »Behandlungsweise«, sie stellen auch eine sehr schwer lösbare Hauptfrage der ästhetisch-weltanschaulichen Diskussionen dar, die zur Zeit ein internationales Ausmaß angenommen haben. Mag es sich um die Diskussion über die Fragen des Realismus oder über die abstrakte Kunst, über das Kafka-Problem oder aber über Fragen der existentialistischen Literatur han-

deln: sie alle überschneiden sich in der theoretischen Frage, ob die »Wahrheit« der Kunst von der Frage der Widerspiegelung nicht loszulösen sei, das aber erfordert unausweichlich auch die Untersuchung dessen, was man die »Glaubwürdigkeit« der äußeren und inneren Vision zu nennen pflegt.

Näher betrachtet, ist es gar nicht so überraschend, daß die grundlegenden Probleme der Kulturgeschichte und die aktuellen kritisch-ästhetischen Fragen solcherweise aufeinanderstoßen, ist das doch das Ergebnis eines zweiseitigen Prozesses: Die marxistischen Kulturhistoriker forschen nach dem »Speziellen« der Kunst und die marxistischen Ästhetiker nach deren gesellschaftlich-historischem »Allgemeinen«. Es kann nämlich ziemlich fraglich sein, ob Roger Garaudy nicht den Mantel an den Knopf näht, ob er nicht bloß im Interesse der marxistischen Rezeption des Nobelpreisträgers Saint-John Perse seine neue Mythentheorie oder aber nur »pour épater les séctariens-dogmatiques« seine Konzeption des uferlosen Realismus entwickelt. In einer Sache aber hat er in beiden Fällen unbedingt recht: daß nämlich alle diese Diskussionsfragen marxistisch nur in der Perspektive der Kulturgeschichte zu lösen sind. Fortschritt und Verfall sind Kategorien der Bewegung der Gesellschaft, d. h. sie sind historische Kategorien (und sie sind es auch in der Kulturgeschichte).

Die von Garaudy abgesteckte Richtung, das Programm, die Frage des künstlerischen Fortschritts kulturhistorisch zu lösen, ist also richtig. Es fragt sich aber, ob er sich wirklich in der richtig abgesteckten Richtung bewegt, und davon hängt auch ab, wie weit wir ihm in seinen Folgerungen beipflichten, wie weit wir ihm folgen können? »Indem Marx — schreibt Garaudy (D'un réalisme sans rivages. Paris, 1963. S. 250) — nachdrücklich davor warnt, die Beziehung von Basis und Überbau mechanisch, undialektisch aufzufassen, ermöglichte er uns auch zu verstehen, daß ein unter den Verhältnissen des historischen Verfalls einer Klasse geschaffenes Werk nicht unbedingt dekadent sein muß. Diese komplexe Dialektik in der Beziehung von Kunstwerk und Realität, von Kunstwerk und Leben ist der wesentliche, eigentliche Gegenstand der marxistischen Ästhetik.« All dem können wir sehr wohl beipflichten, werden doch hier schon bekannte Zusammenhänge festgehalten, u. zw. vor allem die Feststellung, daß — offenbar infolge der ungleichen Entwicklung, des Spezifikums der einzelnen Bewußtseinsformen — »ein unter den Verhältnissen des historischen Verfalls einer Klasse geschaffenes Werk nicht unbedingt dekadent sein muß«. Wir können aber in dieser etwas dodonäisch gefaßten These dem schon weniger beipflichten, daß Garaudy uns die Präzisierung dessen schuldig bleibt, wann denn das Werk einer Verfallsperiode nun doch dekadent sei? Statt einer exakten, analytischen Antwort legt er eine neue Theorie des künstlerischen Schaffens dar. Sie lautet: »Das Kunstschaffen ist zu jeder Zeit Arbeit und Mythos. Arbeit, d. h. reeller Faktor, Technik, Wissen, Theorie, gesellschaftliche Struktur, d. h. alles, was bereits fertig vorliegt oder im Zustand der Fertigung ist. Demgegenüber ist Mythos nichts anderes, als

der konkrete und personifizierte Ausdruck des Bewußtseins der Dinge, die noch fehlen, die auf den noch nicht erschlossenen Gebieten von Natur und Gesellschaft zu erstellen sind.« (A. a. O.)

Obschon sich Garaudy auf die berühmte Marxsche These von der Vermittlungsfunktion der griechischen Mythologie zwischen Basis und Überbau beruft und wir auch damit einverstanden sein können, daß der Mensch in diesem Zusammenhang eine sehr wesentliche Rolle »in der Definition der künstlerischen Realität« hat, können wir weder seiner Theorie, noch ihrer Schlußfolgerung beipflichten, daß nämlich »der Realismus unserer Zeit ein mythenschaffender, epischer, prometheischer Realismus« sei. (A. a. O.)

Wir möchten in diesem Zusammenhang nicht darüber diskutieren, ob die Theorie vom mythenschaffenden Realismus zutreffe oder nicht, ob sich die Kunst Picassos, Saint-John Perses und Kafkas in eine noch so weitgefaßte Kategorie des Realismus einfügen lasse oder nicht. Wir wollen aber eindeutig festhalten, daß Garaudy — gelinde gesprochen — schließlich auch nur die annähernde Definition dessen schuldig bleibt, was in der Kunst überhaupt als dekadent, als verfallend zu bezeichnen sei. Befürchtend, daß man mit sektiererischer Engstirnigkeit auch wertvolle bürgerliche Werke wegen ihrer verfallenden gesellschaftlichen Basis als »dekadent« brandmarken könnte, verfällt er in das entgegengesetzte Extrem und setzt den ästhetischen Wert ohne weiteres an die Stelle des gesellschaftlichen historischen Wertmessers.

4. Es ist eine teure, nur um den Preis vieler Irrungen erwerbbar, heute aber schon ganz eindeutig gegebene Lehre, daß nur konkrete kulturhistorische Forschungen feste Anhaltspunkte bieten können, um die tatsächlichen sozialen Zusammenhänge und das Wesen von Fortschritt und Verfall zu erkennen. Die »mythologische Theorie« Garaudys zeigt, daß von den aktuellen ideologischen Diskussionen und kritischen Auseinandersetzungen kein zuverlässiger Weg direkt zur theoretischen Lösung der komplizierten Fragen der Dekadenz führt: Was wir solcherweise erzielen können, ist höchstens ein übereiltes (und nur allzu oft alsbald zurückgenommenes) Theorem, oder aber die Bemäntelung von eben aktuellen kulturpolitischen Standpunkten mit einer flugs zurechtgeschnittenen theoretischen Hülle, ihre falsche Verallgemeinerung. Der ungleich schwierigere, kompliziertere, »arbeitsaufwendigere« Weg der historischen Analyse wird jedoch unvermeidlich, sobald wir auch nur etwas festere, zuverlässigere Ergebnisse erhalten wollen, die reelle Ansatzpunkte einer noch zu erstellenden marxistischen Axiologie sein können und — gerade wegen ihrer soliden Begründung, ihrer historischen Glaubwürdigkeit — auch in den aktuellen ästhetischen Auseinandersetzungen eine ungleich bessere Stütze abgeben werden, als die unmittelbar für diese Diskussionen kurzweg »zubereiteten« Konzeptionen, mögen diese noch so ansprechend und pathetisch sein.

Indem ich nun das eingangs definierte Axiom der sozialen »Parameter« von Fortschritt und Verfall mir zu eigen mache, möchte ich das kulturelle

Wesen des Fortschritts an der »kulturellen Revolution« in den Niederlanden, den Verfall an einer anderen historischen Periode des Bürgertums und des Kapitalismus, in der die Verfallserscheinungen unbestritten sind, nämlich an der kulturellen Projektion der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie untersuchen.

Meines Erachtens läßt sich meine Wahl in beiden Fällen methodologisch evident begründen, kann man doch gerade die für uns interessanten kulturhistorischen Zusammenhänge in der Geschichte beider Länder hervorragend untersuchen. In dem einen Fall handelt es sich um den im Feuer der bürgerlichen Revolution und des nationalen Freiheitskampfes plötzlich gewachsenen (wie Marx sagte) »kapitalistischen Musterstaat«, im anderen aber um eine mit der »Reformierung« des Feudalismus nach großen Schwierigkeiten zustandgekommene kapitalistische Staatsorganisation, die oft »Kerker der Völker« genannt wurde, die Zeit ihres langwierigen Agonisierens eine eigentümlich hohe Kultur aufwies, an der sich — gerade weil sie als ökonomisch-politisch-staatliche Basis bereits verfallen war, die wichtigen kulturhistorischen Probleme des Verfalls der Basis und des Niedergangs des Überbaus mit der Prägnanz der historischen Anatomie studieren lassen.

Es steckt kein Widerspruch darin, daß Marx die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus nicht am kapitalistischen Musterstaat, sondern am Beispiel Englands beobachtete. Wohl war nämlich die Revolution in den Niederlanden eine durch und durch bürgerliche Revolution, doch die auf Grund ihrer Erfolge aufgekommene wirtschaftliche Ordnung ließe sich doch nicht als die klassische (d. h. englische) Form des Kapitalismus bezeichnen, setzte sich doch in ihr — und gerade darin offenbart sich ihr eigentümlich früher und niederländischer Charakter gleicherweise — noch nicht die Herrschaft des industriellen, sondern bloß die des Handelskapitals durch. Diese wirtschaftsgeschichtlichen Umstände zeitigten später in der gesamten weiteren Entwicklung der Niederlande überaus negative Folgen, doch interessiert uns im gegenwärtigen Zusammenhang die positive Seite dieser Verhältnisse, insofern das sich unerhört rasch aufstockende, mobile und dynamische Handelskapital das Tempo, ja sogar den Charakter der ganzen Entwicklung weitgehend bestimmte. In diesem ansonsten höchst komplizierten Prozeß kamen die unerbittlichen, jedoch eindeutigen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes mit klassischer Prägnanz zur Geltung. Der Elan und der Mut des Volkes in den revolutionär unruhigeren Südprovinzen verhalf den Bürgern des eher zaudernden, aber reicheren Nordens zum Sieg, mit dem Ergebnis, daß dann das ausgeblutete Volk des Südländes zurückstürzen sollte unter das Joch der feudalen spanischen Fremdherrschaft. Drei Völker zweier Zungen lebten im Lande, doch wäre der einheitliche Nationalstaat durch den gemeinsamen Haß auf den gemeinsamen Unterdrücker von vornherein als möglich gewährleistet gewesen. Das Bürgertum, das in Blut und Eisen die Herrschaft der katholischen spanischen Kolonisatoren abgeschüt-

telt hatte, konnte es kaum abwarten, auch selbst zum Kolonisator zu werden, ähnlich den kalvinistischen Theologen, die ihre Kämpfe gegen die spanische Inquisition schließlich am liebsten durch die Einführung einer holländischen und protestantischen Inquisition gekrönt hätten.

Die einzigartige Blüte der niederländischen Kultur im 16–17. Jahrhundert ist bekannt, in ihren Beziehungen zur Basis jedoch nur wenig geklärt, obschon diese Blütezeit sowohl in ihrem Ausmaß wie in ihrem Tempo und in ihrem ideologischen Inhalt weitgehend dem entspricht, was wir kulturelle Revolution zu nennen pflegen. Untersuchen wir nun dieses goldene Zeitalter der kulturellen Blüte unter dem besonderen Gesichtspunkt, wie sich in seinen Werken, Ausmaßen, Tendenzen und in seiner Struktur sein Verhältnis zu Fortschritt oder Verfall gestaltet, können wir einige besondere Merkmale beobachten, deren Entsprechungen in der Monarchie nachzuforschen nicht uninteressant und belanglos sein dürfte. Eines der wichtigsten »strukturellen« Merkmale der bürgerlichen Kultur in den Niederlanden des 17. Jahrhunderts müssen wir darin erblicken, daß die Malerei auch im Weltmaßstab einzigartige Höhepunkte erreicht, während die Literatur — zumindest nach den allgengängigen Kenntnissen — in einem Maße unentwickelt ist, daß dies unbedingt eine Erklärung erheischt, wollen wir nicht an kulturhistorische Zufälligkeiten glauben.

Stil, Thematik und ideeller Inhalt der niederländischen Malerei sind gleicherweise bürgerlich und revolutionär. Bei ihrer prägnanten, eindeutigen Charakterisierung läßt sich wohl die Anwendung des Attributs Realismus kaum vermeiden. Das Revolutionäre an dieser Malerei ergibt sich aus dem Bürgerlichen in ihr und umgekehrt. Und diese Präzisierung dürfte jene befriedigen, die in bezug auf den ideellen Inhalt noch bereit sind, dem beizupflichten, daß diese Kunst für revolutionär erklärt werde, jedoch in Anbetracht ihres Stils und ihrer Themen diesen revolutionären Charakter bezweifeln würden. Die frische, primäre Anschaulichkeit dieser Malerei, die Freude am Dasein und an der Sichtbarkeit dieser Welt kommt wirklich ungestört nur in den Jahrzehnten zur Geltung, als die Sache der Revolution als gewonnen erschien und wird auch innerhalb des Lebenswerkes der einzelnen Maler nur in den Werken oder Perioden vorherrschend, als sie der Sache der Revolution (selbstverständlich »zuinnerst«, »seelisch«) gerade die Treue hielten: denn sobald dem nicht so ist, treten statt des klassisch einfachen und klaren Stils, Themas und ideellen Inhalts neue Elemente auf, die nicht unbedingt wertloser sind, wohl aber auch aus einem anderen Boden (recht eigentlich nur dort) sprießen können und nicht mehr in den einmaligen, notwendigen, klassischen Bereich des niederländischen Realismus gehören.

Was nun die damalige Dichtung anbelangt, die im Verhältnis zur flämischen Malerei, zu einem der Gipfel der europäischen Kunst, überraschend unterentwickelt war, kann sie weder ihrem Bestand, noch ihrem Niveau nach

mit der Malerei oder mit der Revolution auch nur im entferntesten verglichen werden. Wohl gab es eine revolutionäre und echte Volksdichtung, die wir jedoch im Leninschen Sinne des Wortes zum volkhaften Zweig der zwei Kulturen zählen müssen. Es gab auch eine besondere Form des literarischen Lebens, die sehr wohl in Blüte stand, offenbar weil ihre Lebensbedingungen den durch die Revolution bedingten Voraussetzungen und Bedürfnissen entsprachen. Es waren dies die literarischen Zirkel der »Rederijkers«, der »Rhetoriker«, in denen sie — ähnlich den biedereren, aber etwas beschränkten Bestrebungen der Meistersinger — ihre kleineren und größeren Probleme in gebundenen und traditionellen Versen besangen. Das einzige ästhetische Verdienst dieser Arbeiten bestand in einer gewissen Glättung der sprachlichen Mittel, worauf dazumal alle europäischen Sprachen angewiesen waren, vielleicht nur das Italienische nicht. Umso größer war die politische Rolle und Bedeutung dieser »Kammern«: nicht selten waren sie wahre Brandherde der revolutionären, aufrührerischen, ketzerischen Bewegungen, so daß die spanischen Stellen bald die eine, bald die andere sehr früh und sehr oft schließen mußten. Damit haben wir eine eigenartige kulturhistorische Erscheinung vor uns, auf die wir im theoretischen Zusammenhang bereits angespielt haben, doch ist es nicht uninteressant, sie in ihrer konkreten historischen Gegebenheit besser ins Auge zu fassen. Diese in Anbetracht ihres Inhalts und mehr noch ihrer gesellschaftlichen Funktion unbestritten als fortschrittlich zu qualifizierende Kunst hat jedoch ein künstlerisches Niveau, das niedrig, beim Durchschnitt (oder gar noch darunter) liegt, ein künstlerisches Niveau also, das dem gegebenen Inhalt keineswegs ebenbürtig ist. Wollen wir uns nicht mit dem nihilistischen »Opportunismus« abfinden (der zugleich die Unmöglichkeit jeglicher Kulturgeschichte bedeuten müßte), daß es eben Zeitalter und Völker gebe, die gute Maler, und wiederum andere, die gute Schriftsteller aufweisen könnten, — so müßte sich für die oben kurz umrissene kulturhistorische Widersprüchlichkeit (oder Kontrasterscheinung) eine Erklärung, oder zumindest eine analytische Beschreibung finden lassen, u. zw. schon darum (bzw. im gegebenen Fall vor allem deshalb), weil solche ideologische Kontrasterscheinungen auch in den Verfallsperioden sehr wichtige Varianten haben können. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß wir die Ursachen auch in solchen Fällen in viel tieferen Schichten zu suchen haben: worauf geht es zurück, daß das gegebene Zeitalter keine große Literatur hervorbrachte, diese Frage haben wir zu stellen und können uns nicht begnügen mit der nichtssagenden Antwort: »weil es keine großen Schriftsteller hatte«.

Fassen wir das Schaffen des Joost van den Vondel, des größten und besten niederländischen Schriftstellers dieser Zeit näher ins Auge, so müssen wir vor allem eilends feststellen, daß sein Name nicht nur den Menschen von durchschnittlicher Bildung keineswegs so geläufig ist, wie der eines Vermeers, eines Van Dycks oder gar eines Rembrandts, sondern daß er auch den Gebildeten nur selten bekannt ist. (In dieser Hinsicht kann uns selbst die Tatsache

nicht irreführen, daß sein Hauptwerk, sein Versdrama in fünf Aufzügen, »Luzifer«, auch ins Ungarische übersetzt wurde; es geschah nämlich aus dem besonderen Grunde, weil die sorgfältige Madách-Philologie herausfand, daß es vielleicht »Die Tragödie des Menschen« beeinflußt haben konnte.) Umso interessanter ist es danach zu forschen, inwiefern und warum das Schaffen dieses außerordentlich begabten Sprachkünstlers das zu dieser Zeit und in seiner Heimat erforderliche Niveau nicht erreichte? Die Antwort läßt sich auch hier nur skizzieren, ansonsten aber auch ausführlich bestätigen: im Gegensatz zu den Rhetorikern, die sehr wohl etwas zu sagen hätten, bloß die entsprechende Höhe der künstlerischen Form nicht zu erklimmen vermögen, ist das, was Vondel zu sagen hat, ideell dermaßen unausgeprägt und gesellschaftlich derart zweideutig, daß es sich, selbst mit der glattesten Form verschmolzen, nicht in einem Werk, das Hand und Fuß hätte, ausdrücken läßt (weil es eben auch nicht ausgesagt werden braucht). In seiner Dichtung finden wir *expressis verbis* das jauchzende und positive Lebensgefühl, das seine Maler-Zeitgenossen auf die höchsten Gipfel des Schaffens emporhob, wir finden es auch reichlich in den einzelnen Epitheta seines Luzifers (womit sich die Vertreter der Geistesgeschichte vielleicht auch schon zufriedengeben würden), das alles aber ist nicht genug, um Literatur zu sein: die Handlung im Himmel löst sich los von der Erde, das aber hat unausweichlich zur Folge, daß die schönklingenden Jamben auch über die Jahrhunderte hin eine gähnende Langweile ausströmen. Um es kurz zu fassen: die bürgerliche Revolution in den Niederlanden, die in der Malerei das Erleben und das visuelle Erfassen einer neuen Welt ermöglichte, ließ sich in der Literatur zu jener Zeit auf der besonderen literarischen Ebene noch nicht ausdrücken; das literarische Schaffen blieb entweder fortschrittlich und damit auf dem kleinbürgerlichen Laienniveau des Verseschmiedens, oder aber es versuchte sich an den traditionellen großen Formen, ohne sie jedoch mit den neuen Inhalten des Fortschritts ausfüllen zu können. Die Literatur ist anscheinend — und das ist eine unserer Nebenfolgerungen — eine späte Kunst: sie vermag den großen Themen der Zeit nur mit Verzögerung Stimme zu verleihen . . .

All diese Fragen fügen sich zutiefst in jene psychologischen Zusammenhänge, die zwischen dem Künstler und der Gesellschaft seiner Zeit bestehen und lassen sich bei weitem nicht mit den unverbesserlich ahistorischen (und darum asozialen) Schablonen der traditionellen »Kunstpsychologie« abtun. Hier hilft aber auch das übliche biographische, romantische Psychologisieren nicht. Es handelt sich nicht darum, daß die Maler revolutionär, die Schriftsteller aber gegenrevolutionär waren. Es geht nicht einmal darum (obschon das der Wahrheit näherkäme), daß Rembrandt fortschrittlich war, Vondel aber nicht. Es geht hier darum, welche sozial empfangenen Erfahrungen die äußere und innere Vision bedingen und damit die Vorstellungswelt des Künstlers zur Ideenwelt der Zeit machen (und umgekehrt, denn das ist ja letztlich dasselbe).

D. h. Rembrandt hielt nicht darum und so lange am tiefen Realismus seines Stils und seiner Menschendarstellung fest, weil er ein unverwüstlich heiteres Gemüt und ein fester Charakter war, daraus er auch in den dunklen Jahren seines Schicksals schöpfen konnte, sondern weil seine Vision von Mensch und Welt gemeinsam mit der ganzen bürgerlichen Welt in den Niederlanden zur selben Zeit und mit ihr verknüpft aufkam und diese konnte er nicht verleugnen, ohne daß er sich nicht selbst verleugnet hätte, so sehr er später auch den städtischen Rat, seine Gegner, seine Wucherer, oder geradezu die damals herrschenden Verhältnisse hassen lernte. Und auch die übrigen großen Vertreter des niederländischen Realismus waren keineswegs Menschen von eitel Heiterkeit und Glück: neun von zehn unter ihnen gingen im Elend zugrunde, entbehrten in ihrem persönlichen Leben die heitere, reine und geordnete Welt, die sie für die Ewigkeit auf die Leinwand gebannt hatten. Diese Einheit der äußeren und inneren Vision, des gesellschaftlich kodeterminierten individuellen Erlebnisses dürfte jedoch nicht möglich gewesen sein in der Literatur, wo infolge des begrifflicher, abstrakter beschaffenen künstlerischen Stoffes die philosophischen, religiösen oder politischen Ideen der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen die dem Schriftsteller zur Entfaltung einer ähnlichen festen inneren Vision hätten verhelfen können, vorerst noch fehlten. Rembrandt wurde selbst auf dem Tiefpunkt seines Unglücks dem künstlerischen und menschlichen Weltbild, das er bis dahin entwickelt hatte, nicht untreu, indessen Vondel selbst auf der Höhe des Wohlstandes und mit bemoostem Haupt nicht entschlossen entscheiden konnte, ob er Calvinist oder Katholik sein, ob er heiraten oder scheiden, ob er sich in Utrecht oder Brüssel niederlassen solle usw.; was auf der Ebene des Privatlebens soviel besagt, daß er hinter der Kutsche der Geschichte gründlich zurückgeblieben war. Ich möchte aber wiederholen, daß bei einem Schriftsteller dieses Schwanken zu dieser Zeit ziemlich verständlich ist, denn woher auch wäre dem Schriftsteller eine ideologische Stütze unterschoben worden, da doch in der Theologie beide Religionen einzig und allein seelig machten, in der Philosophie die Anhänger und die Gegner des Cartesius sich auf den neuen Universitäten auf Gedeih oder Verderb befahdeten, sich die jesuitische Theorie des Tyrannenmordes ungeklärt vermengte mit der offiziellen politischen Theorie der kalvinistischen Kirche, der Protestant Grotius mehr galt, als der Brüsseler Katholik Justus Lipsius, der aber, als man sich eben als Schriftsteller mit ihm gerade befreundet hätte, ins Gegenlager hinüberwechselte . . . Der Maler wird in der Formung seiner Visionen durch die Visualität gestützt und dieser dem Dasein näherstehende Bewußtseinsfaktor der Wahrnehmung bleibt viel weniger hinter den Wandlungen des Seins zurück, als die abstrakte Welt von Begriffen, Gedanken und Ideen, in der sich die Tatsachen des Fortschritts nur über viele Umsetzungen und oft nur sehr verzögert widerspiegeln. Das aber bedeutet zugleich auch, daß die soziale Voraussicht, die prophetische Rolle der Dichter und Schriftsteller (so sehr dies auch eine

gehegte Idee der Dichter, der nach politischem Lorbeer trachtenden Schriftsteller, oder der öffentlichen Meinung auch sein mag) in der Wirklichkeit niemals gegeben ist; in diesem Belang des Fortschritts kann ihr höchstes Verdienst bestenfalls darin bestehen, daß sie die jeweils fortschrittlichsten politischen, philosophischen oder sonstigen weltanschaulichen Ideen mit nicht allzu großer Verzögerung »verarbeiten« (sit venia verbo), und das gilt auch für unsere Größten: für Petőfi, Ady und A. József.

So stellt sich also der Fortschritt auf dem entwickeltsten und auf dem rückständigsten Gebiet der Kultur eines revolutionären Zeitalters dar, wenn wir auch die konkreten Varianten der ungleichen Entwicklung und der Verzögerung des Bewußtseins in unsere Beobachtung einbeziehen.

*

Theoretisch wäre es ein konsequenteres und darum auch ansprechenderes Verfahren, nunmehr auch die kulturhistorischen Merkmale der Verfallsfaktoren in der Niedergangsperiode derselben bürgerlichen Niederlande zu beobachten, wie dies auch für unser methodologisches Maßgefühl wünschenswerter wäre. In mehrfacher Hinsicht wäre dies auch nicht allzu schwierig, genügte es doch z. B. gerade im Falle der Malerei, die zeitlich aufeinander folgenden Kunstwerke einfach aufzuzeigen und dadurch zu illustrieren, wie der einst revolutionäre niederländische Kapitalismus, der am konstitutionellen Leiden der Gebundenheit ans Handelskapital krankt, schon einige Jahrzehnte später in den Zustand des bedrohlichen Stagnierens verfällt und wie sich dieser Verfall geradezu handgreiflich unmittelbar in den Themen, im Stil und im künstlerischen Rang der Malerei offenbart, als lese man es in einer simplifizierend »marxistischen«, populärwissenschaftlichen Kunstgeschichte. Wenn wir trotzdem nicht diese Wahl treffen, so ist dies nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir im Falle der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ein Beispiel des bürgerlichen Verfalls zur Verfügung haben, wo der Verfall in Form des Untergangs der ökonomisch-politischen Basis in Erscheinung trat, wo wir also Gelegenheit haben dürften, extreme und gewiß sehr lehrreiche Varianten des Verhältnisses von Basis und Überbau zu beobachten, denn falls die Monarchie einen kulturellen Überbau überhaupt hatte, so muß er auch nach Auflösung der staatlichen Struktur und der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Beziehungen im Bewußtsein der Menschen eine bestimmte Zeit lang — in irgendeiner Form — weitergelebt haben.

Bei der Untersuchung der kulturellen Repräsentation der Faktoren des gesellschaftlichen Fortschritts, oder mit anderen Worten: bei der Erörterung ihrer Widerspiegelung in den Bewußtseinsformen konnten wir einiger psychologischer Gesichtspunkte nicht entbehren, an Hand deren sich erhellen läßt, wie ein Ideenvorrat, ein Weltbild, dessen Vorhandensein oder Fehlen über das Verhältnis des Schaffenden und zugleich über das seiner Gesellschaft zum

allgemeinen menschlichen Fortschritt entscheidet, als gemeinsames Produkt von Individuum und Gesellschaft in den äußeren und inneren Visionen der schöpferisch Schaffenden in Erscheinung tritt. Solche (marxistisch ausgerichtete) Forschungen stecken vorerst noch allzu sehr in den Anfängen (und decken sich in mancher Hinsicht mit dem Forschungsgebiet, das Iljitschow als »gesellschaftliche Psychologie« bezeichnet). Besonders notwendig ist aber die Untersuchung dieser Belange im Falle einer Kultur, in der die adäquate Beschaffenheit der Widerspiegelung infolge des (weitgehenden) Schwundes des einen Pols im Verhältnis von Sein und Bewußtsein besonders problematisch ist.

Ohne die wirtschaftliche und politische Geschichte auch nur skizzieren zu wollen, müssen wir (schon wegen der auch auf diesem Gebiet umstrittenen Frage und der Fixierung unseres eigenen einschlägigen Standpunktes) doch die einzige allgemein historische Bemerkung machen, daß die Monarchie kein im »natürlichen« Wege der Entwicklung entstandener kapitalistischer Staat war, wo ein bürgerlich-nationaler Staat anstelle des durch eine Revolution gestürzten Feudalismus getreten wäre, sondern daß sie vielmehr ein »regelwidriges«, »unregelmäßiges« Staatsgebilde darstellte, darin eine feudale absolute Monarchie, die sich durch Reformen zu verjüngen trachtete, ihre »übernationale« Herrschaft den früher schon unterworfenen Völkern aufzwang, die sie dadurch in ihrer Entwicklung zu Nationalstaaten und damit — der Logik der Entwicklung entsprechend — auch in der Entwicklung zu echten bürgerlichen Staaten hemmte.

Was nun die Kulturgeschichte der Monarchie anbelangt, so begannen wir eigentlich erst nach Auflösung der Monarchie zu mutmaßen, daß sie vielleicht doch eine besondere Kultur gehabt hatte, die keinesfalls identisch war mit der Gesamtheit der nationalen Kulturen der in der Monarchie zum Zusammenleben gezwungenen Völker, aber auch nicht identisch war mit der Kultur der deutschsprachigen Bevölkerung Österreichs, des österreichischen Volkes, sondern etwas und alles zwischen den beiden und vielleicht in etlicher (jedoch nicht unbedingter) Beziehung zum Deutschen war. Wie nun selbst die graueste Persönlichkeit auf einmal zu einer erregenden Erscheinung wird, sobald sie nach ihrem Ableben als Gespenst erscheint, ebenso interessant ist für Philosophen und Historiker ein Überbau, wenn er der noch existente Überbau einer nicht mehr existierenden Basis ist. Abgesehen von der allgemeinen Gültigkeit des sich hier aufdrängenden Vergleichs, steckt zweifellos etwas Gespensterhaftes darin, wie die Operette, diese typische Wiener Kunst in bestimmten Teilen Europas mit streng erstarrten Regeln der Kunstgattung und der Thematik und mit einem ständigen Publikum weiterlebt, ein lebendigtotes Beispiel dafür, wie sehr das Bewußtsein hinter dem Sein zurückbleiben kann . . .

Es wäre wohl ein erfolgloses Unterfangen, mit den strengeren Historikern die Diskussion aufzunehmen, nach deren Meinung die Österreichisch-Ungari-

sche Monarchie der Menschheit in der Hauptsache den ersten Weltkrieg bescherte. Sobald wir uns aber ausführlicher darüber Rechenschaft geben, zeigt es sich, daß auf kulturellem Gebiet das in den verschiedenen Bildungsdisziplinen Zustandgekommene überraschend reichfältig und viel ist und daß es in Anbetracht seiner Struktur gewissermaßen den Widerpart zum kulturellen Spektrum der fortschrittlichen Niederlande darstellt. Bestimmte theoretische Disziplinen und die Literatur sind die beiden Gebiete, wo wir auch dann von überragenden Leistungen sprechen können, wenn wir streng all jene außer acht lassen, die als Vertreter einer der nationalen Kulturen anzusehen sind. (In einem besonderen Studium wäre zu untersuchen, ob und inwiefern sich auch im Schaffen dieser Repräsentanten eine Überlagerung durch etliche »monarchistische« Merkmale ergibt, wie z. B. bei den Ungarn Ady und Krúdy.) Wollen wir Albert Einstein auch nicht hierher zählen, so ist doch unter den ersten Ernst Mach, der bekannte Physikprofessor der Wiener Universität zu erwähnen.

Der gegen die Ideologie der Arbeiterbewegung wirkende Machismus wird in ein neues Licht gerückt, sobald wir — in der Perspektive der »Monarchie« — weder den leider nur allzu wichtigen Austromarxismus, noch den ebenfalls in diese Richtung weisenden Umstand vergessen, daß der hartnäckigste ideologisch-fachliche Widersacher der marxistischen Ökonomie, das Böhm-Bawerksche Grenznutzenprinzip ebenfalls von der Wiener Universität ausging und heute noch »ausgeht«. In der Philosophie sind nach Mach und Windelband die Schlick-Carnapsche »Wiener Schule« zu erwähnen, die den Anstoß zum Aufkommen der neopositivistischen Richtung gab und die heute bereits nach Amerika übergesiedelt ist, sowie Ludwig Wittgenstein, der seine Werke in England schrieb und zweifellos einer der hervorragendsten Vertreter dieser bürgerlichen Richtung ist. Eine solche kurze Aufzählung ermöglicht es bedauerlicherweise nicht, im Lebenswerk dieser Denker die eigentümliche österreichisch-ungarische k. u. k. Note aufzuzeigen (im Falle Wittgensteins sind bereits zumindest solche Andeutungen gemacht worden), aber schon die Aufzählung ist ziemlich vielsagend, besonders wenn wir sie in den quantitativen und qualitativen Zusammenhängen und Ausmaßen des gesamten Bildungsgebietes betrachten. Wenn wir dann hier auch die Wirksamkeit Sigmund Freuds in Betracht ziehen, erhalten wir nicht nur zur Einschätzung der internationalen Auswirkungen dieser Kultur weitere Anhaltspunkte, sondern es wird in uns auch der Gesamteindruck noch mehr bekräftigt, daß diese Denker ein besonderes Verhältnis zur Wirklichkeit haben, dessen positive Seite in der nachdrücklich abstrahierend-mathematisierend-theoretisierenden Neigung, ihre negative Seite aber in der ausgeprägten Loslösung von der Wirklichkeit in einer gewissen logischen Kunst um der Kunst willen besteht, für die das Wirkliche vor allem als illustratives Beispiel bestimmter Theorien in Betracht kommen kann.

Noch mehr überrascht es, daß sich im politischen Denken, in der Publizistik ein noch irreelleres Bild abzeichnet, wo man — gerade umgekehrt — erwarten dürfte, daß die Tuchfühlung mit der Wirklichkeit, der geringe logische Abstand des Überbaus von der Basis die Fassung von reelleren Lehren, Prinzipien und Tendenzen ermöglicht. Dieses Bild aber (zu dessen Entwicklung die schöne Monographie des hervorragenden österreichischen marxistischen Historikers Albert Fuchs glänzende Möglichkeiten bietet) ist überaus niederschlagend: es ist genau so, wie eine bürgerliche Verfallsideologie in Wien im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts sein muß. Fassen wir nur den so oft erwähnten österreichischen Liberalismus, der heute noch die extreme Linke im politischen Denken des österreichischen Bürgertums darstellt, ins Auge, so erweist er sich als Prototyp, als Schulbeispiel des falschen Bewußtseins, das — ebenfalls in einem irreellen Raume schwebend — gerade dann optimistische Illusionen hegt, als deren Gegenteil am meisten begründet wäre. Sein historischer Vertreter ist jener Karl Kraus, der als Schriftsteller, Philosoph und Publizist vor den Greueln des Kapitalismus nicht zu den Massen, sondern in den Individualismus flüchtet. Als am 28. Juli 1914 der Weltkrieg ausbrach, begann Karl Kraus: »Die letzten Tage der Menschheit« zu schreiben. Damit aber übertraf er an falschem Bewußtsein Oswald Spengler: Spengler verwechselte den Untergang des Kapitalismus mit dem Untergang des Abendlandes, Karl Kraus aber die letzten Tage der Monarchie mit den letzten Tagen der gesamten Menschheit . . .

Et nunc venio ad fortissimum: die dazwischen gelegenen Gebiete des kulturellen Lebens der Monarchie (darunter die überaus entwickelte Musik- und Theaterkultur) überspringend, gehe ich abschließend und zur Vorbereitung einiger Konklusionen — wenngleich nur in sehr bescheidener Form — zur Analyse des literarischen Lebens in der Monarchie über. Diese Literatur — und dies ist sogleich die Prämisse zum ersten wichtigen Schluß — war überaus entwickelt und von hohem Niveau. Das erkennen wir umso mehr, je weiter wir uns von ihr in Zeit und Weltanschauung entfernen. Diese Literatur spannt von Stefan Zweig bis zu Franz Werfel, von Hugo von Hofmannsthal bis zu Rainer Maria Rilke, von Robert Musil bis Franz Kafka und Georg Trakl, und zwischen diesen stehen noch zahlreiche, sehr begabte, weniger bedeutende Novellisten, Essayisten und Dramatiker. Diese überaus bedeutende Literatur von europäischem Niveau läßt trotz ihrer breiten Auffächerung bestimmte gemeinsame Eigenschaften deutlich erkennen, die gerade mit Hinblick auf die komplizierten literarischen Zusammenhänge von Verfall und Fortschritt beachtenswert sind: einen überaus hohen Stand des überfeinerten artistischen und (davon offenbar nicht unabhängig) eine spezifisch irrelative Beziehung zur Wirklichkeit, wie wir sie ähnlich schon bei den Denkern der Monarchie beobachten konnten und die (und dies als drittes eigentümliches Merkmal) mit einer bestimmten religiösen Prägung einhergeht: mit einem durch Snobismus

etwas überakzentuierten Katholizismus, oder aber zumindest mit den erträglicheren, literaturfähigeren Formen des Mystizismus oder Irrationalismus. Das gilt auch für den »rationalistischen« Robert Musil, bei dem sie sich in die (wohl bekannte) Form der radikalen Zuwendung zur Vergangenheit und der Hoffnungslosigkeit kleiden.

So haben wir denn in der Literatur der Monarchie einen höchst beredten Widerpart zur kulturellen Formel der Niederlande, wo wir die unentwickelte Literatur einer sich entwickelnden Gesellschaft vorfanden. Der Zusammenhang ist einsichtig, einsichtig nicht nur in der Beziehung der Literatur zur Gesellschaft, sondern auch in ihren Beziehungen zu den sonstigen, den philosophischen und ideologischen Gebieten des Überbaus: um die Mitte des 17. Jahrhunderts war in den Niederlanden die gesellschaftliche Perspektive bereits gegeben, für die sich der Dichter hätte begeistern können, sie war aber begrifflich nicht gefaßt, in der dichterischen Vision nicht faßbar, weswegen auch keine Literatur von hohem Niveau aufkommen konnte; dagegen ist in der k. u. k. Monarchie des 20. Jahrhunderts die notwendige theoretische, philosophische, begriffliche Geklärtheit bereits vorhanden und es kommt auch eine Literatur von sehr hohem Niveau zustande, doch war inzwischen die Perspektive, für die man sich hätte begeistern können, verschwunden, und geblieben war der Rückblick in die Vergangenheit, oder aber das perspektivenlose Dunkel, der Pessimismus, oder — wie es Hofmannsthal verkündet — das »glücklich sein, ohne Hoffnung«, das irreelle, sentimentale Lebensgefühl des hoffnungslosen Glücks.

Mit all diesen Ausführungen wollte ich auf einige strukturelle Zusammenhänge hinweisen, die sich im Verhältnis von Basis und Überbau ergeben, sobald wir die Gesichtspunkte von Entwicklung und Verfall in der Kulturgeschichte konkret anwenden. Das aus der ungleichen Entwicklung resultierende erste, direkte Erfordernis besteht offensichtlich darin, daß man die Kategorien des gesellschaftlichen Fortschritts und des kulturellen Wertes weder miteinander substituieren, noch voneinander trennen kann. Es liegt auch auf der Hand, daß die Frage des Fortschritts infolge der Gesetzmäßigkeiten der Widerspiegelung untrennbar mit den Fragen des Realismus des Weltbildes verbunden ist. Um jedoch dementsprechend wirklich reelle, auch kulturhistorisch gut belegbare und damit auch in der Kunstkritik unanfechtbare Argumente bietende Verhältnisse der Determiniertheit erkennen zu können, müssen wir über Untersuchungsmethoden verfügen, die eine diesen feiner strukturierten Problemen entsprechende Empfindlichkeit aufweisen.

Wohl wissend, daß das Gesagte nur ein überaus skizzenhaftes Bild vermitteln konnte, sei es mir abschließend gestattet, die sich hier zeigenden kulturhistorischen Bedürfnisse an einem noch skizzenhafteren Ausblick zu illustrieren. Es wird eine schöne und der Philosophie wie der Geschichtswissenschaft gleicherweise würdige Aufgabe sein, den Mechanismus zu erschließen,

mit dem der Künstler in der Periode des bürgerlichen Verfalls, da er »das jenseitige Ufer« der Zukunft nicht sieht, seine inneren und äußeren Visionen erlebt und schöpft. Jedoch nicht so, daß wir, wie Garaudy, jegliche innere Visionen als Mythos qualifizieren und dadurch auch schon den Begriff der Entwicklung aus dem Kreise der Gesellschaftlichkeit und damit der Erkennbarkeit ausgeklammert haben, sondern in der Weise, daß wir den psychologischen, soziologischen, ästhetischen, d. h. konkret aufkommenden, historisch glaubwürdigen Prozeß der äußeren und inneren Visionen des Künstlers zu erkennen vermögen. Die erwähnten Schriftsteller der Monarchie sind alle in überdurchschnittlichem Maße empfänglich für die Suche nach der »verlorenen Zeit«, für die Form des *poème du souvenir*. Wenn dieser unentbehrliche Zug jeglicher Poesie einzig und allein dominant wird, wenn die Perspektive der Zukunft schwindet, wenn der Künstler nicht mehr zurückfindet in die Gegenwart, zu den Menschen, zur äußeren Vision, dann kann von einem Mythos, der zum Fortschritt in einer inneren, organischen, genetischen Beziehung stünde, nicht mehr die Rede sein. Wir bezeichnen den Prozeß, da der Mensch seine ureigenen Dinge als fremd empfindet, als Entfremdung. Sie tritt ein, wenn der Mensch geschlagen ist mit Ausbeutung und ihm genommen wird, was er selbst geschaffen, sie tritt aber auch ein, wenn der Kontakt des Menschen mit der Welt aus sonstigen Gründen verdirbt. All das hängt auch auf dem Gebiet der Bildung mit dem Auftreten der Faktoren von Fortschritt und Verfall aufs engste zusammen. Wie dieser Zusammenhang beschaffen ist, dafür kann gerade das Lebenswerk Franz Kafkas ein klassisches Beispiel abgeben. Die Auflösung und später der Untergang der Monarchie allein könnte diesem in künstlerischer Hinsicht einzigartigen Schaffen noch nicht die objektiven und subjektiven Erfahrungsgrundlagen darbieten: die wachsende Auflösung wird angezeigt durch Hofmannsthal und später durch Rilke, das Erlebnis des Untergangs der Monarchie geht über diese beiden nur bis zum Pessimismus eines Musil hinaus. Daß aber der radikale Autismus des Kafka'schen Lebenswerkes aufkommen kann, dazu mußte Kafka auch erleben, daß auch gestürzt und zukunftslos ist, was außerhalb der Monarchie liegt: er mußte auch die allgemeine Krise des Kapitalismus in ihren internationalen (und damit »allgemein menschlichen«) Ausmaßen erlebt haben. Und tatsächlich überschneiden sich diese zwei Katastrophenketten in Franz Kafka, der nicht nur die mit Hofmannsthal einsetzende und mit Rilke fortgesetzte Entfremdungsfolge, sondern auch die mit Proust beginnende und mit Joyce fortlaufende europäische Linie vertieft: bei Proust wird der Mensch der Gegenwart, bei Joyce der Gesellschaft, bei Kafka aber seiner selbst entfremdet.

Damit führen die kulturellen Probleme von Verfall und Fortschritt aus einer anderen Richtung her zurück zu den grundlegenden Lehren des historischen Materialismus. Sie tun es diesmal in Form eines neueren, ermutigenden Forschungsprogramms. Der schöpferische Marxismus muß, nunmehr auch

auf den Lehren der Kulturgeschichte aufbauend, in Problemen der Entfremdung eine logische und ideologische Ordnung schaffen, indem er nicht zulässt, daß ein Begriff, dem einzig und allein der Marxismus wissenschaftlichen Gehalt und reelle Erklärung gegeben hat und geben kann, zu einer gegen den Marxismus gerichteten, oder den Marxismus abtuenden Mode werde. Denn die wirkliche Problematik der Entfremdung besteht in nichts anderem als in der detaillierten Ausarbeitung der grundlegenden Wahrheit des historischen Materialismus, daß die in der Klassengesellschaft herrschenden *Verhältnisse* ihrem Wesen nach immer *Eigentumsverhältnisse* sind.

Проблемы прогресса и упадка в истории культуры

Л. МАТРАИ

Резюме

Статья, анализируя в введении теоретические осложнения, разрешающие мотивировать бросающее в глаза отставание истории культуры в марксистской историографии, указывает, что большое имманентное значение художественной формы, а также то, что правила ложного отражения в искусстве являются иными, более сложными, нежели у иных форм общественного сознания, делают невозможным такого сходства содержания базиса и надстройки, какое имеет место в случае правовых, моральных или религиозных систем. Поэтому возможность познания действительной общественной взаимосвязи развития и упадка и их основной сущности является в этой области достигаемой исключительно на устойчивой основе конкретных исследований в истории культуры. Конкретным примером для наблюдения сущности прогресса в области культуры автор выбирает культурную революцию XVII в. в Нидерландах, а в качестве примера для упадка — культурное отображение разложения Австро-Венгерской Монархии. При первом автор подчеркивает огромную развитость изобразительного искусства, в противовес полной ничтожности литературы, указывая при этом в качестве причины на то, что буржуазная революция в Нидерландах, открывая для живописи возможность прочувствовать и визуально уловить совершенно новый мир, в литературе тогда еще не была уловима в свойственной литературной форме (из этого автор делает общий вывод о том, что литература является поздним ответвлением искусств, способным отражать значительные идеи эпохи лишь с опозданием). В упадке Австро-Венгерской Монархии (основательно предположив существование в Монархии особой культуры, ни коим образом не являвшейся простой суммой национальных культур проживавших в ней отдельных народов) автор указывает на бесспорные результаты этой культуры в некоторых теоретических науках (физики, политической экономии, философии, психологии), а также на свойственные черты ее литературы — на утонченную артистичность, на специфически ирреальные касательства по отношению к действительности, а также на ее, с некоторым снобизмом слишком подчеркнутый католицизм — на все те признаки, которые, напротив положения в Нидерландах, и при всей развитости художественной выразительности, указывают на полное отсутствие выражаемых перспектив. С этой точки зрения кульминация процесса отчуждения (отчуждения человека и от самого себя) именно в лице Кафки является особенно характерным. В заключение статьи автор подчеркивает значение того, чтобы психологический, социологический, эстетический, значит конкретно возникающий, исторически правдивый процесс внешних и внутренних привидений художника был узнаваемый. Таким образом станет возможным вконец и раскрытие полной проблематики самого отчуждения, что является не чем иным, как подробной разработкой той основной истины исторического материализма, что господствующие в классовом обществе отношения являются по сути дела всегда отношениями собственности.

Югославыне в Венгрии и право наций на самоопределение

(1918—1919 гг.)

Л. КЕВАГО

I

Стремление югославянских народов объединиться в совместное государство берёт своё начало с иллирийского движения, развернувшегося в конце XVIII — начале XIX века под влиянием французской буржуазной революции. Однако реальное содержание это движение приобрело лишь позже, постепенно, параллельно с формированием буржуазных классов — носителей идеи национального единства.

К началу XX века определились два направления в вопросе о формировании единого югославянского буржуазного государства. Представители одного из них хотели осуществить единое югославянское государство в рамках Австро-Венгерской монархии, другого же — под руководством Сербии, в отрыве от Монархии.

Несомненно, носителями идеи объединения были буржуазные, мелкобуржуазные классы. Наряду с этим уже в конце XIX и главным образом в начале XX века всё более усиливающееся югославянское рабочее движение обратило внимание на необходимость решения национального вопроса. Словенская социал-демократическая партия, действующая под именем Югославской Социал-демократической Партии была первой партией, настаивающей на решении югославской национальной проблемы — в рамках Австро-Венгерской монархии, на основе культурной автономии.

На конференции югославских социал-демократов в ноябре 1909 г. в городе Любляна, в работе которой приняли участие представители социал-демократических партий Словении, Хорватии-Славонии, Боснии, а также Сербии, было принято решение и в отношении вопроса югославянского единства. Это решение, известное под названием «Тивольской резолюции», исходило из того взгляда, что сербы, хорваты, словенцы и болгары являются членами складывающейся единой югославянской нации, поэтому задача социал-демократов содействовать формированию из этих народов единой югославянской нации. Упомянутые народы объединились бы в демократическое конфедеративное государство в рамках национальной автономии, очерченной Отто Бауером и Карлом Реннером.¹

¹ *Istoriski arhiv Komunističke partije Jugoslavije*, tom VI. Beograd 1951, стр. 255—256.

Но представления югославских социал-демократов об осуществлении югославянского единства вскоре изменились. С 7 по 10 января 1910 г. в Белграде состоялась первая конференция балканских социал-демократов. Национальной проблемой на ней особо не занимались, но вскоре после конференции в газетах, на митингах и в парламентских выступлениях одновременно мы встречаемся с новыми социал-демократическими лозунгами: лозунгом федеративной реорганизации Балканского полуострова и формирования югославской федеративной республики.²

Но в ходе последовавших затем событий социал-демократические представления отодвинулись на задний план и в фактическом осуществлении югославянского единства больше уже никакой роли не играли.

С углублением кризиса Австро-Венгерской монархии, особенно во время первой мировой войны, югославянокое объединительное движение окрепло. Центры его возникли в трёх местах.

Правительство Сербии ещё до начала первой мировой войны открыто сбъявило, что оно считает Сербию Пьемонтом югославянских народов. 7 декабря 1914 года в своём заявлении, зачитанном в сербской скупщине, оно объявило, что целью войны считает не только защиту Сербии, но и освобождение и объединение сербов и словенцев.³ Собственно говоря, это заявление было официальной декларацией стремления, направленного на создание Великосербии. Такая целевая установка придала отечественной войне Сербии завоевательный, несправедливый характер, потому что ни один из стремящихся к объединению югославянских народов не хотел попасть под господство сербского короля.

Югославянские буржуазные политические деятели, вынужденные эмигрировать, создали в мае 1915 г. в Лондоне Югославянский Комитет (Югославенски Одбор) под руководством хорватского политика Анте Трумбича. Этот Югославянский Комитет поставил целью своей деятельности объединение сербов, хорватов и словенцев в независимое, отдельное от Австро-Венгерской монархии государство.⁴

Группа югославянских депутатов венского Рейхсрата 30 мая 1917 года опубликовала заявление. В этой так называемой Майской декларации группа депутатов от имени югославянских народов, проживающих на территории Австро-Венгерской монархии, выступает с требованием, чтобы все населённые словенцами, хорватами и сербами провинции Австро-Венгрии были объединены в независимое, свободное и демократическое

² Там же, стр. 240, 269 и след. — О вопросе подробнее смотри: V. STRUGAR: *Socijalna demokratija o nacionalnom pitanju jugoslovenskih naroda*, Beograd, 1956, стр. 76 и след., 212 и след.

³ F. Šišić: *Dokumenti o postanku Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca*, Zagreb 1920. стр. 10.

⁴ F. Šišić: Ук. соч., стр. 24—35.

государство. Созданное таким образом югославянское государство оставалось бы в рамках Габсбургской монархии.⁵

20 июля 1917 года на греческом острове Корфу сербский премьер-министр Никола Пашич и председатель лондонского Югославянского Комитета Анте Трумбич подписали совместную декларацию. Корфская декларация определяет создаваемое югославянское государство как конституционное королевство с народным представительством, возглавляемое сербской династией Карагеоргиевичей.⁶

В связи с созданием югославянского единства здесь делается ссылка «на право каждого народа на самоопределение и на то, чтобы он сам заложил основы своей государственной жизни независимости». Однако эта декларация была подписана двумя такими сторонами, ни одна из которых не обладала правом говорить от имени югославян, проживающих на территории Австро-Венгерской монархии, или одной из их партий. В то же время резолюция, принятая в мае 1917 года югославянскими депутатами австрийских провинций, не говорит о принципе самоопределения, а ставит вопрос о создании автономного государства югославян, проживающих на территории Австро-Венгерской монархии, ссылаясь «на национальный принцип и на хорватское государственное право». Эти депутаты начинают подчёркивать принцип самоопределения только тогда, когда в ноябре 1917 г. австрийское правительство садится за стол переговоров о перемирии со страной Советов со стремлением замолчать часть советских предложений, относившуюся к претворению в жизнь принципа самоопределения. Тогда, 1 декабря 1917 г., клуб югославянских, чешских и украинских депутатов в совместном заявлении протестует против опущения принципа самоопределения.⁷

Но постановка вопроса о праве на самоопределение в связи с советскими предложениями ещё не означает, что в то время это право было истолковано уже в советском его понимании. Это выясняется из интерpellации, направленной главе правительства Сейдлеру, в которой 3 декабря 1917 года упомянутые депутаты протестуют против сообщения Сейдлера, согласно которому народы Австрии пользуются уже своим правом на самоопределение и заявляют, что в декларации от 30 мая 1917 г. отчётливо высказано, как они толкуют самоопределение.⁸ В действительности же эта декларация требовала только автономных прав для объединённых югославянских территорий Австро-Венгерской монархии.

Между тем политические деятели, строящие планы и заключающие соглашения над головой и за спиной масс, все более становились вынуж-

⁵ *Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des Österreichischen Reichsrates im Jahre 1917. XXII. Session. Bd. I, стр. 34.*

⁶ F. Šišić: Ук. соч., стр. 97.

⁷ D. Šepić: *Oktobarska revolucija i jugoslovensko pitanje u Austro-Ugarskoj 1917/1918 — Historijski zbornik 1958—1959*, стр. 20.

⁸ *Stenographische Protokolle . . .* Ук. соч. 1917, XXII. Session, Bd. II, стр. 2517.

дены считаться с мнением народных масс. На политический интерес и активность югославянских трудящихся масс сильное стимулирующее влияние оказала февральская революция 1917 года, а Великая Октябрьская социалистическая революция ещё больше усилила их активность.

В интересах того, чтобы приостановить бурное развёртывание народного движения и направить его в русло, соответствующее интересам буржуазии, по инициативе Словенской Католической Народной Партии началось движение по сбору подписей под Майской декларацией, с помощью которого буржуазным партиям удалось привлечь на свою сторону ещё довольно значительные народные массы.

Ссылаясь на право наций на самоопределение, проводили свою деятельность и те югославянские политические деятели Австро-Венгерской монархии, из организаторской работы которых возник в конце концов загребский Национальный Совет, который позднее — с конца октября до 1 декабря 1918 года — исполнял функции правительства отделившихся от Австро-Венгерской монархии югославянских территорий. Первым значительным шагом в этой организационной работе было то, что стоящие на позициях югославянского единства буржуазные политические деятели Хорватии-Славонии, Словении, Боснии и Герцеговины, Далмации, Истрии и принадлежащей к Венгрии Примурской области (Муракёз, — Медюмуре) 2 и 3 марта 1918 г. собрались в Загребе на совещание. На этом совещании была принята резолюция, в которой была выражена мысль о необходимости концентрации всех партий и групп, стремящихся к национальной независимости и к созданию демократического государства словенцев, хорватов и сербов.⁹

Первый организационный шаг в деле осуществления этой концентрации сил был сделан только 16 августа 1918 г., после тяжёлых поражений, понесенных центральными державами на полях сражений. В этот день представители словенских партий создали в Любляне свой Национальный Совет (Narodni Svet — Народни Свет), «как отделение всеобщего национального совета, который будет создан в недалёком будущем в Загребе».

В своём уставе Словенский Национальный Совет, стоящий на основе народного права, заявляет, что «в сферу его деятельности входит обсуждение и принятие решений по всем делам, которые представленными в Национальном Совете признаются общими». А в числе общих дел на первом месте упоминается «работа, проводимая в интересах объединения югославянского народа в самостоятельное государство».¹⁰

Становящееся всё более тяжёлым положение Австро-Венгерской монархии ускорило развитие событий. 5—6 октября 1918 г. в Загребе сфор-

⁹ D. ŠERIĆ: Ук. соч., стр. 43.; «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 4 марта 1918. Сообщение без заголовка.

¹⁰ «Slovenec» от 16 августа 1918 г. — Ustanovitev Narodnega sveta.

мировалось *Народное Вече словенцев, хорватов и сербов*, объявившее себя политическим представительством словенцев, хорватов и сербов, проживающих в югославянских провинциях Австро-Венгерской монархии.¹¹ Но характер «политического представительства» Народного Веча вскоре изменился, и вскоре оно начало рассматривать себя как временное центральное правительство. 19 октября была принята временная конституция и сформирован исполнительный комитет.¹²

Резолюция, принятая на совещании югославянских политических деятелей, состоявшемся 2 и 3 марта 1918 г., «на основе принципа национального самоопределения требует национальной независимости и создания государства словенцев, хорватов и сербов на демократических началах». Сформированное Народное Вече старается обеспечить себе как можно более широкую власть, также ссылаясь на право наций на самоопределение. После обнародования телеграммы Лансинга от 18 октября, а также в результате всё ускоряющегося распада вооружённых сил Австро-Венгерской монархии, хорватский сабор 29 октября 1918 г. принимает резолюцию: «на основе полного национального самоопределения, признанного всеми воюющими державами», он разрывает свои отношения с Австро-Венгрией и провозглашает присоединение Далмации, Хорватии и Словении «к общему, суверенному государству словенцев, хорватов и сербов, формирующемуся на полной этнографической территории этих народов, невзирая ни на какие провинциальные и государственные границы».¹³

Ссылка на хорватское государственное право, ещё в 1917 г. служившее основанием для стремлений хорватских партий к автономии и независимости, уже полностью отсутствует из декларации сабора о независимости, и в качестве единственной юридической основы резолюции выступает принцип национального самоопределения.

II

В 1918 г. австрийское и венгерское правительства видя, что у них нет уже ни надежды на победу над Антантой, ни сил для продолжения войны, стремились при помощи ряда переговоров найти соответствующее своим интересам решение югославянского вопроса.¹⁴ Но борющиеся за объедине-

¹¹ F. Šišić: Ук. соч., стр. 170.

¹² «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 20 октября 1918 г. Objava Narodnog vijeća Slovenaca, Hrvata i Srba.

¹³ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 29 октября 1918 г. — Zaključci hrvatskog sabora; Šišić: Ук. соч., стр. 189—209.

¹⁴ Относительно этих переговоров обширный материал публикует В. Stulli: *Prilozi gradji za historiju jugoslavenskog pitanja 1918 godine. Arhivski vjesnik* II t. Zagreb 1959, стр. 279—333.

ние югославыне в этих переговорах не участвовали. При таких обстоятельствах возникло соглашение, о котором премьер-министр Векерле объявил на заседании совета министров от 1 октября 1918 г. Согласно этому соглашению, «Далмация будет объединена с Хорватией. . . Босния и Герцеговина будут присоединены к странам венгерской святой короны, но позже эти страны сами решат вопрос о том, будут ли они в качестве «корпус сепаратум» присоединены к Венгрии, или же непосредственно к Хорватии-Славонии».¹⁵

Но соглашение и вообще мнение представителей провалившейся политики тогда уже не очень интересовало сторонников югославянского единства. Это отчётливо обнаружилось во время путешествия венгерского премьера Тиса в Хорватию и Боснию в сентябре 1918 г. (прежде всего — в городе Сараево), а немного позже, 17 октября, в том, что югославянские представители Рейхсрата (имперского совета), а также загребское Народное Вече единогласно отвергли кайзеровский манифест от 16 октября, предусматривающий федеративную преорганизацию австрийских провинций, несмотря на то, что этот манифест — из-за сопротивления венгерских господ — не относился ни к Хорватии-Славонии, ни к югославам, проживающим на территории Венгрии.¹⁶

В это время югославянская печать, и в особенности полуофициальный орган загребского Народного Веча «Глас Словенца, Хрвата и Срба», обращали своё внимание главным образом на позицию наследников венгерской правительственной власти — Михая Каройи и окружающих его лиц, а также Оскара Яси.

7 сентября газета «Глас Словенца, Хрвата и Срба» отвечает на статью будущего министра земледелия в правительстве Каройи — Барны Бузы. 5 сентября 1918 г. в связи с польским и югославянскими вопросами Барна Буза в газете «Мадьярорсаг» (=«Венгрия») выразил ту точку зрения, что «Боснию нужно присоединить к Венгрии» и что Хорватия, Далмация и Босния не должны быть связаны друг с другом, а каждая из этих трёх стран должна являться отдельным союзным государством Венгрии. На основе этой статьи загребская газета приходит к выводу, что такая позиция «иллюстрирует всеобщее венгерское понимание вопроса и доказывает, что демократизм партии графа Каройи ничем не современнее демократизма графа Тиса».¹⁷ Хотя мы и не намереваемся сравнивать взгляды руководителей венгерской буржуазно-демократической революции на национальный вопрос со взглядами графа Иштвана Тисы, мы должны отметить, что в Загребе с преувели-

¹⁵ Országos Levéltár (Государственный архив Венгрии. В дальнейшем: Гос. архив. Протоколы заседаний Совета Министров. Протокол № 30, от 1 октября 1918 г. пункт 15)

¹⁶ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 18 октября 1918 г. — Naše stanovište prema manifestu, а также от 20 октября: Objava Narodnog Vijeća Slovenaca, Hrvata i Srba.

¹⁷ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 7 сентября 1917 г. — Madjarska logika.

ченной остротой нападали на партию графа Каройи, не учитывали её замыслов, направленных на осуществление мирного, союзного сосуществования наций юго-восточной Европы и являющихся намного более прогрессивными, демократическими, чем политика венгерских правительств эпохи дуализма. С положениями Барны Бузы ни Каройи, ни Яси не согласились. Они никогда не подвергали сомнению право Хорватии-Славонии на самоопределение, отделение и независимость.

Месяц спустя та же самая газета подвергает критике позицию Михая Каройи и Оскара Яси, потому что часть «уильсонских принципов» о самоопределении народов те принимают лишь «условно», то есть «только при условии, если они не затрагивают территориальной неприкосновенности Венгрии»¹⁸.

Факты в действительности показывают, что Каройи и Яси, желавшие спасти Венгрию от разорения в результате войны, на основе 14 уильсонских пунктов, толковали принцип самоопределения по отношению к Венгрии диаметрально противоположно тому, как самоопределение толковалось сторонниками югославянского единства.

В принципе Оскар Яси ещё в июле 1918 г. высказался за всеобщее самоопределение югославян в одной статье, где говорилось: «Нет иного серьёзного и окончательного решения югославянского вопроса, как то, которое обеспечивает для югославянской культуры соответствующее существование в рамках особого государства, национальное самоопределение в её естественных географических и исторических пределах.»¹⁹

Но из этой же статьи выясняется и то, что «государственный быт» он отводил только югославянам, проживающим за границами Венгрии.

«Единственный кажущийся серьёзным аргумент, — пишет Яси — против стремления югославян к единству тот, что после формирования нового государства ирредентический жар сербов в Венгрии будет ещё больше усиливаться. Но для такой тревоги не имеется никакого реального основания. Наши сербы уже настолько глубокими узами связаны с венгерской экономической и культурной жизнью, что у них нет никакой причины для нарушения этой, весьма выгодной также и для них солидарности при условии осуществления двух требований. Одно из них — честная политика в Венгрии по отношению к национальным меньшинствам. Другое — возможность свободного экономического и культурного сообщения с представителями определённой национальности. Вот ставка, являющаяся в то же время ключом для решения румынской проблемы. . .»²⁰

Парадоксальность всей политики Оскара Яси по отношению к югославянским национальностям (газета «Глас Словенаца, Хрвата и Срба» на-

¹⁸ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 9 октября 1918 г. — *Madjari i samoodredjenje*,

¹⁹ O. Jászai: *A délszláv krízis* (Югославянский кризис). В журнале «*Huszadik század*», июль-август, стр. 50.

²⁰ Там же, стр. 52.

зывала её трагикомедией) содержится в следующих словах, где изложена сущность его программы — сентябрь 1918 г. — по вопросу о югославянских национальностях: «Что касается югославянского вопроса, подлинное венгерское политическое искусство может стремиться только к одному: осуществить югославянское единство без ущемления территориальных интересов страны, таким образом, чтобы все наши трезвые интересы на Адриатическом море, на Балканах и в тарифной политике были сохранены, и более того, чтобы такое разрешение вопроса способствовало их наилучшему осуществлению.»²¹

Осуществить югославянское единство «без ущемления территориальных интересов» Венгрии, при экономической пользе для неё было невозможно. Ведь небольшие группы всех трёх стремящихся к объединению югославянских народов проживали в качестве национальных меньшинств вдоль южной границы Венгрии, на землях, прилегающих к зарубежным территориям, населённым сербами, хорватами и словенцами, на этих территориях Венгрии большинство населения состояло из югославян. Поэтому право наций на самоопределение, признанное, как мы видели, и Яси, и Каройи, толковалось югославянами в том смысле, что территории Венгрии, населённые югославянами, также присоединятся к складывающемуся югославянскому государству.

Следовательно, Оскар Яси взял на себя осуществление такого права на самоопределение, когда принял портфель министра национальностей, по официальному названию, портфель «уполномоченного министра по подготовке осуществления права на самоопределение проживающих в Венгрии народов».

Какими же средствами желал решить свою задачу Оскар Яси?

Самые существенные пункты его взглядов на национальности, с точки зрения практических потребностей данной ситуации, заключаются в следующем:

Национальный вопрос можно решить путём применения автономии в областях местного управления и культуры. «Решение национального вопроса имеет два условия «синэ ква нон». Одно из них — хорошая школа, хорошая администрация, хорошее правосудие на языке народа. Другое — признание права каждой национальности на свободное развитие своего языка, своей культуры. Вот что я называл минимальной программой по отношению к национальностям, и я утверждаю, что это соответствует одновременно и минимальной социальной программе.»²²

Ещё точнее были изложены им подобные взгляды в статье, написанной октября 1918 г., когда он выдвинул как одно из условий прочного мира

²¹ O. Jászai: *A reálpolitika csődje* (Провал реальной политики). В газете «Világ» от 22 сентября 1918 г.

²² O. Jászai: *A nemzeti államok kialakulása és a nemzetiségi kérdés* (Образование национальных государств и вопрос о национальностях). Будапешт 1912, стр. 497.

«установление национальной автономии в областях культуры и местного управления, на самых широких основах (в духе концепции Кошута—Реннера)».²²

По мнению Оскара Яси: «Венгрия без Хорватии-Славонии составляет как исторически, так и географически и экономически прочное и нерушимое единство. Естественная экономическая и культурная гегемония венгров была бы способна установить здесь спокойную и успешную кооперацию с другими национальностями страны...», и далее: «...мы не хотим создать отдельные федеративные государства на территории собственной Венгрии... , потому что реальных предпосылок такой системы, а именно: географическая и экономическая раздробленность, продолжительное существование исконных общественноправовых территориальных автономий, государственное сознание нескольких наций, — в Венгрии нет. Вся моя работа построена на основе исторических политических фактов, против националистической атомизирующей концепции национального принципа.»²⁴

Для полноты изложения следует добавить, что Оскар Яси представлял себе интегральную Венгрию в качестве члена конфедеративного государственного союза. Оценивая его планы, мы должны были бы принять во внимание, конечно, именно это как центральную и самую значительную цель. Но наша задача состоит в рассмотрении исторических событий, и поэтому, хотя, быть может, мы и признаём субъективную благонамеренность Оскара Яси, а также привлекательность его конфедеративного плана, мы не можем принять последний во внимание как способ решения проблемы национальностей, проживающих в Венгрии, точно так же, как и история, которая оставила его полностью без внимания.

Взгляды Оскара Яси на вопрос о национальных меньшинствах в неизменном виде нашли своё выражение в 5-м пункте манифеста Венгерского Национального Совета, где были сформулированы следующим образом:

«Надо немедленно обеспечить право на самоопределение для всех невенгерских народов нашей страны в смысле уильсонских принципов, руководствуясь надеждой, что территориальная целостность Венгрии этими принципами не только не будет подвергнута опасности, но и получит ещё более прочные основы.» В дальнейшем манифест метко определяет, что под самоопределением народов он подразумевает «установление национальной автономии в областях культуры и местного самоуправления».²⁵

Программа Венгерского Национального Совета по отношению к национальностям производит почти такое впечатление, будто эта коллегия,

²³ O. JÁSZI: *Az egyetlen út* (Единственный путь). В газете «Világ» от 8 октября 1918 г.

²⁴ O. JÁSZI: *Magyarország jövője és a dunai egyesült államok* (Будущее Венгрии и дунайские объединённые государства). Будапешт 1918, стр. 28 и 52.

²⁵ В газете «Népszava» от 26 октября 1918 г. *Magyarország népéhez!* (К народу Венгрии!)

которая собиралась взять на себя спасение Венгрии от катастрофы военного разгрома, сначала не отдала себе полного отчёта о тяжести вопроса национальностей в Венгрии, собираясь осуществлять принцип самоопределения — с признанием независимости Хорватии — на основе территориальной целостности Венгрии. Ещё больше усиливается такое впечатление тем, что Михай Каройи, излагая свою программу на первом заседании правительства, ни словом не упомянул о проблеме национальностей.²⁶

Начиная с ноября 1918 г. указанная выше программа относительно национальностей постепенно изменялась в политике буржуазно-демократического правительства, и только стремление к сохранению территориальной целостности страны оставалось неизменным. В интересах этого правительство Каройи и Беринкеи становилось склонным ко всё большим уступкам и было согласно на предоставление всё более широкой автономии.

Как видно из всего сказанного, по вопросу о югославянских территориях Венгрии загребское Народное Вече и Венгерский Национальный Совет занимали совсем противоположные позиции, несмотря на то, что обе стороны ссылались на «уильсонский» принцип самоопределения.

Нет никаких сведений о том, чтобы в интересах преодоления разногласий две стороны вели между собой какие-нибудь серьёзные переговоры. В середине ноября они послали друг к другу дипломатические представительства, деятельность которых не содействовала сближению противоположенных позиций.

Правительство Каройи 9 ноября послало в Загреб дипломатическую миссию из четырёх членов во главе с уполномоченным министром Аладаром Баллой, бывшим губернатором (фёишпаном) города Уйвидек, а затем комитата Бач-Бодрог.

По поводу визита Аладара Баллы, нанесённого в целях знакомства, вице-президент загребского Народного Веча Светозар Прибичевич подчеркнул в своей ответной речи, что «на основе наших национальных стремлений и принципов национального самоопределения Государство словенцев, хорватов и сербов должно включить в себя полную этнографическую территорию нашего народа».²⁷

В ходе беседы с венгерским уполномоченным министром вице-президент Народного Веча недвусмысленным образом дал понять, что говоря об этнографической территории, он имел в виду югославянские территории Венгрии, поскольку он заговорил о кровавых событиях объявленного против хорватов Примурской области осадного положения. Аладар Балла выразил сожаление и готовность своего правительства к рассмотрению дела.²⁸

²⁶ Гос. архив. Протоколы заседаний Совета Министров от 31 октября, пункт 1.

²⁷ F. Štšić: Ук. соч., стр. 245.

²⁸ Там же.

Но в существенных вопросах большего не было достигнуто. После нескольких дней пребывания в Загребе, не достигнув никаких результатов, Аладар Балла вернулся в Будапешт и доложил правительству, что считает ненужным своё дальнейшее пребывание в Загребе в качестве венгерского посланника.²⁹

III

Воеводина, Примурская область и Словенская область представляли собой те наиболее плотно населённые югославянами территории, государственная принадлежность которых была поставлена под вопрос и которые в конце концов по окончании первой мировой войны были присоединены к Югославии.³⁰ Правда, сербская буржуазия хотела бы приобрести себе и города Печ и Байя вместе с их окрестностями, сторонники же создания чехословацко-югославского корридора, главным образом с чешской стороны, претендовали также на пограничную зону на Западе Венгрии, спорадически населённую хорватами, но югославянское население находилось на всех этих территориях в таком небольшом количестве, что ни право наций на самоопределение, ни этнографический принцип не могли служить в качестве серьёзного правового основания для таких требований.

В 1861 г. сербский национальный церковный съезд относил к Сербской Воеводине Срем из восточной части Хорватии-Славонии, с территории же Венгрии часть Бачки, расположенную к югу от канала Дунай-Тисса, а также часть Баната, распространяющуюся до реки Марош и до города Темешвар.³¹ Но к концу первой мировой войны географическое понятие «Вое-

²⁹ Гос. архив. Протоколы заседаний Совета Министров от 21 ноября 1918 г., пункт 4.

³⁰ Хотим категорически заявить, что концепция нашей статьи самым решительным образом противостоит всем венгерским ирредентическим работам, написанным в период между двумя мировыми войнами с целью оправдания ревизионистских территориальных требований режима Хорти. Поэтому что касается отдельных подробностей, мы не polemизируем с лженаучными мнениями, подчёркивавшими исторические права венгерского народа на эти территории и утверждавшими будто словенцы и хорваты, проживавшие в Венгрии, ничего общего не имеют со словенской и хорватской нациями, или же отказывавшими сербам Воеводины в праве на самоопределение, рассматривая их как иммигрантов, как впущенных гостей. Наиболее известными из таких работ, посвящённых обсуждаемой в статье теме, являются:

I. PROKOPY: *A magyarországi szerb nemzetiség helyzete az uralomváltásig.* — *Kisebbségi Közlöny* Положение сербов в Венгрии до перемены режима. Восьмой год издания, № 2, 3, 4, от марта, мая-июля 1944 г., стр. 83—91 и 192—206. dr. J. LÁPOSI (HALLER): *Igazságot Muraköznek!* (Справедливость Примурской области) Будапешт 1938, стр. 87. S. MIKOLA: *A vendség múltja és jelene* (Прошлое и будущее вендов). Будапешт, 1928, стр. 46. J. MELICH—S. MIKOLA: *A vend kérdés* (Вендский вопрос). — *A magyar béketárgyalások* (Вендские мирные переговоры). Том 1., стр. 396—399. J. MELICH—S. MIKOLA: *Quelques remarques sur la brochure intitulée: «La question du Prekomurje étudiée et présentée par M. Slavič.»* Будапешт 1919, стр. 15.

³¹ Az 1865. évi december 10-ére hirdetett országgyűlés képviselőházának irományai (Документы палаты представителей Государственного собрания, созванного к 10 декабря 1865 г.) Будапешт том 2, стр. 258—261.

водина» распространили также на среднюю территорию комитата Бач с городами Суботица (Сабадка) и Байя, а также на часть комитата Баранья с городами Печ и Мохач. О Среме в это время отдельно уже не говорилось.

Территория Бачка—Банат—Баранья, присоединённая наконец к Югославии, охватывает всего 7382 км². Её население, — по подсчётам, произведённым на основе данных переписи населения в 1910 г., — показывает нам следующий национальный состав:³²

все население	1 350 477
из этого:	
сербы	383 198, т. е. 28,3%
буневаци, шокацы, хорваты	71 708, т. е. 5,2%
другие славяне	58 051, т. е. 4,2%
венгры	441 787, т. е. 32,6%
немцы	311 162, т. е. 23,7%
румыны	71 788, т. е. 5,2%
Остальные почти 0,8% указаны под рубрикой «прочие».	

Поскольку эта статистика 1910 г. справедливо считается искажающей действительность в пользу венгров, мы приводим югославскую статистику, впадающую в другую крайность.

Национальный состав населения Воеводины по данным югославской переписи 1921 г. показывает следующую картину:³³

все население	1 380 413
из этого:	
сербо-хорваты	503 435, т. е. 36,4%
другие славяне	74 977, т. е. 5,5%
венгры	379 740, т. е. 27,5%
немцы	328 341, т. е. 23,7%
румыны	73 938, т. е. 5,3%

Остальные 1,6% составляют смешанную группу, большинство которой представляют евреи.

Мы не можем сомневаться в том, что у большинства сербов Воеводины уже во время первой мировой войны жила мысль о присоединении к Сербии. Сербскую мелкую и среднюю буржуазию влекла к Сербии большая свобода в осуществлении экономической карьеры и стремление к монополии на рынках Воеводины, сербскую интеллигенцию — большая возможность найти своё место в жизни, бедное крестьянство — надежда на раздел земли, а среднее и богатое крестьянство — пример капиталистического развития сельского хозяйства в Сербии.

³² С. А. MACARTNEY: *Hungary and her successors*, Oxford University Press 1937, стр. 381.

³³ St. STAJONEVIĆ: *Narodna enciklopedija srpsko-hrvatsko-slovenačka*, IV. knj. стр. 1144.

Однако было бы трудно сказать, с каких пор можно говорить о сознательном желании сербов, проживающих в Воеводине, присоединиться к Сербии. Для этого нет никаких надёжных письменных документов периода, предшествовавшего первой мировой войне.

Во всяком случае, реальная основа для стремлений к присоединению к Сербскому королевству появилась, вероятно, к началу XX столетия. Формированию реальной основы для присоединения к Сербии, наряду с всеобщим развитием сербской буржуазии и сербского государства, содействовали также вступление на престол про-русского и про-французского Петара Карагеоргиевича в 1903 г., успешно законченная таможенная война с Австро-Венгерской монархией, кризис, последовавший за аннексией Боснии и Герцеговины, и в связи с этим вспышка сербского национализма, а затем укрепление веры в освободительную миссию Сербии вслед за сербскими успехами в балканских войнах.

Но такое желание присоединения к Сербии не проявлялось ни в какой практической политической деятельности до тех пор, пока распад Австро-Венгерской монархии стал действительностью и пока вооружённые силы Сербии начали военную оккупацию Воеводины.

От мысли об автономной Воеводине сербы никогда не отказывались, даже в тяжёлых сражениях с венгерскими правительствами, проникнутыми мыслью о едином национальном государстве. Лучшим доказательством этого является половинчато осуществлённая в ноябре 1918 г., позже уничтоженная стремящимся к централизации королевским правительством в 1919 г., и вновь воскрешённая в 1944 г. автономная Воеводина.

Относительно вопроса о послевоенной государственной принадлежности Воеводины тогдашние сербские политические деятели, — даже самые нетерпеливые, националистически настроенные радикалы, — занимали позицию выжидания.

Приблизительно за три месяца до окончания первой мировой войны работающий за границей Югославянский Комитет послал курьера в г. Уйвидек к радикальным руководителям с призывом вызвать среди сербов хоть маленькие беспорядки. Достаточно, если бы 50—60 более-менее авторитетных сербов попали в тюрьму, вся Европа говорила бы об этом. Таким образом они стремились доказать нетерпимость положения сербов в Венгрии. Сотрудничавший с сербским правительством Югославянский Комитет хотел таким путём поддержать законность притязаний складывающегося югославянского государства на Воеводину. Курьер ссылался и на сербского премьера Пашича, якобы придерживающегося такого же мнения. Яша Томич и радикальные руководители ствергли этот призыв и не были склонны начать никакой акции.³¹

³¹ Событие описывает J. Томич: *S kim ćemo i kuda ćemo?* Novi Sad, без года издания, стр. 24—26.

Сербы Воеводины в первый раз только к концу войны, 12 октября 1918 г., высказались о своих национальных стремлениях.

Собираясь принять власть, граф Михай Каройи вёл переговоры с представителями политических партий не-венгерских народов. Со стороны Сербской радикальной партии переговоры с Каройи вёл Хаджи Коста, который потом сделал заявление перед журналистами. В своём заявлении он говорил тоном полнейшей лояльности о сербских жалобах, средства для ликвидации причин которых Каройи пообещал испросить у короля. Хаджи Коста от имени сербов, проживающих в Венгрии, заявил: «У нас нет сепаратистских стремлений.»³⁵

Мы далеки от намерения делать из заявления Хаджи Коста далеко идущие выводы относительно сербов в Венгрии, а так же относительно Сербской радикальной партии. Однако нет сомнения в том, что нельзя оставить без внимания такое заявление, сделанное перед представителями центральной печати радикальным руководителем, ведущим важные переговоры от имени руководства партии. Заявление Хаджи Косты указывает на то, что среди руководителей Радикальной Партии (по крайней мере среди политических деятелей, находившихся в то время в городе Уйвидек), были в большинстве те, кто думали осуществить процветание проживающей в Венгрии сербской буржуазии и мелкой буржуазии в рамках демократизирующейся Венгрии.

Но упомянутое заявление вызвало такое возбуждение, которое, очевидно, принудило этих радикальных руководителей к коренному пересмотру своих позиций. Это выразилось в первую очередь в Загребе, в тогдашнем легальном центре югославянского движения единства. В газете «Глас Словенаца, Хрвата и Срба» был опубликован ответ, поступивший в редакцию газеты из города Уйвидек. В этом ответе, между прочим, говорилось: «В течение всей нашей жизни не было и нет в этой стране, называемой Венгрией, ни одной точки, которая связывала бы нас, сербов, с Венгрией... Пусть мир поверит нам, что Хаджи одинок в своём убеждении.»³⁶

В то же время ответ не говорит о том, чего же хотят, собственно говоря, сербы, проживающие в Венгрии. То же самое относится и к статье, напечатанной в вышеуказанной газете еще в день переговоров Хаджи Косты и Каройи в полученной из города Новисад корреспонденции под заглавием «Почему молчит Воеводина?».

Автор статьи пишет о том, что сербские газеты, книги, брошюры не могут издаваться, сербские «писатели и политические деятели вынуждены молчать, если они не хотят попасть в тюрьму». Эта статья тоже подчёркивает,

³⁵ «Переговоры Михая Каройи с сербами, проживающими в Венгрии». В газете «Népszava» от 13 октября 1918 г.

³⁶ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 23 октября 1918 г. — Srbi iz Ugarske i samoodredjenje naroda.

что нет серба, выступающего за «венгерское» решение проблемы, но вместо ясного мнения в статье содержится только туманный намёк на то, что «наименование государства, его внутренний строй и подобные вопросы сегодня являются ещё несвоевременными».³⁷

Несомненно, в обходе ясной позиции скрывалось в это время желание присоединиться к Сербскому королевству, но говорить об этом было ещё несвоевременно. Загребское Народное Вече, под руководством словенской и хорватской буржуазии в то время ставило своей целью только объединение всех югославянских территорий Австро-Венгерской монархии, но об объединении с Сербией оно решения ещё не приняло.

Мы уже указали на то, что сербы в Воеводине в октябре 1918 г. ещё не имели связи с загребским Народным Вечем. Не имели не только связи с ним, но и представительства там: до конца октября они были не в состоянии создать в самой Воеводине какую-нибудь организацию, призванную к руководству.

27 октября 1918 г., сербские политические лидеры собрались в городе Сабадка на своё первое совещание. Там были обсуждены первые задачи, стоявшие перед сербским движением. Всего шестеро представителей из городов Уйвидек, Зомбор, Велика Кикинда и Сабадка приняли участие в этом совещании. Среди присутствовавших был и руководитель Радикальной партии Яша Томич. Хотя совещание было проведено в Суботице, в центре буневацев, ни один буневацкий депутат не был приглашён, в знак проявления того недоверия, о котором газета «Глас Словенаца, Хрвата и Срба» писала уже в упомянутой статье.

Совещание в Сабадка ни к какому конкретному результату не привело. Участники совещания условились о том, что в соответствующее время сербы Воеводины будут призваны установить местные сербские национальные советы.³⁸ Но организация сербских буржуазных и мелкобуржуазных элементов в национальные советы последовала лишь за революционным движением народных масс.

Революция, вспыхнувшая в конце октября 1918 г., в Воеводине тоже пошатнула органы государственной власти.

Как повсюду в Венгрии, революционные движения трудовых масс и в Воеводине носили в основном социальный характер. Но ненависть к ростовщикам, торговцам, землевладельцам и кулакам связывалась с проявлениями недовольства против местных органов власти, терзавших народ реквизициями. И это обстоятельство придавало движению в местах, населённых невенграми, характер национального движения, направленного против венгерской государственной власти.

³⁷ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 12 октября 1918 г. — *Zašto Vojvodina čuti?*

³⁸ *Spomenica oslobodjenja Vojvodine* (в дальнейшем: *Spomenica*), 1918 г. Новисад. 1929, стр. 31., Р. РЕКИЋ: *Povijest oslobodjenja Vojvodine*, Subotica 1939, стр. 96—97.

Повсюду в Воеводине сербская буржуазия начинала активизироваться только после народного движения, увидев, что её имущество подвергнуто опасности, тогда, когда её принуждали к этому непосредственные материальные интересы. Но в этот момент она выступает против венгерских властей уже с притязанием на государственную власть, подчёркивая сербские национальные интересы, потому что буржуазия заметила, что венгерские власти уже не в состоянии применять репрессивные меры против выступлений народных масс, ибо они обращались за помощью именно к ней, к сербской буржуазии. Смелость её в огромной степени возросла с появлением слухов об условиях перемирия, переданных 7 ноября Франше д'Эспре, главнокомандующим вооружёнными силами Антанты на Балканах, Михаю Кароюи в Белграде. Эти условия предусматривали военную оккупацию территории Воеводины.

В городе Новисад 3 ноября сформировался Сербский Национальный Комитет. (Он назывался не советом, а комитетом.) Первым его мероприятием после формирования было обращение с призывом к сербам, проживающим в Воеводине. В этом призыве новисадский — собственно говоря местный — Сербский Национальный Комитет взял на себя обязательство помогать сербам и другим югославянам, проживающим на территории Венгрии, в том, чтобы они добились своих прав на основе принципа самоопределения наций. Комитет хочет добиться этой цели при помощи издания политической газеты на сербском языке, а также созывом «свободно избранной сербской народной скупщины», которая «будет в состоянии решить вопрос о подлинной воле сербского народа».³⁹

Правда, из призыва ещё не обнаруживается, какого решения добывается Сербский Национальный Комитет, но мы можем быть уверены в том, что используя выгодные для сербов соотношения сил, комитет как можно скорее хотел заставить какую-то избранную коллегию принять выгодное для сербов решение, ссылаясь на право наций на самоопределение. Не может быть случайным, что в призыве не говорится ни о какой территории, в нём ни Воеводина, ни Бачка-Банат, ни Баранья не упоминаются. Правда, он хотел вовлечь в работу и представителей других югославян (буневацев, шокацев, хорватов), но никакого сомнения о его намерениях не оставляет тот факт, что в нём ни словом не упоминается об интересах не-югославянских народов, проживающих на этой с этнической точки зрения очень пёстрой территории, а так же о необходимости согласования интересов разных народов. Но поскольку нельзя было совсем обойти молчанием этот вопрос, призыв содержит и следующее предложение, заранее исключаящее всякие существенные переговоры или сотрудничество: «Этот комитет по необходи-

³⁹ Газета «Sloboda» от 6 ноября 1918 г. — Proglas Srpskog Narodnog Odbora u Ugarskoj.

мости может вести переговоры и с представителями других народов, но не может отклоняться от зафиксированных в призыве соглашений, а также ни к чему не может обязываться».⁴⁰

Цель, которая в призыве новисадского Сербского Национального Комитета от 3 ноября не отмечается подробнее — вопрос о государственной принадлежности этнографически смешанных территорий, населённых отчасти и сербами — являлась в это время даже на высшем югославянском уровне ещё нерешённым вопросом. Как мы видели, загребское Народное Вече заявило свои притязания и на территорию Банат, Бачка и Баранья, но фактически не предпринимало ни малейшей попытки к тому, чтобы распространить свою и без этого слабую власть на перечисленные районы. Между тем Сербия также старалась подчинить своей власти территории Банат, Бачка и Баранья.

Для Воеводины, конечно, не могло быть безразличным, станет ли она в едином югославянском государстве частью Сербии или государства словенцев, хорватов и сербов (Хорватии-Славонии), или же будет самостоятельной, автономной, быть может, федеративной территорией. Существовала и такая, последняя возможность, ведь загребское Народное Вече в указании, данном своим депутатам, уезжающим в Белград, требует формирования федеративной Югославии, а среди семи союзных территорий Банат, Бачка и Баранья перечисляются как отдельные единицы.⁴¹

Югославыне Воеводины должны были бы с радостью поддержать решение загребского Народного Веча, ведь с точки зрения национально пёстрой территории, где ни один народ не обладал абсолютным большинством, самое лучшее решение было бы именно то, если бы она как федеративная или автономная единица могла присоединиться к складывающемуся югославянскому государству.

Положение для жителей Воеводины было благоприятно и потому, что признающая территориальную независимость резолюция загребского Народного Веча возникла после того, как сербское правительство 8 ноября признало загребское Народное Вече в качестве законного правительства сербов, хорватов и словенцев, проживающих на территории Австро-Венгерской монархии, и сообщило об этом правительствам держав Антанты.⁴²

Конечно, мы не думаем о том, будто бы всё население Воеводины, независимо от своей национальной принадлежности, имело возможность большинством голосов решать, желает ли оно принадлежать к Венгрии или к югославянскому государству, может быть, отчасти к Румынии. События, и особенно мирные переговоры в Париже, доказывают, что здесь никто не хотел спросить мнение всего населения, несмотря на бесперывные ссылки

⁴⁰ Там же.

⁴¹ F. Šišić: Ук. соч., стр. 276.

⁴² F. Šišić: Ук. соч., стр. 233.

на самоопределение. Государственная принадлежность Воеводины была решена на основе существовавшего соотношения сил. Зная последующие события, учитывая безудержные централизационные стремления сплотившейся вокруг короля и сербской буржуазии, невероятно и то, чтобы Белград уважал волю большинства югославян Воеводины, если бы это большинство высказалось за принадлежность к Хорватии или же за федеративную Воеводину. Дело только в том, что представители славянского населения Баната, Бачки и Бараньи могли бы высказать своё мнение о том, желает ли населённая им территория присоединиться к складывающемуся югославянскому государству как часть Хорватии или Сербии или же как автономная территория.

Сербские политические лидеры Воеводины в середине ноября 1918 г. не были ещё едины и решительны в вопросе присоединения к Сербии. Ваца Стаич описывает в 1928 г. нежелание подавляющего большинства членов Сербского Национального Комитета непосредственно присоединиться к Сербии следующим образом:

«В Национальном Комитете шла борьба вокруг вопроса, должна ли пойти Воеводина в объединение вместе с Хорватией, Далмацией, Боснией и Герцеговиной или же должна пойти прямо в объятия нашей матери — Сербии. Совещание из 50 человек приняло первый путь. Компромиссное решение этого же совещания (что Воеводина должна присоединиться к Сербии и Черногории через Загреб, но в том случае, если загребское Народное Вече не заключит договор об объединении, Воеводина присоединилась бы прямо к Сербии) мы все приняли, за исключением двух присутствовавших.»⁴³

Сомнительно, чтобы вышеуказанная позиция сербских политических лидеров базировалась на размышлениях, будто Воеводина из-за своего смешанного населения не должна слиться с Сербией, а должна присоединиться к югославянскому государству в качестве самостоятельной территории с возможно более широкой автономией. Намного вероятнее, что в решении нашла своё выражение боязнь сербской буржуазии Воеводины того, что в случае присоединения к Сербии она сможет попасть из огня да в полымя: вместо венгерского экономического гнёта она получит взамен гнёт Сербии, и рынки Воеводины, на которых она сама хотела бы добиться господствующего положения, приобретёт буржуазия Сербии. Сбылось то, на что царский посланник в Сербии князь Трубецкой указал ещё в своём докладе от 15 января 1915 г., направленном министру иностранных дел Сазонову:

«Гравитация отдельных частей Австро-Венгрии к Сербии была обусловлена до войны, без сомнения, ненавистью к венскому правительству. В момент, когда последнее исчезнет с арены, вместо гравитации к Сербии

⁴³ *Spomenica*, стр. 158.

возникнет характерное для всякого племени и всякой территории стремление к упрочению собственной самостоятельности.»⁴⁴

Подобно позиции новисадского Сербского Национального Комитета темешварский Сербский Национальный Совет, работающий совсем независимо от первого и не имеющий с ним долгое время никакой связи, вначале также не выступал за присоединение к Сербии. Наоборот, он искал связи с Загребом и следовал политическому курсу загребского Народного Веча.

Вице-президент темешварского Сербского Национального Совета Младен Пилич заявил на учредительном народном собрании (31 октября 1918 г.), что «наши требования содержатся в обращении загребского Народного Веча», провозгласившем установление независимого государства на населённых югославянами территориях Австро-Венгерской монархии.

1 и 4 ноября Совет принимает резолюцию, согласно которой нужно попросить командование вооружённых сил Антанты на Балканах оккупировать Банат и восстановить там порядок. Мысль о призыве сербских войск даже не возникает. Дело можно, конечно, представить и так, что войска Антанты призывались с задней мыслью, что Банат будет оккупирован в действительности войсками Сербского королевства и будет присоединён к Сербии. Но такому предположению противоречит решение Совета от 3 ноября, согласно которому одного из членов Совета отправят в Загреб для ориентации. Но особенно противоречит такому предположению решение Совета от 4 ноября, в котором «признаётся полная и исключительная компетенция загребского Народного Веча» по всем вопросам, касающимся сербов и хорватов, проживающих на юге Венгрии.⁴⁵

В протоколе темешварского Сербского Национального Совета нигде не говорится о сопротивлении Загребу и о желании принадлежать к Белграду. Наоборот! Наряду с завязыванием отношений с Загребом и признанием компетенции загребского Народного Веча нигде не говорят о Белграде, о Сербии, в то же время говорят о принадлежности к Загребу 10 ноября, когда авангарды продвигающихся вперёд сербских войск стояли уже в окрестностях города.

Протокол темешварского Сербского Национального Совета содержит достоверные данные и относительно того, какую позицию занимал этот Совет в отношении стремлений Оскара Яси обеспечить территориальную целостность Венгрии путём непосредственных переговоров с не-венгерскими народами, путём соглашения с ними.

Вопрос в первый раз возник в Сербском Национальном Совете 7 ноября. Организованный доктором Отто Ротом Банатский Национальный Совет хотел вынести принципиальное решение о том, что он поддерживает политику,

⁴⁴ dr. A. MANDIĆ: *Fragments za historiju ujedinjenja*, Загреб 1956, стр. 120—121.

⁴⁵ Сообщает В. НРАВАК: *Zapisnik Temišvarskog narodnog veća*, Zbornik Matice Srpske, 1955/10, стр. 78, 80, 81, 83.

направленную на сохранение территориальной целостности Венгрии. В этой связи темешварский Сербский Национальный Совет занял следующую позицию:

«Сербское население Венгрии в изменениях, происшедших до сих пор в политической жизни Венгрии, не видит достаточной гарантии для того, чтобы право народов на самоопределение осуществлялось согласно принципам, намеченным президентом Соединённых Штатов Америки Уильсоном. Происшедшие до сих пор изменения являются лишь мелочами, но народы Венгрии желают обеспечить своё национальное существование институционно. Сербы не могут высказаться за территориальную целостность Венгрии, потому что только великосербское национальное собрание, созданное со всей территории Венгрии, имело бы право высказаться в таком смысле, но оно имело бы право занять и диаметрально противоположную позицию.»⁴⁶

Три дня спустя, 10 ноября, вице-президент темешварского Сербского Национального Совета Младен Пилич выступает с докладом о своих переговорах с полномочным министром Яси, проведённых уже при таких обстоятельствах, когда продвигающиеся вперёд сербские войска приблизились к городу. По-видимому, это обстоятельство решающим образом содействовало тому, что противореча своей сдержанной позиции, проявленной всего 3 дня тому назад, в тот день он уже решительно высказался за разрыв с венграми. Заявление Младена Пилича, единогласно одобренное членами Совета, во всяком случае свидетельствует о том, что представитель министра Яси встретил категорический отпор со стороны сербов Темешвара уже за 2—3 дня до переговоров с румынами в городе Арад.⁴⁷

Позиция, занятая сербами Темешвара, естественно не является мнением всего сербского населения Венгрии. Но зная ход событий, мы смело можем сказать, что в это время Оскар Яси получил бы в основном такой же ответ и от партнера, выражающего волю подавляющего большинства сербов, проживающих в Венгрии.

Несмотря на то, что среди буневачев, живущих в Бачке, до первой мировой войны никакого югославянского движения не было, большие национальные движения 1918 г. вызвали беспокойство и там. В городе Сабадка 31 октября сформировался единый национальный совет. Приглашены были в совет также представители буневачев и сербов.⁴⁸ Внешне казалось, что в городе Сабадка, где жили десятки тысяч буневачев, в первые дни ноября 1918 г. никакой проблемы национальных меньшинств не было. Но положение сейчас же изменилось, когда стали известными условия перемирия, вручённые генералом Франше д'Эспре. По этим условиям, город Суботица также попадал под оккупацию сербских войск. Представители немного-

⁴⁶ Там же, стр. 85.

⁴⁷ Там же, стр. 87.

⁴⁸ Гос. архив. Протоколы Министерства Национальностей, 1918-VIII-110.

численных проживающих в Сабадке сербов, тяготеющих к Сербии, и представители тянувшихся к Хорватии буневацев подали друг другу руки и 10 ноября сформировали совместный *Буневацко-Сербский Национальный Совет*. На учредительном собрании совета была принята резолюция, в которой говорилось, что буневацы и сербы города Сабадка желают пользоваться правом наций на самоопределение.⁴⁹

Вопрос о принадлежности к Сербии или к Хорватии пока отодвинулся на задний план, и югославыне города Сабадка были охвачены радостью близкого освобождения от национального гнёта. Тщетными оказались все усилия нового венгерского правительственного комиссара доктора Лукача Плесковича, а также руководителя буржуазных радикалов Сабадка, журналиста доктора Эмиля Хаваша в интересах того, чтобы в духе идей Яси убедить буневацев в том, что в демократической Венгрии их положение будет совсем другим.

Настроение в городе, находящемся в эти дни ещё под венгерским господством, очень образно описывается потерявшим все надежды Эмилем Хавашем в письме, направленном к Оскару Яси 12 ноября:

«Буневацы желают наделить Сабадкой Хорватию, а сербы — Серию... Положение венгров в городе совсем пассивное. Никто не знает будущего, все боятся вступления сербских войск, а мы тщетно стараемся создать среди жителей города полное согласие и любовь в духе Яси, потому что предпосылкой такой любви со стороны венгров мог бы служить лишь отказ югославын от намерения оторваться от страны. Но как раз теперь таких шансов нет.»⁵⁰

В тогдашнем центре комитата Бач-Бодрог, городе Зомбор, 4 ноября сформировался особый *Сербско-Буневацкий Национальный Совет*. Этот Совет попал под влияние сербских националистических руководителей и вступил в контакт с новисадским Сербским Национальным Комитетом, но в то же время отверг предложение губернатора комитата Бач доктора Эрне Балоба сотрудничать с Венгерским Национальным Советом. Ввиду этого, про-венгерские буневацы вышли из сербско-буневацкого совета и вместе с другими про-венгерскими буневацкими интеллигентами и землевладельцами образовали 7 ноября особый *Буневацкий Национальный Совет*, высказавшийся за принадлежность к Венгрии.⁵¹

Описанное выше влияние вести об условиях перемирия стало решающей силой тогда, когда сербские войска оккупировали эту территорию.

Оккупация началась седьмого ноября.

Сербское главнокомандование с возможной быстротой стремилось продвинуть вперёд имеющиеся в его распоряжении немногочисленные войска,

⁴⁹ Р. РЕКИЋ: ук. соч., стр. 180.

⁵⁰ Гос. архив. Документы Министерства Национальностей, 1918-VIII-110.

⁵¹ Р. РЕКИЋ: ук. соч., стр. 242—244.

пополняя их состав освобождёнными сербскими военнопленными и сербами из Воеводины, чтобы быть в состоянии выполнять хоть самые необходимые задачи. Причины такой поспешности заключаются в следующем.

Премьер-министр Михай Каройи, правда, принял от генерала Франше д'Эспре 7 ноября в Белграде условия о перемирии, но считая их тяжёлыми, перемирия не подписал, а вернулся домой посоветоваться со своим правительством. Таким образом, состояние войны на южном фронте продолжалось.

Между прочим, первый пункт опубликованных условий о перемирии предусматривал, что гражданская администрация, полиция и жандармерия, а также железнодорожный персонал останутся на своих местах, под руководством венгерского правительства.⁵² Это означало, что, согласно перемирию, оккупируемая территория юридически продолжает оставаться частью Венгрии и гражданская власть на этой территории осуществляется венгерским правительством. Из-за этого сербское правительство, исходя из того, что на территории, оккупированной своими войсками ещё до подписания перемирия, оно будет вправе осуществлять власть в качестве завоевателя, стремилось как можно скорее довести свои войска до демаркационной линии.

12 ноября, когда стало общеизвестным, что на следующий день уполномоченный венгерского правительства Бела Линдер приедет в Белград на подписание договора о перемирии, главнокомандующий первой сербской армией Петар Боёвич отдал приказ своим войскам добраться до полудня следующего дня — хотя бы лишь авангардам — до линии Сабадка—Байя.⁵³

Добравшись ещё до подписания перемирия до демаркационной линии не только в Бачке, но большей частью и в Банате, сербские войска распустили организованную местной администрацией национальную охрану и на многих местах сняли с должностей также представителей венгерской администрации.

Приблизительно через неделю после оккупации этих территорий сербское военное командование всюду распустило и разоружило также сербскую национальную охрану, члены которой были слиты в сербские военные части, среди сербов начался рекрутский набор.

Такое мероприятие представило собой органическую часть акции, начатой сербским правительством, которое поставило себе целью путём присоединения Воеводины к Сербии укрепить положение сербского короля и сербской буржуазии в их борьбе за власть со словенской и хорватской буржуазией. Служа этой цели, более авторитетные из сербов родом из Воеводины 11 ноября 1918 г. сформировали в Белграде комитет. На учредитель-

⁵² Текст соглашения о перемирии смотри: J. ВРЕИТ. *A magyarországi 1918/19. évi forradalmi mozgalmak és a vörös háború története* (Революционные движения 1918/1919 гг. в Венгрии и история красной войны). 1. Будапешт 1929, стр. 156.

⁵³ P. РЕКІЋ: Ук. соч., стр. 207.

ном совещании, на котором по поручению сербского правительства присутствовали и министр строительных дел Нинчич, решено было отправить от имени комитета инструкцию уйвидекскому Сербскому Национальному Комитету с тем, чтобы там совещание, состоящее исключительно из узкого круга сербов, ещё до созыва народной скупщины подготовило её резолюцию. Такая резолюция была должна провозгласить, что «Банат, Бачка и Баранья требуют объединения всех сербов, хорватов и словенцев под господством династии Карагеоргиевичей. На случай раздела территории по племенам, Банат, Бачка и Баранья заранее заявляют, что требуют присоединения к Сербии».⁵⁴

Лишённые своих вооружённых сил, сербские национальные советы Воеводины, в первую очередь играющий ведущую роль уйвидекский Сербский Национальный Комитет, в присутствии сербских войск отказались от своих прежних представлений и старались внушённым из Белграда взглядам, выдав их за требования проживающих в Воеводине югославын, придать силу резолюции.

17 ноября 1918 г. уйвидекский Сербский Национальный Совет призвал «всех сербов, буневацев и других славян» к 25-му ноября послать своих депутатов в г. Уйвидек. В общем, от каждой тысячи воеводинских славян могло быть послано по одному депутату, но если в одной деревне жило только двести славян, они тоже имели право избрать депутата. Каждый славянин и каждая славянка, которым исполнилось 20 лет, могли участвовать в избрании депутатов.⁵⁵

Но из-за недостатка времени, — в распоряжении имелось меньше недели, — депутатские выборы оказались лишь формальными. В большинстве мест бывало так, что местные сербские руководители второпях созывали митинг, на котором сообщали о призыве уйвидекского Сербского Национального Комитета, тотчас же вносили имена своих кандидатов, единогласно принимаемых присутствующими.

Новисадская народная скупщина приняла 25 ноября 1918 г. две резолюции. Суть первой из них: резолюция высказывается за присоединение к Сербии. Вторая же резолюция, ссылаясь на право наций на самоопределение, провозглашает отделение Баната, Бачки и Бараньи от Венгрии.

Народная скупщина приняла меры для полной ликвидации венгерской администрации, для захвата власти. Был избран Народный Совет (Народни савет) для правления гражданскими делами территории. Постановления Народного Совета исполнялись Народной управой (Народни управа).⁵⁶

Ссылаясь на решения от 25 ноября, Народная управа сняла по всей Воеводине функционирующих ещё служащих венгерской администрации. Это

⁵⁴ F. ČULINOVIČ: *Jugoslavija između dva rata* I. Загреб 1961, стр. 123.

⁵⁵ *Spomenica*, стр. 41—43.

⁵⁶ *Spomenica*, стр. 163—166.

происходило не везде гладко, в особенности в городах Темешвар и Печ, где это мероприятие смогли осуществить только после длительных проволочек. И это потому, что на местах, где подавляющее большинство населения состояло из венгров, немцев и румынов, сербские войска не могли оказывать на них сильное влияние.⁵⁷

Резолюцией новисадской народной скупщины и мероприятиями, принятыми на основе этой резолюции, собственно говоря, и заканчивается история сербов и хорватов Воеводины как проживающих в Венгрии югославын. Несмотря на действующие постановления договора о перемирии, ещё до заключения мирного договора, ещё 25 ноября 1918 г., Воеводина стала фактически югославянской территорией. И на этот основной факт никак не повлияли последующие события, территориальные изменения, казавшиеся области Печ-Баранья, отдельных частей Баната и города Темешвара.

*

Данные вышеупомянутых венгерской и югославянской переписей населения от 1910 и 1921 гг. одинаково свидетельствуют о том, что на территории Воеводины ни одна национальная группа не обладала абсолютным большинством, и таким образом на основе права на самоопределение ни одна национальная группа не была вправе одна решить судьбу всей территории. Ведь не подлежит сомнению, что правильное применение права наций на самоопределение предусматривает решение «вопроса о таком отделении исключительно на основании всеобщего, прямого равного и тайного голосования населения данной территории».⁵⁸

Очевидно, что ввиду пёстрого национального состава населения Воеводины югославянская делегация, принимавшая участие в работе парижской мирной конференции, воздерживалась от ссылок на новисадские резолюции, как на документы, определяющие государственную принадлежность данной территории на основе права наций на самоопределение.⁵⁹

Самый честный, трезвее всех смотревший на проблему национальностей сербский политический деятель в Воеводине, Васа Стаич, оценивал положение, сложившееся в результате новисадских резолюций, как победу тех югославын, которые раньше «скомпрометировали себя обслуживанием

⁵⁷ События сербской оккупации в городе Печ и в комитате Баранья описывает ГY. НАДЖУ: *Harcban az elnyomók és megszállók ellen* (В борьбе против угнетателей и оккупантов). Будапешт 1957, а также „*A Magyar Tanácsköztársaság Pécsi-Baranyai Emlékkönyve*” (Воспоминания о Венгерской Советской Республике в г. Печ и в комитате Баранья). Печ 1960. События сербской оккупации г. Темешвара с ирредентической, венгерской националистической точки зрения описывает Е. ЯКАВФГY—ГY. РАЛЛ: *A bánsági magyarság húsz éve Romániában 1918—1938* (Двадцать лет банатских венгров в Румынии, 1918—1938). Будапешт 1939.

⁵⁸ В. И. Ленин: Сочинения. Изд. 4, том XIX. стр. 214.

⁵⁹ Смотри протокол переговоров о Воеводине: *Papers relating to the Foreign Relations of the United States, Paris Peace Conference*. Вашингтон 1943, тт. 3—4.

венгеризовавшего режима и которые хотят теперь реабилитироваться». Этими югославянами были побеждены в ноябре 1918 г. идеи Стаича, желавшего образования автономной территории Воеводины в рамках югославянского государства, того, «чтобы Воеводина стала не Эльзасом на Юго-востоке Европы, а буферной территорией, на которой затихают волны западного и южного империалистического национализма и процветает культура особенного оттенка, диктуемая этнической пестротой Воеводины».⁶⁰

IV

Примурская область — территория, находящаяся между реками Дравой и Мурой, на границе Хорватии с Венгрией, величиной в 8809 км². Она принадлежала с XI века к Венгрии, к комитату Зала, хотя и перепись населения от 1910 г. устанавливает, что 91,6% её жителей, составляющие всего 90 387 человек, является хорватским.⁶¹ По данным югославянской переписи от 1921 г., хорватами были 97,6% её населения, всего 96 945 человек.⁶²

До 1918 г. население Примурской области подвергалось тяжёлому социальному гнѣту. Значительная часть обрабатываемых земель находилась в руках крупных землевладельцев. Граф Енё Фештетич владел, например, на территории 49 деревень более чем 24 тысячами кадастральных хольдов земли.⁶³ Беднота составляла около 90 процентов сельского населения.⁶⁴

Национальный гнѣт, давивший на не-венгерское население в начале XX века в Венгрии, кажется, нигде не был таким тяжѣлым, как в Примурской области. В 1883 г. министр просвещения Агоштон Трефорт запретил преподавание хорватского литературного языка в школах Примурской области и ввѣл диалект Примурской области в качестве языка преподавания.⁶⁵

Но и местный диалект всё больше вытеснялся из школ, и, на основе школьного закона графа Аппоньи от 1907 г., после 1907 г. в школах Примурской области на хорватском языке велось только преподавание религии, преподавание же всех других предметов происходило на венгерском языке.⁶⁶

При таких обстоятельствах хорватское народное сознание в Примурской области, входящей в состав загребской епархии, поддерживалось хор-

⁶⁰ *Vojvodjani o Vojvodini*. Београд 1928, стр. 28, 29, 31.

⁶¹ *A magyar szent korona országainak 1910. évi népszámlálása* (Перепись населения святой короны венгерской в 1910 году. — (В дальнейшем: Перепись населения от 1910 г.) Часть 1, стр. 80—90.

⁶² Ст. СТАНОЈЕВИЋ: *Narodna enciklopedija srpsko-hrvatsko-slovenačka*. т. 2, стр. 841.

⁶³ *Magyarországi Gazdacimtar* (Список венгерских хозяев). Редактор: Gy. Rubinek. Будапешт 1911, стр. 855—877. Ст. СТАНОЈЕВИЋ: Ук. соч. т. 1, стр. 417.

⁶⁴ По данным переписи населения от 1910 г., часть 1, стр. 162—179.

⁶⁵ F. GÖNCZI: *Muraköz és népe* (Примурская область и её население). Будапешт 1895, стр. 109.

⁶⁶ *Magyarország közoktatásügye az 1912. évben* (Общественное образование в Венгрии в 1912 г.). стр. 22.

ватскими католическими священниками. Но никакого организованного политического или национального движения не было.

В 1918 г. загребское хорватское Народное Вече и движение, установившее это Вече, открыто говорило о том, что они считают Примурскую область частью складывающегося самостоятельного югославянского государства. Происходивший из Примурской области загребский журналист доктор Иван Новак в качестве представителя Примурской области уже принимал участие в совещании, состоявшемся 2 и 3 марта 1918 г. в Загребе, и с этого времени он присутствовал на каждом значительном совещании или конференции.⁶⁷

29 октября, когда хорватский сабор в своей исторической резолюции провозгласил отделение Хорватии-Славонии и Далмации от Венгрии, во втором пункте этой же резолюции он заявил, что хорватские провинции будут частью государства, складывающегося на всей этнографической территории словенцев, хорватов и сербов, и что сабор не признаёт никакой существующей территориальной или государственной границы, не соответствующей этому принципу.⁶⁸

Несмотря на это, хорватское Народное Вече в эти дни не делало никаких попыток для того, чтобы распространить свою власть на какие-нибудь венгерские территории, находившиеся за существовавшими границами, например, на Примурскую область, населённую почти целиком хорватами. Наоборот. На митинге, проведённом в день принятия резолюции, один из членов Народного Веча, доктор Анделинович, предупредил хорватских солдат о занятии населённых хорватами территорий в Венгрии.⁶⁹

Хорватские буржуазные руководители боялись революционно-настроеного народа и в это время национальное самоопределение стремились претворить в жизнь сверху, путём межгосударственных договоров, путём мирного договора.

Но крестьянство Примурской области, задавленное эксплуатацией и тяжёлыми военными реквизициями, больше уже не хотело ждать. Почувствовав, что венгерская государственная власть находится на краю гибели, оно восстало.

Восстание крестьян Примурской области началось 2 ноября в селе Перлак, но распространялось так быстро, что почти в одно и то же время на всей территории Примурской области нападали на крупные землевладения, на торговцев и ростовщиков, на представителей государственной власти. Грабили усадьбы и фермы крупных землевладельцев, магазины и лавки, выгнали землевладельцев, их приказчиков, а также торговцев, ростовщиков, нотариусов, жандармов. Движение возглавляли вооружённые

⁶⁷ F. Šišić: Ук. соч., стр. 125, 171.

⁶⁸ F. Šišić: Ук. соч., стр. 196.

⁶⁹ F. Šišić: Ук. соч., стр. 191.

группы дезертиров (так называемые «зелёные кадры» — по-хорватски: «зелени кадар») скрывавшихся до тех пор от властей.⁷⁰

Стихийно вспыхнувшее, неорганизованное крестьянское восстание не преследовало определённых целей. Бедняки Примурской области хотели отделаться от крупных землевладельцев, лишивших их земель и эксплуатирующих их. Они хотели отомстить торговцам и ростовщикам, наживавшимся на нужде населения в военное время, хотели отомстить государственным чиновникам, проводившим военные реквизиции. Этот последний мотив сам по себе придавал движению известный национальный характер. Ещё больше подчёркивался национальный характер тем, что были сняты венгерские надписи с вокзалов и железнодорожных станций, со зданий школ и государственных учреждений.

Хотя два упомянутых аспекта событий полностью сливаются и почти невозможно отделить национальный аспект от социального, всё-таки мы можем с полной уверенностью сказать, что основным, решающим моментом явился социальный, а не национальный, как это утверждалось югославянской печатью.

На чём основывается такая оценка вещей с нашей стороны? Прежде всего на следующем: Нет никаких следов того, будто бы жители Примурской области в это время, то есть после фактической ликвидации венгерской государственной власти, когда власть правительства была ограничена территорией города Чаковец (там собрались выгнанные торговцы, чиновники и жандармы), обратились бы к загребскому югославянскому Народному Вечу с просьбой присоединиться к Хорватии. Наоборот, Венгерский националист Енё Лапоши (Халлер) утверждает в своём письме, что до объявления чрезвычайного положения жители Примурской области не вступали в контакт с Хорватией.⁷¹ То же самое выясняется также из статей газеты «Глас Словенаца, Хрвата и Срба», представляющей национализм другой стороны. Там читаем, что только «когда венгерские наёмные войска и жандармы начали вторгаться в сёла и деревни в окрестностях города Чаковец и начали заключать, вешать и расстреливать людей... только тогда хлынул народ со всех сторон в город Вараждин с просьбой, чтобы югославянские войска оккупировали Примурскую область».⁷²

После изгнания представителей венгерской государственной власти хорватские деревни Примурской области не хотели попасть под господство хорватской буржуазии, они начали жить своей собственной жизнью: власть взяли в руки люди «зелёного кадра». В селе Мурачань, многие из жителей

⁷⁰ Párttörténeti Intézet (Институт истории партии Будапешт Архив. А. XVI. 4/3—1; газета «Zalai Hírlap» от 11 ноября 1918 г. «Muraköz rémnapjai» (Страшные дни в Примурской области).

⁷¹ Dr. J. LÁPOSI (HALLER): Ук. соч., стр. 50.

⁷² «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 13 ноября 1918 г. — Ustanak u Medjumurju.

которого работали на заводе боеприпасов в городе Винер-Нейштатдт (в Австрии), была провозглашена местная республика.⁷³

По-видимому, загребское Народное Вече также придерживалось того мнения, что в событиях, разыгрывающихся в Примурской области, упор делается на социальную сторону, ибо оно не спешило распространить свою власть на Примурскую область. Правда, ещё нехватало ни соглашения о перемирии, ни какого-нибудь другого действующего договора, на основе которого оно было бы вправе оккупировать территории, входящие в состав Венгрии. Но главная причина заключалась в том, что оно даже на своих подвластных территориях было не в состоянии обеспечивать гражданский порядок и у него не было сил принять на себя заботу о поддержании порядка на двух районных революционных территориях Примурской области.

Унаследованные от обанкротившегося режима местные представители буржуазного правительства Каройи (признающего в принципе право наций на самоопределение, а на практике проводящего политику территориальной целостности страны) здесь, в Примурской области, особенно резко выступали против нарушителей законного порядка. И для этого у них было несколько причин.

С одной стороны, нужно было восстановить в Примурской области имущественную безопасность крупных землевладельцев, банкиров и деревенской буржуазии. С другой стороны: они хотели доказать хорватским крестьянам Примурской области как «национальности» то, что право наций на самоопределение уж не такое простое дело, которым население может пользоваться вопреки государственной власти. Но к вышеуказанным причинам надо ещё добавить и тот факт, что очень важная с экономической точки зрения железнодорожная магистраль, соединяющая Венгрию с побережьем Адриатического моря, проходила через эту территорию.

7 ноября 1918 г. губернатор комитата Зала Геза Бошняк объявляет чрезвычайное положение в обоих районах Примурской области, — в районах Чакторня и Перлак, — а в следующие дни распространяет его и на районы Летене, Алшолендва и Нова.⁷⁴

Восстановление порядка в Примурской области началось сосредоточением многочисленных военных и жандармских вооружённых сил. Процесс в каждой деревне проходил в общем так: При военной поддержке жандармы, численностью в 30—40 человек, выгоняли население деревни на площадь перед домом сельской управы. Там они отбирали тех, кого наметили бежавшие деревенские чиновники, а также других подозрительных лиц и без

⁷³ Zalai Hírlap от 18 ноября 1918 г. Muracsány — köztársaság (Село Мурачань — республика).

⁷⁴ Гос. архив. Министерство Внутренних Дел, секр. Журнал входящих документов от 1918 г. — Документы отсутствуют.

всякого судебного следствия «вешали их на тутовые деревья, растущие перед домом управы».⁷⁵

Такое толкование чрезвычайного положения, когда прибегли не к системе немедленных судебных разбирательств, а к непосредственным выступлениям военных частей на основе так называемого закона самозащиты против лиц, совершивших поступки, в которых они обвинялись, гораздо раньше не только их привлечения к ответственности, но и объявления чрезвычайного положения вообще, только увеличило ожесточённость сопротивления населения. Жандармерии и военным частям некоторые деревни приходилось брать штурмом. Особенно тяжёлые бои развернулись в деревне Дрававашархей, которую жители защищали при помощи выстроенной траншейной системы и которую только осадный отряд в 400 человек мог взять штурмом. Тяжёлые бои шли также в деревне Кишсабадка где пулемёты жандармов подкосили 73 крестьян.⁷⁶

Изгнанные из своих деревень вооружённые крестьяне частью бежали в Хорватию, частью же прятались в холмистой местности и оттуда продолжали борьбу.⁷⁷

Точных данных о числе крестьян Примурской области, убитых во время кровопролитий в результате чрезвычайного положения, у нас нет. Но данные различных источников показывают, что число убитых приблизительно 280 человек.⁷⁸

Конечно, события в Примурской области не содействовали улучшению и без того далеко не сердечных венгеро-хорватских отношений. Хорватское Народное Вече использовало события для того, чтобы под видом защиты хорватов решительно предъявить свои территориальные претензии на Примурскую область.

По-видимому, обострение венгеро-хорватских отношений, а также безуспешная загребская миссия доктора Аладара Баллы способствовали тому, что чрезвычайное положение было снято уже 25 ноября, ещё до того, как закончилось восстановление порядка.⁷⁹

Восстановление порядка продолжалось в Примурской области и после снятия чрезвычайного положения. По всем признакам вооружённые силы играли в этой работе важнейшую роль и в дальнейшем, в течение ещё некоторого времени. Газета «Залаи хирлап» от 29 ноября сообщает о том, что «в Примурской области работа восстановления законности не прекратилась,

⁷⁵ *Zalai Hírlap* от 12 ноября 1918 г. *A statárium végrehajtása a Muraközben* (Осуществление чрезвычайного положения в Примурской области).

⁷⁶ Там же.

⁷⁷ «*Glas Slovenaca, Hrvata i Srba*» от 29 ноября 1918 г. — *Medjumurje i Madjari*.

⁷⁸ Гос. архив *Pénzüntézet i központ* (Центральный банк). *Bizalmi testület iratai* (Документы секретарного корпуса). Доклад Элека Буковца.

⁷⁹ Газета «*Zalai Hírlap*» от 25 ноября 1918 г. *Megszűnt a statárium a Muraközben* (Отменено чрезвычайное положение в Примурской области).

и жандармские посты в значительно увеличенном составе прилежно работают в интересах того, чтобы виновники грабежей последних недель попали под руку правосудия... Ежедневно производятся многочисленные аресты в деревнях Примурской области.»⁸⁰

Но в то же время более мирные способы получают постепенно всё большую роль в деятельности, направленной на решение проблемы Примурской области.

Национальный Совет города Чакторня, состоявший в подавляющем большинстве из венгров, ещё в дни кровопролитий в результате чрезвычайного положения, 15 ноября 1918 г., обратился с призывом к премьер-министру и высказался «за спасение Примурской области для Венгрии». Просьба обосновывалась историческими правами Венгрии на территорию, о которой даже это обращение говорит, что «её сёла и деревни населены хорватским народом, а города — значительной, до мозга костей венгерской интеллигенцией». Особого внимания заслуживает только тот пункт обращения, в котором предлагается, чтобы «венгерское народное правительство наделило это землелюбивое население землёй за счёт 33 тысяч хольдов крупных землевладений Примурской области.»⁸¹

Предложение о разделе земли задело, несомненно, самый тяжёлый социальный вопрос для крестьянства Примурской области. Всё-таки заключение обращения, согласно которому в случае надела крестьянства Примурской области землёй «оно будет с большой благодарностью сердца привязано к нашей стране», является, очевидно, ошибочным.

Ошибочным является такое предложение, с одной стороны, потому, что чаковецкий Национальный Совет оставил без внимания тот факт, что хорваты Примурской области наряду с социальными имели и очень серьёзные национальные обиды. С другой же стороны загребское Народное Вече пообещало раздел земли и в югославянском государстве, где Сербия со своими крестьянскими именами представляла собой нечто вроде гарантии осуществления земельной реформы. Бедняки Примурской области конечно, больше верили в это, чем обещаниям правительства, состоявшего частью именно из крупных землевладельцев.

Но правительство Каройи внешними обстоятельствами вынуждено было к применению более мирных способов. В связи с переговорами, направленными на договорённость со словаками, премьер-министр Каройи сказал следующее:

«Венгерская республика не признаётся, пока я не установлю договорённости с национальностями. Если соглашение не будет принято (словаками), создавшееся положение рухнет. Надо сейчас же достигнуть догово-

⁸⁰ Газета „Zalai Hírlap“ от 29 ноября 1918 г. — A Muraköz ügye (Проблема Примурской области).

⁸¹ Гос. архив. Министерство Национальностей. 1918-XVI-376.

рѣнности с югославынами и с народностями, говорящими на немецком языке, которая привлечѣт и румынов». ⁸²

Политика, стремящаяся к договорѣнности с югославынами, была колеблена в своих основах положением, господствовавшим на территории Примурской области и вдоль границы с Хорватией. Надо было урегулировать прежде всего такое положение вещей.

В качестве доказательства добрых намерений правительства Совет Министров, по предложению Енё Гамбургера, скоро снял губернатора комитата Зала Гезу Бошняка с его должности правительственного комиссара, ссылаясь на то, что он несѣт ответственность за кровавые расправы в период чрезвычайного положения, объявленного в Примурской области. Заслуживает внимания, что министр народного благосостояния Жигмонд Кунфи, внѣсший дело на рассмотрение Совета Министров, ни словом не упомянул о прежней официальной позиции правительства, согласно которой якобы хорваты вызвали события в Примурской области. Наоборот. Он характеризует чрезвычайное положение почти словами югославынской печати и в этой связи обращает внимание на опасность отделения хорватов, проживающих в Примурской области. ⁸³

Но такое правительственное мероприятие ничем не способствовало стремлению к договорѣнности.

Между тем загребское Народное Вече, после вступления сербских войск на хорватские территории и провозглашения объединения с Сербией, с новыми силами перешло в контратаку. Теперь оно уже оставляет свою прежнюю осторожность, проявленную к Венгрии еще в начале ноября. Хорватский союз «Сокол» приступает к организации хорватского добровольного легиона с задачей освобождения Примурской области.

Первая попытка вооружѣнного освобождения Примурской области произошла с хорватской стороны 13 ноября. В этот день по просьбе о помощи бежавших от чрезвычайного положения жителей Примурской области был второпях создан добровольный вооружѣнный отряд, состоявший из трёх рот, под руководством бургомистра города Вараждин, вице-председателя хорватского сабора доктора Перо Магдича, который уже давно настаивал на присоединении Примурской области к Хорватии. В расчѣте на неожиданность, отряд вторгся в Примурскую область, но добрался только до села Дрававашархей, откуда отступил после первого же столкновения с венгерскими вооружѣнными силами. ⁸⁴

Эта безуспешная акция показала, что Примурская область может быть захвачена лишь значительными вооружѣнными силами. Поэтому представ-

⁸² Гос. архив. Протоколы Совета Министров от 28 ноября 1918 г. пункт 1.

⁸³ Гос. архив. Протоколы Совета Министров от 6 декабря 1918 г. пункт 26.

⁸⁴ *Hrvati u borbama za oslobodjenje sjevernih krajeva Jugoslavije Medjumurja, Prekomurja, Koruške i Štajerske*. Под редакцией: Р. ЈЕЛAVIĆ. Загреб 1940, стр. 23 и 79—82.

ляющий Примурскую область в загребском Народном Вече доктор Иван Новак на аудиенции у сербского престолонаследника — регента Александра просил об освобождении Примурской области. Регент заявил, что «эта территория — наша и тоже будет скоро освобождена».⁸⁵

Но югославянское королевское правительство не могло взять на себя осуществление освобождения, потому что это означало бы нарушение белградского договора о перемирии, что повлекло бы за собой, быть может, неприятные дипломатические осложнения для него. Поэтому 11 декабря югославянское главнокомандование отдало приказ командованию первой армии о том, что армия не должна переступить намеченную белградским перемирием демаркационную линию. В то же время приказ заявляет, что югославянские территориальные претензии распространяются за рекой Драва и к западу от города Печ. Приказ предусматривает, чтобы югославянские части «поступали по указаниям Люблянского Национального Совета, поскольку это позволяют их силы».⁸⁶

Значит, приказ недвусмысленно поручает областным правительствам оккупацию ещё не оккупированных, но требуемых для югославянского государства территорий. В соответствии с этим вербовка добровольцев усилилась и в Хорватии с тем чтобы, по словам одного организатора добровольных отрядов, «как бы нелегальной акцией неотвественных элементов освободить Примурскую область».⁸⁷

На хорватско-венгерской границе напряжённость усиливалась. Из-за ежедневной стрельбы венгерский военный министр направил на границу новое военное подкрепление в составе четырёх рот.

Все эти события заставили Енё Гамбургера поторопить правительство с урегулированием административного положения Примурской области.

Хорватские жители Примурской области до сих пор не имели никакого права вмешиваться в администрацию своей территории. Оба района Примурской области являлись придатками комитата Зала или же, как об этом говорилось в газете «Залаи Хирлап», «настоящая колония, но такими отношениями и Примурская область сама очень довольна».⁸⁸

Шестого декабря Енё Гамбургер сделал правительству доклад, исходя из предположения, что «население Примурской области привязывается к Венгрии, но требует административного отделения от комитата Зала». Исходя из этого, он предложил предоставление такой автономии, по которой «Примурская область имела бы автономию, похожую на автономию комита-

⁸⁵ Газета «Slovenec» от 9 декабря 1918 г. — Pred osvobojenjem Medmurja.

⁸⁶ *Hrvati u borinama* . . . Ук. соч., стр. 87—88.

⁸⁷ *Hrvati u borinama* . . . Ук. соч., стр. 23.

⁸⁸ Газета «Zalai Hírlap» от 15 октября 1918 г. Nagykanizsa és a horvát aspirációk. Akadályozzák meg a Muraköz elrablását! (Г. Надьяканижа и хорватские аспирации. Воспрепятствуйте захвату Примурской области!)

тов. Официальным языком был бы, конечно, хорватский язык, язык преподавания был бы также хорватским».⁸⁹

Такой план был в основном похож на план Оскара Яси по отношению к Примурской области. Оба хотели предоставить хорватам Примурской области комитатскую административную, а также культурную автономию.

Два плана отличались друг от друга тем, что Гамбургер хотел установить комитат исключительно из Примурской области, с другой же стороны, Оскар Яси желал создать комитат с югославянским населением путём объединения Словенской и Примурской областей.⁹⁰

Послушав мнение представителей заинтересованных комитатов, в Министерстве внутренних дел решили создать отдельные комитаты из Примурской и Словенской областей. Не выслушав представителей хорватов Примурской области, совещание, проведённое в Министерстве внутренних дел 13 и 14 декабря, исходило из того очень сомнительного положения, что «глубоко католическое население Примурской области больше уж никаким образом не желает быть присоединённым к хорватам, так как страшится ассимиляторских стремлений православной религии сербов и династии Карагеоргиевичей».

На основе вышеуказанного предложения совещание в Министерстве внутренних дел пришло к тому ошибочному заключению, согласно которому «единственное условие того, чтобы Примурская область продолжала оставаться с нами в одном государстве, состоит в том, чтобы она стала самостоятельным комитатом».⁹¹

На переговорах в Министерстве внутренних дел была достигнута договорённость о том, что «хорватский язык будет немедленно введён как в школе, так и в церквах», и что до тех пор, пока не будет создана администрация с хорватским официальным языком, при административных властях будут бесплатно работать переводчики, которым раньше частные стороны, не владевшие венгерским языком, должны были платить.⁹²

Но эти мероприятия уже не были претворены в жизнь. 24 декабря 1918 г. четыре тысячи хорватских добровольцев под командованием полковника Славко Кватерника переправились через Драву и за три дня заняли всю Примурскую область. Направленные на защиту границы венгерские части отступили без боя. Командующий пограничной охраной в районе г. Надъканижа, подполковник Хабакер хотел начать переговоры, но хорва-

⁸⁹ Газета „Zalai Hírlap” от 9 декабря 1918 г. — Muraköz autonómiát kap (Примурская область получит автономию).

⁹⁰ Гос. архив. Министерство Национальностей. — 1918-XII-637.

⁹¹ Газета „Zalai Hírlap” от 18 декабря 1918 г. Muraköz — külön vármegye (Примурская область — отдельный комитат).

⁹² Газета „Zalai Hírlap” от 20 декабря 1918 г. — A Muraköz és a Vendvidék biztosítása Magyarorszáг részére (Обеспечение Примурской и Словенской областей для Венгрии).

ты не вступили с ним в переговоры, а старались аннексию Примурской области сделать законченным фактом.⁹³

Одновременно с началом акции хорватский комиссар по народной обороне сделал заявление, будто пострадавшее под венгерским угнетением хорватское население просило освободить его от кровавых расправ венгерских властей. «Сегодня, во время рождественских постов, под угрозой опасности особенно крупных кровавых расправ, заставших жителей Примурской области бежать из своих домов, командование отрядов народной армии вынуждено было оккупировать всю территорию Примурской области.»⁹⁴

Срочнейшая задача командования оккупационных хорватских отрядов заключилась в том, чтобы заставить как можно более широкие массы населения Примурской области принять решение, доказывающее перед всем миром, что оккупация Примурской области, проведённая в нарушение белградского договора о перемирии, произошла в интересах обеспечения права хорватов Примурской области на самоопределение. В этом оно опиралось на поддержку созданного уже раньше Национального Совета Примурской области, во главе с доктором Новаком, а главным образом на помощь хорватских священников Примурской области.

По призыву командующего оккупационными войсками полковника Кватерника католические священники Примурской области в пред рождественские дни провели в церквах обедни (Те деум). В следующие дни в большинстве деревень и сёл организовывались народные митинги с целью объяснения значения оккупации и призыва людей высказаться за югославянское государство. На митингах с речами повсюду выступали священники.

После таких приготовлений был проведён народный митинг в городе Чакторня. На нём присутствовало до десяти тысяч человек из всех частей Примурской области. Народный митинг был объявлен народным собранием с характером референдума. После выступлений доктора Ивана Новака и других ораторов было принято решение, провозглашающее отделение Примурской области от венгерского государства и присоединение её к единому государству сербов, хорватов и словенцев, ссылаясь на право наций на самоопределение.

После митинга в городе Чаковец венгерские административные чиновники срочно были заменены хорватами.⁹⁵

На этом и кончилась борьба за Примурскую область. Правда, метод оккупации юридически может дать повод к критике. Но не подлежит сомнению, что присоединение Примурской области к Хорватии представило собой — в данных условиях — решение, наиболее соответствующее интересам почти исключительно хорватского населения этой области.

⁹³ Гос. архив. — Министерство национальностей. — 1918-VIII-1088.

⁹⁴ «Glas Slovenaca, Hrvata i Srba» от 24 декабря 1918 г. — Medjumurje oslobođeno.

⁹⁵ Hrvati u borbama . . . стр. 54—68.

V.

Словенцы, проживающие на северо-востоке словенской этнической области, к северу от реки Мура, со времени образования венгерского государства до 1919 г. находились под государственной властью венгров. Живущие здесь словенцы назывались вендами (по-немецки: виндиш), а их территория — Вендской областью. Словенцы, в которых пробуждалось национальное сознание, упоминали её как Словенскую область, а в Югославии она носит теперь название «Прекомурье» (Замурская территория).

Присоединённая в 1919 г. к югославянскому государству территория Словенской области охватывает 950 км², по данным переписи населения от 1910 г. её население составляло 90 359 жителей. Из них 66 715 (73,9%) являлись словенцами.⁹⁶ По данным югославянской переписи от 1921 г., из 92 416 жителей 74 447 (80,5%) являлись словенцами.⁹⁷ Словенцы в Венгрии были большей частью мелкими крестьянами, кроме священников, можно сказать, не было никакой словенской интеллигенции. Похожий на язык хорватов в Примурской области словенский язык после 1907 г. был совсем вытеснен из школ. Действующая в австрийских провинциях Католическая Словенская Партия, которая вплоть до конца первой мировой войны даже не принимала к сведению существования словенцев, проживающих в Венгрии, весной 1918 г. тайком в Словенской области собирала подписи под майской декларацией.⁹⁸ Это свидетельствует о том, что югославянская идея тогда овладела уже умами части словенцев в Венгрии. Но это ещё не означает, что в их представлении жило созданное 1 декабря 1918 г. югославянское государство, что они желали бы жить в пределах такого государства.

Словенцы, проживавшие в Венгрии, хотели жить не в югославянском государстве, складывавшемся под властью сербского короля, сначала и словенская буржуазия не хотела попасть из-под господства австрийского императора под власть сербского короля.

Представление венгерских словенцев и их политических и культурных лидеров, то есть их католических священников, о югославянском государстве заключалось вплоть до разгрома Австро-Венгерской монархии, а у некоторых из них и после этого, в том, что было намечено перед ними майской декларацией: они имели в виду югославянское государство, формирующееся из югославянских территорий императорской королевской короны, но осуществляемое в пределах Габсбургской империи.

Венгерские официальные круги стремились заставить представителей словенцев принять ещё до окончания войны нечто вроде заявления лояльности, которое можно было бы показывать миру как проявление права сло-

⁹⁶ Перепись населения от 1910 г., стр. 114—124.

⁹⁷ St. Stanojević: Ук. соч., т. 3, стр. 660.

⁹⁸ Dr. M. Slavič: *Narodnost in osvoboditev Prekmurcev*. Slovenska krajina, Beltinci 1955.

венцев на самоопределение. Поэтому к 20 октября 1918 г. в месте Мура-Сомбат под предлогом празднования 25-летия Венгерского Общеобразовательного Общества Вендской области созвали митинг. Но что касается истинных целей этого митинга, уже сам текст приглашения не оставлял никаких сомнений. Приглашены были жители территории «высказаться за венгерское дело», заявить, что они не словенцы, а — «венгры, говорящие по-вендски». ⁹⁹ Несмотря на то, что среди интеллигенции словенского происхождения, а также среди крестьян встречались такие, которые готовы были высказаться в таком смысле, митинг всё же потерпел полный провал, и на нём сторонники югославянского единства в первый раз выступили открыто за югославянское государство. ¹⁰⁰

В начале ноября 1918 г. и в Словенской области выдвигаются на передний план социальные движения. Хотя эффективность выступлений словенских бедняков с начала ноября нельзя ещё сравнить, например, с подобными событиями в соседней Примурской области, всё-таки остаётся фактом, что вернувшиеся с фронтов неимущие попытались излечить свои обиды и в этой области. Неорганизованные мятежи бедняков вспыхивали в первую очередь в той части Словенской области, которая входила в состав комитата Зала, то есть на территории, соседней с Примурской областью. В деревнях и сёлах Алшолендва, Черфёльд, Мурасердахей, Мурарев, Надьпалина, Банторня, Лендвасентъясрет и на других местах нападали на дома, амбары и лавки землевладельцев, кулаков и торговцев, чтобы таким образом отомстить им за многолетние страдания и нужду военных времён. ¹⁰¹

В части Словенской области, входившей в состав комитата Зала, было объявлено чрезвычайное положение. Выполнялось оно здесь мягче, чем в соседней Примурской области, но всё-таки и здесь проводились многочисленные аресты. Венгерские власти стремились к тому, чтобы одновременно с подавлением социального недовольства ликвидировать и национальное движение, пробудившееся в Словенской области. Арестован был, между прочим, руководитель развёртывающегося словенского автономного движения, католический священник Йозеф Клекль старший, по обвинению в измене родине и в подстрекательстве, но вскоре он был отпущен на свободу. ¹⁰²

Ссылаясь на право наций на самоопределение, правительство Каройи сделало попытку сохранить и эту населённую не-венграми пограничную территорию в пределах целостного венгерского государства.

По планам Оскара Яси, обе населённые югославянами территории-Примурская и Словенская области, расположенные вдоль границы ново-

⁹⁹ Гос. архив. Министерство Национальностей. 1918 — XII — 599.

¹⁰⁰ Гос. архив. в г. Сомбатхей. Документы Йозефа Клекля, стр. 197—198.

¹⁰¹ R. KYOVSKY: *Revolucionarno obdobje v Slovenski krajini. — Prekmurski Slovenci v zgodovini*. Мурска Собота 1961, стр. 105.

¹⁰² J. КЛЕКЛ: *Slovenska krajina pod bolševikov oblastjo. — Kalendar Srca Jezušovoga* 1936, 1938.

образовавшегося югославянского государства, были бы сплочены в административное единство с автономными правами отдельного комитата.¹⁰³

Поскольку заинтересованные комитаты выступали за создание отдельного «вендского» и «примурского» комитатов, правительство Каройи 6 декабря приняло решение, согласно которому «районы, сёла и деревни комитатов Зала и Ваш, населённые вендами, превращаются в Вендский комитат во главе с правительственным комиссаром. Центром нового комитата будет г. Мурска Собота».¹⁰⁴

При помощи «сплочения вендского населения в самостоятельное административное единство» Оскар Яси стремился решить проблему югославянского населения, проживающего в районе реки Мура, соответственно обращению Венгерского Национального Совета от 26 октября 1918 г. В этом обращении говорится об установлении культурной и административной национальной автономии. Такое решение обеспечило бы жителям «Вендского комитата» те же самые автономные права, которыми обладал любой венгерский комитат. Но из планов и принятых мер выясняются только способы сплочения югославянского населения в административное единство, но не выясняется, каким образом, при помощи каких ещё устанавливаемых органов собирался Оскар Яси решить «культурную автономию» и какую компетенцию он хотел предоставить ей.

Создание «комитата национальности» с единой территорией означало бы в основном претворение в жизнь требований ряда не-венгерских партий Венгрии именно в Словенской области. Такие требования неоднократно предъявлялись этими партиями в ходе последнего полувека. Но большой недостаток этого решения заключался в том, что оно хотело решить вопрос односторонне и сверху, без предварительного опроса словенцев, и к тому же при таких обстоятельствах, когда со времени кровавых расправов Примурской области, потопивших в потоках крови волеизъявления хорватских крестьян, прошло всего лишь несколько недель и когда непосредственно на другой стороне реки Мура уже образовалось единое югославянское государство.

Задача бывшего прешовского (Прешов — город на востоке Словакии) профессора теологии, правительственного комиссара Белы Обала была, бы в том, чтобы заставить югославянское население при сохранении демократических форм принять идею «Вендского комитата». Главным методом Обала было принятие решений на народных митингах. Сначала такой способ оказался целесообразным. Первого декабря 1918 г. в деревне Багоня, а на другой день в месте Мурасомбат были проведены такие словенские народные собрания. На них Обалу удалось достигнуть принятия решения

¹⁰³ Гос. архив. Министерство Национальностей. 1918-ХII-637.

¹⁰⁴ Гос. архив. Протоколы Совета Министров от 6 декабря 1918 г., пункт 25.

о том, что «венды Примурского района» не хотят оторваться от венгерского государства, но ссылаясь на своё право на самоопределение, требуют создания комитата Мура с центром Мурасомбат.¹⁰⁵

Однако между тем в югославянском государстве также велись приготовления к приобретению Словенской области.

По поручению словенского национального правительства словенский генерал Майстер приступил к организации иррегулярных войск, частью из словенцев, проживающих в Венгрии, с целью вооружённой оккупации Словенской области и провозглашения там присоединения этой территории к Королевству Сербов, Хорватов и Словенцев и — внутри этого — к Словении на основе права наций на самоопределение и под защитой словенских вооружённых сил.¹⁰⁶

Но наступление вооружённых словенцами иррегулярных войск уже не состоялось. Дело в том, что на эту небольшую территорию наряду с венгерской и словенской буржуазией предъявила права также хорватская буржуазия и чуть было не приобрела её.

Утром 24 декабря 1918 г. хорватские войска под командованием полковника Кватерника перешли речную границу на реке Драве. За три дня они заняли Примурскую область, а потом, 27 декабря, хорватские добровольцы и моряки под командованием капитана Ерминия Юришича перешли и реку Муру и заняли в тот же день село Алшолендва, а 28 декабря — Белатинц и Мурасомбат. Словенский генерал Майстер только 28 декабря узнал о том, что хорваты опередили его. Так как он хотел приобрести эту территорию для Словении, то, чтобы спасти, что ещё можно было спасти, послал своих кавалеристов «на помощь хорватским добровольцам». Эти словенские кавалеристы должны были бы образовать в Мурасомбате За-мурский Национальный Комитет, председателем которого был назначен молодой штирийский словенский доброволец Божидар Север.

Но до этого уже не дошло. Венгерское правительство решилось на контратаку и части 83-го пехотного полка в ночь со 2-го на 3-е января напали на иррегулярные хорватские войска и заняли Словенскую область.¹⁰⁷

Массы словенцев в Венгрии были только пассивными свидетелями боёв. Используя этот факт, правительственный комиссар Обал продолжал свои попытки заставить население принять на народных митингах проект Оскара Яси об административной автономии как применение права наций на самоопределение. После нескольких небольших деревенских митингов 19 января 1919 г. в Белатинц созвали широкий народный митинг, на котором Обал хотел добиться принятия проекта об автономии при поддержке политических руководителей словенцев — католических священ-

¹⁰⁵ Гос. архив. Министерство Национальностей. 1918-XII-829.

¹⁰⁶ M. SLAVIĆ: Ук. соч., стр. 58—68.

¹⁰⁷ Там же.

ников. С этой целью он уже раньше созвал представителей словенцев на совещание в Белатинце.

Обал изложил перед собравшимися священниками правительственный проект об автономии, согласно которому будет организован словенский район с центром в Белатинце, а в Будапешта будет установлено словенское бюро, работающее при Министерстве национальностей. Словенские священники впервые открыто выступили здесь по словенскому вопросу, приняв предложенную им административную автономию.¹⁰⁸

Но на народном митинге, последовавшем за совещанием 19 января 1919 г., обнаружилось, что словенцы Белатинца и окрестностей уже не удовлетворяются предложенной им автономией. На митинге, где присутствовало до десяти тысяч человек, на слова Белы Обала, обещавшие словенцам улучшение продовольственного снабжения и особенный словенский район, из толпы закричали оратору: «Нам ни сахара, ни керосина, ни табаку, ни районного исправника не нужно! Решение нашего дела — в Югославии.»¹⁰⁹

Мы можем быть уверены в том, что Клекль был прав, когда в своей статье о белатинском народном митинге, за позицией словенцев он искал работу югославянских агитаторов. Но очевидно, что он прав только наполовину. Другая половина правды объясняется обстоятельствами в Словенской области. Недовольство возросло: среди имеющих землю крестьян из-за введённого в январе налога пограничной охраны, из-за того, что в администрации продолжали работать прислужники прежнего шовинистического венгерского господства, а среди бедняков — главным образом из-за того, что проведение обещанной земельной реформы никак не продвигалось вперёд и они сравнивали этот факт и своё положение с югославянскими возможностями. Четыре недели спустя это изменение в настроении населения отражается и в газете Клекля «Новине»: «В венгерских газетах всё чаще пишут о том, что землю разделить нельзя... Но ведь в Сербии нет ни одного крупного землевладельца, там есть только крестьяне. Отныне уже понятно, почему были себбы такими героями. Они хорошо знали, что защищают самих себя.»¹¹⁰

Словенское национальное сознание, развивавшееся при чрезвычайных обстоятельствах с невероятной быстротой, начало настраивать против Венгрии и завоёвывать для югославянского государства все слои словенского крестьянства, проживавшего в Венгрии, именно перспективой решения земельного вопроса.

После провалившегося народного митинга в Белатинце Бела Обал вступил в контакт со всеми политическими деятелями Словенской области,

¹⁰⁸ Гос. архив в г. Сомбатхей. Воспоминания Йозефа Клекля, стр. 27.

¹⁰⁹ «Novine» от 2 февраля 1919. — *Beltinszki odgovor.*

¹¹⁰ «Novine» от 16 февраля 1919. — *Dom i svet.*

которые питали надежду на достижение согласованности по вопросу о принадлежности территории к Венгрии. Он обратился к ним с просьбой выработать и послать ему их проект автономии.

Самая значительная политическая группировка словенцев в Венгрии начинала спланиваться вокруг отставного приходского священника Йозефа Клекля и его газеты «Новине». Под впечатлением белатинцкого митинга Клекль и его товарищи осознали, что приходится считаться с усилением югославянского влияния среди словенского населения, а также с присоединением этой территории к Королевству Сербов, Хорватов и Словенцев. Но в последнем они ещё не были уверены. Поэтому под руководством Йозефа Клекля они разработали тактику, считающуюся с обеими возможностями.

Ещё до переговоров с Обалом, 14 января, на квартире Клекля в деревне Черфёльд собралось пять словенских католических священников, чтобы обсудить их требования на случай осуществления проекта автономии. После провалившегося белатинцкого народного митинга Обала 25 января они окончательно сформировали свои требования и опубликовали их в газете «Новине» 2-го и 9-го февраля как «проект автономии духовенства словенского населения комитата Зала».

В основном проект выражает требования словенских крестьянских земельных собственников и словенской мелкой буржуазии, но в отдельных его частях он выходит за пределы этого и предъявляет, с одной стороны, реакционные требования клерикалов, с другой же стороны, — выдвигает также преувеличенные территориальные претензии. В проекте выражается стремление создать из отдельных частей комитатов Ваш и Зала, населённых словенцами, автономную территорию под названием «Словенска крайина» (Словенский край). В противоположность административной автономии, он требует осуществления «национальной автономии», имеющей наряду с управляющими органами — будапештским министерством «Словенского края» и губернаторством в городе Мурска Собота — собственный словенский законодательный корпус (национальное собрание), а «по совместным с Венгрией делам» компетентное «совместное государственное собрание Венгрии». За исключением культурных и внутреннеадминистративных дел, во всех других делах Словенского края компетентными были бы венгерские совместные органы. Проект выдвигает и требование бедняков, выступая за раздел крупных землевладений, однако не определяет, какие крупные землевладения нужно было бы разделять и между какими претендентами.

Проект содержит и такие части, которые не служат ни установлению дружественных отношений между словенским и венгерским народами, ни делу общественного прогресса. В проекте выражается стремление присоединить к словенскому губернаторству и местности, лежащие вне территории со сплошным словенским населением. Выраженно реакционными являются те

части проекта, в которых разработавшие его священники стремятся не только обеспечить права католической церкви, но расширить их. Они желают получить от государства гарантии того,

а) что нельзя будет экспроприировать церковные землевладения;

б) что нельзя будет прекратить в школах преподавание религии;

в) что нельзя будет принимать на службу в школы преподавателей, распространяющих неверие.

Кроме этого они требуют,

г) чтобы все государственные школы перешли в собственность словенской паствы;

д) чтобы был отменён гражданский брак.

Авторы проекта автономии хотели обеспечить права Словенской области не только в отношениях с Венгрией, но и в расчёте на то, что территория рано или поздно попадёт под власть югославянского государства, и ввиду того, что интересы клира они считали подвергнутыми ещё большей опасности при власти сербского короля, чем при венгерском правительстве, стремились заранее обеспечить автономию Словенской области и от Королевства Сербов, Хорватов и Словенцев. Поэтому в своём проекте они требовали от венгерского правительства, чтобы оно «заставило представленные на мирной конференции державы гарантировать» автономию словенцев Венгрии и на случай «их присоединения к населённым словенцами частям Югославянского государства».

Известное политическое значение приобрёл в Словенской области адвокат доктор Вильмош Немети из села Алшолендва, который настаивал на необходимости предоставления «полного права на язык», но выступал не только против территориальной автономии, но и против осуществления словенской административной автономии.

В месте Мурасомбат начала складываться автономная группа во круг бывшего старшего лейтенанта, учителя Вильмоша Ткалец. Эта группа старалась сплотить сторонников проекта административной автономии и высказывалась за замыслы Обала, как за требования словенцев, против плана Клекля.

По предложению правительственного комиссара премьер Беринкеи к 12 февраля 1919 г. созвал в Будапеште совещание для обсуждения вопроса о словенской автономии. На совещание были приглашены представители вышеуказанных трёх групп. Круги, бешено противостоящие всем замыслам, направленным на решение вопроса, приглашения не получили. Несмотря на это, совещание сулило мало шансов на успех.¹¹¹

К концу января группа Клекля считала, что ввиду открытого выступления словенских масс на белатинцком митинге их согласие сесть за стол

¹¹¹ Гос. архив. Президиум Совета Министров. — 1919-XXII-1929.

переговоров с представителем венгерского правительства привело бы к полному отрыву от югославянского направления и от народных масс.

Поэтому они применили следующую тактику: не отвергли идею переговоров, но создали такое положение, которое уже заранее срывало возможность договорённости с венгерским правительством.

Клекль поручил демобилизованному старшему лейтенанту из деревни Ференцлак, Винце Шерюге, возглавить делегацию в составе пяти человек, уехавшую в Будапешт.

В результате совещания Обал подготовил заключительный проект о словенской автономии. Этот проект охватывает в общих чертах все значительные требования группы Клекля по отношению автономии. В качестве народа проект признаёт «венгерских граждан, говорящих на словенском языке». (Первый официальный документ, где говорится не о «вендах»!) Проект предусматривает образование автономной правовой территории (губернаторства), законодательными органами которой являются: словенское народное собрание, а по общим делам — венгерское государственное собрание. Её административными исполнительными органами являются министерство Словенского края в Будапеште и губернаторство в месте Мурасомбат. Проект признаёт требования по отношению к самоуправлению, общим делам и т. д.

Проект Обала не принимает во внимание требования проекта группы Клекля присоединить к Словенской области и местности с не-словенским населением (Сентготхард, Алшолендва); требования особенной словенской армии; того, чтобы министр Словенской области нёс одинаковую ответственность перед словенским народным и венгерским государственным собраниями; того, чтобы словенская автономия была гарантирована державами, принимающими участие в работе мирной конференции, и на случай присоединения территории к югославянскому государству; требования конкретных мероприятий по вопросам о разделе земли, почте, школе, а также клерикальных требований (отмена гражданского брака, предоставление государственных школ в собственность словенской паствы и т. д.).¹¹²

В основном проект Обала — в духе известной концепции Оскара Яси — постарался решить вопрос о словенцах в Венгрии в рамках административной и культурной автономии. По словам Обала, «автономия не выйдет за пределы комитатской автономии».¹¹³

Здесь нам следует указать на недостаток автономной программы буржуазно-демократического правительства, исходивший из национальной концепции Оскара Яси.

Оскар Яси кроме понятия составляющей государство «нации» знал только категорию «национальности», не обладающей властью. Для него

¹¹² Там же.

¹¹³ Газета «Muraszombat és Vidéke» от 9 марта 1919 г. — Собрание Социал-демократической Партии. — Выступление доктора Белы Обала.

многочисленные румыны Трансильвании и Венгрии — национальности. Проживающая на территории венгерского государства словацкая нация для него — национальность, точно так же национальность для него и маленькая словенская народная группа, проживающая на венгерском отрожке словенской национальной территории. Однако в конце 1918 г. угнетённые не-венгерские народы протестовали в первую очередь именно против квалификации «национальность», символизирующей их бесправное положение. И при такой ситуации Яси и его товарищи не могли не признать нацией каждый требующий своих прав не-венгерский народ, независимо от того, на какой степени общественного развития он находится, идёт ли речь о немногочисленной народной группе или же о нации, не обладающей самостоятельным государством. Других категорий у них не было.

Вследствие этого, если бы они были последовательными, то признали бы в случае всякой «национальности» или теперь уже всякого «народа» все права, действительно подобающие нациям, включая и право на политическое самоопределение, т. е. на образование самостоятельного государства или даже на полное отделение.

В случае словенской народной группы в Венгрии вопрос, конечно, не только в юридической формуле — считали ли её национальным меньшинством или же нацией. Словенская область была связана с словенской национальной языковой территорией, и ничем не могло быть оправдано, чтобы из двух буржуазных государств с одинаковым демократическим строем она присоединилась не к югославянскому государству.



Из территорий, населённых сплошь югославянами, только словенская область входила в состав Венгерской Социалистической Союзной Советской Республики. Но обзор событий, связанных только с этой маленькой территорией, рассказывает нам о достоинствах и недостатках интернациональной политики Венгерской Советской Республики по отношению к национальностям.

Прежде всего мы должны указать, что с провозглашением Советской Республики, состоявшемся 21 марта 1919 г., вопрос о национальностях приобрёл в Венгрии совсем новое содержание. Если буржуазно-демократическая революция считала вопрос о национальностях внутренним делом Венгрии, являющимся частью борьбы за территориальную целостность страны, то в Советской Республике он стал частью борьбы за международную пролетарскую революцию, вопросом о социалистическом сотрудничестве наций Дунайского бассейна.

Руководители Советской Республики допустили ошибку, забыв в своих первых программных заявлениях и призывах о праве на самоопре-

деление, позже они говорили о праве на самоопределение не наций, а трудящихся. Политическая ошибочность такой формулы была убедительно доказана Лениным в его дискуссии с Бухариным.¹¹⁴

Всё-таки нам приходится сказать, что несмотря на ошибочность формулы Венгерская Советская Республика приводила по вопросу о самоопределении в основном правильную политику. Она отказалась от политики территориальной целостности, способствовала превращению только что освободившейся из-под чешского буржуазного ига Словакии в самостоятельную советскую республику, национальным же меньшинствам, проживающим на территории Венгрии, она предоставила далеко идущие автономные права.

После провозглашения диктатуры пролетариата в Словенской области сформировались Словенский Рабочий Совет (по-словенски: Словенски Танац Делацов) и Директориум Вендской Области (по-словенски: Словенске Крайине Равнительство).¹¹⁵ На основе постановления революционного губернского совета словенские сельскохозяйственные пролетарии, трудовые крестьяне и другие словенские трудящиеся слои — не только как трудящиеся, но и как словенцы — в первый раз получили возможность избирать из своей среды достойных представителей в местные советы, в первый раз они получили право голоса. Данные свидетельствуют о том, что словенцы Венгрии пользовались этим правом, полученным от Советской Республики.

В состав советов словенцы входили в общем соответственно численности населения. Более 70 процентов из членов районного совета города Мурасомбат были словенцами.¹¹⁶

Члены сельских советов Словенской области были неопытными в рабочем движении словенскими бедняками. Они не были подобающим образом осведомлены ни о собственных правах и обязанностях, ни о целях Советской Республики. Поэтому деятельность советов здесь не могла развернуться в такой мере, как в областях, обладавших закалённым в боях сельскохозяйственным пролетариатом.

В значительной степени тормозило деятельность советов Словенской области и то обстоятельство, что — за неимением прогрессивной интеллигенции — руководителями сельского управления оставались во время Советской Республики те же нотариусы, которые в своё время, находясь на службе буржуазной реакционной системы крупных землевладельцев, являлись исполнителями венгерских шовинистических мероприятий, направлен-

¹¹⁴ В. И. Ленин: *Сочинения*. Изд. 4. том XXIX. стр. 144—163.

¹¹⁵ Институт истории партии. Архив А. П. 10/74.

¹¹⁶ Гос. архив в г. Сомбатхей. Vasmegeyi Direktórium iratai (Документы Директориума в комитате Ваш). 1919—286/Д.

ных против трудящегося народа и словенской народной группы, интересы которых переплетались с интересами деревенской буржуазии.¹¹⁷

При таких обстоятельствах советы рабочих и крестьян Словенской области не могли стать твёрдой опорой Советской Республики. Этот факт способствовал тому, что Словенская область стала ареной контрреволюционного мятежа, организованного венгерским Антибольшевистским Комитетом в Вене.

Мятеж в Словенской области не был выражением недовольства населения территории. Главариами его были бело-настроенные офицеры Красной Армии, вооружённые же солдаты его вышли главным образом из рядов солдат пограничной охраны, оказавшихся под влиянием контрреволюционных офицеров. Организаторы мятежа использовали автономию Словенской области, расположили к себе и председателя и некоторых членов Директориума Вендской области, которые 29 мая 1919 г. провозгласили Мурскую Республику и сформировали Исполнительный Комитет Мурской Республики. 31 мая исполком послал телеграмму в адрес Народного комиссариата иностранных дел Советской Республики.

В этой телеграмме Исполком

1. сообщает о том, что советы рабочих, солдат и земледельцев Вендской области на основе права наций на самоопределение и по желанию населения Вендской области провозгласили 29 мая Мурскую Республику на территории отдельных, населённых вендами частей комитатов Зала и Ваш;

2. просит поддержку Советской Республики в деле осуществления социалистического государства, основывающегося на международной социал-демократической программе;

3. заявляет, что хочет жить в дружбе с Венгерской Советской Республикой, но в случае вооружённой агрессии с венгерской стороны «будет пользоваться помощью соседних империалистических государств»;

4. просит о немедленном выводе войск Венгерской Советской Республики с территории Мурской Республики.¹¹⁸

Эта телеграмма была лживым документом, при помощи которого авторы её хотели вырвать часть Советской Республики для контрреволюции, для акции, направленной на свержение Советской Республики, ссылаясь в ней на такие принципы, уважаемые руководителями Советской Республики, как воля словенского населения, право наций на самоопределение, международная социалистическая программа, добрососедские отношения. Об этом единогласно свидетельствуют данные самых противоположных источников.

¹¹⁷ Гос. фильмархив 2038. Свёрток МВД № 48. Народный Комиссариат Внутренних Дел 1185/1919 през.

¹¹⁸ Hadtörténelmi Intézet levéltára (Архив Военноисторического института, Будапешт) Советская республика, 43 № 111.

По словам участвовавшего в заговоре Йозефа Клекля, «Ткалец провозгласил словенскую социал-демократическую республику. Национально настроенные венгры, как Смречаньи, старшие офицеры, графы и т. д. стояли за него, потому что подлинной целью, о которой народ не знал, было создание маленького венгерского государства от Дравы до Дуная, т. е. на всей задунайской территории, которое позже победило бы большевиков в других частях страны».¹¹⁹

Но руководителей Советской Республики, которые не могли ещё ясно видеть изнанку событий, не ввело в заблуждение притворное приближение под видом дружбы, ведь цель формирования нового «самостоятельного государства» стала ясной тотчас же при стремлении к осуществлению своей «международной социал-демократической программы» *против Советской Республики*, из того, что оно *опиралось на империалистическую помощь* против Советской Республики.

Командование Красной Армии немедленно послало против мятежников войска, которые к 5-му июня подавали контрреволюционный мятеж.¹²⁰

Во вспыхнувшем в Словенской области контрреволюционном мятеже лозунг самоопределения словенской народной группы был только оружием в руках реакционных сил, вступивших в союз за свержение диктатуры пролетариата, в интересах скрытия их подлинных целей и обмана словенского народа. Не подлежит сомнению, что подавление мятежа в Словенской области со стороны вооружённых сил Венгерской Советской Республики было вполне обоснованным поступком в духе марксизма-ленинизма. Он соответствует положению, следующим образом изложенному Лениным в 1916 г.;

«Отдельные требования демократии, в том числе самоопределение, не абсолют, а частичка общедемократического (ныне: общесоциалистического) мирового движения. Возможно, что в отдельных конкретных случаях частичка противоречит общему, тогда надо отвергнуть её.»¹²¹

Контрреволюционные замыслы в Словенской области оказали характерное влияние на позицию парижской мирной конференции по отношению к этой территории. Югославянское правительство с самого начала требовало присоединения Словенской области к Королевству Сербов, Хорватов и Словенцев. Такая претензия была отклонена территориальной комиссией мирной конференции 12 мая 1919 г. Причина отклонения заключается, по-

¹¹⁹ J. KLEKL: *Novine i Marijin list pod boljševiki*. — Kalendar Najsvetejšega Srca Jezušovoga 1921. стр. 14—18.

¹²⁰ Описание событий контрреволюционного мятежа в Словенской области находится: J. KLEKL: *Novine i Marijin list*... Ук. соч., стр. 14—18, газета «Slovenec» от 21 июня 1919 г. — *Boljševizem v Prekmurju*; *Murska Straža* от 21 июня 1919 г. — *Prekmurški Slovenci*; L. ДЕМЕ—I. КЕЛЕТИ: *Az ellenforradalom Vas vármegyében és Szombathelyen* (Контрреволюция в комитате Ваш и в городе Сомбатхей). Сомбатхей 1920.

¹²¹ В. И. Ленин: *Сочинения*. Изд. 4, том XXII, стр. 326.

видимому, в тех контрреволюционных комбинациях, нити которых держали в руках где-то в Париже.

После неудачного контрреволюционного мятежа Словенская область как база интервенции потеряла своё значение для империалистов. Теперь уже не было препятствия тому, чтобы новое югославянское государство получило эту территорию. Девятого июля 1919 г. Верховный Совет в Париже, в противоположность прежнему решению, вынесенному два месяца тому назад, установил новую границу югославянского государства вдоль водораздельной линии между реками Мура и Раба, первого же августа дал разрешение Королевству Сербов, Хорватов и Словенцев оккупировать Словенскую область.¹²²

VI.

Применение права наций на самоопределение — дело не простое. Особенно не простое оно, если необходимо применить его по отношению к национальному меньшинству, и новую проблему означает, если речь идёт о территории со смешанным населением. Как мы видели, возникали осложнения даже в тех случаях, когда обе стороны соглашались с тем, что вопрос надо решать на основе права наций на самоопределение. В действительности судьбы ни одной из трёх рассмотренных территорий не были решены волей заинтересованного населения, соответственно праву наций на самоопределение.

Из рассмотренных конкретных фактов можно сделать следующее заключение.

Сербы Воеводины жили на территории со смешанным населением, на которой в 1918—1919 гг. ни одна проживающая там народная группа не составляла абсолютного большинства. Даже раздроблением территории нельзя было бы установить этнографическую границу. В этом случае, может быть, самым правильным решением было бы осуществление областной автономии, в которой каждый житель территории пользовался бы одинаковыми правами. Но автономная область не может существовать в качестве самостоятельного государства, и поэтому, закрепляя за собой свои автономные права, она должна присоединиться к государству той национальной группы, которая составляет относительное большинство населения. (Или, пожалуй, к государству, к которому большинство населения желает присоединиться.) Таково может быть решение вопроса на территории со смешанным населением, предполагая, что она находится между государствами с идентичным демократическим строем. Но если один из соседей является буржуазным,

¹²² dr. M. SLAVIČ: *Prekmurske meje v diplomaciji*, Slovenska krajina, стр. 86—87.

другой же социалистическим государством, то не подлежит сомнению, что интересы трудящихся, т. е. подавляющего большинства населения, требуют присоединения автономной области к социалистическому государству.

В Словенской и Примурской областях жило население относительно чистой национальности. Нет сомнений, что с ноября 1918 г. до марта 1919 г., ввиду того обстоятельства, что названные области находились в соседстве двух буржуазных государств с приблизительно идентичным демократическим устройством, судьбы проживающих здесь народных групп были бы решены самым удовлетворительным образом путём их присоединения к собственному национальному государству на основе принципов права наций на самоопределение. Никакая территориальная целостность или историческое право не могли служить уважительным обоснованием для воспрепятствования присоединению здешних словенцев и хорватов к Словении и Хорватии, тех территорий, на ксторому бы большинство населения использовало это свое желание. После 21 марта 1919 г., при изменившихся обстоятельствах, интересы трудящихся этих территорий, а также международного прогресса, заключались бы в укреплении социалистического государства. Такие интересы не могли означать того, чтобы (в случае Словенской области) эта территория силой удерживалась в рамках Венгерской Советской Республики против изъявленной воли населения. (Контрреволюционный мятеж в Словенской области явился не изъявлением воли словенского населения об отделении, а акцией венгерских контрреволюционеров, и, таким образом, разгромом его Советская Республика не погрешила против права наций на самоопределение.)

Нет сомнений в том, что присоединение территорий с абсолютным или релятивным югославянским большинством к югославянскому государству можно оценивать как решение, относительно лучше всего приближающееся к требованиям принципа права наций на самоопределение. Несмотря на это, проблемы этих территорий, прежде всего проблема Воеводины с её смешанным населением, урегулированием 1918—1919 гг. были решены неудовлетворительно. Ведь события, последовавшие за 1918—1919 годами, свидетельствуют о том, что сформированное под господством сербского короля буржуазное югославянское государство угнетало не только национальные меньшинства, попавшие под его власть, но оставляло без удовлетворительного урегулирования и взаимные отношения югославянских наций между собой. Поэтому совершившееся 1 декабря 1918 г. объединение можно рассматривать только как этап пути, ведущего к подлинному объединению югославянских народов.

Национальный вопрос, который в сложившемся под буржуазным руководством югославянском государстве оставался нерешённым, также свидетельствует о том, что в юго-восточной Европе буржуазия в это время уже не

способна (а если и способна, то только неудовлетворительно и временно) на решение национальной проблемы на территориях со смешанным населением.

Осуществить эту задачу в соответствии с принципом права наций на самоопределение в эпоху крайне обострённых национальных противоречий и пролетарских революций призван международный рабочий класс.*

Les populations sud-slaves de la Hongrie et le droit à l'autodétermination nationale (1918—1919)

par

L. Kővácsó

R é s u m é

A la fin de la première guerre mondiale, le principe de l'autodétermination nationale fut en général jugé comme étant le moyen appelé à résoudre les problèmes des nationalités. Mais l'acceptation unanime de ce principe ne signifia point que sa mise en pratique se fit sans heurt et dans la compréhension mutuelle. Ce ne fut surtout pas le cas dans les territoires habités par des populations mixtes formées de minorités nationales. Cet article se proposa d'examiner la situation qui régna en Voïvodine, île de la Mura et région slovène — territoires sud-slaves à population mixte qui appartinrent avant 1918 à la Hongrie — comment on y appliqua le principe de l'autodétermination pour trancher le problème de l'appartenance nationale.

Dans l'introduction, l'article esquisse les antécédents de la formation de l'Etat yougoslave qui fut créé le 1^{er} décembre 1918. Il n'omet pas de souligner que cet Etat — en dépit des aspirations fédéralistes témoignées par la bourgeoisie croate et slovène — tomba, par suite de l'évolution du rapport des forces, sous la coupe de la bourgeoisie serbe qui voulait créer un Etat centralisé. L'auteur passe ensuite à l'étude des divergences qui surgirent au sujet des sud-slaves de la Hongrie entre les créateurs de l'Etat yougoslave et les chefs de la révolution bourgeoise démocratique hongroise. Les deux parties firent également appel à Wilson et au droit à l'autodétermination. Mais tandis que la partie yougoslave entendait, par l'application de l'autodétermination, annexer à l'Etat yougoslave récemment formé, tous les territoires habités par des sud-slaves, Mihály Károlyi, Oszkár Jászi et d'autres chefs hongrois de la révolution démocratique pensaient — tout en reconnaissant l'indépendance de la Croatie et de la Dalmatie — à appliquer le droit à l'autodétermination en sauvegardant l'intégrité territoriale de la Hongrie.

En ce qui concerne la Voïvodine — les troupes du Royaume de Serbie ayant occupé le territoire — la conférence convoquée le 25 novembre 1918 par les chefs des partis politiques serbes déclara son rattachement à la Serbie. Même si on la considérait comme étant la volonté de toute la population sudslave — cette décision ne tint cependant pas compte de l'opinion de la majorité absolue (environ 60%) de la population de ce territoire.

Les paysans croates de l'île de la Mura se soulevèrent dans les premiers jours de novembre 1918 contre les seigneurs hongrois et le pouvoir bourgeois-féodal qui les opprimait. Ils ne rallièrent cependant pas l'Etat yougoslave qui, centralisé à Zagreb s'était formé des anciens territoires sudslaves de l'ex-Empire d'Autriche-Hongrie. Occupé finalement à la Noël de 1918 par des troupes croates ce territoire fut annexé au Royaume de Serbie-Croatie et Slovénie.

*Примечание: Всех имен городов и деревень, находившихся на тогдашней территории Венгрии, в статье мы даем на официальном венгерском языке. Здесь прилагаем список югославянских и румынских имен случающихся в статье местностей: Алшолендва — Доня Лендава; Банторня — Турнице; Чакторня — Чаковец; Черфёлд — Чренсовци; Дрававашархей — Неделиц; Кишсабадка — Мала Суботица; Мурарев — Хотыза; Мура-сердахей — Мурско Средице; Мурасомбат — Мурска Собота; Надьпалина — Велика Полана; Перлак — Прелог; Сабадка — Суботица; Темешвар — Тимишоара; Уйвидек — Новый Сад; Зомбор — Сомбор.

La région slovène (région wende) appartient à la Hongrie jusqu'au mois d'août 1919. A la fin de 1918 et au début de 1919, le gouvernement démocratique-bourgeois hongrois avait vainement essayé de se mettre d'accord avec les représentants slovènes et de régler la situation de ce territoire en lui accordant le droit à l'autonomie. La région slovène obtint son autonomie dans le cadre de la République Hongroise des Conseils qui prônait le règlement du problème des minorités nationales par le recours à des moyens internationalistes. Cependant la République des Conseils ayant poursuivi une politique paysanne erronée — car elle ne distribua pas les grandes propriétés — elle ne put se gagner l'appui des paysans pauvres slovènes. Ceci permit aux réactionnaires hongrois de susciter des soulèvements contre-révolutionnaires dans la région slovène. Avec l'assentiment de la conférence de la paix de Paris, la région slovène fut, le 12 août 1919, occupée par les troupes yougoslaves.

Le sort d'aucun des trois territoires en question ne fut donc décidé par la volonté de leurs populations, mais bien par la force.

De tout cela, l'auteur tire les conclusions suivantes:

La Voïvodine était un territoire à population mixte où, en 1918 et 1919 aucun groupe ethnique n'était en majorité absolue. La solution la plus appropriée dans le cas d'un territoire à population tellement mélangée serait l'autonomie de territoire. Ce territoire autonome devrait être annexé à l'Etat dont la population est la plus proche du groupe ethnique qui constitue la majorité relative de la population du territoire en question (le cas échéant, à l'Etat auquel la majorité de la population déclarerait vouloir appartenir). Telle serait la solution du problème d'un territoire à population mixte, au cas où il se trouve situé entre des Etats bourgeois d'un degré semblable de démocratisation. Cependant, si l'un des voisins est un Etat bourgeois et l'autre un Etat socialiste, il devient manifeste que les intérêts des travailleurs, constituant la majorité décisive de la population, réclament l'annexion du territoire autonome à l'Etat socialiste.

L'Île de la Mura et la région slovène présentaient des populations d'origines croate et slovène relativement pures. Se trouvant entre novembre 1918 et mars 1919 dans le voisinage de deux Etats bourgeois au même degré de démocratisation, la solution la plus satisfaisante serait sans aucun doute leur annexion à leur Etat national. Par contre, après le 21 mars 1919 les intérêts des travailleurs, tout aussi bien que ceux du progrès, exigeaient de renforcer l'Etat socialiste.

Quant aux trois territoires en question, les événements qui ont été ainsi relatés étayaient, eux aussi, l'idée que le nationalisme bourgeois n'était plus capable de régler la question des minorités nationales en faveur des intérêts des populations dans les territoires multinationaux de l'Europe du sud-est, à une époque où les antagonismes nationaux extrêmement aigus allaient de pair avec la progression des révolutions prolétariennes. La solution du problème, l'autodétermination nationale, n'est possible qu'avec les moyens offerts par l'internationalisme de la classe ouvrière.

The Mission of General Smuts to Budapest April, 1919*

by

Zs. L. NAGY

Radical changes in the foreign policy of Hungary followed the proclamation of the Hungarian Soviet Republic. The Revolutionary Hungarian Government concluded an alliance with Soviet Russia and attempted, under extremely adverse circumstances, to turn it into an effective one. It was simultaneously announced that Hungary wished to establish friendly, peaceful relations with all countries including her immediate neighbours. "The government stands for peace", said Béla Kun, "and wants to live in peace with all the world. Our road leads to true peace because we strive for an understanding of the peoples and not for the conclusion of military alliances."¹ Such a declaration — no matter how sincere it was — could not be expected to elicit an enthusiastic response from the governments of the neighbouring countries. But the Hungarian Soviet Government — unlike the bourgeois democratic one — categorically stated that it did not insist on territorial integrity and did not intend to re-establish the borders of historical Hungary.²

Such an attitude ought to have found favour, if not with the governments, at least with the population of the adjacent countries.

The Hungarian Soviet Republic inherited from the bourgeois democratic revolution an almost entire isolation in foreign policy, and in the last days of March the situation seemed to deteriorate still further.³ The aim of the Hungarian government was to emerge from the isolation and to strengthen international ties, an attitude following from the fundamental principles of the revolutionary foreign policy and demanded, besides, by sheer necessity. Consequently, the government asked the western delegates to remain in the country, welcomed foreign journalists, and even made special provisions for

* From the author's monograph on "The Paris Peace Conference and Hungary 1918—1919.", Published in 1965, Budapest.

¹ In the journal "Vörös Ujság", March 30, 1919. Published in *A magyar munkásmozgalom történetének válogatott dokumentumai* (Selected Documents of the History of the Hungarian Labour Movement; in the following S. D.) Vol. 6, Budapest, 1959, p. 76.

² Op. cit.

³ The Entente missions and the other foreign representations which had arrived at the time of the bourgeois revolution tried to leave Budapest as soon as possible.

the safety of foreign diplomatic missions.⁴ Béla Kun and the other leading politicians repeatedly declared that the Hungarian Republic “did not harbour any resentment” against the countries of the Entente and was ready to establish diplomatic relations with them.⁵

The difficult position of the Hungarian government demanded such a policy. The characteristics of this situation may be summed up as follows. Following the armistice and the collapse of the Monarchy, the peace negotiations that were to decide the boundaries of the new states were in full swing. The Hungarian government had to alleviate the serious food and supply shortage which isolation and the lack of foreign trade had aggravated. Hungary had not accepted the decision of the Paris Peace Conference, as contained in the so-called Vix memorandum, and followed the road of revolutionary development. This increased the antipathy of the bourgeois and imperialistic governments. The Hungarian government had to reckon with the possibility that the Czechoslovak and Roumanian bourgeoisie would try to take advantage of the situation and, using the “Bolshevist danger” and the alleged contempt of the Peace Conference as an excuse, would advance their posts and try to disarm the revolutionary movements of their own masses by territorial acquisitions.

The Hungarian government considered this last possibility;⁶ the fact that it did not reckon with an immediate armed attack was due to a misjudgment of the international situation. The statements of the revolutionary leaders, the foreign news and commentaries published by the newspapers “Vörös Ujság” and “Népszava”, reveal the government’s hope for a quick diffusion of the socialist revolution in Europe. They viewed every phenomenon of the international labour movement from this angle. They were misled by a faulty appraisal of the situation which influenced the internal policy as well.⁷

The fact that Soviet Hungary was an ally of Soviet Russia played a considerable part in moulding the relations between Hungary and the Entente. The “contact” between Soviet Russia and the other countries consisted in struggling against their armed intervention. Let us not overlook the significance of the fact that through the Hungarian revolution, Soviet Russia was

⁴ Statement of E. Bolgár, the Hungarian minister in Vienna. “Népszava”, April 4, 1919. The dictatorship of the proletariat. The foreign policy of the Hungarian Soviet Republic.

⁵ See, for instance, the reports of PH. M. BROWN: *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference.* (in the following: *Papers PPC.*) Vol. XII, Washington, 1947, pp. 420, 423.

⁶ For example, see Béla Kun’s greeting to the government of Soviet Russia in: *Kun Béla a Magyar Tanácsköztársaságról* (Béla Kun on the Hungarian Soviet Republic). Budapest, 1958, p. 151.

⁷ Its military and the questions of army organization are treated by E. LIPTAI in *A magyar Vörös Hadsereg harcai 1919-ben* (The Fights of the Hungarian Red Army in 1919). Budapest, 1960. For the policy towards the nationalities and the land question, see L. KÖVÁGÓ’s monograph, *A magyarországi délszlávok 1918–19-ben* (The Southern Slavs of Hungary, 1918–1919).

able to establish contact with and receive news from Europe, and obtained the opportunity to reveal the truth and to refute the calumnies concerning the revolution.⁸ British and American political circles actually toyed with the idea of Hungary to play a mediatory role between the Entente and Soviet Russia.⁹

But did the social changes in Hungary affect Paris? The Peace Conference had opened in January, 1919, and most participants spoke about its first great crisis at the end of March already.¹⁰ The French claim to occupy the Rhine and Saar areas, the Italian claim to Fiume, the German reparations, and the Far Eastern plans of the United States elicited heated debates and sharp controversies among the Big Four.¹¹ These factors of internal discord were overshadowed by the nightmare of the peace conference, the very existence of Soviet Russia, the fear of a possible spread of communism, the fear that the Russians might ally themselves with the Germans and so upset all their plans.¹²

All those who have devoted considerable time to studying the problems of the Peace Conference agree with the statement of Wilson's biographer that, although numerous important questions were on the agenda, "the critical factor at Paris was the Russian problem".¹³

Military intervention against Russia had been going on for a long time, but the question of the future policy towards Russia became the central topic of the discussions just at the end of March, 1919. Marshal Foch, a leading figure of the more aggressive French military circles, had earlier proposed to the Council of Ten to launch a concentrated armed attack (under French leadership) against Soviet Russia ". . . by mobilizing the Finns, Poles, Czechs, Roumanians and Greeks, as well as the Russian pro-Ally elements still available."¹⁴ Winston Churchill, too, was in favour of some action which would put an end to the Russian problem.¹⁵

⁸ S. GÁBOR: *Dokumentumok Szovjetország és a Magyar Tanácsköztársaság kapcsolatáról* (Documents regarding the relations between Soviet Russia and the Hungarian Soviet Republic), Párttörténeti Közlemények 1961. No. 1; T. HAJDU: *A Tanácsköztársaság és Szovjet-Oroszország kapcsolatának történetéhez* (History of the relations between Soviet Hungary and Soviet Russia), Párttörténeti Közlemények, 1961, No. 3.

⁹ See the reports of PH. M. BROWN, *Papers PPC*. Vol. XII, pp. 426, 437—438; H. NICOLSON: *Peace making 1919*. London, 1934, p. 293.

¹⁰ H. NICOLSON, op. cit. p. 291.

¹¹ L. FISCHER: *The Soviets in World Affairs. A History of the Relations between the Soviet Union and the Rest of the World, 1917—1929*. Princeton, 1951. Vol. I, p. 178. — C. DAY: *The Atmosphere and Organization of the Peace Conference. What Really Happened at Paris. The Story of the Peace Conference 1918—1919, by American Delegates*; edited by E. M. House. — Ch. Seymour. New York, 1921, p. 31.

¹² See Lloyd George's secret memorandum of March 25, 1919. (Considerations of the Peace Conference). — L. FISCHER, op. cit. Vol. I, p. 178.

¹³ R. S. BAKER: *Woodrow Wilson and the World Settlement*. New York, 1922. Vol. II, p. 64. Similar views are held by B. H. WILLIAMS: *The economic Foreign Policy of the United States*. New York, 1929, p. 157. For Churchill's attitude see *ibid.*

¹⁴ *Papers PPC*. Vol. IV. Washington, 1943. pp. 121—122.

¹⁵ LLOYD GEORGE: *The Truth about the Peace Treaties*. London, 1938. Vol. I, p. 367.

Wilson, Lloyd George and Clémenceau opposed this plan and had formed the conviction by the end of March that not the soldiers of the allied powers should be employed for actions against Russian bolshevism. Though the general plan was rejected, part of it was carried out, proving that the existence of Soviet Russia and the fight against communism had become inseparable from the various problems of the Conference and that it influenced Hungary's situation as well.

Foch's plan of intervention included the obtainment of active support from the royal Roumanian government by means of concessions and gifts that would not burden the budgets of the Great Powers. It was thus that, on Roumanian initiative and at the suggestion of A. Tardieu, the Peace Conference decided on March 12, 1919, to establish a "neutral zone" and to advance the Roumanian royal forces. This decision, contained in a note, was handed to Mihály Károlyi by Lt. Col. Vix on March 20, 1919.¹⁶

Before becoming aware of some of its consequences, the Peace Conference had regarded this step insignificant. However, after March 22, the representatives of the Entente in Budapest and Vienna announced the refusal of the Hungarian government to accept the note, and announced at the same time the establishment of a new communist government. The perspicacious officers of the special mission headed by A. C. Coolidge, and a few foreign correspondents pointed out the significance of this change and its effect on the Peace Conference in the very first days already.

A. Bartlett, a British journalist, who stayed in Budapest during March, gave the best picture of the Hungarian events: "It brought the odious doctrines of Moscow within a three hours' journey of Vienna, a day's journey of Berlin and only thirty-six hours of Paris."¹⁷ So the plans of Marshal Foch backfired, for their aim was to wipe out all possible effects of communism and the changes in Soviet Russia.

The situation, as revealed by an U. S. army officer was important for Paris too: "The grave significance of this revolution is that this, the first important decision of the Peace Conference made known to one of the Central Powers, has been met by open defiance. Hungary has refused to comply, and is holding the club of Bolshevism over the Allies and asking 'What are you going to do about it?' The precedent set by this action will offer an encouragement to the Germans which may be disastrous."¹⁸ His discussion with Renner,

¹⁶ This statement is correct although the matter of the neutral zone had been discussed before Marshal Foch's proposal. See S. NAGY JUHÁSZ: *A magyar októberi forradalom* (The Hungarian October Revolution). Budapest 1945, p. 505. — C. A. MACARTNEY: *October Fifteenth. A History of Modern Hungary 1929—1945*. Edinburgh, 1956, Vol. I, p. 22. — Recent Hungarian literature contains similar conclusions: S. GYÖRFFY: *Adatok az antant hatalmak magyarországi politikájához* (Data regarding the Entente's Policy towards Hungary), January—March, 1919. Századok, 1954, No. 4, pp. 587—88.

¹⁷ E. A. BARTLETT: *The Tragedy of Central Europe*. London, 1923, p. 65.

¹⁸ *Papers, PPC*. Vol. XII, pp. 418—419.

the Austrian Chancellor, confirmed his anxieties still further. Renner is stated to have said that “. . . as regards German Austria, it had already decided that if the country was dismembered — especially referring to German Bohemia and German Tyrol — the German Austrian Government would resign, just as had done the Hungarian Government, and would turn the Government over to whoever would take it. He added that this would mean inevitably Bolshevism.”¹⁹

Captain Roosevelt spoke about Austria, but everybody in Paris had Germany in mind. The German peace treaty was not yet fully drafted, and there was great tension as to whether the German Government would accept it.²⁰

The course of events in Hungary was attributed by the participants of the Peace Conference to the mistaken aggressive French policy. Not only was Vix's crude method blamed but also the decision to set up a neutral zone.²¹ The growth of French influence in these areas was not favourable to British interests, and Wilson and his advisors decidedly opposed violence and armed actions. It must be remembered that the Conference of Prinkipo was suggested by the Anglo—American group precisely at the end of March.

The Big Four had as yet no clear view of the Hungarian situation. Communiqués from Vienna called attention to the danger, but the actual meaning of the political change was not understood. One announcement followed the other from Vienna and Budapest, and these not only described and appraised Hungarian events but also made suggestions for the future.

All available data point to the fact that the proclamation of the Hungarian Soviet Republic caught the Entente unaware. Although it was understood that “something” should be done about it, there was no accord as to what this “something” should be. According to Captain N. Roosevelt, there were three alternatives: (1) occupy Hungary with Czechoslovakian or Roumanian troops; (2) take over the territory with allied forces; (3) force the Hungarian Government to resign by blockade — although this latter promised to be a rather circuitous method.²² Ph. M. Brown's proposals, too, reflect uncertainty. He regarded the proclamation of the Hungarian Soviet Republic as an expression of nationalism and the tension over territorial integrity. At the same time, he was convinced that the Hungarian government was not extremely radical,

¹⁹ Op. cit. p. 282.

²⁰ See, for instance, the session of the Council of Four held on April 8, 1919 in *Papers PPC*. Vol. V. Washington 1946, pp. 65—66. — L. ZSIGMOND: *A versaillesi békeszerződés életbe léptetése* (The enactment of the Treaty of Versailles). Századok, 1957, Nos 1—4, pp. 270—271.

²¹ Admiral Sir Thomas Troubridge, the President of the Danube Commission, to H. Hoover, the head of the Organization of American Relief in Europe, May 26, 1919. *Organization of American Relief in Europe 1918—1919*. Ed. by S. L. Bane and R. H. Lutz. Stanford University Press, 1943, p. 517. — *Papers PPC* Vol. XI. Washington, 1945, p. 135; H. NICOLSON, op. cit., p. 297.

²² *Papers. PPC*. Vol. XII, p. 419.

although it might become so.²³ In his report of March 25/26, he explained that if the Entente took a friendly attitude and emphasized the temporary nature of the boundaries, a further radicalization could be prevented.²⁴ Yet, he was not sure that these steps were the most expedient ones. In his note of March 26, he suggested military intervention in combination with conciliatory assurances.²⁵ In his memorandum of March 30, he once more recommended military intervention as the best solution.²⁶ After becoming acquainted with the various members of the government and having had negotiations with Kunfi, he held that "in the light of the *démarche* of Kunfi" it was possible to come to terms with the new government.²⁷

First, the Hungarian events were treated at the Paris Peace Conference not as a "Hungarian problem" but as that of a successful fight against bolshevism. On the 25th of March, the Big Four — instead of discussing the events in Budapest — concerned themselves only with their possible repercussions in Odessa and Bucharest. At this very instructive discussion, Wilson's and Lloyd George's suggestion concerning the evacuation of Odessa was strongly opposed by the French.²⁸

The session of the U. S. plenipotentiaries, held on March 27, gave voice to the same cautious Anglo—American policy. Capt. N. Roosevelt and Prof. A. C. Coolidge were invited. The former repeated his suggestion in favour of a military action. Robert Lansing, the U. S. Secretary of State, refused the employment of either Entente or Czechoslovak—Roumanian forces. General T. H. Bliss, the U. S. plenipotentiary at the Peace Conference, held a similar view. He said: ". . . we had no reason to change our attitude towards Hungary merely because a change of government had occurred there which did not suit us very well. . . . The line of the neutral zone which had been drawn was absolutely unjust and we should not make matters worse by enforcing an extremely unjust decision by force of arms." According to the minutes, "The Commissioners realized how difficult it would be to revoke a decision which had formerly been reached by the Peace Conference, but felt that whereas we had once been fooled into agreeing to a rotten decision, we should no longer have the injustice of backing it up by force of arms."

The participants agreed that President Wilson should be urgently informed of the situation, and General Bliss was asked to draft a memorandum

²³ R. Lansing forwarded his report of March 25 to Wilson on March 27. *Papers PPC*. Vol. XII, p. 424; His report of March 26: *ibid.*, p. 420.

²⁴ *Papers PPC*. Vol. XII, p. 421.

²⁵ "Military intervention by British and American troops combined with conciliatory assurances might be of the wisest course to pursue." *Ibid.*

²⁶ This was not published and is known only from a reference. *Op. cit.* p. 427.

²⁷ *Ibid.* p. 427. The contents of the *démarche* of Kunfi is not treated, nor is its text known. From the circumstances and the succeeding events it seems almost sure that it contained sweeping concessions.

²⁸ P. MONToux: *Les délibérations du Conseil de Quatre* (24 mars—28 juin 1919). Paris, 1955, Vol. I, pp. 18—23.

on the pending problems. "General Bliss agreed to draft a memorandum for the President on the whole subject" — we learn from the minutes — "but assured the other Commissioners that if he drafted the memorandum it would be red hot. Mr. White and Mr. Lansing assured him that they would back him up on anything that he wrote as it could not exaggerate their feelings in the matter". R. Lansing undertook to phone President Wilson asking him not to release any decision to the Quai d'Orsay before receiving the memorandum.²⁹

The assembly made one more decision of extreme importance for Hungary. H. Hoover wanted to know what should happen to the foodstuffs that had been paid for by the bourgeois government but were due to arrive now only. There were no objections to delivering the food to the Hungarian government, and it was even thought that pressure should be applied to the Serbian government in this connection.³⁰

On the 27th of March, the Big Four went on discussing the problem how the flow of revolutionary movements in Central Europe could be stemmed. The French and partly Italian plans regarding the occupation of Vienna and Budapest by allied troops was rejected by the Americans and the British. General Bliss repeated the standpoint of the US plenipotentiaries.³¹

The victory of the American and British standpoint meant that the Peace Conference would not use armed forces against the Hungarian Soviet Republic. But it was decided to take a few other steps soon. When the foreign ministers discussed the lifting of the Austrian and the Hungarian economic blockade — originally proposed by the Supreme Economic Council on March 12th — it was decided to maintain it against Hungary "in view of the events that have lately taken place there", that is to say because of the proclamation of the Hungarian Soviet Republic.³²

However, in view of the fact that the various above-mentioned questions had aggravated the situation among the Great Powers, it seemed clear that the Big Four were not going to take a risky military action against Hungary. Under the given conditions, it would have rather suited their interests to find way of re-establishing relations with Hungary in order to learn the nature of the change there and to find some *modus vivendi*.

²⁹ *Papers, PPC*. Vol. XI, pp. 134—135. This part of the debate is fully published in S. D. 6/A. 3., pp. 57—58.

³⁰ *Papers, PPC*. Vol. XI, p. 136. The shipment of fats discussed by the Hungarian Government on March 22 was also under consideration. Párttörténeti Intézet Archivuma (Archives of the Historical Institute of the Hungarian Socialist Labour Party, in the following: S. L. P. Arch): a Forradalmi Kormányzótanács üléseinek jegyzőkönyve (Minutes of the cabinet councils, March 22, 1919).

³¹ P. MANTOUX, *op. cit.*, Vol. I, pp. 42. ff.

³² *Papers PPC*. Vol. IV, pp. 522—524. Questions concerning the blockades have been reviewed by Zs. L. NAGY: *Az antant segélyprogramja és az 1918/19-es forradalmak* (The Relief Programme of the Entente and the Revolutions of 1918—1919). Párttörténeti Közlemények. 1963. No. 3.

The growing tendency towards peaceful measures and discussions made the small allies of the Great Powers, e.g. Czechoslovakia and Roumania, extremely anxious. Their governments were hostile to Hungary and considered the victory of the proletarian revolution a twofold danger. They held that its beneficial effects would reinforce the labour movement in their countries, especially in Czechoslovakia, or lead the bourgeois democratic transformation along a similar path. Secondly, they were agitated by the new conditions because they saw their territorial aspirations jeopardized. To avert the unfavourable course of events, the young Czechoslovakian republic and the Roumanian monarchy were ready to undertake armed intervention. This perfectly suited the taste of the imperialist French military circles. The Peace Conference rejected such projects, but the French did not give them up. By the end of March, French headquarters in Belgrade had already completed their plans for an organized intervention by Czechoslovakian and Roumanian troops against the Hungarian Soviet Republic.³³

The prospects for the Hungarian government to establish contact with the Great Powers were nevertheless promising. The approval of the U. S. A. and Great Britain appeared to be probable, and it was likewise probable that they would moderate the French preparations for intervention. The members of the Hungarian Government presumably weighed these possibilities, for they were quite familiar with the disagreement existing between the Great Powers.

Here it is important to consider a note of the Hungarian Government which has so far remained unknown in Hungarian literature. The matter of Hungary was discussed by the Big Four on March 29, 1919, when the Italian Prime Minister, Orlando, submitted the Hungarian memorandum to his colleagues. He said that the note, signed by Béla Kun, reached him through Prince Borghese who had stayed in Budapest at the time.³⁴ The Hungarian text of this paper has not yet been discovered in Hungarian archives. It was not published by the contemporary Hungarian press, nor has it been discussed in Hungarian memoirs and monographs.³⁵ The possible causes of this omission will be discussed further below. The memorandum presented to the Council of Four reads as follows:

“Aide Memoire for Prince Borghese (Communicated to the Prime Minister by M. Orlando on 29th March, 1919.)

³³ See V. KRÁL: *A csehszlovák burzsoázia intervenciósháborúja a magyar Tanácsköztársaság ellen 1919-ben* (The Intervention of the Czechoslovakian Bourgeoisie Against the Hungarian Soviet Republic in 1919). Szlovákiai Szépirodalmi Kiadó, 1956, pp. 74, 80–81, 90; also E. LIPTAI, op. cit. pp. 95–99. The newspapers “Vörös Ujság” and “Népszava” treated the question of a possible Czechoslovakian and Roumanian intervention daily at the beginning of April.

³⁴ P. MANTOUX, op. cit. Vol. I, pp. 80–83.

³⁵ The foreign authors, too, hardly seem to know it or rarely make use of it. Reference to it is contained in S. G. MILLIN: *General Smuts*. London, 1936, Vol. II, pp. 198–199.

The New Government of Hungary, the Council of the Commissioners of the People, recognise the validity of the Treaty of Armistice signed by the former Government and do not think that the non-acceptance of the note presented by Colonel Vix has infringed it.

By asking Russia to enter the alliance with the Republic of the Councils of Hungary, the Government has not thought that this step might be interpreted as an expression of its desire to break all diplomatic intercourse with the Powers of the Entente, and still less as a declaration of war on the Entente. The alliance with Russia is not a formal diplomatic alliance, it is at the most — if we may use the expression — an 'entente cordiale', a natural friendship justified by the identical construction of their respective constitutions, which in the thought of the Hungarian Government does not in any way imply an aggressive combination. The new Hungarian Republic, on the contrary, has a firm desire to live in peace with all the other Nations and to devote its activities to the peaceful social reorganisation of this country.

The Hungarian Socialist Party has been driven by the force of the events to take hold of the executive power. It wishes to organise a new social State, a State in which every man will live of his own work, but this social State will not be hostile to other Nations. It wishes on the contrary to co-operate for the great human solidarity.

The Government of the Republic of the Councils of Hungary declare themselves ready to negotiate territorial questions on the basis of the principle of self-determination of the People, and they view territorial integrity solely as in conformity with that principle.

They would gladly welcome a civil and diplomatic mission of the Entente in Budapest and would guarantee to it the right of extraterritoriality and undertake to provide for its absolute safety.

Bela Kuhn
Commissioner of the People for
Foreign Affairs

Bpest, March 24, 1919.³⁶

When comparing the note with the commonly known attitude of Hungary concerning matters of foreign policy and the pertinent statements of Béla Kun, it is clear that it contains nothing new but only summarizes the government's attitude towards the Great Powers. (A similar declaration was issued to the people of Hungary and the international proletariat as well.) It is, we think, only natural that this note concerns itself with and interprets the relation of Hungary and Soviet Russia in detail, and emphasizes the peaceful goals of both the alliance and the Hungarian Government.³⁷

Orlando's submittal and the standpoint of Wilson stirred up a storm at the conference. President Wilson did not see any reason to refuse the request of the Hungarian government and proposed to send out a commission forthwith. This was backed by Lloyd George and to some extent also by Orlando. (The Italians hoped that Prince Borghese would be a member of the commission.) Clémenceau attempted to delay the decision and had a heated

³⁶ *Papers PPC* Vol. V, p. 18. (My italics, Zs. L. N.) The name of Béla Kun is mentioned variably in the contemporary documents.

³⁷ The western public was especially concerned with the relations between Soviet Hungary and Soviet Russia. Béla Kun answered the questions of the foreign correspondents in the sense of the note in question. See: "Vörös Ujság", April 3, 1919, "Népszava", April 5, 1919. Published in B. KUN, op. cit. pp. 162, 170.

controversy with Wilson and Lloyd George. The name of Smuts as the head of the mission cropped up at this time already.³⁸

The discussion continued on the following two days with the participation of the foreign ministers. Pichon, referring to the obligations of the Entente towards Roumania, likewise opposed the delegation of a mission to Hungary. The American, British and Italian political leaders emphasized that it would be wrong to throw one country after the other into the arms of bolshevism by pursuing a mistaken policy. Finally this standpoint prevailed, and it was decided to appoint "Smuts' mission". Smuts' duty was to examine the situation of the Entente missions in Budapest, the problems of the neutral zone and, if possible, to try in Bucharest to stop the Roumanian — Hungarian hostilities.³⁹

It was as a result of sober deliberations and tactical considerations that the Great Powers arrived at this decision. They had to evacuate Odessa and its environments in the early part of April and withdraw the French troops from there. This, together with events in Hungary, temporarily pushed aggressive French policy into the background. The United States and Great Britain tried to benefit from this situation by increasing their influence and reputation in areas where the growth of French influence seemed in any case to be undesirable. Their attention and energy were, however, directed toward questions of much greater significance (the German problems, colonies, Fiume, Soviet Russia); neither the United States nor Great Britain wanted to prematurely increase the confusion and difficulties that were prevailing in the states of the dissolved Monarchy, and this the less so as they were not sure whether the new Hungarian political system was actually the same as the revolution in Russia. Moreover, the application of peaceful means to liquidate bolshevism suited their interest better than military actions of doubtful issue. Time had to be gained and information gathered. The appointment of Smuts and his mission solved all these problems.

How was this decision viewed and appraised in Budapest?

Chicherin, the People's Commissar for Foreign Affairs in Soviet Russia, had notified the Hungarian government on April 3 already that Smuts "as the

³⁸ P. MANTOUX, op. cit. Vol. I, pp. 80—83.

³⁹ Op. cit. pp. 98—104., *Papers PPC*. Vol V, p. 16. Hungarian historiography of the 50s drew a distorted picture of General Smuts. To present him as a simple colonial soldier was not misleading but meant a derogatory judgement at the same time. Such a vulgar representation of given conditions and historical personages is far below the level of present Hungarian historiography.

Without reference to the commonly-known biographical data of Jan Christian Smuts, we only mention that he opposed armed intervention in Soviet Russia, and he opposed French policy on the question of the German Peace Treaty. He did not study and was not familiar with the problems of East and Central Europe. See S. G. MILLIN, op. cit., Vol. I. and especially Vol. II; V. S. MAMATEY: *The United States and East Central Europe 1914—1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda*. Princeton, 1957, pp. 150—151; R. LANSING: *The Peace Negotiations. A Personal Narrative*. New York, 1921, p. 73; J. PRATT: *A History of U. S. Foreign Policy*. New York, 1955, p. 499; W. KEITH HANCOCK: *Smuts*. Vol. I.

chief physician of the Bolshevik disease was to be sent to Hungary with food and supplies".⁴⁰ A few days later, the Budapest papers gave complete coverage to foreign statements and reports emphasizing the significance of Smuts' mission. They presented a true picture of the shift of power in favour of the United States and Great Britain, one of the basic factors responsible for the decision.⁴¹ At the same time, they exploited the diplomatic success of the Hungarian Republic. The newspaper *Vörös Újság* wrote that "the Hungarian Soviet Republic has won its first battle . . . What the Károlyi government was unable to attain by the exchange of notes through many months, the government of the proletariat has now achieved."⁴² It continued that ". . . imperialism does not follow a sentimental policy and does not treat the peoples and countries according to like and dislike, but according to their strength. Semi-bourgeois Hungary was weak, therefore it was ordered about, the Hungarian Soviet Republic is strong, and so she is accepted as a negotiating partner."⁴³

All this requires no comment. Such a turn of events was undoubtedly favourable for Hungary. It increased her reputation and impressed her neighbours who, because of the appointment of Smuts' delegation and his conferences, had to interrupt their preparations for an intervention, and postpone the already scheduled time of the attack.⁴⁴

The Budapest press published Czechoslovak statements to the effect that no intervention in Hungary was planned.⁴⁵ The significance of Smuts' mission is clear if for no other reason than because of the prolongation of the intervention.

In Hungary, the decision of the Peace Conference not only assumed a somewhat modified aspect but greatly raised the hopes of the revolution as well. Hungary's leaders viewed the international situation in the following

⁴⁰ Published by S. GÁBOR, op. cit. p. 214.

⁴¹ A section of the article "Smuts tábornok Budapestre érkezett" (The Arrival of General Smuts in Budapest) in the "*Vörös Újság*" of April 5, 1919 deserves especial attention. It bears the subtitle "Amerika szembeszállt a megtévesztés politikájával" (America Opposing the Policy of Deception). See also: "Népszava", April 5, 1919: "A békekonzferencia végleg lemondott a fegyveres intervencióról" (The Peace Conference finally abandons the idea of armed intervention). The titles of the articles are exaggerated but they show a true evaluation of the existing conditions and are based on reality.

⁴² "*Vörös Újság*", April 5, 1919. "Smuts tábornok Budapestre érkezett" (General Smuts has arrived in Budapest). The article refers to Károlyi's request to the Great Powers to send diplomatic missions to Hungary. This question remained unanswered. See *Papers PPC*. Vol. II, Washington, 1942. pp. 204—205. The Czechoslovakian government was chiefly responsible in this respect. See E. BENES: *The Revolution of Nations*. Bratislava-Pozsony, 1936, Vol. III, pp. 215—216. Károlyi evaluated the mission of General Smuts similarly. See: *Faith without illusions. The Memoirs of Michael Karolyi*. London, 1956, pp. 157—158.

⁴³ This power is derived from the support of the international proletariat. "Népszava", April, 6, 1919. "A proletárdiktatúra külpolitikája", The Foreign Policy of the Dictatorship of the Proletariat.

⁴⁴ E. LIPTAI, op. cit., pp. 102—103.

⁴⁵ "*Vörös Újság*", April 5, 1919. "Smuts tábornok Budapestre érkezett".

manner: the policy of intervention had suffered a defeat at Odessa; there was a significant disagreement among the Great Powers; Paris had refused to deal with Károlyi, but has now sent Smuts' mission to Hungary (it was believed that he would continue his way to Moscow from Budapest);⁴⁶ the German revolution was in progress, and the news of the proclamation of the Bavarian Soviet Republic was to be expected in a few days. All this contributed to the self-assurance of the Hungarian revolutionary Government and was suitable for increasing the faith in the Hungarian Soviet Republic. We think that the omission to inform the public of the fact that it had been Hungary which initiated the whole matter and the publication of nothing but the decision about Smuts' mission must be regarded as attempts to create and maintain a favourable atmosphere.

The Hungarian political leaders could well fit these facts and foretokens into their conceptions concerning foreign policy and their hopes for the near victory of an international revolution. All this contributed to the formation of a too encouraging view regarding the situation of the Hungarian Soviet Republic, and a distorted one regarding the position of the Great Powers. This circumstance played an important role by filling the Hungarian government with self-assurance during the conferences with Smuts; it was also the reason why the leaders of the country were unprepared when the armed hostile intervention occurred just at a time at which the Hungarian government was hoping for the best.

The Paris decision caused great trouble and anxiety not only in French military circles, in the Czechoslovakian and the Roumanian government, but also among the delegates sent by the Great Powers to Vienna. "This news caused us the worst forebodings" writes A. Bartlett recalling the events. They all regarded the mission of the general as the first step towards the recognition of the Hungarian Republic. Therefore, Macartney and A. Bartlett (the former a correspondent of *The Times*, the latter of the *Daily Telegraph*), further Capt. J. W. Freeman, the deputy of Admiral Troubridge in the Danube Commission of the Allies, decided to have a talk with the general. According to Bartlett, their purpose was twofold: "We agreed to unite our joint efforts to give Smuts a true picture of the Bolshevist leaders and their policy, and to stop the official recognition of Bela Kun at all costs; and also to do everything in our power to check the malicious propaganda of Professor Brown, who is quite incapable of seeing the situation aright."⁴⁷

⁴⁶ This is what Chicherin wrote in his telegram, and what the Hungarian papers published: "Népszava", April 5, 1919. "A békekonzferencia végleg lemondott a fegyveres intervencióról" (The Peace Conference has finally abandoned the idea of armed intervention). It was actually considered in Paris to send Smuts to Russia with a mission, but it was not connected with his visit to Budapest, and was never realized. S. G. MILLIN, op. cit. Vol. II, p. 73

⁴⁷ A. BARTLETT, op. cit., p. 106.

The British Tory papers sharply criticized Paris for having sent the mission. This, they wrote, "will be regarded by the Bolsheviki as a sign of weakness", and they were certain that Smuts' mission would be quite as unsuccessful as had been his earlier efforts for a separate peace with Austria and Hungary.⁴⁸ Some of the criticisms were directed against Smuts himself and not the mission in general. For example, Admiral Troubridge, the head of the Danube Commission, had offered in March to travel to Budapest in order to stop further "bolshevization", was naturally critical of the appointment of the general and skeptical as to the results of his mission.⁴⁹

*

General Smuts and his suite left France in a special train on April 1, 1919, and reached Vienna by way of Switzerland on April 3rd.⁵⁰ There, Lt. H. Nicolson visited the legation of Soviet Hungary and announced to the Hungarian minister, Elek Bolgár, the arrival of the mission and their desire to go on to Budapest the same evening. Bolgár reported this to his government and, joining the mission, arrived with it in Budapest on April 4th, in the early morning.⁵¹

Without accepting the accomodation offered by the government, the general and his suite remained in the special train where the negotiations were then held during two days.

Before these conferences began there was a minor, but interesting debate among the Hungarian participants. Péter Ágoston, who was one of the two Commissioners of the People for Foreign Affairs usually handled western relations. (It was, for example, his job to receive the Entente officers, diplomats, etc.) When Smuts arrived, he desired to lead the negotiations, but Béla Kun very correctly and unmistakably rejected his claim and decided to do it himself.⁵² This, of course, does not mean that he was the only person to confer

⁴⁸ S. G. MILLIN, *op. cit.*, Vol. II, p. 200.

⁴⁹ He criticized the general's ignorance of Hungarian affairs and commented upon the fact that he did not leave his special train during his entire stay in Budapest. See Troubridge's letter to H. Hoover May 26, 1919. *Organization of America Relief*, p. 514.

⁵⁰ According to S. G. Millin the mission had 14 members: *op. cit.*, Vol. II, p. 200. Its members, not known from official sources but memoirs, were Col. Leeper, Col. Heywood of the Military Intelligence, C. Butler of the Food Control Commission, the A. D. C. of the general, and finally a French and an Italian officer whose names H. Nicolson, also a member of the mission, characteristically forgot. H. NICOLSON, *op. cit.* p. 292; the "Vörös Ujság" (April 5, 1919) considered it important that the mission had no French representative.

⁵¹ H. NICOLSON, *op. cit.*, p. 295. (He draws a biased, malevolent picture of the Hungarian legation in Vienna.) Országos Levéltár. Külügyminisztérium Levéltára. Reservált politikai iratok (National Archives. Archives of the Ministry of Foreign Affairs. Secret political documents [in the following OL. KÜM. Res. pol.]). 1919. Telegrams of the Hungarian legation in Vienna. 17/1919.

⁵² P. I. Arch: Népbiztosok pere (The trial of the commissioners of the People). July 14, 1920. The eighth day of the trial, pp. 1807—1820, and the ninth day of the trial, p. 1905. The confession of P. Ágoston.

with members of the mission. This step was justified by the attitude of certain Social Democratic leaders who were strongly inclined to making any agreement with the Entente.

The first Hungarian official to visit the special train in the company of Capt. Freeman was Col. Géza Dormándy, the liaison officer detailed to the allied military mission. Dormándy told later that he had informed the general of the "actual" situation in Hungary and had even expressed the desire that Budapest be occupied by Entente troops.⁵³

Freeman, Macartney, Bartlett and the Swiss and Spanish consuls besieged the general in a similar direction. The two consuls emphasized the extremist character of the Hungarian Soviet Republic and their belief that "Béla Kun is just an incident and not worth treating seriously."⁵⁴

The first conference between Kun and Smuts took place in the morning of April 4. The general — as we learn from his report, wired the same day to Balfour, the British Minister of Foreign Affairs and Plenipotentiary of the British Peace delegation — had a long talk with Béla Kun and tried to persuade the latter to comply with the demands of the Vix note. This was an especially important task entrusted to the general.⁵⁵

Among his arguments he mentioned that the borders were "not intended to be a permanent political frontier" and that for the preservation of "peace and good order" a neutral zone must be set up and occupied by Entente forces thus preventing both atrocities and a contact between the Roumanian and Hungarian military forces and administrative authorities. Smuts' report described — quite laconically — the possibilities of stopping the blockade, although he probably said in this respect much more during the conferences.

According to the general's summary, Béla Kun insisted all along that the stipulations of the armistice agreement should be observed. They did not provide any neutral zone, and maintained — until the decision of the Peace Conference — Hungarian administration and management even in the areas occupied by Czechoslovakian, Roumanian and Yugoslavian troops. Because of the occupation, national movements and measures related to them, it was impossible to carry these into effect. Béla Kun pointed out that, even at the price of a possible lifting of the blockade, the demands of the Great Powers

⁵³ H. NICOLSON, *op. cit.*, p. 297. (Dormándy's name is misspelled.) PI Arch. Népbiztosok pere. August 11, 1920. The 28th Day of the trial p. 6352. The confession of G. Dormándy.

⁵⁴ A. BARTLETT, *op. cit.*, p. 109, H. NICOLSON, *op. cit.*, pp. 300—301.

⁵⁵ According to his biographer who had access to the general's private papers and utilized also the personal communications he had received from the general, the purpose of the mission was to learn how the conditions of the armistice (Nov. 3 and 13) were observed, to study the position of the government, to obtain a picture of the economic conditions, and especially to examine the questions connected with the neutral zone. He had to clear up the mutual grievances of the Hungarian government and Entente missions in Budapest, study the progress of "bolshevism" and, "in general, to go for the purposes of his mission to any limit." S. G. MILLIN, *op. cit.*, Vol. II, p. 199.

regarding the further withdrawal of troops could not be met for this had brought about the fall of the Berinkey government, and also because the government could not ignore the mood prevailing in the army and in the masses.⁵⁶

While, according to his report, Smuts kept repeating the same "advantages" without adducing further arguments in their favour, Béla Kun, besides advancing counter-arguments, made a constructive proposal which showed his understanding of the historical events and may have considerably promoted possibility of a peaceful co-existence of the peoples living in the Danube Basin.

The proposal of the Hungarian government suggested that the representatives of the Hungarian, German, Austrian, Czechoslovak, Serbian and Roumanian governments should meet in the presence of the delegates of the Great Powers. An attempt should be made at this meeting to reach a decision regarding territorial questions and, in the first place, to establish an economic co-operation.⁵⁷

Béla Kun believed that such a meeting would be of extreme significance since it might succeed in liquidating the fateful bequest of the Monarchy. When informing the representatives of the press of his discussion with the general, he especially emphasized this point: "We hope that this conference will improve the condition and extend the rights of the workers in all the states established on the territory of the former Monarchy. *The Hungarian Soviet Government believes that all nationalist, chauvinist and imperialist tendencies can be stopped at this conference.*"⁵⁸

Smuts was not averse to the Hungarian suggestion, and even went one step further. "It appears to me that Bela Khun's suggestion might at once be adopted, as it will in any case be necessary to invite the Germans, Austrians and Hungarians to send representatives to Paris before the signature of the Preliminaries of Peace."⁵⁹ He was in complete agreement with the proposal that the representatives of all countries concerned with the former Austro-Hungarian Monarchy might successfully discuss territorial and economic questions. At the suggestion of Béla Kun, he recommended Vienna or Prague as the seat of the conference.⁶⁰ The chief European executives of the American Relief Organization, too, shared the view that the political and economic differences of Central Europe should be discussed at conferences to be attended by all interested parties.⁶¹

⁵⁶ *Papers, PPC*. Vol. V, pp. 41—42.

⁵⁷ *Papers, PPC*. Vol. V, pp. 42—43.

⁵⁸ "Népszava", April 6, 1919. "A proletárdiktatúra külpolitikája". Comrade Béla Kun on the meetings with General Smuts (*My italics, Zs. L. N.*)

⁵⁹ *Papers, PPC*. Vol. V, p. 43.

⁶⁰ *Ibid.*

⁶¹ The letter of A. C. Goodyear, president of the Coal Commission of the Supreme Economic Council, to W. G. Atwood, president of the Food Commission of the United States of America in Yugoslavia. *Organization of American Relief*, p. 562.

Of course, the problem of the co-existence and co-operation of the succession states was raised in other quarters as well, but an analysis of such other plans would go beyond the scope of this study. It is sufficient to state that, in the given circumstances, no policy was agreed that would have served such coexistence and promoted peace for the benefit of all. The Great Powers were concerned with their own interests, and their minor allies were occupied by the establishment or the reorganization of their states, the fight against Communism and German militarism. This made it impossible for them to seriously consider the proposal submitted by socialist Hungary. The Little Entente, an organization characteristic of the age and the prevailing political conditions, was maturing already.⁶²

Having become acquainted with the attitude of the Hungarian government, Smuts summarized in a note everything on which, in his opinion, an agreement could be based. The structure and wording of this document clearly reflect how far Smuts was allowed to go in his negotiations, in other words, what concessions the Peace Conference was willing to make for the Hungarian Soviet Republic. He summarized the desiderata of the Great Powers in four points: (1) the Hungarian government withdraws its troops to a line more favourable than that fixed by the Vix note; (2) the Roumanian troops are forbidden to advance beyond their present positions; (3) the neutral zone thus formed will be occupied by British, French, Italian and, if possible, by American units; (4) the Hungarian government accepts and adheres to the armistice agreements concluded on the 3rd and the 13th of November.⁶³

What did these four points mean? The position of the Hungarian troops was to be moved by approximately 25 km, and that of the Roumanians by 70 to 80 km eastward.⁶⁴ The intended order to halt the Roumanian troops was far from being reassuring, since the line of demarcation set down on November 13, 1918, had been ignored, and they had continued their advance even in December. What assurance had the Hungarian government that this new line of demarcation would be respected? The 4th point was quite in agreement with Hungary's intentions. It was precisely Béla Kun who emphasized that both sides should observe the terms of the armistice, and it was he who had recognized their validity in a note sent to the Great Powers.

⁶² *Political and Strategic Interests of the United Kingdom. An outline.* By a Study Group of the Royal Institute of International Affairs. Oxford—London—New York—Toronto, 1939. p. 25. — G. SCHACHER: *Central Europe and the West World*. London, 1936. pp. 27—28, 21, 36—37. — M. H. MACARTNEY—P. CREMONA: *Italy's Foreign and Colonial Policy 1914—1937*. Oxford—London—New York—Toronto, 1938, p. 192 ff. — H. NICOLSON, op. cit. p. 239. — *Papers, PPC*. Vol. XII, pp. 236, 403—404. The latter presents the contemporary Czechoslovakian attitude from an interesting angle.

⁶³ The note, and the Hungarian reply is known from a publication made in the "Vörös Ujság", April 7, 1919. Published in S. D. Vol. 6/A. p. 132.

⁶⁴ E. LIPTAI, op. cit., p. 103.

These were the concrete achievements which the Hungarian Government could depend on if the points were to be accepted. What did the Peace Conference offer in exchange? Point 5 of the Smuts note made it clear that the line of demarcation was not to affect the establishment of the final boundaries. According to point 6, General Smuts would recommend the lifting of the blockade. According to point 7, the general will, in accordance with Béla Kun's proposition, suggest that the Great Powers invite the Hungarian representatives to the Paris Peace Conference and that the proposed international meeting to discuss territorial and economic questions be called.

All this needs no comment. This part of the note consists of nothing but suppositions and suggestions which could not be accepted as the basis of serious negotiations. There was no guarantee for Smuts' propositions to be realized. It was, on the other hand, clear that the general went much further than Vix: Paris negotiated and did not rigidly adhere to its earlier claims.

Before replying, Béla Kun discussed the note with the other members of the government.⁶⁵ The reply was handed over by Kun, Kunfi, Garbai and Bolgár.

In the introduction of the note, the noble attitude and good will of Smuts is praised (this praise recurs in the note).⁶⁶ It is then stated that the Hungarian Soviet Government is not in a position to accept the demands of the Entente without certain modifications. The demarcation line could be accepted if it were drawn according to the armistice agreement of November, 1918. Further conditions in this connection were these: (1) the international army of occupation must not interfere with the economic and social conditions set up by the Republic; (2) the constitution of the Hungarian Soviet Republic is to be re-established at Szeged and Arad which would make it possible to conduct affairs in the mother language of the population; (3) free communication between the neutral zone, Soviet-Hungary and the Roumanian Kingdom; (4) free transit trade between Hungary and the areas occupied by the Roumanians.

Point 2 of the reply note asks for the abolition of the economic blockade. Point 3 urges the international meeting proposed by Smuts and the Hungarian government, asserting that "the Hungarian Soviet Republic does not insist on territorial integrity but opposes the settlement of territorial questions on

⁶⁵ According to the "Vörös Ujság" of April 7, 1919, Smuts presented the note to the Hungarian Government on the 4th, but H. Nicolson — in his notes — writes that this took place only on the morning of the 5th, and that the reply note was delivered in the late afternoon of the same day. H. Nicolson, *op. cit.*, p. 302. The latter seems more probable.

⁶⁶ See Béla Kun's press conference ("Népszava", April 6, 1919. "A proletárdiktatúra külpolitikája. Kun Béla elvtárs a Smuts tábornokkal folytatott tárgyalásokról" [The Foreign Policy of the Dictatorship of the Proletariat. Comrade Béla Kun on the negotiations with General Smuts]), and also E. Bolgár's declaration to a correspondent of *Neue Tag* ("Népszava" April 9, 1919, "A proletárdiktatúra. Bécsi követünk Smuts tábornok budapesti tárgyalásairól" [The Dictatorship of the Proletariat: Our Viennese minister on the conferences held with General Smuts in Budapest]). According to the members of his suites the general was too polite and considerate. H. NICOLSON, *op. cit.*, p. 301.

the basis of imperialist conquests". In point 4, the Hungarian Soviet Government asks permission to establish economic representations also in countries other than its immediate neighbours, and asks further that these countries should send their representatives to Hungary. Point 5 is important and deserves special attention: "We ask the Entente powers to stop the cruel persecution of all labour movements in the occupied territories."⁶⁷ Finally, the reply note promises to give especial protection to the rights and property of foreign citizens.⁶⁸

After reading the reply, the general declared: "No gentlemen, this is not a note which I can accept. There must be no reservations."⁶⁹ He attempted to persuade Kun and his colleagues to change their attitude. The members of the government did not think that this would be the termination of the negotiations. They thought the general would still continue his stay in Budapest for several days during which both parties would have a chance to iron out differences.⁷⁰

It seems that Smuts had no authority to make concessions; after having received the reply note, he discontinued all further conferences and left Budapest the same night.⁷¹ Although the problem of a neutral zone had not been satisfactorily settled, Smuts' report on the second day of the negotiations and the suggestions contained therein were favourable for Hungary since he considered an armed intervention inexpedient. "My conviction is" — he wrote — "that there is no hostility towards the Great Powers in the Hungarian attitude . . . If we can handle Hungary wisely, I do not think that she is by any means lost to the Allies and I adhere to the view, after consideration of the whole case, that the wisest course for us to take is not to provoke a conflict over the armistice terms which may be unnecessary, but after hearing the Hungarians' statement in Paris or some other place, to settle the final political frontiers".⁷²

⁶⁷ As from the autumn of 1918, the complaint that the revolutionary labour organizations — regardless of the nationality of the participants — were persecuted by the new authorities in the territories of the nationalities as also in the occupied territories, was a constant problem. See F. PÓR: *The treachery of the Czechoslovak right-wing social democrats ; the Czechoslovakian bourgeois army during the intervention against the Hungarian Republic of Councils. The historical significance of and the international reaction to the Hungarian Republic of Councils. A Collection of Lectures.* Budapest, 1960, p. 113 ff. OL. KÜM. Gazdaságpolitikai osztály iratai. Economic-political section, bundle item P/1. 20894/1919; item 15, X/1, item 20763(20463) 1919.

⁶⁸ "Vörös Ujság", April 7, 1919, Published in S. D. Vol. 6/A. pp. 132–133.; *Papers, PPC.* Vol. V, pp. 61–62.

⁶⁹ H. NICOLSON, *op. cit.* p. 304.

⁷⁰ PI. Arch. Népbiztosok pere. August 11, 1920. The twenty-eight day of the trial, p. 6352. The Confession of Géza Dormándy; H. NICOLSON, *op. cit.* p. 304.

⁷¹ H. NICOLSON, *op. cit.* pp. 303–304.

⁷² *Papers, PPC.* Vol. V, p. 62. This attitude of Smuts was in harmony with the view of General Bliss. Neither in this section nor in the sources concerning Smuts' further activity did I find any indication of his having suggested the abolishment of the dictatorship of the proletariat with the aid of the internal enemies of the Republic of Councils. Also E. LIPTAI, *ibid.* tries to prove this: *op. cit.*, p. 105.

Following instructions received from Paris, the general travelled from Budapest to Prague. (A visit to Moscow had never been intended.) There he conferred with Masaryk, primarily concerning the Czechoslovak—Yugoslav corridor.⁷³ Before Smuts' return to Paris, the Council of Four gave him permission to visit the French and Roumanian headquarters. This trip had undoubtedly to do with preparations for the intervention with which the Peace Conference itself did not deal, although the French action was evidently known.⁷⁴ The instruction of the Council of Four (that Smuts was to visit the headquarters "to clear up the whole situation") could equally mean the approval and the disapproval of military preparations. The latter possibility was more probable but Smuts did not, after all, visit the headquarters.⁷⁵

It is remarkable that the sudden departure of the general and the lack of concrete results did not impress the contemporaries unfavourably. On the contrary: the Hungarian political leaders overestimated the possible outcome of Smuts' mission, and their optimistic statements to the press created an atmosphere of general optimism.⁷⁶

Yet, there was no reason for such confidence. Smuts' mission did not warrant a peaceful policy on the part of the Great Powers and their allies, and did not even ensure a continuation of the official negotiations.

It is true that the negotiations of April caused confusion and anxiety among the members of the various committees growing out of the peace Conference. They had to admit that the Hungarian Soviet Republic had won a moral victory and that the interior position of its government had become stronger.⁷⁷ They were troubled about the possible developments because they feared that the Entente might establish regular relations with Hungary and might even provide her with food. A. C. Coolidge pointed out that such a procedure would lead to an Austrian approval of Hungarian policy and increase dissatisfaction with the Entente because of its leniency toward the revolution. If the Entente were to send food to Hungary, it would encourage the Austrian

⁷³ We do not propose to review the negotiations in Prague, although the question is as interesting as the difficulties Smuts had to face when he made his verbal report to the Council of Four. Smuts did not only oppose the idea of the corridor, but also criticized the Czechoslovakian attitude toward Hungary in general. *Papers PPC*, Vol. IV, p. 665 ff. — S. G. MILLIN, op. cit. Vol. II, pp. 206—207. — H. NICHOLSON, op. cit. p. 305 ff. — Lloyd George, op. cit., Vol. II, p. 491. — C. A. MACARTNEY: *Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and Its Consequences 1919—1937*. London—New York, 1937, pp. 51—53.

⁷⁴ The Council of Four debated the Budapest reports of General Smuts on April 8, 1919. *Papers PPC*. Vol. V, p. 39.

⁷⁵ The earlier theory that the Smuts mission was simply a screen for the planned intervention is untenable. The Great Powers had no reason to resort to secrecy and, moreover, there is no proof to support it. See *A magyar nép rövid története* (A Brief History of the Hungarian People). Budapest, 1953, p. 533.

⁷⁶ "Népszava", April 6, 1919: The Foreign Policy of the Dictatorship of the Proletariat. Comrade Béla Kun on the meeting with General Smuts; *ibid.* April 9: The dictatorship of the proletariat. Our Minister in Vienna (E. Bolgar — Zs. L. N.) on the negotiations of General Smuts in Budapest.

⁷⁷ A. BARTLETT, op. cit., p. 108; H. NICOLSON, op. cit. p. 307.

revolutionary forces.⁷⁸ During the critical days at the end of April and the beginning of May, when the delegates of the Allies and Soviet Hungary were carrying on negotiations under different conditions and for different reasons, Coolidge emphasized again and again that Smuts' mission and talks had the only result of improving the position of Béla Kun, i.e. that of the communists.⁷⁹ The confusion of the Entente circles was caused, among others, by Smuts' proposal to pursue a flexible policy and not resort to armed intervention.

Subsequent events soon destroyed the hopes of the Hungarians and relieved the mind of the Allies. The Great Powers of the Peace Conference had no time for Hungary. The conditions of the German peace treaty and the Adriatic question aggravated the relations of the Big Four to such an extent that, on April 7, President Wilson announced his withdrawal from the Peace Conference.⁸⁰ The fact that the French were forced to abandon their plans for large-scale intervention only increased the antagonisms and the tension.⁸¹ The negative result of Smuts' mission made it clear that Hungary was not willing to accept the demands of Paris unconditionally. French military circles regarded such refusal as a justification of their attitude. All this caused a shelving of the Hungarian question so that Smuts' proposals received no attention.⁸² The time was therefore suitable for Roumania and Czechoslovakia to attack Hungary with the approval of the French military leaders.

The question arises here whether the leaders of the Hungarian revolutionary government did the right thing in refusing the demands of the Great Powers or whether it would have been better to try to gain time and even come to some agreement. This question was raised by the very actors of the drama. It is not known what the right wing of the social democrats wanted at the time; they emphasized subsequently that the demands of the Great Powers should have been accepted in order to strengthen the position of the Republic of the Councils.⁸³ We do not know the reasons that prompted Béla

⁷⁸ *Papers, PPC*. Vol. XII, p. 289; A. BARTLETT, op. cit., p. 123.

⁷⁹ *Papers, PPC*. Vol. XII, p. 448. Report of May 1, 1919.

⁸⁰ See C. DAY, op. cit. p. 31.

⁸¹ L. FISCHER, op. cit., Vol. I, p. 181. — E. TERSEN, op. cit., p. 160.

⁸² This at least seems to logically follow from the minutes of the sessions held by the Big Four. On the other hand, the session of the Supreme Economic Council, held on April 7, 1919, treated among others the following subjects: "68. Communications from the Supreme War Council . . . b) Hungary. (minute 44). The Chairman reported that General Smuts had enquired whether in the event of his finding it desirable to offer a relaxation of the blockade of Hungary the Supreme Economic Council would agree. The Chairman mentioned that he had informed General Smuts that he personally would support such a proposal." *Papers, PPC*. Vol. X, Washington, 1957, p. 103. From this it seems that Smuts had raised the question of relaxing the blockade and that it was not seriously considered. According to an exchange of notes between Smuts and Lloyd George, the general was in favour of conferences as suggested by Kun. S. G. MILLIN, op. cit. Vol. II, p. 228.

⁸³ J. Weltner wrote this: ". . . the Hungarian Soviet Republic received such considerable and significant concessions that — at the price of the abandonment of certain absurdities — the acceptance of them would have reinforced the power of the Hungarian working class." *Forradalom, bolsevizmus, emigráció* (Revolution, Bolshevism, Emigration). Budapest, 1929. p. 182. (My italics, Zs. L. N.)

Kun and the communists to do as they did, for neither the "Vörös Ujság" nor the "Népszava" published anything to show why Smuts' proposals were rejected.⁸⁴

Several factors may have led the government to this decision. The first and foremost factor was — as has already been pointed out — an erroneous appraisal of the international situation and the existing balance of power. The Hungarian leaders attached too much importance to the discord among the Great Powers which they thought might help to create an atmosphere in which peaceful discussions would be possible. The political manoeuvre of the Great Powers was regarded as a permanent policy, and too much hope was placed in the support of the international labour movement. True, the representatives of the working class — who had but recently risen to power — could not accept conditions that were not better than those which had played a major role in the downfall of the preceding bourgeois-democratic government. This was the less possible as there was no guarantee whatever that these stipulations of doubtful value would be realized. According to Weltner's written notes, the view of Béla Kun and that of the communists in general, was not unfounded. They were afraid that, surrounded by Entente troops, the courage of those who regarded the dictatorship of the proletariat too radical would have speedily grown. The establishment of a neutral zone would have entailed additional consequences. The only ally of Hungary at this time was Soviet Russia which had achieved definite successes on the western and southwestern front, a fact that raised the hope of establishing a common frontier with the Soviet Union, whereas the creation of a neutral zone would have completely separated Hungary from Russia.⁸⁵

Although Hungary did not accept the demands of the Entente she was ready to negotiate. The negotiations could have helped in getting beyond the point where the two parties had got stuck, to clarify mutually the basic standpoints. It would, of course, have been necessary for the Entente powers to offer certain guarantees to the Hungarian Republic. The conversations were unfortunately interrupted at the very point where a reasonable agreement could have been reached. Since we regard this as the decisive factor, we propose to expatiate upon the subject in the following.

It was not the wishes and intentions of Hungary's political leaders which determined the development of events in the country. Under the existing conditions, it depended on two basic factors: the balance of forces among the Great Powers, and their general fight against communism. It cannot be doubted that the attitude of the Hungarian Soviet Republic towards the Paris Peace Conference was stronger and more vigorous than that of the bourgeois

⁸⁴ It is also Weltner who mentioned that Béla Kun's standpoint was said to be that "such a peace would strengthen the counter-revolutionary forces". *Op. cit.* 184.

⁸⁵ E. LIPTAI also considered this possibility: *op. cit.*, p. 103.

democratic government. But it would be unhistorical to state that it was the strength of the Hungarian Soviet Republic alone which forced the Great Powers to sit down at the conference table. It must be clear from the foregoing that negotiations were instituted mainly because, at the time, it suited the American and British interests which then happened to be predominant at the Peace Conference. It deserves mention that Hungary initiated subsequently negotiations with Paris several times. However, conditions — the discussion of which is not intended here — had changed meantime, so that no further occasion arose for a resumption of the conferences. Consequently, the interruption of the negotiations at the beginning of April was not primarily due to the Hungarian counter proposals, which would have been conducive to further discussions, but rather to the circumstance that the Hungarian problem had become unimportant for the Great Powers. This need not have led to armed conflict but for the greed of the aggressive Czechoslovak and Roumanian circles.

The significance of Smuts' mission is that it strengthened the authority of the Hungarian Republic of Councils at home and — to a certain extent — also abroad, further, that it delayed the onset of the war of intervention.

Миссия генерала Сматса в Будапеште в апреле 1919 года

Ж. Л. НАДЬ

Резюме

Статья знакомит нас с внешнеполитическими стремлениями Венгерской Советской Республики, и со существенными отличиями, отделяющими их от буржуазно-демократической системы. Она выделяет интернационализм политики Венгерского Правящего Совета а также его мирные стремления, которые много раз показывались даже по отношению к державам Антанты. Статья описывает впечатление, оказанное венгерской революцией в Париже, а также неуверенность, предшествовавшую формированию поведения мирной конференции. В связи с политикой великих держав по отношению к Советской России, из высказываний Антанты подчёркивается дальнейшее распространение пролетарской революции и требование оборонительных мер против этого. Указывается на связь, имевшуюся между планом интервенции Фоша и нотой Ви, то-есть возникновением диктатуры пролетариата.

Статья подробно излагает планы великих держав в Европе, их всеобщие стремления, расхождения, и англо-саксонское преимущество, установившееся к концу марта месяца. Указывается, что в первую очередь американские и английские политики возражали против немедленного вооружённого вмешательства против Венгерской Советской Республики, французские же военные руководители настаивали на нём.

Статья доказывает, что совпадение интересов Венгерского Правящего Совета с одной стороны, и моментальных стремлений великих (в особенности англо-саксонских) держав с другой, сделало возможным, чтобы в результате мартовской ноты Венгерского Правящего Совета генерал Сматс был послан в Будапешт.

В отличие от венгерской исторической литературы предыдущих лет, статья стремится дать реальную картину о лице генерала Сматся, о переговорах, проведённых с ним, и об итогах этих переговоров.

Статья подчёркивает, что миссия генерала повысила авторитет диктатуры пролетариата внутри страны и за её пределами, что она вызвала смятение в кругах Антанты, потому что она была приведена в связь с дипломатическим признанием Венгерского Правящего Совета.

Статья подробно излагает переговоры между Белой Куном и Дж. Ч. Смутсом. Она сообщает об условиях, выдвинутых генералом, и устанавливает, что они, хотя и явились более приятными, чем условия, содержащиеся в ноте Ви, всё-таки не могли удовлетворить Венгерский Правящий Совет. Оценивая контрпредложение Бела Куна, статья отмечает идею совещания, которое направилось бы на сотрудничество стран бывшей Монархии. Работа указывает, что генерал Смутс с некоторым пониманием относился к венгерской проблеме, это и отражается в его донесениях, и что он никакого агрессивного вмешательства против Венгерской Советской Республики не предлагал.

Несмотря на это, никакая договорённость не была достигнута, ибо генерал на это не был уполномочен, и главным образом потому, что он не дал или мирная конференция не предоставила никакой конкретной гарантии для того, что блокада будет действительно снята и представители венгерского государства будут действительно допущены на мирную конференцию.

По установлению статьи задача Смутся заключалась не в достижении договорённости, а только в оценке и изучении обстоятельств в Венгрии. Она была частью политики великих держав в Средней и Восточной Европе и в рамках этой политики их отношений к Венгерской Советской Республике. По возвращении генерала Смутса в Париж противоречия между великими державами до такой степени обострились, что всеобщее внимание отвлекалось от Венгрии, создавая благоприятный случай для французского военного руководства и для правительств окружающих Венгрию буржуазных государств к развязыванию военной интервенции. Один из важнейших результатов поездки генерала Смутся статья видит в том, что начало интервенции, назначенное на первые дни апреля, необходимо было отложить из-за пребывания генерала в Будапеште.

Статья пользуется отечественными архивными и газетными материалами, а также в большой степени опирается на зарубежные публикации, до сих пор не достаточно использованные венгерской исторической литературой.

»Die österreichische Aktion« der Bethlen-Regierung*

von

D. NEMES

I

Beginn und erster Abschnitt der »österreichischen Aktion«

Die Zusammenarbeit der ungarischen und der italienischen Regierung zur Unterstützung der österreichischen rechtsextremen Organisationen beginnt kurz nach dem Abschluß des italienisch-ungarischen Vertrags. Der italienische Außenminister Grandi macht Walkó diesen Vorschlag am 10. September 1927, als sie sich in der Sitzung des Völkerbundes in Genf treffen.

In Österreich ist zu dieser Zeit der Christlichsoziale Prälat Ignaz Seipel der Bundeskanzler. In der Innenpolitik verfolgt die Regierung Seipel als Hauptziel die Beschränkung der demokratischen Freiheitsrechte, die Schwächung der Macht der organisierten Arbeiterschaft und zugleich die Verminderung des Einflusses der Sozialdemokratischen Partei. Die herrschenden Kreise Österreichs möchten die Gemeinderats- und sonstigen Machtpositionen der Sozialisten vor allem in Wien liquidieren, wo im Gemeinderat die Sozialisten die Mehrheit bilden und in der Person von Karl Seitz den Bürgermeister stellen. Die Selbstverwaltung Wiens ist im politischen Leben Österreichs von hervorragender Bedeutung.

Es ist allgemein bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs vom austromarxistischen Flügel Otto Bauer-Friedrich Adler und dem offen revisionistischen Flügel Renner-Seitz gemeinsam gelenkt wird. Dies ermöglicht es ihr, im Wege der gut organisierten Gewerkschaften und Parteiorganisationen die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft und einen großen Teil der Angestellten politisch und organisatorisch unter ihrem Einfluß zu halten. Die organisierte Arbeiterschaft verfügt auch über eine bewaffnete Schutztruppe, den Republikanischen Schutzbund. Diese bewaffnete Schutzorganisation stützt sich auf die große politische Kraft der organisierten Arbeiterschaft und unterstützt zu gleicher Zeit diese Kraft.

Seipel und seine Anhänger wollen in erster Linie den Schutzbund entwaffnen. Sie sind der Meinung, daß dadurch ihre, auf eine allgemeine Beschränkung der Freiheitsrechte und die Liquidierung der sozialistischen Positionen gerichtete Tätigkeit nur kleinere Erschütterungen hervorrufen würde.

* Aus einem größeren Werk des Verfassers »Die Außenpolitik der Bethlen-Regierung 1927—1931«. Budapest, 1964, Kossuth Kiadó.

Die österreichische Bourgeoisie möchte durch die relative Festigung der kapitalistischen Ordnung ihre politische und wirtschaftliche Diktatur derart gestalten, daß sie von den demokratischen Rechten des Volkes weniger oder überhaupt nicht beschränkt werde.

Bei den Wahlen im April 1927 erhalten von den 175 Sitzen des Abgeordnetenhauses die Christlichsoziale Partei Seipels 73, die Sozialdemokratische Partei 71.¹ Die Christlichsozialen regieren mit den Großdeutschen und dem Landbund gemeinsam und sind bestrebt, die Sozialisten zurückzudrängen.

Kaum einige Wochen nach den Wahlen beginnt die Regierung Seipel mit ihrem Angriff auf den Schutzbund. Das Wiener Arsenal wird vom Militär besetzt und der dort gelagerte Waffenbestand des Schutzbundes beschlagnahmt. Dieses Vorgehen wird auch mit der Forderung der militärischen Kontrollkommission der Entente begründet. Die antisowjetische Kriegspolitik der englischen konservativen Regierung spornt die österreichische Regierung zu diesen reaktionären Schritten an und Seipel und seine Anhänger ziehen aus dieser kriegerischen Strömung Nutzen. Sie unternehmen auch verschiedene weitere Aktionen, um die geheimen Waffenbestände des Schutzbunds aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

Sicherlich befindet sich der Großteil der Waffen des Schutzbundes nicht in konzentrierten Lagern. Im Arsenal wurde auch höchstens ein Teil der Reservewaffen beschlagnahmt. Soviel ist ziemlich allgemein bekannt, daß von den hier beschlagnahmten Waffen die Vertreter der militärischen Kontrollkommission der Entente nur unbrauchbare, verrostete Waffen und Bestandteile erhielten. Der brauchbare Vorrat wurde anderswohin transportiert.

Große Sorge bereitet der Regierung Seipel der Umstand, daß der Einfluß und die organisierten Verbindungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in der Armee und auch in der Polizei noch sehr stark sind; die nur über kleine Bestände verfügenden Gemeindefürsorgewachen stehen in vielen Orten unter sozialistischer Führung. Die österreichische Bourgeoisie verlangt, daß auch hier »Ordnung« gemacht, d. h. der sozialistische Einfluß liquidiert wird.

Die extrem-reaktionären Kreise Österreichs sind mit der Regierung Seipel unzufrieden; sie halten diese Regierung nicht für genügend energisch, um die »Marxisten« niederzuhalten. Diese Kreise besitzen seit der Geburt der Republik Österreich ihre Organisationen, die Staatsstreichpläne schmieden und bewaffnete Formationen unterhalten. In ihren Reihen gibt es oft politische und persönliche Zwistigkeiten, ihre Organisation wird durch innere Krisen geschwächt, es wird aber weiter organisiert, darunter auch bewaffnete, bürger-

¹ Ferner erhielten die Großdeutsche Partei 12 und der Landbund 9 Mandate. Die Christlichsoziale Partei war hauptsächlich die Partei der österreichischen Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und reichen Bauern. Die Großdeutsche Partei war die zweite Partei der österreichischen Bourgeoisie, die sich offen zum Anschluß an Deutschland bekannte. Der Landbund war die zweite Partei der Grundbesitzer.

kriegerische Formationen. Ihre Tätigkeit läßt sich durch die Vorbereitung eines Bürgerkrieges, einer bewaffneten Abrechnung mit der Arbeiterschaft charakterisieren, wobei alle, die mit ihnen nicht einig sind bzw. sie nicht unterstützen, beiseite geschoben werden.

Die Regierung Seipel läßt der Organisierung und der politischen Tätigkeit der rechtsextremen bewaffneten Formationen freien Lauf. Dem entrüsteten Auftritt der organisierten Arbeiterschaft gegenüber nimmt sie diese in Schutz, doch kontrolliert sie ihre Tätigkeit und trachtet, die Führer dieser Formationen in ihrer Hand zu behalten. Sie rechnet damit, daß sie mit den faschistischen Terrororganisationen die Arbeiterklasse bedrohen, die Sozialdemokratische Partei einschüchtern und die sozialistischen Führer beängstigen und zum Zurückweichen drängen kann.

Im Sommer 1927 ist eine der bedeutendsten Organisationen der extremen Reaktionäre hauptsächlich in den Alpenländern unter dem Namen *Heimwehr* tätig. Eine andere bedeutendere Organisation ist die *Frontkämpferversammlung*, die hauptsächlich im Burgenland und in der Umgebung Wiens tätig ist. Diese extrem nationalistischen faschistischen Organisationen erbitten sich sowohl vom italienischen wie vom ungarischen Faschismus materielle und politische Unterstützung, obwohl sie auf die italienisch-österreichischen und ungarisch-österreichischen nationalistischen Gegensätze stoßen.

Die wichtigste territoriale Forderung der österreichischen Nationalisten ist die Rückgewinnung Südtirols. Das Hauptwerkzeug zur Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften ist hier die antiitalienische Agitation wegen der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol. Die Heimwehr sympathisiert weitgehend mit dem italienischen faschistischen System, doch ist es für sie ungemein schwierig, den um die Südtiroler geführten Propagandafeldzug aufzugeben und nur die »Marxisten« und jene zu verdammen, die nach ihrer Ansicht der Roten gegenüber nicht genügend Energie an den Tag legen. Von den Frontkämpfern des Burgenlandes verlangen Bethlen und seine Anhänger, daß sie die Ansprüche der ungarischen Herren auf das Burgenland anerkennen, die österreichischen Nationalisten wiederum wollen sogar auch Ödenburg »heimholen«. Doch diese Schwierigkeiten werden sowohl von der Heimwehr als auch der Frontkämpferführung irgendwie »überbrückt«, denn ihr Haß gegen Kommunisten und Sozialisten ist stärker als ihre nationalistische Leidenschaft. Besonders nach der großen Aktion der österreichischen Arbeiterschaft im Juli 1927 sind sie noch mehr bestrebt, von den italienischen und ungarischen faschistischen Kreisen wirksamere Hilfe zu erhalten.

Um die Umstände der Bethlen—Mussolinischen »österreichischen Aktion« bzw. die Gestaltung der Lage in Österreich besser zu verstehen, ist es notwendig, auf die Juli-Ereignisse und deren Wesen und wichtigste Lehren zu verweisen.

*Die Aktion der österreichischen Arbeiterschaft im Juli 1927
und ihre Wirkung in Ungarn*

Die Juli-Ereignisse in Österreich sind nicht nur für die Lage in Österreich, sondern auch im Hinblick auf die europäische Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Das kapitalistische Europa lebt in einer Periode der relativen Stabilisierung; diese Stabilisierung aber stärkt die reformistischen Illusionen. Die kulturellen und sozialen Schöpfungen des unter sozialistischer Führung stehenden autonomen Wiener Gemeinderates, seine Wohnbauten, die durch die österreichische Arbeiterschaft erkämpften Arbeitslosen- und sonstigen Unterstützungen, die auf reformistische Art und Weise und mit reformistischen Zielen geführte Propaganda der mit dem organisierten Kampf der Arbeiterschaft erreichten Ergebnisse spielen in der Nahrung dieser Illusionen eine sehr wesentliche Rolle. Und in diesem Zentrum des Illusionismus, im »roten Wien« geht im Juli 1927 eine revolutionäre Aktion vor sich, die ein scharfes Licht auf die Labilität der relativen kapitalistischen Stabilisierung wirft, und den Schleier von dem blutigen Antlitz der sich in der Kleidung der bürgerlichen Demokratie zeigenden bürgerlichen Diktatur reißt. Und dies geschieht gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Regierung Baldwin besonders große Anstrengungen macht, um einen antisowjetischen Block zusammenzuschmieden. — Wir dürften nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die politische Kampfbereitschaft der österreichischen Arbeiterschaft auch durch die Unruhe gesteigert wurde, die die erhöhte Gefahr eines antisowjetischen Krieges in ihren Kreisen hervorgerufen hatte.

Die große Aktion der österreichischen Arbeiterschaft im Juli 1927 wurde durch eine Reihe faschistischer Provokationen vorbereitet und ausgelöst. Die österreichische Reaktion geht so weit, daß sie den Freispruch der Mörder durch ein Schöffengericht durchsetzt, die am 30. Januar 1927, an einem Sonntagnachmittag auf die Teilnehmer der sozialistischen Versammlung in Schattendorf das Feuer eröffneten. Dieses ruchlose Attentat wurde von Leuten der burgenländischen Frontkämpfervereinigung verübt. Sie hatten aus einem nahen Gasthaus auf die Teilnehmer der Versammlung geschossen. Einer der Attentäter war der Sohn des Gastwirts. Ein sozialistischer Arbeiter und ein achtjähriger Knabe wurden getötet, mehrere Menschen verletzt.

Laut Presseberichten konnten die Mörder nach dem Attentat ungehindert über die ungarische Grenze entkommen und sich auf diese Weise der Verhaftung und des sofortigen Verhörs entziehen. Die Behörden haben das Gasthaus durchsucht, dort Waffen und Munition, aber keine Attentäter gefunden. In Wien veranstalteten die Sozialisten eine Protestversammlung gegen die Untat von Schattendorf. In der angenommenen Resolution wurde von der Regierung gefordert, die »von Ungarn aus organisierte Frontkämpfervereinigung« aufzulösen.²

² Népszava vom 1. Februar 1927.

Die Frontkämpfervereinigung wurde nicht aufgelöst. Gegen die Attentäter wird das Verfahren eingeleitet, doch werden die Mörder freigesprochen. Durch diesen empörenden Fall wird die große Protestaktion der durch eine Reihe von Frontkämpfer- und Heimwehrprovokationen erregten organisierten österreichischen Arbeiterschaft ausgelöst.

Der Freispruch der Schattendorfer Mörder bildet einen organischen Teil der volksfeindlichen Aktion der Regierung Seipel und der extremen Nationalisten. Obwohl es kaum geplant war, daß die österreichische Arbeiterschaft auf die Schandtät von Schattendorf mit einer so gewaltigen Aktion antwortet, hat man doch damit gerechnet, daß etwas geschehen wird. Seipel und sein Anhang sowie seine Heimwehr- und Frontkämpferverbündeten wollten eben, daß etwas geschehe, was unterdrückt werden kann, um nachher gegen den Schutzbund und die gesamte organisierte Arbeiterschaft neue Angriffe führen zu können.

Auch die Regierung Bethlen weiß von gewissen Plänen. Sie unterhält eine Verbindung zu dem Landeshauptmann der Steiermark, Rintelen, der mit der Heimwehr und anderen rechtsgerichteten Organisationen zusammenarbeitet und gewisse Vorbereitungen trifft. Laut seiner Information weiß auch der Polizeipräsident von Wien, Schober, von den Plänen und nimmt an der Durchführung derselben teil. Bethlen und seine Anhänger sind von der Richtigkeit der von Rintelen erhaltenen Informationen nicht voll überzeugt und schicken den ungarischen Botschafter in Prag, Masirevich, zu Schober, um von ihm genauere Aufklärungen zu erhalten. Schober — der die in Wien lebenden Leute der ungarischen Regierung nicht zum erstenmal vertraulich orientiert — erteilt bereitwillig die gebetenen Auskünfte.

Masirevich sucht Schober am 13. und 14. Juli 1927 auf, also am Vorabend und am Tage der empörenden Provokation seitens des Schattendorfer Gerichtes. Am 16. Juli trifft er wieder im Prag ein und schreibt sofort an einen der führenden Männer des ungarischen Außenministeriums.

»Zuerst berichte ich über die mir übertragene Mission — heißt es in seinem Schreiben —. Ich bin Dienstag Abend (am 12. Juli — der Verf.) angekommen und habe Sch. Mittwoch und Donnerstag aufgesucht. Letzterer hat mir — Stillschweigen erbittend — folgendes mitgeteilt. Tatsache ist, daß R. ihn in letzter Zeit öfter aufgesucht und mit ihm Gespräche geführt hat. Hingegen ist ebenso Tatsache, daß niemals davon die Rede war, daß auch er (Sch.) an der Verwirklichung des in Frage stehenden Planes aktiv teilnehme und R. keineswegs ermächtigt war, ihn (Sch.) betreffend eine solche Äußerung zu tun. Sch. hat sich R. gegenüber stets auf den Standpunkt gestellt, daß er vor einer Stellungnahme zuerst schwarz auf weiß sehen wolle, welche inneren Kräfte zur Durchführung eines solchen Planes zur Verfügung stehen . . . Sch. hat vor mir erklärt, daß er — da er die zwischen den in Betracht kommenden Führern herrschende Eifersucht und Rivalität kennt — all diesen Plänen eher

skeptisch gegenüberstand, doch habe er in den letzten Tagen Informationen erhalten, die vielleicht anzeigen, daß die Sache doch eine festere Grundlage habe als bisher. Laut seiner Informationen steht die organisatorische Zusammenfassung der Heimwehr in den einzelnen Bundesländern in fortgeschrittenem Stadium; die Arbeiten werden vom Mitglied des Tiroler Landrates (und derzeit Präsident des Bundesrates), Richard Steidle, geführt. R. ist quasi der politische Kommissar dieser Bewegung. Schober hat ihm auch mitgeteilt, daß in Wien die Heimwehr noch im Anfangsstadium steckt und daß Kriegsminister Vaugoin ebenfalls eine ähnliche Formation organisieren läßt: »ein verlässlicher pensionierter General wurde mit der Organisierung des christlichsozialen Heimatschutzes betraut«.

Masirevich stellt die Frage, welche »weitere fixe Pläne für den Fall des Gelingens« bestehen. Schobers Antwort: »Einstweilen wären die Suspendierung der Autonomie Wiens, die Ernennung eines Regierungskommissars als erste Schritte in Aussicht genommen.«

Was mag wohl diese geplante Aktion gewesen sein? Kaum etwas anderes als die Entwaffnung und Zerschlagung des Schutzbundes. In die Reihe der mit dieser Zielsetzung unternommenen Schritte gehört auch die politische Provokation von Schattendorf, mit der Seipel und seine extrem-reaktionären Verbündeten die Arbeiterschaft demoralisieren oder provozieren wollen. Zu gleicher Zeit sind jedoch die herrschenden Kreise auch besorgt um den zu erwartenden Zusammenstoß. Schober »sprach sehr pessimistisch über die hiesige Lage — berichtet Masirovich —, und sagt, er könne den unveränderten Optimismus Bundeskanzler Seipels nicht teilen . . . Ständig bedroht das Land das Gespenst eines Generalstreiks«.³

Die Angeklagten des Schattendorfer Prozesses werden am Abend des 14. Juli freigesprochen, tags darauf bricht in ganz Österreich *ein Generalstreik* aus. Die Wiener Arbeiterschaft strömt am 15. Juli zu Hunderttausenden vor das Parlament und den Justizpalast, um vor der ganzen Welt ihren leidenschaftlichen Protest zu verkünden und holt aus, um die Opfer zu rächen. Schober versucht die Demonstranten durch Polizeiattacken zu zerstreuen und der Zusammenstoß fordert bereits Opfer. Die Demonstranten stecken den Justizpalast in Brand. Gegen die Arbeiter wird das für die Reaktion verlässliche *Militär* eingesetzt. Das Militär eröffnet das *Feuer* und sofort verlieren hundert Menschen ihr Leben. Das Militär und die Polizei Schobers verwunden mehr als tausend Demonstranten, von denen zahlreiche später ihren Verletzungen erliegen. Auch in anderen Städten kommt es zu Demonstrationen und Zusammenstößen.

³ O. L. Küm. (= Ungarisches Staatsarchiv, Schriften des Außenministeriums) res. pol. 1927—20. Nicht registrierte Schriften.

Allgemein hört man die Forderung der Arbeiter: Waffen! Waffen! In den Magazinen des Schutzbundes gibt es Waffen, aber die Führung der Sozialdemokratischen Partei wagt keinen bewaffneten Widerstand.

Auch der Schutzbund war angetreten, dessen Leute zum Kampf bereit und entschlossen sind. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei mobilisieren sie jedoch nicht zum Schutz der demonstrierenden Arbeiterschaft, sondern zur Liquidierung der Aktion, um der Bourgeoisie und der ganzen bürgerlichen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß der Schutzbund bei der »Wiederherstellung der Ordnung« mithilft.

Der bewaffnete Schutzbund hätte den bewaffneten Angriff auf unbewaffnete Arbeitermassen vereiteln können. Der Schutzbund griff jedoch nicht zu den Waffen, weil seine Oberbefehlshaber, die Führer der Sozialdemokratischen Partei sich vor dem Bürgerkrieg, vor der Intervention fürchteten. In ihrer Angst verhinderten sie, daß sich der Gegenangriff der Arbeiterschaft weiterentwickelte und zur Erringung einer wirklich demokratischen Linksinregierung führte.

Der allgemeine Streik der Arbeiterschaft, der den herrschenden Kreisen so große Sorge bereitet und der gegen die Absicht der sozialistischen Führer durch den kämpferischen Zusammenschluß von Sozialisten und Kommunisten ausgebrochen war, wird von Otto Bauer und seinen Anhängern sofort auf einen, der Verkehrsstreik auf zwei bzw. drei Tage beschränkt.

Der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei verurteilt das durch Militär und Polizei verursachte Blutvergießen, verurteilt jedoch gleichzeitig »einige hundert undisziplinierte Kerle«, sozialistische und kommunistische Kämpfer, die in den Kämpfen in vorderster Linie standen und von denen nicht wenige ihr Leben für die Sache der Freiheit und des Sozialismus opferten. Der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei erklärt den Massen, daß sie dann richtig kämpfen, — wenn sie daheim bleiben. »Der gestrige Tag hat uns gelehrt, daß die großen unbeholfenen Massen die Aktionsfähigkeit des Schutzbundes schwächen — heißt es darin. — Je mehr die Genossen unseren Aufruf, daheim zu bleiben, nicht auf der Straße zu demonstrieren, befolgen, um so wirksamer wird die Bereitschaft des Schutzbundes sein.« Dann heißt es im Aufruf: »Wir werden Genugtuung für den blutigen Tag verschaffen, wenn wir diszipliniert weiterkämpfen.«⁴

Am 19. Juli hält Otto Bauer vor den versammelten Vertrauensmännern Wiens eine Rede. Er lehnt die Erklärungen der Reaktion, das Blutvergießen sei durch das Auftreten der Arbeiter hervorgerufen worden, ab, und stellt fest: »Erst nach dem Eingreifen der Polizei geschahen Gewalttaten.« Er erkennt es an, daß die Arbeiterschaft nicht zurückweichen, sondern tatsächlich sich Genugtuung für die Geschehnisse verschaffen und die Reaktion zurück-

⁴ Népszava vom 17. Juli 1927.

drängen wollte. »Die Arbeiterschaft forderte überall von den Vertrauensmännern: Gebt uns Waffen! Dies ist menschlich vollkommen verständlich und ich bin Ihnen Rechenschaft schuldig, weshalb wir uns nicht entschlossen haben, auch nur den Versuch zu unternehmen, das aufgebrachte Proletariat zu bewaffnen.« Und die Erklärung: weil dies den *Bürgerkrieg*, »totale wirtschaftliche Anarchie« und »den Einzug fremder Truppen in unser Land« bedeuten würde.⁵

Die Arbeiterschaft kämpft zu dieser Zeit nicht um die Diktatur des Proletariats, sondern um die Abwehr des faschistischen Vorstoßes. Otto Bauer malt jedoch als Begründung der Unterbindung des proletarischen Zurückschlagens ein solches Maß der Gefahr der ausländischen Intervention an die Wand, die unter den gegebenen Umständen nur im Falle einer proletarischen Revolution tatsächlich unvermeidbar wäre. Wir wollen hier nicht erörtern, was für eine politische Rückwirkung, Bewegung und Krise eine gegenrevolutionäre Intervention — deren Sündhaftigkeit die Völker und auch die Soldaten der Interventionsarmee erkennen — in jenem Lande hervorrufen kann, deren führende Kreise sich zu einem solchen Attentat hergeben. Ungeachtet dessen können wir nun untersuchen, welche Chancen eine Intervention im gegebenen Falle gehabt hätte.

Otto Bauer und die seinen wußten recht gut, daß die ungarische Regierung, wenn sie sich zu einer Intervention in Österreich entschließen sollte, um dort einem mit ihr verbündeten Regime zur Macht zu verhelfen, sich in einen Krieg mit der Tschechoslowakei verwickeln kann. Nun ist aber die militärische Überlegenheit der Tschechoslowakei zu groß und die Armee Horthys noch bei weitem nicht so aufgerüstet, daß Bethlen und sein Anhang — so sehr sie auch zu einem militärischen Abenteuer geneigt sind — dieses Risiko auf sich nehmen könnten. Eine Intervention Italiens wird durch den gemeinsamen Widerstand Frankreichs, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens erschwert. Den Interessen der herrschenden Kreise Frankreichs, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, entspricht ein österreichisches Regime, das sich weder mit Italien noch mit Ungarn verbündet. Die Regierungen dieser Länder, besonders in Paris und in Prag, wissen sehr wohl, daß hierzu derzeit die Hilfe der Sozialdemokratischen Partei Österreichs erforderlich ist. Die Berufung Bauers und seiner Gruppe auf die Gefahr einer Intervention ist weit übertrieben und soll lediglich der Erklärung Nachdruck verleihen, weshalb sie sich vor einem gewaltigen sozialistischen Gegenangriff fürchten. Zu gleicher Zeit ist Otto Bauer beunruhigt, daß das Zurückweichen — zumal unter solchen Umständen, wo die Arbeiterschaft vorzüglich organisiert und der Schutzbund zahlenmäßig die größte, und was den moralischen Wert betrifft, die beste bewaffnete Organisation des Landes ist — die Arbeiter oder zumindest einen Teil der Arbeiterschaft demoralisieren könnte.

⁵ Népszava vom 20. Juli 1927.

Die österreichische Arbeiterschaft fordert den Rücktritt der Regierung und des Polizeipräsidenten Schober. Die Parteileitung macht sich diese Forderung zu eigen und tritt für sie ein, aber nicht sehr lange.

Die Juliereignisse in Österreich haben abermals gezeigt: die sozialistischen Führer antworten auf die Angriffe der Reaktion bloß mit Verteidigung, haben Angst vor dem Gegenangriff, dem sie den Weg verstellen. Zu gleicher Zeit haben die Juliereignisse wiederholt gezeigt, daß die organisierte Arbeiterschaft Österreichs eine große politische Kraft repräsentiert, die auch mit spontanen Aktionen große Taten vollbringen kann, und daß man mit dieser organisierten Kampfkraft, die auch auf die reformistischen und zentralistischen Führer einen Druck ausübt, nicht leicht abrechnen kann.

*

Die Wirkung der österreichischen Ereignisse auf die verschiedenen Teile der Gesellschaft in Ungarn ist natürlich unterschiedlich. Die Arbeiterschaft fühlt tief mit ihren österreichischen Brüdern. Die Stimmung der Kleinbürger und des liberalen Bürgertums ist unruhig; die Gefahr einer Arbeiterrevolution beängstigt sie ebenso wie eine weitere Zunahme der politischen Reaktion. Die Mehrzahl der Großgrundbesitzer und der Großkapitalisten sympathisiert mit der Heimwehr, zumindest in dem Maße wie Seipel, Schober und Konsorten, die in Österreich die Schirmherren faschistischer Formationen sind.

In den herrschenden ungarischen Kreisen stärken die Juliereignisse in Österreich den Wunsch nach dem totalen Faschismus. Das Blatt der die Regierung unterstützenden Christlichen Partei, die »Nemzeti Ujság« (= Nationalzeitung) drückt dies folgendermaßen aus: »Italien gab uns das zu befolgende Beispiel, Wien zeigte uns die Gefahr, die ein für allemal ausgeschaltet werden muß.« Die »Ausschaltung« der organisierten Kraft der ungarischen Arbeiterschaft beschäftigt das Blatt und es stellt die Frage: »Ob wohl die ungarische Regierung nach dem Wiener Beispiel den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtet, *durch ein energisches Gewerkschaftsgesetz die Möglichkeit auszuschließen*«, daß durch Schürung von Unzufriedenheit »dem Verderben und Umsturz entschlossene Soldaten« erzogen werden.⁶

Das Blatt »Népszava« (= Volksstimme) tritt dieser Hetze entgegen, natürlich auf seine Art. Im Zusammenhang mit den Wiener Ereignissen wirft es den Blättern der Regierungspartei Folgendes vor: »Sie wollen nichts wahrnehmen, was zur Wiederherstellung der Ordnung von der Sozialdemokratischen Partei, *nur von der Sozialdemokratischen Partei allein* ausgegangen war... Sie hören nicht, daß Bauer den ‚kommunistischen Jugendlichen‘ entgegentritt.

⁶ Nemzeti Ujság vom 19. Juli 1927.

Sie sehen nicht, daß *jedes* sozialdemokratische führende Forum (d. h. auch das Kommando des Schutzbundes — der Verf.) mit den größten Opfern alles in den Kampf führt, um von Österreich die Gefahr eines Bürgerkrieges abzuwenden. Diese reaktionären Organe wiederholen nur ständig, daß nun mit der Sozialdemokratie schon *endgültig* abgerechnet werden müsse.«⁷ »Népszava« beweist hingegen auch den ungarischen Herren, daß es ungerecht sei, den österreichischen Sozialisten und im allgemeinen der Sozialdemokratie so zu zürnen.

Das Wesen liegt natürlich in der Gestaltung der politischen Kräfteverhältnisse. In der österreichischen Arbeiterbewegung können zwei entgegengesetzte Tendenzen festgestellt werden, welche die politische Kraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft beeinflussen. Die eine ist die Stärkung der politischen Wachsamkeit und des Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft, die andere: die zunehmende Furcht der an der Spitze der entscheidend wichtigen Organisationen der Arbeiterschaft stehenden sozialistischen Führer vor dem Kampfe, wenn dieser scharfe Formen annimmt.

In den herrschenden Klassen Österreichs nimmt nach den Juliereignissen das Interesse für die Tätigkeit der Heimwehr- und Frontkämpferorganisationen zu, was sich auch in erhöhter materieller Unterstützung zeigt. Zu gleicher Zeit verbleibt und erstarkt in den herrschenden Klassen die Sorge, daß die zunehmende faschistische Gefahr ein kämpferisches Auftreten der österreichischen Arbeiterschaft hervorrufen könnte.

Die österreichischen faschistischen Organisationen machen sich die Angst der herrschenden Klassen vor einer neuen Revolution zu Nutze, finden aber die von diesen erhaltene Unterstützung für zu gering, da sie zur Verwirklichung ihrer Machtbestrebungen nicht ausreichen. Wie wir bereits gesehen haben, sind sie bestrebt, von Mussolini und Bethlen eine größere Unterstützung zu erhalten, wozu die Neigung sowohl in italienischen wie in ungarischen Regierungskreisen vorhanden ist.

*Gemeinsamer Plan der italienischen und der ungarischen Regierung,
die Heimwehr zu unterstützen und zur Macht zu verhelfen*

Die ungarische Regierung, vor allem der Generalstab befaßt sich schon vor der Herausbildung der Zusammenarbeit mit den Italienern mit einer wirkungsvolleren Unterstützung der österreichischen faschistischen Organisationen, die von den letzteren angestrebt wird. Bei der ungarischen Botschaft in Wien hält ein militärischer Fachreferent die Verbindung mit ihnen aufrecht und leitet ihre Bitten an die ungarische Heeresleitung weiter. Armeekommandant

⁷ Népszava vom 19. Juli 1927.

G. d. K. Kocsárd Jánky empfängt am 5. August 1927 den Wiener Beauftragten und informiert Verteidigungsminister Csáky brieflich über dessen Mitteilungen. Nach diesem Brief haben »die Führer sowohl des österreichischen ‚Heimatschutzes‘ (Heimwehr) als auch der ‚Frontkämpfervereinigung‘« dem Mitarbeiter der ungarischen Botschaft in Wien erklärt, sie möchten mit der ungarischen Regierung eine gewisse politische Zusammenarbeit herstellen. In diesem Sinne bitten sie um Unterstützung, und zwar um folgende:

»1. für den ‚Heimatschutz‘ ein halbes Jahr hindurch monatlich 50 000, zusammen also 300 000 Schilling Hilfe, um seine Organisation den kommunistischen Stoßtrupps, dem Republikanischen Schutzbund und der Gemeindefeldschutzorganisation gegenüber zu einem offensiven Auftreten zu befähigen. Hier will ich bemerken, daß bezüglich der gedachten Zusammenarbeit weder die Art und Weise, der Zeitpunkt, noch der die Zusammenarbeit auslösende Grund, weder der Standpunkt der Organisation bezüglich der unsererseits das Burgenland betreffend vorbehaltenen Ansprüche bereinigt sind, daß jedoch festgestellt würde, daß die Organisation die sich ergebenden Situationen in Zusammenarbeit mit der jetzigen österreichischen Regierung zu lösen gedenkt und in der Frage des Anschlusses angeblich für die Beibehaltung der jetzigen Lage Österreichs Stellung nehme . . .

2. Die ‚Frontkämpfervereinigung‘ erbittet von uns die Errichtung eines Waffenlagers in der Umgebung von Ödenburg (Sopron); in gegebenem Falle möchte sie sich aus diesen Waffen- und Munitionsbeständen aufrüsten, da dies auf dem Gebiete der Organisation wegen der Kontrolle durch den Republikanischen Schutzbund nicht möglich ist. Die Organisation erbittet außer den erwähnten Waffen und Munition auch eine näher noch nicht bestimmte finanzielle Unterstützung. Die Details der angebotenen Zusammenarbeit sowie der Standpunkt der Organisation in der Frage des Anschlusses und unserer Ansprüche bezüglich des Burgenlandes sind nicht bekannt. In letzterem Falle — da es sich um das Gebiet der Organisation handelt — ist es nicht wahrscheinlich, daß sie unsere Ansprüche aufrichtig anerkennen würde.«

Über den Wert der beiden Organisationen bemerkt Kocsárd Jánky, daß es »gelegentlich der Juliunruhen der ‚Heimwehr‘ gelungen ist, in Tirol den Eisenbahnerstreik in kurzer Zeit zu beenden, während die Frontkämpfervereinigung sich passiv verhielt, was sich jedoch auch daraus ergeben kann, daß sich diese »auf das gleiche Gebiet stützt wie das Gros des Republikanischen Schutzbundes und sich so der sozialdemokratischen Übermacht gegenüber nicht bewegen konnte.«⁸

Zur Zeit der Juliereignisse gerieten die Frontkämpferorganisationen politisch in eine fast total isolierte Lage, woraus ihre totale Passivität folgt.

⁸ O. L. Küm. res. pol. 1927—20—545.

Die Vertreter der Heimwehr wenden sich auch an führende italienische Kreise um Hilfe; letztere empfehlen der ungarischen Regierung eine enge Zusammenarbeit in den österreichischen Angelegenheiten. Diesen Antrag stellt Grandi Walko, mit dem er am 10. September in Genf in der Sitzung des Völkerbundes zusammentrifft. Vor allem wünscht er gegenseitige Information. Dies hält er offenbar auch deshalb für notwendig, damit die um Unterstützung ansuchenden österreichischen Faschisten ihre italienischen und ungarischen Helfer nicht so leicht gegeneinander ausspielen können. »Der italienische Staatssekretär hat mir mitgeteilt — heißt es in der über die Zusammenkunft angefertigten und von Walko signierten Aufzeichnung —, daß er mit gewissen österreichischen Organisationen in Fühlung getreten war und in ihrem Auftrag in Italien Personen sondieren, die seines Wissens auch mit der ungarischen Regierung Verhandlungen geführt haben . . . Nach Grandi habe Italien ein außerordentliches Interesse daran, daß in Österreich die Macht endlich in den Händen eines solchen ordentlichen Regimes sei, das stark genug ist, die Sozialisten beiseite zu schieben. Die Kooperation zwischen Italien und Ungarn hält er für außerordentlich wichtig und wünschenswert. Wir sind übereingekommen, unsere Informationen über die Entwicklung der Lage in Österreich ständig auszutauschen.«⁹

Walko entspricht dem Übereinkommen und übersendet Grandi am 27. Oktober durch den ungarischen Gesandten in Rom, Hory, eine Information über die Heimwehr. Danach hatte die Heimwehr in der Steiermark in den Julitagen 15 000 Mann mobilisiert, in Tirol 7000, doch ist dies hier »nur der Stand der mobilen Kräfte. Die Zahl der stabilen Kräfte, d. h. jener, die die Eisenbahnstationen, Wasserwerke, Fabriken usw. besetzen, beträgt samt den vorerwähnten ca. 20—25 000. Natürlich sind auch diese alle bewaffnet. (Unter mobilen Kräften sind Truppen zu verstehen, die auch außerhalb der Provinz eingesetzt werden können.)« Walko teilt ferner mit, daß die Tiroler Heimwehr-Organisationen »in gewisser Hinsicht mit den ähnlichen bayerischen Formationen zusammenwirken«. Über die Lage in Wien berichtet er, daß dort »bereits seit Jahren verzweifelte Verhältnisse herrschen«. Wohl gebe es auch hier eine »Selbstschutzbewegung«, doch »Mangel an Geld, an Vertrauen, gegensätzliche Auffassungen (Legitimismus), die große Stärke der Sozialisten und sonstige Umstände haben den Ausbau der Organisationen stark behindert«. In Wien und Niederösterreich wurde unter dem Namen »Heimatschutz für Wien und Niederösterreich« die gemeinsame militärische Führung der verschiedenen faschistischen Formationen geschaffen, in der »die Beauftragten der Regierung und der geldgebenden Finanzgruppen durch Beauftragte vertreten sind«. »Die Wiener Frontkämpfer halten sich jedoch einstweilen« fern von dieser Organisation.

⁹ O. L. Küm. res. pol. 1927—23—455.

Die Information schweigt sich jedoch darüber aus, was für eine Hilfe die Führer der Heimwehr und der Frontkämpfer im August von der ungarischen Regierung erbeten haben. Ja, dies wird ausdrücklich vernebelt. Es heißt dort: »Neuestens haben sie sich an uns um keine formelle Hilfe gewendet.«¹⁰ Scheinbar wollen Bethlen und seine Leute noch keine volle Information geben, besonders was ihre eigenen Verbindungen betrifft. Zu gleicher Zeit überschätzt der Bericht die Kraft der Heimwehr und ist bestrebt, das Ansehen dieser Formation vor der italienischen Regierung zu heben. Ein konkretes Übereinkommen über die Zusammenarbeit besteht noch nicht. Die ungarische Regierung stand früher mit der Frontkämpfvereingung in engerer Verbindung, ist aber mit derselben unzufrieden, hält sie für unbeholfen. Den Italienern wird daher in dem Bericht die Heimwehr empfohlen.

Gelegentlich des geheimen Zusammentreffens in Mailand stellt Bethlen Mussolini einen konkreten Antrag, durch Unterstützung der Heimwehr die Schaffung eines faschistischen Systems in Österreich zu fördern. Im ersten Abschnitt haben wir über diesen Antrag bereits gesprochen. Daraus ist ersichtlich, daß Bethlen hier über die von Grandi angeregte gegenseitige Informierung hinausgegangen ist und die gemeinsame Durchführung einer konkreten Aktion, d. h. die gemeinsame Unterstützung eines durch die Heimwehr durchzuführenden faschistischen Staatsstreichs vorgeschlagen hat. Er teilt auch die im August vorgetragene Bitte der Heimwehrführer mit (die Walko in seiner an Grandi im Oktober gerichteten Information verschwiegen hatte), wonach diese 300 000 Schilling und Waffen benötigen. Die Bitte der Führer der Frontkämpfer um Hilfe wird jedoch verschwiegen; über die Verbindungen zu diesen Formationen informiert Bethlen die Italiener nicht. Hingegen beantragt Bethlen bei der Mailänder Zusammenkunft, daß die erbetene italienische Unterstützung bzw. das erbetene Geld er vermittele, weil dies die Führer der Heimwehr so wünschen. Mussolini nimmt den Antrag an. Er ist geneigt, die erbetene Summe durch Vermittlung Bethlens den Organisatoren des Putsches zukommen zu lassen und auch die benötigten Waffen an der Grenze zu übergeben.

Die Vorverhandlungen sind abgeschlossen, das Übereinkommen fertig. Nun soll die Verwirklichung folgen, die jedoch viel schwieriger ist. Vor allem deshalb, weil die organisierte Kraft und der politische Einfluß der österreichischen Arbeiterschaft sehr bedeutend sind. Für die herrschenden Kreise Österreichs wird die Möglichkeit, die Heimwehr in Anspruch zu nehmen auch durch den Umstand beschränkt, daß diese Organisationen nur geringen Einfluß auf die Massen haben.

Das Haupthindernis der Heimwehraktion bildet die organisierte Macht der österreichischen Arbeiterschaft. Dabei sind sich die herrschenden Kreise

¹⁰ O. L. Küm. res. pol. 1927—20—561 (520)

darüber nicht einig, was für eine tatsächliche politische und militärische Kraft die faschistischen Formationen repräsentieren, wozu sie benutzt, und zwar zweckmäßig benutzt werden können. Ein weiteres Hindernis für die Verwirklichung der Heimwehrpläne bildet der Umstand, daß sich innerhalb dieser Organisationen partikuläre und persönliche Bestrebungen bemerkbar machen.

Die Hauptkraft der Heimwehr bildet ihre Tiroler Formation, an deren Spitze Richard Steidle steht. Steidle ist einer der Vertreter Tirols im Bundesrat, und zwar als Vorsitzender.¹¹ Bedeutend ist auch die Heimwehrorganisation der Steiermark. Ihr Führer ist dr. Pfriemer, der zu dieser Zeit Steidle als Vorgesetzten anerkennt. Steidle ist der politische Führer der Heimwehr, der militärische Befehlshaber ist Feldmarschalleutnant Pichler und der Chef des Generalstabs ist Major Pabst; Pabst wurde von den bayerischen nationalistischen Organisationen als Sachverständiger in der Organisation bürgerkriegsrischer Formationen und Aktionen zu Steidle geschickt.

In der steirischen Heimwehr beginnt zu dieser Zeit ein heimischer Gutsbesitzer, Frh. Ferdinand Pantz eine Sonderaktion. Mitte Mai 1928 überreicht er dem Geschäftsträger der ungarischen Botschaft in Wien, Ritter Waldemar Alth, eine Denkschrift mit der Bitte, sie an die ungarische Regierung weiterzuleiten, sowie dem italienischen Militärattaché in Wien, Oberst Vecchiarelli zur Weiterleitung an den italienischen Generalstab. Nach dieser Denkschrift — berichtet der Geschäftsträger am 19. Mai — sei die *steirische* Heimwehr zur Durchführung des bewaffneten Staatsstreichs vollkommen vorbereitet und sie »halte den Zeitpunkt für gekommen, ihre Pläne zu verwirklichen . . . der Putsch ist in der Form geplant, daß nach Niederwerfung des Republikanischen Schutzbundes und Besetzung der öffentlichen Gebäude, der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke Wiens zuerst die Militärdiktatur ausgerufen wird, nachher in kurzer Zeit ein Direktorium die Macht übernehmen würde . . . in welchem in erster Linie der Führer der steirischen Heimwehr, dr. Pfriemer und der Polizeipräsident von Wien, Schober, Platz nehmen würden. Letzterer sei — wie Baron Pantz behauptet — mit der Bewegung voll einverstanden und in alle Details derselben eingeweiht. Auf wirtschaftlichem Gebiet fordert die steirische Heimwehr die Zollunion mit dem Deutschen Reich . . . Bundeskanzler Seipel ist im Putsch keine Rolle zugeadacht, da man ihn für unfähig hält, energisch aufzutreten.« Bezüglich dieser letzten Feststellung von Pantz bemerkt Alth, daß gemäß seiner Information »der Bundeskanzler durch den Tiroler Bundesrat dr. Richard Steidle über die einzelnen Momente der Bewegung und der Organisierung stets orientiert wird und seinerseits bloß den Zeitpunkt des Ausbruchs hinauszuschieben versucht«.

¹¹ Die Präsidenten des Bundesrates lösten einander halbjährig ab. Dieses Amt Steidles war also nur von kurzer Dauer.

Was die Mitteilung von Pantz betrifft, ist es Tatsache, daß Schober ein Anhänger der deutsch-österreichischen Zollunion ist, Steidle aber zu den Gegnern der Zollunion gehört: auch Seipel ist gegen sie Zollunion.

In der Frage des Anschlusses (die Zollunion wäre bloß die Einleitung hierzu) gehen die Ansichten Seipels und Schobers auseinander, in ihren Bestrebungen zur Brechung der Macht der organisierten Arbeiterschaft sind sie jedoch einig. Auf dieser Grundlage sind sie bereit, in der Unterstützung und Benutzung der Heimwehr und sonstiger bürgerkriegsorganisierter Organisationen zusammenzuarbeiten. Dabei rivalisieren sie in der Erhaltung ihrer Beziehungen zu den bürgerkriegsorganisierter Organisationen.

»Tatsache ist — berichtet Alth —, daß in politischen Kreisen immer mehr die Ansicht um sich greift, die Schwierigkeiten der österreichischen Lage könnten nur mit Gewalt, durch einen Entscheidungskampf zwischen den sozialistischen Organisationen und der Heimwehr gelöst werden.«¹²

Die ungarische Botschaft in Wien steht durch den Militärattaché General Béla Jánky¹³ in ständiger Verbindung mit Steidle und seinen Mitarbeitern. Auch Steidle sendet eine Denkschrift an Bethlen, die vom 23. Mai 1928 datiert ist. Diese Denkschrift läßt er den Italienern nicht zukommen, denn er hütet sich, mit den Italienern in einen unmittelbaren Kontakt zu treten; einstweilen bleibt er dabei, zur Erlangung der Unterstützung seitens Italiens die Vermittlung Bethlens zu erbitten.

In der Denkschrift Steidles wird festgelegt, ihr Ziel sei, »die durch den Druck der roten Wiener Straße zustandgekommene halb bolschewistische Verfassung abzuändern, egal, was für einen Widerstand und Ereignisse dies auslösen wird«. Er beklagt sich über die Regierungsparteien, die »die Heimwehrebewegung nicht zu sehr erstarken lassen und diese nur so weit gegen die Sozialdemokratie und den Republikanischen Schutzbund als ‚Schreckmittel‘ unterstützen, als es ihnen entspricht . . . In dieser Absicht drosseln sie diesen dort, wo jede Bewegung am leichtesten gedrosselt werden kann, bei der Gewährung finanzieller Mittel.« Er beschwert sich, daß sie der Heimwehr »bloß so viel Geld und Ausrüstung zukommen lassen, als zur Aufrechterhaltung der Organisation gerade noch ausreicht, jedoch nicht wollen, daß sich diese ausbreite und tatsächlich zu einer schlagkräftigen Organisation werde«.

Steidle macht kein Geheimnis daraus, daß sie aus den Geldquellen der Regierungsparteien so viel Geld erhalten als zur Aufrechterhaltung der bestehenden Organisation ausreicht und auch eine gewisse Menge Waffen bekommen, zu dem von ihnen geplanten Staatsstreich wird jedoch mehr benötigt. Im August 1927 haben sie um 300 000 Schilling in sechs Monatsraten gebeten. Nun sind ihre Ansprüche schon höher; sie bitten um 1 474 000 Schilling

¹² O. L. Küm. res. pol. 1928—20—398 (335).

¹³ General Béla Jánky und General Kocsárd Jánky, der Oberbefehlshaber der ungarischen Armee sind Brüder.

in zwei Raten. *Sofort* 524 000 Schilling, *später*, aber baldmöglichst 970 000 Schilling.

Steidle bezeichnet auch genau, wozu das Geld benötigt wird. Von den 524 000 Schilling will er den einzelnen Gebietsorganisationen 370 000 zur Beschaffung von Ausrüstung geben, 60 000 benötigt er zur Herausgabe eines Blattes, 30 000 für gasgefüllte Handgranaten und Gaswerfer, 64 000 zur Beschaffung von Kurzwellensendern. Von der zweiten Rate (970 000 Schilling) werden abermals 370 000 zur Verteilung an die Gebietsorganisationen für den erwähnten Zweck, 100 000 zur Schaffung einer »Sonderformation« unmittelbar »vor dem Augenblick« und 500 000 für den ersten Bedarf der Marschformationen benötigt.

Außer der Geldunterstützung verlangt Steidle Waffen und Munition, und zwar 18 000 Gewehre mit Bajonetten, zu jedem Gewehr 300 Patronen, außerdem auch 190 Maschinengewehre. Im Aufteilungsplan ist das meiste — 5000 Gewehre und 50 Maschinengewehre — für die Organisation in Niederösterreich vorgesehen, wo es nur wenige Waffen gibt, und das wenigste — 1000 Gewehre und 10 Maschinengewehre — für die bestausgerüstete Tiroler Organisation.¹⁴

Nachdem Mussolini im April die erbetene Unterstützung zugesagt hatte, unterbreitet Steidle die nunmehr erhöhten Ansprüche zur Durchführung des Staatsstreichs.

Nach Erhalt dieser Denkschrift trifft Bethlen alsbald persönlich mit Steidle zusammen. Über das Gespräch wurde eine Aufzeichnung gemacht, die Hory — der aus Rom nach Budapest gekommen war — am 8. Juni zusammen mit Steidles Denkschrift nach Rom mitnimmt. Laut der Aufzeichnung »hat Steidle vor dem Herrn Ministerpräsidenten die Heimwehrorganisation detailliert beschrieben und auch die bestehende Verbindung zum Kriegsminister Vaugoin erwähnt . . . das aktive Auftreten ist so geplant, daß die Männer in zwei Gruppen aufgeteilt werden: die eine würde zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückbleiben, die andere aber die eigentliche Aktion durchführen«.

Steidle hat auch gesagt, daß sie »ohne gewissen Vorwand nicht auftreten können«, daß sie jedoch, wenn nötig, selbst einen solchen Vorwand schaffen können. Auf die Frage Bethlens, »wann sie in Aktion treten könnten«, erklärte Steidle: »vor dem Herbst auf keinen Fall, auch wenn sich inzwischen ein noch so günstiger Vorwand ergeben würde.«

Der Verfasser der Aufzeichnung — wahrscheinlich Hory — bemerkt: »Steidle hat auf den Herrn Ministerpräsidenten einen sehr günstigen Eindruck gemacht.« Dann heißt es weiter: »Auf Weisung des Ministerpräsidenten habe ich am 5. d. M. Durini aufgesucht und ihm Steidles Memorandum gezeigt.«

¹⁴ O. L. Küm. res. pol. 1929—20 (1928). — Nicht registrierte Schriften.

In der Aufzeichnung heißt es dann noch: »Schließlich werde ich auf Grund des mit dem Grafen Khuen-Héderváry geführten Gesprächs Herrn Mussolini mitteilen, er möge dahin wirken, daß die faschistischen Organisationen keine unmittelbare Verbindung mit der Heimwehrebewegung suchen mögen, wie dies auf Grund der Pantzschen Denkschrift geschah, denn dies wäre nur geeignet, die Sache zu kompromittieren.«¹⁵

Der ungarische Gesandte in Wien, Graf Ambrózy erhielt am 2. Juni die Weisung, die Annäherung des Barons Pantz abzulehnen, gleichzeitig aber nähere Informationen über ihn einzuholen. Ambrózy meldet am 15. Juni, was er in Erfahrung gebracht habe. »Die steirische Heimwehr steht einheitlich unter der Führung Pfriemers, der wieder ein Untergebener Steidles ist . . . Steidle und Pfriemer wollen von einer Zusammenarbeit mit Pantz schon deshalb nichts wissen, weil sie diesen als eine unbedeutende und wertlose Person kennen.« Diese Information erhielt Béla Jánky von *Steidle*, der ihm den Brief Pfriemers zeigte, in welchem es heißt, daß er »das neuerliche Anerbieten von Pantz aufs entschiedenste abgelehnt habe«.¹⁶

Mussolini empfängt am 15. Juni Hory, der ihn über das Zusammentreffen Bethlen—Steidle informiert und ihm das Memorandum Steidles überreicht. Mussolini hat »die Mitteilungen mit großem Interesse angehört — berichtet Hory —, er hat das Memorandum von S. vor mir sorgfältig durchgelesen, seinen Inhalt zustimmend zur Kenntnis genommen. Er hat sofort erwähnt, daß auch hier die Lage ähnlich war, die bürgerlichen Parteien, die Liberalen und die übrigen applaudierten zwar zu einzelnen, speziell zu den gegen die Kommunisten gerichteten Aktionen der Faschisten, fürchteten aber ein zu großes Erstarken des Faschismus. Insolange die Fasci nur gegen die Extremisten aufgetreten sind, waren sie mit ihnen zufrieden, wünschten jedoch nicht, daß die neue Richtung zur Macht gelange.« Er erklärt, er werde der erste sein, der das neue Regime anerkennt.

Mussolini teilt mit, er werde die gebetene Summe durch den italienischen Gesandten in Budapest, Durini, übersenden, und »was die Waffen betreffe, müsse er wissen, an welchen Punkten die Übernahme erfolgen soll. Dies ist ebenfalls durch Durini mitzuteilen«. Über den Fall Pantz erklärt er, er werde der italienischen Botschaft in Wien »die Weisung zugehen lassen, sich mit ähnlichen Leuten nicht abzugeben. Er selbst ist auch ganz der Meinung, daß die Aktion nur durch *einen* Kanal geführt werden kann«.

Mussolini vertraut auf den Erfolg der Aktion. Seiner Ansicht nach »müsse man sich« von der Arbeiterschaft »nicht fürchten«, denn wenn »die Provinz aufmarschiert« und die Hauptstadt abgeschnitten wird, werden die

¹⁵ O. L. 1928—20—369.

¹⁶ O. L. 1928—20—398 (335).

sozialistischen Führer »sogleich wegtreten und die ohne Führer dastehenden Arbeiter werden klein beigegeben«. ¹⁷

Der Duce ist ein begeisterter Anhänger und Anreger des Heimwehr-Staatsstreiches, Grandi hingegen hat Bedenken. Er ruft Hory zu sich und teilt ihm mit, daß das Geld und die Waffen abgesendet werden, daß sie geneigt sind, »auch innerhalb ein-zwei Wochen alle Bitten zu erfüllen, jedoch nicht bedingungslos«. Die Hauptsorge Grandis ist, daß ein faschistisches Regime Österreich militärisch stärken würde, und dieses dann infolgedessen kraftvoller um Südtirol auftreten könnte. »Wenn wir also bemüht sind — erklärt er Hory —, unseren Nachbarn mit dem Risiko eines außenpolitischen Skandals auf die Füße zu stellen, müssen wir dafür eine Garantie erhalten, daß das neue Regime uns in der Frage Südtirols keine Schwierigkeiten bereiten wird.« Als Garantie verlangt er eine entsprechende schriftliche Erklärung von der Führung der Heimwehr.

Hory ist darüber sehr verärgert. Er meint, Grandi »rechne schon von vornherein mit einem in einen Skandal mündenen Fiasko . . . wenn ich nicht irre, denkt er daran, daß die Betreffenden keine schriftliche Verpflichtung übernehmen werden und dann die ganze Sache ins Wasser fällt«. ¹⁸

Bethlen läßt in der Angelegenheit der Erklärung Hory durch Khuen-Héderváry sagen, daß die als Chef der als Ergebnis des Putsches zu bildenden Regierung ausersehene Persönlichkeit »nur im geheimsten Anteil an der Aktion habe und es als gänzlich ausgeschlossen erscheine, daß diese schon jetzt eine schriftliche Erklärung abgebe, die sie eventuell in höchstem Maße kompromittieren könnte«. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß »die führenden Personen der Aktion in ihrer Gänze nicht identisch sind mit den Mitgliedern der zukünftigen Regierung . . . Deshalb sehe Bethlen keine andere praktische Lösung — teilt Khuen-Héderváry mit —, als daß Herr S. seinerseits eine Erklärung abgibt, daß die Führung der Aktion im Falle des Gelingens eine solche Regierung bilden werde, die geneigt sein wird, eine schriftliche Deklaration zu geben, in dem Sinne, daß sie die bewußte Frage weder offiziell noch vor der Öffentlichkeit aufwerfen und in dieser Frage keinerlei Propaganda dulden werde«. Die zu bildende Regierung wird dann erklären müssen, daß sie die Südtirolfrage »als innere Angelegenheit Italiens betrachte«. Diese Botschaft soll Hory Mussolini, oder wenn dies nicht möglich, Grandi vortragen. Bethlen ersucht gleichzeitig, mit Mussolini zu bereinigen, ob er seine Erklärung, wonach er im Falle eines rechtsgerichteten Regimewechsels in Österreich der deutschen Minderheit Südtirols Zugeständnisse zu machen geneigt sei, aufrechterhalte. Weiters teilt Bethlen mit, daß er, falls die Angelegenheit der

¹⁷ O. L. 1928—20—405 (1928).

¹⁸ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—417 (1928).

Deklaration bereinigt ist, Steidle zu sich bitten werde, »ihm diese Bedingung mitteilen, und falls diese angenommen wird, dafür sorgen würde, daß auch die Fragen der technischen Abwicklung der Hilfeleistung endgültig festgelegt werden.«¹⁹ Die Übernahme der italienischen Waffen an der Grenze ist die Sache, deren technische Abwicklung bereinigt werden muß.

Zehn Tage später — am 13. Juli — berichtet Hory telegraphisch:

»1. Mussolini hat den Text der im Briefe enthaltenen Erklärung Wort für Wort angenommen, diese muß S. unterfertigen und sie wird geheim sein.

2. Die erste Rate der benötigten Summe wird Durini di Monza zugestellt.

3. Kriegsminister hat Weisung erhalten, Waffen zusammenzustellen. Übergabe erfolgt an der Grenze. Übergabestellen sind später festzulegen.«²⁰

Die Antwort ist entschieden, aber die Italiener zögern. Es beunruhigt sie, daß im Falle eines Anschlusses die mit der Heimwehr getroffene Vereinbarung nichtig werden würde. Dabei bezweifeln sie, daß die österreichische nationalistische Propaganda die Benutzung der Südtirolfrage vermeiden könne.

Hory richtet über die italienischen Befürchtungen ein separates Schreiben an Khuen-Héderváry. Er habe über die Angelegenheit neuerlich mit Mussolini und Grandi gesprochen und berichtet über das Ergebnis dieser Besprechungen Folgendes: Grandi hat ihm mitgeteilt, daß sie bezüglich der der Südtiroler deutschen Minderheit zu gewährenden Zugeständnisse kein Versprechen abgeben, daß sie kein Junktim zwischen einem solchen italienischen Versprechen und der von Steidle verlangten Erklärung akzeptieren können. Die von Steidle verlangte Erklärung »hat auch Seipel schon abgegeben«. Italien habe übrigens keinerlei »eminente wichtiges Interesse« am Systemwechsel, außer daß »die italienisch—ungarischen Verbindungen unmittelbarer werden würden«.

Nach Ansicht Grandis werde »ein rechtsgerichtetes Regime naturgemäß pangermanistisch sein, und die Lage wäre für Italien trotz der großen Opfer, die es brachte, in dieser Relation nicht besser, als sie heute ist. Zur Unterstützung dieser seiner Ansicht führte er die letzten Tiroler Bewegungen an, wo eben S. eine sehr italienfeindliche Rede gehalten haben soll.«

Grandi und seine Leute beeilen sich nicht, die auf Italianisierung der deutschen Minderheit Südtirols abzielenden Maßnahmen zu mildern. Hory meint, Steidle und seine Leute müßten von dem Ersuchen Abstand nehmen, eine politische Gegengarantie zu erhalten, die im Falle eines erfolgreichen österreichischen Staatsstreichs eine gerechte Behandlung der Südtiroler Minderheit in Aussicht stellen würde. Seiner Ansicht nach »wäre es ihrerseits zwecklos und weniger opportun jetzt, wo die Wünsche S.-s honoriert wurden, an dem

¹⁹ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—417 (1928).

²⁰ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—441 (1928).

Sinn der ‚Milderungen‘ zu rühren, denn damit könnte der ganze Plan gefährdet werden«. ²¹

Bethlen akzeptiert die Meinung Horys. Die erbetene Summe könnte zwar auch die ungarische Regierung geben (und sie gibt auch gewisse Summen), doch die notwendigen Waffen in der gewünschten Menge kann nur die italienische Regierung geben. Die durch den Staatsstreich an die Macht gelangte neue Regierung wird auch außenpolitische Unterstützung brauchen, und vor allem bitten sie um die sofortige offizielle Anerkennung durch Italien.

Bethlen trifft am 28. Juli wieder mit Steidle zusammen, und zwar in Fonyód-Bélatelep. Er teilt ihm die italienische Bedingung mit und überreicht ihm den Text der verlangten Erklärung. Steidle erklärt, nachdem er diese durchgelesen hatte, er persönlich habe keine Bedenken, diese zu unterschreiben, müsse die Sache jedoch »vorher mit Pichler, seinem militärischen Befehlshaber beraten«. Die Angelegenheit der Südtiroler Minderheit wird beiseite gelegt. Steidle verlangt nur darüber eine offizielle Erklärung, daß »die italienische Regierung, falls seine Aktion Erfolg hat, die neue Regierung *sofort* anerkenne, damit nicht durch die deprimierende Wirkung einer allgemeinen Nichtanerkennung die Stabilität des Geldmarktes ins Wanken gerate, was katastrophale Folgen nach sich ziehen könnte«. Bethlen verspricht, dies zu erwirken und sie kommen überein, daß Steidle die von den Italienern verlangte Erklärung »in kürzester Zeit abgibt; weiterhin, daß ihm das gesendete Geld General Jánky persönlich überreichen wird und schließlich, daß bezüglich der Einschmuggelung der Waffen (S. will dies durch Kärnten durchführen) S. dem M. P. (Ministerpräsidenten) einen in allen Details gründlich ausgearbeiteten Plan zukommen lassen wird, damit ihn dieser zwecks weiterer Verfügung der italienischen Regierung übergebe«.

Über die Vorbereitungen sagt Steidle, daß die Organisierung auch in Wiener-Neustadt und im südlichen Niederösterreich fortschreitet, »nur eben an Waffen mangelt es«. Bethlen bringt die für den 7. Oktober geplante Heimwehr-Versammlung in Wiener-Neustadt zur Sprache, wo gleichzeitig auch eine sozialistische Versammlung stattfinden wird. Steidle sagt: »Wenn es zu einer Kraftprobe kommt, kann es leicht geschehen, daß ein ‚Marsch auf Wien‘ daraus wird, wenn sich hierzu Gelegenheit bietet.« Auch teilt er mit, daß »sich Bundeskanzler Seipel in letzter Zeit ihm genähert habe und den Roten gegenüber etwas energischer ist, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß er sich einer eventuellen Aktion auch selbst anschließen wird«. ²²

Am 1. August übersendet Steidle Bethlen die verlangte Erklärung. Im Begleitbrief urgiert er die versprochene Unterstützung, denn »im Oktober könne eine Entscheidung fallen«. ²³

²¹ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—438 (1928).

²² O. L. Küm. res. pol. 1929—20—417 (1928).

²³ O. L. Küm. res. pol. 1926—20 (1928).

Am 10. August verständigt das ungarische Außenministerium Grandi, daß die von Steidle verlangte Erklärung dort ist. Nach zehn Tagen kommt der italienische Beauftragte de Astis nach Budapest, um die Erklärung zu übernehmen und nach Rom zu schaffen. Und am 25. überreicht er dem Sektionschef im ungarischen Außenministerium, Baron Apor den Scheck über die der Heimwehr versprochene Summe. »De Astis erschien bei mir — heißt es in der Aufzeichnung Apors — und übergab mit zwei Schecks . . . einen über 500 000 Lire, einen anderen über 1 120 000 Lire. Ich habe diese übernommen und quittiert.«²⁴

Einen Teil der verlangten Gelder haben sie also von den Italienern erhalten. Der Wert derselben beträgt in österreichischer Währung fast 600 000 Schilling, also sogar etwas mehr, als die von Steidle bezeichnete *sofortige* Hilfe. Die Flüssigmachung dieser Gelder sanktioniert das im April 1928 getroffene Übereinkommen Bethlen—Mussolini über die gemeinsame Unterstützung eines Heimwehrputsches. Nun beschleunigen auch die Italiener die Aktion, von der sie hoffen, daß sie vielleicht bereits im Herbst 1928 in Österreich den von ihnen erwünschten faschistischen Systemwechsel erbringen wird.

Der »Heimwehrtag« von Wiener-Neustadt

Der Generalstab der Heimwehr beabsichtigt, in Wiener-Neustadt, einer der Hochburgen der organisierten Arbeiterschaft, zur politischen Demonstration gegen die »Roten« einen faschistischen Aufmarsch, einen »Heimwehrtag« zu veranstalten. Die Aktion ist für den 7. Oktober vorgesehen. Steidle und seine Anhänger hoffen, daß ihr Auftritt einen solchen Zusammenstoß mit den sozialistischen Arbeitern hervorrufen kann, der vielleicht Gelegenheit zum Ausbruch eines Bürgerkrieges, zur Eroberung Wiens mit den Waffen, zur Einführung einer faschistischen Diktatur schaffen kann.

Der ungarische Sonderbeauftragte in Wien, Béla Jánky übersendet am 25. August Baron Apor den von Steidle erhaltenen Plan zur Waffenlieferung, wonach die Übernahme der Waffen an der Grenze am 20. September beginnen würde. Der steirische Oberst Diakow wurde beauftragt, über die Abwicklung der Lieferung mit den Italienern in Verbindung zu treten.

In seinem Briefe erwähnt Jánky auch eine besondere Besprechung. Auf Steidles Bitte könne er den Inhalt der Beratung nicht niederschreiben und bittet, nach Budapest kommen zu können, um persönlich zu referieren. Dies geschieht auch und am 7. September referiert er Khuen-Héderváry über die am 24. August erfolgte Beratung Seipels mit Steidle, Pfriemer, Pichler und Pabst.

²⁴ O. L. Küm. res. pol. 1929—20 (1928).

Seipel hatte diese vier Führer der Heimwehr zu sich gebeten und mit ihnen die Aktion gegen die Sozialisten besprochen. Auch der »Heimwehrtag« von Wiener-Neustadt am 7. Oktober kam zur Sprache. Pichler befragte den Bundeskanzler, »ob die Regierung geneigt ist, im Falle eines Zusammenstoßes die Heimwehr gegen die Sozialisten durch bewaffnete Macht (Polizei, Militär) zu unterstützen und im Falle eines ersten Zusammenstoßes sich offen an die Seite der Heimwehr zu stellen«. Seipel gab eine bejahende Antwort und verlangte von Steidle nur, daß »nicht sie den Zusammenstoß provozieren, denn dies würde auf die österreichische öffentliche Meinung einen schlechten Eindruck machen«. Hiernach äußert sich Steidle schon günstiger über den Bundeskanzler und meint, er habe sein »früheres Verhalten total geändert.«²⁵

Steidle und sein Anhang bereiten sich auf den Auftritt am 7. Oktober vor, aber Oberst Diakow ist in Sachen der Waffenlieferung noch immer nicht nach Italien abgereist. Am 10. September bittet der Kabinettschef im italienischen Außenministerium, Mamelli, den ungarischen Geschäftsträger in Rom, Baron Andor Wodianer zu sich und urgiert die Reise Diakows, der »als erster Übergabetag bezeichnete 20. September scheint sowieso als zu nah«. Wodianer meldet dies dem Grafen Khuen-Héderváry.²⁶ Die Urgenz geht über Budapest nach Wien und Jánky antwortet am 13. September. Er berichtet, daß Diakow »Chef der mobilen (bewaffneten) Kräfte ist und derzeit alle Details derselben an Ort und Stelle ausarbeiten muß (er lebt in Graz), ob er wunschgemäß sofort abreisen könne, hoffe ich noch im Laufe des Vormittags zu erfahren, weil ich mit der Führung in Innsbruck in Verbindung getreten bin; wenn nicht er, wird gewiß ein Vertreter dorthin reisen«.

In Verbindung mit der vorbereiteten Heimwehr-Aktion teilt er mit, daß in Sachen des »Heimwehrtages« vom 7. Oktober »die Führung nächste Woche hier sein wird, um mit den Herren Vaugoin und Schober die Sicherung der Versammlung zu besprechen.«²⁷

Steidle und seine Leute planen, daß die in Wiener-Neustadt aufmarschierende Heimwehrtruppe einen Zusammenstoß mit den Sozialisten provoziert, die in Bereitschaft gesetzten militärischen und Polizeikräfte zum Schutz der »unbewaffneten« Heimwehr eingreifen und unter dem Vorwand des Zusammenstoßes die in Bereitschaft gestellten bewaffneten Heimwehrtruppen mit Unterstützung der Militär- und Polizeikräfte zum allgemeinen Angriff übergehen.

Trotzdem läßt die Abwicklung der italienischen Waffenlieferung auf sich warten. Dies ist offenbar keine leichte Sache. Die »Roten« sind auch im Eisenbahnpersonal, in der Finanzwache zugegen, sie haben auch den Waffenschmuggel von St. Gotthard (Szentgotthárd) aufgespürt, so können sie auch den Waffenschmuggel der Heimwehr aufdecken. Auf die italienische Urgenz

²⁵ O. L. Küm. res. pol. 1929—20 (1928). — Nicht registriert.

²⁶ O. L. Küm. res. pol. 1929—20 (1928). — Nicht registriert.

²⁷ O. L. Küm. res. pol. 1929—20 (1928). — Nicht registriert.

geht am 16. September die Antwort nach Rom, wonach sich am 22. bei der dortigen ungarischen Botschaft unter dem Namen Kasimir Müller die in dieser Angelegenheit erwartete Person melden wird.²⁸

Béla Jánky meldet am 20. dem Grafen Khuen-Héderváry: »D. fährt heute abends dorthin: sein Visum habe ich durch Auriti besorgt.« Diakow — alias Kasimir Müller — trifft am 22. in Rom ein, die Italiener besprechen mit ihm, was zu tun sei und am 25. reist er nach Österreich zurück. Aus späteren Meldungen kann festgestellt werden, daß auf Grund der Besprechungen mit Diakow versucht wurde, an der Grenze eine Sendung zu übergeben, aber der Versuch mißlang. Grandi wünscht zudem mit Diakow nicht mehr zu verhandeln: man hat das Vertrauen zu ihm verloren.

Über die Vorbereitungen für den 7. Oktober schreibt Jánky in seinem Brief vom 20. September:

»Es ist zu befürchten, daß die Sozis einer *offenen* Niederlage aus dem Wege gehen; so hat gestern in einer geheimen Sitzung des Republikanischen Schutzbundes General Körner erklärt, den vorbereiteten Faschisten dürfe kein Sieg geboten werden, also keinerlei Widerstand: die Initiative müssen die Sozis auch weiterhin in der Hand halten.

Andererseits fand gestern bei Herrn Schober eine Sitzung im Interesse der Sicherung des Heimwehrtages vom 7. statt, an der als Vertreter Vaugoins General Schiebb und statt Steidle Major Pabst teilnahmen; hier wurde es abermals offenbar, daß der Kanzler absolut für ein *aktives* Auftreten ist. Das wird durch die staatlichen Machtorgane gedeckt und gesichert.

Wenn also am 7. Oktober der Heimwehrtag in Wiener-Neustadt stattfindet, dann haben die Zweieinhalber schon eine Niederlage erlitten.« Bald darauf wird »der St. Pöltener Tag folgen, also im zweitrotesten Orte«.

Die Auffassung General Körners formt Jánky nach seinem eigenen Wunsch um. Tatsache ist, daß Otto Bauer und seine Genossen trachten, einen Zusammenstoß mit der Heimwehr zu vermeiden, selbst um den Preis, daß sie die faschistische Demonstration in Wiener-Neustadt hinnehmen. Zugleich beschließen sie aber die Organisation einer Gegendemonstration, und zwar einer größeren als die der Heimwehr. Auf diese Art kann die demoralisierende Wirkung eines Einmarsches faschistischer Abteilungen in das rote Viertel vermindert werden.

Seipel, Schober und ihre Leute wollen jetzt vor allem erreichen, daß die Sozialisten den Heimwehrtag im roten Arbeiterviertel dulden; auf diese Weise wollen sie der Tätigkeit und der bewaffneten Organisation der Faschisten in den Hochburgen der »Roten« freie Bahn verschaffen. Sie stellen die politische Demoralisierung der Sozialisten in den Vordergrund und nehmen dazu auch die Heimwehr in Anspruch.

²⁸ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—535 (1928).

In einer Nachschrift seines Briefes meldet Jánky datiert vom 21. September über die Geldsendung, daß Major Pabst »die vorwöchige Sendung gegen Quittung übernommen hat; diese werde ich Dir nächste Woche zukommen lassen, wenn sie auch unser Freund aus den Bergen unterfertigt hat, der am 25. mit seinem Stellvertreter hier eintrifft, um die Vorbereitungen für den 7. Oktober abzuschließen.«²⁹ (Der Deckname Steidles ist Älpler, oder »unser Freund aus den Bergen oder auch »unser Tiroler Freund«.)

Die lokale Polizeibehörde untersagt am 1. Oktober den ebenfalls für den 7. Oktober verkündeten sozialistischen Aufmarsch in Wiener-Neustadt. Als Begründung beruft sie sich darauf, daß die gleichzeitige Abhaltung der zwei Aufmärsche die Gefahr eines Zusammenstoßes in sich birgt. Dieses Polizeiverbot hat jedoch bei der Arbeiterschaft eine solche Empörung hervorgerufen, daß es offenbar wurde, daß dem Verbot keine Geltung verschafft werden könne. Auch die Führer der Sozialisten protestieren gegen das Verbot des Aufmarsches, nehmen dasselbe auch nicht zur Kenntnis. Seipel und seine Anhänger halten es daher für besser, hier nachzugeben und sie vereinbaren mit Otto Bauer und seinen Genossen, was zu geschehen habe.

Die österreichische Regierung verzichtet nicht auf die provokatorische faschistische Demonstration und garantiert deren militärischen und polizeilichen Schutz, auch Otto Bauer und seine Genossen verzichten nicht auf den sozialistischen Aufzug unter Teilnahme des Schutzbundes. Seipel und Otto Bauer sind gleicherweise wegen eines eventuellen Zusammenstoßes zwischen Heimwehr und Schutzbund und dessen Folgen besorgt. Schließlich vereinbaren sie, daß die Heimwehr am 7. Oktober aufmarschiert und vormittags von 9 bis halb 12 Uhr eine Versammlung abhält, der Arbeiteraufmarsch aber um 12 Uhr beginnt. Zwischen dem Aufmarschweg der zwei Aufzüge und dem Schauplatz der zwei Versammlungen wird eine »neutrale Zone« geschaffen. Es wird auch vereinbart, daß die Heimwehr 18 000 Mann aufmarschieren läßt (auf mehr rechnen Steidle und seine Anhänger offenbar nicht), die Sozialisten 30 000 Schutzbündler und sonstige Arbeiter. Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Buresch, nimmt im Sinne des Übereinkommens beide Aufmärsche in Wiener-Neustadt für den 7. Oktober zur Kenntnis.³⁰

Die Arbeiterschaft Wiener-Neustadts hat die Stadt bereits am 6. Oktober in roten Flaggenschmuck gekleidet, auch auf diese Weise ihrer Empörung über die faschistische Provokation Ausdruck verleihend. Die Heimwehrtruppen hielten unter bewaffnetem Schutz der ausgerückten Polizeiabteilungen ihren Aufmarsch, doch in geringerer Anzahl als es von dem Landeshauptmann bewilligt wurde. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse betrug die Stärke

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—535 (1928).

³⁰ Über dieses Übereinkommen haben auch ungarische Blätter berichtet, so Pesti Napló vom 4. Oktober 1928.

der Heimwehrformationen 10—12 000.³¹ Am Aufmarsch der Sozialisten nahmen 18 000 Schutzbündler und noch etwa 20 bis 25 000 Arbeiter teil.³²

Seipel und sein Anhang haben der Heimwehr das Tor ins Arbeiterviertel geöffnet, und zwar unter Vermeidung eines physischen Zusammenstoßes mit der Arbeiterschaft. Doch der wohlorganisierte Gegenaufmarsch der Sozialisten und ihre große Überlegenheit über die Heimwehr haben den Plan Seipels vereitelt, den Heimwehrtag zur Demoralisierung der Sozialisten zu benutzen.

Der Ablauf des Heimwehrtags in Wiener-Neustadt am 7. Oktober hat in den Regierungskreisen in Rom und in Budapest Enttäuschung hervorgerufen. Baron Wodianer spricht darüber am 9. Oktober mit Grandi und schreibt in seinem Bericht, daß der italienische Staatssekretär über den reibungslosen Verlauf des Aufmarsches und der Versammlung »sichtlich mißgestimmt war« und sich über die Führung der Heimwehr geringschätzig äußerte. »Das Einsetzen der ersten Aktion war erst für den Herbst geplant — tröstet ihn Wodianer —, und jetzt stehen wir erst am Anfang des Herbstes. Außerdem sind auch an mehreren anderen Orten für die nächste Zeit Heimwehrekundgebungen ins Auge gefaßt und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sache dabei einmal platzt.« Schließlich erklärt Grandi, daß man »derzeit nichts anderes tun könne, als hoffen, daß die Sache nächstens besser gelinger werde.«³³

Am 24. Februar 1929 unternimmt die Heimwehr mit 3—4000 Mann ihren ersten Aufmarsch in Wiener Arbeitervierteln. Die Polizei Schobers beschützt sie gegen die in der Umgebung versammelten antifaschistischen Demonstranten. Die Sozialdemokratische Partei veranstaltet am selben Tage den Gegenaufmarsch des Schutzbundes, woran 20 000 Mann teilnehmen.

Am 1. Mai demonstriert die österreichische Arbeiterschaft mit großen politischen Aufmärschen gegen die schon allgemein bekannten Putschpläne der Heimwehr. Steidle und seine Anhänger setzen hingegen ihre Aufmarschübungen auch nachher fort. Am 5. Mai veranstalten sie in Sankt Pölten, eine Woche später abermals in Wien unter polizeilichem Schutz Heimwehrdemonstrationen. Diese Heimwehrebewegungen gaben die Begleitsmusik zu den Aktionen Seipels und seiner Anhänger zu einer Verfassungsänderung, eine Drohung mit dem Bürgerkrieg, um die Führer der Sozialdemokratischen Partei mürbe zu machen.

Weitere Vorbereitungen zu einem Heimwehrrputsch

Der Generalstab der Heimwehr ist bestrebt, sich in die Aktion Seipels und seiner Anhänger zu einer Verfassungsänderung einzuschalten, die Regie-

³¹ Pesti Napló vom 9. Oktober 1928.

³² Nach einem Bericht der Népszava (Folge vom 9. Oktober) 18 000 Schutzbündler und noch 30 000 Arbeiter, nach einem Bericht des Pesti Napló (Pester Journal) insgesamt 35 000 Mann.

³³ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—581 (1928).

nung zu einem kraftvolleren Auftritt zu bewegen, den durch die Regierung gebotenen Schutz und die geplante Verfassungsänderung zur weiteren politischen und organisatorischen Stärkung der Heimwehr zu benutzen. Steidle und seine Leute bereiten sich auf diese Weise auf die Durchführung ihres Staatsstreichplanes vor. Auch die ungarischen Regierungskreise unterstützen vor allen Dingen diesen Plan und warten auf seine Durchführung. Zugleich wird auch die Verbindung Seipel—Bethlen enger gestaltet.

Im November 1928 führt Seipel ein eingehendes Gespräch mit dem Grafen Ambrózy, wobei er auch die Pläne zur Verfassungsänderung erwähnt. Hierzu gehört, daß der Präsident der Republik nicht mehr wie bisher vom Parlament gewählt werde, sondern von diesem unabhängig, unmittelbar durch eine Volksabstimmung, und der Bundespräsident das Recht habe, das Parlament vorzeitig aufzulösen. Derzeit steht auch dieses Recht dem Abgeordnetenhouse zu. Ein wichtiger Teil der Pläne zur Verfassungsänderung ist die Einengung der Rechtssphäre der Wiener Selbstverwaltung. Wien ist derzeit gleichrangig mit den Ländern und sein tatsächliches politisches Gewicht und finanzielles Budget ist viel größer als die der Länder. Seipel und seine Anhänger wollen die Wiener Selbstverwaltung der niederösterreichischen Landesregierung unterstellen und einen Großteil der Wiener städtischen Einnahmen zugunsten des Budgets der Regierung, bzw. der Länder entziehen.

Seipel sagt Ambrózy, daß die Sozialdemokraten gegen eine unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk sind, weil sie einen eventuellen Umschwung à la Napoleon III. befürchten. Ihn »geniere« jedoch eine solche Eventualität »nicht im geringsten« und er sei nicht dagegen, daß die geplante Verfassungsänderung »vielleicht in Zukunft, in einem geeigneten Augenblick dem Erzherzog Otto Gelegenheit bieten werde, vielleicht zuerst als Präsident der Republik später als Herrscher den ihm gebührenden Platz einzunehmen«. ³⁴

Diese Vorstellung Seipels ist mit seinem den Anschluß abweisenden Standpunkt vereinbar, er sieht jedoch darin vor allem eine entsprechende Form der Willkürherrschaft. Übrigens spricht er über diesen seinen Gedanken nicht in der Öffentlichkeit und würde damit die eigene Lage auch außenpolitisch komplizieren. Auch in der Frage des Anschlusses vermeidet er eine eindeutige Stellungnahme, muß er doch auch mit den Großdeutschen zusammenarbeiten, die wieder für den Anschluß sind. In dieser Frage geht er so vor, wie Bethlen in der Königsfrage, der an der Seite der Anhänger der freien Königswahl steht, aber auch mit den Legitimisten zusammenarbeitet und in der Thronfrage eine eindeutige Stellungnahme vermeidet.

Die legitimistische Phantasie Seipels ist Bethlen nicht sympathisch, da sie aber von der Realität zu weit entfernt ist, beunruhigt sie ihn nicht

³⁴ O. L. Küm. res. pol. 1928—20—700.

besonders. In Österreich ist die monarchistische Propaganda sehr schwach und sie kann keine Kraft erlangen.

Im Dezember 1928 kommt es in Österreich zur Wahl des neuen Bundespräsidenten. Nach der geltenden Verfassung wird er vom Parlament gewählt. Der Kandidat der Christlichsozialen, Wilhelm Miklas erhielt die meisten Stimmen. Ihn haben Seipel und seine Anhänger ausersehen, das Parlament aufzulösen, wenn er durch die geplante Verfassungsänderung hierzu das Recht erhält.³⁵

Als Bethlen am 15. Dezember aus Lugano zurückkehrt, wo er an der Sitzung des Völkerbundes teilgenommen hatte, unterbricht er seine Reise und besucht Seipel in Wien. Sie verhandeln unter vier Augen. Bethlen bringt die Debatte der beiden Regierungen über das Burgenland zur Sprache. »Ich halte es für ein gemeinsames Interesse — sagt Bethlen laut seiner von der Unterredung gemachten Aufzeichnung —, diese Frage ruhen zu lassen und habe versprochen, diese ohne Provokation nicht mehr zur Sprache zu bringen.« (Österreichische Politiker — unter ihnen der Landeshauptmann des Burgenlandes — haben nämlich wiederholt ihren Anspruch auf Ödenburg [Sopron] verkündet, den Bethlen im Oktober 1928 in einer seiner Reden zurückgewiesen und den Anspruch der ungarischen Regierung auf das Burgenland erwähnt hat.) Seipel dankt Bethlen für diese Erklärung, stimmt mit ihm überein, kann es jedoch nicht garantieren, daß nicht wieder Leute auftreten und Ödenburg beanspruchen. (Laut der Aufzeichnung schweigt Bethlen darüber, daß auch er nicht garantieren könne, daß nicht wieder Leute mit dem Anspruch auf das Burgenland auftreten.)

Bethlen wird zu dieser Zeit durch die Aufdeckung eines kleineren Waffenschmuggels beunruhigt. Am 12. Dezember wurde im Wiener Donauhafen eine Sendung beschlagnahmt, in der sich sieben Maschinengewehre befanden. Die dortigen Zollbeamten wurden — aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Landarbeiter — verständigt, daß sich in der Sendung Waffenbestandteile befinden und nicht die im Frachtbrief angeführte Ware. Das ungarische Verteidigungsministerium kauft in Wien in kleineren Posten systematisch Kriegsmaterial aus den Beständen der gewesenen Monarchie auf, vielleicht hauptsächlich Maschinengewehre. Ein aus einigen solchen Kisten bestehender Transport wurde nun aufgedeckt, Bethlen ersucht Seipel, behilflich zu sein, die Angelegenheit zu vertuschen. Seipel verspricht dies und führt es auch durch. Die »Arbeiter Zeitung« berichtet über den Schmuggel, der aufgedeckte Posten ist jedoch zu klein, um daraus eine Affäre zu machen. Und übrigens haben

³⁵ Die Großdeutschen und der Landbund hatten Schober kandidiert und auf ihn gestimmt. Die Sozialdemokratische Partei hatte keine Chancen und auch keinen Kandidaten gestellt. Auch die Möglichkeit entfiel, durch ein Übereinkommen mit den Großdeutschen einen gemäßigteren Kandidaten zu unterstützen; durch die Kandidierung Schobers haben die Großdeutschen jeden Versuch zu einem Übereinkommen abgewiesen. Die sozialdemokratische Fraktion hat hierauf leere Stimmzettel abgegeben.

das Geschäft mit dem österreichischen Verteidigungsministerium in Verbindung stehende österreichische Verkäufer mit den ungarischen Beauftragten abgeschlossen.³⁶

In seiner Aufzeichnung erwähnt Bethlen nicht, ob er sich über die Gestaltung der inneren Lage Österreichs informiert habe, doch ist es offenbar, daß auch dies zur Sprache kam. Sicher hat Bethlen vor Seipel nicht aufgedeckt, welche enge Verbindungen er zu Steidle und seinen Leuten hat. Doch werden nach dieser Begegnung Verfügungen getroffen, diese Verbindungen und in erster Reihe die Aufrechterhaltung dieser Verbindungen auf offiziellem Wege besser zu verschleiern.

»Die Aufrechterhaltung der Verbindung« zu Steidle und seinen Leuten »scheint vorderhand wichtig zu sein — schreibt Baron Apor am 9. Januar 1929 an Ambrózy. — Es ist jedoch nicht wünschenswert, mit dieser Verbindung den Gesandten oder den Militärattaché (Oberst dr. Dániel Fábry) zu belasten. Infolgedessen wurde beschlossen, mit dieser Aufgabe auch weiterhin Jánky zu betrauen.« Der Gesandte wird die Weisungen an Jánky in verschlossenem Briefumschlag erhalten, muß ihm diese auch so übergeben; auf ähnliche Weise sind auch die Berichte Jánkys weiterzuleiten. »Zweck dieser Verfügung ist — schreibt Apor —, daß Du in gegebenem Falle mit gutem Gewissen bezeugen kannst, daß Du mit der Heimwehr keinerlei Verbindung aufrechterhalten hast und daß weder Du noch der Militärattaché mit derselben in irgendeinem Nexus gestanden ist.«

Mit dem Herannahen der Wahlen in England scheint der Sturz des Kabinetts Baldwin wahrscheinlich. Die herrschenden Kreise Österreichs forcieren weiterhin die Verfassungsänderung, doch demissioniert Seipel, dessen Zusammenarbeit mit der Heimwehr allgemein bekannt ist, anfangs April. Nach vierwöchigen Verhandlungen wird ein »Übergangskabinet« gebildet. Bundeskanzler wird der Christlichsoziale Streeruwitz, der auch das Außenministerium übernimmt. Das Verteidigungsministerium bleibt in den Händen

³⁶ O. L. Küm. res. pol. 1928—20—765. — In die Angelegenheit waren von seiten Österreichs der pensionierte General Reuter und die Speditionsfirma Popper, von seiten Ungarns Ingenieur Miklós Kemény, der Kaufmann Miklós Pongrácz und der Journalist Ferenc Vásárhelyi verwickelt. Kemény erklärt in einem an den Obersten im ungarischen Verteidigungsministerium, Füleky gerichteten Brief das Fiasko folgendermaßen: „Ganz bestimmt dürfte es sich um eine planmäßige Anzeige handeln, wobei eigentlich die Aufdeckung der Gurten zum Auffinden der Maschinengewehrbestandteile führte. Die Maschinengewehrbestandteile wurden bisher nie mit anderem Material verpackt, bisher noch nie anders als einzeln, höchstens zu drei kleinen Kisten expedit, dies war der erste und einzige Fall, daß sie mit irgendeinem anderen Material — im jetzigen Falle mit absolut wertlosem Mist — auf dem Frachtbrief figurierten.“ (O. L. Küm. res. pol. 1929—35—658). Der Mist war: gebrauchte Maschinengewehrurte.

Das Wiener Landesgericht befaßte sich am 9. Januar mit der Angelegenheit. Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Waffenschmuggel fallen, das Delikt wurde als Übertretung qualifiziert und die Angelegenheit dem Bezirksgericht abgetreten. Hierüber berichtet die Zeitung *Magyarorszag* (Ungarn) vom 10. Januar 1929 (erschieden am 9. Januar abends).

Vaugoins. Die neue Regierung ist abermals ein Koalitionskabinett der drei bürgerlichen Parteien, die Mehrheit der Minister stellen wieder die Christlich-sozialen.

Die Sozialdemokratische Partei protestiert gegen das Verbleiben Vaugoins im Kabinett. »Wir wollen ein Kabinett Streeruwitz — schreibt am 4. Mai die Arbeiter Zeitung —, und kein geheimes Kabinett Seipel. Die Sozialdemokratische Partei ist geneigt, an der Neugestaltung des Parlaments und damit an der Konsolidierung des politischen Lebens mitzuarbeiten, doch müsse die Regierung Streeruwitz wissen, was auf dem Spiele steht, wenn Herr Vaugoin auch weiterhin seine provokative Politik betreibt.«³⁷

In diesen Tagen hält das Berliner Blutvergießen auch die österreichische Arbeiterschaft in Aufregung. Die unter sozialdemokratischem Kommando stehende Berliner Polizei der von Sozialdemokraten geführten deutschen Regierung veranstaltete unter den Teilnehmern des trotz Verbots abgehaltenen Umzugs am 1. Mai ein Blutbad. Die Kugeln der Wachleute Zörgiebels haben das Leben von 29 Arbeitern ausgelöscht. Auch nach dieser furchtbaren Tat gab es Zusammenstöße. Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse versucht das Verbot des Maiaufmarsches und den blutigen Anschlag auf die Demonstranten mit wilder antikommunistischer Hetze zu rechtfertigen.

Auch die Sozialdemokratische Partei Österreichs nimmt an der anti-kommunistischen Hetze teil, wodurch die Reaktion natürlich ermutigt wird. Verteidigungsminister Vaugoin bleibt auf seinem Posten und die Heimwehr hält am 5. und 12. Mai ihren Aufmarsch in St. Pölten und Wien ab. Und die herrschenden Kreise Österreichs setzen ihre Aktion um die Verfassungsänderung fort.

Laut der geltenden österreichischen Verfassung ist für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments erforderlich. Nun sind aber die parlamentarischen Kräfteverhältnisse derart, daß eine solche Mehrheit ohne die Sozialdemokratische Partei, die mehr als 40% der Mandate innehat, unmöglich ist. Otto Bauer und seine Leute feilschen um die Forderungen bezüglich der Verfassungsänderung und nennen es »Bereitschaft, an der Neugestaltung des Parlaments« teilzunehmen.

Die gespannte politische Lage verursacht auch in der Partei Seipels Beunruhigung. Der eine Flügel der Partei, der unter Kunschaks Führung steht, ist gegen die zunehmende Aktivität der Heimwehr. Er meint, daß dies die Verhandlungen und ein Übereinkommen mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei erschwere, die Angst der sozialdemokratischen Parteiführung vor einer Verfassungsänderung erhöhe. Seipel und seine Anhänger bleiben jedoch dabei, daß man die Angst der sozialdemokratischen Führer steigern und sie

³⁷ Arbeiter Zeitung vom 4. Mai 1929 (zitiert im Pesti Napló vom 5. Mai 1929).

auch weiterhin mit einer Abrechnung durch einen Bürgerkrieg bedrohen müsse.

Steidle verhandelt am 12. Mai mit Schober, am 13. Mai mit Vaugoin und gelangt auch zu einer gewissen Vereinbarung mit ihnen. Dies meldet Jánky am 16. Mai dem Baron Apor. »Diese drei, über tatsächliche Machtmittel verfügenden Personen — berichtet er offenbar auf Grund der von Steidle erhaltenen Informationen — haben sozusagen *einen Pakt* geschlossen, die Gestaltung des Schicksals Österreichs in ihre Hand zu nehmen und dies gemeinsam durchzuführen!!!«³⁸

Die Führer der Heimwehr planen, im Herbst in Wien einzuziehen und mit den »Roten« abzurechnen. Bethlen ist dabei gerne behilflich. Anfang Mai 1929 kommt der Staatssekretär im italienischen Ministerium des Äußern, Grandi auf einige Tage nach Budapest, um den Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten vom April 1927 in Rom zu erwidern. Während seines Aufenthaltes in Budapest, am 3. Mai teilt ihm Bethlen während eines Gesprächs die Pläne und die Bitte Steidles um weitere Geldunterstützung und Waffenlieferung mit. »Grandi hat dies mit viel Verständnis zur Kenntnis genommen — schreibt Bethlen —, und zeigte sich geneigt, das Geld und die Waffen zur Verfügung zu stellen . . . Ich habe die Erklärung Grandis dankend zur Kenntnis genommen und ihn gebeten, das Geld nur in zwei Raten zur Verfügung zu stellen, und zwar die letzte im Herbst, bevor es zur Abrechnung kommen würde, damit wir sehen, wie sich die Angelegenheit entwickelt und ob es sich lohnt, sie forzusetzen.« Grandi hat auch mitgeteilt, daß sie nicht geneigt seien, mit dem früheren Vertreter der Heimwehr, dem Obersten Diakow zu verhandeln, weil dieser »ein absolut unfähiger Mensch« ist, zu welchem sie kein Vertrauen haben.

Bei Beendigung des Gesprächs macht Bethlen folgende Bemerkung: »Ich beabsichtige, vor Übergabe der letzten Rate mit der Heimwehrrführung eventuell in Form eines Vertrags ihr zukünftiges Verhältnis zu Ungarn zu präzisieren«³⁹ — was für außenpolitische Vorteile Ungarn in dem Falle erwarten kann, wenn die Heimwehr eventuell an die Macht gelangt, und worauf es in der Frage des Burgenlands rechnen könne.

Derzeit halte er es jedoch für dringender, daß die Führer der Heimwehr von den Italienern die erbetenen Waffen erhalten. Er verständigt sofort Steidle, sie mögen einen anderen Bevollmächtigten nach Rom entsenden. Die Heimwehr schlägt ihren Generalstabschef, Major Pabst vor. Hierüber informiert Bethlen am 16. Mai brieflich den inzwischen heimgekehrten Grandi. »Haben Sie bitte die Güte, mir mitzuteilen — schreibt Bethlen —, zu welchem

³⁸ O. L. Küm. res. pol. 1929.

³⁹ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—332 (317).

Zeitpunkt Sie geneigt sind, Pabst zu empfangen. Ich werde Ihre Antwort an die Heimwehrführung weiterleiten.«⁴⁰

Den Brief überreicht Hory am 23. Mai Grandi. Grandi antwortet Bethlen tags darauf brieflich und kommt neben anderen Fragen auch auf die Heimwehrangelegenheit zurück: »Ich erwarte in Rom — auf Grund Ihrer Mitteilung — die Ihnen bekannte Persönlichkeit.«⁴¹

Am 4. Juni suchen Steidle und Pabst in Wien Jánky auf. Steidle unterrichtet ihn über seine neueren Gespräche mit Vaugoin und Schober. Vaugoin teilte ihm mit, der italienische Gesandte in Wien habe ihn aufgesucht und »sich eingehend über Organisation und Kraft der Heimwehr und hauptsächlich darüber erkundigt, ob er es für möglich halte, daß die Heimwehr im Herbst Wien erobere«, er hat jedoch eine ausweichende Antwort gegeben. Aus dieser Mitteilung ersieht Jánky, Grandi habe ihren Gesandten in Wien beauftragt, »die von uns gegebenen Informationen zu überprüfen«.

Steidle berichtet Jánky, Vaugoin sei bereit, bei Abwicklung des Waffentransportes aus Italien, beim »Südfrüchtentransport« behilflich zu sein. »Sobald die Sendung bei Lienz — wenn alles schon am umsichtigsten geordnet wurde — auf österreichischem Boden sein wird, werden die Organe Vaugoins die weitere Verteilung übernehmen.« Laut dieser Mitteilung wurde Vaugoin über die für die Heimwehr bestimmte italienischen Waffensendung informiert. Indem er die Teilnahme militärischer Organe bei Übernahme und Verteilung der Sendung sichert, stellt er die Aktion unter die unmittelbare Kontrolle des Militärs.

In den Plänen der Heimwehr ist auch von der Schaffung spezieller Terrorformationen, sogenannter *Vergeltungskommandos* die Rede — zur Durchführung von Mordanschlägen. Hierzu wird auch Geld erbeten. »Wegen Geldmangels — berichtet Jánky — ist die in meinem letzten Schreiben erwähnte Frage von ‚Vergeltungskommandos‘ bzw. deren Aufstellung noch gar nicht vorwärtsgekommen, ohne sie ist aber der Erfolg der Revolutionierung nicht gesichert.«⁴² (Wie wir sehen, kommt bereits in dieser Zeit im reaktionären Sprachgebrauch der Ausdruck »Revolutionierung« zur Bezeichnung eines gegenrevolutionären Umschwungs vor. Dieser irreführende Wortgebrauch verbreitet sich mit dem Erstarken der Hitlerschen Propaganda.) Und wenn die Aufstellung derartiger Terrorformationen so betrachtet wird, daß ohne sie die Einführung der faschistischen Diktatur nicht gesichert werden kann, so zeigt dies, auf was für ein Blutvergießen sie sich in den Tagen der Ergreifung der Macht und in der darauf folgenden Zeit vorbereiten. Die Faschisten bereiten sich in Österreich auf ähnliche Massenmorde vor, wie sie die Horthy-Leute in den Jahren 1919—1920 in Ungarn verübt hatten.

⁴⁰ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—330.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

Der Plan der Aufstellung von Vergeltungskommandos kommt übrigens schon in der Denkschrift Steidles vom 23. Mai 1928 vor, und zwar unter der Bezeichnung »Spezialformationen«, die kurz »vor dem Moment« aufgestellt werden sollen, wozu 100 000 Schilling aus dem 970 000 Schilling betragenden zweiten Teil der Hilfsgelder erbeten werden.

In der Angelegenheit der Waffenlieferungen trifft Major Pabst am 17. Juni in Rom ein. Trotz seines Versprechens empfängt ihn Grandi nicht; er zweifelt abermals an der Zweckmäßigkeit und der Realität der Aktion. Er gibt jedoch seine Zustimmung, daß Hory ein Zusammentreffen zwischen Pabst und »jener führenden Persönlichkeit dieses Faches, die mit der Abwicklung solcher Angelegenheiten betraut ist«, vermittele. Hory selbst nimmt auch an dieser Besprechung mit der »führenden Persönlichkeit in diesem Fache« teil; man gelangt zu der Feststellung, daß die Lieferung »mit einem zu großen Risiko verbunden sei«. Hory erteilt Pabst folgenden Rat: »Außer der bereits erbetenen Geldhilfe statt des in natura zu liefernden Materials noch weitere 5—600 000 zu erwirken und zu bitten, daß in der Nähe der Grenze im voraus bestimmte Vorräte aufgestapelt werden, die dann in den auf den Beginn der Aktion folgenden Tagen schon gefahrlos über die Grenze geschafft werden können.«

Pabst findet den Plan für gut und sie tragen diesen am 21. Juni Guariglia, dem politischen Direktor im italienischen Außenministerium vor. Guariglia verspricht, den Antrag Mussolini zu unterbreiten. Hory bittet in seinem Schreiben, Bethlen möge im Wege des italienischen Gesandten in Budapest eine diesen Plan unterstützende Botschaft an Mussolini richten, und zwar »möglichst rasch«, denn die Hauptsache sei, »daß die Beträge im Juli und August ausbezahlt werden«. ⁴³

Grandi ist abermals unschlüssig. Die antiitalienische Hetze der Tiroler Nationalisten nimmt zwar ab, ist aber nicht beendet. Dies ist auch ein Grund oder geradezu der Hauptgrund für das Zögern Grandis. Angesichts dieser Lage trachtet Hory, mit Mussolini über diese Angelegenheit zu verhandeln. Über ihr am 10. Juli geführtes Gespräch berichtet er Folgendes:

»Der Chef hat meine Darlegungen angehört, dann kurz nachgedacht und nach einigen Bemerkungen über die zögernde Langsamkeit und Zaghaftigkeit der führenden Personen erklärt: 1. die 900 (die II. Tranche) werden flüssig gemacht, 2. statt des Materials 520 000, 3. er läßt die Depots vorbereiten.

Als *Conditio sine qua non* hat er sich jedoch ausbedungen, daß die Führer bereits jetzt ein bindendes Versprechen geben, die Aktion zu einem fixen Zeitpunkt (worunter ein durch letztere zu bestimmender Monat zu verstehen ist) *coûte que coûte* zu beginnen . . . Nachdem er die erwähnte Bedingung wiederholt

⁴³ Ebd.

hatte, ersuchte er mich, nach Rücksprache mit den Führern die entschiedene und unwiderrufliche *Erklärung* ihm *zukommen* zu lassen.«⁴⁴

Die Führer der Heimwehr haben die schriftliche Verpflichtung am 10. August ausgefertigt und nach Budapest gesendet. Unter der Verpflichtung stehen die Namen von dr. Steidle, dr. Pfriemer, und von Pabst. Die Unterzeichneten verpflichten sich — als »Landesführung der österr. S. S. V.« —, »die entscheidende Aktion zur Änderung der österreichischen Staatsverfassung *spätestens* in dem Zeitraum zwischen 15. II. u. 15. III. 1930 durchzuführen. Die Bundesführung wird aber mit allen Kräften trachten, die Aktion bereits im Herbst dieses Jahres (1929) zu unternehmen«. Die Unterfertigten setzen klugerweise noch hinzu: »Je eher die Bundesführung die zugesagte ‚Mitarbeit‘ bekommt, um so mehr wird sie den Zeitpunkt der Aktion vorverlegen können.«⁴⁵

Bethlen hält sich zu dieser Zeit auf seinem Landsitz in Inke auf. Walko läßt ihm am 14. August die schriftliche Verpflichtung Steidles und seiner Mitarbeiter zukommen und bittet, diese zu signieren. Bethlen schreibt am 16. August darauf: »Ich bin mit dem Inhalt dieser Erklärung einverstanden« und setzt seine Unterschrift darunter. Bald darauf überreicht Hory das Schreiben persönlich Mussolini.

Inzwischen gingen die faschistischen Provokationen gegen die österreichischen Arbeiter weiter. Am 18. August führt die Heimwehr in Sankt Lorenz in der Steiermark einen bewaffneten Angriff gegen eine sozialistische Versammlung. Im Laufe des Zusammenstoßes wurde ein Schutzbündler getötet. Die Zahl der Verletzten — der Sozialisten und teils der Faschisten — betrug etwa sechzig.⁴⁶ Vaugoin und seine Leute boten den Heimwehrleuten abermals Schutz und veranstalteten eine weitere Waffenrazzia gegen den Schutzbund. Nach Zeitungsmeldungen wurden in Wöllersdorf 2 Geschütze, 4 Maschinengewehre, 7 Minenwerfer und 150 Gewehre des Schutzbundes beschlagnahmt.⁴⁷ Nach dieser Aktion, am 24. August, wird Mussolini die Erklärung Steidles und seiner Gefährten überreicht.

»Als ich Mussolini den Zweck meines Besuches andeutete — schreibt Hory —, hat sich sein Gesicht sichtlich erheitert und er begann in der Luft Boxbewegungen zu machen. Als ich ihm dann den späten Zeitpunkt mitteilte, beruhigte er sich sichtbar.« Betreffs Weiterleitung des Geldes an die Heimwehr »hat er selbst den vorjährigen Modus vorgeschlagen«, d. h. daß dies über Budapest geschehe. In der Frage der Abwicklung der Angelegenheit verweist er Hory an Grandi.⁴⁸

⁴⁴ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—336.

⁴⁵ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—330.

⁴⁶ Népszava vom 20. August 1929.

⁴⁷ Pesti Napló vom 20. August 1929.

⁴⁸ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—330.

Inzwischen werden in Wien die Führer der Sozialdemokratischen Partei im Interesse der Verfassungsreform weiter »bearbeitet«. Zu gleicher Zeit schmiedet Vaugoin Bürgerkriegspläne mit Einschaltung der Heimwehr. Hierüber informiert Vaugoin den Wiener Militärattaché der ungarischen Regierung, den Oberstleutnant dr. Dániel Fábry. Die erhaltene Information deutet Bethlen dahin, daß die »österreichische Aktion« nunmehr heranreift und daß man sich nunmehr darüber den Kopf zerbrechen müsse, wie der an der Schwelle stehende Umschwung für die ungarischen Revanchebestrebungen ausgenutzt werden könnte.

*Verhandlungen Walkos in Rom und in Wien.
Überlegungen über eine militärische Intervention in Österreich*

Walko reist in der ersten Hälfte des Monats September, begleitet von Baron Apor nach Rom, wo er mit Mussolini und Grandi verhandelt. Eine der Hauptfragen oder geradezu den wichtigsten Teil ihrer Besprechungen bilden die Ereignisse in Österreich.

Walko unterrichtet Mussolini über die Pläne Vaugoins. Vaugoin erklärte dem Militärattaché Fábry — und Walko dann Mussolini —, daß sie den Staatsstreich für den 29. September planen. Es soll die Residenz von Seitz und seines Anhangs, das Wiener Rathaus, besetzt werden, »die niederösterreichische Heimwehr verhindert, daß sich der Schutzbund von Wiener-Neustadt nach Wien begeben und mit Rücksicht auf die Tschechen wird ein besonderes Augenmerk auf Hainburg geworfen«.

Die Besetzung des Wiener Rathauses ist moralisch zwar beachtenswert, zur Brechung des Widerstandes der Wiener Arbeiterschaft und zur Einführung der faschistischen Diktatur jedoch viel zu wenig: Vaugoin und seine Leute scheinen darauf zu rechnen, daß die offene Bürgerkriegsprovokation die Führer der Sozialdemokratischen Partei derart einschüchtern wird, daß sie sich sofort unterwerfen, solcherart die Arbeiterschaft demoralisieren, ja in ihrem Schreck sogar behilflich sein werden, den spontanen Widerstand abzurüsten. Diese Hoffnung ist jedoch übertrieben. Charakteristisch ist jedoch das Moment, daß man besorgt ist, dem Schutzbund würde aus der Tschechoslowakei Hilfe geleistet: bezüglich Deutschland hegen sie — trotz des Umstandes, daß dort in der Regierung die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind und der Reichskanzler der Sozialdemokratischen Partei angehört — keine solchen Befürchtungen. Sie wissen sehr wohl, daß die deutsche Armee von rechtsstehenden Kräften beherrscht wird, die dem Schutzbund nicht zur Hilfe kommen würden. Die Schutztruppe der deutschen Sozialdemokraten, das Reichsbanner wird ebenfalls nicht in Rechnung gestellt.

In ungarischen Regierungskreisen werden schon Pläne gesponnen, wie der zu erwartende österreichische Umschwung genutzt werden könnte. Hier-

über äußert sich Walko Mussolini gegenüber wie folgt: »Wir denken — als Ergänzung des bestehenden Arbitragevertrags — einen Freundschaftsvertrag zu schließen; ferner möchten wir in zwei Fragen zu einem Übereinkommen gelangen; die eine wäre, daß keine der beiden Parteien ohne gegenseitiges Übereinkommen mit ihren Nachbarn Vereinbarungen abschließt, die andere wäre die Bereinigung der Frage des ungarisch—italienischen Transits.« Walko erwähnt auch, daß er erwäge, den Österreichern eventuell den Abschluß eines Wirtschaftsvertrags vorzuschlagen, wofür sich die Führer des neuen Regimes »in ihrer Person verpflichten würden, zu einem späteren Zeitpunkt im nördlichen Teil des Burgenlandes gewissen Grenzberichtigungen zuzustimmen, die für uns von strategischer Wichtigkeit sind«. Er erwähnt auch, daß er die Absicht habe, über diese Fragen mit Steidle, Schober und eventuell Seipel zu sprechen. Er würde es für zweckmäßig halten, seitens Italiens durch Zustimmung zur Aufnahme einer weiteren Auslandsanleihe der neuen Regierung behilflich zu sein und sie auch durch Erleichterung des Schicksals der deutschen Minderheit in Südtirol zu stützen.

Mussolini pflichtet den Vorstellungen Walkos nur teilweise bei. In der Frage der Auslandsanleihe Österreichs ist er wohlwollend, in der Frage der Zugeständnisse in Südtirol zurückhaltend, und dies empfiehlt er auch in der Frage der das Burgenland betreffenden ungarischen Ansprüche. Übrigens hofft er jetzt mehr, daß die Aktion Erfolg haben werde.

»Mussolini betonte nachdrücklich — schreibt Walko —, daß er die Sache anfangs nicht ernst genommen habe, obzwar er diese von unser beider Gesichtspunkt aus für äußerst bedeutend halte . . . Sein Standpunkt kann in Folgendem summiert werden:

1. Was die Personen betrifft, halte er Schober für einen geeigneten Führer, ihn würde er am liebsten sehen . . . Rintelen hält er für die Führung nicht geeignet, doch könnte er im Kabinett nützlich sein, Seipel würde er gerne sehen.

2. Vom neuen Regime verlange er nichts, er habe schon die Erklärung erhalten, daß sie die Minderheitenfrage nicht aufs Tapet bringen werden . . . Wenn das neue Regime die Anerkennung benötigt, wird er sie ihr sofort geben: wenn sich die Tschechen nicht ruhig verhalten, wird er auf diplomatischem Wege ein Memento nach Prag senden, was gewiß von entsprechender Wirkung sein wird; bezüglich der Aufnahme einer neuen Anleihe werde er dem neuen Regime keinerlei Hindernisse in den Weg legen. Was die Minderheitenfrage betrifft, will er sich in keinerlei Richtung binden.«

Was die Pläne Walkos betrifft, stimmt er einleitenden Gesprächen mit Vertretern Österreichs über einen Freundschaftsvertrag, über das Vorgehen in gegenseitigem Einverständnis und den Transitverkehr zu. Hingegen hält er die Frage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Burgenlandes »nur dann für spruchreif, wenn sich das Regime bereits konsolidiert hat, seiner

Ansicht nach würden wir mit dem Aufwerfen dieser Fragen im jetzigen Zeitpunkt viel aufs Spiel setzen«.

Mussolini ist bereit, die von der Heimwehr verlangten Waffen »an einem zu bezeichnenden Orte durch verlässliche Leute über die Grenze bringen zu lassen, die Summe von 4,5 Millionen Lire steht (wie dies Grandi Apor bereits früher gesagt hatte) zur Verfügung«.

Walko spricht am selben Tage auch mit Grandi und sie vereinbaren, daß ihn Walko über die weiteren Entwicklungen stets verständigen wird, in Angelegenheit des Geldes verfügt Grandi, daß dieses »an ihre Budapester Gesandtschaft überwiesen werde mit der Instruktion, daß die Gesandtschaft zu dem Zeitpunkt, zu welchem ich es wünsche, dem ungarischen Außenministerium zur Verfügung stehen werde«.⁴⁹

Bezüglich der der österreichischen Regierung zu gewährenden Anleihe ist das Wesentliche, daß der Vertreter Italiens in der Reparationskommission — in diesem noch immer bestehenden Organ der Ententemächte — sein bisheriges Veto fallen lasse und der Aufnahme einer Anleihe durch Österreich zustimme. Österreich kann nämlich ohne Zustimmung der Reparationskommission keine Staatsanleihe aufnehmen, die diesbezügliche Bewilligung kann sie jedoch nur dann erhalten, wenn *sämtliche Mitglieder* der Reparationskommission zustimmen.

Einige Tage nach seinem Besuch in Rom verhandelt Walko in Wien mit Seipel und Steidle. (Wir haben keinerlei Daten, daß er auch mit Schober verhandelt hätte.)

Seipel empfängt ihn am 19. September in seiner Wohnung. Im Laufe des Gesprächs äußert er sich anerkennend über die Heimwehr und sagt: »Es sei sein Gedanke gewesen, daß sich die Heimwehr mit der Abänderung der jetzigen Verfassung befasse und diese Gelegenheit zur Zurückdrängung der linksgerichteten Elemente benutze. Er hält es für zweifellos, daß die Regierungskrise in kurzer Zeit eintreten wird und seiner Ansicht nach müßte man es irgendwie ermöglichen, daß die Heimwehr auf legalem Wege die Regierung übernehme. Seines Erachtens bestehe hierzu die Möglichkeit.«

Dann kam die Person des neuen Bundeskanzlers zur Sprache und Schober als der eine Kandidat. Seipel hält es für fraglich, ob im gegebenen Augenblick er der zur Führung geeignete Mann sei, ob es nicht eine bessere Lösung wäre, wenn Rintelen oder Vaugoin die neue Regierung bilden würden. Jedenfalls meint er, der Regierungswechsel stehe kurz bevor; seiner Ansicht nach müsse »die an der Macht befindliche Regierung die richtige Gelegenheit zur energischen Abrechnung abwarten«.

⁴⁹ O. L. k. m. res. pol. 1929—20—635. — Die hier erwähnte Summe von 4,5 Millionen Lire beträgt in österreichischer Währung mehr als 1,6 Millionen. Die von Steidle früher erbetene »II. Tranche« — die 970 000 und dann weitere 520 000 — hat sich also auf 1 490 000 erhöht.

Über die Sozialisten sagt Seipel, daß sie »über alle Maßen beängstigt sind . . ., sie trachten den Tschechen zu schmeicheln, was so weit geht, daß z. B. die Arbeiter Zeitung erklärte, die tschechischen Reparationsforderungen seien berechtigt. Ihr Verhalten zeige, daß sie von den Tschechen noch etwas erwarten.«

Walko setzt Seipel seine Pläne auseinander, wonach Ungarn mit der neuen Regierung einen Freundschaftsvertrag abschließen würde, ferner ein Abkommen, daß wir mit den benachbarten »Staaten der Kleinen Entente ohne gegenseitiges Übereinkommen keinerlei Vereinbarungen treffen«. Walko erwähnte auch, daß Ungarn den freien Transitverkehr, d. h. italienische Waffenlieferungen an Ungarn über Österreich sichern wolle. »Seipel hat diese Pläne — schreibt Walko — für sehr richtig gefunden.«

Walko teilt Seipel mit, daß »das neue Regime« von der italienischen Regierung »sofort die seit langem in Schwebelage befindliche Zustimmung zu den österreichischen Anleiheplänen erreichen würde«. Seipel interessiert dies natürlich sehr. Im Laufe des Gesprächs erwähnt Seipel, daß die Großdeutschen »der Heimwehrbewegung feindlich gegenüberstehen, welche Animosität sich auch auf seine Person erstrecke«.

Steidle sucht Walko tags darauf auf, ebenfalls in seiner Wohnung. Von ihm erfährt Walko, »daß in den tags vorher und am selben Tage abgehaltenen Besprechungen sich der Plan herausgebildet hat, der aber leicht noch abgeändert werden kann, daß die Regierung Streeruwitz demnächst zurücktritt und das Erbe eine Übergangsregierung übernimmt, die noch in diesem Jahre die Verfassungsänderung durchführt und nach Erfüllung dieser Aufgabe zurücktritt.

Auf diese Regierung würde dann die endgültige Heimwehrregierung folgen, die mit den Sozialisten abrechnen würde, falls dies nicht bei irgendeiner Gelegenheit schon unter der Übergangsregierung erfolgen würde.« Auf eine Frage Walkos erklärt Steidle, »er werde sich jedem Kompromiß bei der Lösung entschieden entgegenstellen, denn er will eine endgültige Abrechnung vornehmen«.

Walko gibt dem Heimwehrführer den Rat, »die Sache zu beschleunigen und nicht im Sande verlaufen zu lassen, denn die Sozialisten nutzen die Zeit aus, und außerdem würde uns ein Aufschub den Italienern gegenüber in eine sehr unangenehme Lage versetzen«.

Dann kommt die Person des neuen Bundeskanzlers zur Sprache. Steidle würde gerne Vaugoin an der Spitze der Regierung sehen, Schober lieber als Außenminister und nicht als Bundeskanzler, weil dieser sich seiner Meinung nach »in schwierigen politischen Lagen vielleicht nicht zurechtfinden würde«. Er spricht auch von Rintelen als Kanzlerkandidaten. »Ich habe mich für Schober erklärt« — schreibt Walko —, damit zugleich auch die Meinung Mussolinis vertretend.

Natürlich kam auch die neuerliche Geldunterstützung und die Waffenlieferung zur Sprache. »In bezug auf das Geld habe ich ihm mitgeteilt — schreibt Walko —, daß ich ihm die Hälfte in den nächsten Tagen durch Jánky zukommen lassen werde, über die zweite Hälfte werde ich ihn durch Jánky benachrichtigen; im Laufe des Gesprächs betrat Pabst für einen Moment das Zimmer, mit dem ich einige Worte über ihre Ausrüstung gewechselt habe; Pabst betonte, daß sie besonders Maschinengewehre und Munition benötigen.«⁵⁰

Während sich Walko nach Rom und Wien begibt, um die politischen Aspekte der Aktion zu besprechen, erwägen die militärischen Führer in Budapest auch die Möglichkeiten einer *militärischen Intervention*, falls es in Österreich zu einem Bürgerkrieg kommt. Der Oberbefehlshaber des Heeres, General Kocsárd Jánky schickt hierüber dem Verteidigungsminister Csáky am 21. September eine Analyse der Lage.

Beachtenswert ist diese Zusammenstellung einerseits, weil sie zeigt, was für nennenswerte innere Kräfte nach Ansicht des ungarischen Oberkommandos in Österreich einander gegenüberstehen, andererseits, weil sie zeigt, wie man in Budapest Möglichkeiten und Folgen einer militärischen Intervention beurteilt. Daraus ist auch ersichtlich, daß bereits Verfügungen getroffen wurden, »um die bewaffnete Macht in Bereitschaft zu stellen und zusammenzuziehen«, was laut Mitteilung Csákys »unter anderem den Zweck hat, im Falle innerer Wirren in Österreich — die sich gegen Ende September d. J. aus einem Zusammenstoß zwischen der Heimwehr und dem Schutzbund ergeben könnten — mit, aus dem Gros des Friedensstandes der Truppe gebildeten und vom Gesichtspunkt der Entente-Kontrolle einwandfreien Formationen intervenieren zu können«.

Die Bereitstellung und Konzentration der bewaffneten Macht hat vor allem den Zweck, das System gegen innere Wirren zu schützen, denn dieses muß befürchten, daß ein Bürgerkrieg in Österreich und eine ungarische militärische Intervention in Ungarn kraftvolle Aktionen der Arbeiter auslöst. Durch weitgehende Mobilisierung der Polizei, der Gendarmerie und sonstiger Kräfte der Brachialgewalt soll die reguläre Armee von der Aufgabe, den inneren Sicherheitsdienst zu versehen, befreit werden, denn diese wird für den Fall einer militärischen Intervention oder eines Krieges benötigt.

In der »Möglichkeit unserer Intervention im Falle innerer Wirren in Österreich« betitelten Denkschrift wird die Frage aufgeworfen, »was *das politische Ziel*« der Intervention sei. Bloß eine rechtsgerichtete Regierung zur Macht zu verhelfen, oder »zugleich auch Gebietseroberung (partielle oder totale Zurückgewinnung des Burgenlandes)«? Was auch immer das Ziel sei — heißt es —, können wir nur Aufgaben übernehmen, die wir mit den zur Verfügung stehenden Kräften *erfolgreich und sicher lösen können*«.

⁵⁰ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—635.

Die einander gegenüberstehenden österreichischen Kräfte abwägend, wird eine Unterstützung der eventuell intervenierenden ungarischen Armee von Folgenden erhofft:

a) *Die Heimwehr* und die mit ihr kooperierenden Frontkämpferorganisationen. Über ihre Stärke besitzt das ungarische Oberkommando keine verlässlichen Angaben (die von Steidle gelieferten Angaben werden daher nur mit Vorbehalt akzeptiert); man meint, »daß sie vielleicht die Stärke des Schutzbundes erreichen, jedoch bei weitem nicht so gut ausgerüstet sind, als der Schutzbund«. ⁵¹

b) *Die Polizei*.

c) *Das Gros der Bundeswehr*. Jánky meint, daß sich in der 16 000 Mann umfassenden österreichischen Armee »nur mehr ungefähr 3000 Sozialisten befinden«, die sich in Wiener-Neustadt, Linz und zu geringem Teile in St. Pölten befinden.

d) *Ein großer Teil der Gendarmerie*. Nicht die ganze, weil es in der Gendarmerie »noch viele Sozialisten gibt, die Säuberung ist noch im Gange«.

Auch werden die der ungarischen Armee gegenüberstehenden Kräfte aufgezählt:

a) *Der Schutzbund*. Dieser »besteht aus ca. 24 000 gut organisierten und gut ausgerüsteten Männern«. Hinzugefügt wird: »Die Organisation des Schutzbundes kennen wir genau, während wir über die Organisation der Heimwehr nur spärlich unterrichtet sind.« ⁵²

b) *Die Kommunisten*. Ihre organisierte Kampfkraft wird auf 500 Mann geschätzt.

c) *Die Wiener Gemeindefschutzwache*. Stand ungefähr 250 Mann.

d) *Das Personal der in Betracht kommenden Hauptlinien*: der Eisenbahn, Telegraphen- und Telephonverbindungen.

In der Denkschrift wird unter den gegenüberstehenden Kräften ein wichtiger Kampffaktor nicht in Betracht gezogen, nämlich der allgemeine politische Streik der gut organisierten Arbeiterschaft. Weiters werden bei Aufzählung der gegenüberstehenden Kräfte die erwähnten 3000 Sozialisten in der Bundeswehr und auch der sozialistische Teil der Gendarmerie nicht in Betracht gezogen. Die Aufstellung ist daher vom eigenen Gesichtspunkt aus zu optimistisch. Daraus ist ersichtlich, daß das ungarische Armeekommando in der Frage der Intervention nicht zögern würde, falls es nur auf Grund der inneren

⁵¹ Der im ungarischen Verteidigungsministerium am 22. November 1929 abgefaßte österreichische Lagebericht berichtet diese Daten. Danach beträgt der Stand der bewaffneten Heimwehrformationen ungefähr 17 000 Mann; samt den noch nicht mit Waffen ausgerüsteten Formationen stehen 36 000 Mann zur Verfügung (O. L. Küm. res. pol. 1929—20—839).

⁵² Auch nach dem Lagebericht des ungarischen Verteidigungsministeriums beträgt der Stand der bewaffneten Schutzbundformationen 24 000 Mann, während mit den noch nicht ausgerüsteten Formationen zusammen »etwa 60 000 Mann zur Verfügung stehen« (O. L. Küm. res. pol. 1929—20—839).

österreichischen Kräfte entscheiden könnte, es muß aber auch das zu erwartende Verhalten des Auslands erwägen.

Die Denkschrift rechnet damit, daß im Falle einer ungarischen Intervention auch die tschechoslowakische Armee in Aktion tritt, sich gegen die ungarische Armee wendet, und zwar nicht bloß auf österreichischem Gebiet, sondern auch in Ungarn eindringt. Diesbezüglich wird festgestellt: »Eine Intervention der Tschechen wird — selbst in dem ganz unwahrscheinlichen Fall, daß dies nur auf österreichischem Gebiet geschehen würde — unbedingt zu einem Zusammenstoß mit ungarischen Truppen führen und bedeutet somit einen Krieg zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei.« Laut der Denkschrift sind die bewaffneten Kräfte Ungarns hierzu nicht vorbereitet. Sie verweist darauf, daß eine noch schwierigere Lage entstehen würde, »wenn sich die Tschechoslowakei — womit gerechnet werden muß — nach unserer Intervention sofort gegen Ungarn wendet und einzelne Punkte besetzt oder gegen diese Luftangriffe durchführt«. Es wird auch angeführt, mit welchen Kräften die einzelnen Punkte besetzt werden können. Auch wird festgestellt, daß auch mit einer Intervention Jugoslawiens gegen Ungarn gerechnet werden muß, obzwar eine solche »derzeit weniger wahrscheinlich« erscheint, weil in diesem Falle auch Italien in den Krieg eingreifen könnte. Die weitere Frage, ob im Falle eines Eingreifens Italiens Frankreich etwas unternehmen würde, und ob die englische Labour-Regierung gleichgültig bleiben könnte, wird hingegen überhaupt nicht aufgeworfen.

Die Schlußfolgerung aus all dem lautet:

»Die Möglichkeit eines militärischen Eingriffs unsererseits auf der Seite der Heimwehr besteht meiner Meinung nach erst dann, wenn

a) alle Garantien bestehen, daß die Tschechen nicht gegen uns eingreifen,

b) wir mit den Italienern konkrete Abmachungen haben, daß sie uns, falls es doch zu einer tschechischen Intervention käme, politisch und mit entsprechenden militärischen Kräften unmittelbar so unterstützen, daß es zu keinem ungarisch—tschechischen Krieg kommt,

c) wir mit der Heimwehrrführung schon im vornherein über die Art und Weise, sowie den Gegenwert der Intervention übereingekommen sind.«⁵³

Csáky läßt diese Analyse der Lage auch Walko zukommen, der am 2. Oktober — eine Woche nach dem Sturz des Kabinetts Streeruwitz und nach Konstituierung des Kabinetts Schober — seine Bemerkungen hinzufügt. Hier schreibt er, daß »für Ende September seitens der Heimwehr keinerlei gewaltsame Aktion geplant war«, es sei daher verfrüht »zu den obigen Fragen Stellung zu nehmen, eben deshalb habe ich den Herrn Landesverteidigungsminister gelegentlich seines bei mir am 14. September l. J. gemachten Besuchs

⁵³ O. L. Küm. res. pol. 1929—41—633.

gebeten, daß unsererseits auf militärischem Gebiet keinerlei solche Verfügungen getroffen werden, die das geringste Aufsehen erregen würden«.

Dies bezog sich auf eine weitergehende Mobilisierung und Bereitschaft der bewaffneten Macht. Walko ist besorgt, daß dies publik wird und zu Gegenmaßnahmen seitens der Kleinen Entente, besonders seitens der Tschechoslowakei führt. Trotzdem erhält Csáky die Weisung, diese Verfügung doch zu treffen. Eine solche Weisung konnten und gaben auch tatsächlich offenbar Bethlen — obzwar er sich noch immer in Inke aufhält, aber Gömbös hat ihn aufgesucht — und mit ihm auch Horthy, dem Walko am 17. September Bericht erstattet hatte.

In Angelegenheit der militärischen Intervention nimmt Walko bezüglich des »politischen Zieles« nicht Stellung, dafür aber bezüglich der als hauptsächlich außenpolitische Bedingung erwähnten »tschechischen Nichteinmischung«. »Zu dem unter Punkt a) erwähnten möchte ich bereits heute erwähnen — schreibt er —, daß die dort erwähnte Garantie im gegebenen Falle nicht übernommen werden könnte, denn im Falle unserer Intervention muß mit der Wahrscheinlichkeit der tschechischen Intervention gerechnet werden.«⁵⁴

Walko betreibt die militärische Intervention nicht, weil er Befürchtungen hegt. Auch das Armeeoberkommando und wahrscheinlich auch Csáky haben Bedenken. Er verbleibt übrigens nicht lange an der Spitze des Verteidigungsministeriums. Im Zusammenhang mit innenpolitischen Kämpfen starten eben in diesen Tagen, am 21. September Gömbös und seine Leute eine Pressekampagne gegen Csáky und den Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Álgya-Papp: Mißstände werden gelüftet und am 10. Oktober demissionieren beide. Gömbös wird nun Verteidigungsminister. (Kocsárd Jánky, der Oberbefehlshaber des Heeres bleibt bis Anfang März 1930 auf seinem Posten, dann tritt auch er zurück.)

Walkos Bemerkung ist insofern stichhaltig, als die Regierung Seipel für September keinen offenen Bürgerkrieg geplant hat. Davor hatten sie offenbar Angst. Der Schutzbund ist stark, der allgemeine Streik würde viele revolutionäre Kräfte in Bewegung setzen, zugleich könnte man auf einen Teil der Bundeswehr und der Gendarmerie nicht rechnen. Einstweilen verbleiben sie dabei, die Heimwehr als Drohung zu benutzen, die Führer der Sozialdemokratischen Partei zu beängstigen und sie zum Nachgeben in der Frage der Verfassungsänderung zu drängen.

Das Kabinett Schober und der Kampf um die Verfassungsänderung

Das Kabinett Streeruwitz bringt eine der hauptsächlichsten Forderungen der österreichischen Großbourgeoisie, das Gesetz über den freien Verkehr auf

⁵⁴ O. L. Küm. res. pol. 1929—41—653.

dem Wohnungsmarkt durch⁵⁵ (dies versuchte bereits Seipel, jedoch ohne Erfolg), in der Frage der Verfassungsreform kam man jedoch nicht vorwärts. Im August verhandeln bereits Seipel und seine Anhänger, um eine neue Regierung »der starken Hand« zustande zu bringen. All dies erfolgt in der Atmosphäre der Drohung mit einem Heimwehrputsch.

Die Nachricht über Verhandlungen zur Bildung einer Regierung »der starken Hand« und die ganze Atmosphäre erwecken bei den Führern der Sozialdemokraten abermals Besorgnis und Angst. Diese Besorgnis bewegt sie, durch Betonung ihrer Bereitschaft zu einem Übereinkommen die politische Spannung zu vermindern. Seitz erklärt in einer seiner Reden, am 19. September, die Sozialdemokratische Partei werde »jeder nüchternen Verfassungsänderung bereitwilligst zustimmen, vorausgesetzt, daß die Verfassungsreform keine Rechtsungleichheit mit sich bringt«. Die herrschenden Kreise wollen aber keine Rechtsgleichheit, sie brauchen die Verfassungsänderung zur Beschneidung der Rechte des demokratisch gewählten Parlaments und zur allgemeinen Einengung der Volksrechte.

Seitz erklärt in seiner Rede auch, daß die Führer der Sozialdemokratischen Partei geneigt sind, »jedweden wirtschaftlichen Gesetzentwurf objektiv zu erwägen«. Der in Frage stehende »wirtschaftliche Gesetzentwurf« bezweckt, einen großen Teil der Wiener Steuereinkünfte für das Budget des Staates und der Länder zu verwenden.

Die Führer der Sozialdemokraten hatten bereits früher beantragt, zur Vermeidung eines Bürgerkriegs sowohl den Schutzbund, wie die Heimwehr und sonstige rechtsgerichtete bewaffnete Organisationen zu entwaffnen. Seitz beantragt in der erwähnten Rede neuerdings die beiderseitige Abrüstung der »Selbstschutzorganisationen«.⁵⁶ Es ist jedoch fraglich, ob die ganze Organisation des starken Schutzbundes die freiwillige Waffenstreckung vor der bürgerlichen Macht auf sich genommen hätte, und in welchem Maße.

Am 21. September veranstaltet die Heimwehr abermals einen Aufmarsch in Wien und eine Versammlung auf dem Heldenplatz. Hier hetzt Steidle in seiner Rede gegen die Roten. Am Aufmarsch dürften etwa zehntausend Mann teilgenommen haben.⁵⁷ Die Sozialisten enthalten sich einer Gegendemonstration, um die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zu vermeiden.

Die von Seitz verkündete Verhandlungsbereitschaft in der Frage der Verfassungsänderung und die Passivität der Sozialdemokraten dem neuerlichen provokativen Auftritt der Heimwehr in Wien gegenüber verzögern die

⁵⁵ Hierdurch wurde die Kündigung und die Erhöhung der Mietzinse ermöglicht.

⁵⁶ Népszava vom 21. September 1929.

⁵⁷ Népszava vom 22. September berichtet, daß die Heimwehr 5000 Mann aufmarschieren ließ, die Hälfte davon in Uniform. Pesti Napló schreibt am selben Tage über 20 000 Mann. Gemäß dem im weiteren zitierten Bericht des Generals Jánky von Ende Oktober sind 5000 uniformierte Heimwehrlaute aufmarschiert, denen ungefähr ebensoviel andere Teilnehmer zugerechnet werden können.

Konstituierung eines »Kabinetts der starken Hand« nicht, eher beschleunigen sie diese Entwicklung. Am 25. September demissioniert die Regierung Streeruwitz und tags darauf konstituiert sich die neue Regierung, an deren Spitze der von den Arbeitern so gehaßte Polizeipräsident von Wien, Schober, steht.

Vor kaum vier Monaten ist in England die Arbeiterpartei an die Macht gelangt, was von den Parteien der II. Internationale als unaufhaltbarer Sieg der westlichen Demokratie begrüßt worden war, und nun gelangt »im roten Wien« die Regierung des arbeitermordenden Polizeipräsidenten an die Macht.

Im neuen Kabinett behält Schober auch das Ministerium des Äußern. Vaugoin wird Vizekanzler und bleibt zugleich Verteidigungsminister. Das neue Kabinett ist ebenfalls eine Koalition der Christlichsozialen mit den Großdeutschen und dem Landbund. Schober gehört formell keiner der Parteien an. Er unterhält enge Verbindungen zu allen drei bürgerlichen Parteien, steht aber den Großdeutschen am nächsten.

Die Übernahme des Kanzlerpostens durch Schober entspricht den Wünschen sowohl Mussolinis wie Bethlens. Walko hatte dies bei seinem Besuche in Wien Seipel und Steidle zu verstehen gegeben. Daraus folgt freilich nicht, daß Seipel und seine Anhänger den neuen Bundeskanzler auf Grund der Wünsche des italienischen und des ungarischen Regierungschefs nominiert hätten. Sicher ist jedoch, daß die Führer der Heimwehr im Laufe der Verhandlungen bestrebt waren, ihren Einfluß in dieser Richtung zur Geltung zu bringen und unter den gegebenen Umständen fiel auch dies ins Gewicht.

Mit der Zusammensetzung des neuen österreichischen Kabinetts ist Bethlen nicht ganz zufrieden. Am 27. September richtet Baron Apor an Jánky ein Schreiben, worin er ihn anweist, an Steidle die Frage und Botschaft Bethlens weiterzuleiten. Und diese lautet: »Kann unser Freund aus den Bergen die Garantie übernehmen, daß die Stadt Wien gänzlich ausgeräuchert wird? Der ungarische Ministerpräsident sei der Ansicht, daß falls Seitz, Breitner usw. dort belassen werden, die ganze Heimwehrebewegung im Endergebnis wertlos sei. Der ungarische Ministerpräsident ist sehr besorgt, daß sich die Bewegung infolge der Verhandlungen mit den Parteiführern verflachen und schließlich im Sande verlaufen werde. Der Ministerpräsident sagt, einem eingeschüchterten Gegner müsse man einen Schlag auf den Kopf versetzen, denn, wenn man mit ihm verhandelt, kommt er zu sich und zu neuen Kräften.«

Im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der neuen Regierung ersucht Apor um Information, wie in die neue Regierung Hainisch, »dieser allgemein als Pazifist bekannte Mann« aufgenommen werden konnte.⁵⁸ Den

⁵⁸ O. L. Küm. res. pol. 1929. — Im Konzept des Briefes hieß es »zur persönlichen Information« Jánkys, daß falls die Antwort Steidles nicht zufriedenstellend ausfallen würde, die Anweisung der Summe auf Schwierigkeiten stieße. Walko hat jedoch diese Stelle gestrichen. Jánky wurde nach Budapest berufen, diese Mitteilung konnte offenbar eine Woche später, gelegentlich des persönlichen Zusammentreffens erfolgen.

Handelsminister Hainisch halten bloß die faschistischen Abenteuerer für einen »Pazifisten«, weil auch er das Risiko eines Bürgerkriegs nicht auf sich nehmen will. Hingegen ist er seinen Kollegen dabei behilflich, die Führer der Sozialdemokratischen Partei zum Weichen zu nötigen.

Bethlen beunruhigt die Möglichkeit, daß sich das Kabinett Schober mit irgendeinem Kompromiß begnügt, statt die Machtpositionen der Sozialdemokraten total zu liquidieren. Freilich kann er leicht aus Budapest anfeuernde Botschaften senden. Er hält nur die Erschrockenheit der Sozialistenführer für entscheidend und sieht nicht ein, daß hinter Seitz und seinen Leuten eine gut organisierte, große Kraft repräsentierende und kampfbereite sozialistische Massengewalt steht. Schober und seine Regierung sind nicht in der Lage, diese reale Tatsache zu übersehen, verbleiben in ihrer Taktik daher bei der Bedrohung und schrittweise Zurückdrängung der Sozialdemokratischen Partei.

Bethlen versucht, aus zwei Richtungen einen Druck auf das Kabinett Schober auszuüben: durch die italienische Regierung und durch die Heimwehr. Mussolini erteilt er den Rat, sich mit der Zustimmung zur österreichischen Anleihe nicht zu beeilen, sondern Schober fühlen zu lassen, daß dies von wirksameren Schritten gegen die Roten abhängig sei. Bei der Heimwehr hingegen verlangt er energischeres Auftreten gegen die Kompromißbestrebungen der aus den politischen Parteien gebildeten Regierung.

Mit der Zurücknahme des italienischen Vetos in der Angelegenheit der österreichischen Anleihe will sich auch Grandi nicht beeilen. Er teilt das in Schober gesetzte Vertrauen Mussolinis nicht ganz und ist besonders bezüglich der Frage Südtirols auch weiterhin besorgt. Die Botschaft Bethlens empfängt er mit Sympathie, die in dieser Frage ebenfalls ein Abwarten empfiehlt. Der italienische Staatssekretär sagt Hory anlässlich eines Gesprächs im November, daß ihn die erhaltene Botschaft erfreut habe. »Nachdem Herr Schober an die Macht gelangt war — berichtet Hory über dieses Gespräch —, war Mussolini prinzipiell schon bereit, seinen abweisenden Standpunkt in der Frage der österreichischen Anleihe aufzugeben; die durch mich gesandte Botschaft Ew. Exzellenz hat die Lage geändert, und Mussolini ist — die auf sehr richtiger Sicht fußenden Suggestionen der ungarischen Regierung annehmend — zu seinem ursprünglichen Standpunkt zurückgekehrt. Für diesen guten Rat bin ich Ihnen sehr dankbar — fügte Herr Grandi hinzu. Ich hatte auch selbst dieses Gefühl, hätte es jedoch ohne Ihre Hilfe bei Mussolini schwer durchsetzen können, seine erste Entscheidung zu revidieren.«⁵⁹

Grandi ist jedoch nicht bloß in bezug auf die Zustimmung zur österreichischen Anleihe, sondern auch betreffs der weiteren finanziellen Unterstützung der Heimwehr vorsichtiger. Auch Mussolini will die weitere Hilfe an die Heimwehr einstellen. Noch Anfang Oktober teilt Grandi dem ungarischen Geschäfts-

⁵⁹ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—405 (1928).

träger, Baron Wodianer, mit, daß nach Mussolinis Ansicht die Heimwehr wahrscheinlich keinerlei weitere Unterstützung mehr benötigen werde, weil »die Führer durch ihre Vertrauensleute in der Regierung Gelegenheit haben werden, die benötigten Waffen auch unmittelbar zu erhalten«. Als Erklärung fügt der italienische Staatssekretär hinzu, daß »der Duce das Geld nicht aus Knauserei ersparen will, denn dieses werde, wenn nicht für diesen, so im Interesse eines anderen gemeinsamen Zieles auf jeden Fall ausgegeben werden«. ⁶⁰

Die Einstellung der Unterstützung der Heimwehr entspricht nicht dem Plan Bethlens, wonach es gerade jetzt möglich wäre, durch kraftvollere Aktivierung der Heimwehr die Regierung Schober zu einer radikaleren Abrechnung mit den Sozialisten zu drängen. Deshalb ersucht er den italienischen Regierungschef wiederholt, das versprochene Geld nicht zurückzuhalten, sondern im Gegenteil, rasch flüssig zu machen.

Mussolini akzeptiert schließlich die Argumente Bethlens und läßt das bereits versprochene Geld anweisen. Grandi beanstandet zu gleicher Zeit die bei Tiroler nationalistischen Veranstaltungen wiederholt gehaltenen antiitalienischen Reden (auch am 10. Oktober fand in Innsbruck eine solche Veranstaltung in Anwesenheit des Tiroler Landeshauptmanns statt). Das Geld wird abermals durch das ungarische Außenministerium an seinen Bestimmungsort geleitet. Die Italiener aber begnügen sich jetzt nicht mehr mit der ungarischen Vermittlung; sie weisen ihren Wiener Gesandten, Auriti, an, mit der Heimwehr in unmittelbare Verbindung zu treten. Am 18. Oktober trifft Auriti mit Steidle und Pabst zusammen, und diese Verbindung bleibt dann bestehen.

Am 12. Oktober sendet Baron Apor durch Jányk das Geld. Im Begleitschreiben an Jányk heißt es: »In der mitfolgenden Tasche schicke ich Geld für den bewußten Zweck.« Er bemerkt, daß er demnächst abermals Geld schicken werde, und zwar »den Gegenwert von 1 300 000 Lire«. Weiters teilt er folgendes mit: »Diese Summe konnte nur durch langwierige und peinliche Verhandlungen abgerungen werden, so daß ich es für ausgeschlossen halte, noch mehr zu erhalten. Sage dies unserem Freund aus den Bergen. Mit dieser Summe müssen sie auskommen.« Er erwähnt auch die am 10. Oktober in Innsbruck abgehaltene antiitalienische Versammlung und urgiert eine Erklärung: »weil die Italiener darüber sehr erzürnt sind«. ⁶¹

Am 25. Oktober meldet Jányk schon, daß er die Tasche erhalten habe und die Empfangsbestätigungen über den Inhalt sende. Der Wert der 1,3 Millionen Lire beträgt in österreichischer Währung ungefähr 481 000 Schilling. Unter den Schriften befindet sich eine vom 6. November datierte und von Steidle und Pabst unterfertigte Quittung über 512 240 Schilling. ⁶² Auf dem vom 21. Oktober datierten Brief Baron Apors — den Jányk mit Anmerkungen

⁶⁰ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—635.

⁶¹ O. L. Küm. res. pol. 1929—20 (635).

⁶² O. L. Küm. res. pol. 1929—20—782.

zurückschickte — befindet sich eine Notiz über die der Heimwehr zugesandten Summen. Der eine Posten lautet: »Monatlich 30,5 tausend Schilling.« Wahrscheinlich handelt es sich hier um die Summe, die Bethlen der Heimwehr systematisch zukommen läßt. Die 1,3 Millionen Lire von den Italienern und ein solcher Posten von 30,5 tausend Schilling entsprechen zusammen ungefähr der von Steidle bestätigten Summe von 512 240 Schilling.

Jánky teilt in seinem Briefe auch mit, daß die Aufnahme direkter Verbindungen zwischen dem italienischen Gesandten in Wien und den Führern der Heimwehr am 18. Oktober erfolgt ist. Weiters berichtet er, daß sie die Verfassungsreform urgieren. Nachher werden »die Wahlreform und dann das sogenannte Abgabenteilungsgesetz erledigt, letzteres würde Wien endgültig unterkriegen, denn es wird dann um ungefähr 70 Millionen weniger Parteigelder haben«.⁶³

Bezüglich der Verfassungsreform bestehen verschiedene Pläne. Der Generalstab der Heimwehr und Seipel denken an irgendeinen »Ständestaat«. Dieser Plan sieht eine totale faschistische Diktatur vor, um die Kräfte der organisierten Arbeiterschaft im Falle der von Steidle geforderten »vollkommenen Abrechnung« zu zerschlagen.

Schober und sein Anhang verbleiben bei der Taktik, die sozialistischen Kräfte sukzessive zu schwächen. Sie stellen weitergehende Forderungen bezüglich der Verfassungsreform, als sie die zurückweichenden sozialistischen Abgeordneten annehmen können, und auch dies benutzen sie als Mittel, die Führer der Sozialdemokratischen Partei einzuschüchtern und weiter zu bearbeiten. Ihr unmittelbares Ziel ist dabei, mit der Einengung der Rechtssphäre des Parlaments die des Bundespräsidenten zu erweitern. Dieser soll nicht nur das Recht der Parlamentsauflösung sowie der Ernennung und Entlassung der Regierung erhalten, sondern auch das Recht, mittels Notverordnungen zu regieren und den Ausnahmezustand zu verhängen. Schober plant zugleich die Einengung des Wahlrechts durch Erhöhung der Altersgrenze der Wahlberechtigten und sonstige Einschränkungen. Wichtiges unmittelbares Ziel ist die Erschütterung und Liquidierung der Machtpositionen der Sozialisten in Wien.

Die österreichische Sozialdemokratische Partei hält in dieser, durch den Angriff der Reaktion zugespitzten Lage — zwei Wochen nach der Konstituierung des Kabinetts Schober — ihren Kongreß. Otto Bauer setzt im Namen des Führungsgremiums der Partei seinen Standpunkt über die Verfassungsreform auseinander. Er erklärt, daß sie die Einengung des Wahlrechts, das Recht des Bundespräsidenten zur Herausgabe von Notverordnungen und Verkündung des Ausnahmezustandes niemals annehmen werden. Sie werden niemals zustimmen, daß an die Stelle des Bundesrats eine solche zweite Kammer des Parlaments trete, die die Rechtssphäre des auf Grund des allgemeinen

⁶³ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—768.

Wahlrechts gewählten Nationalrates schwäche, und, daß sie auch nicht geneigt sind, zuzulassen, daß die Rechte des roten Wien »wenn auch um ein Haar« geschmälert werden.

Otto Bauer erklärt weiters, daß die Sozialdemokratische Partei geneigt ist, ein Kompromiß einzugehen, um die Möglichkeit einer die Parlamentsdebatten in die Länge ziehenden Obstruktion einzuengen, daß sie auch in die Schaffung kleinerer Wahlkreise, bei Kombinierung der Kreislisten mit der Landesliste einwilligen. Otto Bauer stellt fest, daß mit einer kleineren Verfassungsreform die Gefahr eines Bürgerkriegs nicht aufhört: dies könne nur im Falle einer »inneren Abrüstung« geschehen. Er erklärt, daß seine Partei im Klassenkampf »nur auf defensive Kämpfe« denke, stets bereit sei, abzurüsten, doch jetzt, wo »die Feigheit der bürgerlichen Parteien dem Faschismus gegenüber nicht Stellung nehmen kann, verbleibt der Sozialdemokratischen Partei einstweilen kein anderer Weg, als den Schutzbund nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch weiterzuentwickeln«.⁶⁴

Das Verhältnis der bürgerlichen Parteien — der Christlichsozialen, der Großdeutschen und des Landbundes — zur Heimwehr wird nicht durch »Feigheit« charakterisiert, sondern in erster Reihe durch das bewußte Bestreben, diese faschistischen Formationen zur Einschüchterung der Sozialisten zu benutzen. Übrigens bezichtigen auch Steidle und seine Anhänger diese bürgerlichen Parteien der Feigheit, natürlich deshalb, weil sie Angst vor einem Bürgerkrieg haben und nicht darauf vertrauen, daß der Versuch, mit den Sozialisten mit der Waffe abzurechnen, Erfolg haben würde.

Die Stellungnahme Otto Bauers zeigt, daß die Sozialdemokratische Partei nun bereit sei, gewisse Zugeständnisse zu machen, eine darüber hinausgehende Verfassungsänderung jedoch so lange verhindert, so lange sie dies auf parlamentarischem Wege tun kann. Sie ist bereit, den Schutzbund abzurüsten, wenn auch die faschistischen Formationen abrüsten. Sie stellt diesen Antrag, so lange jedoch dieser nicht verwirklicht wird, sind sie bestrebt, den Schutzbund weiter zu stärken. Es steht fest, daß das politische Selbstbewußtsein und die Kampfbereitschaft der österreichischen Arbeiterschaft die weitere Stärkung des Schutzbundes weitgehend sichert. Der steigenden Angst und Nachgiebigkeit der sozialdemokratischen Führer gegenüber nimmt die Kampfbereitschaft der österreichischen Arbeiterschaft weiter zu.

Die Regierung Schober bringt am 18. Oktober den Gesetzentwurf über die Verfassungsänderung im Parlament ein. Und die Heimwehr hält am 27. Oktober, an einem Sonntag abermals einen Aufmarsch auf den Straßen Wiens und eine Versammlung auf dem Heldenplatz. Jánky berichtet, daß daran 12 000 Heimwehrmänner in Uniform teilnahmen, darunter 11 000 aus Wien. Als Vergleich erwähnt er, daß an dem Aufmarsch vom 21. September die Wiener

⁶⁴ Népszava vom 10. Oktober 1929.

Formationen nur 5000 Mann zählten. Nun erscheint auch der junge Fürst Starhemberg auf der Bühne, an der Spitze einer 200 Mann zählenden Heimwehrformation aus Oberösterreich. Auch eine 600 Mann zählende Formation des Wiener Frontkämpferverbandes nimmt am Aufmarsch teil.⁶⁵ Die Sozialisten veranstalten auch diesmal keine Gegendemonstration.

Der Umstand, daß die Regierung Schober an die Macht gelangt ist, dann die größere finanzielle Unterstützung stärkten die Heimwehr auch in Wien. Die faschistische Gefahr nahm zu. Schober und Vaugoin ermuntern und benutzen in ihren Machtberechnungen weitere Unternehmungen der Heimwehr.

Bethlen ermuntert die Führer der Heimwehr, die Regierung Schober zu einem wirkungsvolleren Auftritt zu drängen. Dazu rät er auch Mussolini. Von italienischer Seite erhält Auriti, von der ungarischen Regierung Ambrózy einschlägige Aufgaben. Am 26. Oktober beauftragt ihn Walko, Schober mitzuteilen, Mussolini habe bei ihrem Zusammentreffen am 12. September erklärt: »Am liebsten würde er ihn als Bundeskanzler sehen, denn in seiner Energie sehe er eine Garantie dafür, daß er in Österreich mit den Sozialisten Tabula rasa machen werde.«⁶⁶ Zwei Tage später ergänzt Walko diese Weisung in einem weiteren Telegramm: »Wollen Sie bei Überreichung der Botschaft auch mitteilen, daß ihn auch die ungarische Regierung mit der größten Sympathie an der Spitze der österreichischen Regierung sieht.«⁶⁷ Die »größte Sympathie« Bethlens und seiner Anhänger gilt eher Steidle und Vaugoin, aber nun ist Schober der Bundeskanzler und nun muß er angeeifert werden.

Ambrózy spricht am 29. mit Schober und übermittelt ihm die Botschaft. »Als ich vom Tabula-rasa-machen sprach — schreibt Ambrózy in seinem Bericht —, war Schober etwas betroffen, unterbrach mich jedoch nicht und kam darauf auch später nicht zurück.« Übrigens hat sich der Bundeskanzler zuversichtlich gezeigt, weil in der Sache der Verfassungsänderung »der Führer der Sozialdemokratischen Partei, mit dem er vor und nach dem Einbringen des Gesetzentwurfs im Parlament mehrere Male gesprochen hatte, alle Erwartungen übertreffend, der raschen Beratung zugestimmt hat.«⁶⁸ Schober hatte in dieser Angelegenheit mit Renner verhandelt und ist mit ihm leichter als erwartet übereingekommen, daß sie im Parlament keine lange Debatte über den Antrag auf Verfassungsänderung veranstalten, sondern den Entwurf rasch unter Dach und Fach bringen sollen.

Schober verbleibt bei der Politik der Beschützung und Benutzung der Heimwehr und geht nicht auf die Linie Steidles — auch auf eine Aufmunterung seitens Italiens und Ungarns nicht — über. Er setzt seine Verhandlungen mit

⁶⁵ O. L. Küm. res. pol. 1929-20-759.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ So im Original. — O. L. Küm. res. pol. 1929—20—768.

Renner und seinen Genossen weiter, um diese mürbe zu machen, und hat darin auch Erfolg.

Am 24. November tritt die Landeskonzferenz der Sozialdemokratischen Partei zusammen, wo dr. Danneberg, der stellvertretende Vorsitzende der sozialistischen Parlamentsfraktion das Kompromiß über die Verfassungsreform unterbreitet. Hiernach würde die Wahl des Bundespräsidenten nicht im Parlament, sondern durch unmittelbare Volksabstimmung erfolgen. Der Bundespräsident könnte so vom Parlament unabhängig werden. Zugleich würde er das Recht erhalten, das Parlament aufzulösen, die Regierung zu entlassen und zu ernennen, sowie das Recht, Notverordnungen zu erlassen.⁶⁹ — Sechs Wochen vorher, am Kongreß hatte Otto Bauer erklärt, daß sie das Recht zur Erlassung von Notverordnungen niemals annehmen werden. Seither wurden sie mürbe gemacht und haben die bittere Pille geschluckt. Die »Oblate« dieser Pille war, daß der Bundespräsident Notverordnungen nur im Einvernehmen mit dem sogenannten Hauptausschuß des Parlaments (seiner Mehrheit) bzw. mit deren Sanktion erlassen kann, und diese nach Durchführung nachträglich dem Plenum des Parlaments vorzulegen sind. — Inzwischen kann aber der Bundespräsident das Parlament auch auflösen.

Über die staatsrechtliche Lage Wiens wird noch verhandelt, doch nach drei Tagen kommt es auch hier zu einer Einigung. Die Hauptstadt — deren Bevölkerung größer ist als die zweier Bundesländer — behält ihre Autonomie mit der Kompetenz eines Landes, die einfließenden Steuern und Gebühren werden jedoch mit der Steuerkasse Niederösterreichs »gemeinsam verwaltet«,⁷⁰ d. h. Wien muß einen Teil der Einnahmen abgeben. — Sechs Wochen vorher hatte Otto Bauer erklärt, sie würden niemals zulassen, daß die Rechte des Roten Wien »auch nur um ein Haar« geschmälert werden. Nun werden diese »um mehrere Haaresbreiten« geschmälert und nun erhebt auch Otto Bauer keinen Einspruch gegen den Antrag.

Am 7. Dezember wird die Verfassungsänderung vom österreichischen Parlament angenommen. Trotz der Rechtsbeschränkung verbleibt die Wiener Selbstverwaltung als politische Machtkörperschaft bei der Sozialdemokratischen Partei.

Die Regierung Schober hat zum großen Teil erreicht, was sie unmittelbar wollte — die Heimwehr nicht. Auch Bethlen erreicht durch die Heimwehr nicht, was er gerne erreicht hätte. Die italienische Regierung gibt der Heimwehr nicht die früher versprochenen Waffen und betreibt nicht ihre Teilnahme an der Regierung. Auch Mussolini ist der Meinung, daß das Regime Schober einstweilen seinen außenpolitischen Zielen entspricht. Der Staatsstreichplan der Heimwehr wird vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt: dies verursacht

⁶⁹ Népszava vom 26. November 1929.

⁷⁰ Népszava vom 29. November 1929.

einen Zerfall in den Reihen der Leute Steidles. Unter den Führern der einzelnen Landesorganisationen der Heimwehr entsteht ein scharfer Zwist.

Die gemeinsame österreichische Aktion der italienischen und ungarischen Regierung hat der Regierung Bethlen einstweilen nur wenig realen Nutzen gebracht. Mit Unterstützung der Heimwehr half er den österreichischen rechtsstehenden Kräften, Terrain zu gewinnen, die Rechte des Parlaments und der Wiener Selbstverwaltung einzuengen — auf die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Heimwehr muß er jedoch noch warten. Auch muß er noch darauf warten, daß die geheimen italienischen Waffentransporte freien Weg nach Österreich erhalten.

Bethlen ist jedoch zuversichtlich, daß die Regierung Schober durch eine Heimwehrregierung oder wenigstens durch ein Kabinett Vaugoin abgelöst wird, in welchem auch die Heimwehr vertreten sein wird. Mit einem solchen Kabinett wäre es dann glatt oder zumindest leichter möglich, die gewünschten Vereinbarungen abzuschließen und einen ausgesprochenen italienisch—österreichisch—ungarischen Block zu bilden. Die Regierung Schober hat jedenfalls die erhofften Ziele Bethlens nähergerückt.

II

Die Entwicklung der »österreichischen Aktion« in den Jahren 1930—31. Der Freundschaftsvertrag zwischen Ungarn und Österreich

Die gemeinsame italienisch—ungarische Aktion in Österreich verfolgt unverändert das Ziel, einen italienisch—österreichisch—ungarischen Block zu schaffen. Für die ungarische Regierung ist dies unter anderem deshalb wichtig, weil sie die von Italien versprochenen Waffen nur über Österreich erhalten kann. Schober fährt im Februar 1930 nach Rom — als Bundeskanzler ist es seine erste Auslandsreise — und schließt den italienisch—österreichischen Freundschaftsvertrag ab. Einstweilen nimmt er jedoch den Transport italienischer Waffen über Österreich nach Ungarn nicht auf sich; er kann nicht garantieren, daß dies geheim bleibt. Zumindest ist dies die Begründung.

Bethlen hofft, daß er durch Stärkung der Heimwehr doch schließlich seinem Ziele näherkommt. Steidle und seinen Leuten gelingt es, im März 1930 den Zerfall der Heimwehr zum Stehen zu bringen und sie fühlen sich wieder stark genug, sich auf eine neue Aktion vorzubereiten. Doch erhalten sie von Mussolini die versprochenen Waffen nicht. Steidle versucht es nun in Budapest: am 27. März sendet er durch Jánky ein Schreiben an Baron Apor, worin er um 5000 Mannlichergewehre, 2 Millionen Patronen, 300 Handgranaten und 500 Gasmasken bittet. Dann teilt er die Beurteilung der Lage durch den Generalstab der Heimwehr mit: nach Erhalt der Auslandsanleihe werde die

Regierung Schober zurücktreten, und »dann kann nur eine Heimwehr-Regierung kommen, was wahrscheinlich einen Aufruhr der Linken hervorrufen wird — und dann muß das Waffenvakuum (Niederösterreich, Wien) schon ausgefüllt sein«.¹

Bethlen weicht einstweilen der Erfüllung der Bitte aus. Offenbar hält er es für notwendig, mit Mussolini — neben anderen — auch die mit der Heimwehr zusammenhängenden weiteren Schritte zu besprechen. Anfang April fährt Bethlen zu einem offiziellen Besuch nach Rom, um die gemeinsamen Angelegenheiten zu besprechen. Bei dieser Begegnung werden verschiedene Fragen ihrer Zusammenarbeit behandelt, darunter auch die österreichische Angelegenheit.

Über die Heimwehrebewegung berichtet Bethlen, »Schober habe ihnen Geld verschafft, Waffen habe er ihnen jedoch nur versprochen, für den Notfall. Die Führung der Heimwehr möchte jedoch von Schober unabhängig bleiben, um eine Pressure auf ihn ausüben zu können. Deshalb haben sie sich an mich um Waffen gewandt«. Als Begründung erwähnen sie, daß sie derzeit zwar ruhig bleiben, bis die österreichische Auslandsanleihe nicht abgeschlossen ist, hernach wollen sie jedoch in Aktion treten. »Vorläufig habe ich ausweichend geantwortet — erklärt Bethlen —, gegen Schober will ich nicht handeln, es besteht jedoch kein Zweifel, daß unser einziges Machtmittel in Österreich die Heimwehr ist.«

Mussolini sieht die Wichtigkeit der Heimwehr als Hilfsmittel ein. Er teilt Bethlen mit, daß sich Steidle auch an ihn mit der Bitte um Waffen gewendet hat — also nicht mehr mit Vermittlung Bethlens, sondern unmittelbar —, einstweilen sende er jedoch keine. Hingegen habe er Schober bei ihrer Begegnung im Februar »nachdrücklich davor gewarnt, die Heimwehr zu entwaffnen, bevor er alles erreicht habe, hauptsächlich bevor er Wien ausgeräuchert habe, denn sonst wäre es aus mit seiner Macht«. Ferner teilt er mit, daß auch der österreichische Bundeskanzler von ihm Waffen erbeten habe, und er auch welche gab, »einstweilen 20 000 Gewehre und 500 Maschinengewehre«.

Im Laufe der Verhandlungen »sind die beiden Ministerpräsidenten übereingekommen — heißt es in der Aufzeichnung Bethlens —, der Heimwehr mitzuteilen, daß wir ihnen Sympathie entgegenbringen, ihre weitere Entwicklung wünschen, in der gegenwärtigen Lage jedoch keinerlei Veranlassung haben, gegen Schober zu handeln und Intrigen gegen ihn zu spinnen. Im gegebenen Falle sind wir jedoch bereit, die Heimwehr wirksam zu unterstützen.«²

Mussolini begnügt sich vorerst mit dem Kabinett Schober und so muß sich auch Bethlen damit begnügen. Die gemeinsame österreichische Aktion hat der ungarischen Regierung bisher wenig realen Nutzen gebracht. Durch

¹ O. L. Küm. res. pol. 1930—20. — Nicht registriert.

² O. L. Küm. res. pol. 1923—23—234.

die Heimwehr hat er den Angriff der rechtsstehenden Kräfte Österreichs gefördert, was die Einengung der Rechte des Parlaments und der Wiener Selbstverwaltung erbrachten. Doch muß er noch weiter darauf warten, daß die Heimwehr die Regierung übernehme und auch daß die Ungarn zgedachten geheimen italienischen Waffenlieferungen freien Weg über Österreich erhalten.

Die Regierung Schober könnte schon Waffen erhalten — wenn sie mit Italien den Waffenlieferungsvertrag abschließen würde. Mussolini hat nämlich noch nichts geschickt — die Aufzeichnung Bethlens ist in dieser Hinsicht ungenau —, sondern nur erklärt, er sei bereit, der österreichischen Regierung Waffen in erwähnter Menge zu verkaufen.

Die Regierung Bethlen erhofft von einem weiteren Rechtsruck der österreichischen Regierung einesteils die Besserung der Aussichten der ungarischen Revanchepläne, andernteils, daß die Entwicklung der österreichisch—ungarischen Beziehungen für ihre außenpolitischen Interessen günstig sein werde. Bethlen ist unzufrieden, weil die Regierung Schober der Sozialdemokratischen Partei bloß ein politisches Kompromiß abgerungen hat und sich nicht entschließen kann, mit der organisierten Arbeiterschaft in einem Bürgerkrieg abzurechnen. Durch den im Februar abgeschlossenen italienisch—österreichischen Freundschaftsvertrag werden seine außenpolitischen Hoffnungen immerhin gestärkt.

Die Regierung Schober schreckt in erster Linie angesichts der guten Organisation und der hochgradigen Kampfbereitschaft der österreichischen Arbeiterschaft davor zurück, den von der Heimwehr urgierten faschistischen Umschwung durchzuführen. Daneben sind es die außenpolitischen Gesichtspunkte, die sie von einem faschistischen Staatsstreich zurückhalten.

Die Regierung Schober ist ein Koalitionskabinett, darin auch die Gegner des Anschlusses, hauptsächlich die Christlichsozialen, sowie die Anhänger des Anschlusses, vor allem die Großdeutschen Platz finden. In dieser Frage bekennt sich Schober zum Standpunkt der Großdeutschen. In der Heimwehr dominieren die Gegner des Anschlusses und es ist fraglich, ob Steidle und seine Mitarbeiter entschiedene Schritte der Regierung zur Vorbereitung und Verwirklichung des Anschlusses wortlos zur Kenntnis nehmen würden. Die Sozialdemokratische Partei ist hingegen zu dieser Zeit für den Anschluß, und sollte seine Durchführung auf die Tagesordnung gesetzt werden, so kann ihre Zustimmung erreicht werden.

Auch die Möglichkeit der Auslandsanleihe beeinflußt die Politik der österreichischen Regierung. Eine allzu gespannte, bürgerkriegserische Atmosphäre ist für die Angelegenheit der Anleihe nicht günstig.

In Deutschland ist bis März 1930 die Sozialdemokratische Partei Regierungspartei. Im März wird jedoch das Kabinett Müller gestürzt und an seine Stelle tritt ein Kabinett der bürgerlichen Mitte: die Regierung Brüning. In der Politik der herrschenden Kreise Deutschlands beschleunigt sich der Prozeß

der Rechtsverschiebung. Auch das wirkt sich auf die Lage in Österreich aus, und die Heimwehr tritt wieder in Aktion. Ihr Auftritt wird vom Verteidigungsminister Vaugoin unterstützt und benutzt, der Anfang Mai von dem sich interimsistisch zurückziehenden Seipel den Vorsitz der Christlichsozialen Partei übernimmt.

Steidle und seine Anhänger haben am 21. Mai »dem Bundeskanzler ein in sehr energischem Ton gehaltenes Memorandum überreicht« — berichtet Graf Ambrózy, der ungarische Gesandte in Wien, worin sie die Entwaffnung des Schutzbundes fordern, ferner, daß »die Entwaffnung der staatsfeindlichen Formationen unter Mitwirkung der Heimwehr erfolge«. Auch fordern sie die Übergabe des Ministeriums des Inneren an die Heimwehr.

Eine vielerörterte Frage des österreichischen politischen Lebens bildet um diese Zeit das sogenannte Abrüstungsgesetz, das die Entwaffnung der bewaffneten Formationen, des Schutzbundes und dem Schein nach auch der Heimwehr, verfügen würde. Gegen letzteres wird von Steidle und seinen Mitarbeitern heftig protestiert. Der dem Landbund angehörende Minister des Inneren, Schumy, hat bei einer öffentlichen Versammlung auch erklärt, »was die Sozialdemokraten schon seit langem ahnen, und was mir — berichtet Ambrózy — Schober vertraulich auch mitgeteilt hat (*Geschehn wird natürlich gar nichts*), daß das Abrüstungsgesetz bloß aus optischen Gründen benötigt wird« und der Heimwehr gegenüber nicht durchgeführt werden wird.

Was die Denkschrift der Heimwehr vom 21. Mai betrifft, berichtet Ambrózy, »Schober habe sich nicht einmal in eine Diskussion darüber eingelassen« und ihre Verfasser »hinausgeworfen«. Infolge dieser Affäre zerfällt die bis dahin enge Zusammenarbeit zwischen Heimwehr und Landbund und die zwei Organisationen stehen sich scharf gegenüber. Steidle und seine Anhänger zerstreiten sich also sowohl mit Schober wie mit dem Landbund. Der Stabschef der Heimwehr, Major Pabst wird im Juni von der Regierung aus Österreich ausgewiesen.

Die Regierung Schober läßt im Juni das Gesetz über die »innere Abrüstung« votieren, es wird aber nicht durchgeführt. Der Heimwehr gegenüber will es die Regierung tatsächlich nicht durchführen, die Entwaffnung des Schutzbundes wagt sie einstweilen nicht zu versuchen.

Im hier zitierten Bericht Ambrózys vom 6. Juni heißt es: »Der italienische Gesandte in Wien meint, die Heimwehrebewegung werde derart in Mißkredit kommen, daß man auf ihr keine ernstesten politischen Pläne aufbauen kann. Demgegenüber bin ich der Meinung, daß nur Steidle, Pfierner und Pabst ihr Ansehen verloren haben, und in der Heimwehrebewegung unverändert eine große Kraft steckt, die bei entsprechender Führung in unserem politischen Spiel ein gut brauchbares Atout abgibt.«³

³ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—387 (375).

Demgemäß verfolgt die Regierung Bethlen auch weiterhin ihre bisherige Politik gegenüber der Heimwehr, vernachlässigt jedoch gleichzeitig auch die Stärkung ihrer Verbindung zum Kabinett Schober nicht.

Besuch Schobers in Budapest

Bethlen teilte Mussolini bei ihrer letzten Zusammenkunft in Rom mit, er beabsichtige Schober zu einem offiziellen Besuch nach Budapest einzuladen. Walko suchte Ende April, aus Paris kommend, den Bundeskanzler auf und lud ihn ein, Ungarn zu besuchen. Als die Reise vereinbart worden war, wurde darüber die italienische Regierung verständigt. Die Italiener wurden von der Nachricht freudig gestimmt und sie haben sofort den Rat gegeben: den Abschluß eines Freundschaftsvertrags zwischen Ungarn und Österreich. Diesen Rat übergab Grandi Hory — als eine Botschaft Mussolinis — zur Weiterleitung an die ungarische Regierung. Es gibt bereits einen italienisch—ungarischen und einen italienisch—österreichischen Freundschaftsvertrag; wenn nun auch ein österreichisch—ungarischer Freundschaftsvertrag abgeschlossen wird, kommen die drei Verträge — wenn auch mittelbar — in Verbindung miteinander und die Umrisse des geplanten politischen Blocks scheinen auf.

Die vom ungarischen Außenministerium am 2. Juli abgesandte Antwortdepesche lautet folgendermaßen:

»Italienischer Regierung schwebt gewiß Ziel vor, daß durch Schaffung eines ungarisch—österreichischen Freundschaftsvertrags unsere Annäherung an Österreich auch nach außen hervorgehoben werde. Dies hat jedoch ein technisches Hindernis.« Und zwar die Präambel des im Jahre 1923 abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrags, denn diese enthält schon eine politische Vereinbarung, wonach »die beiden Regierungen die Notwendigkeit dessen erkennen, in sich ergebenden, beide Länder betreffenden Fragen miteinander in Kontakt zu bleiben«. Über diese Vereinbarung »in offenem Vertrag« hinauszugehen »scheint schwer möglich«. Dann heißt es im Telegramm weiter: »An den weiteren Ausbau der Annäherungspolitik zu Österreich denken aber auch wir.«⁴

Walko teilte bei seinem Besuch im September 1929 — wie wir bereits gesehen haben — Mussolini die Pläne der ungarischen Regierung für den Fall mit, daß die Heimwehr an die Macht gelangt. Darunter befand sich auch der Plan, »als Ergänzung des bestehenden Arbitragevertrags einen Freundschaftsvertrag abzuschließen«. Jetzt hingegen wird erwähnt, daß der Plan »ein technisches Hindernis« habe, weshalb sie den weiteren Ausbau der Verbindungen zum Kabinett Schober auf andere Art vornehmen wolle.

Der Budapester Plan des »weiteren Ausbaus« sieht vor, die Modalitäten des Kontrakts in die beiden Regierungen tangierenden gemeinsamen Fragen *in geheimem Notenaustausch* genauer zu bestimmen.

⁴ O. L. Küm. res. pol. 1931 — 20 — 425.

Mussolini läßt Schober wissen, »er würde sich sehr freuen, wenn zwischen Österreich und Ungarn ein Freundschaftsvertrag zustande käme«, und dieser antwortet, er werde dies »gerne in Budapest proponieren«. Hierüber unterrichtet der italienische Gesandte in Budapest das ungarische Außenministerium noch vor Eintreffen Schobers in Budapest.⁵ — Die »technischen Hindernisse« des Abschlusses eines Freundschaftsvertrags werden hernach weggeräumt, jedoch ergeben sich sonstige Hindernisse, weshalb der Abschluß — wie wir sehen werden — etwas hinausgeschoben wird.

Der politische Direktor im italienischen Außenministerium, Guariglia beantragt, auch über die Schaffung einer italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsunion zu verhandeln. Dies bereitet der ungarischen Regierung Sorgen: »Mit Rücksicht darauf, daß wir auf dem allgemeinen Standpunkt der Meistbegünstigung stehen — wird Hory zwecks Darnachhaltung mitgeteilt —, können wir Österreich keine solche Begünstigung gewähren, auf die nicht auch andere Staaten Anspruch erheben könnten.«⁶ Es ist nicht klar, weshalb dies ein Hindernis der dreiseitigen Wirtschaftsunion wäre, aber die Antwort des Außenministeriums beruft sich darauf. Dabei wird darauf verwiesen, daß man sich natürlich mit der Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn befasse, was auch durch unmittelbare Vereinbarungen zwischen den Außenhandelsorganisationen der beiden Länder gefördert werden könnte.⁷

Der Außenhandel Ungarns vermindert sich infolge der Wirtschaftskrise auch Österreich gegenüber stark, die Bilanz ist jedoch dabei für den ungarischen Partner noch weitgehend aktiv. Der Pengőwert der ungarischen Ausfuhr beträgt in österreichischer Relation im Jahre 1929 315,5 Millionen, die Einfuhr 140 Millionen; im Jahre 1930 die Ausfuhr 256 Millionen, die Einfuhr nicht ganz 95 Millionen. Die ungarische Regierung ist durch das Absinken des Verkehrs beunruhigt, nicht minder auch deshalb, weil die Österreicher die Ausgleicheung der Bilanz anstreben, und den Handelsverkehr bei ausgeglichener Bilanz steigern möchten.

Schober trifft am 7. Juli in Budapest ein und tritt bereits am nächsten Tag abends die Rückreise an. Während seines Budapester Aufenthalts vereinbaren die Verhandlungspartner, den im Jahre 1923 abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrag zu ergänzen und ihm »den Charakter eines Freundschaftsvertrags« zu geben. Auf Vorschlag Ungarns wird ferner vereinbart, den abzuschließenden Vertrag mit *einem geheimen Abkommen* zu ergänzen. Das ungarische Außenministerium unterrichtet hierüber die italienische Regierung.

⁵ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—441.

⁶ Auch in Handelsverträgen mit anderen Staaten kommt die Zusicherung der Meistbegünstigungsklausel vor, wonach jede, einem dritten Staate gewährte Zollbegünstigung auch dem Vertragspartner zugestanden wird.

⁷ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—427.

In der Hory übersandten Information heißt es, daß die von ungarischer Seite übergebenen Textentwürfe »von Herrn Schober mit dem Bemerkten übernommen wurden, daß er dieselben im österreichischen Außenministerium studieren lassen werde«.

Unter den wirtschaftlichen Fragen interessiert die Ungarn vor allen Dingen, wann das im Juni abgeschlossene und ungarischerseits bereits in Geltung stehende ergänzende Übereinkommen zum Handelsvertrag durch die Österreicher in Kraft gesetzt wird. Schober teilte diesbezüglich mit, dies werde geschehen, sobald ihre ähnlichen Verhandlungen mit Jugoslawien beendet werden und mit ihnen ein Vertrag abgeschlossen ist. (Die österreichisch-jugoslawischen Verhandlungen bleiben jedoch ergebnislos, und auch im Jahre 1931 wird bloß ein provisorisches Übereinkommen geschlossen.)

Schober beantragte auch, »beiderseits je eine Studienkommission zu bilden, die dann die Frage des Wirtschaftsausgleichs gemeinsam studieren und ernsthaft diskutieren würden«. Er wünsche einen Plan, auf dessen Grund »in den Produktions- und Verkehrsverhältnissen der beiden Staaten ein gewisser Ausgleich zustande käme«.⁸

Bei den Verhandlungen kam auch die Heimwehr zur Sprache, die Bethlen überaus interessiert. Hier erklärte Schober, »das Gesetz über die innere Abrüstung habe mit Rücksicht auf die österreichische Anleihe geschaffen werden müssen, doch denke er überhaupt nicht daran, dieses gegen die Heimwehr anzuwenden. Die Heimwehr hält er für notwendig, er beanstande bloß die Tätigkeit der Führer (Steidle, Pfriemer und Rintelen). Er habe nur Bedenken persönlichen Charakters und ist bestrebt, auf diesem Gebiet Änderungen herbeizuführen.«

Für Bethlen ist die Sache der geheimen Waffenlieferung eine ungemein wichtige und erregende Frage. Auch diese kommt bei den Verhandlungen zur Sprache und die erhaltene Antwort lautet: »Was die Frage des ungarisch-italienischen Transits betreffe, hoffe Schober, daß er das Bundesbahngesetz in allernächster Zeit unter Dach und Fach bringen könne; sobald dies geschehen ist, kann bei den Bahnen mit dem Austausch des Personals begonnen werden. Hierzu werden einige Monate benötigt und er hoffe, daß bis Ende des Jahres die Möglichkeit des Transits schon bestehen werde.«⁹ — Es ist geplant, die für die rechtsstehenden Kreise unverläßlichen Bahnbediensteten von allen Stellen zu entfernen, wo es ihnen möglich wäre, die nach Ungarn gerichteten geheimen Waffenlieferungen zu erkennen und zu enthüllen.

Der Budapester Besuch Schobers wird von der bürgerlichen öffentlichen Meinung Ungarns im allgemeinen mit Sympathie aufgenommen, was teilweise seiner Person gilt, weil er seinerzeit als Polizeipräsident die Tätigkeit der

⁸ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—441 und 1931—20—449.

⁹ O. L. Küm. res. pol. 1930—23—454.

extremen Nationalisten bis an die Grenze des Möglichen bereitwilligst unterstützte und in den Julitagen des Jahres 1927 ein Hauptvertreter des blutigen Terrors der österreichischen Reaktion war. Auch werden von der österreichisch—ungarischen Annäherung eine Verbesserung der Handelsbeziehungen und eine Erhöhung des Handelsverkehrs erhofft.

An der Sympathie für Schober hat auch die Sozialdemokratische Partei Anteil. In die Folge vom 13. Juli des Blattes »Népszava« schreibt Garami unter dem Titel »Schober und Bethlen« einen Leitartikel. Er rühmt Schober, weil er im Jahre 1919, als es in Österreich »gelingt, den bolschewistischen Ansturm abzuwehren«, hierbei als Polizeipräsident eine lobenswerte Arbeit geleistet hat, »getreu die Weisungen jener österreichischen Koalitionsregierung befolgte, an deren Spitze unser Genosse Renner stand«. Anerkennend äußert er sich über die derzeitige Politik Schobers, und um dies glaubhafter zu machen, kombiniert er dies mit einer Verurteilung Bethlens in folgender Form: ». . . der aus dem Mittelalter uns zugefallene Bethlen will zwischen sich und jenem Bundeskanzler Schober eine Parallele ziehen, der zwar Chef seiner bürgerlichen Regierung ist, der aber ein ehrenhafter *Verehrer und Beschützer der auf westeuropäischem Niveau stehenden, hochgradigen Demokratie Österreichs ist.*«¹⁰

Der österreichische sozialdemokratische Generalstab preist zwar Schober nicht, findet sich jedoch mit ihm ab, auf der Grundlage, daß er gegenüber der Möglichkeit, daß die Heimwehr an die Macht gelangt, das kleinere Übel ist. Otto Bauer und seine Genossen unterhandeln mit ihm über das Maß der Rechtsbeschneidung, erwarten jedoch den Schutz der bürgerlichen Demokratie weniger von ihm — der die demokratischen Rechte stufenweise einengt —, sondern in erster Reihe von der Macht der unter ihrer Führung stehenden österreichischen organisierten Arbeiterschaft und ihrer Schutzformationen, von der moralischen und politischen Wirkung ihrer Macht. Garami wiederum will die Kompromißpolitik der Sozialdemokratischen Partei Österreichs durch unendlich falsche Lobpreisung der Person Schobers rechtfertigen. Offenbar möchte er die Schober-Verehrer in den Reihen der ungarischen Bürgerschaft anspornen, daß auch sie mit der Sozialdemokratischen Partei unterhandeln.

Der Sturz des Kabinetts Schober und die Einbeziehung der Heimwehr in die neue Regierung

Im Juli 1930 beginnen Seipel und seine Anhänger eine Aktion, um die Regierung abzulösen und die Verschiebung nach rechts zu beschleunigen. Hierzu benutzen sie auch die Heimwehr, die es kaum erwarten kann, in der Regierung vertreten zu sein.

¹⁰ Népszava vom 13. Juli 1930.

Mussolini warnt die Heimwehr vor einer ungenügend vorbereiteten, übereilten Aktion. Noch um den 10. Juli herum empfängt er in Rom den Führer der Heimwehrorganisationen Oberösterreichs, den jungen und reichen Fürsten Starhemberg, der auch in der Bundesführung der Heimwehr eine immer stärkere Rolle spielt und die Bundesführung anstrebt. Am 16. Juli empfängt er auch Hory und informiert ihn, er habe Starhemberg Vorsicht empfohlen. Er gab ihm den Rat, »vor allem die Risse in der Heimwehr zu verkleistern und die Einheit wieder herzustellen, dann mit sämtlichen Rechtsparteien gemeinsam unter der Führung der Heimwehr einen festen Block zu bilden und mit dessen Hilfe die Sozialdemokraten bei den Wahlen auf das mögliche Minimum herabzudrücken; ferner sollen sie bestrebt sein, mit Herrn Schober zu kooperieren, denn sie können ja nicht zu gleicher Zeit gegen die Regierung und die Sozialdemokraten kämpfen«.¹¹

Das Schicksal des Kabinetts Schober wird jedoch nicht durch den Rat Mussolinis, sondern durch die Aktion Seipels und seines Anhangs entschieden; die warten nicht ab, bis die Heimwehr so stark ist, wie es Mussolini wünscht.

Zu dieser Zeit führen Starhemberg und seine Anhänger mit Steidle und seinem Anhang eine scharfe Debatte in taktischen Fragen: soll der Putsch zur Entfernung des Kabinetts Schober und zur Schaffung einer Heimwehrdiktatur versucht werden; soll die Heimwehr an der Übergangsregierung und den Parlamentswahlen teilnehmen: mit wem soll die Heimwehr zusammengehen und mit wem nicht? — In diesen Debatten und im Kampf um die Führung kommen auch die mit der Verwaltung der erhaltenen Geldmittel, den materiellen Mißbräuchen zusammenhängenden Angelegenheiten zur Sprache. Starhemberg und seine Anhänger beschuldigen Steidle und seine Gruppe, große Summen unterschlagen zu haben.

Legationsrat Miske-Gerstenberger, der Geschäftsträger der ungarischen Botschaft in Wien berichtet am 22. August über die finanziellen Angelegenheiten Steidles und seiner Leute: in der italienischen Gesandtschaft »habe sich die Anschauung herausgebildet, daß das vermanipulierte Geld — es dürfte sich um 600 000 Schilling handeln — sowieso nicht mehr zurückgewonnen werden kann, es sei daher das Vernünftigste, die ganze Sache totzuschweigen, damit sie nicht zur Kenntnis der Roten gelange, die sich dann bewegt fühlen, nach der Herkunft des Geldes zu forschen und die Sache in ihren Blättern vor die Öffentlichkeit zu bringen«. Der italienische Gesandte in Wien, Auriti, ersuchte auch Starhemberg, die Verrechnung nicht zu forcieren, sondern sich in das Geschehene an dem »sowieso nicht mehr geändert werden kann«, zu fügen.

Der Geschäftsträger berichtet auch über die Meinungsverschiedenheit, die in der Frage der bei den Wahlen anzuwendenden Taktik zwischen Steidle

¹¹ O. L. Küm. res. pol. 1930—23—474.

und Starhemberg entstanden ist. Nach seinem Bericht steht Seipel hinter Steidle, und der ermutigt ihn, die Heimwehr möge selbständig in den Wahlkampf gehen, jedoch nur in den »von den Sozialdemokraten beherrschten Wahlkreisen«, damit sie nicht den Christlichsozialen, sondern den »Roten« Mandate abnehmen.¹²

Am 2. September findet eine Beratung der Landesführer der Heimwehr statt. Hier gelingt es Starhemberg, durchzusetzen, daß an Stelle Steidles er zum Bundesführer gewählt wird. Steidle und sein Stellvertreter, Pfriemer, »danken ab«, doch verbleibt Steidle Landesführer von Tirol und Pfriemer Landesführer der Steiermark. Steidle steht auch weiterhin Starhemberg gegenüber, Pfriemer aber trifft bald mit dem einen, bald mit dem anderen Abmachungen. Als bald tritt jedoch in der Lage der Heimwehr eine Änderung ein, denn Seipel und seine Anhänger stürzen das Kabinett Schober.

Der Plan Seipels geht dahin, daß die neuen Wahlen von einem Kabinett »der starken Hand« durchgeführt werden, an dessen Spitze der Verteidigungsminister Vaugoin stehen würde und in welchem auch die Heimwehr vertreten wäre. Nach ihrem Plan und ihren Hoffnungen würde bei den Wahlen die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratischen Partei dermaßen zusammenschmelzen, daß die bürgerlichen Parteien eine so starke Mehrheit erreichen würden, die zu einer Verfassungsänderung notwendig ist. In diesem Falle könnten weitere Abänderungen der Verfassung ohne Kuhhandel mit der Sozialdemokratischen Partei im Parlament votiert und die Einführung der faschistischen Diktatur auf parlamentarischem Wege eingeführt werden.

Die Aktion zum Sturz der Regierung wird von Seipel unmittelbar nach den Wahlen in Deutschland durchgeführt. Offenbar spielt in ihrem Entschluß auch der Vorstoß der extrem Nationalisten in Deutschland eine Rolle. Die deutschen Reichstagswahlen fanden am 14. September statt, und am 25. September ist Schober schon gezwungen, zu demissionieren.

Der neue Bundeskanzler ist tatsächlich Vaugoin, der auch Verteidigungsminister bleibt. Das Außenministerium übernimmt Seipel von Schober (der Bundeskanzler und Außenminister war). Im neuen Kabinett erhalten weder die Großdeutschen noch der Landbund einen Sitz. Von den 11 Ministern gehören 8 der Christlichsozialen Partei an, 2 sind Vertreter der Heimwehr. Der eine ist Starhemberg, der Minister des Innern wird, der andere erhält das Justizministerium. Das Finanzministerium befindet sich in den Händen eines sogenannten Beamtenministers.

Die neue Regierung verfügt über keine Mehrheit im Parlament. Bundespräsident Miklas, der durch die im Vorjahr durchgeführte Verfassungsänderung das Recht der Parlamentsauflösung erhalten hat, löst den Nationalrat auf und für den 9. November werden Neuwahlen ausgeschrieben.

¹² O. L. Küm. res. pol. 1930—20—555.

Beim Amtsantritt des Kabinetts Vaugoin gibt Starhemberg eine Erklärung ab. »Wenn die Heimwehr heute ihre Hand ans Ruder der Regierung gelegt hat, dann geschah das nicht, um die Christlichsoziale Partei zu stützen, sondern um das Steuer für unsere Bewegung, für die Heimwehrebewegung, festzuhalten mit dem eisernen Entschluß, es uns auch durch eine rote Mehrheit nicht aus der Hand winden zu lassen.«¹³ Diese kampflustige und drohende Erklärung dürfte den christlichsozialen Gönnern der Heimwehr kaum Freude bereitet haben. Auch die Prahlerei Starhembergs zeigt klar, daß der Arbeiterschaft Österreichs, dem österreichischen Volk, die Gefahr einer faschistischen Diktatur droht.

Die organisierte Arbeiterschaft Österreichs, deren Erbitterung auch durch die Vertiefung der Krise gesteigert wird, ist entschlossen, für die Abwehr der faschistischen Gefahr zu kämpfen, und sie blickt auch in diesem Zeichen auf den Wahlkampf. Die politische Bedeutung der neuen Wahlen wird durch die entstandene neue Lage ungemein erhöht.

Die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse erregt in der italienischen Regierung große Unruhe. Grandi teilt am 22. Oktober Hory mit, die Lage in Österreich sei seiner Meinung nach »geradezu beängstigend«, und beunruhige auch Mussolini ungemein. Speziell die Aussichten der bevorstehenden Wahlen bereiten ihm große Sorgen, weil die Heimwehr »nicht nur unfähig ist, die bürgerlichen Elemente um sich zu gruppieren, bzw. die Massen zu organisieren, sondern auch in sich selbst nicht einig ist«. Ihren Ministern »fehlt merklich Voraussicht und taktisches Empfinden«. Grandi meint, daß »Schober zum ungünstigsten Zeitpunkt gestürzt wurde. Dies hätten sie entweder früher oder später tun sollen, denn nun ist die Lage so, daß der Minister des Inneren gerade zur Zeit der Wahlen nicht über das Innenministerium verfügt, das sich auch heute noch in den Händen Schobers befindet; all dies wird natürlich die Wahlen sehr ungünstig beeinflussen und folglich auch das auf Österreich basierte gemeinsame politische Programm.« Die Putschpläne der Heimwehr hält er geradezu für verhängnisvoll. Mussolini empfiehlt Bethlen, durch Benutzung seiner persönlichen Verbindungen entsprechenden Einfluß auf die Österreicher auszuüben.

Hory teilt Grandi mit, daß Bethlen »zu den österreichischen Führern auch jetzt intensive Verbindungen aufrechterhält«. Über die Wahlkampagne ließ er Starhemberg eine Botschaft zukommen und warnte ihn vor einem Putsch. »Gleichzeitig habe ich auf Weisung des Herrn Ministerpräsidenten — schreibt Hory — seine Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit gelenkt, die österreichischen Wahlen mit materiellen Mitteln zu beeinflussen.« Grandi teilt ihm mit, daß er für diesen Zweck »bereits eine gewisse Summe angewiesen hat«. Die ganze Angelegenheit bereite ihm große Sorgen, denn seiner Meinung nach »ist vom Gesichtspunkt der ungarisch-italienischen Politik aus Österreich der

¹³ Pesti Napló vom 3. Oktober 1930.

wichtigste Faktor; wenn dieser ausscheidet, wird die Verwirklichung unseres Programms auf Jahre hinausgeschoben«. Wiederholt betont er den Wunsch Mussolinis, Bethlen möge »die Österreicher in der Hand halten und auch taktisch lenken«. ¹⁴

Durch die Ratschläge aus Budapest und die taktischen Direktiven werden die Wahlchancen der Heimwehr nicht viel oder überhaupt nicht gebessert. Der Ausgang der Wahlen wird durch die inneren politischen Kräfteverhältnisse Österreichs entschieden. Doch entgegen den Erwartungen der Rechten behält die Sozialdemokratische Partei ihre frühere Position im Parlament, ja sie wird sogar die stärkste Partei des Parlaments. Die österreichische Arbeiterschaft gewinnt die in Verbindung mit den Wahlen entbrannte politische Schlacht und vereitelt dadurch die Einführung der faschistischen Diktatur auf parlamentarischem Wege.

Als Ergebnis der Novemberwahlen steigt die Zahl der Mandate der Sozialdemokratischen Partei von 71 auf 72, die der Christlichsozialen fällt hingegen von 73 auf 66 zurück. Das separate Auftreten der Heimwehr bei den Wahlen verursacht der Christlichsozialen Partei Verluste bei den Wahlen: hinsichtlich der Zahl der Mandate fällt sie auf den zweiten Platz zurück. Die Heimwehr zieht unter dem Namen *Heimatblock* in den Wahlkampf und erreicht 8 Mandate, wovon sie 7 den Christlichsozialen abgenommen hat. Schober und seine Anhänger hatten vor den Wahlen die Wirtschaftspartei gebildet, die sich mit den Großdeutschen und dem Landbund zu einem Wahlblock vereinigte. Dieser Schober-Block erhielt 19 Mandate (zuvor hatten die Großdeutschen und der Landbund zusammen 21 Mandate).

Durch das Wahlergebnis wird die Heimwehr politisch schwer kompromittiert. Der Plan Seipels mit der Koalition Christlichsoziale—Heimwehr und den Neuwahlen ist gescheitert. Die Christlichsoziale Partei bleibt die Hauptpartei der österreichischen herrschenden Klassen, ist jedoch gezwungen, zur Koalition mit der Gruppe Schober zurückzukehren und der Sozialdemokratischen Partei gegenüber bei der Taktik der sukzessiven Zurückdrängung zu verharren. ¹⁵

¹⁴ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—729 (712).

¹⁵ Diese Taktik wird von den führenden Gruppen der herrschenden Kreise Österreichs bis Februar 1934 fortgesetzt. Der Generalstab Starhemberg—Pfriemer versucht zwar im September 1931 einen bewaffneten Putsch, erhält jedoch weder wirksame politische noch militärische Hilfe, und die ganze Aktion wird von der Regierung Buresch abgerüstet, bevor noch die Arbeiterschaft und der Schutzbund eine allgemeine Aktion unternehmen.

Der Führungsstab der Sozialdemokratischen Partei Österreichs beschränkt sich dem Angriff der Reaktion gegenüber auf eine Verteidigungstaktik und vereitelt jeden Versuch, den Gegenangriff der organisierten Arbeiterschaft auszulösen. Otto Bauer und seine Genossen setzen den Angriffen der Heimwehr und der Heimwehrfreunde einen wirksameren Widerstand entgegen als in Deutschland die dortige Sozialdemokratische Partei dem Ansturm der Hitleristen und ihrer Freunde. Durch den zähen Widerstand wird die Einführung der faschistischen Diktatur auf »verfassungsmäßigem« Wege vereitelt und der Zeitpunkt, zu welchem der Heimwehr-Faschismus an die Macht gelangt, hinausgeschoben. Die Angst vor dem Gegenangriff wirft jedoch die Schatten des Sturzes voraus.

Das Kabinett Vaugoin tritt Ende November 1930 zurück, und Starhembergs sind gezwungen, aus der Regierung auszuscheiden. Infolge des Mißerfolgs verschärfen sich abermals die Gegensätze innerhalb der Heimwehr. Zugleich gerät Starhemberg und sein Anhang auch in Gegensatz zu Seipel, ohne daß sie ihr verschlechtertes Verhältnis zu Schober regeln könnten.

Die neue Regierung konstituiert sich am 4. Dezember. Der Christlich-soziale Otto Ender wird Bundeskanzler, Vizekanzler Schober, der wieder auch Außenminister wird. Das Verteidigungsministerium bleibt weiterhin in der Hand Vaugoins.

Bethlen beunruhigt die Möglichkeit, daß auch den Sozialisten Portefeuilles angeboten werden, um die politische Lage eventuell auf diese Weise zu stabilisieren. Am 4. Dezember weist Walko Ambrózy telegraphisch an, Schober aufzusuchen, sich zu orientieren und ihm mitzuteilen, daß die ungarische Regierung »jetzt, wo sie vor dem Abschluß eines weitgehenden österreichisch—ungarischen Vertrags steht, die Expansion der Sozialdemokratischen Partei Österreichs oder ihre eventuelle Regierungsbildung mit Besorgnis verfolge«; zur Zeit des Besuchs von Schober, als der Abschluß eines Vertrags vereinbart wurde, »war dies keinesfalls vorauszusehen«. Für die ungarische Regierung ist »das Programm der Sozialistischen Partei als solches total gleichgültig« — heißt es in der Botschaft Walkos —, hingegen sei es ihr nicht gleichgültig, »daß die sozialistische Partei seit Jahren enge und innige Verbindungen zur tschechischen Regierung unterhält«. ¹⁶

Die Beunruhigung des ungarischen Außenministeriums wird noch gesteigert, als es erfährt, daß als Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen der österreichische Nationalrat einen Sozialisten zum Präsidenten wählt. Seine Befürchtungen, die Sozialisten könnten an die Regierung kommen, sind jedoch unbegründet. Das Kabinett Ender wünscht die Schwächung der Kraft der organisierten Arbeiterschaft fortzusetzen und kehrt zur Taktik des Kabinetts Streeruwitz bzw. Schober zurück, d. h., zur Methode der Bedrohung und schrittweiser Schwächung.

Im Mai 1932 dankt das Kabinett Buresch ab und wird von der Regierung Dollfuss abgelöst, in der wieder zwei Heimwehrminister Platz finden. Die Angriffe der Reaktion verstärken sich, Rolle und Einfluß der Heimwehr in der Regierung nehmen zu.

Anfang 1934 halten die herrschenden Kreise Österreichs den Zeitpunkt für gekommen, auf den Weg des Bürgerkrieges überzugehen. Mit Benutzung der bewaffneten Abteilungen der Polizei, der Gendarmerie, des Militärs und der Heimwehr wird der Schutzbund zerschlagen, die Sozialisten aus dem Wiener Gemeinderat und den sonstigen Selbstverwaltungsorganen vertrieben, die österreichische Arbeiterschaft niedergetreten, ihre großen Organisationen zerschlagen.

Die militärische Kraft des Schutzbundes und die Kampfbereitschaft der organisierten Arbeiterschaft hätten die bewaffnete Abwehr des faschistischen Ansturms sichern können, doch die kopflose, von einem Gegenangriff zurückschreckende Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung und der Oberbefehlshaber des Schutzbundes haben einen konzentrierten Kampf des Schutzbundes unmöglich gemacht, seine Abteilungen verteidigten sich, sich selbst überlassen und wurden von den Faschisten einzeln zerschlagen.

¹⁶ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—881 (832).

Schober trachtet, die unbegründeten Bedenken Walkos zu zerstreuen und gibt als Antwort vor Ambrózy folgende Erklärung ab: »Der Bundeskanzler habe nie daran gedacht, irgendein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei als Mitarbeiter aufzufordern. Seine politische Richtung ist durchaus anti-marxistisch, die Regierung werde sich jedoch solcher Reizung der Opposition, wie es unter Vaugoin Mode war, enthalten. Ender denkt nicht daran, mit den Sozialisten einen Pakt abzuschließen.«¹⁷ Was die Wahl eines Sozialdemokraten zum Präsidenten des Nationalrates betreffe, teilt er mit, daß sie dieser nicht ausweichen konnten, weil »die Opposition auf den einschlägigen Traditionen bestand und mit Sabotage drohte«. — Hier handelt es sich um die parlamentarische Tradition, daß der Präsident des Hauses aus den Reihen der stärksten Partei, die Vizepräsidenten aus den Reihen der zweit- bzw. drittgrößten Partei gewählt werden. Schober meint, die Wahl eines Sozialisten zum Präsidenten des Nationalrats werde »die parlamentarische Lage erleichtern«.¹⁸

Die von Schober erhaltenen Informationen teilt Walko sofort dem italienischen Außenministerium mit; diese dienen jedoch weder der italienischen noch der ungarischen Regierung zur Beruhigung. Im Dezember werden unter der Führung Bethlens in der italienischen Gesandtschaft in Budapest Verhandlungen über die politische Lage in Österreich geführt. Die Zusammenkunft findet im Rahmen eines Mittagessens statt. Ungarischerseits nehmen an den Besprechungen außer Bethlen Khuen-Héderváry und Apor, italienischerseits Arlotta, der italienische Gesandte in Budapest, und Auriti, der italienische Gesandte in Wien teil, der zu diesem Zweck ebenfalls nach Budapest gekommen war.

Bei dieser Gelegenheit kommt die Weisung Grandis an den italienischen Gesandten in Wien zur Sprache, in der es heißt, daß sich Schober im Laufe der Wahlkampagne »über Italien nicht so geäußert hat, als er es tun sollte, und außerdem hat er auch mit den Sozialisten kokettiert«. Deshalb stellt sich die italienische Regierung ihm gegenüber »auf einen abwartenden Standpunkt«.

Bethlen verweist darauf, daß »wir in Österreich kein anderes Atout haben als die Heimwehr«, die auf jede Weise gestärkt werden müsse. Außerdem »müsse man trachten, die bürgerliche Front, die infolge persönlicher Gehässigkeiten zerrüttet wurde, wiederherzustellen«. Deshalb hält er es für notwendig, Seipel, Schober, Vaugoin, Starhemberg und die übrigen Führer miteinander zu versöhnen, ferner müssen die unter sich fehdeführenden Heimwehrführer, »namentlich Starhemberg, Pfriemer, Steidle und Frey miteinander versöhnt werden« (Major Frey ist der Landesführer der Wiener Heimwehr). Zur Versöhnung der letzteren wird geplant, jemanden nach Innsbruck zu entsenden, um mit Steidle und Pabst die Gelder zu verrechnen (Pabst war im November

¹⁷ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—881 (837).

¹⁸ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—881 (838).

mit Bewilligung der Regierung Vaugoin nach Österreich zurückgekehrt); hierdurch würde gelegentlich »die Beschwerde Starhembergs aus der Welt geschaffen werden, daß Steidle und seine Mitarbeiter die ihnen anvertrauten Gelder nicht richtig bzw. inkorrekt verwaltet hätten«. Bethlen betont, wenn es nicht gelinge, die Heimwehr wieder auf die Füße zu stellen, dann werde »die österreichische Restaurationsbewegung in die Hände Hitlers geraten, wogegen er entschieden Stellung nehme«, denn dies würde »zu großen internationalen Komplikationen« führen.¹⁹

Unter der Wirkung seines Vorstoßes in Deutschland erstarkt zu dieser Zeit auch in Österreich die Hitlerbewegung; sie schlägt eine Bresche im Lager der extremen Nationalisten, ist jedoch bereit, in Aktionen gegen die Roten die Heimwehr zu unterstützen. Die Hitlerbewegung fordert natürlich den Anschluß, und zwar auf der reaktionärsten, extrem nationalistischen Grundlage. Die österreichische Nazibewegung bereitet sowohl Seipel wie Schober, aber auch Mussolini und Bethlen Sorgen. Sie vertrauen jedoch darauf, daß durch die Wiederaufrichtung der Heimwehr den Nazis der Weg versperrt werden könne.

In dieser innenpolitischen Situation Österreichs kommt es zum offiziellen Besuch Bethlens in Wien und zur Unterzeichnung des österreichisch—ungarischen Freundschaftsvertrags.

¹⁹ O. L. Küm. res. pol. 1930—23—889. — Bethlen entsandte Mitte Januar 1931 den Grafen Apor nach Innsbruck, um die von Steidle und Pabst ausgearbeitete Verrechnung zu überprüfen und zu bestätigen. Hierbei handelte es sich um eine Summe von 1 400 000 Schilling, um die Beträge, die die Italiener durch Bethlen der Heimwehr gesendet hatten. »Es war mir nicht möglich, eine systematische Überprüfung vorzunehmen — berichtet Apor —, denn dies hätte mehrere Tage in Anspruch genommen, ich habe mich daher damit begnügt, aufs Geratewohl einzelne Gruppen herauszugreifen und diese dann genau, ziffernmäßig zu überprüfen.« Es handelt sich um einzelne Gruppen von Empfangsbestätigungen, die Steidle sammelte und bis zur Überprüfung aufbewahrte, um sie hernach zu vernichten. Steidle und Pabst haben in einer langen Aufstellung ausgewiesen, wann, zu welchem Zweck, welche Summe verausgabt wurde, und hierzu eine Menge von Empfangsbestätigungen vorgelegt.

In der Liste sind z. B. die verschiedenen Spesen der einzelnen »Heimwehrtage«, Ausgaben für Ausrüstung, Reisekosten, Diäten usw. ausgewiesen. Die Verrechnung ist so zusammengestellt, als ob die italienischen Hilfsgelder die *einzig*e Geldquelle der Heimwehr gewesen wären und *sämtliche* Ausgaben aus diesen bestritten worden wären. Die von den österreichischen und Großindustriellen und sonstigen Interessengemeinschaften erhaltenen Subventionen kommen nicht vor. Starhemberg wird zur Rechnungslegung nicht herangezogen. Aufgabe des von der ungarischen Regierung entsandten Beamten ist es eben, die Verifizierung der Verrechnung auf sich zu nehmen. Er verspricht auch Pabst, der ihn in Innsbruck empfängt: »Ich werde der italienischen Regierung zur Kenntnis bringen, daß ich Ihre Verrechnungen in Ordnung gefunden habe, und ich werde Mittel und Wege finden, daß auch Fürst Starhemberg hierüber in geeigneter Form unterrichtet werde, so daß die Verdächtigungen in bezug auf diese Verrechnung, die den Ausgangspunkt der Streitigkeiten innerhalb der Heimwehr bildeten, aus der Welt geschaffen werden.« (O. L. Küm. res. pol. 1931—41—82.)

*Der ungarisch—österreichische Freundschaftsvertrag
und Reise Bethlens nach Wien*

Als Schober im Juli 1930 in Budapest zu Besuch war, wurde vereinbart, daß Bethlen zur Unterzeichnung des geplanten neuen Vertrags und des abgeschlossenen geheimen Übereinkommens nach Wien fährt und damit den Budapest-Besuch des Bundeskanzlers erwidert.

Am 14. August hat der österreichische Ministerrat den ungarischen Textentwurf, sowohl den öffentlichen Vertrag wie das Geheimabkommen, angenommen. Franz Calice, der österreichische Botschafter in Budapest verständigt darüber Walko am 25. August in einer Note und teilt ihm einige Bemerkungen der Österreicher zur präziseren Abfassung mit, ferner, daß die österreichische Regierung »bereit sei, den Vertrag wann immer zu unterzeichnen«. ²⁰

Da jedoch die Regierung Schober im September aus dem Amte scheidet, erleidet der Abschluß des Vertrags eine Verzögerung. Während der österreichischen Wahlkampagne kann es allerdings nicht vorgenommen werden. Schon am ersten Tag nach den Wahlen, am 12. November verständigt Bethlen Seipel, er würde Ende November nach Wien fahren, um den Vertrag zu unterzeichnen. Seipel nimmt das Datum an, teilt jedoch gleichzeitig mit, er werde nicht in der Lage sein, den Vertrag zu unterzeichnen, denn seine Regierung werde »am 25. d. M. möglicherweise demissionieren«. ²¹ Unter solchen Umständen schiebt auch Bethlen seine Reise auf.

Seipel ist hingegen mit dem Vertragsentwurf nicht in allen Punkten einverstanden und teilt bald auch seine Bemerkungen mit: er ist gegen das geheime Übereinkommen. Seines Erachtens wäre es besser, auch das Zusatzabkommen öffentlich abzuschließen, mit einer Textierung, die keine Spitze gegen die Tschechoslowakei und gegen Jugoslawien hat. Er sei kein Freund von Geheimverträgen — erklärt er —, und halte diese »nur in dem Falle für notwendig, wenn die Geheimhaltung durch besonders schwere Interessen erforderlich erscheint, was seines Erachtens hier jedoch nicht der Fall sei«. ²² Die ungarische Regierung sieht sich genötigt, den Standpunkt Seipels zu akzeptieren; sie kann das Geheimabkommen nicht forcieren, wenn es der österreichische Partner nicht annehmen will.

Für Bethlen ist das Kabinett Vaugoin sympathischer als sein Vorgänger, weil es die Heimwehr in die Regierung aufgenommen hat und eine Abrechnung mit den »Marxisten« plant. Zugleich nimmt er mit Bedauern zur Kenntnis, daß Seipel, der hauptsächlich politische Führer der Regierung in der Frage der gemeinsamen Front den Staaten der Kleinen Entente gegenüber vorsich-

²⁰ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—557.

²¹ O. L. Küm. res. pol. 1931—20/7—213 (3400).

²² O. L. Küm. res. pol. 1931—20—327.

tiger ist. Infolge der Demission des Kabinetts Vaugoin scheidet jedoch Seipel aus der Regierung und Außenminister wird abermals Schober.

Peter, der Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums, versucht sowohl Schober als auch die ungarische Regierung zu bewegen, von dem Geheimcharakter des Zusatzabkommens abzusehen. Dies begründet er Ambrózy gegenüber damit, daß die im Geheimabkommen enthaltenen Bestimmungen sowieso Gegenstand des Vertrauens sind. »Wenn das Vertrauen vorhanden ist, werde die Orientierung ungehindert funktionieren. Wenn jedoch kein Vertrauen besteht, werde das Zusatzprotokoll ebenso ein Stück Papier bleiben, wie die Präambel zum Vertrag von 1923.«²³

Zur Zeit der Konstituierung der Regierung Ender stellt sich Bethlen bezüglich seiner Wiener Reise auf einen abwartenden Standpunkt. Am 4. Dezember erhält Ambrózy die Weisung, die Erwähnung der Wiener Reise des Ministerpräsidenten zu vermeiden: »Graf Bethlen hält es bis zur Klärung der innenpolitischen Lage in Österreich nicht für opportun, nach Wien zu fahren.«²⁴ Am 17. Dezember meldet Ambrózy, Schober sei mit dem Abschluß eines Geheimabkommens einverstanden, nehme den Budapester Vorschlag über den ursprünglich geplanten Vorgang an und werde auch Ender dazu bringen, diesen Standpunkt anzunehmen. Tags darauf weist Graf Gyula Károlyi, der neue Außenminister Ambrózy an, am Ballhausplatz mitzuteilen, daß Bethlen im Januar zur Unterzeichnung des Vertrags nach Wien fahren würde.²⁵

Am 23. Dezember übersendet das ungarische Außenministerium Ambrózy den Textentwurf des Geheimabkommens in deutscher Sprache. Dieser lautet: »Die Regierungen der hohen vertragschließenden Parteien vereinbaren, im Sinne der Präambel des am 10. April 1923 abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrages in allen politischen Fragen, an denen sie beide interessiert sind, besonders

²³ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—853. — Peter hat auf Ersuchen Ambrózys gelegentlich der Besprechung vom 23. Dezember erklärt, er sei deshalb gegen ein geheimes Zusatzabkommen gewesen, weil Seipel während seiner kurzen Amtszeit als Außenminister in die Frage Einsicht genommen hatte und »gegen den geheimen Charakter war«. In der vertraulichen Sitzung des Parlamentsausschusses, in der der Vertrag vor der Ratifizierung verhandelt wird, kann Seipel Schober befragen, ob nicht auch ein Geheimabkommen geschlossen wurde. Schober »beabsichtigt, auf die Frage mit einem Nein zu antworten, er wird also lügen«. Seipel könne jedoch von Vaugoin oder einem anderen christlichsozialen Minister die Wahrheit erfahren. »Wer das Verhältnis zwischen den zwei Staatsmännern kennt, muß — nach Auffassung Peters — wissen, daß sich Schober, was er auch immer sagen mag, der Gefahr aussetzt, daß ihn Seipel vorzeitig stürzen läßt, wie er dies schon einmal getan hat.«

Zur Begründung seines Widerstandes erwähnte Peter auch, daß die österreichische Regierung bisher »noch keinerlei geheimen Vertrag abgeschlossen habe, mit Ausnahme jenes, mit Deutschland mündlich getroffenen Übereinkommens, wonach die beiden Regierungen einander über die sie betreffenden Fragen gegenseitig informieren werden«. Dieses geheime Übereinkommen war gelegentlich des Besuchs Schobers in Berlin im Februar 1930 zustande gekommen (O. L. Küm. res. pol. 1931—20—919).

²⁴ O. L. Küm. pol. 1931—20/7—213 (3400).

²⁵ O. L. (—) res. pol. 1931—20/7—213 (3400).

an jenen, die sich auf ihre gemeinsamen Nachbarn beziehen, durch ihre Gesandten ständigen Kontakt aufrechtzuerhalten.«²⁶

Am 29. Dezember meldet Ambrózy, er habe den Textentwurf Generalsekretär Peter gezeigt und dieser habe gefunden, daß er »dem Übereinkommen hundertprozentig entspreche und er nichts hinzuzufügen habe«.²⁷

Bethlen trifft am 25. Januar in Wien ein, tags darauf wird das Übereinkommen, das den offiziellen Titel »Freundschafts-, Schiedsgerichts- und Arbitragevertrag« trägt, unterzeichnet.

In der Präambel wird erklärt: die vertragschließenden Parteien sind bestrebt, »die zwischen den Völkern der beiden Staaten glücklich bestehende aufrichtige Freundschaft noch weiter zu vertiefen«. Der erste Teil enthält die Punkte über das Schiedsgerichtsverfahren, der zweite die des Arbitrageverfahrens, der dritte die sogenannten allgemeinen Bestimmungen.²⁸

Bei Unterfertigung des Vertrags werden die geheimen Noten ausgetauscht. In der österreichischen Note, die Schober an Bethlen richtet, heißt es eingangs: »Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu bestätigen, daß wir im Verlaufe unserer Beratungen bezüglich folgender Erklärung übereingekommen sind«, dann wird der von der ungarischen Regierung vorgeschlagene oben zitierte Text genau wiederholt.²⁹

Bei dieser Gelegenheit findet natürlich ein politischer Meinungs-austausch zwischen den beiden Regierungschefs statt. Bethlen lenkt die Aufmerksamkeit Schobers darauf, daß seines Wissens die französische Regierung »die österreichisch-ungarische Annäherung gerne sehe«; und so wie Schober bisher »den Anschluß benutzte«, um von den Franzosen Vorteile zu erringen, könnte er dies auch »in Angelegenheit der ungarisch—österreichischen Annäherung tun«. Bethlen verweist hier auf den Zusammenhang, daß die österreichischen Anschlußbestrebungen auch durch die österreichisch—ungarische Annäherung geschwächt werden könnten, wofür die Franzosen auch zu Zugeständnissen bereit wären. — Das Ziel Bethlens ist, einen italienisch-österreichisch-ungarischen faschistischen Block zu schaffen; nun ermuntert er trotzdem Schober, vor den Franzosen den Vertrag so hinzustellen, daß dieser auch ihren Interessen entspreche, zumindest in dem Sinne, daß die österreichisch—ungarische Annäherung gegen den Anschluß wirkt.

Bethlen schlägt vor, Verhandlungen zu beginnen, »um im österreichischen und ungarischen Heer gewisse Waffen zu vereinheitlichen«, was beiden Heeren die Ergänzung der Bewaffnung erleichtern, »andererseits der österreichischen Industrie Beschäftigung und Nutzen sichern« würde. Schober stimmt diesem Vorschlag »bereitwillig« zu.

²⁶ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—910.

²⁷ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—932.

²⁸ Ungarisches Gesetzbuch, Ges. Art. XXIX vom Jahre 1931. Es wurde im ungarischen Abgeordnetenhaus am 30. Mai 1931 ratifiziert.

²⁹ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—69.

Für die ungarische Regierung wäre die Organisierung der Waffenlieferung über Österreich unverändert von großer Wichtigkeit. Bethlen befragt Schober: »inwieweit könnte die österreichische Regierung Waffentransporte aus Italien nach Ungarn sichern?« Die Antwort lautet, daß die Personalfragen bei den österreichischen Eisenbahnen »noch nicht endgültig geklärt sind«, doch sei es schon bisher gelungen, das Bahnpersonal »in solchem Maße von unverlässlichen Elementen zu säubern«, daß nach Ansicht Schobers »der Transport bewerkstelligt werden könne«. Dies ist jedoch nur eine provisorische Antwort, Bethlen ersucht um eheste »endgültige Antwort«. Sobald er diese erhält, werde sich der ungarische Verteidigungsminister oder ein anderer »entsprechender militärischer Fachmann« nach Wien begeben, um mit den österreichischen Beauftragten »den genauen Transportplan« gemeinsam auszuarbeiten. Schober verspricht baldmöglichste Antwort.

Bethlen ersucht auch um Information über die politische Lage in Österreich. Er erklärt, daß er sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs natürlich nicht einmischen wolle und sich nur deshalb interessiere, weil »die österreichisch—ungarische Zusammenarbeit nur mit einer bürgerlichen Regierung durchgeführt werden könne«.

Eben zur Zeit des Besuchs von Bethlen in Wien gelingt es dem Kabinett Ender, in der Finanzkommission des Parlaments — mit Zustimmung der Sozialisten — den Gesetzentwurf über die sogenannte Abgabenteilung durchzubringen. Im Sinne dieses Entwurfs wird ein Teil der städtischen Einnahmen Wiens, jährlich 28 Millionen Schilling, der Regierung überlassen. Ender hatte zwar mehr gefordert, begnügt sich jedoch vorläufig mit diesem Betrag.

In seinem Gespräch mit Bethlen bezeichnet es Schober als einen der Sozialdemokratischen Partei gegenüber errungenen großen Erfolg, daß die Regierung die Abgabenteilung durchbringen konnte. Nach seiner Mitteilung habe er diese von den Sozialisten erzwungen, indem er damit drohte, daß er »im Falle einer abschlägigen Antwort die Regierung der Heimwehr übergeben werde«. Neben der Drohung mit der Heimwehr dürfte offenbar auch das zwischenparteiliche Übereinkommen über die Wahl eines Sozialisten zum Vorsitzenden des Nationalrats eine Rolle dabei gespielt haben, daß Otto Bauer und seine Genossen diesem Gesetz keinen größeren Widerstand leisten.³⁰ Schober erwähnt jedoch bloß die Drohung mit der Heimwehr, wohl wissend, daß dies Bethlen gerne hört. Er erklärt, daß er diese Methode des Drohens »auch in Zukunft benutzen wolle und demzufolge die Heimwehr aufrichten wolle, mit einheitlicher Organisation und entsprechendem Gelde«. Er hofft, daß dies gelingen werde, aber nicht mit den jetzigen Heimwehrführern, denn diese seien »unreife Männer ohne politisches Gefühl«.

³⁰ Der österreichische Nationalrat wählte im Dezember 1930 den Sozialisten Matthias Eldersch zum Vorsitzenden, nach dessen Ableben im April den ebenfalls Sozialisten Renner.

Schober ist sich darüber im klaren, daß Bethlen die Lage der Heimwehr sehr interessiert. Er teilt ihm mit, daß er dieser Organisation eine wichtige Rolle zudenke, sie aber entsprechend in der Hand halten wolle.

Bethlen kehrt am 28. Januar nach Budapest zurück. Gleich in den ersten Tagen nachher verständigt er Starhemberg, Schober sei geneigt, die Heimwehr zu unterstützen und zu benutzen, habe jedoch »zu den jetzigen Führern kein großes Vertrauen«. ³¹ Bethlen ersucht den Fürsten, »sich mit Schober auf guten Fuß zu stellen, was — falls er der Eitelkeit Schobers Tribut zolle — nicht schwer sein wird«. Starhemberg verspricht dies, meldet Baron Apor, der ihm diese Botschaft überbracht hatte, doch meine er, »Schober lüge wie gedruckt«. ³²

Die Lage der Heimwehr ist weiterhin unklar. Ambrózy meldet Anfang Februar: »Eine Folge der Uneinigkeit und der Intrigen ist es, daß der Hauptverband der Industriellen, der ... die Heimwehr finanzierte, in diesem Jahr bisher jedwede Subvention verweigert hat«. Am 4. und 5. Februar »habe Baron Robert Erhardt, Sektionschef i. P., der Direktor des Verbandes der Fabrikindustriellen, versucht, die Gegensätze zwischen Starhemberg und seinen Gegnern auszugleichen, hatte jedoch nur wenig Erfolg damit«. ³³

Bethlen und Mussolini unternehmen ihrerseits noch manche Schritte, um die Einheit innerhalb der Heimwehr wiederherzustellen, ihren einzigen »Trumpf« in Österreich zu stärken. Der Wirrwarr innerhalb der Heimwehr ist jedoch eine Folge und Widerspiegelung des im Lager der herrschenden Kreise Österreichs wütenden scharfen Zwistes. Die Heimwehr braucht die italienische und die ungarische Unterstützung, sie ist jedoch in erster Linie das »Atout« der herrschenden Kreise Österreichs und nicht das der ungarischen oder der italienischen Regierung.

Schwierigkeiten in der italienisch—österreichisch—ungarischen Zusammenarbeit

Sowohl die italienische als auch die ungarische Regierung sind bestrebt, mit der österreichischen Regierung eine gewisse militärische Zusammenarbeit zu schaffen. Diese ist — wenn es dazu kommt — im allgemeinen eine Folge der politischen Zusammenarbeit. Die politische Zusammenarbeit mit den Österreichern halten herrschender Kreise sowohl in Rom als auch in Budapest für ungenügend und sind der Meinung, daß durch einen gewissen umgekehrten Fahrplan, durch die Schaffung einer militärischen Zusammenarbeit die politische Annäherung, das Zustandebringen eines Dreierblocks beschleunigt werden könnte.

³¹ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—92.

³² O. L. Küm. res. pol. 1931—20—90.

³³ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—127.

In der Förderung der italienisch-österreichischen militärischen Zusammenarbeit würde die Verwirklichung des in Frage stehenden Waffenankaufs eine wichtige Rolle spielen. Mitte Februar orientiert Auriti, der italienische Gesandte in Wien, Ambrózy über den Stand dieser Angelegenheit. Er teilt ihm mit, die österreichische Regierung müsse in nächster Zukunft »endgültig erklären, ob sie die Waffensendungen übernimmt oder nicht«. Er erklärt, daß diese Frage die italienische Regierung »weder vom Gesichtspunkt des aus dem Waffenlieferungsgeschäft stammenden Nutzens, noch vom Gesichtspunkt der vollkommeneren Ausrüstung des österreichischen Heeres aus in erster Linie interessiere, sondern weil nach italienischer Auffassung dadurch Schober in gewissem Maße gezwungen werden kann, Farbe zu bekennen«. Wenn die österreichische Regierung die Waffen kauft, dann »verschreibt sich Schober der italienfreundlichen Politik und das gute Verhältnis zwischen Italien und Österreich könnte als stabilisiert betrachtet werden«. ³⁴ Am 19. März teilt Auriti mit, die österreichische Regierung betreibe in der Angelegenheit der Waffenlieferungen »eine hinhaltende Taktik«. ³⁵

Es ist tatsächlich so. Die österreichische und die deutsche Regierung sind zu dieser Zeit schon übereingekommen, die Zollunion der beiden Länder zustande zu bringen. Hiervon weiß weder die italienische noch die ungarische Regierung. Es ist offenbar, daß die Regierung Ender-Schober die Antwort bezüglich des Waffenankaufs auch deshalb hinausschiebt, weil ihre Entscheidung davon abhängt, wie die italienische Regierung auf die Mitteilung über die Zollunion reagieren wird.

Der italienische und der ungarische Generalstab stehen in Kontakt mit dem Generalstab des österreichischen Heeres. Diese Verbindung ist jedoch zwischen der italienischen und der österreichischen Armee sehr schwach, zwischen der österreichischen und der ungarischen Armee wesentlich intensiver. Die ungarische Regierung hat auch gewisse Waffen in Österreich bestellt. Auch zwischen dem Offizierskorps wird die Verbindung immer stärker. Hierin spielt auch der Umstand eine Rolle, daß die Generäle und die Stabsoffiziere der beiden Armeen weitgehend miteinander bekannt sind und unter ihnen eine gewisse gegenseitige Sympathie besteht.

Für die ungarische Regierung wäre jedoch die Sicherung des Kriegsmaterialtransits viel wichtiger als die persönliche und politische Sympathie zwischen den Stabsoffizieren und Generälen. Anfang März erhält Ambrózy einen neuen Auftrag, Schober zu befragen, »ob die österreichische Regierung geneigt ist, uns durch ihn (d. h. durch Schober) zu erklären, daß ein größerer italienischer Waffentransport über Österreich nach Ungarn vom Gesichtspunkt des Bahnpersonals und der Zollorgane aus ungehindert abgewickelt werden könne«. Ambrózy hat am 5. März die offizielle Anfrage der ungarischen

³⁴ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—181.

³⁵ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—564.

Regierung weitergeleitet und meldet am 17. März: auf zweimalige Urgenz habe er von Schober an diesem Tage Antwort erhalten, dahinlautend, daß »sie noch nicht so weit sind, den Transit ruhig übernehmen zu können, doch sei es möglich, daß der Transit in einigen Wochen schon durchführbar sein wird«.

Ambrózy sprach mit dem Militärattaché der Gesandtschaft und mit dem italienischen Gesandten in Wien, und alle drei haben den Eindruck, daß die erhaltene Antwort »vielleicht nicht ganz aufrichtig ist«. Tatsache ist, daß sich unter den Eisenbahnern auch weiterhin viele Sozialisten befinden, die Berufung Schobers auf diesen Umstand entbehrt daher nicht der Grundlage; dies wissen auch Ambrózy und der Militärattaché, trotzdem halten sie die Vermutung für berechtigt, daß Schober den Kriegsmaterialtransit vermeiden möchte »oder aber mit seiner hinhaltenden Taktik etwas erreichen wolle«. Auriti denkt an letzteres. Der Militärattaché meint, daß Schober, »nachdem wir ihn durch die Hirtenberger Waffenbestellung zu Dank verpflichtet haben, durch seine hinhaltende Taktik nicht von uns, sondern von den Italienern etwas erwirken wolle«.³⁶ — Doch haben sie keine Ahnung, was dies sei.

Einige Tage später, am 21. März veröffentlichen die deutsche und die österreichische Regierung ihr Übereinkommen über die Zollunion. Zehn Tage später kündigt die österreichische Regierung mit 1. Juli den österreichisch—ungarischen Handelsvertrag. Die österreichischen Agrarzölle wollen sie auf das Niveau der deutschen Zölle erhöhen. In der Frage der Zollunion enthält sich die ungarische Regierung — obzwar sie beunruhigt ist — der Stellungnahme; sie wartet ab, was daraus erwachsen wird. Die Stimmung bei den Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag ist jedoch sehr gespannt.

Über Österreich bricht dann eine neuerliche Finanzkrise und politische Erschütterung herein. Die Zollunion ruft in Westeuropa politische Verwicklungen hervor und zieht diplomatische Schritte sowie finanzielle Retorsionen nach sich, vor allem von seiten Frankreichs. Die italienische Regierung protestiert gemeinsam mit der französischen und tschechoslowakischen Regierung in Wien gegen den Zollvertrag und sie weisen darauf hin, daß der Friedensvertrag mit Österreich den Anschluß, also auch die deutsch—österreichische Zollunion verbiete. Die größte Bank Österreichs, die Creditanstalt gerät in Konkurs; hierin spielt die Rückziehung der französischen kurzfristigen Anleihen eine wesentliche Rolle. Die Creditanstalt wird durch Intervention des Staates saniert, doch inzwischen vertieft sich die Krise und dem Staatshaushalt droht der finanzielle Bankrott. Die innerenpolitischen Kämpfe verschärfen sich. Die Bank of England gewährt Österreich Mitte Juni eine Valutenanleihe von 150 Millionen Schilling, doch ist das Kabinett Ender gezwungen, abzudanken und die neue Regierung verzichtet auf die österreichisch—deutsche Zollunion.

³⁶ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—564 (262).

Der neue Bundeskanzler, Karl Buresch, gehört ebenfalls der Christlich-sozialen Partei an, Schober bleibt Vizekanzler und Außenminister, Vaugoin behält das Verteidigungsministerium.

Am 1. Juli wird nach langwierigen Verhandlungen ein provisorischer ungarisch—österreichischer Handelsvertrag abgeschlossen. Der Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern nimmt jedoch weiter ab. Die ungarische Ausfuhr nach Österreich, deren Wert von 315,5 Millionen Pengő im Jahre 1929 auf 256 Millionen im Jahre 1930 gefallen war, beträgt 1931 nur mehr 169 Millionen. Die Handelsbilanz Österreich gegenüber bleibt aktiv, jedoch fällt das Aktivum von 175,7 Millionen im Jahre 1929 auf 161 Millionen im Jahre 1930 und 102 Millionen im Jahre 1931. Mit der weiteren Verschärfung der Krise dauert diese Tendenz auch 1932 an, und zwar in noch größerem Maße.³⁷

Am 8. Juli trifft Ambrózy abermals mit Schober zusammen und der Kriegsmaterialtransit kommt wieder zur Sprache. Schober teilt ihm mit, er habe mit Buresch schon darüber verhandelt und dieser habe erklärt, »die Sache müsse noch überlegt werden« und er werde darauf noch zurückkommen.³⁸

Die Regierung Bethlen kann es nicht erreichen, daß der Weg der Waffenlieferungen über Österreich frei werde. Die Bereitschaft der herrschenden Kreise Österreichs, mit der italienischen und der ungarischen Regierung zusammenzuarbeiten, ist ebenfalls beschränkt; es besteht zwar ein italienisch—österreichischer und ein österreichisch—ungarischer Freundschaftsvertrag, doch kann die politische Zusammenarbeit der drei Staaten nicht auf ein solches Niveau gebracht werden, auf welchem der von Mussolini und Bethlen erhoffte Dreierblock verwirklicht werden könnte.

Die Vereitlung der deutsch—österreichischen Zollunion schwächt die deutsch—österreichischen Beziehungen. Die finanzielle Kraft Deutschlands genügt nicht, Österreich gegenüber den französischen finanziellen Sanktionen wirksame Hilfe leisten zu können, ja in Deutschland selbst entsteht eine ungemein schwere Finanzkrise. Die Schwächung der deutsch—österreichischen Verbindungen zieht diesmal jedoch nicht eine Stärkung der italienisch—österreichischen Verbindungen nach sich, sondern das Bestreben der österreichischen Regierung, die Beziehungen Österreichs zu Frankreich und England wieder zu verbessern.

Die Regierung Bethlen konnte ihre in die Heimwehr gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt sehen; diese Hoffnungen und den Plan eines italienisch—österreichisch-ungarischen Dreierblocks hinterläßt sie als Erbe ihrem Nachfolger.

³⁷ Die Ausfuhr Ungarns nach Österreich fiel im Jahre 1932 auf 100 Millionen Pengő, die Einfuhr aus Österreich auf 51 Millionen. Der Ausfuhrüberschuß schrumpfte auf 49 Millionen Pengő zusammen.

³⁸ O. L. Küm. res. pol. 1931—20—564.

Австрийская акция правительства Бетлена

Д. НЕМЕШ

Резюме

В 1927 году в Австрии к власти пришло христьянсоциалистическое правительство Зайпеля, которое в интересах австрийских господствующих классов стремилось вытеснить из политической жизни другую сильную партию, Социал-демократическую Партию Австрии (СДПА). В этой борьбе правительство использовало различные фашистские организации и прежде всего организацию Хаймвер. Так например, когда фашисты открывают огонь в собравшихся социал-демократов, суд оправдывает убийц, а правительство стреляет в рабочих, протестующих против этого. С другой стороны руководители СДПА удерживают рабочих от вооружённой борьбы, боясь гражданской войны, не дают возможности развернуть контрнаступление за новое демократическое правительство.

Руководители Хаймвера ищут подкрепления за рубежом. Поэтому они обращаются к правительственным кругам двух соседних фашистских государств — Венгрии и Италии, и просят деньги и оружия. Бетлен и Муссолини решают, что совместно будут действовать в «австрийской акции», так как оба государства заинтересованы в том, чтобы сдвинуть наравно австрийской политики.

Их цели: крайне правое правительство, которое должно было быть создано в Австрии, разрешить, чтобы итальянские поставки оружия шли через Австрию в Венгрию; организовать австрийско-венгерско-итальянский экономический блок; добиться территориальных уступок в Тироле для Италии и в Бургенланде для Венгрии; прежде всего обезвредить австрийскую социал-демократию и расформировать её вооружённую организацию — Шуцбунд. В итальянских руководящих кругах скептически относятся к тому, что сформированное позже правительство Хаймвера выполнит все эти условия, но всё-таки отпускают значительную сумму денег через венгерское министерство иностранных дел в распоряжение австрийских фашистов. Между тем Хаймвер не располагает ни массовой базой, ни подходящими руководителями. Он напрасно организует в 1928—29 годах под защитой правительства провокационные демонстрации в Винер-Нейштадте и Санкт-Пэлтене. Социал-демократы парализуют эти акции демонстрациями и манифестациями рабочих.

Весной 1930 года австрийские фашисты обещают своим союзникам путём захватить власть. Эти планы совпадают с представлениями гражданского войны одного из руководителей крайне правой группировки в правительстве — Вогуэн. При содействии венгерского министерства иностранных дел начинаются оживлённые переговоры и планирования между руководителями Хаймвера и венгерским и итальянским правительствами.

Австрийское правительство умелой тактикой использует выдвижение правых для того, чтобы постепенно оттеснить СДПА от политической жизни, принимает в парламенте антидемократическое изменение в конституции и понижает политический вес «Красной Вены». Однако после того, как оно так стабилизировало положение, оно даже слышать не хотело о претензиях Хаймвера на власть.

Бетлен и Муссолини, ввиду провала Хаймвера, пробуют осуществить свои планы путём переговоров с австрийским правительством. В 1930 году был заключён италяно-австрийский договор о дружбе, вслед за которым последовал визит канцлера Австрии Шобер в Будапеште. Во время переговоров руководитель австрийского парламента обещает расширить торговые связи, способствовать италяно-венгерским поставкам оружия и не разоружить фашистские организации.

Летом 1930 года члены крайне правой группировки правительственной партии свергают Шобера и новый премьер-министр Вогуэн передаёт два министерских портфеля в руки Хаймвера. Как видно, создалась реальная возможность, чтобы в Австрии парламентарным путём установилась фашистская диктатура. Однако этому препятствует тот факт, что социал-демократы на всеобщих выборах в ноябре получают большинство голосов.

В это время италяно-венгерская политика стремиться сковать единство правых сил. Правительство Бетлена заключает с новым австрийским правительством договор о дружбе и начинают общие акции по вооружению. Но экономический кризис принуждает австрийское правительство искать более крепкой поддержки. Весной 1931 года заключают немецко-австрийский таможенный союз. Однако позднее выступление Франции и Англии толкает Австрию к отказу от него и к сближению с этими странами.

Так надежды венгерского и италянского правительств на создание единого италяно-венгерско-австрийского блока временно были рассеяны.



The German Occupation of Hungary

by

GY. RÁNKI

“Every Hungarian, whether a peasant, a workman, or a soldier, who by his activity reduces our burdens, strengthens the führer’s reserves within the Reich. Every Hungarian who bleeds for us, reduces our own losses and reinforces our own reserves for further military efforts”,¹ stated the report of SS Standartenführer Edmund Veesenmayer who had been sent to Budapest in autumn, 1943, by the German Ministry of Foreign Affairs to study the political situation.

From the autumn of 1943, the German military command and the German Ministry of Foreign Affairs had been viewing developments in Hungary with a certain uneasiness. A decision was made to take violent action should it appear necessary. The aim of Veesenmayer’s mission was to sound the possibilities and elaborate the best political methods for the purpose.

Veesenmayer expounded his opinion of the Hungarian situation in an extraordinarily extensive report. He emphasized that, first of all, the time of occupation would have to be carefully chosen. At the moment it was still too early, the time would be more appropriate when the Red Army will have made a further advance. Veesenmayer made it clear that a Hungarian solution would have to be found, so that certain sovereign rights of the Hungarian state should be maintained despite occupation. The best method would be for Hitler to invite Horthy and . . . “by skilful application of the method of honey-cake and the whip” persuade him to appoint a new government whose head would naturally have to be designated by the Germans. Veesenmayer indicated the arguments suited to convince Horthy. The Bolshevist menace was to be emphasized, then a few anti-Hapsburg statements might follow, and finally a promise could be held out to spare so-called “court Jews” (Hofjuden).

When Horthy was convinced — and Veesenmayer entertained no doubt as to its success — a German plenipotentiary would have to be sent to Hungary.

In February, 1944, Horthy wrote a letter to Hitler repeating his request that the Hungarian formations on the eastern front be allowed to return to

¹ Public Record Office, London. German Foreign Ministry (GFM) 2—93—106872.

Hungary. Horthy's letter explained that Hungarian troops would go into action against Soviet forces along the line of the Carpathians.² This letter accelerated Hitler's preparations, although on February 10 the Hungarian government decided to issue an order of general mobilization when the Soviet army reached Lemberg.³ The Hungarian government continued to take utmost care to maintain friendly connections with the Germans. In February, 1944, feverish preparations to celebrate the 50th anniversary of Kossuth's death were already in full swing, for these celebrations were to be devoted to the idea of Hungarian independence. The Reichsjugendführer, the leader of youth in the Reich, was also sent an invitation to the festivities of March 15.⁴

These moves failed to influence the German preparations for the occupation of the country. From the autumn of 1943, not only the German Ministry of Foreign Affairs watched Hungarian developments with growing concern; the general staff, too, thought that the Hungarian government was inclined to make an agreement with the western powers. Although they were informed about the negotiations with the western powers, they could not tell whether these talks had not progressed beyond the stage known to them. Their opinion was that . . . "it was only on account of the enemy's refusal that the efforts tolerated and even supported by the Hungarian government failed to succeed".⁵

It became clear to the Germans that even if the Kállay government refrained from withdrawing the troops from the Soviet front, no further units could be expected, while steadily increasing difficulties were encountered in connection with economic supplies.⁶

The defection of Italy matured the decision that precaution was indicated lest Hungary and Rumania follow a similar course; therefore, the Wehrmachtsführungsstab submitted a project on September 30, 1943 for the occupation of Hungary and the disarmament of the Hungarian forces. The project provided the participation of Rumanian and Slovak troops in the occupation.

The idea was to divide the country into three areas of military operation. The first zone was to include Transdanubia and the territory between the rivers Danube and Tisza with Budapest; this operation would be carried out by the Wehrmacht. Eastern Hungary was to be a theatre of Rumanian military opera-

² *Horthy Miklós titkos iratai* (Secret Documents of Miklós Horthy). Edited and enlightened by M. Szinai and L. Szücs. Budapest, 1963. p. 409.

³ GFM 2—99, 109743. Report of Jagow (German Minister in Hungary) from February 10, 1944.

⁴ GFM 2—99, 109766. February 23, 1944.

⁵ *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht* vol. IV, January 1, 1944—May 22, 1945. Eingeleitet und erläutert von P. E. Schramm. (Kriegstagebuch des OKW). Frankfurt am Main 1961, p. 181. The military aspects of the German occupation have treated by J. KUN in *The Preparation and the Execution of the German Occupation of Hungary* (September, 1953—March, 1944) *Hadtörténelmi Közlemények*, 1963, I.

⁶ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 198. These views are mentioned as the antecedents of Operation Margarethe.

tions. In the third zone, North-Eastern Hungary, resistance, if any, was to be put down by joint operations of German and Slovak forces.⁷

In the first plan, the details of occupation were laid down for the first and the third zone; the required contingents could be concentrated in eight days to attack Hungary from the south, the west, and the north. Designating the divisions to be employed, the project laid it down that notwithstanding the political hazards involved by the use of Rumanian troops, in view of the balance of forces their cooperation could not be dispensed with.⁸ It was decided that the attitude towards the Hungarian army was to depend on the political situation; should the Hungarian so-called occupational divisions on Soviet territory have to be disarmed, they were to be employed for labour service.

The project soon underwent numerous changes. The offensive of the Red Army pinned down large forces, while Hungarian developments were such as not to make the operation urgent; without abandoning the plan, it was decided to desist from designating the units which were to take part in the occupation.

Moreover, on November 7 the general staff declared that owing to the necessity of fresh eastern reinforcements the available forces would be insufficient to ensure occupation in case of resistance. By November 11 a new project was drawn up, the execution of which could be started on December 10. It was now the general intention to carry out the occupation with German forces. Unless Rumania and Hungary made simultaneous attempts at defection, the plan seemed practicable.

For the time being, no order was issued for its execution, but General Foertsch, chief of the south-eastern army staff, was informed about the project at the beginning of December.⁹

At the end of January and the beginning of February, Operation Margarethe I was once more supervised by the general staff and it came again to the conclusion that, without Rumanian cooperation, the available forces did not suffice for an occupation. The number of SS units which were to take part in the operation was increased, but even so it was found necessary to bring about a split in the Hungarian army (stationed in Hungary) estimated to total about 360,000.

On his visit to Hitler (on February 26–28, 1944) Antonescu, the Rumanian fascist prime minister, was informed about the imminent occupation of Hungary and the possible participation of Rumania. The general was very glad but, naturally, weighed the question only from the aspect of Rumanian territorial claims. Since he refused to relinquish them, the führer deemed it

⁷ *Ibid.* p. 190.

⁸ *Ibid.*

⁹ Not long afterwards Margarethe II was devised for the occupation of Rumania. In this case Hungarian cooperation was contemplated.

preferable to dispense with Rumanian cooperation. The only reassuring feature of Antonescu's visit was that all fears of a Rumanian defection were now allayed so that the plans for Margarathe II could be set aside and full energy concentrated on the execution of Operation Margarethe I.

On February 28, 1944, Hitler gave orders for the elaboration of the final variant of Margarethe I with due regard to be paid to the following points.

1. Deployment of troops was to be preferably carried out inside the country (Hungary), in the form of transit contingents (in the manner of "the wooden horse of Troy").

2. Military movements should be camouflaged as if they served some other purpose.

3. Assaulting units should be reinforced with parachutists, armoured and motorized forces, several police units, and the Luftwaffe.

4. The most important military-economic and political targets should be marked out.¹⁰

The concentration of motorized forces was accordingly started in the outskirts of Vienna on February 29. At the same time it was decided what troops to send, apparently on transit through Hungary — partly from the West, partly from the Balkans — that they might go into action at the appointed time.

Military operations were originally planned for the end of March, but on March 3 Hitler suddenly declared this to be too late, and he accelerated preparations by throwing in another two divisions. The general staff did not think the troops could be drawn up before March 12, but the attack could be launched only with limited forces even at that date. This plan was approved by Hitler on March 4. On the 4th and 5th, appropriate orders were issued to the army and to various SS units. The orders said that troops were to be concentrated for the purpose of manoeuvres in the environment of Vienna.

The successful attack of Soviet troops on March 4 against Tarnopol created new difficulties. Part of the contingents destined for Hungary had to be directed to the Soviet front. They were replaced by units withdrawn from the western occupational forces. Hitler wanted to finish with the occupation of Hungary as soon as possible in order to be able to move the forces deployed here to the eastern front at the earliest moment.

On March 7, General Foertsch re-appeared at Hitler's G. H. Q. The general who was to conduct military operations, indicated March 18 as the possible zero hour. It was decided that the end of the week, Sunday, March 19, was more favourable for the occupation.

On March 8, General Foertsch set up his headquarters at Vienna from where he was to command the military operations against Hungary. Being

¹⁰ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 193.

afraid of betrayal, the Germans refrained from informing the other possible participants. It was deemed enough to occupy the first operational zone of the original project, i.e. the area to the river Tisza.

The operational order, issued on March 12, foresaw an attack from four sides against Budapest and emphasized the necessity of disarming the Hungarian forces and of putting down mercilessly any resistance. Two divisions and various SS units were to go into action from the Bánát, from Újvidék and Eszék; two other divisions were to attack from the west, the area of Croatia and Slavonia. Unlike the original plan, the main attack was to be launched not from the south but from the northeast whence three divisions, including motorized and armoured units as well as auxiliary troops, were to advance with the support of a few regiments from Slovakia.

The plan, prepared with utmost precision, contained accurate instructions concerning the conduct of the troops in Hungary and how to win over Hungarian soldiers, furthermore concerning the temporary suspension of oil supplies from Rumania, and the diversion of railway connection with the troops in the Balkan to the Zagreb—Belgrade line, etc.¹¹

General Stahl was detailed to the general headquarters of General Foertsch to supervise the distribution of the plunder. It was decided to take only military booty, "in order to cause the possibly smallest economic disturbance", because it was necessary that economic activity should continue undisturbed. First 100, than 250 aeroplanes were to make a flight over Budapest and to throw down propaganda material.

Was the Hungarian government aware of the impending German occupation? There can be no doubt that the possibility of such a move had been envisaged by Premier Kállay since the autumn of 1943. It figured in his thoughts as a factor which was to be avoided if possible.

At the beginning of 1944, the possibility of German occupation ceased to be a theoretical contingency. During Papen's visit to Budapest in January, 1944, Kállay remarked on the fact that reports of German agents working in Hungary had fallen into his hands, and that they contained accounts of talks with arrow-cross men who demanded the occupation of Hungary and its integration into the Reich. Papen naturally declared the whole thing to be a gross forgery.¹² However, by the beginning of March, 1944, Kállay was already in possession of more positive data on the imminence of German occupation. Extensive concentration of troops had been reported from the Burgenland. Kállay's cabinet never even thought of taking preventive measures or putting up defence. It was found enough to address an inquiry to some officials of the German legation asking for an explanation of the concentration

¹¹ *Kriegstagebuch des OKW*, pp. 196—197.

¹² GFM 2—99, 109738. Record of Ribbentrop, January 7, 1944.

of troops. In reply to an inquiry made by the deputy chief of the Hungarian general staff, Fütterer, the German air attaché, first denied all knowledge of any such move; on the instructions of the Wehrmacht high command he later gave a reassuring reply, explaining that German troops were being trained in the vicinity of the Hungarian border; he "indignantly" rejected all insinuations concerning any plan concerning the suspected use of these troops. He went so far as to go into the offensive, emphasizing that the evident excitement of the Hungarian government over German military moves gave food for reflection. The Hungarian deputy chief of staff, Bajnóczy, was terrified at the idea of having offended the "great ally"; he hurriedly declared that it was not the soldiers who were to blame for the assumption, since the general staff felt no uneasiness, and that only civilian circles showed some nervousness.¹³

The German reply can hardly have been reassuring for realistic politicians. However, Kállay and his entourage thought that . . . "an invasion of Hungary by the Germans would be a strategical mistake politically, and a military blunder tactically". Therefore, the Germans could not be making preparations for occupying the country, they wanted only to make threats. According to Kállay's book, Keresztes-Fischer (Minister for Home Affairs) and Szombathelyi (Chief of the General Staff) shared his opinion that for the moment there was no reason to fear a German occupation.¹⁴

The question arises here as to whether Hungarian politicians could really have been so blind. Although in knowledge of the facts there is little justification for attributing too much foresight to any member of Kállay's government, it is beyond doubt that they were not, and could not be, so undiscerning as not to reckon with a military occupation. What Kállay wanted to do in his memoirs was to explain why nothing was done to defend the country, although positive information about the concentration of German forces had been received 10 to 12 days before the occupation. Kállay at least deemed it necessary to offer some explanation for this inexplicable impotence. Not so Horthy: he was content to record the negative answers of the German minister and the military attaché.¹⁵

Kállay mentions another reason why he was unable to do anything to defend the country: there were two army corps in a fighting condition, one in the northern Carpathians, the other in Transylvania; their removal to the west would have taken several weeks. This argument does not sound very convincing

¹³ GFM 2—99, 109813. Jagow's report dated March 13, 1944.

¹⁴ M. KÁLLAY: *Hungarian Premier. A personal account of a nation's struggle in the Second World War*. New York, 1954. pp. 408—409.

¹⁵ M. HORTHY: *Emlékirataim* (Memoirs). Buenos Aires, 1953. p. 249. According to Adonyi "We watched with dismay the events at various sectors of the Hungarian border, particularly in the area of the Burgenland; news of the concentration of German forces, started in February, 1944, were promptly passed on by the general staff to the government" (F. ADONYI: *A magyar katona a második világháborúban* (The Hungarian Soldier in the Second World War). Klagenfurt, 1954. p. 59.)

either, though it is put forward also by Adonyi.¹⁶ It is hard to believe that the necessary regrouping of forces would have taken weeks, since the mobilization and deployment of the attacking German forces was accomplished in a week. On the other hand, Kállay himself says that he did not expect an *immediate* occupation; if this is true the question arises why he did not try to counter-balance the menacing moves of the German army by a concentration of Hungarian troops.

Had the Hungarian government resolved to resist, it had means to do so. The first news of a concentration of German troops arrived at the end of February, so that more than three weeks elapsed until the attack. During this time the forces might have been regrouped; according to German sources there were 350,000 men in arms at the moment in Hungary, though their equipment was inferior to that of the Germans. Resistance would not have been hopeless because the Soviet Army was barely a hundred kilometres from the border, and the Germans had grave difficulty in mustering the units required for the occupation. Apart from the units on the Soviet front, Hungary disposed over two armoured divisions, one cavalry and nine infantry divisions, as well as two mountain brigades at the beginning of 1944. Of these, one armoured and two infantry divisions as well as the two mountain brigades had been marched to the Carpathians in February, but even so there were inside the country nine so-called active divisions which might moreover have drawn on certain reserve divisions. Even without calling up any more reserves, the Hungarian army would have numerically equalled the German forces of occupation. However, the Hungarian government did nothing. So on March 14, when Foertsch's staff met for a last conference in Vienna, the German military commanders were satisfied that the action could be speedily accomplished, since the Hungarians had so far not taken any measure and because no organized resistance could be improvised.¹⁷

The German Ministry of Foreign Affairs had however not yet abandoned their earlier view, shared by Veesenmayer, that the situation was by no means so hopeless in Hungary as to call for a military attack as the only solution. The Hungarian experts of the Ministry and the Security Service maintained that it would be better — and certainly more expedient and useful for the Germans — to try to take over the power together with the pro-German elements of the Hungarian ruling classes and government circles so that the occupation should be carried out along these lines. The aim should not be an open military move but the acquisition of Hungary by evolution (i.e. not by violence). This conception allotted the key role to Horthy because if he could be retained in his office the Germans might expect

¹⁶ ADONYI, *op. cit.*, p. 60.

¹⁷ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 198.

- a) a pro-German Hungary with a politically stable internal situation;
- b) the Hungarian Army and armed police detachments would remain at the disposal of the Reich;
- c) the total economic exploitation of the entire Hungarian territory would be ensured;
- d) the acquisition of Rumanian and Hungarian troops would save numerous German divisions.

"These far-reaching results can be achieved by relatively simple means" the report submitted to Hitler continued; the starting point was to be a message from the Führer addressed personally to Horthy who was known to have always been deeply impressed by the Führer's personality . . . "legalized by the Regent, a government should be formed on a wide basis, including the right wing of the existing government, the Hungarian Revival Party, the Hungarian National Socialist Party, as also the arrow-cross people . . ."¹⁸

The memorandum was essentially a repetition of Veesenmayer's earlier suggestions. Veesenmayer had, on December 19, already stated his opinion concerning the occupation. He had emphasized that Horthy was quite useful from the German viewpoint, and that only his clique would have to be got rid of, of whom Bethlen — who were premier between 1921 and 1931, and had a great political influence — and Keresztes-Fischer were "dangerous". In his opinion, the situation in Hungary demanded rapid intervention, but the problem would have to be solved with Horthy and preferably with Imrédy the prominent fascist, the leader of the Hungarian Revival Party — as prime minister.¹⁹ Hitler discussed the problem once more with Ribbentrop and Himmler in the afternoon of March 15. It was decided to make use of both methods by trying to obtain Horthy's consent to a military occupation. Horthy was invited the same day to pay Hitler a visit not later than the 18th (the zero hour of military operations having been timed for the 19th, as pointed out before).²⁰

Early in the afternoon of March 15 Ribbentrop instructed minister Jagow by wire to call on Horthy that same evening. He was to inform Horthy that Hitler was staying at Obersalzberg and was discussing military matters with the heads of the allied powers. Antonescu and Pavelič had already been to Hitler, and the Bulgarian prime minister was expected. Horthy was requested to come too. During his visit also the still unanswered letter of February

¹⁸ *Procès des grands criminels de guerre devant le Tribunal Militaire Internationale. (Procès . . .)* Nuremberg, 1947. Published in Hungarian by L. ZSIGMOND: *Két dátum* (Two Dates) Történelmi Szemle, 1958, p. 226. The mentioned parties were openly fascist and nazi parties in Hungary.

¹⁹ GFM 2—94, 106842. Jagow, the German minister, gave the same advice to Ribbentrop; he stressed the necessity of persuading Horthy to appoint a new government (GFM 2—94).

²⁰ *Kriegstagebuch des OKW*, pp. 198—199.

would be discussed. Ribbentrop furthermore instructed the minister to emphasize that the invitation had been planned for the week after, but the events of the eastern front urgently required the presence of Hitler at the G. H. Q. He would therefore like to meet Horthy on Friday (the 17th) or Saturday morning (the 18th), at the latest.²¹

That very evening, in the Opera house, Jagow asked for a private audience with Horthy, and late in the evening transmitted Hitler's request that the Regent should pay him a visit at Klessheim.²² Horthy summoned next morning Kállay, the prime minister, Ghyczy, the minister of Foreign Affairs, Csataj, the minister of National Defence, and Szombathelyi, the Chief of Staff, to a conference at which Kállay expressed his fear of a German occupation.

A minor debate arose as to whether the Regent should accept Hitler's invitation. As stated in his book, Kállay was against it, and there is no reason to doubt his words.²³ According to Horthy, it was chiefly Szombathelyi who persuaded him to accept the invitation. As Horthy puts it, Szombathelyi hoped that the Regent might persuade Hitler to let the Hungarian troops come home.²⁴ Kállay, too, asserts that this idea played a role in Szombathelyi's argumentation. What gives food for thought in this matter is that not even under the existing conditions did the head of the state, the prime minister and the chief of staff take a German occupation into account but hoped rather to wring new concessions from Hitler.

Before his departure, Horthy promised not to consent to sacrificing Kállay for "political" reasons; he would not even discuss the matter. He was going to emphasize that under no conditions would he brook an interference with his own rights or those of parliament.²⁵

Horthy does not mention this promise in his memoirs. As a matter of fact, Hitler knew much better what to expect of Horthy. The draft of the common protocol laying down the results of the talks was already prepared.

In the first paragraph of this protocol it was stated that the new Hungarian government, formed with German consent, undertook to stand by Germany to the end of the war. The prime minister of the new cabinet would be Béla Imrédj, the Minister of National Defence Jenő Rátz. The Germans claimed the right to appoint also the other leading personalities of the new government, or to approve such appointments.

German troops would arrive in the country for the internal and the external support of the new government, said the second paragraph.

It was laid down in further paragraphs that the new government was to conduct affairs . . . "in close agreement with the Reich government" —

²¹ GFM 2—99, 109815. Telegram sent by Ribbentrop on March 15.

²² Ibid. 109816. Jagow's report from March 16, 1944.

²³ KÁLLAY, *op. cit.* p. 414.

²⁴ HORTHY, *op. cit.* p. 250.

²⁵ KÁLLAY, *op. cit.* p. 416.

“...in engstem Einvernehmen mit der Reichsregierung”. To control and promote this cooperation, a German plenipotentiary (Reichsbevollmächtigter) was to be appointed. In future, the Hungarian army was to act in accordance with instructions from the German Supreme Command. Finally, the Regent was to address a proclamation to the Hungarian people, the soldiers and the authorities, calling on them to receive the German forces friendly.

An enclosure contained further demands. In the East, Hungarian troops were to be subordinated to German units; preparations along the Rumanian border were to be cancelled; the army was to be reorganized with German assistance, the Air Force was to be completely integrated into the Luftwaffe; finally, the German war machine was to be supported by increased transport activities.²⁶

On March 17, Hitler received the demands of the German General Staff which were to be put before the new Hungarian government.

1. The leading military posts were to be filled with pro-German officers;
2. the army was to be reorganized in compliance with the instructions of the German Supreme Command;
3. the occupational forces on the eastern front were to be subordinated to the German army;
4. the Lemberg command was to cease;
5. all military preparations along the Hungarian—Rumanian border were to be discontinued;
6. 4 or 5 reliable, active divisions suitable for warfare were to be set up with German support;
7. conscription was to be extended; further occupational and fighting units would be set up for service in the East, perhaps in Istria or in France;
8. increasing labour efforts were to be made in order to raise the production of the Hungarian war industry; war material and oil production as well as agricultural exports were to be increased in the first place;
9. growing demands on transport facilities were to be complied with reliably.²⁷

Hitler opened the conference of March 18 in the spirit of these projects. “Instead of beginning with reassurances as to ordering our troops home” Horthy writes with pretended ingenuousness, “he spoke about Italian defection and informed me that he was . . . compelled to take measures in order to prevent such a contingency”. Horthy rejected the accusation of defection and asked whether Hitler’s measures implied occupation. Hitler replied in the affirmative, whereupon Horthy left the room in indignation.²⁸

²⁶ GFM 2—99, 109832. Record of March 18, 1944.

²⁷ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 199.

²⁸ HORTHY, *op. cit.* pp. 251—252. The records of the Crown Council of March 19, 1944, are to be found among Horthy’s secret documents; Horthy gives there partly different account of his first conversation with Hitler. He is alleged to have declared that he had regarded the threat of a German occupation as bluff. (*Secret Documents of Miklós Horthy*, p. 429.)

As described in his book, Horthy then informed his retinue about what had happened. It was decided to leave Klessheim at once. The records of Szombathelyi, written directly after the interview, throw light on Horthy's distortion also at this point: "We noted the statement of His Highness and asked him to resume conversation with Hitler once more in the afternoon, and to endeavour to convince him that we were entirely on his side and would do our utmost to promote their victory."²⁹

After lunching together in a . . . „far from convivial atmosphere" there followed, according to Szombathelyi, another two hours' conversation between Hitler and Horthy. (Horthy makes no mention of this talk.) Hitler insisted on the occupation, and it seems that Horthy still refused to give his consent.³⁰

After this conversation, at 5 p.m. on March 18, Hitler gave orders for the execution of Operation Margarethe.³¹

After a conference of the ministers of foreign affairs, the ministers of national defence, and the chiefs of staff Szombathelyi tried to dissuade Hitler from the occupation. Hitler asked Keitel whether it was still possible to countermand the orders; Keitel replied in the negative. According to Szombathelyi, this took place between 16.45 and 18.40, which shows that the orders issued at 17 hours could have been countermanded, since the German troops could not have crossed yet the Hungarian border.³²

Of the remaining events of the day, Horthy mentions two more episodes in his memoirs. The first was his renewed conversation with Hitler, the other was Ribbentrop's visit.

Horthy writes he declared to Hitler that he would resign in case of an occupation; he maintained this attitude even when Hitler said „I give you my word, I shall withdraw the German troops as soon as there is a Hungarian government which I can trust".³³

Then came the visit of Ribbentrop when the German minister requested Horthy to sign the joint communiqué. According to it, "the German troops have come into the country by mutual agreement". Horthy refused to sign the statement.³⁴

Szombathelyi's records make it evident that Horthy glossed over his own role by reversing the chronological order of these two events. In fact, it was between 7 and 7.30 p.m. that Ribbentrop asked Horthy to sign the communiqué which Horthy actually refused. However, thereafter Szombathelyi

²⁹ *Magyarország és a II. világháború* (Hungary and the Second World War). Edited and introduced by M. Ádám Gy. Juhász, L. Kerekes. Budapest, 1961. p. 451.

³⁰ At the Crown Council on March 19, Horthy gave a detailed account of this second interview emphasizing that he had refused the Germans wish to sign a proclamation to the effect that . . . „the German occupational forces marched into Hungary with his consent".

³¹ GFM 2—99, 109839. Record of March 19, 1944.

³² See *Hungary and the Second World War*, p. 453.

³³ HORTHY, *op. cit.* p. 253.

³⁴ *Ibid.* p. 255.

and Sztójay declared to Ribbentrop "His Excellency does not wish to break off negotiations, he is willing to go into further talks on these matters, but he is worried because he does not know what concrete demands are to be made on him". Thereupon, Ribbentrop arranged another meeting between Horthy and Hitler. According to Szombathelyi, the tone of this conversation was more measured, and Hitler promised that no Rumanian troops would take part in the occupation.³⁵

Kertész, too, reports on two meetings between Horthy and Hitler. However, Horthy consented at the second interview to remain in his place provided the occupation would be of a purely military character, without affecting certain aspects of the political supremacy.³⁶

An accurate reconstruction of the details is rather difficult, since the majority of available sources consists of the accounts of the Hungarian politicians who took part in the conversations, and they were surely not above a tendency to whitewashing. The journal of the German general staff is a better guide in this respect. It records three interviews between Hitler and Horthy; after a report on two fruitless conversations, the third is summarized as follows: "Contrary to expectations, around 8 p.m. the Regent went once more to the Führer. In the course of this new conversation he declared that, having completely grasped the Führer's intentions, he was willing to comply with his demands."³⁷

There can, thus, be no doubt that during the last conference of Horthy and Hitler, the former gave his consent to the military occupation of the country and was willing to continue as regent. It is, on the other hand, certain that no further details were settled. In the journal of the German general staff this is summed up in the words "The negotiations having taken this course, there was no opportunity for presenting the military demands of the general staff, nor was there time for the signature of the prepared protocol".³⁸

Horthy naturally omits to record that he actually consented to the occupation; on the other hand, he admits that during the journey home, in the train, Edmund Veesenmayer, the new German minister and "Reichsbevollmächtigter", requested an audience and immediately began his negotiations concerning the person of a new prime minister. Had Horthy refused to give his consent to the occupation, why should Veesenmayer have started a conversation on the appointment of a new prime minister, since formally Veesenmayer had no right to do so. (Let us remember here Horthy's vociferation

³⁵ *Hungary and the Second World War*, p. 455. An approximately similar account was given in the report submitted to the Crown Council according to the *Secret Documents of Miklós Horthy* (p. 427).

³⁶ S. D. KERTÉSZ: *Diplomacy in a Whirlpool. Hungary between Nazi Germany and Soviet-Russia*. Notre Dame (USA), 1953. p. 73.

³⁷ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 201.

³⁸ *Ibid.*

before his departure that he would not tolerate any interference with his own or the parliament's authority.)

As an excuse for his attitude, Horthy adduces two factors: first, that resistance was anyway hopeless; second, that he hoped that if he remained in his place and appointed a cabinet acceptable to the Germans, Hitler would withdraw his troops from the country.³⁹

As regards the hopelessness of resistance, it has already been pointed out that no preparations were made although there was over ten days' time for them. According to Adonyi, three out of the country's nine divisions were stationed in Transdanubia; the 16th mobilized division was concentrated around Szolnok and the 2nd armoured division in the precincts of Kecskemét. Their transport to the western border would not have been more difficult than moving German troops from the Burgenland to Budapest. As a matter of fact, it was done in a few hours.⁴⁰

Kertész explains that, among others, resistance was out of the question because the Hungarian military commanders were all staying in Germany.⁴¹

Kállay quotes both reasons, adding that the military commanders would not have obeyed anyway. (He obviously forgets that half a year before the 19th of March, he had made an agreement with Great Britain to replace all military commanders who were German hirelings.)

All these are, however, only extrinsic, formal arguments. Kállay himself admits that, relying on the working classes, resistance might still have been possible. In view of the army's inertia he dared not follow such a course because . . . "it would have separated the people from their masters".⁴²

The attitude of the leading Hungarian military circles of the day is reflected most faithfully by the statement of Adonyi who still openly approves of collaboration with Hitler; in his view, resistance . . . "would not have served Hungarian interests".⁴³

Indeed, who could have judged Hungarian interests better than Adonyi of whom Veesenmayer's report said "Major Adonyi is of a thoroughly pro-German mentality".⁴⁴

Hitler looked on his projects as virtually realized after his conversation with Horthy. He decided to cancel the propaganda flight over Budapest, and to desist from occupying the fortress of Buda. The so-called transmit contingents commanded by General Pfuhlstein were to advance peacefully, converging in the direction of Budapest, while the main strategical points were to be taken by paratroopers. He thought that, having secured Horthy's

³⁹ HORTHY, *op. cit.* p. 254.

⁴⁰ ADONYI, *op. cit.* pp. 58—60.

⁴¹ KERTÉSZ, *op. cit.* p. 73.

⁴² KÁLLAY, *op. cit.* p. 423.

⁴³ ADONYI, *op. cit.* p. 60.

⁴⁴ GFM 2—99. 110 437.

consent, he could reduce the number of the occupational forces. He refrained from throwing in the chasseur division assembled around Belgrade, and sent back a few specialized units to Denmark.⁴⁵

Thus, at 4 a.m. on March 19, 1944, three divisions from Belgrade, two divisions from Zagreb, two armoured divisions from the outskirts of Vienna, and a motorized division from the region of Cracow invaded Hungary.

“No resistance was encountered anywhere” states the OKW journal. A part of the Hungarian army had received instructions in this sense, while another part declared its readiness to join the Wehrmacht. As planned, the paratroopers landed, and the so-called “transit” troops took part in the occupation.⁴⁶

Not only did the German occupation encounter no resistance, but, owing to the unpreparedness of the antifascist front, the occupational forces did not have to fight any spontaneous resistance of the people either.

With the assistance of arrow-cross and other extreme right-wing agents, the Gestapo units which accompanied the German forces immediately began to arrest left wing elements. Not only communists were persecuted, but many of the leaders of the Smallholders’ Party and the Social Democratic Party were also arrested. Their organizations and press were destroyed. The leaders of pro-British groups in the ruling classes suffered the same fate; members of Parliament, members of the Upper House, journalists, and well-known leading capitalists of Jewish extraction were imprisoned by the Germans.

The German project was a complete success: owing to the behaviour of Horthy and the Hungarian ruling classes, the Germans contrived to occupy the country without any resistance, amidst the complete passivity of the masses.

By March 21, the northern and southern divisions established contact, and the occupation was accomplished to the line of the river Tisza. This line was closed at the same time, because the Germans thought their military power insufficient for a systematic occupation of the whole country.

The occupation was, thus, undisturbed from a military point of view. Political developments were far from being equally unequivocal. According to the German general staff, when Horthy, though only after lengthy debate, finally consented at Klessheim to the occupation of Hungary, he spoke in a positive tone, and adopted an equally positive attitude when Veessenmayer requested an interview in the night of March 18 on the home journey and informed the Regent that he was to be the future German minister and also the German plenipotentiary in Hungary.⁴⁷ Horthy, after his arrival in Budapest, fell once more under the influence of his evil advisers and refused to

⁴⁵ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 202. According to German records, only the garnison of Ujvidék had to be disarmed.

⁴⁶ *Ibid.*

⁴⁷ GFM 2—99, 109841, Veessenmayer’s first report from Budapest, March 19, 1944.

appoint Imrédy as prime minister.⁴⁸ The delay in the appointment of a new cabinet induced Hitler to send the division from Belgrade to Hungary after all.

Horthy declared on the 20th of March that he wished to have a caretaker government which Veesenmayer, in accordance with his instructions from Berlin, declined to accept.⁴⁹ By March 22, the German attitude had stiffened; if no cabinet was formed within a given time the German troops were to take Buda by force,⁵⁰ disband the Hungarian army, reorganize it under German command and leave only two minor Hungarian units west of the Tisza, while five divisions would be set up east of the river.⁵¹ All this became superfluous, for Döme Sztójay, former Hungarian minister in Berlin formed a new government on the 23rd of March. Although the government failed to earn the unanimous approval of the Germans, they trusted that it would be subsequently completed by other strong personalities of the extreme right.

The question of the army still remained open. Veesenmayer who had already championed a cautious and skilful policy, suggested on March 21 that, instead of being liquidated, the Hungarian army should be thrown into active service against the Soviet Union. In his memorandum of March 21, he wrote this: "Obviously, my most important task is to release as many German troops stationed at present in Hungary as possible." In this respect, he continued to explain, the decisive point was the utilizability of the Hungarian army. The existing situation created the impression of the sovereignty having been left unaffected and this had made it possible to form a new government, so that the slogans of the day were still "Kameradschaft" and "Waffenbruderschaft" sounded on both sides. This situation would be badly disturbed by the disarmament of the Hungarian forces — which was technically certainly practicable. Such a step would involve the danger of

- a) resignation by the government and the regent;
- b) an unanimous opposition being formed that would include the parties of both the left and the right side;
- c) such a step might elicit passive resistance, a line of conduct in which Hungarians were highly experienced;
- d) it might even lead to a general strike;
- e) resistance would not be strong, but it would nevertheless pin down German troops.

Therefore, Veesenmayer was against the disarmament of the Hungarian army — an opinion shared by Weichs, the commander of the occupational forces, and by Greiffenberg, the military attaché. Every German demand could

⁴⁸ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 203.

⁴⁹ GFM 2—99, 109866, Veesenmayer's report of March 20, 1944.

⁵⁰ As stated in Veesenmayer's report, this could be accomplished in three hours. GFM 2—99, 109886, report from March 22.

⁵¹ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 204.

undoubtedly be satisfied by a reference to the common war. "I shall go on raising new demands" so Veesenmayer continued; he concluded his memorandum in the following terms: "It is more important to keep Hungary quiet and exploit her forces to the utmost on the basis of voluntary cooperation than create a completely new and radical situation by dangerous measures."⁵²

However, the Ministry of Foreign Affairs failed to see eye with Veesenmayer. After two days, Ribbentrop sent his reply to Veesenmayer's report through Rittern, the representative of the Ministry of Foreign Affairs at the Führer's headquarters: "...the whole line suggested in connection with the disarmament is wrong." In Ribbentrop's view, the aim of Operation Margarethe was to eliminate the Hungarian army from this important strategic point and to forestall any political change by "rendering it harmless".

The Ministry of Foreign Affairs did not believe that by a "conversion" of the Hungarians, by Horthy's continued regentship, by the appointment of a new government and by voicing the slogans of Kameradschaft and Waffenbruderschaft all would be well.

"Your most important task" the German foreign minister continued, "namely the possibly earliest liquidation of the Hungarian army, should always form the kernel of your activities, and it is inadmissible that you should be diverted from this target by secondary considerations such as the maintenance of the Regent and the new government or by contrary influences emanating from the German Wehrmacht."

Of course, also the German Ministry of Foreign Affairs did not mean disarmament in a "primitive sense"; the army was not to be disarmed to the last man, only in a degree to bar the possibility of a stab in the back. The Waffenbruderschaftpropaganda proposed by Veesenmayer was likewise decried as mistaken. Ribbentrop made it clear that the word "kameradschaftlich" was used not by the Germans but by Szombathelyi when instructing the Hungarian army not to shoot at the invading Germans. In the endeavour to accomplish the occupation with utmost speed this was naturally useful for the moment, but it would be wrong to create an illusion by insisting on the use of the term.⁵³

After the appointment of Sztójay's cabinet it became evident that leading German circles disagreed concerning the future fate of the Hungarian army. The development of the matter was greatly influenced by the circumstance that not only were Veesenmayer and Ribbentrop at odds, but the German general staff inclined to Veesenmayer's opinion. The rapidly deteriorating position of the German army on the eastern front played a decisive role in

⁵² GFM 2—99, 109911, Veesenmayer's report of March 21, 1944.

⁵³ GFM 2—99, 109965, Ritter's communication of March 23, 1944.

this development. While the Germans were busy with the occupation of Hungary, Soviet troops had made a break-through at Tarnopol.⁵⁴

In two or three days an extremely perilous situation had developed which made it imperative for the German high command to send new reinforcements to this section of the front. On March 25, Hitler sent two of the occupational divisions from Hungary to the environs of Lemberg. The menacing military situation was, thus, one of the factors which induced the German general staff to decide in favour of making use of the Hungarian army. The attitude of the German general staff was obviously strongly influenced by the remarkably good impression created by cooperation with the Hungarian general staff, whereas the German Ministry of Foreign Affairs had no reason to be satisfied with the corresponding Hungarian ministry. The Hungarian general staff was at once ready to serve the Germans. It declared on March 25 that mobilization could be carried out in ten days if necessary, and that eight divisions would be put at the disposal of the Germans for being sent to the eastern front.⁵⁵

While these considerations assumed a growing weight with the general staff in connection with the Hungarian army, Veesenmayer tried to induce the Ministry of Foreign Affairs to change their mind. On March 25, he sent a report regarding an interview which he had had with Sztójay in the presence of the other cabinet members. Sztójay informed him that the detention of Hungarian troops in their barracks exerted a depressing effect and caused uneasiness. Veesenmayer did not comment on this information, but continued, obviously not without intention, to describe the results of the new government's activities: considerable quantities of corn had been forwarded to Germany, anti-Jewish measures had been put into force, and steps had been taken to speed up production in war industries, etc.⁵⁶

On March 26, Veesenmayer despatched two reports dealing with these issues. The first contained an account of his conversation with Horthy, made together with general Weichs.

The principal subject of this conference, attended also by the German Greifenberg and the Hungarians Csatay and Szombathelyi, were military questions first and foremost the disarmament of the Hungarian army. Horthy declared that the confinement of Hungarian soldiers to their barracks and the closing of the Tisza line had hitherto seemed reasonable but were now beginning to jeopardize the cooperation. The Hungarian army was beginning

⁵⁴ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 205.

⁵⁵ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 240. Reference is made here to the eight divisions which, as has been noted, had stood ready for action in February already. This disproves the assertion that military resistance was impossible. Before the German occupation there were actually more than two weeks in which the eight divisions could have been mobilized if the general staff had wanted it.

⁵⁶ GFM 2-99, 109926. Veesenmayer's report of March 25, 1944.

to show strong unrest which the regent was unable to allay since he, too, failed to understand these measures. Horthy emphasized that his cooperation had certain limits beyond which he would be compelled to resign. "He would like to help the German troops in overthrowing bolshevism, and was willing to mobilize the forces at his disposal on the condition that the Hungarian troops would be treated in the traditional spirit of brotherhood."⁵⁷

The second report stated that the commander of the occupational forces, General Weichs, too, shared the Reich commissioner's opinion. In this report, Veesenmayer gave an account of his conversation with Weichs who thought that tension was increasing between the German and Hungarian troops. The minister informed his superiors about the opinion of Weichs to the effect that the disarmament of the Hungarian army could be accomplished only at the cost of fighting for which the general lacked adequate forces.⁵⁸

Hitler was presumably informed of Veesenmayer's report, but it is likewise possible that it was the grave situation which induced him to alter his attitude. At all events, he decided in the afternoon of March 26 that the use of the Hungarian troops was of utmost significance; although he did not wish to decide definitely the problem regarding the disarmament, Hungarian units were to be thrown in for the time being. Hitler sent a personal message through the military attaché, Greiffenberg, to the Hungarian general staff emphasizing that . . . "the situation on the eastern front calls for serious decisions and prompt action. The Russian advance has to be stopped by throwing in all available forces, and a closed front has to be formed in order to save the South-east from the horrors of war and bolshevism".⁵⁹ He stated that he had commanded all his forces to the south wing of the eastern front and desired his allies to do the same. He therefore demanded that the Hungarian units stationed in the Carpathians (two infantry divisions, one motorized division and two battalions of mountain chasseurs) should join the 7th Hungarian army corps fighting in Galicia under the command of Heeresgruppe Süd. Too, he urgently recommended the elaboration of a new plan of mobilization.

Hitler lifted the restrictions imposed on the Hungarian army and also terminated the blockade of the Tisza line. Veesenmayer reported that these measures had found a favourable reception with the Hungarian general staff.⁶⁰

⁵⁷ GFM 2—99, 109958, Veesenmayer's report of March 26, 1944.

⁵⁸ *Ibid.*, 109972, telegram of March 26.

⁵⁹ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 240.

⁶⁰ GFM 2—99, 109974. Veesenmayer, March 26, 1944, report at 23.30 hours. — On Keitel's instructions, Greiffenberg had informed the Hungarian general staff on the 24th March already that the part of Hungary east of the river Tisza was declared to be a theatre of war. The Hungarian troops stationed in this area were to be placed under German command, and a German military commander of the East-Hungarian theatre of military operations would be appointed. (GFM 2—99, 109933, Veesenmayer's report of March 25, 1944.)

This decision was connected with Antonescu's visit to Hitler on March 23. Antonescu demanded the evacuation of Northern Transylvania by Hungarian troops, first of all that of the Székely-land, and the return of these parts to Rumania. Hitler evaded this demand by

The final decision was still pending, but the prospects were becoming increasingly manifest. On March 27, the C. I. C. of the southeastern units stated his disapproval of disarmament declaring that . . . „after an adequate purge, no organized betrayal need be feared; such a contingency was highly improbable inside the army even under the former government”.⁶¹ Moreover, further bad news had arrived from Bucovina which made it imperative to send new reinforcement to that sector. It was under such conditions that Ribbentrop, Veessenmayer, Himmler, Keitel (chief of the general staff), Jodl (chief of the operational staff), General Warlimont, his deputy, and General Weichs appeared before Hitler in the afternoon of March 28 for a conference.

Weichs submitted the following:

a) strong nationalist propaganda should be started with German support;

b) the body of Hungarian officers was to be purged;

c) military equipment was to be improved;

d) training should be conducted under German control;

e) the Hungarian army was to be maintained under strong German influence, but the largest unit should be a division. Those present at the meeting were in favour of mobilizing the Hungarian forces, and Hitler decided in this sense. He was far from being satisfied with the situation, but — referring to the regent's and the “nobility's” fear of bolshevism, he declared that . . . “disarmament shall not be carried out, but Hungarian units should be thrown in only gradually so that they may be held in hand; the chief thing is that they should not pin down too numerous German forces”.⁶² Ribbentrop and Himmler, who had professed a contrary opinion, now accepted the Führer's decision. Ribbentrop instructed Veessenmayer that very evening that . . . “henceforward the slogan of *Waffenbruderschaft* was to be the key-note of German—Hungarian relations”.⁶³

The Hungarian government and general staff were informed next day about the decision, and it was emphasized that for the moment it would be enough to set up and send to the front three more divisions; instead of the promised additional five divisions, industrial and agricultural supplies were to be increased and new SS units to be formed from the Germans living in Hungary. The mobilized units were to be put under German command, while four or five German divisions would remain in the country.⁶⁴ The idea was that after all these steps, after the purge among the leaders of the Hungarian army,

declaring the territory east of the Tisza to be a theatre of German military operations. (*Kriegstagebuch des OKW*, pp. 238—239.)

⁶¹ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 241.

⁶² *Ibid.*, pp. 242—243.

⁶³ GFM 2—99, 109981, instructions from Ritter on March 28, 1944.

⁶⁴ As a matter of fact, only two complete German armoured divisions were in Hungary, four other divisions were only cadres (*Kriegstagebuch des OKW*, p. 829.)

the Hungarian forces left in the country should have no fighting value. The Hungarians were pleased with these new instructions, their hidden purpose having apparently escaped notice.⁶⁵

Steps were taken next day to throw in some of the German occupational divisions on the eastern front and others against the Yugoslav partisans of Tito. On the same day, the Hungarian units stationed in the Carpathians crossed the border on their way to the front.

The Hungarian situation was now stabilized — in the most favourable form for Hitler. Not only had the country been occupied without fighting, but — with the assistance of right-wing politicians and the leaders of the army — Horthy had created a situation in which half of the occupational divisions could be spared, while the Hungarian army was engaged in the war against the Soviet Union.

Let us now weigh the statements of Kállay and Horthy in the light of the foregoing. It is asserted by both, particularly by Horthy, that by remaining in office the government at least contrived to retain control over the army.⁶⁶ Emigration literature endeavours to preserve this appearance by omitting to mention the discussions and the problems which arose in connection with the Hungarian army after the occupation.

Adonyi may have been ignorant of these discussions, but it is also possible that these conversations were incompatible with Adonyi's concept of the "loyalty of allies", for it was in the course of these conversations that the Germans refused to treat as *Waffenbrüder* the soldiers who were sent to their death for German interests by Adonyi and other leaders of the Hungarian general staff.

Horthy, on the other hand, did take part in these conversations which were too important to have simply been forgotten. An account of these talks would, however, immediately have raised the point of how the conduct of Horthy on March 18 and 19 could be justified if, as evidenced by subsequent events, he did not even obtain Hitler's promise to maintain the Hungarian army. Moreover, it was undesirable for him to describe these talks because it was not Hitler but Horthy who made a promise. He promised to give the Germans still more soldiers for the fight against the Soviet Union, although he must have been fully aware of the senselessness of such an act.

Adonyi's pro-German attitude, attested also by Veesebmayer, has already been noted. His comment to the effect that . . . "it is a misrepresentation to say that after the 19th of March, 1944, the German high command made exaggerated military demands" is, therefore, not surprising.⁶⁷

⁶⁵ *Kriegstagebuch des OKW*, p. 243.

⁶⁶ KÁLLAY, op. cit. p. 443. — Kállay first tried to persuade Horthy to resign. (HORTHY, op. cit. p. 266.)

⁶⁷ ADONYI, op. cit.

A later part of Adonyi's book includes a table showing that, while in 1943 the Hungarian army took part in the war against the Soviet Union with six occupational divisions (nine so-called light divisions), by the summer of 1944 fourteen fighting and three occupational divisions had been thrown in.⁶⁸ Adonyi estimates the total number of Hungarian soldiers on the front in 1944 at about half a million, and the records of the German general staff mention a similar figure. This figure still left Adonyi discontented; his attitude may have been due to his appointment as A. D. C. of the chief of staff at the wish of the Germans in 1944.

And who became the chief of the general staff? Let us quote two reports of Veesenmayer's. The first is dated May 2, 1944; Veesenmayer informs his superiors that by means of political pressure he has managed to have János Vörös appointed chief of the general staff, although there were about thirty officers his seniors in service.⁶⁹ Cooperation was excellent with Vörös since he was willing to comply with every German demand. In his report, dated May 11, Veesenmayer describes the first results: assisted by Vörös, he had succeeded in inducing the crown council to place a great number of pro-German officers to the most important posts of the Hungarian army and supplant in this way men who had shown a more reserved attitude toward the Germans.

It was with the aid of this manoeuvre that Dezső László was substituted for Bajnóczy as deputy chief of the general staff. (László was earlier the chief of the mobilization department and it was to him that General Himer had written the "Merkzettel" in June, 1941, which induced the general staff to demand the declaration of war.) The commander of the first army corps, Géza Lakatos, was to be replaced by the arrow-cross man Beregffy. Four elderly generals who had not been sufficiently willing to serve the Germans were to be replaced; the 5th army corps was to receive a new commander; a new chief of personnel was to be appointed in the War Ministry, and a new chief of general staff in the 1st army.⁷⁰

With the assistance of János Vörös, Veesenmayer thus succeeded in readjusting the Hungarian army according to German pattern. There was, however, someone else who, too, promoted this readjustment. Personal changes

⁶⁸ The 16th and 24th infantry divisions, the 1st and 2nd mountain brigades and the 2nd armoured division stationed in the Carpathians were sent to the front in April. The 20th and 25th infantry divisions and the 27th light division (i.e. the three divisions demanded by Hitler on March 24) were sent in May; the 7th infantry division and the 1st cavalry division in June; the 6th, 10th and 13th infantry divisions in July. All the Hungarian forces available on March 19, 1944, were thus sent to the front. (*Kriegstagebuch des OKW*, pp. 822-836.)

⁶⁹ It is known that, in November, 1944, Vörös went over to the Soviet troops and even became a member of the provisional Hungarian government.

⁷⁰ GFM 2-99, 110280, Veesenmayer's reports of May 2 and 11, 1944. — The German general staff recorded with satisfaction that "The Hungarian general staff has fully complied with the demands of the Germans, and the mobilization of the army has been carried out more speedily than was to be expected". (*Kriegstagebuch des OKW*, p. 829.)

were decided by the crown councils, and it was Miklós Horthy who presided over them. The same Horthy who, six weeks earlier, at the time of the German occupation, had remained in office in order to “retain a hold over the army”. Yet he now consented to have all military commanders replaced who might have stood nearer to him than to the Germans. He consented to have a cavalry army corps — provided with armoured units and equipped with motorized heavy artillery, allegedly the elite of the Hungarian army — sent to the front. Of course, he made conditions, but why should the Germans have kept their promise in this particular instance? This is how the most valuable unit of Horthy’s army was lost to the last man in the Pripjet marshes in order to cover the retreat of the Germans.

Miklós Horthy’s stimulating order of the day of April 15 was found with some of the fallen soldiers . . .

Немецкая оккупация Венгрии

ДЬ. РАНКИ

Резюме

Данная статья на основе до сих пор неизвестных документов Министерства Иностранных Дел Германии и дневника Главнокомандования Вермахта исследует предисторию и историю немецкой оккупации. Автор указывает на то, что в немецкой армии осенью 1943 г. встал вопрос о плане оккупации. Получивший название «Маргариты» план до начала 1944 г. претерпел ряд изменений. Считалось возможным проведение оккупации лишь немецкими войсками а также при участии государств-сателлитов, в первую очередь применением румынских войск. В феврале 1944 г., когда советские войска всего на 100 км стояли от границ, Гитлер дал указание на оккупацию страны. Процесс подготовки автор исследует вплоть до 19-го марта, указывая на то, что Венгрия уже с начала февраля была осведомлена о концентрации немецких войск, старалась даже навести справки о целях этого у военного атташе Германии, однако ничего не сделалось в интересах защиты. Автор вступает в дискуссию с Хорти и Каллаи, по — изложенному в их произведениях — мнению, что будто не имелось возможности к этому. Автор доказывает, что военный потенциал Венгрии — при данных международных условиях — безусловно сделал бы возможным оказание сопротивления, хотя и временного. В конечном счете план оккупации имел два варианта. Один вариант был рассчитан на случай согласия Хорти на оккупацию. По этому варианту оккупация имела определенный мирный характер, что считалось более безболезненным решением вопроса. Другой вариант плана был рассчитан на оказание возможного сопротивления. После этого автор знакомит читателей с переговорами между Гитлером и Хорти, 18-го марта. На основе сопоставления различных источников утверждает, что в течение дня три раза велись переговоры между Гитлером и Хорти. При последнем переговоре Хорти принял к сведению факт оккупации, дал свое согласие остаться и в дальнейшем правителем Венгрии, других обязательств однако не принял. На оккупацию страны было рассчитано восемь дивизий немцев, однако так как сопротивления не оказалось, немцы сразу в другой же день сократили число войск и часть их перевели на фронт.

После оккупации и формирования марионеточного правительства Стоян остался еще нерешенным вопрос о венгерской армии. По предварительному плану армия должна была бы разоружаться, Везенмайер однако — при обстоятельствах дальнейшего правления Хорти и относительно беспрепятственного назначения нового, марионеточного правительства — считал возможным применение венгерской армии в своих целях. Представление Везенмайера получило подтверждение со стороны Генерального Штаба

Венгрии, взявший на себя обязательство в течение 10 дней передать 8 венгерских дивизий в распоряжение немцев. Автор на основе совершенно новых архивных документов исследует ход переговоров происходивших отчасти в Венгрии а отчасти в Германии о дальнейшей судьбе венгерской армии в течение от 25-го до 29-го марта, и утверждает, что решающим оказался послеобеденный разговор 28-го марта у Гитлера, на котором был принят план Везенмайера. Венгерская армия не разоружалась а вместо того постепенно была направлена на фронт. Данная позиция венгерской армии оказала возможность немцам снизить наполовину число оккупирующих страну войск и осуществить представленную немцами, проведенную при помощи Хорти, мирную оккупацию страны.



Quelques remarques concernant l'étude intitulée „La situation des serfs en Hongrie de 1514 à 1848”

par

I. SINKOVICS

Dans no 4 de 1960 de la «Revue d'Histoire économique et sociale» une étude portant le titre ci-dessus est parue sous la signature de M. Charles d'Eszláry. L'effort déployé par l'auteur pour éclairer de plusieurs côtés la situation de la paysannerie s'inscrit à l'actif de cette étude. Il décrit d'abord comment les serfs obtinrent le droit de se déplacer, traite de leurs prestations, examine aussi la question des autonomies rurales et celle du niveau de vie de la paysannerie. Il s'occupe également des soulèvements paysans, montre les possibilités qui existaient pour relever le niveau de la condition paysanne et, pour terminer, il se penche sur l'étude du problème de l'affranchissement des serfs. Il en conclut qu'en Hongrie les classes sociales n'étaient pas aussi nettement distinctes les unes des autres que dans certains pays d'Europe occidentale; en conséquence, les serfs pouvaient opter entre plusieurs voies conduisant au relèvement de leur condition. En Hongrie — dit-il — la lutte de classe entre seigneur et serf était une notion inconnue; même des conflits d'intérêt ne se manifestaient que rarement. Quant à la condition serve, on peut observer qu'elle se détériora graduellement, en Hongrie, à partir de l'année 1514, surtout du fait de l'invasion turque et des divers soulèvements; elle ne serait donc point une conséquence de l'exploitation seigneuriale, bien plus modérée, d'ailleurs, que celle qui fut pratiquée dans les autres pays d'Europe centrale. La raison de cette différence — dit l'auteur — est à chercher dans le caractère du peuple hongrois. En effet, les soulèvements n'étaient pas dirigés — affirme-t-il — contre les charges imposées par les seigneurs et par l'État et ne découlaient nullement de l'évolution de la situation des serfs. Les trois quarts de la société se composaient d'éléments jouissant de privilèges: outre les nobles, l'auteur y compte les Iazyges, les Cumanes, les Haïdouks, les Sicules, les Saxons, les populations des frontaliers placés sous administration militaire, les villes, etc. Le relèvement de la paysannerie qui finit par conduire à son affranchissement commença au XVI^e siècle, grâce à la bienveillance des rois de la maison de Habsbourg. Suivant l'auteur, l'affranchissement des serfs n'eut d'importance ni sur le plan social ni sur le plan juridique et n'apporta aucun changement dans l'évolution de la Hongrie. Bien que l'étude s'achève

par la description de l'affranchissement des serfs, l'auteur se lance dans une actualisation du passé en le comparant aux conditions actuelles de la Hongrie. Il affirme que le niveau de vie actuel de la paysannerie hongroise est plus bas qu'il ne le fut jamais dans les périodes les plus sombres de son histoire. Privée du droit de libre déplacement, elle se voit contrainte de «faire sa corvée» dans les kolkhoses.

Les affirmations de l'auteur contiennent nombre de contradictions et inconséquences et, presque sur chaque point, elles sont diamétralement opposées aux conclusions des recherches de l'historiographie marxiste hongroise, et même contraires aux constatations exposées par les historiens bourgeois de Hongrie. A en croire la bibliographie communiquée à la fin de l'étude, l'auteur aurait pourtant suivi l'orientation donnée par l'historiographie hongroise contemporaine. Et s'il aboutit, malgré cela, à formuler une conception contraire, nous nous devons d'analyser la question de savoir dans quelle mesure il se serait fondé sur des données et des documents nouveaux. L'historiographie se trouve assujettie à certaines règles générales, obligatoires pour tous ceux qui s'occupent d'histoire, quelle que soit la conception du monde et de la société à travers laquelle ils entendent approcher le passé. En voici quelques-unes: description et explication des faits et des notions historiques en conformité avec la réalité, bien-fondé des affirmations relatives aux sources, véracité de la comparaison et de la généralisation, etc. Compte tenu de ces critères, l'étude en question prête, sur maints points, le flanc à la critique. Partant des critères mentionnés, je me permets donc de procéder à l'examen de quelques-unes des affirmations de cet article.

L'auteur constate que le soulèvement de György Dózsa reçut une teinte «paysanne» ou «serve» ce qui s'avère en effet, erroné. D'une part la majeure partie de participants se recrutait parmi les semi-nobles (Iazyges, Cumanes, etc.), d'autre part le mouvement, étant donné que nombre d'aventuriers et de maraudeurs s'y rallièrent également, n'est point digne du nom de «paysan» ou de «serf» et cela d'autant moins car le mot hongrois «jobbágy» (serf), par opposition à l'expression française, n'avait rien à voir avec la servitude, mais signifiait toujours quelque chose de meilleur, de plus distingué. Par exemple une partie de la haute noblesse se nommait sous les rois arpadiens «jobbagiones regis» (p. 385.). Ce n'est point cette appréciation qui constituera l'objet de ma critique: elle fait, d'ailleurs, le procès du plus grand soulèvement paysan de l'histoire de Hongrie du point de vue de la classe dominante; mais je voudrais ajouter quelques remarques touchant l'explication des notions et des faits y relatifs. En effet, les Iazyges et les Cumanes bénéficiaient jadis de privilèges, mais au cours de l'extension du régime féodal la situation de la plupart d'entre eux se rapprocha de celle des serfs. L'article 47 de la loi de 1498 les mentionne, eux et les Ruthènes, comme étant de condition serve (*homines servilis conditionis*). L'article 23 de la loi de 1514 les avait assujettis

à un impôt analogue à celui payé par les serfs. Les Iazyges, les Cumanes et d'autres éléments privilégiés (par exemple les Sicules) constituaient une minorité insignifiante par rapport aux masses paysannes qui participèrent au soulèvement. Ceci se reflète même dans la loi de 1514 où plus de 40 des 71 articles s'occupent des paysans, un seul des Iazyges et deux des nobles. Les lois nées après la répression de la grande Jacquerie de 1514 et visant tous les paysans qui avaient pris part au soulèvement emploient alternativement les expressions «rusticus», «jobagio» et «colonus». Nous rencontrons les mêmes dénominations dans les sources narratives contemporaines décrivant le soulèvement, ce qui contredit péremptoirement les affirmations de l'auteur. En ce qui concerne l'étymologie du mot «jobbágy» (serf), la linguistique hongroise n'est pas encore à même de résoudre d'une manière rassurante la question de savoir s'il dérivait de l'adjectif «jó» (bon), ou bien, vu qu'originellement il figura sous la forme de «eubagio» il n'avait rien à voir avec ce mot «jó» (J. MELICH: A jobbágy szó történetéhez [A propos de l'histoire du mot «jobbágy» (serf)]. Paru dans Magyar Nyelv, 1916. pp. 13—14. Interventions de F. ECKHART, de J. HARMATTA et de D. PAIS à la discussion ouverte à propos de la conférence d'I. KNIEZSA: A magyar állami és jogi terminológia eredete (Les origines de la terminologie politique et juridique hongroise). Paru dans Magyar Tudományos Akadémia Nyelv- és Irodalomtudományi Osztályának Közleményei, VII. Budapest, 1955. pp. 245—253., 262., 263.) Bien que l'origine et la formation du mot en question ne soient point encore éclairées, on est unanime à penser que le mot subit un considérable changement sémantique. Au cours des XII — XIII^e siècles, il désignait le seigneur et en général un homme de quelque distinction; à partir de la fin du XIII^e siècle jusqu'à l'extinction du régime féodal, il désignait les paysans qui dépendaient d'un féodal.

L'auteur affirme que les serfs se répartissaient en deux groupes: serfs domestiques et non-domestiques. Les premiers étaient *quasiment* des employés vivant sur le domaine qui était géré par le seigneur (terres allodiales); ils s'y acquittaient des travaux et bénéficiaient d'attributions de logement et de nourriture. Par contre, les serfs non-domestiques exploitaient les censives et payaient pour celles-ci les redevances seigneuriales (urbaria). Les serfs domestiques supportaient des charges publiques, les serfs non-domestiques devaient s'acquitter des charges publiques et aussi des redevances seigneuriales (p. 389). Cette distinction paraît être assez arbitraire et ne correspond pas exactement à la réalité. Quant aux serfs domestiques, en réalité ils n'existaient pas. Des domestiques vivaient, en effet, sur les terres allodiales des propriétaires (fermier, fermière, pâtres, valet de ferme, valet, etc.), mais ils ne se nommaient pas serfs domestiques et n'étaient point assujettis à l'impôt d'État. Comment auraient-ils pu s'acquitter de ces redevances, alors qu'ils ne possédaient pas d'exploitation indépendante et qu'ils vivaient, — ainsi que l'auteur le dit d'ailleurs — de ce que le seigneur leur versait. La majeure partie

des travaux était effectuée sur les terres allodiales par les serfs censiers sous forme de corvées gratuites. Il est encore à noter que la proportion des valets et des serfs censiers varia dans la période en question, que la main-d'oeuvre salariée accusa une augmentation sensible, mais qu'il ne s'agit aucunement de deux groupes de serfs d'une importance analogue. Après la réglementation du régime des redevances seigneuriales réalisée sous le règne de Marie Thérèse, à côté de serfs et de colons censiers on rencontrait des serfs et des colons vivant dans les fermes seigneuriales. Cependant, ces derniers ne sont pas analogues aux serfs nommés par l'auteur serfs domestiques, vu que leurs redevances et leur mode de vie étaient identiques à ceux des serfs censiers, avec pourtant cette différence que leur situation se trouvait réglée par un contrat.

Plus d'un malentendu est à relever quant à l'énumération des redevances serviles. Le *terrarium* (census) était une taxe en argent frappant la tenure, versable au seigneur et non pas à l'État. Contrairement à ce que l'auteur en dit, la corvée (labor) ne fut jamais identique au «travail d'intérêt public». (pp. 389., 394.); cette désignation se trouve en contradiction avec l'affirmation formulée par l'auteur quant à l'essence du travail, à savoir qu'il était dû au seigneur de la part des serfs. En ce qui concerne les impôts dus au seigneur, l'auteur les désigne par le mot *urbarium* (p. 389.), par quoi il déroge à l'usage général du mot, et ce fait prête à l'équivoque. L'*urbarium* était, en effet, une sorte de relevé des propriétés foncières du seigneur, de population qui y vivait et du montant des redevances seigneuriales. Les villages en parlaient comme de leur loi. L'interprétation que l'auteur formule sur l'origine du mot *urbarium* s'avère également erronée. Il le considère comme une forme latinisée du mot hongrois «úrber» (redevance seigneuriale). Or, le mot latin *urbarium* est un dérivé du mot germanique «Urbar» et se trouve à l'origine du mot hongrois «úrber», créé dans la première moitié du XIX^e siècle, au cours de l'oeuvre de rénovation de la langue hongroise. (FR. KLUGE: *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. 18. Aufl. Berlin, 1960. p. 809., E. KISS: *Úrber* (Cens). Paru dans *Magyar Nyelvőr*, 1906. pp. 283—284.)

En ce qui concerne les redevances seigneuriales, l'auteur a raison de dire qu'elles varièrent d'un pays à l'autre. Mais les exemples cités par lui à ce propos et les interprétations qu'il en donne sont des plus discutables. L'auteur écrit, en effet, qu'au tournant du XVI^e et du XVII^e siècle, sous les règnes d'Étienne, de Sigismond, de Cristophore et d'André Báthori, l'évêque Ferenc Forgách préleva dans trois villages transylvaniens, propriétés des jésuites, 6000 pièces d'or (p. 391.). Sans parler de l'ordre inexact de succession de ces princes et de l'erreur commise par l'auteur quant à la personne de Ferenc Forgách, évêque de Nagyvárad, qui avait quitté la Transylvanie déjà sous le règne d'Étienne Báthori et mourut en Italie en 1577, il était impossible que trois villages s'acquittassent d'un impôt s'élevant à 6000 pièces d'or, alors que l'impôt payé par la Transylvanie au sultan de Constantinople se chiffrait par 10 000 pièces d'or et

ne monta à 15 000 pièces que sous le règne d'Étienne Báthori. La même confusion quant aux autres données aussi. Les villages (l'auteur ne mentionne pas leur nombre) de l'évêque de Csanád se trouvant sous la domination turque payaient à titre d'impôt 346 écus et différents produits manufactures. Cet impôt, l'auteur considère qu'il était assez lourd; cette estimation découle d'une méprise selon laquelle un écu équivalait à une valeur de 2 à 5 florins; or, à la fin du XVI^e siècle, un écu valait un florin, et même à la fin du XVII^e siècle il n'atteignit pas la valeur de deux florins. Par contre l'impôt se chiffant par 950 florins à payer par la commune de Deáki appartenant à l'abbaye de Pannonhalma, l'auteur le trouve fort modéré (p. 392.). En fait d'imposition modérée, il cite aussi le cas de la ville de Szeged qui remit au fisc des poissons et trois paires de bottes. Or, ceci s'explique par le fait que les propriétaires terriens de Hongrie (dans le cas de Szeged: le fisc) se contentaient de contributions beaucoup moins élevées quand il s'agissait d'agglomérations se trouvant sous la domination turque et assujettis, en conséquence, à un double impôt; et parfois même, ils se satisfaisaient de la reconnaissance symbolique de leur autorité. Mais mettre côte à côte de pareilles données est loin de tracer un tableau réel de la situation.

Quant au nom de valaque, l'auteur de l'étude affirme qu'il provient du nom de la Valachie (p. 398.). Cette affirmation est inexacte, de deux points de vue même. D'une part, le nom de valaque ne désignait pas seulement les Roumains, mais aussi les différents peuples slaves menant une vie pastorale; le mot valaque s'applique donc à la vie pastorale elle-même. D'autre part c'est le nom de Valachie qui provient du mot valaque et non pas inversement, contrairement à ce que dit l'auteur de l'étude. (Cf. L. TAMÁS: Rómaiak, Románok, Oláhok Dácia Trajánában. [Romains, Roumains, Valaques dans la Dacie de Trajan.] Budapest, 1935, pp. 42—48.)

Quant au pays des Tots (pays des Slavons) l'auteur nous explique qu'il était celui des Slovaques (p. 403.); or, c'est une erreur, car ce nom de région désignait au XVI^e siècle la Slavonie, à savoir la partie occidentale de la contrée s'étendant entre la Drave et la Save.

Le bien-fondé des affirmations de l'auteur s'avère plus d'une fois douteux. Il va sans dire que, dans le cas d'une courte étude synthétique, on ne saurait exiger de citer exactement tous les documents qui étayaient ses affirmations. Cependant, ce que l'on peut exiger, c'est que ces mêmes affirmations ne soient pas contraires aux faits.

L'auteur constate qu'on observait partout dans le pays les stipulations de l'article 35 et suivants de la loi de 1548 portant sur la corvée (p. 394.); en Hongrie — dit-il — la corvée illimitée était inconnue (p. 400.). L'article 34 de la loi de 1548 limite la corvée à un jour par semaine et l'article 37 édicta que, si la corvée effectuée par les serfs dépassait un jour par semaine, ce surplus serait à compter dans la quantité de corvée acquittée par an, vu que celle-ci

ne pouvait dépasser 52 jours. D'abondants documents relatifs aux années succédant à la promulgation de cette loi et aux siècles suivants témoignent de ce que les seigneurs ne manquaient pas de dépasser cette limite. Ainsi, les serfs de la province de Kanizsa (comitat de Zala) se plaignirent pendant ces années de la durée incessante des labours: «non contents de nous contraindre à labourer pendant une semaine ou plus encore, on nous empêcha nous et nos bestiaux de rentrer, pendant l'été, on nous força de labourer même cinq fois, ce qui n'était jamais la loi chez nous.» (Jobbágylevelek. Összeállította H. BALÁZS É. [Lettres de serfs. Prés. par —.] Budapest, 1951. No. 4.) De semblables plaintes sont formulées dans les autres parties du pays. Au XVII^e siècle, en effet, la mesure de la corvée dépendait uniquement du bon plaisir du seigneur. Dans le livre terrier (1679) du domaine de Gyalu, nous lisons ce qui suit: «Leurs redevances sont établies selon la volonté de leurs seigneurs.» (A gyalui vártartomány urbáriumai. Közzéteszi JAKÓ Zs. [Les livres terriers de la place forte de Gyalu. Communiqué par —.] Kolozsvár (Cluj), 1946. p. 205.) Dans les années 60 du XVIII^e siècle, la paysannerie des domaines des Batthyány avait été la première à s'insurger et le Conseil d'État constata que les raisons en remontaient aux abus commis par les seigneurs. L'un des Batthyány aurait déclaré qu'il était en mesure «d'obliger ses sujets (serfs) à la corvée quotidienne, voire au long charroyage». Ce sont de pareils cas qui finirent par convaincre la cour de ce qu'il ne suffisait point de mettre fin aux abus; la situation des serfs nécessitait une réglementation générale, ce qui donna finalement naissance au décret de 1767 sur les redevances seigneuriales. (F. ECKHART: A bécsi udvar jobbágypolitikája 1761—1790-ig. [La politique de la cour de Vienne à l'égard des serfs entre 1761—1790.] Paru dans Századok. 1956. p. 77.)

L'étude souligne que les serfs ne pouvaient être dépossédés de leurs censives, car autrement cela aurait été pour les seigneurs un moyen d'augmenter l'étendue de leurs alleux (p. 400.). Les faits témoignent précisément d'une pratique contraire. Ainsi, les habitants de la bourgade de Gelse (comitat de Zala) se plaignaient en 1559 de ce que plus de 125 arpents leur avaient été confisqués par l'intendant, ce qui rendait leur existence impossible. (Jobbágylevelek, No. 6.). Dès le XVI^e siècle, on assista en Hongrie à des expropriations des censives. En général les seigneurs appliquaient une méthode qui consistait à confisquer une partie de la tenure d'un serf ce qui réduisait ce dernier à l'état de colon; en effet, la culture de la terre allodiale nécessitait une main-d'oeuvre tenue en dépendance féodale. Par exemple: «Le seigneur sequestra les terres pour son alleu et de ce fait les serfs devinrent colons.» (Cité par L. JUHÁSZ: A porta története. [L'histoire de la porte.] Budapest, 1936. pp. 41—42. Il apporte plusieurs documents semblables relatifs aux perceptions d'impôts au XVI^e siècle.)

Quant à la réglementation des redevances seigneuriales édictée par l'impératrice Marie-Thérèse, l'auteur affirme que si les serfs disposaient de plus de terres qu'il ne leur était dû, en vertu du décret ils pouvaient les garder pour

eux-mêmes, (p. 393.). Cette affirmation est contraire à la réalité. Le surplus de terres constaté lors de la réglementation, ou plus tard, lors des recensements ultérieurs, fut confisqué aux serfs et, déclaré terre «remanente» (*remanentialis*), on le plaça sous une administration spéciale. Les seigneurs ne pouvaient adjoindre ces domaines à leurs terres allodiales, ils étaient tenus de les allouer, contre redevance seigneuriale, aux serfs de la localité qui en avaient besoin et qui s'affirmaient susceptibles de les cultiver. Le bénéfice de ces serfs cultivateurs était constitué par le huitième de la superficie de ces terres. Faute de tels fermiers, le terrain était alloué au profit de la commune ou à celui de serfs d'autres localités. Or, en dépit de ce décret, les seigneurs s'emparaient souvent de ces terres. (I. SZABÓ: A jobbágybirtok problémái 1848/49-ben. [Problèmes relatifs aux tenures serves en 1848/49.] Paru dans le recueil: Tanulmányok a magyar parasztság történetéből. Budapest, 1948. p. 331.)

Quant à l'impôt de guerre au XVIII^e siècle qui s'élevait à la somme de 2 500 000 florins, l'auteur l'estime modéré, disant que si chaque habitant de la Hongrie (5 millions d'âmes) s'en était acquitté, chacun d'eux n'aurait payé qu'un demi-florin. L'auteur attribue les défaillances au défaut d'un organe administratif militaire pour la perception de cet impôt (pp. 390—391.). Son assertion est erronée sur maints points. La somme globale de l'impôt fut votée par la diète, sa répartition eut lieu aux réunions convoquées par le palatin, son assiette et sa perception rentrèrent dans les attributions des comitats. Pour prêter main-forte, l'armée ne fut envoyée que là où les paysans ne s'acquittèrent pas, ou ne furent pas en mesure de faire face à leurs obligations. Aucun rapport n'existe entre un défaut d'administration militaire et le montant des impôts. Étant donné que le nombre des contribuables effectifs était bien moindre que celui avancé par l'auteur, son évaluation du montant de l'impôt par habitant n'est qu'une jonglerie arithmétique. Ce n'est qu'une comparaison avec les charges imposées par d'autres États de l'époque qui nous présenterait un tableau réel sous ce rapport. Dans la Grande Plaine de Hongrie, le montant de l'impôt frappant les familles les plus aisées s'élevait en réalité à 4—15 florins (L. HADROVICS—I. WELLMANN: Parasztmozgalmak a 18. században. [Mouvements paysans au XVIII^e siècle]. Budapest, 1951. p. 17.)

Quant à l'impôt de guerre, il ne se chiffra pas toujours par 2 500 000 florins. Au milieu du XVIII^e siècle, on le vit largement dépasser les 3 millions de florins. L'étude ne dit rien de ce qu'on appella à l'époque «*deperdita*», à savoir cette perte subie par la population lors du paiement de l'impôt, car ses prestations en nature étaient imputées sur ses contributions à un taux de beaucoup plus bas que celui du marché; par surcroît, face aux exactions de l'armée, la population était sans aucune défense. Exprimés en chiffres, les postes de la «*deperdita*» approchaient parfois le montant de l'impôt de guerre.

Examinons maintenant au point de vue du bien-fondé le tableau que l'auteur brosse des rapports entre les différentes classes. Il parle de coexistence

pacifique entre les classes. Il affirme que rares furent les seigneurs qui exploitaient leurs serfs (p. 401.), qu'il n'existait pas de lutte entre la classe des propriétaires fonciers et la paysannerie, et qu'on n'assista que rarement (p. 415.) à des conflits d'intérêts. Or, à l'appui de ses assertions, non seulement il n'excipe d'aucun document mais encore essaie-t-il de minimiser l'importance des données contraires. Il s'occupe de deux preuves-contraires: la première: l'opinion formulée par la noblesse aux diètes, la seconde: le problème des soulèvements paysans. Quant à la position de la noblesse et ses déclarations sur la grave situation des serfs, elles ne peuvent être prises pour de l'argent comptant. La noblesse dessina exprès un sombre tableau de la situation des serfs, afin de faire diminuer leur impôt à payer à l'État. Cette affirmation est juste, mais on peut citer des déclarations de représentants de la classe dominante qui ne s'efforçaient point à faire diminuer les charges imposées par l'État. Examinons donc quelques exemples.

Frère György, évêque de Nagyvárad, un des éminents politiciens du XVI^e siècle, écrivit en automne 1551 au roi Ferdinand que les Turcs avaient promis leur liberté aux paysans; la conséquence en était que quelques Serbes passèrent du côté des Turcs qui entendaient se gagner aussi les serfs hongrois. «En ce qui concerne cette désertion (si elle avait eu lieu) — ajouta-t-il — c'est nous mêmes qui l'avons provoquée, vu que nous tenons le peuple sous une telle oppression que — sauf leur enlever leurs femmes et leurs enfants — nous commettons toutes les cruautés à leur égard.» A la veille de l'offensive turque, il sollicite donc le roi d'assurer aux serfs la liberté (le droit de libre déplacement) et de veiller à ce que la nouvelle en arrive le plus tôt possible. (Fráter György levelezése és egyéb őt illető iratok. [La correspondance de Frère György et d'autres écrits le concernant.] Paru dans *Történelmi Tár* 1881. p. 51.)

Lors du soulèvement de Péter Császár et de ses partisans, et tout en préparant la répression de l'insurrection, le palatin Miklós Eszterházy écrivit ouvertement à l'un des capitaines que «le paysan ne connaît d'ennemi plus acharné que son seigneur et le noble». (L. MAKKAI: A kuruc nemzeti összefogás előzményei. [Les prémisses du rassemblement des forces nationales des Kouroutz.] Budapest, 1956. Annexe, No 64.)

Dans ses Mémoires de l'insurrection nationale qu'il avait conduite, le prince François II. Rákóczi écrivit que la société hongroise se composait de quatre états (clergé, aristocratie, noblesse et armée et finalement la bourgeoisie des villes libres). La paysannerie n'y figurait point, dont il dit ce qui suit: «Car le peuple du temps du roi Uladislas (1514), abusant de la Bulle de la Croisade et se révoltant contre la noblesse, ayant été dompté et vaincu, fut réduit en une servitude si étroite et la noblesse acquit un droit si ample sur ses sujets, que selon les lois le paysan ne possède rien en propre que son âme. Une partie du peuple composée soit d'Esclavons, soit de Russiens porte ce joug avec assez de patience. Mais les sujets hongrois ont tant d'animosité contre leurs

maîtres et contre tout le corps de la noblesse, qu'ils semblent encore ne respirer que la vengeance de leur liberté perdue.» (Histoire des révolutions de Hongrie . . . avec les Mémoires du prince François Rákóczy sur la guerre de Hongrie, depuis 1703 jusqu'à la fin. La Haye, 1739. Vol. II. p. 38. In quarto.)

J'estime que le bien-fondé de cette opinion et la généralisation formulée par trois membres de la classe dominante ne laissent pas d'être convaincants. Ils témoignent de ce profond antagonisme qui existait entre la classe des propriétaires fonciers et la paysannerie.

Les affirmations de l'auteur quant à la paix entre les classes, elles se trouvent infirmées par le fait qu'au cours de toute la période en question les soulèvements paysans se succédèrent. Il espère atténuer la portée de ce fait en suggérant que ces soulèvements étaient loin d'être une résistance à l'oppression seigneuriale, que si les paysans avaient pris les armes, c'était uniquement dans des buts particuliers. Quant au soulèvement qui, en 1569, fut dirigé par le roumain Georges Karácsony, l'auteur affirme qu'il fut le fait des nombreux pâtres roumains nomades, naguère immigrés en Hongrie, qui entendaient secouer les contraintes insupportables de la civilisation (p. 403.). L'auteur omet de nous dire quel est le document sur lequel il fonde son affirmation. Les sources que je connais n'en disent rien. Georges Karácsony prêchait qu'avec l'aide de Dieu et sans prendre les armes il arriverait à chasser les Turcs du territoire de la Hongrie. Une vigueur physique extraordinaire et une marque noire sur son corps prêtaient du crédit à ses paroles. Il avait situé la réalisation de son projet à l'année 1570, date à laquelle les antitrinitaires avaient prédit l'avènement de «l'empire millénaire». Or, de tout ce que les faits et les sources indirectes nous apprennent sur ses paroles et ses actes, on voit bien que Karácsony avait subi l'influence de la Réforme populaire. Ses adeptes se recrutaient parmi les serfs transtibiscins qui, précisément en ces années-là, avaient beaucoup souffert des agissements des Turcs (en 1566 eut lieu la chute de la place forte de Gyula). Le nouveau soulèvement incita la population du nord-ouest à rejoindre son camp; la garnison de la forteresse d'Eger voulut également s'y rallier. Le caractère antiféodal de ce soulèvement ressort aussi bien de la conception religieuse de Georges Karácsony que des notes d'un chroniqueur de l'époque qui, à propos de l'année 1569, ajouta la phrase suivante: «Georges Karácsony rassembla dans le Nyírség une armée paysanne, fit massacrer les prêtres et les nobles et enfin, lui-même, périt ignominieusement.» (Rövid magyar krónika a Krisztus urunk születése után. [Brève chronique hongroise d'après la naissance de notre seigneur Jésus Christ.] Paru dans Történelmi Tár, 1891. p. 70.)

Le soulèvement déclenché en Slavonie et dirigé par Mathieu Gubec n'avait, d'après l'auteur, d'autre but que de piller (p. 403.). Or, Miklós Istvánffy, historien humaniste qui vécut au tournant du XVI^e et XVII^e siècle et qu'on ne pourrait aucunement accuser de partialité à l'égard des paysans, écrivait à propos des raisons et objectifs de ce soulèvement «Les laboureurs et le peuple

paysan se révoltant tout d'un coup contre leurs seigneurs, saisirent audacieusement les armes et se plainquirent d'être excessivement frappés par les lourdes charges des travaux serviles et des prestations en argent . . . » Lorsque les insurgés parvinrent à la Save, ils envoyèrent des messagers chez les voisins pour leur annoncer qu'ils avaient pris les armes pour « la liberté commune et contre la noblesse, ne pouvant plus supporter les cruautés et l'orgueil de celle-ci, dont la rage despotique à leur égard ne connaît ni borne ni mesure ». (Nicolai Isthvanfi . . . *Historiarum de Rebus Vngaricis Libri . . . Viennae, Pragae et Tergesti*, 1758. p. 323. In folio.)

Quant à la cause du soulèvement paysan dirigé par Péter Császár, l'auteur l'attribue aux larcins des troupes mercenaires étrangères (p. 403.); sur ce point, il a sans doute raison. Mais les aveux de Péter Császár témoignent sans conteste de ce que la paysannerie menait également la lutte contre les redevances seigneuriales. Après qu'on l'eût supplicié, quand on lui demanda la cause du soulèvement et les intentions des paysans, il donna la réponse suivante: « Au cours du soulèvement, ils déclaraient leur volonté et leur intention de se faire ou massacrer, ou bien trouver cette lettre de l'empereur apportée par un certain homme de Putnok nommé Bakó, lettre envoyée pour soulager la situation des paysans; mais il avait caché cette lettre où se trouvait écrit que la paysannerie ne devait travailler pour son seigneur plus de cinq jours par mois. » (S. SZILÁGYI: *Historiai forgácsok*. [Aperçus historiques.] Paru dans *Történelmi Tár*, 1884. p. 106.)

L'auteur estime que des raisons religieuses furent à l'origine du soulèvement de Pero qui en 1735, éclata à cause de l'introduction de la confession uniate (p. 403.). Cette affirmation manque de tout fondement. Les gardes-frontière serbes des bords de la Maros se rallièrent, eux aussi, au soulèvement, mais c'était pour protester contre les impôts d'État. En fait, la paysannerie hongroise du comitat de Békés s'était soulevée contre l'accroissement insupportable des charges qui lui étaient imposées par les seigneurs et par l'État. (L. HADROVICS—I. WELLMANN: op. cit. pp. 13—81.)

Quant au soulèvement, en 1784, des paysans roumains l'auteur le motive en disant que les Roumains entendaient retourner à leur ancien mode de vie nomade (p. 404.). Cette explication est tout à fait étrangère aux documents qui se rapportent à ce soulèvement. Les paysans s'efforçaient de se débarrasser des charges féodales et, pour ce faire, ils allaient contracter des engagements volontaires dans les unités militaires des places fortes frontalières. Lorsqu'à Vienne on arrêta les opérations d'enrôlement de volontaires, les paysans déçus ce rendirent à Gyulafehérvár (Alba Julia, en Roumanie) pour demander leur recrutement dans la garde-frontière. Lorsqu'un de leurs chefs faillit être capturé, les paysans se soulevèrent contre la noblesse. L'appel des insurgés reflète leur objectif: « Nous ne voulons plus de nobles », « que les propriétaires nobles quittent leurs terres », « qu'ils soient assujettis, eux aussi, à l'impôt », « qu'on

distribue les propriétés nobiliaires parmi le peuple commun». (I. Z. Tóth: *Parasztmozgalmak az Erdélyi Érchegeységben 1848-ig*. [Mouvements paysans dans les Munti Apuseni jusqu'en 1848.] Budapest, 1951. pp. 120—125.)

Le mouvement qui éclata en 1831 fut provoqué, selon l'auteur, par l'effroi suscité par une épidémie de choléra; à tel point qu'il estime que, dans ce cas, parler d'«insurrection paysanne» est injustifié. Les 45 000 paysans qui y prirent part et l'extension du mouvement sur le territoire de cinq comitats réfutent le bien-fondé de cette affirmation. Ce soulèvement s'explique par les confiscations de terres et par le triplement des charges établies lors du règlement des redevances seigneuriales par l'impératrice Marie-Thérèse; les mesures erronées qui furent prises par les autorités pour entraver la propagation de l'épidémie (interdiction de travailler dans la Grande Plaine hongroise, plusieurs décès survenus faute d'assistance médicale, etc.) qui frappèrent encore la paysannerie, ne furent que des causes incidentes. (Cf. L. TILKOVSKÝ: *Az 1831. évi parasztfelkelés*. [Le soulèvement paysan de 1831.] Budapest, 1955. pp. 6—33., 43—60., 139—140.)

Ces quelques brèves données soulignent, combien les sources contredisent les affirmations de l'auteur qui prétend qu'il n'y eut pas de soulèvement provoqué par l'insupportable exploitation des serfs par les seigneurs (p. 403.), que ces soulèvements n'étaient point dirigés contre la noblesse et que jamais les serfs hongrois n'y jouèrent de rôle dirigeant (p. 404.). En fait, ces soulèvements paysans furent toujours provoqués par des causes directes découlant de l'oppression féodale. Bien que spontanés dans la plupart des cas, les mouvements paysans, comportaient des objectifs présentant un aspect religieux; ils combattaient plusieurs ennemis à la fois, se dressaient contre le régime féodal, visaient à liquider les institutions nobiliaires, ou s'efforçaient, tout au moins, d'atténuer les graves conditions de vie de la paysannerie. Simultanément à ces mouvements, le régime féodal connut encore d'autres formes de résistance paysanne: les sabotages, les refus de prestations, les désertions. L'étude dont il est ici question ne passe pas sous silence l'ampleur de ces désertions et leur effet sur la situation des serfs. (p. 387.)

L'auteur estime que les serfs ne constituèrent point une classe hermétiquement close; ils connurent maintes voies pour s'élever au rang nobiliaire; par exemple, l'anoblissement, les carrières militaire ou ecclésiastique, le passage à l'artisanat, les *honoratiores*, etc. (pp. 405—406.). Cependant sous ce rapport aussi, ses conclusions présentent maintes exagérations. Citant ce dicton qui veut que «Le support de la noblesse est le paysan» il l'interprète de façon telle qu'il aboutit à dire que se sont toujours les paysans qui s'élevèrent au rang nobiliaire. A mon avis, cette explication est fautive, car le dicton en question exprime plutôt que la noblesse ne peut se passer de la paysannerie, ce qui coïncide avec l'opinion formulée par la Diète qui fut réunie après la répression du soulèvement paysan de 1514, opinion suivant laquelle contre

tous les paysans s'étant révoltés, qualifiés de traîtres à leurs «seigneurs naturels», il aurait fallu requérir la peine de mort; mais de cette façon on anéantirait toute la paysannerie «sans laquelle la noblesse ne serait plus grand-chose». (Article 14 de la loi de 1514.) Parlant de l'époque de François II. Rákóczi, l'auteur affirme que «la différence entre noble et roturier n'existait presque plus» (p. 405.). On serait très curieux de savoir sur quoi cette affirmation peut se fonder. Il se trouve que l'auteur s'appuie sur la proclamation datée du 12 mai (plus exactement, du 6 mai) de François II. Rákóczi appelant au soulèvement «tous les Hongrois ecclésiastiques et laïcs, nobles et ignobles, soldats et civils, désirant la glorieuse liberté de notre douce patrie», «de s'élever contre l'empire abusant, en dépit de nos lois, de son pouvoir, nous importunant, nous pressurant d'impôts, faisant fi de nos libertés nobiliaires, dédaignant nos anciennes lois, confisquant nos biens, foulant aux pieds notre honneur, prenant notre sel et notre pain, dominant notre vie et sévissant contre nous». (Cité par T. ESZE: Rákóczi Ferenc tiszántúli hadjárata. [La campagne transtibiscine de François II. Rákóczi.] Paru dans Századok, 1951. p. 49.) A l'aide de cette proclamation l'auteur conclut que — pour la première fois dans l'histoire de la Hongrie —, Rákóczi considérait les serfs comme des alliés dans la lutte pour l'existence de la nation. La proclamation de Rákóczi énumère les griefs formulés par les nobles et les non-nobles contre les Allemands, et on comprend qu'il prêche la lutte commune contre la menace commune. Mais la lutte menée en commun, dont on pourrait citer plusieurs exemples antérieurs dans l'histoire des guerres dirigées contre les Turcs et les Habsbourg, était une coopération transitoire entre les différentes classes afin de résoudre telle ou telle tâche donnée; elle ne signifia aucunement la cessation de l'antagonisme des classes. L'histoire de l'insurrection nationale dirigée par François II. Rákóczi montre jusqu'à l'évidence que les antagonismes de classe n'avaient pas cessé d'exister; ils allaient même en s'exacerbant au cours de la lutte; ils désagrégèrent la transitoire coopération entre les classes, et ce fut l'une des raisons de l'échec de cette guerre de la nation pour son indépendance.

Bien sûr, l'auteur n'a point tort d'affirmer que les serfs pouvaient envisager plusieurs moyens de relèvement; quelques-uns d'entre eux réussirent à sortir de leur condition. Outre les carrières ecclésiastique ou militaire, la production de marchandises paysanne (les artisans appartenaient à ce même milieu) leur offrait aussi des moyens. La production de marchandises facilita l'essor des bourgades, où la situation de la population devint meilleure que celle des habitants des villages. Grâce à la production de marchandises, certains furent en mesure d'augmenter leurs biens, d'acheter des essarts, des vignobles, et d'obtenir un annoblissement. Cependant, le tableau brossé par l'auteur sur le relèvement de la paysannerie est fort unilatéral; en effet, il ne signale point que seule une mince couche de la paysannerie parvint à cette élévation et il ne parle point du processus opposé de la décadence à la situation de colon, dont les

proportions furent beaucoup plus amples et allèrent en augmentant. Au cours du XV^e siècle, on comptait pour 100 serfs 20 à 30 colons. (I. SZABÓ: *A parasztság társadalmi rétegei a középkor végén*. [Les couches sociales de la paysannerie à la fin du Moyen Âge.] Paru dans le recueil: *Tanulmányok a magyar parasztság történetéből*. Budapest, 1948. p. 24.), et cette proportion présente un déplacement accentué par rapport aux serfs. Les données d'une statistique datant de 1849 indiquent que le nombre des chefs de famille serfs et propriétaires se chiffrait par 624 134 contre 913 962 chefs de famille colons. (GY. EMBER: *Magyar paraszttmzsgalmak 1848-ban*. (Mouvements paysans en 1848.) Budapest, 1949. p. 1.)

L'auteur n'attribue aucune importance à l'affranchissement des serfs, car il n'apporta — dit-il — aucun changement essentiel à leur situation. En effet, il prétend qu'en Hongrie les classes n'étaient pas nettement délimitées, que les trois-quarts de la société jouissaient de privilèges, et qu'en conséquence la suppression des redevances seigneuriales ne touche qu'une partie insignifiante de la société (pp. 413—414.). Dans la première moitié du XIX^e siècle, les lois de l'ère des réformes établirent des conditions juridiques par suite desquelles l'état de serf cessa d'exister et les redevances serves devinrent illusoire (p. 414.). A vrai dire — écrit-il — ce fut une injuste décision de la loi de 1848 permettant aux serfs de s'emparer, sans aucun dédommagement, de terres appartenant à la noblesse. (p. 415.) En ce qui concerne le manque de fondement de l'affirmation qui met en doute l'existence des classes sociales, j'ai fait les remarques nécessaires lors de l'analyse du problème des rapports entre seigneurs et serfs. Cette affirmation qui déclare que l'affranchissement des serfs ne concerne qu'une partie fort réduite de la population du pays se trouve en contradiction avec les données statistiques de l'époque. D'après les documents statistiques fournis par E. FÉNYES, la population de la Hongrie — la Transylvanie et la Dalmacie non comprises — s'élevait à 11 895 776 âmes dont 617 521 nobles, soit un peu plus de 5% du chiffre total. Quant au nombre des serfs et des colons, il ne signale que celui des chefs de famille (donc des ménages) 619 527 pour les premiers, et 911 779 pour les seconds. En comptant, en moyenne, 5 êtres humains par ménage, le nombre approximatif de cette population s'élève donc à 7 656 505 personnes, soit 65% de la population totale. (Magyarország leírása. I. [La description de la Hongrie I. Pest, 1847. pp. 19—50.]) Les lois de l'ère des réformes ont, sans aucun doute, pris d'importantes mesures touchant les possibilités d'acquisition de terres par les serfs, de rachat définitif des redevances seigneuriales, etc.; mais, par cette voie, l'affranchissement des serfs ne pouvait être réalisé. Le rachat définitif réclamait à la paysannerie une somme qui dépassait de dix fois, ou plus encore, la masse monétaire circulant à cette époque dans le pays. (A. FÁY: *A jelenkorban megjelent összeállítások a hon legközelebbi teendői közül*. [Énumération des tâches les plus urgentes du pays, publiée à l'époque contemporaine.] Pest, 1856. pp. 17., 63.) En ce qui

concerne l'évaluation des pertes subies par les propriétaires fonciers, il faut prendre en considération que la paysannerie ne possédait qu'un cinquième des terres utilisables. L'affranchissement des serfs fit cesser la dépendance personnelle de toute la paysannerie mais n'assura qu'aux serfs censiers le droit de propriété sur les terres cultivées par eux. Les terres allodiales, fussent-elles allouées aux serfs, restaient propriété des seigneurs. Un partage des terres n'ayant pas eu lieu, les serfs et les colons des fermes seigneuriales ne furent pas à même d'obtenir des terres. Cette circonstance témoigne nettement de la grave situation où la paysannerie se trouvait à la suite de l'extension des terres allodiales aux XVIII^e — XIX^e siècles. L'affranchissement des serfs, bien qu'il ne pût liquider tous les vestiges du féodalisme et ne rémédieât pas au fait que les masses paysannes étaient privées de terres, fut tout de même la *conditio sine qua non* de l'évolution bourgeoise, résultat que le régime absolutiste succédant à l'échec de l'insurrection nationale de 1848/49 ne peut, lui non plus, anéantir.

Je dois aussi souligner que l'étude en question fourmille d'encore bien d'exemples de conclusions abusives; je n'ai pu les relever toutes. J'estime toutefois qu'il m'est permis de faire maintenant une généralisation sur l'étude entière. Les déficiences qui se révèlent dans la méthode appliquée par l'auteur, ses affirmations et ses conclusions qui manquent de tout fondement et contredisent les faits historiques nuisent considérablement à l'authenticité du tableau historique brossé par lui, aussi bien qu'à l'aspect réel de l'actualisation à laquelle il a procédé.

Cette étude ne nous aurait pas occupé d'une manière aussi détaillée, tant pour ses méthodes que pour ses affirmations, si elle n'avait pas été publiée par une revue aussi notable. De ce fait, il est à craindre que ses lecteurs, n'en tirent que des enseignements nettement erronés à propos de l'évolution de la paysannerie de Hongrie et de l'aspect tout particulier, différant de celui de tous les pays d'Europe, que le régime féodal présenta en Hongrie.

Akten zu den geheimen Verbindungen zwischen der Bethlen-Regierung und der österreichischen Heimwehrbewegung*

von

L. KEREKES

Die wissenschaftliche Literatur über die Geschichte der österreichischen Republik und die Memoiren der Zeitgenossen enthalten zahlreiche Hinweise, daß die Heimwehrbewegung, die in der österreichischen Innenpolitik eine so wichtige Rolle spielte, unter dem Patronat des faschistischen Italien und Ungarns tätig war. Die Memoiren des Fürsten Starhemberg¹ geben ein sehr anschauliches Bild vom politischen, militärischen und finanziellen Charakter der Zusammenarbeit und beweisen, jeden Zweifel ausschließend, daß Mussolini die Heimwehrbewegung als ein wichtiges Mittel zur Einflußnahme Italiens auf Österreich betrachtete.

Bei Durchsicht des Aktenmaterials des Ungarischen Ministeriums des Äußeren stießen wir auf eine Reihe von Akten, die über die bereits bekannten Tatsachen hinaus scharfes Licht auf die ausländischen Verbindungen der Heimwehr werfen und Einblick in Einzelheiten gewähren, die bisher im Dunkel lagen. Wir fanden mehrere Memoranden der Heimwehrführer, Geheimbriefe, Pläne für Waffenschmuggel, Abrechnungen usw., nach denen sich Charakter und Umfang der Zusammenarbeit mit größerer Sicherheit als bisher beurteilen lassen. Im Anhang des vorliegenden Artikels publizieren wir das Archivmaterial aus der Zeit von 1928—1931, vor allem solche Akten, von denen wir annehmen, daß sie auch den ausländischen Fachgelehrten interessante Neuigkeiten bieten.

Im Jahre 1928 begannen Italiens und Ungarns Regierungskreise der Heimwehr aktive Unterstützung zu leisten. Als sich Mussolini und der ungarische Ministerpräsident István Bethlen im April 1928 in Mailand trafen, tauchte — und wie aus dem Protokoll zu entnehmen ist, auf ungarische Initiative — zum erstenmal der Gedanke auf, mit Hilfe der Heimwehrbewegung eine Rechtswendung in Österreich durchzuführen. Mussolini stimmte dem von außenpolitischen Interessen suggerierten Plan Bethlens sofort zu und schon bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß Italien die zur Stärkung der Heimwehr notwendige finanzielle Unterstützung und Waffenhilfe

¹ R. VON STARHEMBERG: *Between Hitler and Mussolini*. London 1942.

* In dieser Mitteilung veröffentlichen wir das wichtigste Quellenmaterial der Studie von der »österreichischen Aktion« der Bethlen-Regierung. (S. Seite 185—257 dieser Folge.) — Die *Schriftleitung*.

leisten, die ungarische Regierung aber — bzw. Ministerpräsident Bethlen selbst — als Vermittler die politische Lenkung der Bewegung übernehmen werde. Diese Verteilung der Rollen entsprang der Überlegung, daß die ungarischen Regierungskreise seit 1919 in ständiger Verbindung mit der österreichischen äußersten Rechten standen und so durch ihre persönlichen Beziehungen die Entwicklung der österreichischen innenpolitischen Ereignisse besser beeinflussen konnten als die Italiener.

In dem von Bethlen dargelegten Plan trafen sich die außenpolitischen Interessen Italiens und Ungarns. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, nach der innenpolitischen Festigung des Faschismus, begann Italien eine aktivere Außenpolitik zu treiben, meldete auf dem Balkan und im Donaubecken Großmachtsprüche an. Italiens Bestrebungen waren darauf gerichtet, den französischen Einfluß in diesen Gebieten allmählich zurück- und schließlich völlig zu verdrängen. In den Rahmen dieser allgemeinen Bestrebung gehörte der Abschluß des italienisch—albanischen Vertrages am 27. November 1926, das italienisch—ungarische Freundschafts- und Schiedsgerichtsabkommen vom 5. April 1927 und der am 23. September 1928 unterzeichnete italienisch—griechische Freundschaftsvertrag. Zu den wichtigsten italienischen Zielen in Mitteleuropa gehörte die Einkreisung Jugoslawiens, was durch die Auflösung der Kleinen Entente erreicht werden sollte. Am 16. September 1926 schloß die italienische Regierung einen Freundschaftsvertrag mit Rumänien, anerkannte die Einverleibung Bessarabiens, und wollte damit Rumänien in Gegensatz zu seinen Verbündeten in der Kleinen Entente bringen. Die Interessengemeinschaft der Kleinen Entente gegen die ungarischen Revisionsbestrebungen erwies sich jedoch stärker als die zweifelhafte Freundschaft Italiens, so daß die Auflösung der Kleinen Entente bzw. die Ausschaltung des französischen Einflusses vorerst illusorisch blieb.

Um sich in Mitteleuropa Einfluß zu verschaffen, war die Entfernung Österreichs von der französisch—tschechoslowakischen Orientierung und seine Einbeziehung in das entstehende italienische Bündnissystem von äußerster Wichtigkeit. Österreichs innenpolitische Verhältnisse hingegen boten wenig Hoffnung für die Verwirklichung der italienischen Pläne, weil die österreichische Linke den Gedanken einer Annäherung an das faschistische Italien aus weltanschaulichen Gründen zurückgewiesen hatte. Durch die Südtirolfrage war selbst ein Teil der österreichischen herrschenden Klasse Italien abgeneigt. Da Italien auf offiziellem diplomatischem Wege vorerst keine Erfolge erzielen konnte, versuchte es eine günstige Umgestaltung der österreichischen innenpolitischen Verhältnisse zu erreichen. In diesem Zusammenhang tauchte der Plan einer Rechtswendung unter Führung der Heimwehr auf. Ungarn war ebenfalls aus wichtigen außenpolitischen Gründen daran interessiert, Österreich, nachdem dort der Rechten zur Macht verholfen worden war, in die italienisch—ungarische Interessensphäre einzuschalten. Die Gewinnung Öster-

reichs war für Ungarn von doppeltem Nutzen: einmal hoffte Ungarn auf diese Weise aus dem Ring der an der Aufrechterhaltung des Status quo interessierten Staaten auszubrechen, andererseits glaubte es, durch seinen Einfluß auf Österreich in engere Beziehungen zu Italien zu kommen.

Im Sinne der Mailänder Vereinbarung begann die ungarische Regierung sofort ihre Vermittlungstätigkeit zwischen Italien und der Heimwehr. General Jánky Béla (Béla Jánky) wurde als Gesandtschaftsrat in Wien mit der geheimen Lenkung der Heimwehrebewegung beauftragt. Durch seine Vermittlung kam Anfang Juni 1928 ein Treffen zwischen Ministerpräsident Bethlen und dem Heimwehrführer Steidle zustande, wobei Steidle in einem detaillierten Memorandum die Wünsche der Heimwehr zusammenfaßte. Dieses Memorandum leitete der ungarische Gesandte in Rom, András Hory, unverzüglich an Mussolini weiter, der, nachdem er einige taktische und politische Ratschläge erteilt hatte, versprach, die Wünsche der Heimwehrführer zu erfüllen. Einige Tage später teilte der italienische Außenminister Grandi dem ungarischen Gesandten mit, die italienische Regierung sei mit den politischen Zielsetzungen der Heimwehr einverstanden und daher bereit, die für die Organisation erbetene Summe anzuweisen, bestehe aber darauf, daß sich die Führer der Organisation in einer schriftlichen Deklaration verpflichten, im Falle ihrer Machtergreifung die Südtirolfrage in den italienisch—österreichischen Beziehungen als nicht bestehend zu betrachten. Die ungarische Regierung übernahm es, die gewünschte Erklärung von den Heimwehrführern zu beschaffen. Zunächst überreichte Hory Mussolini einen Textentwurf, den Ministerpräsident Bethlen abgefaßt hatte. Nach der Audienz berichtete der ungarische Gesandte Bethlen telegraphisch: »1. Mussolini habe den Text der im Brief enthaltenen Erklärung Wort für Wort angenommen, Steidle müsse unterzeichnen und die Erklärung werde geheim gehalten werden. 2. Die erste Rate der benötigten Summe sei Durini di Monza überwiesen worden. 3. Der Kriegsminister sei angewiesen worden, die Waffen zusammenzustellen. Die Übernahmeorte seien danach festzusetzen.«² Der ständige Stellvertreter des ungarischen Außenministers teilte Hory am 19. Juli 1928 mit: »Sei so freundlich und teile Grandi mit, der Ministerpräsident werde in Kürze mit dem entsprechenden Herrn zusammenreffen und ihm dann die fragliche Erklärung abverlangen. Gleichzeitig werde er mit ihm Vereinbarungen zu Punkt 2 und 3 treffen und besprechen, was als nächstes zu tun sei. Über dieses Treffen wirst Du zur Information von Grandi beziehungsweise Mussolini Nachricht erhalten.«³

Bethlen und Steidle trafen sich am 28. Juli 1928 in Fonyód-Bélatelep (am Plattensee). Bei dieser Gelegenheit überreichte Bethlen Steidle den von Mussolini genehmigten Text der Erklärung. Steidle antwortete, er werde sie

² Országos Levéltár (Ung. Landesarchiv, im weiteren: O. L.) Külügyminisztérium (Ministerium des Äußeren, im weiteren: Küm.) res. pol. (reserviert politisch) 1929—20—441.

³ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—441.

nach Rücksprache mit seinem Militärbefehlshaber, General Pichler, unterzeichnet an Bethlen zurücksenden. Steidle ersuchte um Bethlens Vermittlung dafür, daß Italien sofort nach Durchführung der Aktion die neue Regierung anerkennt, um eine Börsenpanik zu vermeiden. Er teilte weiterhin mit, daß sie beabsichtigten, die Waffen über St. Karinthien von Italien nach Österreich zu schmuggeln. Bethlen ersuchte Steidle, sich in der ungarischen Auslandsvertretung in Wien allein an Béla Jánky mit vollem Vertrauen zu wenden, er habe für die Zukunft die Vollmacht, die italienischen Geldsendungen weiterzuleiten.

Am 1. August sandte Steidle die unterzeichnete Erklärung nach Budapest, die Gábor Apor über den italienischen Gesandtschaftsrat in Budapest, De Astis, an Mussolini weiterleitete. Zwei Wochen später stellte die italienische Regierung Gábor Apor die erste Summe von 1 620 000 Lira zur Verfügung, um sie an die österreichischen Heimwehrführer weiterzugeben. Gleichzeitig trafen die eingeweihten Mitglieder des ungarischen diplomatischen Korps in Wien und Rom Vorbereitungen zur ungestörten Durchführung der Waffentransporte. Am 25. August unterbreitete Béla Jánky eine Aufstellung über den Waffenbedarf der Heimwehr und teilte mit, daß Steidle den Oberstleutnant im Generalstab, Jaromij Diakow, mit den Vorbereitungen für die Waffentransporte beauftragt habe. Der ungarische Gesandtschaftsrat in Rom, Andor Wodianer, verhandelte mit den italienischen Behörden über den Zeitpunkt der Transporte. Oberstleutnant Diakow meldete sich am 22. September unter Decknamen »Kasimir Müller« in der ungarischen Gesandtschaft in Rom und setzte durch Wodianers Vermittlung die Verhandlungen über die Waffentransporte fort.⁴

Den österreichischen Regierungen waren die Bestrebungen der Heimwehr selbstverständlich nicht unbekannt. Das beweist auch ein Bericht, den der ungarische Gesandte in Wien im August erstattete: »Seipel ließ Steidle und drei weitere Führer zu sich bitten und führte mit ihnen eine längere Unterredung. Bei dieser Gelegenheit fragte Generalleutnant Pichler den Kanzler, ob er bereit sei, mit ihnen zum Sturz der gegenwärtigen sozialistischen Regierung⁵ zusammenzuarbeiten. Seipel bejahte. Eine weitere Frage der Rassenstützler war, ob die Regierung bereit sei, die für den 7. Oktober dieses Jahres geplante Versammlung der Heimwehren in Wiener Neustadt zuzulassen. Auch darauf antwortete Seipel mit Ja. Daraufhin fragte Pichler, ob die Regierung im Falle eines Zusammenstoßes bereit sei, die Heimwehren mit Brachialtruppen (Polizei, Militär) zu unterstützen und im Falle ernster Zusammenstöße sich auf die Seite der Heimwehr zu stellen. Auch hierauf antwortete Seipel

⁴ Hierzu haben wir im Aktenmaterial des ungarischen Ministeriums des Äußeren kein umfangreicheres Material gefunden, was sich vermutlich damit erklären läßt, daß über die Waffentransporte eine direkte italienisch-österreichische Abmachung geschlossen worden ist.

⁵ Verweist auf die Wiener sozialdemokratische Stadtverwaltung.

ebenfalls mit Ja, ersuchte aber die Rassenschützer, nicht selbst den Zusammenstoß zu provozieren, denn das würde einen schlechten Eindruck auf die österreichische öffentliche Meinung machen.«⁶ Der hier angeführte Standpunkt der österreichischen Kanzlers Seipel bestätigt, daß die Regierungskreise stillschweigend mit den verfassungswidrigen Plänen der Heimwehr einverstanden waren, die Heimwehrführer aber, da sie nicht an einen Erfolg glaubten, zur Vorsicht aufforderten.

Der Heimwehr-Tag am 7. Oktober 1928 enttäuschte die Hoffnungen der österreichischen reaktionären Kreise. Es war nicht gelungen, in Wiener Neustadt einen bewaffneten Zusammenstoß zu provozieren. Der Aufmarsch hatte nur einen beschränkten Massenerfolg, obwohl der Verband der österreichischen Fabrikindustriellen bedeutende Summen dafür geopfert hatte. Steidles und der anderen Heimwehrführer antimarxistische und antidemokratische Reden fanden nicht das erhoffte Echo. Der Mißerfolg vom 7. Oktober löste in den Reihen der Heimwehr vorübergehend Deprimierung aus, nach kurzer Zeit aber wiederholten sich die gegen die Linke gerichteten Demonstrationen immer öfter, ihr Ziel war, die Straße und die öffentliche Meinung in ihren Besitz zu bringen.

Die Führung der sozialdemokratischen Partei vermochte die von der Heimwehr drohende Gefahr nicht in vollem Umfange zu erkennen. Statt die Arbeiterschaft zum Gegenangriff zu führen, zwang sie die Einheiten des Republikanischen Schutzbundes unter Hinweis auf Demokratie und Verfassungsmäßigkeit zur Passivität. Trotz ihres bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Einflusses litt sie es, daß die herrschenden Kreise die nach dem Sturz der bürgerlichen Demokratie strebende Heimwehr organisierten und bewaffneten. Sie konzentrierte ihre Kraftanstrengungen darauf, daß die Partei jede Provokation vermied, deshalb wich sie dem offenen Zusammenstoß mit der Heimwehr aus. Die Untätigkeit stellten sie als Tugend und weitblickende Taktik hin, die späteren Ereignisse jedoch beweisen klar, daß es bei offensivem Schutz der Demokratie niemals zum Februar 1934 gekommen wäre.

Im Gegensatz zum defensiven Standpunkt der sozialdemokratischen Führer versuchte die österreichische kommunistische Partei die Arbeiterschaft in den Kampf gegen die faschistischen Putschpläne zu bringen. Das Westeuropäische Büro der III. Internationale beschäftigte sich auf seiner am 17. und 18. September 1929 in Konstanz abgehaltenen Sitzung mit der Frage der Organisation des internationalen Kampfes gegen den österreichischen Faschismus. Der von ihm erlassene Aufruf betonte, daß die Bildung eines faschistischen Systems in Österreich nicht nur zur erhöhten Unterdrückung der österreichischen Arbeiterschaft führen, sondern auch die faschistischen Bestrebungen in Deutschland, der Tschechoslowakei und in anderen Ländern

⁶ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—ohne Registriernummer.

fördern würde, damit würde zugleich der reaktionäre Gürtel um die Sowjetunion weiter verstärkt werden. Die österreichische kommunistische Partei verwies darauf, daß die sozialdemokratische Partei einen falschen Weg beschreite, wenn sie der rechten Reform der Verfassung zustimme, denn dadurch fördere sie die Stärkung der reaktionären Kreise. Über die Kritik an der Politik der sozialdemokratischen Führer hinaus organisierte die kommunistische Partei antifaschistische Massendemonstrationen und versuchte beizeiten die Öffentlichkeit auf die Gewitterwolken aufmerksam zu machen, die sich über der Republik zusammensogen.

Auch im Jahre 1929 setzte die italienische Regierung durch Vermittlung der ungarischen Politiker die finanzielle und politische Unterstützung der Heimwehr fort und gründete ihre Überlegungen zunächst weiterhin auf die Machtübernahme unter der Führung der Heimwehr. Der Mißerfolg der 1928 aufgestellten Putschpläne verstimmte die italienischen Politiker,⁷ aber nach erneuter Vermittlung durch die ungarische Regierung und erneuter schriftlicher Verpflichtung der Heimwehrlührer, wobei sie die entscheidende Aktion für das zeitige Frühjahr 1930 versprochen, wurden der Heimwehr weitere Geldsummen überwiesen.

Mit der Bildung der Schober-Regierung im September 1929 entstand eine neue Situation, die Italiens Pläne zur Umgestaltung der österreichischen innenpolitischen Verhältnisse allmählich veränderte. Schober hatte schon früher mit der Heimwehr zusammengearbeitet und als Innenminister wiederholt versprochen, die Polizei werde die Heimwehr bei der Zerschlagung der Linken mit Waffengewalt unterstützen. Schobers Person und politischer Standpunkt ließen die Möglichkeit zu, daß die Rechtswendung von der Regierung selbst durchgeführt wurde und die Heimwehr die Regierung — unter Aufgabe ihrer selbständigen Putschversuche — hierbei unterstützte. Die italienische Regierung war mit Schobers Plänen einverstanden und deshalb ermahnte der italienische Gesandte in Wien, Auriti, Steidle der Regierung gegenüber zur Geduld. Im Gegensatz zum italienischen Standpunkt erkannte Bethlen die neue Lage nicht sofort. Das zeigt seine am 27. September an Steidle gesandte Botschaft in der er statt der Diskussionen über die Verfassungsreform auf Taten drängt: »Der Ministerpräsident ist sehr besorgt, daß die Bewegung durch die Verhandlungen mit den Parteiführern verflacht und ihre Erfolge zunichte werden. Der Ministerpräsident läßt sagen, den erschreckten Feind muß man auf den Kopf schlagen, denn wenn man mit ihm verhandelt, erholt er sich und kommt

⁷ Dies untermauert der Bericht des ungarischen Gesandtschaftsrates in Rom, Wodianer, vom 10. Oktober 1928, in dem er über seine Unterredung mit Außenminister Grandi unterrichtet: »Bei meinem heutigen Besuch bei Grandi kamen selbstverständlich auch die Ereignisse in Wiener Neustadt zur Sprache. Grandi war sichtbar mißgestimmt über deren ungestörten Verlauf und nachdem er eine Parallele zwischen dem Marcia su Roma und den Manifestationen vom Sonntag gezogen hatte, äußerte er sich sehr abfällig über die Führung der Heimwehr.« (O. L. Küm. res. pol. 1929—20—581).

wieder zu Kräften.«⁸ Ein Teil der österreichischen Regierungskreise verharrete ebenfalls auf den Putschplänen. Baron Louis Rothschild versicherte Steidle am 18. November 1929, falls die geplante Machtübernahme der Heimwehr schnell und mit wenig Blutvergießen durchgeführt werden würde, könnten das Bankhaus Rothschild und seine Filialen die Stabilität des Schillings und einen reibungslosen Verlauf des Wirtschaftslebens garantieren.⁹

Auch Schober selbst wünschte die Beseitigung der Linken, er war sich jedoch darüber im klaren, daß dieses Ziel wegen innen- und außenpolitischer Gründe¹⁰ nicht durch einen Putsch zu erreichen war. Die realistische Abwägung der Verhältnisse ließen Schober von dem Gedanken eines Heimwehr-»Marsches auf Wien« abgehen und statt dessen versuchen, den Einfluß der Linken durch eine reaktionäre Reform der Verfassung einzuschränken. Daneben näherte er sich außenpolitisch zunehmend Italien an. Am 6. Februar 1930 wurde ein italienisch—österreichisches Schiedsgerichtsabkommen unterzeichnet, und damit die über Südtirol bestehenden Meinungsverschiedenheiten vermindert. Am 8. Juli 1930 besuchte Schober Budapest und bei dieser Gelegenheit wurde das im Jahre 1923 geschlossene Schiedsgerichtsabkommen zu einem Freundschaftsvertrag ausgeweitet. Die Tätigkeit der Schober-Regierung fand in Italien eine günstige Aufnahme, und obwohl die Heimwehrführer Schober als Verräter und Kompromißler betrachteten, winkte Italien ihre regierungsfeindlichen Pläne ab.

Am 11. und 12. April 1930 fanden in Rom Verhandlungen zwischen Mussolini und Bethlen statt. Sie berieten über die österreichische innenpolitische Lage und legten ihren neuen Standpunkt zur Heimwehr fest: »In bezug auf Österreich erklärte Mussolini, Schober habe auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht, er sei ehrenhaft und aufrichtig. Als der Herr Ministerpräsident (Bethlen) die Heimwehren zur Sprache brachte, sagte Mussolini, er habe Schober nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, die Heimwehr nicht zu entwaffnen, bevor er alles erreicht habe, vor allem, bevor Wien nicht ausgeräuchert sei, sonst wäre es mit seiner Macht sofort zu Ende. Die beiden Ministerpräsidenten kamen darin überein, die Heimwehren wissen zu lassen, daß wir Sympathie für sie empfänden, ihnen weitere Entwicklung wünschten, in der gegenwärtigen Situation aber keinen Grund sähen, gegen Schober vorzugehen

⁸ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—635.

⁹ O. L. Küm. res. pol. 1929—20—847.

¹⁰ England und Frankreich sahen das Anwachsen des italienischen Einflusses in Österreich nicht mit beifälligem Blick. Am 18. November 1929 zum Beispiel teilte Lord Chilston, der englische Gesandte in Budapest, Außenminister Lajos Walkó mit: der englischen Regierung sei zur Kenntnis gelangt, daß einige Nachbarn auf versteckten Wegen Waffen nach Österreich schmuggelten. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Außenministers darauf, daß der Waffenschmuggel unangenehme Konsequenzen nach sich ziehen könne. Walkó verwahrte sich gegen die verhüllten Anspielungen. Er erklärte, Ungarn habe nicht im geringsten die Absicht, sich in die österreichischen inneren Angelegenheiten einzumischen, um so intensiver täte dies die tschechische Regierung, die über die Sokol-Organisation Waffen an den Republikanischen Schutzbund liefere.

und gegen seinen Willen zu intrigieren. Im gegebenen Fall jedoch seien wir bereit, sie nachdrücklich zu unterstützen.«¹¹

Die neue Taktik fand bei den Heimwehrführern geteilten Beifall. Die Gruppe um Steidle und Pabst war weiterhin von dem Gedanken befremdet, die Heimwehr könnte lediglich ein Werkzeug in der Hand der Regierung sein. Die Gegensätze verschärften sich besonders, als die Regierung Major Pabst, Steidles Generalstabschef, des Landes verwies. Es ist nicht uninteressant, zu erwähnen, daß Pabsts erster Weg nach Budapest führte. Am wichtigsten aber war, daß die politische Linie der Heimwehr in Gegensatz zu den Interessen der Regierung geriet. Während der zunehmenden Krise hatte die Regierung ausländische Kredite brennend nötig, eine von der Heimwehr künstlich geschürte Unruhe im Innern hätte ihre Beschaffung sehr zweifelhaft gemacht.¹² Deshalb beschloß der Verband der österreichischen Großindustriellen, der Gruppe Steidle—Pabst die finanzielle Unterstützung zu entziehen und die weiteren Zuwendungen unter Kontrolle durch eine dreiköpfige Kommission der Gruppe Starhemberg, die bereit gewesen war, sich den Interessen der herrschenden Kreise anzupassen, zu überlassen. Nachdem die Geldquellen versiegt waren, konnte Steidle den Führerposten nicht mehr halten. Das Führungsgremium der Heimwehr wählte auf seiner am 2. September 1930 in Schladming abgehaltenen Sitzung den Fürsten Starhemberg zum Bundesführer der Organisation.

Mussolini hatte Starhemberg schon vorher, Mitte Juli, nach Rom gerufen und mit ihm die Aufgaben der Heimwehr beraten: »Sie sollen vor allem die Risse in der Heimwehr verkitten und dann wieder die Einheit herstellen, dann alle Rechtsparteien zusammenfassend unter Führung der Heimwehr einen starken Block bilden und mit seiner Hilfe die Sozialdemokraten bei den Wahlen auf das möglichste Minimum drücken, weiter sollen sie versuchen, mit Herrn Schober zusammenzuarbeiten, denn gegen die Regierung und die Sozialdemokraten gleichzeitig können sie den Kampf ohnehin nicht aufnehmen.«¹³ Starhemberg befolgte Mussolinis Ratschläge und tatsächlich wurde die Heimwehr, nachdem sie alle Putschpläne aufgegeben hatte, als brauchbarer politischer Verbündeter in das am 30. September 1930 gebildete Kabinett Vaugoin aufgenommen. Dies war die erste Gelegenheit, bei der die Christlichsoziale Partei die Heimwehr als politische Organisation anerkannte. Durch die legalen Erfolge angespornt, beschloß Starhemberg, daß sie sich unter dem Namen Heimatblock an den Parlamentswahlen im November 1930 beteiligen werden. Dazu ermutigte ihn auch der Wahlerfolg der NSDAP am 14. September 1930; wenn

¹¹ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—234.

¹² Im Auftrage des englischen Parlaments hielt sich Patrick Hannon im Sommer 1930 in Wien auf, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, ob die österreichischen innenpolitischen Verhältnisse die Garantie für die Gewährung des erbetenen Kredites geben.

¹³ O. L. Küm. res. pol. 1930—23—474.

Starhemberg auch keinen so erfolgreichen Vorstoß erwartete, hoffte er doch, daß die Wahlen den Einfluß der Heimwehr bedeutend verstärken würden.

Italien und Ungarn ließen Starhemberg für den Wahlerfolg der Heimwehr jede Unterstützung angedeihen. Kennzeichnend hierfür ist der Bericht des Gesandten Hory über seine Unterredung mit Grandi: »Auch Herrn Mussolinis Wunsch zum Ausdruck bringend, bezeichnete er es als sehr wünschenswert, daß der Herr Ministerpräsident unter Ausnützung seiner direkten Verbindungen und seines persönlichen Gewichts auf die österreichische Lage auch weiterhin Einfluß nehme. In meiner Antwort legte ich dar, daß der Herr Ministerpräsident intensive Beziehungen zu den österreichischen Führern unterhalte. . . Gleichzeitig machte ich, der Anweisung des Herrn Ministerpräsidenten folgend, auf die Notwendigkeit aufmerksam, die österreichischen Wahlen auch durch materielle Mittel zu beeinflussen. Herr Grandi teilte mir daraufhin mit, er habe für die Wahlen bereits eine gewisse Summe überwiesen, die Heimwehr verfüge aber noch über einen Teil der früher übersandten Summen, es wäre gut, wenn auch diese für die Wahlen verwendet würden. Auch sie stünden in Kontakt mit den Österreichern, würden die Lage mit äußerster Wachsamkeit verfolgen. Obwohl sie ihrerseits alles nur mögliche taten, würde Herr Mussolini großes Gewicht darauf legen, daß Graf Bethlen, der die Verhältnisse und Persönlichkeiten am besten kenne, die Österreicher in der Hand behalte und taktisch lenke.«¹⁴

Der Heimatblock erhielt insgesamt 228 299 Stimmen, während auf die sozialdemokratische Partei anderthalb Millionen Wählerstimmen entfielen. Die breiten Massen des österreichischen Volkes wiesen das auf die Aufhebung der Demokratie und die Schaffung eines faschistischen Staates gerichtete Programm der Heimwehr zurück. Die Heimwehr erhielt acht Abgeordnetenmandate, was selbstredend zu wenig war, um als Koalitionspartner an der Regierung beteiligt zu werden. In der am 4. Dezember 1930 gebildeten Ender-Regierung war die Heimwehr nicht mehr vertreten.

Die auf dem legalen politischen Kampfplatz erlittene Niederlage führte zu einer verschärften inneren Krise der Heimwehr. Nach Starhembergs kurzer Ministerherrlichkeit sahen die Anhänger der Putschtaktik ihren Standpunkt bestätigt, daß nämlich die Heimwehr nach dem Sturz der Demokratie streben und ihren politischen Erfolg nicht im Labyrinth der parlamentarischen Demokratie suchen müsse. Steidle und Pabst beanspruchten die Führung wieder für sich. Die Krise innerhalb der Heimwehr war für die italienische und ungarische Regierung mit der Gefahr verbunden, daß der Erfolg ihrer mehrjährigen Arbeit und die auf die Heimwehrebewegung verwandten Millionen verloren wären, deshalb waren sie sofort darauf bedacht, die Heimwehrkrise zu beheben. Am 19. Dezember 1930 fanden in Budapest unter Bethlens

¹⁴ O. L. Küm. res. pol. 1930—20—712.

Vorsitz Verhandlungen über die Lösung der Krise statt. Neben Gábor Apor und Sándor Khuen-Héderváry nahmen die italienischen Gesandten in Budapest und Wien daran teil. Als dringendste Aufgabe bezeichnete Bethlen die Aussöhnung der bürgerlichen Politiker (Schober, Vaugoin, Seipel usw.) mit Starhemberg. Darüber hinaus sei es notwendig, daß die Heimwehrführer (Starhemberg, Steidle, Pabst, Pfriemer, Fey usw.) die Heimwehr wieder zusammenfaßten und die organisatorische Einheit der Bewegung wiederherstellten. Um die inneren Gegensätze zu überwinden, schickte Bethlen im Januar 1931 Gábor Apor nach Innsbruck, der die Finanzgebarung der Steidle-Gruppe kontrollierte und auch der italienischen Regierung darüber Bericht erstattete.

Am 19. August 1931 verließ István Bethlen den Sessel des ungarischen Ministerpräsidenten und so wurden die in seiner Hand zusammenlaufenden Verbindungsfäden vorübergehend zerrissen. Sie wurden neu geknüpft nach dem Oktober 1932, als der schon lange mit den deutschen und österreichischen konterrevolutionären Kreisen in Verbindung stehende und für seine faschistischen und Rassenschutzansichten allgemein bekannte Gyula Gömbös das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte. Die Zusammenarbeit der Regierungen Gömbös und Dollfuß und damit die Rolle der Heimwehrbewegung erhielten insofern einen neuen Charakter, als die österreichische Dollfuß-Regierung selbst den Weg zum faschistischen Ständestaat einschlug. Die Zielsetzungen der Heimwehr wurden zum Regierungsprogramm, alle mit der Heimwehrbewegung zusammenhängenden Angelegenheiten konnten nunmehr auf offizieller diplomatischer Ebene behandelt werden.

Akten

1.

Mailand, 2. April 1928

Aufzeichnung über die Beratung zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini und dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen

(Ausschnitte)

Bethlen: . . . Ich halte es also für notwendig, daß wir zuvor die ganze Situation besprechen und uns über die gemeinsamen Ziele einigen, über die politischen Mittel und über die Wege, die wir einschlagen wollen. In dieser Hinsicht könnte die gemeinsame Tätigkeit Ungarns und Italiens

¹⁵ Bei dem Geheimgespräch befaßten sie sich mit allen, beide Staaten berührenden außenpolitischen Fragen. Hier werden nur die Teile zitiert, die sich auf die österreichische Lage beziehen.

in zwei Richtungen konkretisiert werden. Das eine Ziel müßte sein, daß in Österreich eine rechte Regierung mit Hilfe der Heimwehren die Macht von der gegenwärtigen Regierung übernimmt, deren außenpolitische Ziele den unseren nicht kongruent sind und die der Tschechoslowakei gegenüber und im allgemein gegenüber der Kleinen Entente eine der ungarischen Regierung unangenehm freundschaftliche Politik führt. Seipel verfolgt meiner Meinung nach mehr oder weniger eine Politik nach Benesch's Ideen. Ein Anschlußgegner, möchte er im Donaubecken, wenn auch keine Konföderation, so doch einen Wirtschaftsblock schaffen. Diese Politik macht ihn zum Freund der Tscheche i. Ein starkes und unabhängiges Ungarn, das nur mit Gewalt in diesen Block getrieben werden könnte, hält er nicht für vorteilhaft. Ein rechtes Regime, das mit Italiens und Ungarns Hilfe zur Macht käme und sich auf diese beiden Ländern stützen würde, wäre für Italien insofern von Vorteil, weil es weniger an der Tirol-Frage rühren, ja sogar den Anschluß verzögern würde, weil es auf innenpolitischem Gebiet eine andere Richtung verträte als die gegenwärtige bzw. nach den Wahlen noch weiter nach links rückende deutsche Regierung und so würde der innenpolitische Gegensatz den Anschluß hinausschieben. Für Ungarn hingegen wäre dies von Vorteil, weil so zwischen Italien und Ungarn die Abwicklung des Verkehrs und die Einfuhr der Waffen gesichert wäre.

Meiner Ansicht nach ist heute die Bildung einer rechten Regierung leichter, weil die Heimwehren ihre Organisationen ausgebaut haben, gewisse Verbindungen zwischen dem Kopf der Wiener Polizei und einigen Führern des Bundesheeres hergestellt worden sind, so daß sie, falls sie in Aktion treten, auf das Wohlwollen dieser Organisationen zählen können. Nach meinen Informationen wären 300 000 Schilling nötig, um ihre Organisationen vollkommen auszubauen und eine gewisse Unterstützung mit Waffen. Ich stehe mit ihnen in Verbindung und habe die Nachricht erhalten, daß sie bei entsprechender Unterstützung im gegebenen Falle bereit sind, in Aktion zu treten. Sie haben mir den Vorschlag gemacht, die Vermittlung zu übernehmen. Mein Vorschlag wäre, Italien möge die erbetene Unterstützung geben und sich in weiteren auf meine Vermittlung stützen.

Am Freitag, den 6. April, traf ich wiederum mit Mussolini zusammen, der eine präzise Antwort gab:

Mussolini: Ich bin bereit den österreichischen rechten Organisationen 1 Million Lira einmal oder in Raten über Sie zu Verfügung zu stellen, ihnen die nötigen Waffen an der Grenze zu übergeben, wenn und wieweit sie sich verpflichten, in absehbarer Zeit die Macht zu übernehmen, ja wenn dieser Fall eingetreten ist, bin ich bereit, mit einer solchen Regierung über die Verbesserung der Lage der deutschen Minderheit in Südtirol zu verhandeln. Einer linken oder unsicheren Regierung gebe ich nichts, einer rechten dagegen auf dem Gebiet der Volksbildung und der deutschen Schulen das, was geeignet ist, die Frage zu eliminieren . . .

O. L. Küm. res. pol. 1928—23—265.
Kopie

2.

Innsbruck, 23. Mai 1928

Steidles Memorandum für die ungarische und die italienische Regierung

Die Heimatwehr befindet sich derzeit im Uebergang von einer reinen Wehrorganisation zu einer staatspolitischen Organisation, die durch die Wucht der in ihr organisierten Leute antimarxistischer Einstellung die sogenannten bürgerlichen Parteien zwingen will und muss, die unter dem Druck der roten Wiener Strasse zustande gekommene halbbolschewistische Verfassung zu ändern, ganz gleich welche Widerstände und Ereignisse dadurch ausgelöst werden.

Die 150 000 heute in den Reihen der H. W. organisierten Männer, welche bereit sind Kopf und Kragen für den Sieg ihrer Weltanschauung einzusetzen, können und wollen sich nicht mit der Rolle begnügen, als drohender Kettenhund auf der Wacht zu liegen, und zu kuschen bis der Hundebesitzer d. h. in diesem Falle die bürgerlichen Parteien ihn, wie am 15. Juli 1927, einmal loslassen, um ihn dann sofort nach getaner Arbeit gegen den eingebrochenen Dieb wieder an die Kette legen, sondern sie wollen mitreden bei der Gestaltung des Staates.

Damit sie dies können, müssen sie absolut schlagkräftig organisiert, gut ausgerüstet und beweglich sein; erst dann sind sie sowohl dem starken republikanischen Schutzbund gewachsen, wie auch den Feiglingen und Unentschlossenen im bürgerlichen Lager ein gefürchteter und darum beachteter Gegner, Stürmer und Dränger.

In der klaren Erkenntnis dieser Tatsache bemühen sich die bürgerlichen Parteien die Heimatwehr Bewegung nicht zu stark werden zu lassen, sondern sie nur soweit zu fördern, wie es Ihnen passt d. h. als »Drohmittel« gegen die Sozialdemokratie und den republikanischen Schutzbund; hierbei hoffen sie insgeheim mit Inbrunst, dass diese Beiden ja nicht wieder den Einsatz der Heimatwehr notwendig machen wie im Juli 1927. Zu diesem Zwecke setzt man da an, wo jede Bewegung am leichtesten zu treffen ist, nämlich bei der Zuteilung der finanziellen Mittel. Infolgedessen wendet man den Heimatwehren nur soviel an Geldmitteln und Ausrüstung zu, wie notwendig ist, die Organisationen gerade durchzuhalten, hingegen will man nicht, dass sie sich ausdehnen und wirklich schlagkräftig organisieren kann.

Trotzdem ist die Heimatwehr-Führung darangegangen, in Verfolg der Lehren des Juli aus den grossen Massen der ihr angehörenden Bauern und Städter u. s. w. die Tatkräftigsten herauszuziehen und aus Ihnen sogenannte Sturm und Marschformationen zusammenzustellen. Es handelt sich jetzt darum, diese Formationen so stark wie möglich zu machen und so auszurüsten und auszubilden, dass sie überall in Oesterreich rasch eingesetzt werden können, insbesondere auch in Wien und in den Industriebezirken.

Augenblicklich sind die Länder in dieser Hinsicht noch sehr verschieden weit, Steiermark, Tirol und Vorarlberg verfügen derzeit über die stärksten, best ausgerüsteten und beweglichsten Marschformationen, dann kommt Kärnten, Salzburg, weiter Oberösterreich, schliesslich Niederösterreich und das Burgenland; in Wien sind überhaupt nur Marschformationen aus jüngeren Jahrgängen aufgestellt, denn die sonstigen sogenannten Bürger schlafen in Wien nach wie vor oder trauen sich nicht aus Angst vor dem roten Terror.

Kärnten, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Wien bedürfen aber unbedingt grösserer Geldmittel, um sowohl ihre Ausrüstung zu verbessern wie zur Aufstellung brauchbarer Marschformationen. Menschen für diesen Zweck hätten sie bereits genug, so hat z. B. Oberösterreich 20 000 Mann, Niederösterreich 32 000 Mann, von denen gut ein Drittel sich schriftlich verpflichtet hat zur Einteilung in die Marschformationen oder mit andern Worten überall dahinzugehen, wo die Führung es innerhalb Oesterreichs für notwendig erachtet; aber es fehlt stark an Ausrüstung.

Die hieraus sich ergebenden Schlüsse sind

Geldmittel.

I. Sofort.

A) Sofortiger Ankauf von Ausrüstung:

Wien	30.000 S.
Nd. Oesterr.	100.000 S.
Ob. Oesterr.	80.000 „
Summe	<u>210.000 S.</u>

	<i>Uebertrag:</i>	210.000 S.
Salzburg		50.000 „
Kärnten.....		40.000 „
Steiermark		35.000 „
Tirol		25.000 „
Vorarlberg		10.000 „
	<i>Summe</i>	<u>370.000 S.</u>

1. Sofortige Ausgestaltung der eigenen Presse zur Förderung des Gedankens der »Verfassungsrevision« und Einflussnahme auf die sogenannte bürgerliche Presse	60.000 S.
2. Sofortige Beschaffung von derzeit in Erprobung begriffenen Gas-handgranaten und Gasstreuern	30.000 S.
3. Sofortige Beschaffung von Kurzwellensendern (8 Stück à 8000 S) Es wäre also sofort notwendig an Geldmitteln:	64.000 S.
	<u>524.000 S.</u>

**II. Später,
aber baldmöglichst.**

1. Zuweisung einer zweiten Ausrüstungsrate in der gleichen Höhe wie unter A)	370.000 S.
2. Aufstellung einer »Spezialformation« kurz »vor dem Augenblick«	100.000 S.
3. Bereitstellung eines Mobilmachungsfondes für die ersten Erfordernisse der in Marsch gesetzten Formationen	500.000 S.
Die später zu überweisende Summe beträgt also.....	<u>970.000 S.</u>

III. Bewaffnungsergänzung.

An Bewaffnung wäre anzustreben, weil im Lande nicht vorhanden, vielleicht bei den Nachbarn derzeit nutzlos herumliegende ehemalige österr. Ausrüstung wie folgt:

Wien	2000 Gewehre mit Bajonette u. je	300 Schuss,	30 M.G.
Nd. Öst.	5000 „ „ „ „	300 „	50 „
Ob. Öst.	4000 „ „ „ „	300 „	40 „
Salzburg	2000 „ „ „ „	300 „	20 „
Kärnten.....	2000 „ „ „ „	300 „	20 „
Steierm.	2000 „ „ „ „	300 „	20 „
Tirol	1000 „ „ „ „	300 „	10 „
	<u>18.000</u> „ „ „ „	<u>5.400000</u> „	<u>190</u> „

Zeitpunkt der Lieferung sobald die Möglichkeit des Transportes endgiltig geklärt ist (Vorarbeiten bereits eingeleitet.)

Die unter sofort angemeldeten Geldmittel müssten aber vollständig unabhängig von den Erfüllungs-Möglichkeiten zu II. d. h. wirklich sofort gegeben werden, damit wir in der Lage sind etwaigen Anforderungen auch vor Abschluss der vollständigen Ausrüstung der Marschformationen mit Aussicht auf Erfolg entsprechen können. Denn dieser Fall kann z. B. eintreten beim Ausbruch eines politischen Generalstreikes, womit zurzeit sehr stark gerechnet werden muss infolge der Lage in der Steiermark. Dort drängen nämlich die roten Gewerkschaften zur Entscheidung

gezwungen um ihren Fortbestand wegen des starken Abfalles in ihren Reihen, der eine Folge des Vormarsches des Heimatwehr-Gedankens in der Arbeiterschaft ist.

Abschliessend sei betont, dass nach Erfüllung der für sofort und für später angemeldeten Wünsche die Organisation ohne weitere in der Lage sein wird, jeden Anlass auszunutzen, die Mängel unserer jetzigen Staatsverfassung abzustellen.

Dr. Steidle m.p.

O. L. Küm. res. pol. 1928—20 — ohne Registriernummer
Kopie

3.

Budapest, 8. Juni 1928

Aufzeichnung Gábor Apors über die Verhandlung zwischen Bethlen und Steidle¹⁶

Der Herr Ministerpräsident teilte mir seine Unterredung mit Steidle in demselben Sinne mit, in dem mich bereits vorher Baron Apor in einem Brief kurz informiert hatte.

Das Wesentliche dieser Unterredung ist, daß der Herr Ministerpräsident Steidle nicht sagte, daß er bereits mit Mussolini über die österreichische Heimwehrebewegung gesprochen hat, ihm aber mitteilte, die geplante Änderung des österreichischen Regimes sei sowohl der ungarischen wie der italienischen Regierung sympathisch. Diese Mitteilung und die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, nach erfolgtem Regimewechsel könne Österreich damit rechnen, daß Italien in der Südtirolfrage eine gemäßigte Haltung einnehmen werde, haben auf Steidle sichtlich großen Eindruck gemacht.

Steidle legte dem Herrn Ministerpräsidenten die Organisation der Heimwehr im einzelnen dar und berichtete auch über seine Verbindungen zum Kriegsminister Vaugoin. Der Ausbau der Organisation schreite sehr schön fort, wenn auch die Lage an einigen Stellen, wie zum Beispiel in St. Pölten und in Wiener Neustadt, noch völlig rot sei und dort die Organisierung im Grunde genommen begonnen werden müsse. Er fügte hinzu, das aktive Auftreten sei so geplant, daß ihre Leute in zwei Teile aufgeteilt würden: der eine Teil würde zurückbleiben, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, der andere aber würde die eigentliche Aktion durchführen.

Steidle hat auf den Herrn Ministerpräsidenten einen günstigen Eindruck gemacht. Was die Aktion selbst anbetrifft, so führte Steidle aus, daß sie sans apropos, das heißt ohne jeden Vorwand nicht auftreten könnten, daß sie also einen gewissen Anlaß brauchten. Dafür könnten sie natürlich notfalls auch selbst sorgen.

Auf die Frage, wann sie in Aktion treten könnten, erklärte Steidle, vor dem Herbst auf keinen Fall, ganz gleich, welcher günstiger Vorwand sich inzwischen ergeben würde. Auf die andere Frage aber, nämlich auf welchen Vorwand sie warteten, antwortete er, der könnte sich sehr leicht ergeben. Ein solcher seien zum Beispiel im vorigen Jahre die Juli-Unruhen gewesen oder in diesem Jahr der Fall Béla Kuns,¹⁷ wo sie offen hätten fordern können, die Regierung solle Béla Kun an die ungarische Regierung ausliefern. Vielleicht würde aber auch eine Streikbewegung genügen, ein Fall, der im heutigen Österreich leicht eintreten könne.

Die Unterstützung stellt sich Steidle so vor, daß es gewisse Wünsche gäbe, die sofort erfüllt werden sollten, und solche, die erst zu einem späteren Zeitpunkt aktuell werden würden, wie das im einzelnen auch aus seinem Memorandum hervorginge.

¹⁶ Unten auf dem Aktenstück befindet sich eine mit Tinte geschriebene Notiz: »1 Exemplar des Tagesberichts wurde am 8. IV. nachmittags Herrn Gesandten Hory übergeben, der es als Kurier mitnahm.«

¹⁷ Die österreichische Polizei hatte Béla Kun Anfang 1928 in Gewahrsam genommen.

Ich erwähnte beim Herrn Ministerpräsidenten, daß ich vor meiner Abreise aus Rom über die Steidle-Bewegung mit Herrn Mussolini gesprochen hätte, der sich lebhaft für sie interessiert habe.

Ich bemerke noch, daß ich auf Anweisung des Herrn Ministerpräsidenten am 5. des Monats Durini aufgesucht und ihm das Steidle-Memorandum gezeigt habe,¹⁸ er notierte sich daraus ein-zwei Daten und versprach, diese am folgenden Tage per Kurier nach Rom zu schicken.

Schließlich werde ich Herrn Mussolini auf Grund meiner Unterredung mit Graf Khuen-Héderváry mitteilen, dahin zu wirken, daß faschistische Organisationen nicht direkt Berührung mit der Heimwehr suchen, wie dies nach dem Pantz-Memorandum¹⁹ geschehen sei, das wäre nur dazu geeignet, die Sache zu kompromittieren.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—369.

Kopie

4.

Rom 15. Juni 1928

**Bericht des ungarischen Gesandten in Rom, András Hory
an den ständigen Stellvertreter des Außenministers,
Sándor Khuen-Héderváry**

Sehr geehrter Freund!

Im wortwörtlichen Sinne der Anweisung habe ich heute Herrn M.²⁰ die Unterredung des Herrn Ministerpräsidenten mit S.²¹ und dessen eigene Eindrücke detailliert vorgetragen und gleichzeitig das S.-Memorandum überreicht.

M. folgte der Mitteilung bis zum Ende mit großer Aufmerksamkeit und las das S.-Memorandum²² in meiner Gegenwart sorgfältig und nahm seinen Inhalt zustimmend zur Kenntnis. Er bemerkte sofort, auch hier sei die Situation ähnlich gewesen, die bürgerlichen Parteien, die Liberalen und die anderen hätten zwar einzelnen, besonders gegen die Kommunisten gerichteten Aktionen des Faschismus applaudiert, sich aber vor seiner übermäßigen Stärkung gefürchtet. Solange die Faschisten gegen die extremen Elemente auftraten, seien sie zufrieden gewesen, daß die neue Richtung aber zur Macht kam, das hätten sie nicht mehr gewollt.

Er rät den Zuständigen, zuvor ein detailliertes politisches Programm aufzustellen. Das sei für das In- wie das Ausland wichtig, denn Europa, das das dortige rote Regime allgemein nicht beifällig betrachte, müsse das gesteckte Ziel bereits bei Beginn der Aktion kennen. Er erklärte: »Ich werde das neue Regime als erster anerkennen!«

Die notwendige Summe werde er über Durini zur Verfügung stellen. Was die Waffen anbetreffe, so müsse er wissen, an welchen Punkten die Übernahme erfolgen wird. Das sei ebenfalls über Durini mitzuteilen.

¹⁸ S. Aktenstück Nr. 2.

¹⁹ Baron Ferdinand Pantz, einer der Führer der steiermärkischen Heimwehrorganisation, hatte im Mai 1928 dem italienischen Militärattaché in Wien, Vecciarelli, ein Memorandum überreicht, in dem er die italienische Regierung um finanzielle Unterstützung für die Putschpläne der Heimwehr ersuchte. Pantz übergab ein Exemplar des Memorandums auch dem ungarischen Gesandtschaftsrat Alth (O. L. Küm. res. pol. 1928—20—335). Gábor Apor wies den ungarischen Gesandten in Wien an, Pantz, falls er erneut vorsprechen sollte, energisch abzuweisen.

²⁰ Mussolini.

²¹ Steidle.

²² S. Aktenstück Nr. 2.

Zum Fall Pantz erklärte er, er werde die italienische Gesandtschaft in Wien anweisen, sich mit ähnlichen Antragstellern in kein Gespräch einzulassen. Er selber teile vollkommen die Ansicht, daß die Aktion nur durch einen Kanal gelenkt werden könne.

Auf Grund seiner eigenen Erfahrungen vertraue er auf den Erfolg, wenn die Aktion zum entsprechenden Zeitpunkt mit den nötigen Organisationen, Disziplin und Kühnheit begonnen wird. Vor der Arbeiterschaft brauchten sie sich nicht zu fürchten, sagte er, wenn die Provinz aufmarschiere und die Hauptstadt abriegele, würden die sozialistischen Führer, die vornehmlich Juden seien, sofort beiseite treten und die Arbeiter, ohne Führer, zu Kreuze kriechen.

*Ich verbleibe in aufrichtiger Verehrung
Dein wahrer Freund
András Hory*

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—405.

Original

5.

Rom, 26. Juni 1928

**Bericht des ungarischen Gesandten in Rom, András Hory,
an den ständigen Stellvertreter des Außenministers,
Sándor Khuen-Héderváry**

82. res. 1928

Geheim!

Grandi . . . ließ mich zu sich rufen und sagte mir folgendes: »Wie Mussolini . . .²³ bereits kurz mitgeteilt hat, ist die italienische Regierung bereit, den Österreichern die erbetene finanzielle Hilfe und die Waffen zur Verfügung zu stellen. Das Geld wird über Durini di Monza geschickt, die Waffen werden an einem oder mehreren, vorher festgelegten Orten an der österreichischen Grenze deponiert. Wir sind bereit, beide Ansuchen innerhalb von ein-zwei Wochen zu erfüllen, jedoch nicht bedingungslos.

Ein rechtsorientiertes Regime, das für Ungarn vielleicht einen gewissen Vorteil darstellt, ist auch uns sympathisch. Andererseits aber müssen wir uns darüber im klaren sein, daß Österreich mit einer halb roten, auf jeden Fall aber stark linken Regierung ein bedeutend schwächerer Nachbar ist, als wenn dort ordentliche Elemente regieren. Wenn wir also bemüht sind, unserem Nachbarn, selbst auf die Gefahr eines außenpolitischen Skandals, auf die Beine zu helfen, müssen wir dafür die Garantie erhalten, daß vom neuen Regime keine Schwierigkeiten in der Südtirolfrage gemacht werden. Mit anderen Worten, noch bevor wir Unterstützung leisten, müssen wir in der obigen Frage von der aktiven Führung Sicherheiten in Form einer Deklaration erhalten.«

Darauf bemerkte ich, nach einer Äußerung Mussolinis zu Bethlen sei Mussolini, falls ein rechtsgerichtetes Regime zur Macht käme, zu Konzessionen in der Minderheitenfrage bereit und das habe Bethlen Steidle bereits mitgeteilt.

Den Staatssekretär brachte diese Mitteilung in äußerster Verwirrung. Er könne, sagte er mir, diese Äußerung nicht mit der Südtirolpolitik des Regierungschefs in Einklang bringen, die unter Ausschluß jeden Kompromisses auf die völlige Italianisierung Südtirols gerichtet sei.

Fortsetzung unter Nr. 83. res.

Hory

²³ Am Rand mit Bleistift: Wodianer.

83. res.

Geheim!

»Alle seine Maßnahmen sind von diesem Gedanken getragen und dadurch hoffen wir mit Sicherheit, daß diese Frage endgültig vom Horizont verschwinden wird.

Da Sie von einer solchen Äußerung wissen, halte ich es für nötig, diese sehr wichtige Einzelheit von neuem mit Mussolini zu besprechen.« Dann sagte er lachend, Mussolini käme wegen seiner umfangreichen Inanspruchnahme bei solchen Gelegenheiten nicht dazu, seine Gespräche zu Papier zu bringen und so passiere es, daß man im Palazzo Chigi, sehr zum Schaden der praktischen Durchführung der Außenpolitik, über wichtige Momente nicht eingehend informiert sei.

Dann bemerkte ich als persönliche Ansicht zur gewünschten Deklaration, daß ich darin nicht sehr viel praktischen Nutzen erblickte, weil sie nur den oder die augenblicklichen Führer der Aktion binde, die bei der Bildung einer neuen Regierung ohnehin keine entscheidenden Faktoren sein werden.

Schließlich kamen wir darin überein, daß er die Frage erneut mit Mussolini bespricht und sich dann endgültig zu den Bedingungen äußert.

Heute ließ er mich wiederum zu sich bitten und legte dar, daß er die Frage mit Herrn Mussolini besprochen habe, der sich lebhaft an seine Konversation mit Graf Bethlen erinnere.

Hory

84. res. 1928

Geheim!

Fortsetzung des Berichts 83.

So auch daran, daß er über die Konzessionen für eine rechtsgerichtete Regierung gesprochen habe. Andererseits bestünde er darauf, daß die Führer der Aktion, also nicht nur Steidle, sich in einer schriftlichen Erklärung verpflichteten, falls sie zur Macht kämen, die Südtirolfrage in den italienisch-österreichischen Beziehungen als nicht existent zu betrachten. Grandi bemerkte im Zusammenhang mit dieser Frage, sie würden den Österreichern sehr wenig vertrauen und könnten ohne eine solche verpflichtende Erklärung die gewünschte Unterstützung nicht leisten.

Hory

O. L. Küm. res. pol. 1928—20—417.

Original

6.

Fonyód-Bélatelep, 28. Juli 1928

Aufzeichnung Gábor Apors über die Begegnung zwischen Ministerpräsident Bethlen und Heimwehrführer Steidle

Der Ministerpräsident traf heute mit Herrn S.²⁴ zusammen und teilte ihm mit, daß die italienische Regierung bereit sei, das im Memorandum erbetene Geld und die Waffen zu geben, unter der Bedingung, daß S. die Erklärung 417/res.²⁵ unterzeichne. S. las die Erklärung, nahm den Durchschlag an sich und erklärte, er persönlich, habe keine Bedenken, sie zu unterschreiben, müsse sie aber zunächst mit Pichler, seinem Militärbefehlshaber, beraten. Danach erklärte er, auch er habe eine Bitte, nämlich eine offizielle Erklärung, daß die italienische Regierung im Falle einer erfolgreichen Aktion die neue Regierung sofort anerkennt, damit nicht unter dem deprimierenden

²⁴ Steidle.²⁵ S. Aktenstück Nr. 8.

Eindruck der allgemeinen Nichtanerkennung die Stabilität des Geldmarktes ins Wanken gerate, was mit katastrophalen Folgen verbunden sein könnte. Der Ministerpräsident erklärte, er werde dies in Rom zu errischen suchen. Im Verlaufe des weiteren Gesprächs kam eine Einigung darüber zustande, daß S. die fragliche Erklärung innerhalb kürzester Zeit abgeben werde, weiterhin, daß ihm das Geld über General Jánky persönlich übergeben werden würde; schließlich, daß S. für den Schmuggel der Waffen (er will ihn über St. Karinthien durchführen) dem Ministerpräsidenten einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan überreichen werde, damit er ihn zur weiteren Erledigung der italienischen Regierung übergibt. Auf die Frage des Ministerpräsidenten sagte S., seine Organisation habe in letzter Zeit wesentliche Fortschritte gemacht, vornehmlich in Wiener Neustadt und im Süden Niederösterreichs, nur eben Waffen fehlten. Der Ministerpräsident machte ihn auf das Datum vom 7. Oktober aufmerksam. Für diesen Tag habe er in Wiener Neustadt eine Versammlung angekündigt und die Roten ebenfalls. Wenn es zur Kraftprobe käme, könne daraus leicht ein »Marsch auf Wien« werden. Natürlich nur unter der Bedingung, daß die Sozialisten den Kampf provozierten, denn er beharre auf dem Standpunkt, ohne plausiblen Grund vor den Massen seiner Organisation nicht aus der Defensive herauszugehen. S. teilte weiterhin noch mit, Kanzler Seipel habe sich ihm in letzter Zeit genähert und sei etwas energischer gegen die Roten gewesen, so daß es nicht ausgeschlossen sei, daß auch er sich einer eventuellen Aktion anschließen würde.

Danach dankte der Ministerpräsident S. für seine freundlichen Bemühungen im Zusammenhang mit dem Besuch und entfernte sich.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—441.

Original

7.

Innsbruck, 8. Januar 1928

Steidles Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen

Euer Exzellenz!

Nach meiner Rückkehr in die Heimat beehre ich mich, Euer Exzellenz die mir übergebene Erklärung unterfertigt zu übersenden, nachdem ich mir die Angelegenheit reiflich überlegt habe. Die Erwägung, daß ich meinem Vaterlande in seiner Not nicht durch Stimmungspolitik, welche von Augenblicksregungen diktiert wird, sondern nur durch Realpolitik auf weitere Sicht unter nüchterner Betrachtung der gegebenen Verhältnisse am besten diene, hat mich bewogen, diesen Schritt zu tun. Ausschlaggebend war hierbei der Umstand, daß mir Euer Exzellenz ausdrücklich die Versicherung namens der Stelle, an welche meine Erklärung gerichtet ist, wiederholten: im Falle des Gelingens der geplanten Aktion würden den deutschen Südtirolern auf kulturellem Gebiet (Schulen) Erleichterungen bzw. Entgegenkommen geboten werden.

Den zweiten Satz der Erklärung habe ich in seinem letzten Teile sinngemäß nach der Fassung des ersten Satzes umstilisiert.

Ich bitte nunmehr Euer Exzellenz, für die rascheste Durchführung der mir in Aussicht gestellten ersten Sendung auf dem besprochenen Wege Sorge tragen zu wollen, da unter Umständen, wie ich Euer Exzellenz darzulegen die Ehre hatte, eine Entscheidung schon im Oktober fallen kann, für welche die nötigen Vorarbeiten mit aller Energie schon jetzt begonnen werden müssen.

Genehmigen Euer Exzellenz meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundlichen Bemühungen nebst dem Ausdrucke meiner besonderen Hochachtung, mit der ich zeichne als Euer Exzellenz ergebenster

Steidle

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—417.

Original

8.

Budapest, Juli 1928²⁶**Text der von Heimwehrführer Steidle unterzeichneten Erklärung**

Unterfertiger erklärt im Falle eines Gelingens seiner geplanten Aktion zu trachten, daß eine derartige Regierung gebildet werde, die schriftlich das Versprechen abgeben wird, die Südtiroler Frage weder offiziell noch in der Öffentlichkeit aufzuwerfen noch eine diesbezügliche Propaganda zu dulden. Nachdem aber keine Regierung verhindern kann, daß diese Frage von unabhängigen Kreisen im Parlament oder in der Presse zur Sprache gebracht werde, so wird in diesem Falle die Regierung erklären, daß diese Frage als eine innerpolitisch italienische zu betrachten sei.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—ohne Registriernummer.

Kopie

9.

Budapest, 23. August 1928

Aufzeichnung Gábor Apors

De Astis erschien bei mir und erklärte, Grandi habe die Genehmigung der Kalkulation mit 1 620 000 Lira festgesetzt und frage, in welcher Form das Geld überwiesen werden solle. Auf Grund einer vorherigen Besprechung mit dem Herrn Minister bat ich um einen Scheck.

Apor

Budapest, 25. August 1928

De Astis erschien bei mir und übergab mir zwei von der Banca d'Italia auf das Außenministerium lautende Schecks, den einen über 500 000 Lira, den anderen über 1 120 000 Lira. Ich habe sie entgegengenommen und eine Quittung gegeben. De A. bat darum, von S. eine Quittung zu verlangen und ihm diese zugehen zu lassen.

Die Schecks habe ich Herrn Generalkonsul Miklós²⁷ zu Einlösung übergeben.

Apor

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—ohne Registriernummer.

Original

10.

Wien, 25. August 1928

Aufzeichnung des ungarischen Gesandtschaftsrates in Wien, Béla Jánky für Gábor Apor über die Waffenbedürfnisse der Heimwehr²⁸

Von der zugesicherten Ausrüstung würden zuerst gebraucht werden die für N-Österreich u. den östlichen Teil Oberösterreichs vorgesehenen Gegenstände u. zwar: 5000 Gewehre mit 1 000 000 Patronen u. 40 Mg. (sollten M6-Gurtezu 1000 oder 250 Schuß vorhanden sein, so wird gebeten,

²⁶ Genaues Datum ist nicht angegeben.

²⁷ Generalkonsul Tibor Miklós, der Beauftragte für die Verwendung der besonderen Geldsummen.

²⁸ Unten auf dem Aktenstück ist eine mit Tinte geschriebene Notiz von Apor Gábor zu lesen: »Das Original hat Graf Khuen De Astis mit der Bitte übergeben, es nach Rom zu schicken und möglichst bald mitzuteilen, wo und an wen sich der entsprechende Herr wenden soll.«

von diesen pro MG. 4 Gurte ungefüllt zu überweisen, weil dieselben in Österreich nicht mehr vorrätig sind und etwa doch noch aufzutreibende Altbestände in außerordentlich mangelhaftem und schlechtem Zustand sich befinden).

Mit der Durchführung der Transporte ist der ehemalige Generalstabsoberstleutnant Jaromir Diakow beauftragt, welcher die hierfür nötige Eignung in besonderem Maße besitzt. Es ist ihm gestattet worden, sich eine Hilfskraft aus den Herrn der Landesleiter Steiermark oder Kärnten heranzuziehen.

Die Transporte müßten über Villach geleitet werden; Bestimmungsland Rumänien, an eine bestehende oder nicht bestehende Eisen- oder Stahlfirma.

Der erste Transport müßte so bereitgestellt werden, daß er am 20. September 1928 durch Villach rollt. Der letzte Transport müßte am 4. Oktober 1928 die Grenze überschreiten.

Es wird gebeten, mitzuteilen, mit welchen Stellen Herr Oberstleutnant Diakow in Verbindung treten kann, um mit diesen die frachtechnischen Einzelheiten, die Durchführung der Verbindung usw. zu besprechen.

O. L. Küm. res pol. 1929—20—Aufzeichnung ohne Registriernummer.

11.

Wien, 20. September 1928

**Brief des ungarischen Gesandtschaftsrates in Wien,
Béla Jánky, an den ständigen Stellvertreter des Außenministers,
Sándor Khuen-Héderváry**

D.²⁹ fährt heute abend dahin; sein Visum habe ich über Auriti besorgt, denn sein Erscheinen wäre dort um so mehr aufgefallen, als die Sozis — sehr in Dampf — die Wege der prominenten Gegner beobachten lassen, unsere Freunde aus den Bergen³⁰ haben aus Vorsicht angeordnet, daß D. zu Verhandlungen nach München geht.

Der 7. Oktober wird stattfinden, es ist aber zu befürchten, daß die Sozis der offenen Niederlage ausweichen, so hat vorgestern, auf einer Geheimsitzung des Republikanischen Schutzbundes, General Körner erklärt, den vorbereiteten Faschisten dürfe kein Sieg gewährt werden, also keinerlei Widerstand: die Initiative müßten die Sozis auch weiterhin in der Hand behalten.

Andererseits war gestern bei Herrn Schober eine Sitzung zur Sicherung des Heimwehrtages am 7. Oktober, an der General Schiebl als Vertreter Vaugoins und Major Pabst an Steidles Stelle teilnahmen; hierbei zeigte sich wieder eindeutig, daß der Kanzler absolut für das aktive Auftreten ist. Die staatlichen Machtorgane decken und sichern es!

Wenn also der Heimwehrtag vom 7. Oktober stattfinden wird, dann haben die 2½-en³¹ bereits eine Niederlage erlitten, deren innenpolitische Auswirkungen heute um so weniger vorzusehen sind, als in Kürze der St. Pöltener Tag folgen wird, also im zweiten röttesten Ort; erfahrungsgemäß würden diese Aufmärsche Bauers und seiner Genossen Ansehen so sehr ins Wanken bringen und so viele Abtrünnige wieder in die Reihen der Patrioten zurückstoßen, daß sie auch ohne eigentlichen physischen Kampf ihre Macht endgültig stürzen können.

Die geplante radikale Lösung ist natürlich schneller und wirksamer.

²⁹ Diakow.

³⁰ Als Verschlüsselung für Steidle und die Heimwehr wird häufig »aus den Bergen« gebraucht.

³¹ Spielt auf die sogenannte 2½-Internationale an.

In dieser Richtung mit höherer Zustimmung auch weiterhin zur Verfügung stehend, verbleibe ich mit hochachtungsvollen Grüßen, Dein Getreuer

20. 9.

Jánky

Mit schriftlicher Vollmacht unseres Freundes aus den Bergen hat heute der Generalstabschef die Sendung der vorigen Woche gegen Quittung entgegengenommen; ich werde sie Dir in der kommenden Woche zukommen lassen, wenn auch unser Freund aus den Bergen unterschrieben hat, der am 25. mit seinem Stellvertreter hierherkommt, um die Vorbereitungen für den 7. Oktober zu beenden.

21. 9.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—535

Original

12.

Wien, 30. November 1928

Aufzeichnung über das Gespräch zwischen dem Gesandtschaftsrat in Wien, Béla Jánky und Heimwehrführer Steidle³²

Auf Dr. Steidles Bitte frühstückten wir gestern gemeinsam. Steidle hielt sich hier einige Tage im Zusammenhang mit den Wiener Heimwehrangelegenheiten auf, hatte aber trotzdem Gelegenheit, mit dem Kanzler am 28. aktuelle innen- und außenpolitische Fragen zu besprechen. Aus beiden Gesichtspunkten hält es Steidle für nötig, daß Österreich zu einem nennenswerten Nachbarn Beziehungen unterhält, die seine Regeneration fördern, und dieser Nachbar ist natürlich Italien. Als Südtiroler heißt er dessen gegenwärtige Politik nicht gut, das auf dem Innsbrucker Heimattag habe er nicht zugelassen (was Riccardi auch mit großer Genugtuung anerkannt habe), denn er sei überzeugt, auf Grund einer Vereinbarung mit dem Duce könnte er seinen Landsleuten am besten helfen. Herr Seipel sei mit Steidle vollkommen einverstanden und habe der Grundhoffnung Ausdruck gegeben, daß er in naher Zukunft Gelegenheit haben werde, mit dem Duce persönlich zu verhandeln.

In diesem Zusammenhang bat Dr. Steidle, den Duce im Interesse der künftigen Entwicklung zu bitten, Dr. Seipel gegenüber seine Verbindungen zu den Heimwehren nicht zu lüften. Zwar gehe der Kanzler im Augenblick mit ihnen, trotzdem sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sie in Gegensatz zueinander kommen und dann würde die Kenntnis der Verbindung nur Herrn Seipel nützen.

Ich bitte diesen Bericht schnellstens über Herrn Außenminister dem Zuständigen zur Kenntnis geben zu lassen, damit die notwendigen Schritte beim Quirinal unternommen werden können.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—740.

Kopie

13.

Innsbruck, 4. März 1929 Schillerstr. 19.

Steidles Memorandum an das ungarische Ministerium des Äußeren

Die reichsdeutschen Wehrverbände und Rechtskreise suchen sich angesichts der trostlosen Lage des deutschen Reiches in innenpolitischer und außenpolitischer Hinsicht, neuerdings engeren

³² Auf dem Deckblatt der Aufzeichnung ist von der Hand Dr. Kuhls folgende Notiz zu lesen: »Obiges haben wir über Gesandten Gajzágó Graf Bethlen, der sich in Lugano aufhält, ausrichten lassen, damit er es Grandi mitteilt.«

Anschluß an die konservativen und wehrhaften Kreise derjenigen Länder, in denen die wehrhaften und antimarxistischen Elemente die Leitung des Staates in der Hand haben.

Als die naturgegebenen Bundesgenossen werden von diesen Kreisen Ungarn und über dieses Italien betrachtet, zumal man sich zu der Auffassung durchgerungen hat, daß über die Frage »Südtirol« die großen gemeinsamen Ziele nicht aus dem Auge gelassen werden dürfen.

Man hat nun in der Annahme, daß wir Fühlung mit den uns weltanschaulich verbundenen Kreisen Ungarns haben, von reichsdeutscher Seite an uns die Bitte gerichtet, die Verbindungen dorthin zu ebnen und erhofft sich alsdann von dort aus auch Fühlung mit Rom zu bekommen.

Ich gebe hiermit diesen Wunsch, das Ergebnis mehrerer eingehender Aussprachen in München und Berlin, weiter, da ich der Ansicht bin, daß alles geschehen muß, der emsig arbeitenden roten Internationale eine gemeinsame Front aller uns weltanschaulich Verbundenen entgegenzustellen und trotz aller Schwierigkeiten zur weißen Internationale zu gelangen, aus welcher sich dann automatisch die wirklichen Lösungen (keine Scheinlösungen wie Locarno) aller Schwierigkeiten in Europa einschl. der Minderheitenfrage ergeben werden.

Steidle

Nachtrag

Bitte anzufragen, wie an den bewußten Stellen eine etwaige Beteiligung von Heimatwehr-Abordnungen am Münchener Stahlhelmtag (Pfungsten 1929) beurteilt wird, wir sind eingeladen möchten aber unter keinen Umständen uns Schwierigkeiten verschaffen.³³

Steidle

Memorandum

Der Heimatwehrebewegung war es Dank der ihr zur Verfügung stehenden reicheren Mittel im Herbst und Winter 28/29 möglich, ihre Organisation durch vermehrte Propaganda nicht nur zahlenmäßig wesentlich zu vergrößern, sondern sie vor allem auch schlagkräftiger auszubauen und zwar dadurch, daß besonders geeignete Feldgediente und Jugendliche zu »Marschformationen« zusammengestellt wurden. Dieser Tätigkeit galt auch ein großer Teil der Winterarbeit, wobei namentlich die gleichmäßige und gute Ausrüstung dieser Formationen viel Arbeit und Mittel erforderten. Erst jetzt ist aber die Führung imstande, mit diesen Marschformationen in Oesterreich überall da aufzutreten, wo sie will, es bedarf aber noch weiterer Mittel um dieselben so auszugestalten, daß sie wirklich unabhängig von ihren Heimatorten bezügl. Ausrüstung und Verpflegung u. mit Transportmitteln sind. Gleichzeitig mit dieser erhöhten Organisationstätigkeit ist die Heimatwehrführung bewußt in den »Kampf um die Macht im Staate« eingetreten. Diesen Willen hat sie nicht nur publizistisch in die Öffentlichkeit getragen, sondern auch praktisch zur Auswirkung gebracht durch das Vorwärtstreiben der Bewegung gegen die Bundeshauptstadt Wien, denn die Führung war keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß bei der Eigenart der Konstruktion des österr. Staates einzig und allein die Zerschlagung der in Wien und Umgebung konzentrierten politischen und wirtschaftlichen Macht des Austromarxismus die Entscheidung bringen kann. Mögen die Länder noch so gut organisiert sein, mag die Arbeiterschaft in diesen noch so sehr unter dem Druck der Heimatwehrebewegung stehen, die »Eroberung Wiens« und damit ganz Oesterr. ichts ist das Entscheidende. Die ganz außergewöhnliche Stärke der Sozialdemokraten in Wien und die gewaltigen finanziellen Mittel, über welche die rote Verwaltung Wiens (zumeist aus bürgerlichen Steuergeldern) verfügt und welche sie rücksichtslos in den politischen Kampf zu werfen pflegt,

³³ Außenminister Walkó schickte Béla Jánky am 12. März die telegraphische Anweisung, Steidle entschieden die Fahrt nach München auszureden. (O. L. Küm. res. pol. 1929 — 20 — 231).

geschlossen es leider für die Heimatwehren vor dem 28. Oktober völlig aus, mit den vorhandenen ungenügenden Mitteln in den Kampf um Wien zu treten. Sobald in letzterer Hinsicht ein gewisser Wandel eingetreten war, wurde zielbewußt mit der Arbeit begonnen.

War der Aufmarsch in Wr. Neustadt am 7./X. der Beginn des Kampfes um das Vorgebürge Wiens, so war die große Massenversammlung am 18./II. 28. in den Sofiensäulen der Auftakt im Kampfe um Wien selbst. Dieser wurde seitdem planmäßig zunächst mit intensiver Kleinarbeit, d. h. mit zahlreichen Versammlungen in den Wiener Arbeiter-Vierteln weitergeführt u. soll am 24./II. wieder eine Etappe vorwärts getrieben werden, »durch den ersten Aufmarsch unserer Wiener Wehrverbände in einem der röttesten Viertel der Stadt.«

Wie vorauszusehen, hat die erhöhte Aktivität unserer Bewegung auch vermehrte Widerstände ausgelöst. Diese Widerstände kommen von 2 Seiten, einmal von den Austromarxisten, zum anderen aber aus den sogenannten bürgerlich-parlamentarischen Kreisen, die von unserer Volksbewegung das Ende ihrer Parteienmisswirtschaft fürchten.

Der Widerstand von austromarxistischer Seite wird sehr geschickt geleitet. Diese Geschicklichkeit äußert sich in großen Zügen betrachtet vor allem darin, daß man jedem Zusammenstoß mit uns nach Möglichkeit ausweicht, daß man in der allgemeinen — auch von den Bürgern gelesenen roten Tagespresse eine milde Tonart anschlägt, sogar vom Abrüstungswillen usw. redet, kurz sich so gebärdet, daß der »Spieß« auf den Gedanken gebracht wird, die wirklichen Störer seiner Ruhe und seiner Geschäfte sind die rabiaten Heimatwehren, während die braven Austromarxisten mit fliegenden Fahnen im Abmarsch in die gemäßigte Richtung seien.

In den für den Republikanischen Schutzbund, für die Intelligenz der Partei, für die Angehörigen des linken Flügels usw. bestimmten Tages- und Monatsorganen hingegen, wird ein radikaler Kampftone gegen die »Hahnenschwänzer« eingeschlagen, damit die eigenen Leute ja nicht an dem Willen der Partei zweifeln, ihre Machtpositionen gegen die Heimatwehr zu halten.

Der zweite Widerstand, nämlich der aus dem bürgerlich-parlamentarischen Lager wäre an und für sich nicht besonders hoch zu bewerten, denn in der Stunde der Tat werden diese Herren in ihrer Mehrzahl nicht da sein und sich später sehr bald mit den einmal geschaffenen Tatsachen »abfinden«. Unangenehm ist aber z. Zt., daß diese Kreise aus begreiflichen Gründen gegen die HW.-Bewegung Stimmung machen und zwar mit Hilfe der sogenannten liberalen Presse, die in Oesterreich, speziell in Wien, die verbreitetste ist und auch außerhalb Oesterreichs als Maßstab der öffentlichen Meinung bewertet wird.

Diese Stimmungsmache soll namentlich die finanziell starken Kreise davon abhalten, Mittel zur Förderung der Bewegung zur Verfügung zu stellen. Hierin ist dieselbe leider vielfach von Erfolg begleitet, zumal auch gewisse christl. soz. Blätter Schützenhilfe hierbei leisten, während die Zahl jener Blätter, auf welche unsere Bewegung weltanschauungsgemäß oder finanziell bisher Einfluß zu gewinnen vermochte, noch recht gering ist. Doch bestünde gerade z. Zt. die Möglichkeit, gewisse Wiener Blätter, darunter ein solches von Weltruf in die Hand zu bekommen, wenn die Mittel da wären.

Alles in allem genommen:

Die Heimatwehr ist gewillt, bezw. muß in absehbarer Zeit zum »Endkampf in Wien« antreten, das erfordert die Zuweisung weiterer Mittel und zwar:

- a) Zur Verstärkung der Propaganda,
- b) zum weiteren Ausbau der gegebenenfalls in Wien einzusetzenden Marschformationen,
- c) zur Schaffung des Fonds, der es der Leitung ermöglicht, in dem ihr richtig erscheinenden Augenblick, aus eigenem, freiem Entschluß einzugreifen und nicht nur dann, wenn es den finanziell starken Kreisen paßt, denn diese stellen immer und auch in Spezialfällen, z. B. in Wr. Neustadt die Mittel nur über den Bundeskanzler und auch dann so knapp wie möglich zur Verfügung und zwar aus der Sorge heraus, die Heimatwehrführung, könnte selbständig und aktiv vorgehen. Nebstbei bemerkt, war das anläßlich von Wr. Neustadt noch gar nicht möglich, denn weder war in Nied. Oester. die Organisation genügend weit ausgebaut, noch war in Wien selbst die Arbeit aus Mangel

an Mitteln in Angriff genommen. Letztere Möglichkeit bot sich erst mit dem Augenblick, wo wir über solche verfügten.

Der »Kampf um und in Wien«, den Vorposten des Bolschewismus in Mittel-Europa, erfordert aber die baldige Zuweisung der weiteren Mittel, in der bereits bekannten Höhe, denn nur wenn wir über diese verfügen, können wir mit Aussicht auf Erfolg aus diesem Kampf zum Endschlag übergehen.

Steidle

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—231.

Original

14.

Budapest, 19. Juni 1929

Brief Gábor Apors an Béla Jánky

Lieber Freund!

Ich lenke Deine freundliche Aufmerksamkeit darauf, daß die deutsche sozialistische Zeitung Münchener Post in ihrer Nr. 127 vom 5. laufenden Monats unter dem Titel »Sorgen und Pläne der Heimatwehr« einen Artikel veröffentlicht hat, der sich unter anderem auch mit Deiner Tätigkeit in Wien befaßt und von Dir sagt, Du seist Verbindungsoffizier zwischen den Heimwehren und dem italienischen Faschismus.

Da das Erscheinen dieser Nachricht offensichtlich auf eine Indiskretion schließen läßt, bitte ich Dich, sei so freundlich, bei Deinen Berührungen die größte Vorsicht walten zu lassen und auch Deine Leute nachdrücklichst dazu aufzufordern, denn ich glaube, es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, daß ein Auffliegen unserer Verbindungen mit katastrophalen Folgen verbunden wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Apor gez.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—330.

Kopie

15.

Rom, 13. Juli 1929

Brief des ungarischen Gesandten in Rom, András Hory, an den Außenminister

Streng geheim!

Sehr geehrter Freund!

In der Annahme, daß meine an Gábor Apor gerichteten sehr vertraulichen Briefe vom 22. und 27. des Monats in Deinem Besitz sind und Du daher über die Vorgeschichte meiner in den letzten, sehr geheimen Telegrammen kurz skizzierten Verhandlungen entsprechend informiert bist, bin ich, an der heutigen telegraphischen Anweisung gemessen, so frei, über die Situation nachfolgendes zu berichten — ich bemerke allerdings, daß ich dies gegen meiner bessere Überzeugung tue, weil ich es für zu gefährlich halte, die Nachrichten zu Papier zu bringen. (Daher bat ich in meinem Brief an Apor, jemanden als Kurier zu schicken, über den man die Einzelheiten mündlich hätte weiterleiten können.)

Vor allem muß ich vorausschicken, daß die Situation nach den hiesigen Verhandlungen der Person, die sich bei mir mit dem Kuhl-Erkennungszeichen gemeldet hat³⁴ und die von mir gelost wurde, so ungünstig wie nur möglich war.

Der Direktor, der auf Grund des Berichtes ihrer im entsprechenden Land tätigen Agenten, die Bewegung für nicht genug fundiert und das Volk für nicht standhaft genug und zur Selbstaufopferung bereit hält, hat seinen unmittelbaren Chef ungünstig beeinflusst. Letzterer, den die technischen Fachleute nachteilig gestimmt haben, erklärte mir, er würde es überhaupt nicht bedauern, daß er wegen seiner Inanspruchnahme keine Zeit für eine direkte Besprechung mit der genannten Person habe erübrigen können. (Vgl. den ersten Abschnitt meines Briefes vom 22. Juni an Apor.)

Dazu möchte ich noch bemerken, daß trotz seiner großen Inanspruchnahme, der Herr Sekretär dennoch ein paar Minuten hätte finden können und auch gefunden haben würde, wenn der Direktor und der technische Fachmann ihn nicht vorher ungünstig informiert hätten.

Da die Frage sehr wichtig und meiner Ansicht nach sehr dringend war, bin ich, ohne weitere Anweisung abzuwarten, neuerlich zum Direktor gegangen und habe ihm lang und breit die Bedeutung der geplanten Veränderungen dargelegt und den Nutzen, der daraus für sie entspringen würde. Der Direktor ließ auch etwas in seiner Starrheit nach — prinzipiell — und äußerte dann doch, er seinerseits würde die Erfüllung der Bitte um Überlassung der 900 (II. Tranche) und der 520 nicht für möglich halten und stellte lediglich die Vorbereitung des Depots in Aussicht. (Letzterer teilte auch mit, daß sie in diesem Sinne nach Budapest — also im wesentlichen ablehnend antworten werden.)

Da die Dinge so standen, wiederholte ich meinen Schritt bei dem Herrn Sekretär, der sich lediglich darauf berief, sie seien durch den in Meldung Nr. 89 res. pol. enthaltenen Grund materiell derart in Anspruch genommen, daß ihm persönlich derartige Summen nicht mehr zur Verfügung stünden. Schließlich schlug er noch vor, ich sollte bei seinem Chef noch einen Versuch unternehmen. Wenn ich den Chef für die Sache gewinnen könnte, werde dieser sicher auch die notwendige Deckung finden. (Bezeichnend für die Verhältnisse ist, daß er mich gleichzeitig bat, die Dinge nicht so hinzustellen, als wenn er — nämlich der Sekretär — im Prinzip gegen die Erfüllung der Bitte sei, er verfüge aber nicht über den notwendigen Kredit.)

Bei unserer sehr langen Konversation gestattete mir der Chef, die ganze Frage in ihren Einzelheiten darzulegen. Bei dieser Gelegenheit verwies ich unter anderem auch darauf, daß, sofern die im Hintergrund der Bewegung stehenden hochgestellten Protektoren gezwungen sein würden, ihren Platz anderen zu überlassen, was leicht geschehen könne, ihre Nachfolger vermutlich solche Männer sein würden, bei denen man nicht, wie bei den jetzigen, auf wohlwollende Neutralität und auf die im gegebenen Falle erwartete konkrete Unterstützung rechnen könne. Es sei also notwendig, durch Fortsetzung der Geldhilfe die Bewegung so bald wie möglich aktionsfähig zu machen, noch bevor die vorher Erwähnten sich aus ihren augenblicklich wichtigen Positionen zurückzögen.

Nachdem der Chef meine Darlegungen zu Ende gehört hatte, erklärte er nach kurzem Nachdenken und einigen Bemerkungen über die unentschlossene Langsamkeit und Zaghaftigkeit der Führer: 1. er überweist die 900 (II. Tranche), 2. anstelle des Materials die 520, 3. läßt die Depots vorbereiten.

Als Bedingung sine qua non verlangte er aber, die Führer sollten schon jetzt bindend versprechen, daß sie die Aktion zu einem feststehenden Zeitpunkt beginnen (worunter er den von letzteren bezeichneten Monat versteht). »In solchen Fällen kann man nicht mit 100%iger Sicherheit kalkulieren, und ohne Risiken zu übernehmen, Erfolg erwarten«, sagte ich. Er wiederholte die gestellten Bedingungen und ersuchte, nach den Besprechungen mit den Führern, ihm die entschiedene und unverrückbare Erklärung zugehen zu lassen.

³⁴ Lajos Kuhl, ein leitender Beamter des ungarischen Ministeriums des Äußeren, ließ Waldemar Pabst die Hälfte einer Visitenkarte zugehen, damit er sich beim ungarischen Gesandten in Rom, András Hory, ausweisen konnte.

In Anbetracht dessen, daß mit dem Austausch von Botschaften bei Einschaltung dritter und vierter Personen sicher Wochen vergehen würden und da die Führer der Bewegung, um die Aktion zum festgesetzten Zeitpunkt beginnen zu können, das Geld dringend nötig haben, war ich so kühn, vorzuschlagen, daß ich dem betreffenden Herrn, der bei mir gewesen war, in einer vorher mit ihm vereinbarten Stadt und zu einem ebenfalls mit ihm vereinbarten Zeitpunkt persönlich über die Lage informieren und im Besitz der von ihnen erwarteten Erklärung das Weitere besprechen werde. Da dieser Vorschlag auf Grund des erhaltenen Telegramms nicht annehmbar war, bitte ich Dich, die hier erwartete Erklärung möglichst schnell zum Chef gelangen zu lassen. Ich bin so frei, auch darum zu bitten, den Führern die Einhaltung der Bedingung sehr auf die Seele zu binden, denn eine neue Verschiebung der Aktion würde auch uns in den Augen des Chefs kompromittieren. Es ist vielleicht überflüssig, zu bemerken, daß es einen ungünstigen Eindruck machen würde, wenn sie die Bedingungen nicht annähmen und denen Wasser auf die Mühle leiten würde, die ständig betonen, die ganze Aktion sei nicht ernst zu nehmen.

Zur Information der Interessierten bemerke ich zu obigem noch, daß die für die Depots gewünschte Materialmenge nach hiesiger Äußerung zur Verfügung steht und es ihrer Meinung nach völlig ausreicht, wenn sie drei Wochen vor Beginn der Aktion eingerichtet werden. (Die Materialmenge und den Ort der Depots haben wir in den Verhandlungen mit dem Herrn, der zwischen dem 17. und 22. Juni bei mir war, festgelegt und den hiesigen Interessenten mitgeteilt.)

Das teile ich deshalb mit, weil der Herr, der bei mir war, darum ersuchte, daß eine von ihm namentlich genannte, völlig zuverlässige dortige Person (deren Namen ich im übrigen ebenfalls dem Herrn Sekretär genannt habe), möglichst bald mit jenem Herrn Verbindung aufnehmen solle, der die Depots einrichten und über sie verfügen werde. Die Forcierung dieser Bitte würde hier den Eindruck erwecken, daß sie, die Führer der Bewegung, trotz der großen materiellen Opfer, kein Vertrauen hätten. Deshalb schlage ich vor, diese Bitte in dieser Form fallen zu lassen und nur darüber eine Vereinbarung zu treffen, daß der dafür bezeichnete Herr einige Wochen vor Beginn der Aktion die Verbindung mit dem hiesigen Leiter der Depots aufnehmen wird.

Ich berichte weiter, daß ich hier auch in der Hinsicht eine Vereinbarung getroffen habe, eventuell noch auftauchende Einzelheiten sollten während meiner Abwesenheit von unserer Seite — statt meiner — mit Di.³⁵ besprochen werden.

Ich brauche vielleicht nicht zu sagen, daß ich nach dem telegraphischen Befehl ein Zusammentreffen mit dem Herrn, der bei mir gewesen ist, vermeiden werde, obwohl ich zur Konsultation und Behandlung in das entsprechende Land fahren werde.

Ich verbleibe in aufrichtiger Verehrung Dein

wahrer Freund
András Hory

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—330.
Original

16.

Wien, 10. August 1929

Erklärung der Heimwehrführer zur Durchführung der geplanten Aktion³⁶

Verpflichtung

Die Landesführung der österr. S. S. V. verpflichtet sich, die entscheidende Aktion zur Änderung der österreichischen Staatsverfassung spätestens in dem Zeitraum zwischen 15. II. u. 15.

³⁵ Andor Wodianer.

³⁶ Unten auf dem Aktenstück ist die eigenhändige Bemerkung des Ministerpräsidenten Bethlen zu lesen: »Mit dem Inhalt dieser Verpflichtung bin ich einverstanden.«

III. 1930 durchzuführen. Die Bundesführung wird aber mit allen Kräften trachten, die Aktion bereits im Herbst dieses Jahres (1929) zu unternehmen.

Je eher die Bundesführung die zugesagte »Mitarbeit« bekommt, um so mehr wird sie den Zeitpunkt der Aktion vorverlegen können.

Diese Erklärung erfolgt auch Namens des 2. Bundesführers Dr. Pfriemer, der Wien in dringenden Angelegenheiten bereits wieder verlassen hat.

Dr. Priemer

Dr. Steidle

Pabst

O. L. Küm. res. pol. 1929-20-330.

Beglaubigte Kopie

17.

Rom, 24. August 1929

Brief des Gesandtschaftsrats Andor Wodianer an Gábor Apor

Streng geheim!

Lieber Gábor!

Die mit Deinem letzten Brief übersandte Erklärung habe ich heute anweisungsgemäß persönlich Mussolini übergeben. Als ich das Ziel meines Besuches nannte, klärten sich Mussolinis Züge sichtlich auf und er begann in der Luft Boxbewegungen zu machen. Als ich ihm dann das doppelte Datum erwähnte, wurde er sichtbar gedämpft. Aber es blieb noch genug von seiner Freude.

Bei der Frage der Zahlungen schlug er selbst die Methode vom vorigen Jahr vor.

Was die Besprechung der weiteren Einzelheiten anbelangt, so hat er mich an Grandi verwiesen und daher müssen wir auf dessen Rückkehr warten. Wann das genau sein wird, weiß ich nicht, auf jeden Fall aber werde ich mich, sobald der Staatssekretär ankommt, sofort bei ihm melden, schon um all in durch meine Anwesenheit auf die Auszahlungen aufmerksam zu machen.

Mit freundlichen Grüßen Dein wahrer Freund

Andor Wodianer

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—101.

Original

18.

Budapest, 3. September 1929

Brief Sándor Khuen-Hédervárys an den ungarischen Gesandtschaftsrat in Rom, Andor Wodianer

Streng geheim!

Mein Lieber Freund!

Auf Deinen Brief Nr. 101. res.

Informiere Grandi über die fragliche Angelegenheit genauso, wie seinerzeit Mussolini. Füge noch hinzu, daß sich die Verhältnisse in Österreich nach unseren neuesten Informationen stürmisch entwickeln und die in letzter Zeit stattgefundenen Kämpfe mit den Sozialdemokraten, die viele Verletzte und mehrere Tote hatten, die Heimwehrmassen derart aufgeputscht haben, daß sie jetzt den nötigen Offensivgeist besitzen. Die Führer lassen sagen, innerhalb 4—6 Wochen

werde der Entscheidungskampf sein, daher müßte die notwendige Unterstützung schnellstens gegeben werden. Sei so freundlich, dies Grandi nachdrücklich vorzutragen. Ende September, Anfang Oktober wäre danach die kritische Zeit.

Sag Grandi bitte noch folgendes. Auf vertraulichem Wege sind wir in den Besitz eines Rechenschaftsberichtes gekommen, den der österreichische sozialdemokratische Führer Otto Bauer auf einer Geheimsitzung der SD-Parteiführung gegeben hat. Hier hat Bauer erklärt, der Bürgerkrieg zwischen der Heimwehr und dem Republikanischen Schutzbund sei unvermeidlich, er sei für Ende September zu erwarten. Er (Bauer) sei darauf vorbereitet und habe über den Kopf der Parteiführung folgende Maßnahmen getroffen: 1. er habe den Schutzbund umorganisiert, so daß er jetzt um 30% stärker sei als die Heimwehr, 2. er habe mit den Kommunisten eine Einheitsfront gegen die Heimwehr gebildet. 3. Es sei gelungen, eine fremde Macht für ihre Suche zu gewinnen, diese Macht habe für die Zeit des Kampfes volle moralische und materielle Unterstützung zugesichert und unterstütze jetzt bereits nachhaltig. Diese Macht habe zugesagt, sie werde es unter keinen Umständen dulden, daß der faschistische Nachbar auf österreichischem Boden Fuß faßt. Gegen diese Gefahr, so sagt Bauer, sind wir gesichert.

Offensichtlich ist hier von der Tschechoslowakei die Rede, von der wir schon lange wissen, daß sie mit den Roten Herren in Wien im Vertragsverhältnis steht und daß sie in letzter Zeit Material zur Ausrüstung des Schutzbundes geliefert hat. Die in Punkt 1 erwähnte Erklärung Bauers ist jedoch eine riesige Übertreibung, denn sie taugt nur dazu, den erschrockenen Sozis Mut einzuflößen. Die Heimwehrführer haben den Eindruck, daß Kanzler Streeruwitz mit Benesch paktiert, der dem Schutzbund auch bereits Waffen geliefert hat. Deshalb ersuchen die Heimwehrführer die italienische Regierung um Gegenmaßnahmen. Diese müssen natürlich in einer schnellen Wirksamkeit der zugesagten Hilfe gefunden werden.

Erwähne Grandi noch, daß man in reichsdeutschen Kreisen in letzter Zeit mit gewisser Befremdung auf die Heimwehrbewegung blicke, die ihrer Meinung nach durch die Teilnahme der österreichischen Aristokratie (Czernin, Starhemberg etc.) letzten Endes eine gegen den Anschluß gerichtete Entwicklung nehmen könne.

Antwort darauf schicke mit dem Sonderkurier.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—ohne Registriernummer.

Konzept

19.

Rom, 12. September 1929

Aufzeichnung des ungarischen Außenministers Lajos Walkó über seine Unterredung mit Mussolini

Ich informierte Mussolini über den jetzigen Stand der Heimwehrbewegung, unterrichtete ihn über die vollkommene Zusammenarbeit zwischen Schober, Vaugoin und Steidle, über die Verbindungen des Sozialistenführers Bauers zu den Tschechen, über die Befürchtungen der Deutschen wegen des Anschlusses, erzählte ihm Vaugoins Unterredung mit Fábry, nach welcher die Aktion für den 29. IX. geplant sei und zwar in der Art, daß sie das Rathaus besetzen, die niederösterreichische Heimwehr verhindert, daß der Schutzbund aus Wiener Neustadt nach Wien kommt und daß sie der Tschechen wegen besondere Sorgfalt auf Hainburg verwenden würden. Ich erwähnte die Pläne für das Amt des Regierungschefs, wonach Schober im Vordergrund stehe, aber auch von Rintelen die Rede sein könne, ja auch Seipel genannt worden sei. Ich betonte, neue Nachrichten würde ich bei meiner Rückkehr erhalten, darüber würde ich informieren, dann würde ich sehen, in welchem Umfange und in welchem Stadium die Aktion ernst sei.

Ich teilte ihm meinen Plan mit, in nächster Zeit mit Steidle und darüber hinaus mit einem Politiker, möglichst mit Schober in Kontakt zu kommen, daß ich vielleicht auch mit Seipel sprechen und einen Gedankenaustausch in der Richtung führen würde, daß wir im Falle der Bildung einer neuen Regierung unsere Freundschaft auch nach außen demonstrieren möchten und daran dächten, als Ergänzung des bestehenden Arbitrage-Vertrages mit dem neuen Regime ein Freundschaftsabkommen zu schließen; darüber hinaus möchten wir über zwei Fragen eine Vereinbarung treffen, das eine sei die wechselseitige Verpflichtung, daß keiner von beiden ohne vorherige Einigung mit dem anderen mit den Nachbarstaaten eine Vereinbarung trifft, das andere aber die Klärung der ungarisch-italienischen Transito-Frage. Es sei zu überlegen, ob man, über das jetzt erwähnte hinaus, nicht bereits jetzt darüber sprechen müßte, von unserer Seite könnte die Rede davon sein, eine Wirtschaftsvereinbarung zu schließen, die für sie von Vorteil wäre und sie sich dafür persönlich binden würden, zu einem späteren Zeitpunkt im Nordteil des Burgenlandes, das für uns strategisch von Bedeutung ist, eine Grenzberichtigung durchzuführen. Ich kam darauf zu sprechen, wie wichtig es vom österreichischen Gesichtspunkt sei, wenn das neue Regime von italienischer Seite die Zustimmung zur Kreditaufnahme bekäme und die Minderheit im Brennergebiet besser behandelt werden würde.

Mussolini betonte nachdrücklich, er habe die Angelegenheit anfangs nicht ernst genommen, obwohl er sie aus unser beider Gesichtspunkt für außergewöhnlich bedeutend halte. Er habe sich vor allem durch Graf Bethlens Eintreten eingehender interessiert und wenn er auch den Termin vom 29. IX. nicht für entscheidend halte, sehe er sie heute doch ernster, vor allem aber, weil sich Graf Bethlen so sehr darin engagiert habe. Das betonte er so sehr (schon im Hinblick darauf, daß Grandi Apor gegenüber am Morgen, als er von der Bereitstellung der 4 ½ Millionen Lira sprach, dies ebenfalls betont hatte), daß ich es für notwendig hielt, zu klären, worauf er Bethlens moralische Garantie bezog, auch darauf, daß die Aktion tatsächlich erfolgreich beendet würde oder nur darauf, daß sie tatsächlich ernst sei und eine Entscheidung herbeigeführt werden könnte, worauf er sich in letzterem Sinne äußerte. Sein Standpunkt läßt sich in folgendem zusammenfassen:

1. In persönlicher Hinsicht hält er Schober für einen geeigneten Führer, ihn würde er am liebsten sehen, er bindet sich aber nicht an seine Person, möglicherweise ist auch eine andere Person geeignet, Rintelen hält er zum Führer nicht geeignet, im Kabinett könnte er möglich sein, Seipel würde er nicht gern sehen.

2. An das neue Regime habe er keine Wünsche, in dieser Hinsicht habe er bereits die Erklärung bekommen, daß sie die Minderheitenfrage nicht ansprechen werden, das genüge ihm jetzt, es könne sein, daß er mit einem bereits konsolidierten Regime eine Wirtschaftsvereinbarung trifft oder einen politischen Vertrag, darüber wünsche er aber im vornhinein nicht zu diskutieren. (Mit Albanien hatte er vorher nichts geklärt, das hält er für eine richtige Methode, nachher hat er dort auch alles erreicht, worauf er Wert legte.) Wenn das neue Regime die Anerkennung brauche, werde er sie sofort geben, wenn sich die Tschechen bewegen sollten, schickt er auf diplomatischem Weg ein Memento nach Prag, das sicher die nötige Wirkung haben werde, in der Frage der Kreditaufnahme werde er einem neuen Regime keine Hindernisse in den Weg legen. Was die Minderheitenfrage anbetreffe, binde er sich in keiner Richtung und gebe er keine Erklärung ab, was aber seine Absichten anbetreffe, so könne er mir vertraulich sagen, daß er nach einer guten Behandlungsweise trachten werde.

3. Was unsere Wünsche anbetreffe, so halte auch er vorherige Besprechungen über Vertragsabschluß, Vorgehen im gegenseitigen Einverständnis und über Transit (wenn auch keine formelle Übereinkunft) für notwendig. Die Frage der wirtschaftlichen Kooperation und des Burgenlandes (deren spätere Anschneidung und entsprechende Lösung befürwortet er, zu meinen Argumenten für und wider die wirtschaftliche Kooperation hat er auch nach Abwägung derselben von italienischer Seite keinerlei Bemerkungen) halte er nur dann für verhandlungsfähig, wenn sich das Regime konsolidiere, wenn wir sie jetzt anschnitten, würden wir seiner Meinung nach viel riskieren.

4. Er sei bereit, die Waffen an festzulegenden Punkten auf Lastwagen von zuverlässigen Leuten hinübertransportieren zu lassen, die 4 1/2 Millionen Lira stünden (wie das Grandi bereits Apor vorher gesagt hatte) zur Verfügung. In dieser Hinsicht vereinbarten wir, daß ich, sofern aus den Nachrichten hier hervorginge, daß die Aktion auch weiterhin ernst sei, für die Verwendung sorgen werde.

Bei meiner am gleichen Tage nachmittags mit Grandi geführten Besprechung informierte ich Grandi über das oben dargelegte, er war mit allem einverstanden, wir verblieben, daß ich über neuere Entwicklungen jederzeit Nachricht gebe, er aber über das Geld so disponiert, daß es an ihre Pester Gesandtschaft überwiesen wird mit der Instruktion, die Gesandtschaft solle es, wenn ich es wünsche, dem Ministerium des Äußeren zur Verfügung stellen.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—369.

Kopie

20.

Wien, 19. September 1929

Unterredung des ungarischen Außenministers Lajos Walkó mit Ignaz Seipel

Ich suchte Seipel in seiner Wohnung auf, erkundigte mich eingehend bei ihm wie er die österreichische politische Lage beurteile. Seipel erklärte sofort, gegenwärtig möchte er keine persönliche Rolle übernehmen. Ohne Selbstlob stellte er fest, daß er in Zukunft wieder Gelegenheit haben werde, seinem Vaterlande von neuem zu dienen, die gegenwärtige Zeit aber halte er hierfür nicht geeignet. Über die Entwicklung der Heimwehr äußerte er sich anerkennend, sein Gedanke sei es gewesen, daß sich die Heimwehr mit der Änderung der jetzigen Verfassung beschäftigen und diese Gelegenheit nutzen sollte, die linken Elemente zurückzudrängen. Er hege keinen Zweifel, daß die Regierungskrise in Kürze eintreten werde und seiner Ansicht nach müsse irgendwie eine Methode gefunden werden, daß die Heimwehren auf legalem Wege in die Regierung kommen können. Er glaube, daß dies möglich sei. Die Frage sei, ob sich Schober im gegebenen Augenblick für die Führung eigne, ob es nicht eine bessere Lösung wäre, wenn Rintelen oder Vaugoin zur Regierung kämen, da er in der abdankenden Regierung der rangälteste Minister sei. Auf jeden Fall sehe er die Veränderung nahe bevorstehen und wenn sie auf legalem Wege geschehen sein werde, müsse die Regierung die an der Macht sei, die entsprechende Gelegenheit zur energischen Abrechnung abwarten.

Er sehe, daß sich die Sozialisten von den Tschechen nicht im notwendigen Umfange unterstützt fühlen. Sie bekämen zwar offensichtlich von den Tschechen Geld und auch Waffen, die Unterstützung reiche aber nicht so weit, daß sie im gegebenen Fall auch auf die tatsächliche Einmischung der Tschechen rechnen könnten. Die Sozialisten seien über die Maßen erschrocken, dafür sei die Art bezeichnend, in der Seitz Schober Abbitte geleistet habe, andererseits versuchten sie auf jede Weise den Tschechen zu schmeicheln, so sehr, daß zum Beispiel die Arbeiter Zeitung für die Berechtigung der tschechischen Reparationsforderungen eingetreten sei. Ihr Verhalten bestätige, daß sie noch etwas von den Tschechen erwarten.

Von dem Aufmarsch am 29. IX. glaube er nicht, daß er große Bedeutung haben werde, die Heimwehr werde damit bestätigen, daß sie auch in der Umgebung von Wien über den entsprechenden Boden verfüge. In Stockerau und Mödling würden vielleicht Zusammenstöße stattfinden, es sei aber unwahrscheinlich, daß sie entscheidende Ausmaße annehmen.

Ich legte Seipel meinen Plan dar, daß ich als Ergänzung des mit ihm abgeschlossenen Arbitrage-Vertrages mit dem neuen Regime ein Freundschaftsabkommen abzuschließen dächte

und daneben müßten wir übereinkommen, mit unseren Nachbarn, mit den Staaten der Kleinen Entente, ohne vorherige Übereinkunft keine Vereinbarungen zu treffen; außerdem würden wir Gewicht darauf legen, daß wir durch Österreich tatsächlich unser freies Transit hätten. Seipel billigte diese Pläne sehr und fügte hinzu, er würde es für sehr gut halten, wenn die neue Regierung sofort eine entschiedene politische Linie verfolgte und daher sei er der Ansicht, wir sollten sofort, wenn die neue Regierung zur Macht gekommen sei, den demonstrativen Freundschaftsvertrag abschließen.

Seipel interessierte sich sehr für meinen Besuch in Italien, ich informierte ihn kurz, daß ich bei Mussolini starkes Interesse für Österreichs Angelegenheiten gefunden hätte und mein entschiedener Eindruck sei, daß das neue Regime auf seine Unterstützung zählen könne und sicher sofort die schon lange fällige Zustimmung zu den österreichischen Kreditplänen erhalten werde.

Wie sehr auch Seipel selbst an eventuelle Streiks in Österreich und an daraus entstehende Wirren denkt, beweist seine Erklärung, wir sollten vorher dafür sorgen, daß die Heimwehr im Falle von Wirren von Ungarn und von Italien aus die Möglichkeit habe, Nachrichten nach eigener Anschauung in die Welt zu schicken.

Seipel brachte noch zur Sprache, welch feindliches Gefühl die Großdeutschen der Heimwehrbewegung gegenüber zeigen würden, diese Animosität dehne sich auch auf seine Person aus. Er erwähnte auch, seines Wissens sei zwischen Streeruwitz und Benes keine konkrete Abmachung zustande gekommen.

Es ist mein entschiedener Eindruck, daß Seipel hinter den Kulissen alle Fäden in der Hand hält.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—635.

Kopie

21.

Wien, 20. September 1929

Unterredung des ungarischen Außenministers Lajos Walkó mit Heimwehrführer Steidle

Ich suchte Steidle in seiner Wohnung auf und bat ihn um Erklärung über die gegenwärtige österreichische Lage.

Wie sein Vortrag zeigte, hatte sich in den Verhandlungen des Vortages und des heutigen Tages die Situation ergeben, was sich jedoch leicht ändern könne, daß Streeruwitz in Kürze zurücktritt und das Erbe eine Übergangsregierung antrete, die noch in diesem Jahre die Verfassungsreform durchführen und nach Erledigung der Aufgabe zurücktreten werde. Nachfolger dieser Regierung würde die endgültige Heimwehrregierung sein, die mit den Sozialisten abrechnen werde, wenn dies nicht schon bei entsprechender Gelegenheit während der Übergangsregierung erfolge.

Sie müßten Gewicht darauf legen, daß die Heimwehrregierung möglichst auf legalem Wege gebildet wird. Am besten wäre es, wenn eine Provokation der Sozialisten Gelegenheit zu einem Ausbruch geben würde, vielleicht schon während der Übergangsregierung, er glaube aber, sie werden dazu keine Gelegenheit geben, so daß sie eine andere Gelegenheit nutzen werden, um festzustellen, daß die Polizei schwach sei und durch die Heimwehr verstärkt werden müsse, wodurch die Heimwehr die tatsächliche Macht in Händen halten würde.

Auf meine diesbezügliche Frage legte er dar, er werde jedem Kompromiß entschlossen entgegenreten und eine endgültige Abrechnung durchführen, da seiner Ansicht nach ein Kompromiß nur eine vorübergehende Lösung sei und auch dann über kurz oder lang eine endgültige Lösung notwendig wäre, noch einmal aber könne die Aktion in der heutigen Form nicht zustandegebracht werden. Deshalb sei es nötig, vollkommene Arbeit zu leisten. Darauf riet ich ihm, er solle die Dinge

beschleunigen und nicht verflachen lassen, da die Sozialisten die Zeit natürlich nutzen würden und uns außerdem das Verzögern in den Augen der Italiener in eine sehr unangenehme Lage brächte, was er vollkommen verstand und damit erklärte, daß sie aus psychischen Gründen, aus Rücksicht auf die Denkweise ihres Volkes gezwungen seien, das augenblickliche Verfahren anzuwenden, was Fremden vielleicht unverständlich sei, anders aber könnten sie das österreichische Volk nicht aufrütteln und interessieren.

Zur Personenfrage betonte Steidle, die Auswahl hänge von der jeweiligen Lage ab, für die Übergangsregierung sei vielleicht Vaugoin am geeignetsten, aber auch in diesem Kabinett hätte die Heimwehr bereits ihren Mann, vermutlich Arbesser, der jetzt neben Pfriemer in der Steiermark tätig und ein Mann mit Verstand sei.

An der Bildung der endgültigen Regierung wolle Seipel nicht teilnehmen, Schober, Rintelen und Vaugoin kämen in erster Linie in Betracht, er selber befürchte, daß Schober ein Beamtentyp sei und sich nicht in die schwierige politische Situation fände. Die Frage sei, ob es nicht besser wäre, wenn jemand anderer Kanzler und Schober Außenminister werden würde. Pfriemer sei seiner Meinung nach für eine größere Rolle ungeeignet, er habe nur den Vorteil, daß er mit dem steierischen Volk ausgezeichnet umzugehen verstehe. Ich ergriff für Schober Partei, indem ich darauf verwies, daß er im Ausland einen sehr guten Namen habe. Ich verblieb mit Steidle darin — der übrigens erklärte, er persönlich wolle keinerlei aktive Rolle übernehmen —, daß er mich, sobald sich die Lage entwickle, darüber informieren werde, wer die kompetenten politischen Persönlichkeiten seien, mit denen ich über die österreichisch-ungarischen Beziehungen sprechen könne. Ich erklärte, ich legte kein Gewicht auf einen endgültigen Vertrag, ich möchte lediglich die Gedanken beizeiten klären und zu Papier bringen. Ich trug ihm meine Pläne ebenso vor wie Seipel und fügte hinzu, daß mit dem entsprechenden Politiker voraussichtlich noch über ein-zwei andere Fragen gesprochen werden müßte. Sobald das Moment der Personen in das Stadium der Entwicklung getreten ist, wird Steidle durch Jánky eine Nachricht schicken, damit wir die Fragen, an deren Klärung auch er denkt, beizeiten besprechen können.

Ich kam bei Steidle auf den italienfeindlichen Ausbruch des Landeshauptmanns des Bundeslands Tirol, Stumpf, zu sprechen, wodurch die Situation den Italienern gegenüber erschwert und von ihrer Seite vielleicht auch zur Sprache gebracht werde. Steidle antwortete, er sei bei der Sitzung nicht zugegen gewesen und habe es so leider nicht verhindern können. Da es sich um eine Eröffnungssitzung handelte, habe Stumpf wie immer an Südtirol erinnern wollen und daraus habe sich seine Rede ergeben. Im übrigen habe in der Presse keinerlei Rezension gestanden.

Meine Romreise kam zur Sprache. Ich informierte ihn, ich glaube nicht, daß man von italienischer Seite mit konkreten Forderungen auftreten würde, andererseits würden die Italiener im gegebenen Falle in der Kreditfrage keine Schwierigkeiten machen und es sei auch damit zu rechnen, daß Mussolini das neue Regime wohlwollend auf diplomatischem Wege unterstützen werde, was unter anderem dann von Bedeutung sein könnte, wenn man von tschechischer Seite aktiv an den österreichischen Ereignissen teilnehmen wolle. Was die Tschechen anbetrifft, so erwähnte Steidle, das Wiener Außenministerium habe vom Treffen zwischen Streeruwitz und Beneš keine vorherige Kenntnis gehabt und betonte, welch schlechten Eindruck diese Aktion Streeruwitz' gemacht habe. Die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Beneš werde durch die Beobachtung illustriert, daß der tschechischen Gesandtschaft nahestehende Kreise konsequent die Nachricht vom Verbot künftiger Aufmärsche lancierten und daß es ihnen auch beinahe gelungen sei, dies zu erreichen.

Zur Geldfrage teilte ich mit, die Hälfte würde ich in den nächsten Tagen über Jánky schicken, wegen der zweiten Hälfte würde ich über Jánky Nachricht geben; während unserer Unterredung kam auf einen Augenblick Pabst herein, mit dem ich über ihre Ausrüstung ein paar Worte wechselte und der sehr betonte, daß sie besonders automatische Waffen und Munition benötigten.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—369.
Kopie

22.

Budapest, 21. Oktober 1929

**Brief Gábor Apors an den ungarischen Gesandtschaftsrat in Wien,
Béla Jánky**

Lieber Freund!

1. In der beigefügten Tasche schicke ich Geld für den bekannten Zweck, die Aufstellung³⁷ füge ich mit dem Schlüssel zusammen bei. Sei so freundlich, es überbringen zu lassen. In Kürze schicke ich noch den Gegenwert von 1 300 000 Lira. Das Geld ist bei mir, ich möchte es aber, um Aufsehen zu vermeiden, in kleineren Summen einwechseln. Sobald ich es habe, schicke ich es.

2. Dieses Geld konnten wir nach so langwierigen und peinlichen Verhandlungen abnötigen, daß ich es für ausgeschlossen halte, daß wir noch mehr bekommen. Das sag unseren Freunden aus den Bergen. Mit dieser Summe müssen sie auskommen.

3. In meinem letzten Brief bat ich um Aufklärung wegen der italienfeindlichen Versammlung im Innsbruck. Schreib mir bitte möglichst bald darüber, denn die Italiener sind mächtig darüber empört.

4. Ich bitte um einen allgemeinen Lagebericht.

Mit vielen Grüßen Dein Getreuer

Gábor Apor

Ps. Nach Erledigung sind diese Zeilen zu verbrennen.

Die Tasche ist nach Benutzung zurückzusenden.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—165.

Original

23.

Budapest, 15. Dezember 1930

**Gábor Apors Aufzeichnung über die Finanzabrechnung
der Heimwehrführer**

Die beigefügte Abrechnung übergab mir Béla Jánky am 15. Dezember 1930 persönlich. Bei dieser Gelegenheit überbrachte Jánky das Ersuchen der Heimwehrführer, die ungarische oder italienische Regierung möge einen Beauftragten nach Innsbruck schicken, der die aus ungefähr 1400 Quittungen bestehende, detaillierte Abrechnung überprüfe und billige.

Die Entsendung müsse schnell erfolgen, da sie die Quittungen, die sich zur Zeit in Steidles Safe finden, aus Sicherheitsgründen spätestens am 15. Januar kommenden Jahres vernichten werden.

Jánky habe ich eine Bescheinigung über die Übernahme der beigefügten Aufstellung gegeben.

Budapest, 15. Dezember 1930.

Ebd. Jánky teilte noch mit, Major Pabst beurteile die Lage der Heimwehr sehr pessimistisch und sei der Ansicht, die neue Organisation werde nur im Rahmen des Nationalsozialismus möglich sein. Er (nämlich Pabst) sei jetzt bemüht, zwischen Hitlers Anhängern und den Italienern zu vermitteln.

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—883.

Original

³⁷In der beigefügten Aufstellung werden 33 225 Dollar, 1 388 397 Lira und 9 130 Schweizer Franken aufgeführt.

Z u s a m m e n s t e l l u n g
(Abschnittsweise geordnet)

<i>Abschnitt</i>	<i>Summe</i>	<i>Beläge</i>
A	31.150.00 S.	15
B a—c	352.536.70 „	183
C	36.572.00 „	7
D	60.075.82 „	97
E	110.079.31 „	99
F	69.221.02 „	139
G	56.541.31 „	51
H	406.015.98 „	253
I	80.932.69 „	143
K	78.250.57 „	151
L	14.826.00 „	30
M	64.655.45 „	107
N	132.462.72 „	124
	1,493.319.57 „	1398

Von der Gesamtsumme von 1,493,319.57 S. wurden verwendet:

a) Als Beiträge an die Bundesländer für Organisationszwecke (kleinere Aufmärsche u.s.w.)	643.016.59 S.
b) für Ausrüstungszwecke	224.186.72 „
c) für Aufmärsche (ohne Propaganda u.s.w.)	241.540.04 „
d) Presse und Propaganda	
1. mit Belägen	231.753.50 „
2. ohne Beläge	44.660.00 „
3. Sonderausgaben	44.700.00 „
e) Wahlen	63.462.72 „
	1,493.318.57 S.

A b r e c h n u n g

über den in drei Raten erhaltenen Betrag von: 1,492.000 S.

A)

Allgemeine Auslagen

1. Organisation General L u s t i g	
Belag Nr. 1	6 000 S.
2. Graf G o e s s	
Belag Nr. 2	8 000 „
3. Niederösterreich	
Belag Nr. 3	1 500 „
4. Pressebeeinflussung (D ö t z)	6 000 „
5. Militärische Führung Steiermark	
Beläge 4 a—k	4 650 „
6. Landeshauptmann Dr. R i n t e l e n für Frontkämpfer	
ohne Belag	5 000 S.
	31.150 S.

B)

Der Kampf um die Freiheit der Straße

a) Aufmarsch Wiener Neustadt 7.10.28	
Teilnehmer 18.500 Mann	
1. Presse und Propaganda im eigenen Lager	
Pressestellen, Zeitungsunterstützungen usw.	
Beläge 1—25	20.487.94 S.
Presse und Kundschaftsdienst bei Rot	
für Propaganda und Kundschaftsdienst bei Rot sind bei der Natur der Sache keine Beläge zu bekommen	8.200.00 „
Sehr intensive Tätigkeit, da mit bewaffneter Gegenaktion gerechnet wurde.	

2. Reisekosten für die Vorarbeiten und den Aufmarsch selbst Beläge Nr. 1—8.	2.993.80 S.
3. <i>Ankauf von Ausrüstung für W. N.</i> Belag Nr. 1	16.300.00 „
4. Bereitstellung und Transportkostenzuschüsse für Wiener Neustadt (An diesem Tage war für die <i>gesamte</i> H. W. Oe- sterreichs Bereitschaft und teilweise Zusammenziehung von Formationen angeordnet.) Beläge Nr. 1—27	65.903.00 „
5. <i>Einzeln</i> ausgezahlte <i>Reise- und Verpflegungszuschüsse</i> an die nicht mit Transporten fahrenden Teilnehmer (durch- schnittlich vier bis acht S. je nach Entfernung). naturgemäß ohne Beläge	12.900.00 „
	<hr/> 126.784.74 S.
 <i>b) Erster Bundesaufmarsch in Innsbruck</i>	
12.11.28.	
Teilnehmer 21.000 Mann (Formationen aus allen Bundes- ländern)	
1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i> Beläge Nr. 1—6	10.900.00 S.
Presse und Kundschaftsdienst bei <i>Rot</i> naturgemäß ohne Beläge	2.700.00 „
2. <i>Ausrüstungsergänzung</i> Beläge Nr. 1—29	16.479.75 „
3. <i>Transportkosten</i>	
<i>a) Zuschüsse an die Bundesländer</i> Beläge Nr. 1—12	48.900.00 „
<i>b) Transportzug Osttirol</i>	10.018.70 „
<i>c) Einzeln</i> ausgezahlte <i>Reise- und Verpflegungszuschüsse</i> für die aus Nordtirol nach Innsbruck gekommenen Ortsgruppen Belag Nr. 1.	33.803.46 „
4. Zuschüsse zu den <i>Unterbringungskosten</i> in Massen- und Privatquartieren (etwa 8000 Mann ein bis zwei Nächte) ohne Beläge, da einzeln ausgezahlt .	18.090.00 „
5. Sonstige <i>Sonderauslagen</i> anlässlich des Innsbrucker Bun- desaufmarsches Beläge Nr. 1—14	9.240.00 „
	<hr/> 150.131.91 S.
 <i>c) Sonstige Unkosten</i> während des <i>Kampfes um die Freiheit der</i> <i>Straße</i> in den Monaten: <i>September bis Dezember 1928</i> (einschl.)	
1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager einschl. Reisen</i> Beläge Nr. 1—21	15.078.05 S.
Propaganda und Kundschaftsdienst bei <i>Rot</i> . Hierfür sind bei der ungeheuer heiklen und diskreten Natur dieser Arbeit natürlich niemals Beläge zu bekommen	2.900.00 „
2. Beiträge an die Länder für Organisationszwecke (einschl. kleiner Aufmärsche). Beläge Nr. 1—19	51.122.00 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung.</i> Da es sich hierbei teilweise auch um Waffen und Munition handelt, mit denen der Handel verboten ist, so weigern sich manche Vermittler oder Verkäufer hierüber Quittun- gen zu geben, daher sind nicht immer <i>alle</i> Beläge vorhan- den.	
<i>a) Beläge Nr. 1—3</i>	5.500.00 „
<i>b) ohne Beläge</i>	920.00 „
	<hr/> 75.620.05 S.
<i>Abschnitt B also insgesamt</i>	352.536.70 S.

C)

Anschaffung von Kurzwellensenderanlagen

Beläge Nr. 1—7	36.572.70 S.
----------------------	--------------

D)

Unkosten in den Monaten Januar bis März 1929

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i>	
Beläge Nr. 1—42	19.493.27 „
2. <i>Beiträge an die Länder für Organisationszwecke</i>	
Beläge Nr. 1—25	22.334.10 „
3. <i>Ausrüstungsergänzungen</i>	
Beläge Nr. 1—30	15.138.55 „
ohne Beläge	810.00 „
4. <i>Propaganda und Kundschaftsdienst bei Rot (ohne Beläge)</i>	2.300.00 „
	<hr/> 60.075.82 S.

E)

*Beginn des Kampfes um die Macht im Staate
April und Mai 1929*

Rücktritt Exzellenz Seipel, Kanzler Streeruwitz, großer Aufmarsch St. Pölten, kleinere Aufmärsche, Gefecht von St. Lorenzen, Sturz Steeruwitz.

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i>	
Beläge Nr. 1—41	13.982.85 S.
<i>Normale Propaganda, Pressebeeinflussung und Kundschaftsdienst bei Rot naturgemäß ohne Beläge</i>	1.080.00 „
<i>Sonderausgaben während der vierwöchigen Kanzlerkrise zur Beeinflussung von Politikern, Journalisten, Agenten usw. naturgemäß ohne Beläge</i>	15.400.00 „
2. <i>Organisationsbeiträge an die Länder</i>	
Beläge Nr. 1—15	28.494.50 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung in den Monaten April und Mai 29</i>	
Beläge Nr. 1—37	14.921.56 „
ohne Beläge	950.00 „
4. <i>Aufmarsch St. Pölten (16.500 Mann)</i>	
a) <i>Sonderzuweisungen an die beteiligten Länder</i>	
Beläge Nr. 1—6	28.051.40 „
b) <i>Einzeln ausgezahlte Reisezuschüsse (daher ohne Beläge an nicht mit Transporten fahrende Teilnehmer)</i>	7.200.00 „
	<hr/> 110.079.31 S.

F)

*Fortsetzung des Kampfes um die Macht im Staate
Juni, Juli, August 1929*

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i>	
Beläge Nr. 1—73	24.448.39 S.
<i>Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei Rot, naturgemäß ohne Beläge</i>	2.020.00 „
2. <i>Beiträge an die Länder (einschl. kleinerer Aufmärsche)</i>	
Beläge Nr. 1—29	26.250.40 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i>	
a) <i>mit Belägen 1—37</i>	15.402.23 „
b) <i>ohne Beläge</i>	1.100.00 „
	<hr/> 69.221.02 S.

G)

Kanzlerkrise
September 1929

Durch die H. W. herbeigeführter Rücktritt Steerwitz und Beginn der Kanzlerschaft Dr. Schober

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i>	
Beläge Nr. 1—29	12.927.28 S.
<i>Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei Rot</i> <i>(während der Krise wesentlich erhöht, aber naturgemäß</i> <i>ohne Beläge)</i>	12.900.00 „
<i>Sonderausgaben während der Kanzlerkrise zur Beein-</i> <i>flussung von Politikern, Journalisten, Agenten usw.</i> <i>naturgemäß ohne Beläge</i>	14.100.00 „
2. <i>Organisationsbeiträge an die Länder</i>	
Beläge Nr. 1—8	14.170.00 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i>	
a) Beläge Nr 1—14	2.114.03 „
b) ohne Beläge	330.00 „
	<hr/> 56.541.31 S.

H)

Der Kampf um die Verfassung
Oktober bis Dezember 1929

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i> einschl. der Unab. Gewerkschaft (stark erhöht)	
Beläge Nr. 1—155	46.161.28 S.
<i>Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei Rot</i> <i>(während dieser drei Monate stark erhöht) naturgemäß</i> <i>ohne Beläge</i>	15.500.00 „
<i>Sonderausgaben während des dreimonatigen Verfassungs-</i> <i>kampfes zur Beeinflussung von Politikern, Journalisten,</i> <i>Agenten usw. naturgemäß ohne Beläge</i>	15.200.00 „
2. <i>Erhöhte Versammlungstätigkeit und Aufmärsche</i> , darunter folgende größere	
a) Vier Aufmärsche um Wien am 29.9.29. Teilnehmer 32.000 Mann	
b) Aufmarsch Heldenplatz in Wien 29.10.29. Teilnehmer 11.000 Mann	
c) In <i>Tirol</i> und <i>Steiermark</i> gleichzeitig am »Staatsfeier- <i>tag«</i> 12.11.29. Teilnehmer 8000 bzw. 15 000 Mann ausgezahlt laut Belägen Nr. 1—24	63.003.31 „
Einzel ausgezahlte Reise- und Verpflegungszu- <i>schüsse an nicht mit Transporten fahrende Teilnehmer</i> <i>an den vorgenannten Aufmärschen</i>	28.700.00 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i>	
Beläge Nr. 1—38	46.756.89 „
4. <i>Organisationsbeiträge an die Länder</i>	
Beläge Nr. 1—38	
(darunter <i>Steiermark</i> 130.000, <i>Kärnten</i> 20.000, <i>Ober-</i> <i>österreich</i> 20.500)	190.694.50 „
	<hr/> 406.015.98 S.

I)

Auslagen im ersten Vierteljahr 1930
Januar bis März 1930

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i> einschl. Unab. Gew. Beläge Nr. 1—114	42.159.69 S.
<i>Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei Rot, natur-</i> <i>gemäß ohne Beläge</i>	1.900.00 „
2. <i>Beiträge an die Länder</i> , Beläge Nr. 1—25	25.415.00 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i> , Beläge Nr. 1—3b	11.458.00 „
	<hr/> 80.932.69 S.

K)

Der Kampf um das Entwaffnungsgesetz
April bis Mai 1930

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i> (erhöht)	
Beläge Nr. 1—129.	43.732.55 S.
Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei <i>Rot</i> (erhöht) naturgemäß ohne Beläge	2.800.00 „
<i>Beeinflussung</i> von Politikern Journalisten, Agenten usw. während der Kämpfe um das Entwaffnungsgesetz (einschl.) der Auffindung der bekannten Bauernwehr-Akten naturgemäß ohne Beläge.....	6.300.00 „
2. <i>Organisationsbeiträge an die Länder</i> und erhöhte Versammlungstätigkeit einschl. <i>Aufmärsche</i> Laxenburg und Innsbruck	
Beläge Nr. 1—19	20.408.02 S.
Einzel ausgezahlte Reisezuschüsse an Einzelreisende bei <i>Aufmärschen</i> Laxenburg und Innsbruck	3.600.00 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i> , Beläge Nr. 1—3	1.410.00 „
	78.250.57 S.

L)

Unkosten bei der Ausweisung Major Pabst
14. Juni bis 12. November 1930

1. <i>Aufenthalt in Venedig</i>	
Belag 1 nebst Beilagen a—w	11.650.00 S.
2. <i>Rückreise</i> Venedig—Innsbruck, ohne Beläge	200.00 „
3. <i>Angeordnete Dienstreise</i> Wien und zurück	676.00 „
4. <i>Rechtsanwaltskosten</i> , Beläge 1—4	2.300.00 „
	14.826.00 S.

M)

Auslagen
15. Juni bis Ende August 1930

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i>	
Beläge Nr. 1—86	39.165.09 S.
Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei <i>Rot</i> , naturgemäß ohne Beläge	1.800.00 „
2. <i>Beiträge an die Länder</i> , Beläge 1—18	19.844.36 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i> , Beläge 1—3	3.846.00 „
	64.655.45 S.

N)

Auslagen
September bis Dezember 1930

1. <i>Presse und Propaganda im eigenen Lager</i>	
Beläge Nr. 1—101	21.194.50 S.
Presse, Propaganda und Kundschaftsdienst bei <i>Rot</i> (3 Monate) naturgemäß ohne Bel.	1.100.00 „
2. <i>Beiträge an die Länder</i> , Beläge 1—7	28.600.00 „
3. <i>Ausrüstungsergänzung</i> , Beläge 1—8	18.079.12 „
4. <i>Wahlen</i> , Beläge Nr. 1—8	63.489.72 „
	132.462.72 S.

Anmerkung. Die gesamten Auslagen sind mit 1398 Belägen versehen, die in Anbetracht ihres streng vertraulichen Inhaltes in einem Safe niedergelegt sind und bis Mitte Jänner ein-

gesehen werden können; zu diesem Zeitpunkt müssen sie aus Sicherheitsgründen vernichtet werden.

Steidle

Pabst

O. L. Küm. res. pol. 1929—20—ohne Registriernummer.

Original

24.

Wien, 25. Januar 1931

Aufzeichnung des ungarischen Regierungsbeauftragten über seine Besprechungen mit dem Heimwehrlührer Pabst³⁸

Am 13. Januar dieses Jahres morgens, suchte mich Béla Jánky auf dem Wiener Bahnhof auf und brachte einen Brief von Steidle mit, in dem er sich entschuldigte, er sei in einer sehr wichtigen Angelegenheit mit den Heimwehrlührern in Wien und könne deshalb nicht in Innsbruck zugegen sein, statt seiner werde mich Pabst in seinem Hause empfangen und mir die Abrechnung vorweisen. Am nächsten Tage verbrachte ich den ganzen Nachmittag mit Pabst und kontrollierte die Abrechnung. Ich war nicht in der Lage, eine systematische Liquidation durchzuführen, denn das hätte Tage in Anspruch genommen, ich begnügte mich damit, aufs Geratewohl einige Gruppen herauszugreifen, die ich dann summenmäßig genau überrechnete. Ich stellte fest, daß jedesmal alles auf Heller und Pfennig übereinstimmte, so die Summe wie die Anzahl der Beilagen. Ich kann nicht beurteilen, ob das Geld richtig verwendet worden ist, als Rechenschaft war es über jede Erwartung genau und ordentlich. Bei der Abrechnung von 1 400 000 Schilling waren nur 44 000 Schilling ohne Quittung ausgegeben, es liegt in der Natur dieser Posten, zum Beispiel Bestechungsgelder, daß sie erfahrungsgemäß nicht quittiert werden.

Dann dankte ich Pabst für die wirklich große Arbeit, die er mit der Abrechnung geleistet hat und versprach ihm, der italienischen Regierung zur Kenntnis zu geben, daß seine Rechnungsführung in Ordnung befunden werden könne und einen Weg zu finden, daß auch Fürst Starhemberg in entsprechender Form davon unterrichtet wird, so daß die Verdächtigungen über die Abrechnungen, die den Ausgangspunkt für die Zwistigkeiten innerhalb der Heimwehr gebildet haben, beseitigt werden können. Ich bat Pabst, der mir für meine obige Erklärung sehr dankbar war, unter Zurückstellung aller persönlichen Gefühle, zu versuchen, die Einheit der Heimwehr zu fördern, da ohne Einheit die Wiederbelebung dieser wichtigen Bewegung unvorstellbar sei. Pabst versprach dies und fügte hinzu, er glaube nicht, daß es möglich sein werde, der Heimwehrebewegung neues Leben einzufloßen, vor allem deshalb, weil eine geeignete Führerpersönlichkeit fehle. Die heutige Beratung in Wien werde vermutlich mit Starhembergs Sturz enden, an seiner Stelle werde man Hülgerth als Führer ausrufen. Seiner Meinung nach sei Hülgerth ein ausgezeichnete Soldat, aber weich, so daß er ebenfalls als Führer ungeeignet sei. Seine Wahl werde auch als vorübergehend angesehen. Es könne sein, daß danach wiederum Steidle der Führer werde, der Verstand und Begabung habe, aber unheimlich faul sei und dem das feu sacré, die wahre Begeisterung, fehle. Starhemberg dagegen habe sie im größten Umfange und sei auch sonst ein sehr liebenswerter Mann, ihm fehle aber der Kopf und daher spreche er alles durcheinander und könne keine Linie einhalten. Es ist möglich, daß später Hueber, der Salzburger Führer und ehemalige Minister der Führer werde, der begabt sei und im übrigen den Nationalsozialisten nahe stehe. Auf meine Frage nach den Aussichten der Nationalsozialisten in Österreich sagte Pabst, die Bewegung sei ziemlich stark, ihr Führer sei ein sehr agiler Mann namens Frauenfeld, der gleich beim ersten Ansturm bei

³⁸ Die Aufzeichnung trägt keine Unterschrift, einem Brief Gábor Apors an Sándor Khuen-Héderváry aber ist ohne jeden Zweifel zu entnehmen, daß Gábor Apor die Abrechnungen kontrolliert hat.

den Wahlen halb soviel Stimmen erhalten habe wie die Heimwehr. Finanziell sei er unabhängig, denn er habe das getan, was Pabst der Heimwehr vergeblich predigte, nämlich durch Einziehung von Mitgliedsbeiträgen die finanzielle Selbständigkeit zu sichern. Die Heimwehr habe das nicht getan, sondern vor der Subvention der Großindustrie gelebt. Jetzt, als die Alpine Montangesellschaft Schwierigkeiten mit ihren Arbeitern hatte, habe sich Starhemberg auf die Seite der Arbeiter gestellt, was zur Folge hatte, daß die Großindustrie vom 1. Januar ab die Subventionen eingestellt habe und die Heimwehr ohne Geld dastehe.

Ich machte Pabst darauf aufmerksam, daß, während die Heimwehr eine österreichische nationale Bewegung sei, die das Ausland zumindest offiziell nicht interessiere, das Überschlagen der nationalsozialistischen Bewegung nach Österreich eine internationale Frage aufwerfe und zu Verwicklungen führen könne, an denen wir Ungarn nicht beteiligt sein möchten. Pabst erklärte darauf, Hitler würde vorerst die österreichischen Nationalsozialisten nicht unterstützen. Hueber habe Hitler gebeten, mit einem Machtwort die österreichischen Nationalsozialisten zum Schweigen zu bringen, denn sie würden der Heimwehrebewegung schaden. Darauf habe Hitler Hueber gefragt, ob er mit 80% iger Sicherheit versprechen könne, daß die Heimwehr noch in diesem Jahre in Österreich die Macht und die Regierung an sich reißen werde, denn in diesem Falle sei er im Interesse des Sieges bereit, Huebers Bitte zu erfüllen. Da Hueber aufrichtig sagte, ein solches Versprechen könne er nicht geben, erklärte Hitler, daß er die österreichischen Nazis nicht mit Geld und Menschen unterstütze aber auch nicht bereit sei, sie zur Passivität zu zwingen. Zu Pabst habe Hitler folgendes gesagt: er hoffe, die deutsche Regierung spätestens bis Mai in eine Lage zu bringen, die sie zwingen werde, Neuwahlen auszuschreiben. Bei diesen Wahlen werde er nach seinen Berechnungen mindestens 170 Mandate erhalten, so daß sie ohne ihn keine Regierung bilden könnten, er aber werde in der zu bildenden Regierung, die vermutlich eine Koalitionsregierung sein werde, das Innen- und das Kriegsministerium und das Kanzleramt fordern. Danach werde er nie wieder aus der Regierung ausscheiden. Die Koalitionsparteien würden entweder nachgeben oder aus der Regierung ausscheiden, in der er aber bleiben und nicht so handeln werde wie Starhemberg, sondern im Herbst werde er Wahlen ausschreiben, die seiner Partei die sichere Mehrheit einbringen. Dafür garantiere er. Wenn er an der Macht sein, also den Kampf um die Macht in Deutschland beendet haben werde, dann werde er seine besten Redner und schweres Geld nach Österreich schicken, um dort zum gleichen Erfolg zu kommen. Pabst habe ihm darauf dargelegt, daß einzelne Punkte des Naziprogramms in Österreich nicht anwendbar seien. Die österreichische Heimwehr basiere auf dem Othmar Spann-Wirtschaftsprogramm, daß nach Pabsts Ansicht geeigneter sei als das Programm der Nazis, was aber noch wesentlicher sei, in Österreich könne man das antikatholische und antisemitische Programm der Nazis nicht verkünden. Hitler erklärte, das wisse er sehr wohl und er bemühe sich schon jetzt, diese Teile im Naziprogramm in entsprechender Weise abändern zu lassen. Pabst sagte mir, dieses Bestreben Hitlers sei nicht neu und bisher sei er darin von der unter Goebbels' Führung stehenden Berliner Nazigruppe gehindert worden.

Retrospektive über das Mißlingen der Heimwehrbestrebungen sprechend, erzählte Pabst, daß, da Schober beim Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt das Gespenst einer allgemeinen finanziellen Verschlechterung sah, der englische Gesandte Phipps im Namen seiner Regierung bei Schober intervenierte und Schober das Versprechen abnötigte, nicht zur Gewalt zu greifen und die Verfassungsänderung nur mit gesetzlichen Mitteln durchzuführen. Davon habe die Heimwehr nichts gewußt, ja sie war sogar im entgegengesetzten Glauben, da Rotschild auf die direkte Frage geantwortet hatte, daß er, wenn sie den Putsch plötzlich und schnell durchführen würden, dafür garantiere, daß der Schilling stabil bleibt, keinerlei wirtschaftliches Absinken eintreten werde. Wenn sie dagegen die Angelegenheit verzögerten, könne er für gar nichts gerade stehen. In dieser Zeit habe Schober der Heimwehr ständig Vorwürfe gemacht, daß sie nicht kräftig genug drohe und lärmte und daher die Sozialisten nicht erschrocken genug und zu Konzessionen bereit seien. So sei es gekommen, daß sich die Heimwehr in leeren Drohungen ausgelebt und ihre moralische Kraft verausgabt habe. Das Zurückweichen der italienischen Regierung in der Angelegenheit der Relief-

Anleihe habe schließlich die Chance einer kraftvollen Lösung endgültig verdorben. Unter der Kanzlerschaft Vaugoins habe Starhemberg nach den Wahlen eine gewaltsame Lösung provozieren wollen. Das sei nicht nur an Miklas' Widersetzlichkeit gescheitert, sondern vor allem an Vaugoins Widerstand. Vaugoin aber habe diese Lösung nicht aus reiner Rückgratlosigkeit zurückgewiesen, sondern Starhemberg direkt gesagt, er wisse sehr wohl, daß man, falls der Putsch erfolgreich durchgeführt werden würde, auch ihn, Vaugoin, verjagen werde. Er sei über Gömbös von dem Plan des Ellison-Putsches, der sich gegen ihn gerichtet habe, unterrichtet worden und der in Zukunft, wenn es zu einem Putsch kommen sollte, noch eher durchgeführt werden könnte. Starhemberg sei auch davor nicht zurückgeschreckt, den Putsch allein mit der Heimwehr durchzuführen, weil er sicher gewesen sei, daß ihm weder das Militär noch die Polizei Widerstand leisten würde. Hier seien dann die Italiener dazwischen getreten und Morreale (der Presseattaché der italienischen Gesandtschaft in Wien, der die ständige Klammer zwischen der italienischen Gesandtschaft und der Heimwehr war), erklärte, sie sollten keinen Putsch machen, da die Heimwehrbewegung seiner Ansicht nach dazu nicht stark genug sei (nicht genug tragfähig). So hätten sich die Hoffnungen der Heimwehr in Nichts aufgelöst. Pabst klagte noch darüber, daß sich jetzt eine Menge unfähiger Aristokraten nachträglich in die Heimwehr eingedrängt haben und dort mehr Schaden anrichten würden als ihr guter Wille wert sei, darüber hinaus werde der Gegensatz zwischen Schwarz-Gelb und Großdeutsch verstärkt. Außerdem brächten sie in vieler Augen den völkischen Charakter der Heimwehr in Gefahr.

O. L., Küm. res. pol. 1929—20—883.

RAPPORT SUR LES RECHERCHES

Historical problems of the Austro-Hungarian monarchy, 1900—1918

Conference held in Budapest from the 4th to the 9th of May, 1964.

Two international conferences were the result of a programme of fruitful scientific co-operation among the historians of the socialist countries for clarifying questions concerning the history of the Austro-Hungarian Monarchy. The successes inspired the committee organizing the co-operation to arrange another international scientific meeting in 1964. The extremely complicated questions of the crisis and disintegration of the Monarchy during her last two decades were examined.

The reports and debates treated the following questions: the international position of the Monarchy; the development of agriculture; the growth of finance capital in the countries of the Monarchy; the national minorities within the Monarchy; social democracy and dualism.

In addition to historians from Czechoslovakia, the German Democratic Republic, Austria, Roumania and Hungary, who had attended also the earlier conferences, investigators from the Soviet Union, Yugoslavia, Bulgaria, Italy, the German Federal Republic and the United States were present. A total of forty-four historians from twelve countries participated in the debates. Eight reports were discussed and more than fifty pertinent comments and contributions were made.

The Conference was opened by *E. Molnár*, member of the Hungarian Academy of Sciences, who emphasized the international importance of the subject and pointed to the constantly growing interest in it. He expressed his conviction that, with a mutual effort, the reborn Marxian historiography will be able to solve the complicated questions anent the disintegration of the Monarchy.

Molnár's opening address was followed by the first item of the agenda, *The International Position of the Austro-Hungarian Monarchy, 1900—1918*. The authors, *J. A. Pissarjev* and *K. B. Vinogradov*, Soviet historians, stated the theses of their work, and explained that at the turn of the 20th century the Monarchy did not participate in the struggles of the Great Powers for acquiring colonies and increasing their spheres of influence. Between 1908 and 1918, on the other hand, the participation of the Austro-Hungarian Monarchy in international events was beyond its economic, military and political strength. The main conflict at the beginning of the 20th century was that which had arisen between the two imperialist camps, England and Germany. The role and place of the Monarchy in this disaccord were determined in part by the aggressive steps of German imperialism toward the South-East and in part by the attempts of England and France to give some support to the policy of the Monarchy in the Balkans in order to arrest the advance of Russia.

The Monarchy's policy in the Balkans was endangered by the growth of national movements of the Balkan peoples, and the intensified class struggles in the countries of the Monarchy (the sanguinary demonstration of the proletariat of Hungary in 1912 and attempts of the bourgeois parties of Hungary and Czechoslovakia to make overtures to the Entente). For the most part, the diplomacy of the Monarchy was influenced by the policy of her two halves towards the nationalities and by the pertinent intricate problems of home affairs.

An independent Balkan policy of the Monarchy was hampered by the alliance with Germany. Yet, the very survival of the Monarchy was dependent on her relation to Germany. Consequently, the foreign policy as conducted by the leaders of the Monarchy had to accommodate itself to the stronger ally, irrespective of numerous frictions between the two countries at the beginning of the century. Thus, as the Austro-Hungarian Monarchy tried to make her foreign policy more active, her dependence on Germany increased.

Italy was also an ally of the Monarchy, but the clash of interests in the Balkans (Albania, Montenegro) had developed into antagonism and the Austrian military led by Francis Ferdinand, the heir apparent, and Conrad, the chief of staff, played with the idea of launching a preventive war against Italy. The plan was overruled by the resistance of the emperor and the forces behind him. The relations of the two countries remained strained nevertheless.

The alliance of the Monarchy and Roumania had likewise a very weak basis. It was not conducive to Roumanian national interests, and impaired her relations to Russia and Bulgaria. The alliance deprived Roumania of the opportunity to pursue an independent foreign policy. At the beginning of the century, the ties of Roumania to her allies became weaker and weaker, and there arose signs of downright disaccord. This culminated in the Transylvanian problem which was aggravated by the reluctance of the Hungarian ruling classes to make concessions to the Roumanian population of Transylvania.

The annexation of Bosnia and Herzegovina contributed much to a deterioration of the relations between Austria-Hungary and Russia. In return, Russia abandoned her policy of trying to settle existing problems with the Monarchy and began to form an anti-Monarchy block in the Balkan states. Consequently, Austro-Hungarian diplomacy concentrated on preventing the rise of viable national states in the Balkans in place of the deteriorating Turkish Empire. The economic policy of the Monarchy was aimed at a total subordination of the small national states. The tendency, as represented by Conrad, to launch a preventive war against national movements, was steadily gaining ground. These were the events preceding the crisis of July, 1914, which broke out after the murders in Sarajevo. The leaders of the Monarchy hoped to find a way out of the deadlock in foreign politics by declaring war on Serbia.

At the beginning of the war the Monarchy carefully concealed its imperialistic plans, although it is known that Tisza opposed the annexation of Serbia for internal political reasons. Italy was so opposed to the Monarchy's conquest of the Balkans that she presented territorial demands and the resulting controversy led to her entry in the war.

At this time, Germany supported the claims of the Monarchy in the Balkans while simultaneously employing Austria-Hungary for her own ends and attempting to subdue the weaker partner. One of the plans for swallowing

up the Monarchy was the so-called "Mitteleuropa" scheme. Although the idea originated — as proved by *J. Droz* — in the 19th century already, it was evolved as a realistic plan at the time of the World War only. Both the German bourgeoisie and the Austrian social democrats supported this plan. *Renner*, *Austerlitz*, etc. wrote that the unification of the Austro-Hungarian Monarchy and Germany was essential to world peace and a free world economy. *O. Jászi* advanced a similar plan: he pointed out the significance of a federation of the two empires.

During the war, Germany and the Monarchy disagreed on several questions. The *Mitteleuropa* plan was strongly opposed by *Tisza* and the court of Vienna because they feared a further increase of the already overwhelming German predominance. Other conflicts arose in connection with the Polish question. In the ensuing debates the German plan succeeded against the Austro-Hungarian territorial claims: the Polish buffer state was set up in November of 1916 as a protectorate of Germany. Contradictions emerged in 1917 also in connection with the Balkan question.

At the beginning of 1917, peculiar stories were circulating about the pacificism of the Emperor-King Charles and Czernin, his foreign minister. It was alleged that, in the spring of that year, a series of attempts to negotiate a peace treaty advantageous to the Monarchy had been made. These attempts were largely influenced by the Russian revolution of February which showed the possibility of a collapse and revolution to the leaders of the Monarchy. Led by the fear of revolution, Charles attempted in vain to obtain Emperor Wilhelm's support for this peace plans. The leading imperialistic military circles of Germany hoped for the conclusion of a victorious peace treaty.

The leaders of the Monarchy tried to make a separate peace, but the discussions with the representatives of the French War Minister (*Revertera* and *Armand*), the semi official mediation of the Pope, and the personal peace attempts of Charles were all unsuccessful.

The Great October Socialist Revolution in Russia affected the international position of the Austro-Hungarian Monarchy and of East Europe as a whole. Soviet Russia was the first nation in history to introduce new principles into the international relations which were based on the sovereignty and total equality of the nations. Peace negotiations began in Brest-Litovsk at the end of 1917 upon the suggestion of the Soviet government. When these negotiations were interrupted because of General *Hoffmann's* attitude, a general strike of unparalleled violence broke out in the Monarchy in which more than half a million workers demanded the conclusion of peace. The leaders of the Monarchy intervened in Soviet Russia at the beginning of 1918 in accordance with Germany. This was a great mistake: a significant part of their armed forces which would have been necessary for the western theatre were bound in this area. Moreover, the occupational forces absorbed the revolutionary spirit of Russia which promoted the spread of revolution in the countries of the Central Powers.

In order to counterbalance the effect of the Soviet peace proposals, the leaders of the western powers made overtures toward a separate peace with the Monarchy at the end of 1917 and the beginning of 1918. It was then that President *Wilson* announced his famous 14 points. The leaders of the Monarchy accepted the *Wilsonian* principles as a basis of discussions, and a few representatives of the Austrian Parliament met the American delegates.

Several plans to transform and more democratically reorganize the Danubian monarchy were evolved, most of them by the bourgeois representatives of the nationalities.

Germany applied a new pressure to the Monarchy in the spring of 1918, and it was decided at the conference of Spaa to mobilize the total forces of the Empire. This decision nullified all former plans of a separate peace. France decided on the total abolishment of the Austro-Hungarian Monarchy and was the first to recognize the national committee of the Czechoslovakian emigrés as the official representative of the future Czechoslovakia. England and the United States concurred only later with the French plans which meant a total re-mapping of the Danube Basin. Italy opposed the establishment of a united southern Slav state.

The leaders of the Austro-Hungarian Monarchy tried until the very end to preserve the territorial integrity of the Monarchy, but the national and anti-war revolt of the peoples swept away these attempts together with the 400-year-old Habsburg dynasty. In place of the Monarchy, national states were formed in which the people enjoyed much wider opportunities for the development of their national culture than ever before. However, the victory of the masses was not complete. The reins were seized by the upper middle class which, with the backing of the Entente, was able to consolidate its power in these newly established states.

The other report concerned with the main subject was presented by *A. Oțetea, D. Berindei, N. Fotino, E. Campus* and *C. Muresan* under the title *The International Position and Foreign Policy of Austria-Hungary in the First Decades of the 20th Century*. The authors regard the appointment of Conrad von Hötzendorf as chief of staff and of Aerenthal as foreign minister as the beginning of an aggressive trend in the foreign policy of the Monarchy. They state that this change was inspired by the heir to the throne who attempted to solidify the Empire in its hour of crisis through an active and aggressive foreign policy. The plan to annex Roumania and to establish a new Croatian state had the object to counter pan-Serban propaganda.

The situation in the Balkans was further aggravated in 1906 when the expansionist tendencies of the Monarchy met the resistance of Czarist Russia. During the crisis of Bosnia, the relations between Roumania and Austria-Hungary were still cordial. In 1908, Ionel Bratianu announced that Roumania would declare war on Serbia if she attacked the Monarchy. This relation speedily deteriorated in the following years owing, among others, to the circumstance that Roumania's claims on Bulgaria were not supported by the Monarchy. The balance of power in which the Monarchy exercised hegemony in the western part of the Balkans and Russia in the eastern part of the peninsula, was subsequently upset by the Balkan alliance.

After the first Balkan war, the leaders of Roumania pursued an imperialistic policy of acquisition and, together with Serbia and Greece, declared war on Bulgaria.

Previous to World War I the entire Austro-Hungarian system of alliances became unstable. The Monarchy was threatened by the danger of being ousted by Russia from the Balkans. All this impelled the leaders of the Monarchy to hasten the outbreak of war against Serbia.

Roumania's public opinion was pro-Entente during the war and demanded the union with Transylvania. Hoping for a share in the re-distribution of the

world, the Roumanian leaders tried to involve the country in an unjust war. The working class opposed this policy and, by its uprising at Galac in 1916, exposed the true motives of the large landowners and the bourgeoisie. The revolutionary tendency continued to increase after the collapse of Russia in 1917, and the liberation movements of the national minorities took a clearer form. The leading Entente powers recognized the claims of the national committees of the emigrés, and this was one of the reasons why they refused to conclude a separate peace with the Austro-Hungarian Monarchy.

The congress of the oppressed nations of the Austro-Hungarian Monarchy, held in Rome in April, 1918, demanded the abolishment of the Monarchy. The imperialistic peace-treaty of Bucharest was received with indignation all over the world and helped in incensing public opinion against the Monarchy. The bourgeoisie of the belligerent states, in quest of forces that might be used against the revolutionary movements, thought to have found them in the national councils heading the nationalist movements.

The events of October, 1918, encouraged the oppressed peoples of the Monarchy to begin their revolutionary struggle for the re-establishment of their old ties. The national assembly, held at Alba Julia (Gyulafehérvár) in December, 1918, declared the unification of Transylvania with Roumania. The Habsburg empire ceased to exist in November, 1918; it was disintegrated by the social and national movements of her nationalities. The peace treaties of St. Germain and Trianon confirmed the establishment of national states, the result of the stubborn struggle of the peoples of Central Europe. The bourgeoisie, profiting by the outcome of the struggle, seized and used the power for its own class interests.

Prof. *L. Valiani* (Italy), in his summary of the international position of the Monarchy, stated that the declaration of war on Serbia earned the Monarchy numerous enemies who had previously not been hostile to her. Analyzing the policy of Pašič, he pointed out that the Serbian prime minister was willing to compromise with the Monarchy (for the price of Bosnia-Herzegovina and a sea-port) even as late as 1918. On the evidence of present-day knowledge it is clear that the murder of Saraievo went against the grain of both the Serbian and the Russian government, neither of which wished to release a clash of arms with the Austro-Hungarian Monarchy by such means.

Regarding the question of Italian neutrality, Prof. Valiani stated that when the war broke out and England entered it, a pro-German upper middle class was in power in Italy, and the Italian military was prepared for a war against France. At the beginning of August there were still some pro-German interventionists in Italy. But the Italian nationalists soon demanded the banishment of German capital, although they were still reluctant to enter the war, being afraid of retaliations in the event of a victory of the Central Powers. In order to gain additional support against the Monarchy, Italy made a secret treaty with Roumania which was in a similar ambiguous situation at this time.

After the victory at the Marne, Italy was endeavoured to define her claims in the event of her entry into the war. She was willing to comply with all claims of the Entente on Austria. However, Sonnino hoped to acquire territory from the Monarchy without entering the war. Germany supported these

efforts, but the territories offered by the Monarchy did not satisfy the Italian government. Notwithstanding these territorial claims, Sonnino did not contemplate the division of the Monarchy. He believed that in a smaller, but more viable, monarchy, Hungary would play the leading role, a situation that would have been in line with the traditional relationships between Italy and Hungary. Sonnino forgot that the Monarchy could not survive the planned radical mutilation.

The intended creation of a Yugoslav state meant the most thorny problem (for Italy, one that became especially burning) from 1917 to 1918. Sonnino was against the creation of an independent Yugoslavia, but he was likewise opposed to the trialism of the Monarchy. This policy temporarily triumphed in the summer of 1918 when he succeeded in bringing the cause of Czechoslovakia and Yugoslavia to a deadlock at the Versailles conference.

Cy. Tokody's report was concerned with the political relations between the Austro-Hungarian Monarchy and Germany. He stated that, because of the rise of Austrian imperialism and her dependence on German imperialism, the Monarchy had lost her relatively progressive role in international politics she had played for a few decades until the turn of the century. The transfer of the revolutionary centre to the East created a situation in which, instead of continuing as a guaranty of the international balance of power, the survival of the Monarchy upset that balance.

Austrian internal politics and nationalistic aspirations affected the Monarchy's foreign policy, a phenomenon which manifested itself primarily in the resistance to pan-German efforts. The leaders of the Pan-German Union abandoned, for the time being, their plans for the division of the Monarchy and decided to maintain Austria-Hungary. Their influence upon the German population of the Monarchy grew in consequence, and the government could not afford to disregard it. An interesting feature of the pan-German attempts was the unwillingness of the Austrian adherents of the concept of "Greater Germany" to accept the idea of the empire so that they came into conflict with the plans of Francis Ferdinand too. The leaders of the Pan-German Union hoped their ally would be strengthened if the plans of Francis Ferdinand were realized. They also hoped that a federalist transformation of the Monarchy would bring the Austrian upper middle class into power. The latter, however, was afraid of losing its hegemony under federalism; it would have felt safe only if Germany had concentrated her power politics on the South East and had refrained from expansion in two directions.

The resistance of the Hungarian ruling classes and the dualistic attitude of the Saxons of Transylvania frustrated the unification of the Germans of Hungary. The Austrian bourgeoisie would have been content with consolidating its power in Austria even at the price of concessions to Hungary. This would have struck a serious blow to the pan-German movement in Hungary, and so the leaders of the movement preferred to put up with the maintenance of the empire.

The strengthening of the ties between the pan-German movement in the German empire and the champions of corresponding ideas in Austria sharpened the inner conflicts of the Monarchy, fostered the opposition of the nationalities, promoted aggressive tendencies and led ultimately to the disintegration of the Monarchy.

I. Gonda's report is based on the proposition that the imperialistic policy of the Austro-Hungarian Monarchy was not so much aimed at the acquisition of new territories as rather at the undisturbed maintenance of the Habsburg empire in her existing form. But this policy was by no means less imperialistic than the power politics of Germany.

The leaders of German imperialism formed two groups. The more moderate was followed by the Emperor and represented by the government. To the other belonged the extreme reactionaries, the military leaders, the conservatives and the various imperialistic organizations which made so excessive demands that not only the German imperial government but even the militant alliance of the Central Powers seemed to be endangered.

Even Prince Hohenlohe, the Austro-Hungarian ambassador to Berlin, became aware of this danger. The position of the Monarchy within the alliance became steadily worse during the war, a fact that was clearly reflected in the reports of the ambassador. The tendency to convert the Monarchy from an ally to a subordinate power gained ground in consequence. The government of Bethmann-Hollweg showed a relatively lenient attitude towards this question, and so the Austrian leading circles became more and more interested in the development of German internal politics. The Monarchy did not wish to become involved in adventures which, because of her economic and military weakness, might have turned dangerous.

The opposition between the pro-annexation circles of the Monarchy and Germany was evidently very far from being either democratic or progressive. Her weakness made the Monarchy cautious: accordingly, she tried to restrain her German partner from risky undertakings. Hohenlohe endeavoured to turn the discord between the German ruling classes to the advantage of the Monarchy. His efforts were in vain, and the support of the Monarchy failed to consolidate the position of the less aggressively minded German governments.

I. Diószegi's report briefly surveyed the eastern policy of the Monarchy from its beginnings to the turn of the century. According to him, two opposing views, the defensive and "dynastic" conceptions, existed at the time of the eastern crisis. As regards methods, there were likewise two tendencies. Some politicians wanted war, others were ready to enter into negotiations with Russia. During the 1880s and 1890s, Kálnoky, the Austro-Hungarian Foreign Minister, championed the dynastic view and pursued a policy of negotiations and expansion. This policy was in harmony with the international situation and was also in conformity with the inner forces of the Monarchy. The Hungarian liberals, on the other hand, urged — as they had done at the time of Andrassy's foreign ministry, that the eastern question be settled by war; this demand found the support of Kálmán Tisza, the Hungarian Premier, but failed to gain further ground.

The last part of the report under review deals with the role of Goluchowski, the Austro-Hungarian Foreign Minister. The author concludes that a policy of conservative co-operation between the Monarchy and Russia was pursued in this period. The purpose of such co-operation was to suppress revolutionary nationalistic movements in the Balkans and to assure the *status quo*. This policy suited all leading political groups of the Monarchy. There existed, thus, an agreement between all factors of the Monarchy's foreign policy, although it failed to bring about a final settlement of the eastern question.

J. Galántai's report analyzed the influence of the Hungarian ruling classes on the foreign policy of Austria-Hungary. He showed that there were certain differences in the foreign political aspirations of the Austrian and the Hungarian ruling classes at the time of the so-called Compromise of 1867 already. The expansionist tendencies of the Hungarian ruling classes were, however, quite inconceivable without the existence of the dual Monarchy. Therefore, the ruling classes of the two countries of the Monarchy usually acted hand in hand in all matters of foreign policy. Notwithstanding the fact that Hungary played a subordinate role in the period of dualism, the Hungarian ruling classes were significant factors in the Monarchy's foreign political affairs since, in the situation created by the Compromise of 1867, the leading classes of Hungary were much more able to interfere with the foreign affairs of the Monarchy than to have a word in military matters.

Hungarian finance capital was interested in an expansion over the Balkans, and relied in this respect on the alliance with Germany. A small group of the ruling classes (Ugron—Holló) was in favour of a British-French orientation, but failed to influence the Monarchy's foreign policy, and this the more so as other groups of the opposition were at the same time criticizing the leaders of the Monarchy for not sufficiently concentrating their efforts on the Balkans.

In the years preceding World War I, the ruling classes of both Hungary and Austria sought to solve the internal crisis by means of a successful action in the Balkans. The government and the majority of opposition were in agreement in this matter. The difference between the Hungarian and the Austrian plan was that the Hungarian ruling classes were against the annexation of Serbia, for they feared an increase in the number of Slavs in the Monarchy, regarded it as dangerous to dualism, and were opposed to a trialist or any other reconstruction of the Monarchy. The opposition, headed by Justh and Károlyi fought against such concept with great determination but less steadfastness; it made attempts at a French and even a Russian orientation.

The concluding part of the report analyzes the attitude of the Hungarian ruling classes during the critical period in July; it describes the process which led to the consensus of the government party and the opposition concerning the ultimatum to, and the declaration of war on, Serbia.

A. Oțetea (Roumania) was the first to take the word in the debates following the lectures. The policy of the Monarchy was mainly an eastern one, and this question came once more into the foreground in 1903. The foreign policy of the Monarchy turned especially aggressive after 1906: relations with Russia deteriorated by the annexation of Bosnia-Herzegovina. The Monarchy was disinclined to recognize the new situation brought about by the Balkan wars. The revolutionary struggle of the peoples resulted in a democratic solution of the nationalist problem. The disintegration of the Monarchy was not an outcome of the lost war, but of the nationalist movements.

T. M. Islamov (Soviet Union) commented on the foreign political programme elaborated by Aerenthal at his appointment as foreign minister of Austria-Hungary. The essence of his concept was to consolidate the unity of the empire by making concessions to the Hungarians (annexation of Dalmatia, Bosnia, Herzegovina) and thus obtaining their consent to a renewal for 25 years of the expiring economic agreement between the two countries

of the Monarchy. He hoped to interest Hungary in the Balkans and lead the Monarchy to economic prosperity.

F. Klein (German Democratic Republic) considered it necessary to examine the relations between the Monarchy and Germany more thoroughly. The theory that Vienna was just a puppet of the Germans is untenable. It was by means of an active foreign policy that the Monarchy wanted to solve her internal problems concerning the nationalities. The alliance with Germany which desired to maintain the hegemony of Austria and Hungary made a solution of these problems impossible.

According to *V. Paskaleva* (Bulgaria), the Monarchy played an important role in the Balkans since the end of the 18th century. An interesting feature of the economic role of the Monarchy in the Balkans is that capitalist tendencies characteristic of times previous to the period of monopolies were predominant in Bulgaria at a time when the features of imperialism were already pronounced in the Monarchy. Austria's economic influence had positive results at the outset: it contributed to the rise of the Bulgarian economy. Later, however, it hindered development. This statement does not apply to Austrian companies working in Bulgaria: they promoted the economic development of the country.

C. Todorova (Bulgaria) analyzed the political influence of the Monarchy on Bulgaria. Although Germany occupied the second place in the commercial life of Bulgaria, her political influence kept increasing since the 1880s. As from the beginning of the 20th century, the policy of the Austro-Hungarian Monarchy towards Bulgaria became secondary to the Near Eastern policy of Germany.

N. Nikov (Bulgaria) commented on the relations of the Monarchy to Bulgaria during World War I. Since 1913, the main goal of Bulgaria's foreign policy was the revision of the Bucharest peace treaty, but the masses did not support the bellicose tendencies of the government; besides, the outcome of the war was still uncertain. If the Entente had achieved greater military success, Bulgaria would have entered the war on the side of the Entente and not on that of the Central Powers.

D. Kosáry spoke against a nationalist conception of Austria-Hungary's historical problems. The nationalist bourgeoisie regarded the establishment of national states as an end of itself, i.e., as the final station of historical development. In addition to noting the positive features of nationalist development, it is our duty to criticize its mistakes, shortcomings and, last but not least, its partly still surviving ideology. Not even bourgeois historiography is able to provide an adequate answer to the historical questions of Austria-Hungary. It idealizes the Monarchy and regards her as the prototype of a supernational state. In reality, the hegemony was held by the Austro-German and Hungarian ruling classes, and the suppressed nationalities were prevented from evolving their national existence and culture.

The attitude of Hungarian historiography toward the historical questions of the Monarchy has become a battlefield of controversies during recent years. Although Marxian historiography in Hungary condemns the reactionary traditions of Hungarian nationalism, it has not succeeded in dispelling all illusions about the other type of Hungarian nationalism, that which was represented by the so-called Party of Independence. Marxian historiographers endeavoured to mobilize the Hungarian traditions of independence against Hitlerism during World War II. Although this was politically justified, there

is no reason to analyze Hungarian nationalism from this angle only. It is our task to correct the mistakes and disperse the illusions originating from Hungarian nationalism.

M. Komjáthy reported on the result of his investigations concerning the protocols of the Austro-Hungarian Common Cabinet meetings held during World War I. He suggests that one of the causes of the crisis was that the state machinery failed to meet the requirements of everyday life. He pointed out that, in contrast to other countries, the foreign affairs of the Monarchy were not subject to parliamentary control, evidently as a consequence of the system dualism. The question of the occupation and annexation of Bosnia-Herzegovina was, therefore, discussed by a small clique only, and this procedure was repeated before the outbreak of World War I.

Dr. Lemke (German Democratic Republic) attacked the theory that the German-Austro-Hungarian alliance was based on unilateral German leadership. The politicians of Vienna and Budapest often resisted even quite definite German demands. This happened, for instance, in connection with the Roumanian attitude, further in the matter of the armistice with Serbia and Montenegro. The situation was similar in the Polish question, and only the offensive of Brusilov brought a change in this matter.

Neither is the view correct that the activities of the parties united in the Nationaler Verband were directed from Germany. The Germans supported politicians standing up for increased centralization, but failed to achieve any results until 1916.

Some views even held that it was the weaker Austro-Hungarian Monarchy which forced her will on the stronger Germany. In this respect reference is usually made to the opposition of Austria to the anti-Polish policy of the Germans. In this instance Austria received concessions from the German government because of reasons of home politics.

The politicians of both Vienna and Budapest were able to assert their views, and it is therefore not true that all political matters were subject to German domination.

K. B. Vinogradov (Soviet Union) emphasized in his concluding remarks that the participants of the present Conference agreed on the fundamental questions. He shared the view of Valiani as regards relations between Italy and the Monarchy, although Valiani's statements will have to be defined in a more precise form. It would appear from Italian sources that it was not Russia but Great Britain which urged Italy's entry into the war. He agreed with Oțetea in the matter of the Bosnian crisis; dissenting in this respect from Gonda, Vinogradov was of the opinion that it is wrong to make a sharp distinction between the Monarchy and Germany in the matter of expansion. He agreed with Diószegi that Goluchowski had attempted to divert Russian foreign policy towards the East, although this policy was not as passive as represented by Diószegi. Tokody's statements regarding the pan-German movement are recognized and highly esteemed even in the Soviet Union.

J. A. Pissarjev (Soviet Union) emphasized in his closing address that the debate has brought up many new ideas. He was in complete agreement with Prof. Valiani's opinion that the Bulgarian and Yugoslavian historians had achieved notable results in the study of the problems under consideration. He found Komjáthy's contribution extremely valuable and hoped that his book would appear before long.

The second item of the conference, *Some Questions regarding Agricultural Development in the Austro-Hungarian Monarchy (1908—1918)* was introduced by the report of Prof. S. Pascu. It began with the statement that, after the turn of the century, agriculture in the Monarchy (which was developing along Prussian lines) had reached a point of stagnation and even began to decline in certain branches. It was a characteristic feature of the entire Monarchy and so also of her agriculture that the conflicts arising from the system of capitalism and the surviving remainders of feudalism became intertwined with the conflicts provoked by the oppression of the nationalities. These controversies and clashes became sharper during the war, and led to the collapse of the empire.

The first part of the report dealt with the distribution of land. The survival of large estates and that of certain feudal institutions gave rise to much economic, social and national oppression in contradistinction to countries in which the majority of the population belonged to the dominant nation. After a detailed report on certain categories of landed property, it was shown that the landlords were mostly Germans and Hungarians, while most of the poor peasants and agricultural labourers belonged to the oppressed nationalities. Consequently, the aspiration of the rural working masses for the acquisition of land was simultaneously a fight for their national liberation. The representative of social and national oppression was usually the German or the Hungarian landlord.

The second part of the report treated of the distribution of livestock and farm implements. The majority of agricultural machines was in the territory of the oppressors, a natural consequence of their privileged political and economic status. The distribution of machines was extremely unequal. The peasant farms were less mechanized in the suppressed countries than among the ruling nations. The distribution of live-stock was likewise unequal, especially on the farms of the small peasants. The lack of draught animals led to inadequate cultivation and the pauperization of the peasantry. Generally speaking, animal husbandry was declining at the beginning of the 20th century.

The third part of the report contained a general description of agricultural conditions in the Monarchy. One of the most important features was the payment in labour, a special type thereof being the *kolonatus* system in Dalmatia and perpetual tenure (*kmet*) in Bosnia. In the more developed areas the system of land lease was widespread. The tenant usually subleased the land to peasants for cultivation. In the more developed areas, for instance in Hungary, farming and land lease were more advanced than in the subjugated countries.

The fourth part of the report analyzed the problems of agricultural production. The sowing area increased more slowly after 1900 than before; the sown area of wheat decreased and only the production of maize increased constantly so that the nutrition of many peasants consisted almost exclusively of maize.

Also stock breeding showed but little progress after the turn of the century, and the number of livestock per capita was even reduced in many places. It became necessary to import animals.

Conditions deteriorated further during the war. The stagnation and the diminution of agricultural production after the turn of the century were not accidental; they were largely due to the economic and social conditions. Bank

capital penetrated agriculture; its credit system, advantageous to landlords, made the masses of small farming peasants bankrupt.

The union of the customs areas presented a serious hindrance to the development of the oppressed countries, and the ruling classes were yet unable to integrate the Monarchy from an economic point of view. The majority of the subjugated area did not form an organic part of the economic life of the Monarchy but sought to establish commercial relations with the neighbouring national states.

The fifth part of the report discussed the condition and movements of the peasantry. In addition to feudal institutions, their situation was aggravated by national oppression. One form of their resistance was emigration, which steadily kept growing. Harvesters' strikes were the other form of resistance. During 1905 and 1906, the strikes, especially those in Transylvania, were connected with the insurrection of the Roumanian peasants. The peasantry became increasingly conscious of its social and national oppression. The situation became still more serious during the war when masses of soldiers recruited from the peasantry retreated to the mountains ("green cadres"); their movement gradually assumed political significance and led to manifestations in favour of the establishment of national states. The Transylvanian peasants demanded the possession of land and the unification with Roumania. The revolution of the peasantry and the working masses led to the disintegration of the Monarchy and her replacement by national states in October, 1918. Land reform, as carried out in the new states, was partial only because the Habsburg empire was not superseded by democratic countries but by states of bourgeois landowners.

T. Kolossa's lecture, entitled *Analysis of the Social Structure of the Agrarian Population in the Countries of the Austro-Hungarian Monarchy (about 1900)*, examined the occupational distribution of the population in general and that of the agrarian population in particular. The industrial quota of the Hungarians, Poles, Slovenes, Croats, Serbs and Roumanians began to increase between 1900 and 1910. Thus, the economic unity and division of labour in the Monarchy meant both handicaps and advantages for the nations contained therein. Yet, there were still tremendous differences in the development of the various areas of the Monarchy as is evident from the distribution of the national income.

In discussing the problems of social stratification among the agrarian population, it is wrong to rely on a sole criterion such as the size of the estates. The lecturer analyzed landownership and the role of wage labour. He examined the role and significance of medium and large estates in the different countries of the Monarchy as also the number of wage labourers in each category of landed property. The proportion of agrarian proletarians within the wage-earning population of the various countries of the Monarchy was likewise analyzed. By combining these data with those of previous studies the lecturer determined the social stratification of the Monarchy's agrarian population. He also analyzed the different character of the various categories in every country, and defined the different types of agrarian society.

In addition to the large estate owners who played a leading role, a strong peasant bourgeoisie and a large agrarian proletariat existed in the Czech provinces. The agrarian society of Lower Austria and Styria, too, had a bourgeois character. In the Alpine territories a strong layer of smallholders existed

beside the strong peasant bourgeoisie and the large agrarian proletariat. The seacoast and Dalmatia, with their Mediterranean production, the dominant role of the smallholders and poor peasants and the *kolonatus* system, constituted a special type. Galicia and Bukovina were characterized by the contrast of the large and the small or medium estates. Since Croatia was a former military frontier, smallholder production played an important role, but the large estates were likewise significant. Beside the decisive role of the large estates, the extremely high proportion of proletarians was characteristic of Hungary. The particular agrarian structure of each country of the Monarchy was determined by economic-geographical conditions, by the development of industrial capitalism and, last but not least, by historical factors.

The lecture of *J. Puskás* bore the title *The Development of Agricultural Production in Hungary and the Market of the Monarchy (1870—1914)*. It discussed, in the main, the questions concerning extensive and intensive farming, further the development of market conditions.

Three periods in this era of agricultural production can be distinguished: from 1870 to 1880, from 1880 to 1900 and from 1900 to 1914.

The first period was closely connected with the prosperity in grain and wool production. Arable land increased and sheep farming was predominant in animal husbandry. Because of the backwardness of animal husbandry, the productivity of the soil was maintained by the fallow system.

The second phase was characterized by the beginning competition of America. The increase of arable land became slower, and the introduction of crop rotation increased the average yield (wheat). Intensive breeding of horned cattle was introduced at the same time.

The third period was marked by the increasing production of hoed plants, of fodder in particular. Hungarian breeds of horned cattle were exchanged for the more profitable western breeds.

The lecturer analyzed hereafter the technical equipment of the small and large estates, and examined the process of their specialization. When the agricultural crisis broke out, the great landlords began to clamour for a protective tariff policy, but no change occurred in this respect until 1906. Agricultural produce was among the chief export items of the country. From the 1880s, the export of flour began to exceed that of wheat. From the 1890s, the export of horned cattle, poultry, eggs, vegetables and fruits took a decided upswing. Most of the exported articles were marketed in Austria, and 98 to 99 per cent of all Hungarian agricultural exports went to that country at the beginning of the first decade of the century.

Large estates excelled in the production of wheat and sugar beet, small farms in that of vegetables and fruit. Production was determined not only by the size of farms, but showed changes according to regions also. Zones of production had developed; notwithstanding the overall development, the inner market of the Monarchy became so large that, instead of being exported as before, wheat had to be imported.

P. Sándor discussed methodological questions in connection with an examination of the agrarian structure. He pointed out the significance of cadastral surveys. Relying on the evidence of abundant statistical material, and utilizing the pertinent data of two villages, Hévízgyörk and Tök, he proved that a careful scrutiny regarding the distribution of the various branches of cultivation is necessary for the researchers of agricultural production, since

general statistics fail to offer sufficient data in this respect. He emphasized that a study of cadastral surveys will provide more information on the categories of landed property so that regional differences between identical categories will become clearer.

A. Vörös discussed the significance of research concerning zones of agricultural production. He showed that estates, statistically classified as being of equal size, included different types of farms in each region. According to means of transportation and market conditions, special zones of production evolved in certain areas, for example, animal husbandry, dairy farming, fruit and vegetable production, instead of the traditional grain production of the serf-peasants. Thus, for instance, the breeding of horned cattle and dairy farming became of prime importance among the peasants in several areas of Transdanubia. The production of vegetables and fruit was prominent in the vicinity of Budapest, while fruit, grapes and vegetables were the principal products between the rivers Danube and Tisza. The traditional peasant-serf mode of life disintegrated in these zones of production and a stratum of capitalist smallholders arose. To a certain extent this economic development explains why the smallholder movement originated in Transdanubia.

In the ensuing debate, *P. Sándor* criticized the method used in the Roumanian report for determining the categories of landed property. *A. Vörös* directed his criticism to that part of the same report which was concerned with animal husbandry. It is not sufficient to consider only quantitative data, for the period in question witnessed great qualitative changes too. He affirmed that the steady rise of maize production was the result of the growth in swine breeding and not because it had become the staple foodstuff of the poor.

Havránek's intervention (Czechoslovakia) emphasized the difference between the Czech and the Hungarian agrarian structure. The political training of the peasant masses was much more advanced in Bohemia than in Hungary. The agrarian crisis gave rise to peasant radicalism which led to the organization of "Selska Jednota", the precursor of the agrarian party. That segment of the peasantry which adhered to traditional farming methods was conservative, while those connected with the market became more and more radical.

E. Niederhauser called attention to the importance of comparative historical research. Symposiums on East European agrarian history have been organized in the Soviet Union every year since 1958, and their material is published in year books. Two areas have to be distinguished in East Europe: the North, where agriculture has followed the "Prussian" way of capitalist development, and the Balkans where another type of agriculture has been evolved. Notwithstanding apparently favourable beginnings, agriculture in the Balkans lagged far behind that of the northern territories even after the turn of the century, a phenomenon due to historical antecedents. Large differences existed even within the "Prussianized" area which manifested themselves in the industrial development as well.

The detailed examination of small units and the comparative study of large units are complementary methods, and both are necessary.

P. Hanák, commenting on the Roumanian report, pointed out that it did not give a clear picture of the capitalist development in agriculture. It analyzed the development of agriculture in the entire Monarchy from the Transylvanian angle, and attributed exaggerated significance to the feudal relics even after the turn of the century. For instance, the report failed to

show that the "Prussian" development of agriculture in the Monarchy had a capitalist character. The Roumanian reports emphasized that the areas inhabited by the nationalities were underdeveloped, but claimed that the differentiation of the peasantry was greatest just in those areas, whereas — in reality — it was the outcome of capitalist development. The proportion of the agrarian proletarians was highest in the most developed areas also in Hungary where they constituted 39 per cent of the agrarian population of which 55 per cent were of Hungarian nationality.

He doubts the truth of the statement that, owing to the oppression of the nationalities, their wages were lower than those of the Hungarian or German agricultural labourers. The political and cultural suppression of the nationalities is a fact, and so is the general underdevelopment of these areas, but it is wrong to regard the iron rules of capitalism merely as a consequence of national oppression.

J. Kovács (Roumania) pointed out that the data of the two Hungarian reports proved the Roumanian thesis that there was no economic unity in the Monarchy. An examination of the social structure reveals that there were dominant nations in the Monarchy (Germans and Hungarians) as well as subjugated nations which had to bear a double yoke, viz. social and national oppression.

He criticized the methods used in the Hungarian reports for determining the categories of landed property. A division of the development of agricultural production into two periods would clearly show that years of stagnation had set in after 1900. Only the large estates profited by the market of the Monarchy. It would be more correct to examine Hungary proper and the oppressed territories separately since conditions were quite different in them. An examination of agrarian conditions should extend to the struggle of the peasantry for land and national liberation.

T. Kolossa commented likewise on the Roumanian report. He criticized the fact that it omitted to present the methods of computation and failed to offer precise data regarding the various countries. The Roumanian report is mistaken in concluding that the differentiation of the peasantry was most advanced in the most underdeveloped territories. A clearer picture can be gained by comparing the entire social structure of the various nations and not only the different size-categories. Hungarian and German landlords were hostilely looked upon not only by the peasantry of the nationalities, but also by their "own" agrarian proletariat. The Roumanian reports do not distinguish peasant movements from national movements, and fail to point out that Roumanian, Hungarian and other peasants in Transylvania were involved in a common fight. The analysis of class conditions should precede all social-economic analyses.

J. Puskás emphasized in her reply that the agricultural stagnation in Hungary was not unknown to earlier Hungarian historiography. This can be explained by the fact that statistical data on the different branches of production were previously considered separately and not in their connexion with production as a whole. This mistake recurs now in the Roumanian report. Regarding quantitative changes in the area of arable land such factors as the rise of intensive cultivation and the reduction of fallow land, etc. should be taken into consideration. As regards data regarding animal husbandry, the Roumanian report ignores qualitative improvement and the growth of exports.

S. Pascu stated in his concluding address that it was due to a different evaluation of statistical data that Roumanian and Hungarian investigators had come to different results. The Roumanian historians are surprised to find that the Hungarian reports try to separate social evolution under the imperialist rule from national development. Differences in the social condition of the oppressing and oppressed nations are statistically proved. To treat political and cultural questions separately and to limit national oppression to these two spheres seems to be a sign of partiality. All available data show that national oppression existed also in matters economic, for instance, a difference in wages.

It is imperative to join forces and to elaborate common methods for the employment and evaluation of all available sources.

The debate concerning the third item of the Conference was introduced by the report of J. Křižek (Czechoslovakia) under the title "The Rise and Influence of Finance Capital in the Habsburg Monarchy between 1900 and 1914". It was due to various reasons that the development of capitalism in the Monarchy assumed heterogeneous and contradictory forms. Although capitalist production gradually integrated social conditions, instead of creating an atmosphere of mutual understanding, it widened the gap between the different nations of the Monarchy. Contradictions became particularly sharp in the period of imperialism.

Capitalist development was most pronounced among the Germans, Czechs and Hungarians. Disproportions brought about by capitalism were interconnected with national inequality and oppression. Inadequate capitalist development was primarily due to lack of capital, and it had an adverse effect on the so-called "Prussianization" of the agriculture.

The second phase in the industrialization of the Monarchy began at the outset of the century. The rate of industrialization became more rapid even in the backward areas, and the suppressed nations adopted bourgeois mentality and customs at a fairly rapid rate. Development, however, still remained unequal. The rising Austro-Hungarian imperialism was a peculiar mixture of imperialist phenomena, non-monopolistic capitalist conditions and feudal survivals. Imperialism arose in the Monarchy at a time when capitalism was still unripe.

The concentration of capitalist production in the different provinces of the Monarchy did not progress uniformly because of its dependence on historico-economic antecedents and on the actual stage of development. The concentration of production was largely a result of the concentration of capital; the latter was mainly represented by the joint-stock companies. Under the conditions prevailing in the Monarchy, credit and the concentration of banking capital were more important than the capital needed for industry and production. Banks had played a decisive role in the economic life of the Monarchy also before the time under review. In the course of the unequal development of banking capital a sharp rivalry developed between the large banks of Vienna which, though still growing, were forfeiting their leading position, and the banking capital of Hungary, Bohemia, etc.

The relatively high degree of centralization provided the ground for monopolistic tendencies. This process was influenced by foreign monopoly capital, the large estates and the agrarian customs. At the same time, the monopolistic tendencies hindered the attempts of the national bourgeoisies at

emancipation and thus contributed to a deepening of the discord. The most widespread form of monopoly were the cartels some of which covered the whole Monarchy, while others were national, regional or local. Trusts were less widespread, while concerns played an important part owing to the increasing role of banking capital. The development of concerns represented the main form of the internationalization of capital in the Monarchy.

The leaders in the process of monopolization were the bank monopolies. Banking capital was the principal representative of the evolving finance capital. Previous to the outbreak of World War I, those banking groups gained prominence which were closely connected with German finance capital, whereas French, English, Dutch, etc. relations became gradually weaker. Representatives of the large land-owning aristocracy sat on the boards of the big banks. The Habsburg dynasty was the representative, symbol and patron of both the aristocratic landlords and the finance capital.

Briefly, owing to the relative underdevelopment of the forces of industrial production, and the economic predominance of banks, finance capital was born under the auspices of the growing power of the large banks. The genesis of Austro-Hungarian finance capital was primarily a metamorphosis of the bank capital at a higher stage.

Finance capital was a contradictory phenomenon in the Monarchy, and there was sharp rivalry between the various monopolist groups. The capitalist conflicts between Hungary and Austria were especially significant, and entailed also political consequences. Finance capital supported reactionary forces and national oppression at home, and aspired to conquests, the acquisition of Balkan markets and the export of capital abroad. It was a decisive factor in the tariff war and in the aggressive tendencies of the foreign policy. The effect of finance capital was harmful to the Monarchy: it strengthened the tendencies of disintegration, and finally completed that which capitalism had started: the overthrow of the Monarchy. Finance capital played a prominent part in preparing the collapse.

The report of the Roumanian historians was presented by *E. Dcu'sch*. There were tremendous differences in the industrial development of the various parts of the Monarchy. Monopoly capital, by impeding the economic progress of the underdeveloped areas and by promoting, at the most, a production of raw materials, played a prominent role in creating these differences. Transylvania provided the raw material and food for the Monarchy. If the processing industry made some progress nevertheless, it was due to the traditional marketing possibilities offered by Moravia and Wallachia. The tariff war erected new barriers in this respect.

Foreign capital (Austrian, Hungarian, German, French, etc.) was a decisive factor in the development of Transylvanian industry. Foreign capital owned the majority of industry and drained a great portion of the national income produced in Transylvania.

Another peculiar feature of industrial development was inequality, the anarchy of territorial distribution.

The banking system of Transylvania was owned by the capitalists of Vienna, Budapest and Berlin. Also local banks were established at the beginning of the 20th century, but their role was very modest owing to the limitation of their financial resources and also because of foreign competition.

The Hungarian authorities did their best to prevent a strengthening of the Roumanian bourgeoisie. The Hungarian and the Roumanian bourgeoisie still co-operated in fighting the working class. The fact that local finance capital could not develop does not mean that industrial and banking capital were not intertwined in Transylvania. Their interplay was assured by the large banks and monopolistic organizations of Austria and Hungary. This situation underwent a fundamental change after the unification of Transylvania with the territories outside of the Monarchy in 1918.

I. Berend criticized the arguments presented by *Deutsch*. He disapproved of the land question being treated as a national one, while such factors of economic development as the lack of capital and its accumulation are disregarded. The over-simplification of the nationality question is dangerous and it is wrong to look at the tariff war from a nationalist angle only. He doubted whether Hungarian capital invested in Transylvania at the time of the Monarchy could be correctly regarded as foreign capital.

He argued against the statement that agrarianism was a consequence of the rise of finance capital. The antagonism between industry and agriculture undoubtedly increased in the period under consideration, but this statement in itself does not express the existing difficulties. Those speaking of the fusion of the banking, industrial and agricultural capital have failed to prove this statement. True, some aristocrats occupied leading positions in the industry, but this meant only close relationship and not coalescence.

According to *H. Mommsen* (German Federal Republic), it is not right to examine and judge all economic difficulties of the Monarchy from the sole angle of nationalities. Differences in wages were not due to the oppression of the nationalities. One of the tendencies in the economic development of the Monarchy was the unification of the various regions. This was first achieved in North Bohemia and then in the central regions. This process would presumably have continued. It was unlikely that the governments intended to make nationalist discriminations in this matter. The trouble was that they did not employ adequate methods in building up autarchy. The statement that people concerned with national economy are not necessarily identical with the governmental circles is trite but nonetheless true. Hungarian and Czechoslovak scholars have raised numerous important problems which command increasing attention in the West and which will surely be studied there.

E. Deutsch asked the Conference not to regard his intervention as a simplification of the problem; the question must, however, be treated also from the viewpoint of Transylvania, and it was wrong to have failed to do so in the past. He does not agree with *Berend* that, in analyzing finance capital, a consideration of social and national aspects leads to an oversimplification of the problem. There existed, for example, a Roumanian banking apparatus in Transylvania, but it was excluded from the rediscount system of the Austro-Hungarian Bank (the common bank of issue). It is unclear whether this was due to political or economic reasons, but it would be incorrect to ignore the nationality question in this connection.

He objected that *Křižek* discussed the crisis of 1901–1903 but omitted to refer to that of 1908 as if the latter had not existed.

E. Merz (Austria), while believing that regional differences in wages did exist, denied that they were due to nationalist aspirations. He agreed with *Mommsen* that it was impossible to speak of "internal imperialism" in the

Monarchy. The government was led by liberal principles, whereas other powers, e.g. the finance capital, were looking for profit, so that the expression "internal imperialism" was inadequate. A more realistic expression should be invented.

P. Hanák emphasized that current Hungarian historiography does not desire to conceal the existence of nationalities in or excuse the policy pursued in this respect by pre-war Hungary, but it would be wrong to give free course to unscientific exaggerations in this respect. The exploitation of the workers was mainly a consequence of capitalist oppression and the suppression of the nationalities must not be mixed up with it.

György Ránki attributes to the submitted report a pioneer importance, but he draws attention to several points which have not been mentioned or have — in his opinion — not been presented in the proper light.

He suggests that the one-sided distribution of the Monarchy's productive forces resulted not only from historical-political factors, but was also the consequence of capitalist development itself, which considerably deepened existing differences. At the same time, when the Monarchy is contemplated as an economic entity — for that is what it was — it may be stated that politically dominating nations were not allway the most advanced economically. He does not agree with Křížek that concentration of production led to masses of small-scale producers of commodities being proletarianized; this process was contradictory: modern large-scale industry also created numerous new possibilities for the small-scale production of goods to satisfy the requirements of urban populations, the need for various auxiliary branches. The development of monopolist organisations is not inseparable from national oppression: while hindering the accumulation of capital by the bourgeoisie it contributed to a rapid increase of productive forces and the numbers of the proletariat. The state loans and floating of shares which often served lucrative enterprises or investments of a social character cannot be denoted as features illustrating the parasitism of finance-capital. In this connection it must also be emphasized that in Hungary the period of the development of imperialism between 1900—1914 was the time of the most important industrial investments. Křížek's argument that finance-capital had a backward influence on the development of the Monarchy can be accepted only in so far as by the time of imperialism the obsolete structure of the Monarchy had anyway been made untenable by the rapid advancement of productive forces and the ever more intense social and national conflicts; however, the primary cause of disintegration lay not in the untenableness of the existing economic framework.

In connection with the Rumanian report it is held to be a questionable statement that the Hungarian capital invested in Transylvania was foreign capital. Moreover, the report omits to mention the dual character of capital export, and overlooks the fact that the period of imperialism — also according to Křížek's report — was a time of rapid bourgeois economic development among all the peoples living in the Austro-Hungarian Monarchy: In the era which witnessed the establishment of imperialism, economico-political unity made it possible for Hungarian and Austrian capital to flow freely to Transylvania. Finally it is pointed out that the report shows unmistakable traces of dogmatic and nationalistic partiality.

J. Křížek (Czechoslovakia) pointed out that there are innumerable data to prove the invasion of German capital. He emphasized once more that the formation of finance capital had a great influence on the development of the

Monarchy. The discord was further increased by the fact that the different nationalities had reached different stages of development. It would be a mistake to deny its influence on social conditions.

Problems regarding nationalities in Austria-Hungary formed the fourth item of the agenda. *F. Zwitter* (Yugoslavia) surveyed in his report the main points in the history of the Monarchy's minorities between 1900 and 1914. The first part of the report elucidated the economic and social background of the problems. The peoples of the Monarchy belonged to two categories: members of the one had, those of the other had no, history. Differences of social structure and not constitutional factors constituted the criteria of classification. Differences of this nature were rooted in the times preceding the bourgeois revolution, and they influenced the problem of nationalities even as late as the beginning of the 19th century.

A survey of the demographic development of the cities and their surroundings, a survey of the economic strength, social structure, political consciousness of and the differences between the various peoples shows that it is impossible to prove the thesis of *Hugelmann* and certain bourgeois historians according to whom all feudal peasant peoples developed into modern bourgeois nations under the wings of the Monarchy.

It was among the Czechs that the process of developing into modern political nations was most advanced at the beginning of the 20th century. The political and cultural level of the various peoples was dependent on their economic potential and social structure.

The second part of the report discussed the policy toward the national minorities and the associated problems at the beginning of the century. The economically stronger "historical" peoples with a perfect bourgeois social structure were almost the sole beneficiaries of the then existing system of political representation. The situation of the non-Magyar peoples was politically, linguistically and culturally less favourable in Hungary than that of the other "non-historical" peoples of Austria. In the 1890s, parties were formed on a national basis in Austria, and also the German nationalism became increasingly manifest. Consequently, in the areas where German nationalism was at play, the policy toward the nationalities became inflexible or aggressive. In other areas, for example among the Slovenes, Croats and Ukrainians, this progress was more modest.

The third part of the report discussed the contemporary plans and schemes for the settlement of the problems regarding nationalities. The system of dualism had numerous supporters both within and without the Monarchy even at the beginning of the 20th century. The principal enemies of dualism were the pan-German movement and the various "Mitteleuropa" plans which tried to settle the problem of nationalities from the viewpoint of the "historical" nations. Various federalist-trialist notions were popular among the "non-historical" peoples. Although the protagonists of such concepts relied on Francis Ferdinand, he actually never favoured these plans. The representatives of neo-Slavism, arisen in Austria at the beginning of the 20th century, were willing to maintain the Monarchy and desired only a change in her foreign orientation. When it became evident after 1908 that this goal was unattainable, the Czechs began to work at the disintegration of the Monarchy.

The last part of the report briefly touched upon the relationship between social democracy and the problem of nationalities. The scope of criticism must

not be limited to Austro-Marxism because even before the congress of Hainfeld there were attempts to solve the question on the basis of national self-determination with the simultaneous maintenance of the international solidarity of the working class. The relationship between the labour movement and the problem of nationalities is still obscure and awaits elucidation.

Commissioned by the national committee of Roumanian historians, *M. Constantinescu, L. Bányai, V. Curticeanu, C. Göllner* and *C. Nutu* prepared an extensive report entitled *National Minorities in Austria-Hungary between 1900 and 1918*. As pointed out in the introduction of the report, its aim was to discuss the problem of nationalities with reference to the development of class antagonisms in capitalist society, and to the class warfare that was in progress in the Monarchy.

The report rejects such distinctions as non-historical and historical, accepting only the terms dominant and oppressed nations. Nationalist oppression in the Monarchy was two-fold: national and social. The workers of the nationalist minorities, the labourers, peasants and intellectuals, were more severely suppressed and exploited than members of the dominant nations. Nationalist oppression affected all realms of life: economic, political and cultural. Data were presented to show that the standard of life of the workers in Vienna and Budapest was, owing to better wages, higher than that of their Slovak and Roumanian fellows. Accordingly, opportunistic and nationalist workers' aristocracies developed among them. The territories of the nationalities were denied industrial development; the distribution of land revealed strong discrimination to the detriment of the Slav and Roumanian peasantry. Political rights (franchise) as well as the educational opportunities of the oppressed nations were also limited.

The main antagonism was that existing between the exploiting classes of the dominant, and the working masses of the oppressed, nations. But opposition between the bourgeoisie of the dominant and those of oppressed nations became likewise increasingly sharper.

The first chapter of the report describes the contemporary attitudes toward and the tendencies concerning the question of national minorities. The main task of the revolutionary forces was to establish the right of the self-determination for the different nations before their separation. Examining the problems from this aspect, the report analyzes and criticizes the Austrian pan-German movement, the federalistic programme of the Catholic people's party and Popovici, the Mitteleuropa plans, Renner's and Bauer's demands of cultural autonomy for the nationalities, the pro-Entente plans of the Czech opposition, etc. All these schemes were unrealistic since they were based on the survival of the Monarchy, whereas historical events developed toward the rise of national states.

In Hungary, there was no essential difference between the attitude of the government and that of the opposition: they were in accord respecting the suppression of national minorities and the policy of Magyarization. The bourgeois radicals insisted on the territorial integrity of the country, while the leaders of the social democratic party hesitated between masked nationalism, Austro-Marxist loyalties and national nihilism. They too were opposed to the division of the Monarchy.

The bourgeoisie of the oppressed peoples claimed that the multi-national character of Hungary be recognized and did not go beyond the demand of

regional autonomy. However, opinions were divided even within the bourgeoisie itself.

The second and third chapters of the report deal with the policy of nationalist oppression and nationalist movements in the Monarchy between 1900 and 1914 and from 1914 to 1917. The economic aspect of oppression is repeatedly shown up for both halves of the Monarchy. The methods and the outcome of political and cultural oppression are analyzed. Oppression of the national minorities in Hungary is briefly characterized in the following terms: "although the most extreme forms of persecution such as the pogroms and deportations in tsarist Russia on the excessive cruelties in Turkey were not applied in Hungary, the oppression of national minorities was, with the exception of the said two countries, the severest in contemporary Europe."

At the beginning of the 20th century, the bourgeoisie of the oppressed peoples assumed the leadership of the national movements in Austria. These movements inspired also the working classes which were not only fighting for a general suffrage, but for full social and national liberation as well.

National movements were based on the working masses also in Hungary at this time. As a result of conditions respecting the ownership of land the struggle of the Roumanian and Slav peasants against German and Hungarian landlords was at the same time a fight for national liberation. The situation was similar in the industrial areas; discrimination against the working classes of the national minorities changed the struggle of the industrial workers into one for national liberation. The actions of the intelligentsia of the minority peoples against oppression greatly influenced the masses and reverberated all over Europe. The demands of the masses developed more and more toward a separation from the Monarchy and the incorporation by the neighbouring national states. These efforts were blocked by the attempts of the bourgeoisie to approach the German or Hungarian ruling classes and to make the cause of national freedom dependent on the international balance of power.

The war intensified the social and national controversies of the Monarchy. The increase of national oppression during the war fanned the fires of the struggle for freedom which developed into a sweeping bourgeois democratic revolutionary movement for national liberation and for the establishment of independent and unified national states. The internal social and national fight of the worker and peasant masses, the petty bourgeoisie, the intelligentsia and the national bourgeoisie formed the core of this struggle. The movements of the soldiers in the army, the attempts of the war prisoners at liberation, and the activity of the emigrés in Entente states all contributed to the final success.

The revolutionary changes are treated in the fourth chapter of the report. The independent national states were not the result of external factors; they arose from the steadily increasing struggle of the masses for national liberation and for social and political reformation. The struggles of the masses ultimately created a *fait accompli* for the Monarchy and the Entente powers alike.

In 1918, mass movements throughout the Monarchy demanded the conclusion of peace and proclaimed the right of self-determination ("peace, bread, national liberty"). The events of October and November, 1918, show the complete convergence of the revolutionary struggles and the liberation movements. The initiative was taken by the working masses, and their movements resulted in the disintegration of the Monarchy and the independence of the oppressed peoples.

The fifth and last part of the report describes the unification of Transylvania with Roumania in detail. It was promoted by the mass movements propelled by the peasantry and the workers of Transylvania and the Banat who were fighting for democratic peace, land reform, democratic rights and national self-determination. It was then that the hitherto passive Roumanian bourgeoisie became active. A struggle between the democratic and reactionary forces was fought along this broad, united front. Progressive revolutionary forces had the upper hand in Transylvania until the arrival of the Roumanian troops called in by the reactionary right wing of the Roumanian National Party in order to suppress the movements of the workers and peasants. The national assembly held at Gyulafehérvár on December 1, 1918, represented the said progressive forces of Transylvania. It met before the intervention of the Roumanian troops, the oppressed Roumanian people proclaimed their unification with Roumania and established the fundamental principles of the intended new democratic state.

After December, 1918, the reactionary bourgeois features of the Roumanian national movement became more and more manifest. The betrayal and surrender of certain social democratic leaders, and the weakness and inconsistency of the progressive bourgeois forces made it possible for the reactionary wing of the Transylvanian and Roumanian bourgeoisie to get the upper hand with the aid of the Roumanian army and the government of bourgeois landlords, and then to frustrate the establishment of democracy.

The report of *L. Katus* bore the title *Economic and Social Bases of the Nationality Question in Hungary Previous to the First World War*. Contemporary regional statistics concerning nationalities in Hungary show that there were great differences in economic development; these were due to geographical factors, historical antecedents, and, in the first line, to the economic structure of the dual Monarchy, the natural effects of which burdened mainly the areas inhabited by the non-Magyar population of Hungary. The explicitly pro-Magyar economic policy of the Hungarian ruling classes was of not much consequence, and its results fell far from what those classes had hoped for.

At the turn of the century, capitalist evolution became more manifest in the suppressed areas also. These societies, mainly of peasant character in the past, gradually disintegrated, and the leading positions were occupied by members of the middle layer of the bourgeoisie. The growth and leadership of banks and bankers had become a characteristic feature of the national movements that assumed a bourgeois democratic character.

Class antagonisms could not fully develop in the societies of the national minorities. They, too, were ruled by the Hungarian landlords and the representatives of the Austro-Hungarian plutocracy. Consequently, the middle class of the non-Hungarian peoples was interested not only in national movements but also in a democratic reconstruction of the entire Monarchy.

Parallel with the development of the new phase in the national movements, socialist movements of the industrial and agrarian proletariat started in the areas inhabited by the non-Hungarian part of the population. It would, however, be wrong to identify the two movements. These movements were organized on an international basis, aimed at social revolution and wanted to realize the objectives of the proletariat and not those of the nationalist bourgeoisie. Temporary alliances did arise between these two movements, since both were fighting against the same enemy. The major factor in the

democratic rearrangement was undoubtedly the Hungarian and non-Hungarian proletariat, but also certain external factors were responsible for the manner in which the transformation actually occurred.

The report of *M. Gross* (Yugoslavia) discussed the major aspects of the nationality problem in Croatia and the division of the Croatian territory between Austria and Hungary. Croatia was the most backward area of the Monarchy but had, at the same time, a disproportionately great political importance. Its development was greatly influenced by the competition of the Austro-German and Hungarian ruling classes. The southern Slav concept and the other aims of the Croatian national movements, the problem of the relation to the Serbs, etc. were all based on such economico-political foundation and affected the debates and schemes which tried to find a solution of the South-Slav problem within or without the Monarchy.

M. Turok-Popov (Soviet Union) surveyed the reactionary trends of modern western historiography which idealize the defunct Monarchy and regard it as a power of positive significance which successfully united peoples of different nationalities. He referred to R. Kann's work, "A Study in Integration and Disintegration" in which the Monarchy is described as a model of West European integration, while bolshevist Russia provides the negative example. Our views must be made clear in opposition to such reactionary statements. So far, hardly any efforts have been made in this respect.

The Roumanian historians were faced with a very difficult task. It is not easy to approach an international problem from a national platform. There were but two alternatives open for the Monarchy in World War I: to become Germany's satellite in the event of a German victory or to disintegrate in the event of a German defeat. A radical reconstruction of the empire was already out of question at that time. Certain quarters recognized that a popular struggle of international nature had to be pursued. This is the angle from which the problem of the Monarchy can be approached in a militant spirit of class warfare.

The Roumanian report does not point out the positive features of the international movement (the strike in January, 1918; Cattaro). The report speaks of revolutionary upswing between 1917 and 1922, although the intervention against the Hungarian Soviet Republic cannot be said to belong to this category. Nor can the statement that a unified Roumanian national state was formed after 1918 be accepted. Any census will show that the succession states were multi-national. It is furthermore wrong to regard the resolutions of the national assembly at Gyulafehérvár in December, 1918, as the result of free decision, for the arrival of the Roumanian army was generally known to be imminent. Turok-Popov referred to the atrocities of the royal Roumanian gendarmerie in Bukovina which could not very well be regarded as acts of "liberation". The multi-national character of the Roumanian state was faithfully reflected by the multi-national character of the Roumanian communist party. In contrast to the state, the party was united nevertheless.

There are several other inaccuracies in the Roumanian report. Its statements regarding the Austrian nation or its criticism of the socialist leaders of Austria, Viktor Adler and Otto Bauer, cannot be accepted.

I. Dolmányos's intervention concerned itself with the significance of the Education Act of 1907, known as the "Lex Apponyi". Examining the circum-

stances which gave rise to it, he pointed out that a nationalist, chauvinistic wave swept over Hungary in 1906, and referred to the birth of a socialist movement among the pedagogues. After describing the contents of the Act, he analyzed its goals: by raising the salary of teachers in schools run by the Church it was attempted to achieve national goals by a sort of compulsory state support. To obtain subvention, certain requirements had to be met concerning education in the Hungarian language and in a Hungarian spirit. Both the progressive public and the nationalities disapproved of the Act. The Lex Apponyi was a symbol of the aggressive policy of forced assimilation and reflects the chauvinistic and oppressive policy of the Hungarian ruling classes in the period of dualism. It would, however, be wrong to exaggerate the significance or the practical consequences of the Act.

L. Valiani (Italy) agreed with the reasoning of Prof. Turok on many points, but the most suppressed nationality of the Monarchy were undoubtedly the Roumanians. Although the Italians, too, considered themselves oppressed, there was actually no oppression in towns with Italian population. Valiani rejected several statements contained in the Roumanian report. The nationalism of Jorga and Goga would deserve stronger criticism. If the workers of the nationalities received lower wages, it was not due to national prejudice but the result of the inadequate organization of these workers.

He agreed with the view that the Monarchy was destroyed by her nationalities, but the Hungarian masses were in the forefront of the fight. Otto Bauer deserves a more objective estimation. Although Francis Ferdinand paid lip service to federalism, he would never have put it in practice. Not even a victorious Monarchy would have been viable, since she would have become Germany's satellite. The task still remains to trace the original factors of the Monarchy's disintegration.

P. Hanák criticized the works of certain western bourgeois historians on the history of the Monarchy. The current concept of "supranational integration" does not seem to be historically founded. Analyzing Marxian historiography he criticized certain one-sided features thereof. Up to now hardly any attention has been paid to the positive features of capitalist development and to the investigation of its effects on Southeast Europe. Certain compensatory tendencies were existing in spite of the unequal development.

The identification of capitalist exploitation with national oppression and the consequent thesis of "double exploitation" do not seem to be justified. Newly opened sources do not support the view widespread in recent Marxian literature that the labourers were the sole bearers of the idea of nationalism, nor does it seem to be right to disregard all else but the national elements in the movements of the workers and the poor peasants. Almost all these mass movements were imbued with the spirit of class struggle even during the First World War. The question was whether the socialist movement was able to mobilize for the democratic and socialist revolution the energy inherent in the liberation attempts, or whether the bourgeoisie and the middle classes were to succeed in utilizing the forces of the militant mass movements for bourgeois national goals. All these problems became increasingly burning during the World War. Historical circumstances facilitated the realization of the latter alternative. This does not imply, however, that historians can omit to examine those factors and causes which prevented the other alternative, viz. the overthrow of the Monarchy by a democratic revolution headed by the workers and the

consequent establishment of socialist states. The Roumanian report failed to tackle the question of the leadership of the socialist and national mass movements.

H. Lemke (German Democratic Republic) discussed the problems of Galicia. It was mainly there that the interests of the Monarchy and Russia clashed which turned that province into a storm centre. Russia attempted to incite an irredentist movement among the orthodox Ukrainian population, while the Monarchy relied on the Uniate Ukrainians, a policy that gave rise to frictions with the Poles. The idea of making Galicia a separate crown province emerged during the war but was sharply opposed by the Poles. The Germans discarded the Austro-Polish solution in 1916, and Vienna abandoned the plan to divide the Polish territory. The question was taken up again at Brest Litovsk.

E. Molnár raised the question as to why the different nations continued to coexist after the Russian revolution, while those of the Monarchy failed to do so. He picked out one of the many reasons, viz. the difference in the policy of the social democratic parties in the two countries. Lenin and the other leaders, acknowledging the right of self-determination, expected the liberated peoples to recognize the advantages of living in a great socialist community of nations. The Austrian party, although it attempted to unify the nationalities, did not acknowledge the right of self-determination and fought for a reconstruction of Austria. Cultural autonomy could not satisfy the nationalities. Neither did the social democratic party of Hungary aspire after complete autonomy. Consequently the working masses of the national minorities came under the leadership of the bourgeoisie and the place of the Monarchy was not taken by an alliance of free nations, but by many independent states.

M. Zöller (German Democratic Republic) reviewed the Yugoslav debates on the uprising of Cattaro. He also raised the question of the so-called "green cadre". The trialist scheme emerged during the war and then once more when Bulgaria fell out, but it was strongly opposed by Wekerle.

L. Bányai (Roumania) held that the disintegration of the Monarchy was caused by the refusal of her peoples to maintain it. The Monarchy is now idealized in the West. It was this trend which Prof. Zwitter criticized at the Congress of Stockholm in 1960. The so-called international principle was shipwrecked there, to re-appear at the present conference. Burdened by double oppression, the peoples of the Monarchy chose independence in 1918, and the revolution was started by the workers and soldiers. Although the socialist revolution did not succeed at that time, the working masses sympathized everywhere with the Soviet Republic of Hungary. National liberation was necessary in order to achieve socialism. Criticisms of the Roumanian report, especially that of Prof. Turok, are useful but matters pertaining to the period following the Monarchy's disintegration are beyond the scope of the present conference.

H. Mommsen (German Federal Republic) protested against the views of conservative German historians being regarded as characteristic of German historiography in general. The younger historians do not regard the Monarchy as an ideal formation since it was really pre-national. In general, he agreed with Prof. Turok, but did not accept his statement that the idea of nationality had been implanted from the outside to the labour movement. The programme of the Austrian social democracy was excellent, but its formal asseveration of internationalism was damaging to the other nationalities. Greater attention

ought to be paid to the interconnections of the labour movement and the national question. It should be examined whether, after the necessary changes, the Monarchy could have been fruitfully reshaped.

H. Steiner (Austria) emphasized that the main problem of the Monarchy was the question of nationalities. It has emerged once more that research in this field has hardly begun. He objected to the incorrect quoting of Marxian classics who treated many questions from a political and not a historical angle; their statements should therefore be interpreted accordingly. Austromarxism ought to be more thoroughly examined. He emphasized that it was not Renner's or Otto Bauer's view which caused the national schism of the labour movement. The fact is that the Austrian social democrats failed to find an acceptable solution to save the Monarchy. No such solution would have been found, even if Lenin's principles had been applied.

According to *Havránek* (Czechoslovakia), state and society must not be identified. The state was by no means omnipotent, while social development was extremely uneven. For example, it is certain that a Czech worker in Prague received more wages than a German worker in the Tyrol. He pointed out that a complete grasp of the Monarchy's history required the knowledge of the Czech language. The civil servants were usually Czechs in Bohemia, but Hungarians in Slovakia. The internationalist attitude is quite justified but only if each country sticks to discussing its own nationalist problems.

S. Pascu (Roumania) emphasized once more that, according to contemporary statistics, the division of land among the nationalities of the Monarchy was unjust, the distribution of trade and industry unequal, and so were the wages.

E. Merz (Austria) asserted that the economic development was uneven in the Monarchy. The global growth quotient of Austria and that of Hungary were approximately equal, but there were many backward areas. It is improbable that an economic equilibrium could ever have been attained by the Monarchy.

According to *Pichlik* (Czechoslovakia), it was in the fifties that the internationalist principle was first applied to the history of the Monarchy. The masses fought for socialist goals in the First World War, and only towards its end did nationalist elements come into the foreground. It is wrong to harp on the mistakes of the social democrats to the exclusion of all else.

K. Vinogradov (Soviet Union) was glad of Mommsen's remarks on western historiography, although such views are, unfortunately, still fairly rare. Popular literature still idealizes the Monarchy. He agreed with Zwitter's attitude towards the problem of trialism and emphasized that all criticisms of the Roumanian report had been made in a spirit of helpfulness. He referred to the internationalist movements of the workers, emphasized the significance of the Roumanian revolutionary organization in Odessa and, in general, the role of the Monarchy's nationalities in the Russian revolution. The example of solidarity should be followed and its traditions should be cherished.

F. Zwitter (Yugoslavia) said by way of conclusion that the fact of the conference not having rejected his views on trialism filled him with satisfaction. It showed that the question was important as it helped to dispel the illusions about Francis Ferdinand.

He refused the Roumanian criticism of his theory of dividing the Monarchy into historical and non-historical peoples because this was the only way to understand such phenomena as the development of the relationships between the Italians and the Slavs or the Poles and Ukrainians, etc. etc. The problem

of the creation of national states was raised in the 19th century already, but both bourgeois and socialist circles regarded a national evolution with much scepticism. This attitude has not been sustained by history. The disintegration of the Monarchy gave rise to solutions which became significant even for other parts of the world.

M. Constantinescu (Roumania), defending the Roumanian report, emphasized that it was Lenin who referred to the categories of oppressed and dominant nations, and that he accepted Lenin's categories and not those of Bauer. He denied that the Roumanians were the most oppressed nationality of the Monarchy. The correct sequence was Ukrainians, Slovaks and then Roumanians. It is necessary to distinguish between the nationalism of the oppressor and that of the oppressed. The nationalism of peoples fighting imperialism was justified. In his reply to Vinogradov, he remarked that Roumanian revolutions had occurred not only in Odessa, but throughout Roumania in 1918—1919. True, Jorga and Goga were nationalists, but they had fought for the rights of the peasantry at the beginning of the century. Roumanian social democracy, unlike the Hungarian or Austrian parties, was against the war from the start.

Double oppression existed for certain nationalities of the Monarchy. Roumanian and Slav workers were more oppressed than the Hungarians and Germans, and nothing has been said to convince him that this view is erroneous.

The Roumanian report touched upon the problem of the Austrian nation only en passant. Although credit is due to the Austrian social democracy, it cannot be denied that its attitude was wavering during the war.

In his reply to Hanák, he declared that although the report discussed the leadership of the revolution, it had not been possible to investigate this matter in detail. The unification of Transylvania with Roumania was just, and the national assembly of Gyulaféhérvár expressed the desire of the entire people. On the other hand, the Roumanian attack on the Soviet Republic of Hungary was unjust. In general, the rise and the unification of the Roumanian nation are highly significant. A study of his problem is indispensable for those who want to understand the foundation of modern states. He agreed with those who condemned the role of the Roumanian gendarmerie.

As far as future research is concerned, we should not speak of mutual aid, but rather of co-operation. He rejected Steiner's remarks concerning quotations from the classics. Lenin was one of the greatest scientists, and his statements are fundamentally scientific.

L. Katus declared that the views expressed in his report were his own. Not only the political aspects of the national question, but also its economic and social background have to be investigated. A study of the social history of the Monarchy should include the whole of Central and East Europe. It must be remembered that in this area the national question remained unsolved even after the disintegration of the Monarchy. It was due to the mutual antagonism of the small states in this region that they became easy prey for fascism.

It was pointed out by *L. Zsigmond* in his concluding presidential address that in the same way as the representatives of the different countries spoke German, the official language of the Conference, each with his own accent, so did they differ in their "accent" when analyzing the historical questions of the Monarchy. Complete understanding can only be achieved gradually. Also Hungarian historians have not achieved perfect agreement in these

questions. The view that the Monarchy was developing towards integration cannot be accepted. A division of labour did exist in the Monarchy, but it worked out to the detriment of the national minorities. The disintegration of the Monarchy was in any case a positive feat, and conditions were not yet ripe for the realization of a socialist integration as mentioned by E. Molnár and P. Hanák. The disintegration made it possible to expel German imperialism from East Europe, it helped the previously oppressed peoples to give up the illusion of national unity, and enabled the masses led by the communist parties to recognize their true class interests. It is undoubtedly useful to discuss the problem; he suggests a solution to be reached in stages. (1) Special teams should discuss the details. (2) The results should be published. (3) Larger groups should discuss the questions at conferences. (4) Theoretical problems should be submitted to plenary meetings. He hoped that a more fruitful co-operation with Western scholars would develop.

The fifth and last item of the Conference bore the title Social Democracy and Dualism.

T. Erényi, in his report *The Social Democratic Party in Hungary and the Dualism*, examined four aspects of the question: relationships between Austria and Hungary; attitude towards the monarchy as a form of government; the national minorities of Hungary; the question of war. He showed that the Hungarian labour movement first considered Austro-Hungarian relations from a somewhat critical angle around the 1880s. In the 90s, the social democratic party took a stand against the existing union of customs areas. At the beginning of the 20th century, references were made to the demand for a politically free and economically independent Hungary; the demand for an autonomy of the nationalities was subsequently raised. It was at that time that certain anti-dynastic manifestations occurred.

There was no unanimous standpoint in the party regarding the relations between Austria and Hungary. Many people believed that a separate customs area would have lowered the living standards of both the Hungarian and the Austrian proletariat. This view was supported by the belief that also the maintenance of political relations between the two countries was necessary to ensure the progressive influence of the more advanced Austria. These views were reflected in the party programme of 1903 which included neither the demand for political freedom and economic independence nor that for the autonomy of the nationalities. Only obscure references pointed to these problems. This uncertainty hampered the establishment of a definite party policy in 1905—1906. The treatment of nationalism as a tactical problem led to a false judgement of the Fehérváry government and the nationalist coalition.

The party emphasized the precedence of the class struggle before the question of nationalism, but wanted to conduct the class struggle with reformistic weapons. This was the other component of the policy of 1905—1906.

Before the outbreak of the World War, criticisms concerning the relations between Austria and Hungary and the problem of nationalities became increasingly sharper. The party stood up at this time for political and economic independence, and demanded equal rights for the nationalities. However, it did not give up the principle of the country's territorial integrity. The party did not regard independence as an end in itself, but considered it the basis of new relations. This is reflected by the attitude of the Hungarian social

democrats towards the Balkan wars. They were in favour of setting up a federal republic in the Balkans.

The party followed — with certain essential differences — the example of the Austrian and German social democrats at the outbreak of the World War I. The leaders tried to rationalize their patriotic attitude at the outset of the war by official compulsion and the danger of having to go underground. They simultaneously emphasized the need of maintaining a “large economic unit”. During the war, the party began once more to proclaim its ideas of a confederation; it feared that the dissolution of the Monarchy into national states would lead to a deterioration of economic conditions and the sharpening of national antagonisms in a different form. However, in practice, the party had considerably less ambitious aspirations. At the Stockholm conference, the party delegates supported the maintenance of the Monarchy and the foreign policy of Charles IV. The party leaders hoped that their reformist policy might help them in solving the dilemma of “reform or revolution” to their own advantage and in accordance with their conceptions.

But the revolutionary events of 1918 and 1919 meant a historical refutation of the social democrats’ notions regarding the system of dualism.

H. Steiner (Austria) submitted his report on the attitude of the Austrian social democratic party towards dualism. It differed from that of the Hungarian party and was not uniform even in itself. Dualism was rejected, and a common customs area simultaneously desired. It is difficult to detect signs of proletarian class considerations in the attitude of some of the social democratic leaders. In opposition to these views, Adler emphasized that the development of the Hungarian proletariat must also be considered and a free way given to Hungarian industrial development.

Leopold Winarsky represented the most advanced view regarding nationalities. He claimed the right of self-determination for all nations of the Monarchy and wanted the struggle to be headed by the proletariat.

Steiner pointed out that the organizational ties of the Austrian and Hungarian social democrats were extremely loose and did not promote a united action of the proletariats of the two countries. The aspirations and desires of the working masses of those times have, of course, to be considered when analyzing such problems.

A. Deac (Roumania) discussed the Transylvanian labour movement at the beginning of the 20th century. He showed the great influence of the various Roumanian socialist publications and the activity of the Social Democratic Party of Roumania on the Transylvanian movements. His statements about the peasant uprising of 1907 were especially noteworthy. He spoke of the nationality policy of the Hungarian Social Democratic Party and revealed the contrast between its opportunism and the Transylvanian revolutionary movements.

F. Zwitter’s intervention emphasized the significance of nationalism in the history of the labour movement. The concept of self-determination emerged long before Lenin and also the idea of confederation was raised in the French Revolution already. However, true confederation can be realized only in a socialist system. The collapse of the Monarchy was primarily caused by internal and not external factors. He sharply criticized Renner’s approval of the *Mittel-europa* plan.

J. Droz (France) emphasized that the attempts at a democratic reconstruction of the Monarchy should not be condemned. This was the only reason-

able choice. The national question was not solved by the disintegration of the Habsburg empire. Instead of one, several multi-national states arose. To fight the Monarchy, was no revolutionary deed but the promotion of nationalism. During the war, the national spirit of the masses proved stronger than their internationalism. The disintegration of the Monarchy was rather due to external than internal causes. He did not agree with the condemnation of Bauer and Renner as had been done at the present conference. They both elaborated constructive schemes of confederation which — save certain reservations — were accepted even by Jászi and Beneš.

E. Ragioneri (Italy) emphasized that the multi-national socialism of the Monarchy was, in spite of certain nationalist tendencies, a largely internationalist movement which played an important role in the European labour movement. He analyzed hereafter the conditions and movements of the Italian immigrants in the Monarchy.

R. Neck (Austria) discussed the relation of the Austrian social democracy to the war. The early chauvinistic mood gave soon way to more sober considerations. The number of manifestations against the war began to increase as from spring, 1915. He dealt in detail with the history of the strike in January, 1918. The strike surprised the leaders of the Social Democratic Party, and led to contradictions between the leadership and the masses. Otto Bauer considered it impossible to prevent the outbreak of war by a general strike, but he counted with possible positive effects of the war on the labour movement. In answer to Prof. Turok, he stated that the term "Austrian nation" had been accepted in Austria since 1938.

R. F. Schmidt (German Democratic Republic) discussed the conference of the Social Democratic Party at Brünn in 1917 and the Vienna reaction to the Stockholm conference of the same year. In his view, it was a positive sign that the Austrians — although they desired to maintain the empire — claimed autonomy in Stockholm for the peoples of the Monarchy. The Czech social democrats took a similar attitude. He analyzed certain leaders of the social democratic party and proved that, although Renner was an adherent of the Mitteleuropa plan, he regarded it as a transition to a united world economy. Adler was against the Soviet Union because he believed that the backwardness of Russian society made it impossible for the labour movement to dissolve its ties with the bourgeoisie; it needed such support. By the end of the war, Bauer accepted the principle of self-determination without reservations. The conference of Brünn (September, 1917) was the last attempt to preserve the Monarchy. The attempt failed; the Monarchy could no longer be saved.

L. Valiani spoke mainly of the Stockholm conference in 1917. The Hungarian social democrats displayed a more progressive attitude than the Austrians; they unanimously acknowledged the fact of national and social oppression. Valiani characterized the activity of Kunfi as having been ahead of his time. The strike of June, 1918, and the pertinent activity of the social democrats ought to be treated in accordance with its significance.

J. Böhm (German Democratic Republic) found that the submitted material and the comments had not properly shown the organic relation between the political power and the problem of nationalities. Social democratic reformism prepared the path for the nationalist aspirations. Bauer saw the main object of the labour movement in the bourgeois democratic republic to be attained through reforms. This view was wrong in theory, and proved to be

wrong also in practice. Wage problems played an important but not a primary role in the rise of nationalism.

Z. Horváth declared that Erényi's report judged the historical role of social democracy too severely. Relying to some extent on his personal recollections, he pointed to the progressive significance of the work of Ervin Szabó and Zsigmond Kunfi.

N. Nikov (Bulgaria) found that the whole scope of the discussion was too restricted. It would be better if the debate turned around Southeast Europe instead of the Monarchy only. He agreed that the national question was extremely significant but cautioned against exaggerations in this respect.

H. Mommsen believed that the Conference was useful and welcomed the possibility of a co-operation between historians of the East and the West. He was satisfied with Erényi's report because it pointed out the international aspects of the question. It is worthy of note that precisely the radical elements of social democracy showed indifference toward national aspirations which they regarded as a matter concerning the bourgeoisie. On the other hand, nationalist tendencies arising among the working classes should not be looked upon solely as the results of bourgeois influences. He found it wrong to try to apply Lenin's principles regarding nationalities to the Monarchy. In the event of a more radical policy, the Austrian social democrats would have lost much of their mass support. Nationalist emotions were intensive at the outbreak of the war in the working masses also. The study of the economic and social bases of nationalism is one of the most important tasks.

V. M. Turok, in reply to Mommsen's remarks, appreciated the possibility of a co-operation between western and eastern historians. In his view, the importance of the Conference was the many-sided treatment of the questions on the strength of abundant data. He would like to see a German-Soviet meeting of historians which would certainly break the ground for further fruitful co-operation.

In his concluding remarks, T. Erényi briefly remarked upon some of the comments advanced at the Conference. As regards the report dealing with the Transylvanian labour movement, he pointed out that the social democrats of Transylvania were in close connection with and had accepted the ideology of the Hungarian social democrats. Radical tendencies manifested themselves among Hungarian and non-Hungarian socialist workers alike. Concerning the wage question, he remarked that the wages varied in pre-war Hungary according to regions, and not according to nationalities. Owing to various factors, the proportion of skilled workers was, on the other hand, lower among the nationalities than among the Hungarians. Regarding Droz's remarks, he affirmed that he had not attacked the various social democratic schemes of confederation but the social democratic policy of 1914—1917 which defended the existing constitution and the existing political systems. In this respect he did not agree with Z. Horváth's line of reasoning either. The formulation of a war policy was not exclusively due to official oppression; it had ideological antecedents and causes too. As a result of the multi-national composition of the Hungarian working class, nationalist and chauvinistic tendencies were not as intensive in Hungary as in Germany or France.

P. Hanák made hereafter his concluding presidential address. He began by saying that he could not undertake a summary or make an analysis of the results of the Conference owing to their great diversity and their

abundance of freshly raised problems. It was not because of leisureness that he dispensed with the customary comprehensive evaluation but because he knew from experience that the true value of a conference was never determined by subjective opinions but by the effects it produced on the mentality of the participants and on the development of historical science. This can be measured only by future work and studies. Thus, the results or errors of this conference as also its real scientific value will have to be revealed by the scientific work of the near future.

Only a single moment of the Conference should be pointed out now. It was not accidental that the most heated debates arose in connection with nationalism. This is obviously the most controversial and the least elucidated problem of the many problems left over after the disintegration of the Monarchy. Significant research work has taken place in this field during the last forty years, and investigations are still in progress. A limitation of this research work is that it has disregarded the fact that nationalism constituted an international problem in the Monarchy. On the other hand, we cannot be satisfied with the way in which the relationships and the interactions of the national and the democratic socialist movements have been treated either in theory or *in concreto*. Both the positive and the negative features of this conference show that the complex question of nationalism in the Monarchy can be successfully tackled only by much research work and in a spirit of broad-mindedness which, being international, is free from national prejudices.

For those who regard historiography not merely as a pastime or an occupation, but as a vocation, it will become meaningful only if we assume a common attitude and if we regard it as a means of drawing together and reconciling the neighbouring peoples of similar destiny. Unbiased and progressive science can join the peoples; its mission and significance are alive and remain unceasing.

If this Conference has made a notable contribution to this end, and if it has stimulated further researches, it can be closed in the hope that the week devoted to the Conference has not been spent in vain.



Hungarian Bishops in the Fifteenth Century

(Some Statistical Observations)¹

by

E. FÜGEDI

In the following few lines I have summed up some facts about Hungarian bishops in the 15th century because, in my opinion, these observations may be of interest for medieval demography, social life and the relation between Church and state. In the Middle Ages the prelates belonged to the feudal ruling class not only on account of their church dignity but, in most cases, also by their origin. However, the extant archives of the Hungarian nobility are generally one-sided: they contain a great number of documents of legal interest, but notes of a family character are almost completely lacking and therefore it is rather difficult to establish the particulars of the secular personalities (date of birth, of marriage, name of spouse etc.). The appointment of bishops involved a complicated procedure like everywhere in medieval Europe and the written records pertaining to it are left over not only in the domestic but also in the Vatican archives, and more than once they contain personal data (e.g. age) which are usually lacking about the members of the secular Hungarian ruling stratum. The monographs of the different dioceses had been usually drawn up earlier and more thoroughly than the history of the worldly dignitaries and thus also the career of the bishops can be easier followed up than e.g. of those who held the office of the *comes palatinus* ranking next to the king. The unevenness in our material is the sin of our earlier historians; beside outstanding monographs, the history of several dioceses has not even reached the phase of a preliminary study.²

¹ The present article is the abridged translation of a paper published in Hungarian in the 1965 edition of the *Történelmi Szemle* (Historical Review).

² The material of this paper was actually collected in the course of the preparation of the Hungarian Biographical Encyclopedia in progress. In the Hungarian historical literature biographies were last compiled for the "Pallas Nagy Lexikon" (Pallas Great Encyclopedia) at the turn of the century. This enterprise often used excellent historians (e. g. J. Karácsonyi) It is doubtless that the biographies published in the Encyclopedia encompassed the material of the age and J. Karácsonyi often made use of unpublished archive material. The material of the Hungarian Biographical Encyclopedia under preparation relies on these biographies. My task was to bring them up to date on the basis of sources published since. I did not use any unpublished archive material because it would have prolonged the work by several years. Only bishops Tamás Ludányi and György Berzeviczy formed an exception; in connection with their persons I made use of my earlier archive work.

As an appendix to the Hungarian text of my present paper I added a list of the bishops who held office in the 15th century, to facilitate the checking of the statistical tables. This list contains the name of the bishops, the years of their birth and death, the ecclesiastic offices held by them and the appointments, their origin and the number of their brothers and sisters. E. g. Tamás Bakócz b. 1442 d. 1521; 1480—1521 Provost of Titel; 1486—1491 Bishop of

The paper deals with the governing Hungarian bishops of Hungary in the 15th century but, obviously, the lives and work of the first bishops of the 15th century include also the last decades of the 14th century. The same applies to the 1500 year limit which owing to the battle of Mohács and the beginnings of the Reformation has been shifted to 1520. Hence we have extended our investigation to the bishops born between 1325 and 1499. When compiling the data it was my chief endeavour to find out the age, the beginning of the career, the duration of the work and the origin of the person in question. I considered only bishops who actually ruled. I did not include in the list the governors appointed by the Pope, cardinal John of Aragon who held the title of archbishop of Esztergom for some years. As to the duration of their rule I tried to establish the actual dates. The right of patronage was exercised by the king in Hungary and the bishops had often been in actual possession of the episcopate before having received their appointment from the Holy See. According to canon law, the *electus* was practically the same sort of bishop as the *confirmatus* if, with the King's help, he actually enjoyed the income of the diocese. Owing to the "white spots" in my material, I could not choose a smaller time limit than one year as a basis. Medieval Hungary had 15 dioceses, two of the bishops of which were leaders of a *provincia* each, in the rank of an archbishop, and all of them belonged under the archbishop of Esztergom who was primate of the Hungarian church-province. My paper contain only 12 dioceses of the medieval Hungarian church-province. I have left out the bishoprics of Szerém, Nándorfehérvár, and Bosnia. All the three of them were situated on the southern border of the country and suffered very early heavy losses in the Turkish wars and therefore the task to collect their material would have been overwhelming. Besides the bishopric of Nándorfehérvár was only titular in the second half of our period and the Bosnian episcopate was often filled by Franciscans whose origin can be established only in the rarest cases. Even so there are, unfortunately, doubtful cases, underterminable data galore.

*

To judge from 27 cases when the dates of birth and death are known, the average lifespan of the Hungarian bishops in the Middle Ages was strikingly high: 54 years. Although out of the 27 bishops five were killed in action; the average obtained without them yields a lifespan of 57 years. Those who fell in action were not young people. The classification of the average duration of life by the social origin is even more interesting. It is 50 for barons, 51 for noblemen, 59 for commoners and 66 for bishops of peasant origin. If somebody fought up his way from serfdom to the peak of the ruling class he surely must have had a tough body.

The age of the beginning of the career and the average duration of life show an inverse ratio. The average age of their appointment, computed from the 27 known cases, was 26 years. The extreme values are represented by a seven-year old bishop and an eight-year old archbishop. Bishops who were

Győr; 1491–1492 Bishop of Eger; 1498–1521 Archbishop of Esztergom; 1500 — Cardinal 1507 — Patriarch of Constantinople. Attended university. In 1487 still "*in minoribus*". Peasant origin. Had four brothers and two sisters.

barons began their careers at the age of 22 years, noblemen at 24, commoners at 29, and the three prelates who were of peasant origin began it at the age of 37. The extreme value is represented here by Ferenc Bakócz who, following his brother, began his career at the age of 42.

The same inverse ratio can be seen also in the age of reaching the prelacy. Those of our prelates whose age is known were on an average 25 years old, the noblemen 34, the commoners 39 and the peasant bishops were 47. The extreme values are represented also here by a seven-year old aristocrat and, at the other end, by a 55-year old prelate of peasant origin.

At first sight it appears that prelates who had risen from the peasantry offset the drawbacks of beginning their career late and of late episcopal appointment by a long life. However, if we compare the classified data we obtain quite a different picture. Though the bishops of peasant origin survived the barons by 17 years on an average, their long life could not make up for the disadvantage of late beginning. Their rule of 20 years was 5 years shorter than that of the baron bishops. The long life represented an advantage only over prelates from the nobility and of bourgeois origin. So far we have examined prelates whose dates of birth are known and found the average to be 26 years when they began their career, viz. earliest at the age of 22, latest at 37, subject to their origin. Let us now take this as a basis. Beside the listed 27 prelates the year of beginning the career can be established in case of 43 persons. If we subtract cautiously 22 years we obtain their assumed date of birth and, together with it, also their assumed length of life. Hereby the number of the examined individuals increases to 70 which enables us to analyse them also by generations. Since we have to deal with very small numbers we have taken intervals of 25 years for a generation as a basis. In our period (1375—1499), out of the five generations the most populous are those between 1375—1474. On examining the presumed and known lifespans we find that the age of the prelates who fell on the battlefield (and now their number is not 5 but 8) causes a significant deviation only in the generation of 1475—1500. Let us bear in mind that three members of this generation fell in the battles against the Turks and the oldest of them was not more than 45 years whereas the age of the bishops killed in action in the earlier generations was 45—70 years, which means that the youngest of them was of the same age as the oldest of those. If we disregard this generation which perished in the tragic battle of Mohács concluding the Hungarian Middle Ages, or in other Turkish battles, the averages of the four generations whose numbers are higher (12—16 persons), are found to fluctuate between 54 and 50 years, i.e. do not significantly deviate from the average of the total values (57 years). The cause of the deviation lies in the social position. The higher the number of the prelates of baronial origin, the lower the average length of life of the generation in question. The highest value is attained when the ratio of prelates of peasant origin is the highest. This means that in the 15th century the average duration of life did not change and any change in the average lifespan of the different generations can be attributed to the change in the social structure. In the feudal age peasants seemed to live longest, aristocrats, shortest. Obviously their living conditions should be investigated. It clearly follows from the tables that, with the exception of the battle of Mohács, it was not the military actions and not the epidemics but, in my opinion, primarily the nutritional conditions that tended to shape the duration of life.

In connection with age we can rise one further question: how far was the composition of the Hungarian episcopacy constant by the age of bishops. Three cross-sections yield the following ages:³

1433: 38, 44, 50, 52, 55, 56, 58, 59, 60
 1466: 27, 30, 32, 39, 43, 47, 55, 58, 58, 59
 1499: 20, 41, 42, 47, 49, 49, 51, 55, 57, 58, 59, 63

It strikes us at first sight that generally the age of the Hungarian bishops was above 45 (they form the majority), and young bishops were rather rare. The three series reveal also another trend. In 1433, at the end of the rule of King Sigismund, the episcopates were held by persons belonging to the old-established (1402!) ruling stratum,⁴ and even the youngest bishop belonged to this stratum. The middle position of the series is held by the 55 years old archbishop of Esztergom, and most of the bishops were over 50. In 1466, King Matthias (then 23) reinforced the Bench of Bishops with members faithful to the Hunyadi clan. This is where the three youngest prelates belong. The middle age (47 years) is represented by the Chief Chancellor whereas the "old" were left over from the time of King Ladislaus V (1452—1457). Then the majority of the bishops were not yet quite 50 years old. In 1499, again the older persons prevailed; we find nobody from the generation of the 30 year old. Bishop György Szatmári who had risen in the Jagello period (1490—1525) was also as old as 42 years. With the exception of four prelates they belonged, to the legacy of King Matthias' age; the middle value (50) is still five years lower than in 1433.

*

In the development of the stratum of secular officials the Hungarian historians recently attribute great importance to university studies. Out of our 75 bishops 36 (i.e. 48.0%) had attended university. We find no significant deviation as to the length of ruling the dioceses; in fact those, who had attended university spent less time in the pontifical see than the others. It is not surprising that the highest number of university graduates can be found the bishops of peasant origin (only one of them had not attended the university). In the endeavour to achieve higher social positions they had to make use also of this opportunity. As far as the nobility is concerned a strange situation arose: though the career of university graduates was longer, the term of their office was shorter which means that their term of expectation was prolonged. Of the 15 prelates of noble origin who had attended university ten were in the king's service: they were royal secretaries, officials at the Chancery or treasurers. They had to serve the King for a long time to get a bishopric. It is especially striking that out of the prelates of burgeois origin none had attended university.

³ All bishoprics were filled only in 1499. In 1466 there was one, in 1433 there were three vacancies.

⁴ The rule of King Sigismund met with a strong resistance of the barons and it was not before 1402 that the king could consolidate his rule by making a pact with one of the aristocratic leagues (headed by the Garai family). The king passed over the rule of the country to the members of the league and, devoting the last 30 years of his long rule to the problems of world politics, he lived mostly abroad.

Concerning university attendance by generations all we can venture to say is that the barons and the landed nobility studied in increasing numbers. This statement, however, can also mean that for episcopal appointments university degrees were increasingly required and so this problem cannot be solved definitively without compiling and studying the statistics about Hungarian students attending foreign universities.

*

Let us now reverse the course of our studies and examine each leader of a diocese as a separate person and the length of their rule. Instead of the average of 19 years computed above we obtain an average term of 11 years and instead of 100 bishops we get 131. It becomes, however, apparent even from this table that the bishops of baronial origin spent the longest time in office, and most of the prelates came from the ranks of the nobility. If the barons and the nobility are taken to form one single layer of the feudal ruling class then, by the number of bishops of such origin and by the duration of their rule, this will be found to be by far largest group. This is emphasized all the more by reducing the number of bishops to their actual number (100), i.e. by counting each person governing several bishoprics, as one. In this case more than half the number and roughly 2/3 of the years of rule are accounted for by persons belonging to the nobility. The group of commoners displays the most interesting features. It contains only 11 persons which in itself sufficiently proves that the Hungarian townships had no weight in the leadership of the country. But the insignificance of the Hungarian bourgeoisie is stressed even more if we realise that out of the 11 persons only four hailed from Hungary whereas the others came from Czech, German, Italian or Dalmatian bourgeois families in the Monarch's service. It is obvious that our foreign bishops had earned merits in the service of the king and even though they may have shown greater understanding for our towns than the barons or the noble Hungarians they could not feel so much attachment to the single towns as the Hungarians to their own native towns. In other words: our towns had no advantage from the diocese being headed by a prelate of commoner origin.

Hence the low number and the even lower term of office of the peasant bishops are not surprising. What is more interesting is the chronology of their appearance. The first prelate of peasant extraction György Handó appeared in 1479, during King Matthias. No bishop of serf origin can be traced before him, not even during the rule of King Matthias (1458—1490). Up to 1476 the King asked for the appointment of 11 bishops in which group we find barons and noblemen faithful to the Hunyadi clan in the sixties. In 1465 the first real favourite, János Beckensloer from Silesia appeared. In 1471, a plot was hatched by against the King those who did not wish him to abandon the fight against the Turks and to conquer the West. The plot was headed by János Vitéz, archbishop of Esztergom, who had supported the father of King Matthias, János Hunyadi, for many years in his fight against the Turks. Beside the old archbishop there were two other bishops involved which sped up the sudden advance of the favourites. In 1472 Beckensloer was followed by the Italian Gábor Rangoni and in 1476 by the Moravian János Filipec. In the meanwhile two other big-landowners obtained bishoprics but we still do not find any prelates of serf origin. In 1479 Beckensloer who had

in the meantime become archbishop of Esztergom escaped and in 1486 again a man of serf origin became a prelate. Handó was then followed by Tamás Bakócz. This shows the chronological background of the transformation brought about by the Monarch, heading for centralization, but it also points to the necessary recessions imposed on him by the political situation of the country.

After the death of King Matthias not more than three persons of serf origin succeeded in becoming prelates. Tamás Bakócz helped his brother Ferenc to become a prelate, the second became a bishop as a reward for his long state service. About 20 years later another gifted man, free of moral inhibitions like Tamás Bakócz, made the big leap: László Szalkai became bishop of Vác in 1513. He was the last prelate of serf origin; in the Jagello age again the members of the nobility played the leading role although the archepiscopate of Esztergom continued to remain in the possession of prelates of bourgeois and of peasant origin. Before 1526 the members of serf families had the opportunity to reach the episcopal see, only during the period of centralization of King Matthias; the others were individual exceptions.

The position of the different social classes was reflected not only in the over-all changes but also in individual fates. True, the term of office of the baronial descendants was shorter but taken together they spent more in the pontifical see than the rest. The year of 1465 i.e. the appointment of Beckensloer is the turning point. Before 1465 we do not come across any prelate of peasant origin, but after this year their waiting time was the longest (52.1% of their term of office). Although before 1465 prelates of bourgeois origin had to wait a longer time for their episcopal appointment (58.3%), after 1465 they, too, reached the bishopric much quicker, their waiting time fell to more than a half (23%). The commoners appointed before 1465 were members of King Sigismund's Chancery and were appointed bishops only after a long service, and this ratio could not be changed even by the sudden appointment of two of the three Florentine commoners. If we compare this fact with the bourgeois prelates of King Matthias and of the Jagellos we find a striking difference. Filipec had not held any lower church office. The longest waiting time was 12 years i.e. three years less than the shortest in the age of King Sigismund. Also the waiting time of bishops coming from the landed mobility became shorter, in fact after 1465 two of them became bishops without any waiting. Before 1465, only two barons belonging to the highest social stratum began their career as bishops, after 1465 there were already four. Nothing could be more characteristic of the development of feudalism in Hungary than the fact that also the waiting time of the barons decreased. In this respect the change set in during the reign of King Matthias. Out of the four prelates of baronial origin appointed in the time of King Matthias only two had to wait in a lower office but even these two only for a minimum time (one and four years, respectively). In the Jagello age out of four prelates two had to wait five and nine years respectively for the pontifical appointment.

On the whole our tables confirm our observation made in respect of bishops whose age was known that baronial bishops spent the longest term in office (67.3%) and the peasant ones the shortest (47.9%).

When examining the episcopal appointments by dioceses we found it striking that 100 bishops had held 131 bishoprics. This number will be even higher if we include the episcopates of Szerém, Bosnia and the other small

bishoprics at the southern border: we have found 38 pontiffs who held not one but several bishoprics each, sometimes two or three or even four. Out of eight bishops of Eger only two, out of 16 bishops of Várad only eight, and out of 12 archbishops of Kalocsa only seven who had not been bishops earlier somewhere else. Out of the "transitory" dioceses Szerém holds the leading position: six bishops of Szerém were transferred to some other dioceses. Szerém was followed by Vác and Veszprém but even from the diocese of Transylvania five bishops went over to some other bishoprics. And the time needed for a person to hold several bishoprics, was not very long either! There were bishops who held two episcopates over six years and three episcopates over five. Migration is probably to be attributed to the difference in the income.

Though it is impossible to establish accurately the revenues of the Hungarian episcopates, the interrelation of the incomes and their average amounts can still be determined from approximate data. Our first source is the amount of the papal servitia.⁵ This amount was fixed for each bishopric and since the same rate was applied it shows in equal ratio the incomes of the different dioceses. However, the extant servitium-list requires a certain correction just in this respect. First, because it was drawn up at an age when the sources of income were still quite different, second, and this is the most striking, the income of one of the bishoprics, that of Eger, was set rather low. This latter may have had several reasons. Partly it was the duty of the bishop of Eger to provide about the education of the fourth son of the King and this duty involved an enormous loss of income — if the King really had several sons; besides it is possible that the income of the bishopric of Eger increased, as time went by, together with agricultural productivity.⁶ Owing to these reasons instead of using the papal servitium as our basis we resorted to the data included in the report of the envoys of Venice. Disregarding sporadic data the report of Vincenzo Guidotto of 1525 deals in greatest detail with the episcopal incomes.⁷ On some points we can check his data and we find that, on the whole, he was correctly informed about the incomes of the Hungarian bishops. The maximum deviation can be that he overestimated the income of the archbishop of Esztergom (35.000 florins) and somewhat underestimated that of the bishop of Eger. In our opinion the Venetian diplomat included in the income of the archbishop of Esztergom also the revenue of 10.000 florins paid out to him in his capacity of Chancellor and thus what he computed was not the archepiscopal income but that of Szalkai personally.

In case of Eger we must point out that, according to the accounts left over,⁸ the revenue amounted to about 18.6 to 17.7 thousand florins but this does not include the value of the produce (wine, cereals, lambs, etc.) received as tithe. Hence it must have been much higher. In a report from 1516, likewise

⁵ B. MAYER: *Pápai bankárok szerepe Magyarországon a középkor végén* (Role of Papal bankers in Hungary in the late Middle Ages). *Századok* 57—58/1923—1924, p. 651, note 3.

⁶ Mainly because in the diocese, round Tokaj, intensive wine-growing developed, and this increased the income from tithes.

⁷ I. BALOGH: *Velencei diplomaták Magyarországról (1500—1526)* [Venetian Diplomats about Hungary (1500—1526)]. Szeged 1929 p. LXXIX.

⁸ From the period of the rule of Tamás Bakócz a book of accounts covering two years was left over. K. KANDRA: *Adatok az egri egyházmegye történelméhez. II. Eger 1887* (Some data about the history of the diocese of Eger II). Eger 1887. pp. 33—458.

by a Venetian diplomat, Eger figures with 32 thousand florins which is again an overstatement. In 1516, the bishop was Hippolit of Este and it is mentioned that at the time of report, owing to the absence of Hippolit, the income did not amount to more than 4 thousand florins. In the bishop's absence the revenue obviously significantly declined but the amount of 32 thousand florins must have been suggested by optimistic reminiscences of the age of Tamás Bakócz. We assess the revenue of the archbishop of Esztergom at 25 thousand florins, leaving the revenue of the bishop of Eger at 22 thousand florins as we had no figure from another source to substitute it with. The tabulation confirms what we have said about episcopal appointments with the additional statement that bishops from baronial families had an advantage in respect of the income and that the favourable position of the nobility was even more oppressive. We have also seen in cases of prelates who held office in several dioceses that, with one or two exceptions, all of them made a change to the better. The exceptions can be traced back either to some external impact (e.g. Szatmári was compelled to renounce the bishopric of Transylvania), to the obtention of the title of archbishop or to such a case when e.g. the diocese of Szerém threatened by the Turks was exchanged for a bishopric with a smaller income but situated farther away from the frontier. It further follows from the table that the dioceses with the greatest turnover (Esztergom, Eger, Várad, Kalocsa) yielded, at the same time, the greatest income.

*

It is clear from the foregoing that in the Hungarian episcopal appointments people from baronial and noble families played a leading part. Our last task is to examine this problem from the angle of the noble families. Owing to our scanty genealogical knowledge, we could only clear up the family background of 60 prelates out of 100. It follows from the very nature of things that most of the data refer to barons. If we compile the number of brothers and sisters the first thing that strikes us is that, with one exception, we do not know of a single prelate to have been an only child. The bishops of baronial origin had the highest number of brothers and sisters (3.7), and the commoner prelates the lowest (1.5). In most cases three or more brothers or sisters remained at home in the bishops' families. This was the case in 19 families of baronial bishops, in 11 families of noble ones, in one family of a commoner in three families of serfs. This represents more than one half (56.9%) of all known cases.

Let us resort now to the cases when one family gave more than one bishop in the 15th century, in the Héderváry family, one son of three chose the ecclesiastic profession but at the turn of the 15th and 16th centuries not one of five brothers took the orders. This could be observed in the Kanizsai family even earlier: in the 14th century one of four and five brothers became a bishop, but in the next generation out of the four male members not one did so.

In the Báthory family of the 14th century out of three and four brothers there was always a priest but in the 15th century the ecclesiastic career was chosen only if there were many children (seven and ten brothers). Let us take the Várad family who were commoners: out of three brothers there was always one to become a bishop even at the end of the 15th century. The Rozgonyi family hardly fits into the picture: its members begin to embrace ecclesiastic

professions at a later date and the family is not very populous then. From all this we can conclude, for the time being, that the baronial families always had a chance to send one of their numerous children to become a priest. Among the simple noblemen, even with fewer children, there was a certain inclination to have one family member in the ecclesiastic profession and whenever one of them succeeded in reaching a higher church dignity, he helped a priest member of the next generation to follow his example. Another conclusion would be that the financial position of the middle nobility demanded the reduction of the number of male members in the family i.e. the prevention of the division of land.⁹ It would be, however, one-sided to ascribe the choice of career exclusively to demographic factors, especially in case of the barons. Here we must partly point out that also other aspects influenced the matter, such as corporal unfitness to military life, vocation (Ferenc Perényi was considered a fool for his attachment to arts), the political position or other possibilities of the family (one of the bishops of Csanád received the bishopric from his uncle upon whom the king had conferred the right of patronage as a favour).

Besides we must also examine the interconnection between the secular clerical stratum and the ecclesiastic grants of the central authority. If somebody took only the lower orders, he did not bar himself from a secular career. This is why there are so many not ordained priests among the appointed bishops. During the rule of King Matthias 24 bishops were appointed of which exactly one quarter (six) were not consecrated (not to speak of archbishop Hippolit who, being a child, could not be consecrated). Out of the six persons in question, three were employed at the Chancery. In the age of King Sigismund, these employees received rather the incomes of abbeys and more than one of them did not take the ecclesiastic orders. In the time of King Matthias a distinct type of bishopric was due to officials of the Chancery who did their work well. In other words: even in King Matthias's centralized finances there was no other possibility than to cover the salary of the employees from ecclesiastic revenues. And it is characteristic that Tamás Bakócz, creature of King Matthias, made the greatest career even in financial respect. It was he who established one of the most significant family fortunes of the 16th century from his ecclesiastic income.

⁹ The Law of the Hungarian nobility did not know the institution of primogenitura; the family estate was equally divided among the grown-up sons.

1. Bishops of known age

Name	Age at			Term of office in years	Origin
	death	beginning of career	episcopal appointm.		
1. Hippolit of Este	41	8	8	33	ruling class
2. Miklós Báthory	71	34	34	37	baron
3. László Geréb	50	19	23	27	„
4. Ferenc Perényi*	26	7	7	19	„
5. István Podmanicki	50	—	—	18	„
6. János Szokoli	54	26	27	27	„
7. Ferenc Váradi	50	26	35	15	„
8. János Csezmicsei	38	17	26	13	nobleman
9. Ferenc Csaholyi*	30	18	18	12	„
10. János Erdődy	45	28	40	4	„
11. Simon Erdődy	54	16	29	25	„
12. György Lépes*	67	27	52	15	„
13. Zsigmond Thurzó	47	30	37	10	„
14. Osvát Tuz	63	30	30	33	„
15. János Vitéz	64	25	37	27	„
16. János Beckensloer	62	37	38	25	commoner
17. Péter Beriszló*	45	25	37	8	„
18. János Buondelmonte	59	19	34	24	„
19. János Filipec	78	45	45	15	„
20. György Szatmári	67	37	42	25	„
21. János Uski	51	15	48	3	„
22. Péter Váradi	51	24	30	21	„
23. Ferenc Bakócz	64	42	55	13	peasant
24. Tamás Bakócz	79	37	44	35	„
25. László Szalkai*	54	32	41	13	„
26. Máté de la Bischino	42	23	23	19	unknown
27. Gábor Veronai	66	32	50	16	other

* = fell in action

2. Average lifespan, age at beginning of career, at appointment, term of office
(Based on data of table 1.)

Origin	Average lifespan	Average age at beg. of career	Average age at appointment	Average term of office in years
Baron (2—7.)	50	22	25	24
Nobleman (8—15.)	51	24	34	17
Commoner (16—22.)	59	29	39	17
Peasant (23—25.)	66	37	47	20
Total (1—27.)	54	26	34	19

3. Average lifespan by generation
(Based on known and assumed age)

Date of birth	Number of persons	Average term of life	Average term of life without those who fell in action
1325—49	2	76	76
1350—74	7	64	62
1375—99	14	57	57
1400—24	16	56	56
1425—49	13	60	60
1450—74	12	54	54
1475—99	7	43	50

4. Average lifespan and origin
(Based on known and assumed age)

Date of birth	Average lifespan	Total	barons	noblemen	commoners	peasant	unknown
			by origin				
a) In absolute numbers							
1375—99	57	14	5	5	3	—	1
1400—24	55	16	6	7	—	—	3
1425—49	60	13	2	5	2	4	—
1450—74	54	12	5	3	3	1	—
b) Percentage							
1375—99	57	100.0	35.7	35.7	21.4	—	7.2
1400—24	55	100.0	37.5	43.8	—	—	18.7
1425—49	60	100.0	15.4	38.5	15.4	30.7	—
1450—74	54	100.0	41.7	25.0	25.0	8.3	—

5. Term of office of bishops

Origin	Total	Term of office	
		total	as prelate
Barons	26	35	24
Noblemen	25	31	17
Commoners	11	25	15
Peasants	5	29	14
Total	67	31	19

6. Distribution of term of office

Origin	Appointed before and after 1465			Appointed before 1465			Appointed after 1465		
	total office	waiting time	as prelate	total office	waiting time	as prelate	total office	waiting time	as prelate
a) <i>In absolute numbers</i>									
Barons	913	292	621	627	259	368	286	33	253
Noblemen	827	385	422	570	285	265	257	100	157
Commoners	280	111	169	132	77	55	148	34	114
Peasants	144	75	69	—	—	—	144	75	69
Total	2164	863	1281	1329	621	688	835	242	593
b) <i>Percentage</i>									
Barons	100.0	32.0	68.0	100.0	41.3	58.7	100.0	11.7	88.3
Noblemen	100.0	46.6	53.4	100.0	50.0	50.0	100.0	38.9	61.1
Commoners	100.0	39.6	60.4	100.0	58.3	41.7	100.0	23.0	77.0
Peasants	100.0	52.1	47.9	100.0	—	—	100.0	52.1	47.9
Total	100.0	39.9	60.1	100.0	48.2	51.8	100.0	29.0	71.0

7. Distribution of waiting time per head

Origin	Waiting time in year for				
	total	canons	abbots	provosts	others
a) <i>Appointed before 1465</i>					
Barons	16	5	2	7	2
Noblemen	18	7	1	9	1
Commoners	26	3	5	18	—
Peasants	—	—	—	—	—
Average	18	6	2	8	2
b) <i>Appointed after 1465</i>					
Barons	3	1	—	1	1
Noblemen	10	5	—	5	1
Commoners	6	2	—	4	—
Peasants	15	—	—	13	2
Average	8	2	—	5	1

8. Term of office of bishops having attended university

Origin	Number	Term of office in years	
		total	as prelate
Barons	14	38	24
Noblemen	15	30	14
Commoners	1	27	21
Peasants	4	30	14
Unknown	2	12	7
Average		32	18

9. Bishops having attended university, by generations
(Based on known and assumed age)

Time of birth	Total	Social origin				
		barons	noblemen	commoners	peasants	unknown
1325—49	2	2	—	—	—	—
1350—74	3	2	1	—	—	—
1375—99	4	2	2	—	—	—
1400—24	8	3	5	—	—	—
1425—49	8	1	3	—	4	—
1450—74	7	3	3	1	—	—
1475—99	3	1	2	—	—	—

10. Bishops of four generations having attended university

Time of birth	Barons		Noblemen		Commoners	
	total	university graduates	total	university graduates	total	university graduates
1375—99	5	2	5	2	3	—
1400—24	6	3	7	5	—	—
1425—49	2	1	5	3	2	—
1450—74	5	3	3	3	3	1

11. Episcopal appointments

Diocese	Total		Barons		Noblemen		Commoners		Peasants		Unknown	
	numb.	years	numb.	years	numb.	years	numb.	years	numb.	years	numb.	years
a) In absolute numbers												
Esztergom	7	122	2	57	2	24	1	6	1	24	1	11
Eger	11	112	4	42	2	12	1	6	1	7	3	45
Győr	9	127	2	46	4	58	1	4	2	19	—	—
Nyitra	14	125	4	48	4	13	—	—	—	—	6	64
Pécs	8	146	4	104	2	15	1	16	—	—	1	11
Vác	10	113	2	36	4	40	—	—	1	10	3	27
Veszprém	12	104	4	27	4	62	3	14	—	—	1	1
Kalocsa	12	109	3	26	2	22	3	49	1	2	3	10
Csanád	9	124	3	53	2	21	1	7	—	—	3	43
Erdély	14	119	3	42	6	48	—	—	1	1	4	28
Várad	16	120	2	18	3	38	4	39	1	6	6	19
Zágráb	9	119	1	12	4	74	2	11	—	—	2	22
Total	131	1440	34	511	39	427	17	152	8	69	33	281
b) Percentage												
Total number		100.0		26.3		30.0		13.1		6.1		24.5
Total years		100.0		35.5		29.7		10.6		4.7		19.5
c) Corrected												
Total number	100		26		31		9		9		30	

12. Persons holding several bishoprics

Number of episcopal appointments	Number of bishops					
	total	barons	noblemen	commoners	peasants	unknown
1	63	10	20	6	2	25
2	26	13	8	—	1	4
3	8	2	3	2	1	—
4	3	1	—	1	1	—
Total	100	26	31	9	5	29

13. Migration among bishoprics

Name	Origin	Income of bishoprics in 1000 florins			
		1	2	3	4
D. Csupor	baron	?	?	?	13
Gy. Szatmári	commoner	26	12	25	25
L. Szalkai	peasant	20	4	22	25
J. Albeni	baron	25	12	18	
D. Szécsi	baron	22	4	25	
M. Bácskai	nobleman	4	5	24	
Zs. Thurzó	nobleman	24	4	26	
J. Gosztonyi	nobleman	13	4	24	
J. Beckensloer	commoner	22	26	25	
L. Szegedi	commoner	3	?	18	
T. Bakócz	peasant	22	13	25	
M. Báthory	baron	4	5		
M. Csáky	baron	3	5		
G. Frangepán	baron	20	12		
L. Geréb	baron	20	24		
R. Herceg	baron	20	?		
D. Jakcs	baron	26	?		
J. Kanizsai	baron	25	22		
G. Kun	baron	4	5		
J. Ország	baron	4	5		
E. Perényi	baron	26	24		
P. Rozgonyi	baron	22	12		
S. Rozgonyi	baron	22	12		
F. Váradi	baron	24	4		
M. Gatalóci	nobleman	12	4		
M. Kápolnai	nobleman	12	4		
T. Ludányi	nobleman	22	5		
Gy. Pálóci	nobleman	25	24		
A. Vetési	nobleman	12	4		
J. Vitéz	nobleman	25	26		
O. Nagylucei	nobleman	22	13		
Kálmáncehi D.	peasant	24	26		
J. Dominis	unknown	26	?		
Miklós	unknown	4	?		
G. Veronai	unknown	22	24		
P. Agmándi	unknown	20	4		

14. Income of Hungarian bishoprics

Dioceses	Papal servitium	Report of 1525	Corrected income
Esztergom	4,000	35,000	25,000
Eger	800	22,000	
Győr	800	13,000	
Nyitra	275	—	4,000
Pécs	3,300	25,000	
Vác	500	4,000	
Veszprém	900	12,000	
Kalocsa	2,000	20,000	
Erdély	1,500	24,000	
Csanád	900	3,000	
Várad	2,000	26,000	
Zágráb	2,000	18,000	
Bosznia	200	—	
Szerém	100	5,000	

15. Distribution of total income of dioceses

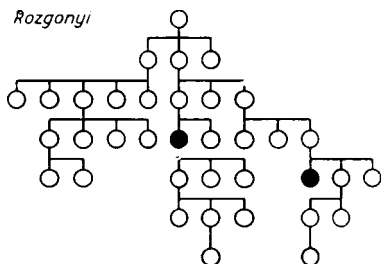
Diocese	Annual income	Total		Barons		Noblemen		Commoners		Peasants		Unknown	
		years	income	years	income	years	income	years	income	years	income	years	inc.
Esztergom	25	122	3050	57	1425	24	600	6	150	24	600	11	275
Eger	22	112	2464	42	924	12	264	6	132	7	154	45	990
Győr	13	127	1651	46	598	58	754	4	52	19	247	—	—
Veszprém	12	104	1248	27	324	62	744	14	168	—	—	1	12
Pécs	25	146	3650	104	2600	15	375	16	400	—	—	11	275
Vác	4	113	452	36	144	40	160	—	—	10	40	27	108
Nyitra	4	125	500	58	192	13	52	—	—	—	—	64	256
Kalocsa	20	109	2180	26	520	22	440	49	980	2	40	10	200
Csanád	3	124	372	53	159	21	63	7	21	—	—	43	129
Várad	26	120	3120	18	468	38	988	39	1014	6	156	19	494
Erdély	24	119	2856	42	1008	48	1152	—	—	1	24	28	672
Zágráb	18	119	2142	12	216	74	1332	11	198	—	—	21	396
Total		1440	23685	521	8578	427	6924	152	3115	69	1261	280	3807

16. Number of brothers and sisters

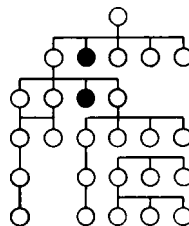
Number of brothers and sisters	Total	Barons	Noblemen	Commoners	Peasants	Unknown
	number of cases					
9	1	1	—	—	—	—
8	1	1	—	—	—	—
7	1	1	—	—	—	—
6	3	3	—	—	—	—
5	7	3	1	—	2	1
4	7	1	6	—	—	—
3	13	8	4	1	—	—
2	13	3	9	—	1	—
1	13	4	4	3	1	1
0	1	—	1	—	—	—

17. Schemes of descandancy

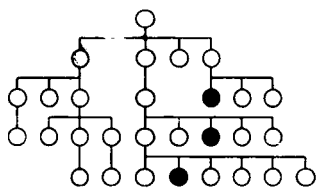
Rozgonyi



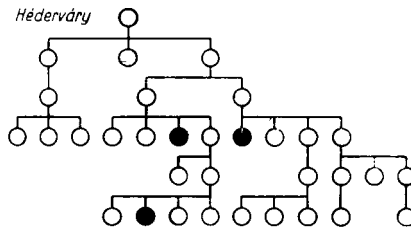
Kanizsai



Várdai



Héderváry



The circles refer to males. the full ones to prelates

COMPTE RENDU DE LIVRES

Gy. Györffy: Historical Geography of Hungary in the Age of the Árpáds

(Counties of Abaújvár, Arad, Árva, Bács, Baranya, Bars, Békés, Bereg, Beszterce, Bihar, Bodrog, Borsod, Brassó, Csanád and Csongrád)

Budapest, Akadémiai Kiadó. 1963. 911 pp.

The first volume of Gy. Györffy's extensive reference work eagerly awaited by historians and satisfying a long felt need has now been published. Research workers studying the Árpád period are, at every turn, faced with questions difficult or impossible to answer because of the obscurity of the historical and geographical relationships. They have so far had no other choice than to consult Dezső Csánki's unfinished volumes, covering the 11th to 15th centuries, published half a century ago and out of print for a long time. Moreover, Csánki's highly meritorious work was not quite satisfactory because its starting point was the period of the Hunyadis and not that of the Árpáds, and because, with the exception of the last volume, it did not really attempt to do more than give the encyclopedic enumeration and the spatial location of the settlements. Györffy's work on the Árpád period is considerably more extensive and is equally useful for the various branches of the historic sciences as, for instance, research into settlement, economics, society, law, culture, church and government. It can even be said that since historical geography is a typically "amphibious" study, it is also claimed by geography. As early as twenty-five years ago B. Bulla emphasized that "The inadequacy of research on the historical geography of Hungary in the age of the Árpáds is unusually great" (*Szentpétery Emlékkönyv*, p. 87). In addition historical geography has several points in common with linguistics. Nevertheless it belongs primarily to history, for its material is derived from historical sources, its methods

are determined by history and its results are contributions to historical sciences. Although scholars of other sciences may profit from the results of Györffy's work, it is essentially a book for historians, a reference book which will not become obsolete for a very long time, as other scientific works frequently do. The author was well aware of the requirements of such a high quality work, of the responsibility involved in writing it and made his best to achieve completeness and dependability in collecting his sources carefully considering the various scientific views, and moderately dealing with scientific theories throughout the entire volume.

Although the title is *Historical Geography of Hungary in the Age of the Árpáds*, it covers additional three or four decades up to the period of the papal tithe lists between 1332 and 1337. This extension is undoubtedly correct since it was dictated by the historical source material. These lists are the first to give a uniform account of the settlements which had churches and priests. Nor are there geographical considerations against this extension since the geographical and especially the settlement history of the country developed uniformly from the time of the Tatar invasion until the beginning of the Turkish conquest without any great set-backs. Since the practice of issuing charters in Hungary assumed mass proportions only during the first half of the 14th century, the additional decades provide an amount of source material exceeding by far all previous sources, especially those of the 11th and 12th centuries. Consequently the balance seems to be upset

as the few decades of data from the 14th century, in many instances, predominate over those of the previous three centuries. Considering the dates of the source material, the picture of the settlements and their geography concern the first decades of the 14th century rather than the Árpád period. However, the balance is not really upset to such a great extent. It must be taken into consideration that a great deal of time — perhaps one or two centuries — had to pass before a settlement became registered in the written documents.

In the first four volumes of the six-volume work the author separately treats each county. The fifth volume will be a detailed name and subject index, while the sixth will be a general evaluation of the entire material. The counties are not grouped under the sections or regions where they are located; they follow in alphabetical order. By this arrangement Györfy unwittingly adopts a primarily mechanical structure. He holds that the organic geographical structure had to give way because of the implicit difficulties of finding the geographical locations of the sections and regions of the country. Nevertheless from the author's plan we learn that the sixth volume will sufficiently compensate for this lack by devoting space to the organic arrangement of questions; the individual features of the general picture will be treated and a synthetic summary of the data and results of the previous volumes will be included. Information on the detailed subject-matter of the sixth volume has not been made available, but from the first volume we can clearly see the system and structure of the first four volumes.

Volume one comprises fifteen counties or territorial units of the Árpád period. A study almost equal to an independent monograph was written to introduce each county, including the available source material and the pertinent geographical and settlement problems. In the special reference section the author lists all the localities of the counties in alphabetical order, that is to say, gives a sort of inventory of all the pertinent data found in the sources. Here we must add that the con-

cept of locality is used in the broadest sense. Whether a village or town, every settlement was listed as a locality if, in the sources, it followed the outlines of any sort of independent human settlement or probably an estate, if it was some sort of a manorial agricultural settlement, or an isolated manor house, or a district "region" including some broader area. The precision and completeness in determining traces of every independent human settlement, in most instances even geographically, is one of the merits of this work. The modern concept of village and town is inapplicable to this period. The author lists the data in a special reference section for the counties. For each locality under the pertinent years he includes not only the contemporary word describing the settlement (*villa, terra, etc.*), but even — if there is such — a detailed explanation found in the sources. With the data presented he lists the archival sources and in cases of publications, the place and the name of the publishing archive. After the enumeration, sometimes running into several pages, the author summarizes what the sources disclose about the locality. Since the sources consist mainly of charters, the descriptions of these localities mostly give the portrayal of property relations, the origin of the right of possession, donations, partitions and in general, ownership. In early times accounts of the services of the servants and serfs of the estate owners, and of these peoples themselves are infrequent. Such descriptions are included in the text in their entirety, sometimes in the original Latin when giving the description of the locality. Frequently, the author is able to quote cases of perambulation, as the charters call it. He is correct in emphasizing that they are of a special value for historical geography. When data are available, the author determines, sometimes conditionally, the origin of the settlement from its name, its location and its owner. He identifies the geographical names found in the perambulations with those of today. In most instances he succeeds in determining the geographical location of these places and marks them on the map. Similarly, he could identify these

early settlements as the later or present villages or towns, or else, if they ceased to exist in the course of history, as the *puszta* still bearing the same name. These data on the localities form the basis of the entire great work. Abundant written source material — for the most part still unpublished and unknown — was used. With the exception of a few charters concerning diplomacy, ecclesiastical policy, government, etc. the documents usually contain historical-geographical data. Let us note that the author uses the majority of written sources from Hungarian history until 1337 in addition to the results of archaeology and linguistics.

This great mass of data will be further examined in the monographs of the individual counties and will be finally evaluated in the sixth volume. The author determines the original area of each county, the changes in them until the end of the period, including the formation of new counties. He describes the boundaries of the established county, the configurations of the terrain, the regional divisions, marks out the rivers and forests. These had an overwhelming significance for both settlement and economy. The geographical picture fashioned in such a way is given together with the settlements on the maps of the counties at the end of the volume. After all the settlements constitute the basis of historical geography, and their periods are determined by the changes of the latter. Though the boundaries of rivers, brooks and forests cannot be geometrically exact because of the scantiness of the data, the detailed geographical picture shown on the map is a new and lasting contribution to our historical and geographical knowledge. We need only glance at the map to recognize the one-time importance of forests, rivers, swamps, etc., in the formation of settlement systems, and the great significance of clearings in the foundation of a village. In describing the counties Györffy gives an exact account of the ethnic elements (predominantly Slavs) found in the area by the Hungarians, and in doing so he uses the data provided by archaeological finds and various geographical names. He lists the first camping grounds of the

Hungarians, locates the winter quarters of the heads of clans as important factors in the formation of both the settlement and administrative structure. Later, parallel to the changes of feudal ownership, we can follow the growth of settlements and realize the role of royal authority, feudal lords and other factors. Careful research allows the author to check earlier statements on the significance of the clans in the formation of each county, the older data on the proportional division of estates belonging to the royalty, the nobility and the castles. In places he impartially notes whether or not the theory seems to hold true for some of the counties.

Statements and conclusions on the formation of both the castle overseers and the noble counties are found in the description of counties in the general part of the book; the more or less interdependent territorial relationship of county and clerical organization (deanery) is also included. In reference to the agricultural and industrial production of each county, and concerning the social differentiation the author stresses the scantiness of the data. In this respect the wording could have been more precise: the *mancipium* and *ancilla*, for instance, are not necessarily "purchased" slaves, and servitude, as a social state, should have been more definitely distinguished in places from the occupational categories. By listing the desolate settlements in every county, the author assesses the destruction due to the Tatar invasion. This computation method is bound to be mechanical and must be considered with reservations for it was precisely in this time that settlements mushroomed and speedily vanished. Many factors other than the Tatar invasion and the wars contributed to the increase of *vacua terra*. (We should beware of classifying a settlement as desolate because it is listed as *terra* in the charters. The other data concerning the *terra* also contradict such a generalization. We should also be careful in translating *terra* as estate.) Besides, the entire population of a depopulated settlement cannot be regarded as a loss, because in the second half of the 13th century quite a few of the previous serfs from among the dispersed

population of minor deserted *villae* and *praedia* were certainly admitted to more congested settlements, possibly as settlers or serfs possessing the right to free movement. With this in mind we can regard the figures for the loss of population due to the Tatar invasion (75 to 80% per county) as exaggerated. The author does not fail to consider stone castles built after the Tatar invasion, emphasizing the early data concerning water wheels, mines, and places where fairs were held and listing the main roads. Attempts are made to estimate the density of the population in the areas. This is an interesting and important — though bold — enterprise, for the total number of villages in a county during the Árpád period can only be computed approximately, and the average per county multiplied by the total number of villages is, in many instances, based on the data of only one or two and or a few villages. Györfly probably was interested only in obtaining some approximate figure which can be significantly modified if necessary.

Further population growth is illustrated partly by Csánki's figures and partly by the data from the royal accounts of 1494—1495.

In treating these accounts, which are known today only from the Engel edition, Györfly unfortunately contradicts himself. Relying on the Engel and on Thallóczy's work quoting the accounts, the author lists 3460 and 3530 plots in Abaúj County, in Baranya County — quoting only the former — he mentions 15,018 and for Bars County 2787 or 2660 lots which were liable to taxation. The figures included in these accounts do not refer — as it would seem to the modern reader — to a lot or a plot, but to the amount of royal tax in *forints*. Since the tax was one *forint* per house the above figures represent the number of houses. And since the lots were divided, the house is not by any means equivalent to the lot. According to the recent studies of E. Mályusz, E. Molnár, I. Szabó, the number of houses in 1494 to 1495 correspond to twice the amount of taxable lots of serfs (and nobles with single lots) or rather to taxed families and households. Thus it would be correct if,

in the next volumes, Györfly considered the number of houses on the basis of a double coefficient, or when speaking about numbers of houses, he referred to the problem of the conversion into households.

Györfly concludes the general part with a discussion of the papal tithe paid by the priests of the localities between 1332 and 1337 and the amount of clerical incomes converted into Marks. One single rate of conversion is given for computing the population, the pertinent financial figures of every locality and for the checking of various other data. The general part, which in cases is hardly more than ten to twenty pages, is very useful supplemented by two to three maps for each county. One illustrates the development of the county and the other the property relations at the end of the 13th century. The author took great care in drawing these and the diagrams of the ground-plans of the towns.

This short and incomplete review of Györfly's work convinces us that he provides a storehouse of data for the Hungarian history of the Árpád period, summarizes the source material and several important questions of the age in his historical geography. In many respects its significance lies in its lexicographical nature. It is bound to become an indispensable book for anyone who studies the Hungarian history of the Árpád period. Its results are as convincing as its method and its treatment of source criticism.

The tremendous source material, especially the data taking up approximately three quarters of the volume, forced Györfly to use an extensive system of abbreviations in order to save space. In addition, the author uses extensive abbreviations in the texts quoted from the sources. Numbers or letters stand for the source publication in the references to the documentary sources, as well as for the false or suspicious character of charters quoted and for the various transcriptions, indicating whether these only refer to content or not. A similar system of symbols indicate the uncertainty of the date, the defective name forms in the published charters, the variant of a name within the same source,

wrong or corrected forms of the name and other conditions. Letters denote the character of the settlement or its common name (*v* = *villa*, *t* = *terra*, etc.). The names of persons and counties are abbreviated, and so are the characteristic words from the quoted Latin text of the description of the boundary, e.g. *ve. Occ. desc.* = *versus Occidentem descendit*. It goes without saying that the consistent application of this complicated method of expression was in itself a tiring technical task for Györffy. (Such a work contains many opportunities for technical errors due to a slip of the pen or typesetting, but the author was extremely alert and mistakes are rare (for instance the "*cum f-iis ecl.*") Such an extensive system of abbreviations makes a difficult reading. Let us point out that the data of a single fact may be accompanied by two lines of numerical and alphabetical symbols and, in some rare cases, the data are followed by one or two pages of such symbols. Although by using the list of abbreviations the reader can solve these symbols, it is rather annoying that the explanation of some Hungarian abbreviations is not included in the list but is given in a rather inconspicuous place in the introduction. This leads us to wonder why the tremendous number of symbols (like a written script) in chipers was not made more legible for the readers even at the expense of increasing the size of the volume. The unusual omission of the figure thousand in the years has probably resulted in saving not more than half a page. In other places, however, we find that the text could have been abridged in order to save space. For instance, in charters issued instead quoting the text of perambulation, it would have been quite sufficient to emphasize the landmarks and vicinities. The author could also have considered the possibility of abridging the listing of the estates of the owners in different counties and changes in ownership. According to our experience such information, although of interest to research on family histories and genealogies, is of little use to historiography. Lines including personal names (for example *De Fony*) meaning

little but recurring many times could perhaps also be reduced. We must admire the author's attempt to provide space for all data and facts and to save future researchers from the job of handling the texts of the source works, although, we must consider that they will probably check them, at least those easily accessible. It is useless to consider all this now, for the first volume has already been printed. We do have to express our regret that no uniform system of symbols for abbreviating basic source publications has so far been established by our research workers with the help of the competent authorities. This has resulted in an almost unlimited number of forms. For instance the great source publication of Gy. Fejér is quoted by Györffy and others as *F.* But it is also known as *Fejér, C. D., Codex Hung., etc.* Nor has the author of this review always been consistent in the past, although he thinks that it would have been more expedient to use and abbreviate the title of the publication instead of the name of the publisher of the document (e.g., *CD, ÁUO, etc.*). This would be in conformity with international practice.

The arrangement of Györffy's work coincides with the structure of Csánki's historical geography. Although this work is not regarded as a historical geography, but as a historical gazetteer, a topography, it must be admitted that geography has benefited a lot from it. According to the synthetic viewpoint, only an outmoded scientific approach may equate a historical gazetteer to historical geography "which cannot be anything else but the pragmatic and explanatory description of the regions of various historical ages" (Bulla, *loc. cit.*, pp. 78—80). Is Györffy's work also incorrectly called a historical geography instead of a historical gazetteer? The answer is that the major part of Györffy's work consists of such a gazetteer, but this is at the same time the foundation of his pragmatic and explanatory descriptions of the regions of the country in the Árpád period. This is done here by counties, but the sixth volume promises a general evaluation satisfying all scientific requirements of historiography

and historical geography. Györffy's gazetteer includes all information recorded in the sources and really becomes a historical encyclopaedia of the place names of the country which extends far beyond the needs of geography. The general part of the descriptions of counties is also very extensive. Would it have been more correct to restrict the theme for categorical reasons? In the historian's view the answer is in the negative. If the author decided to complete such a rare, extensive scholarly work, we must be grateful to him for presenting Hungarian and international research with such a work which extends far beyond the realm of both historical geography and a historical gazetteer. If the scope of the work had been restricted

to any extent, it would not have essentially reduced the time and effort spent in its compilation. Even though the author could depend on trained collaborators in collecting and collating the data, the time devoted to this work will take up decades of his lifetime, the major part of the creative life of a scientist. It is up to Hungarian history that this work, which can count on incomparably more scientific interest than spectacular success, should not remain as incomplete as that of its predecessor, Csánki. The name of the author, associated with excellent studies, will go down in the literature as a special bibliographical symbol like that of the unfinished work, "Csánki".

I. SZABÓ

Zs. P. Pach: Agrarian Development in Western Europe and Hungary in the 15th—17th Centuries

Budapest, Kossuth Kiadó, 1963. 359 pp.

Zsigmond Pál Pach's valuable work is of double significance. It throws light on the important question of when and how Hungarian historical development was blocked and distorted, eventually leading to a stage in which the liquidation of feudal remains almost coincided with the beginning of the building of socialism. The methods and conclusions of the work show that this question too, can only be solved by the consistent application of militant Marxism.

The book radically breaks with Hungarocentrism, a provincial and short-sighted version of the nationalist approach to history, and reveals the Hungarian features of the special East-particular and Central-European forms of the universal historical laws governing agrarian development. In this work Marxian theory is applied to Hungarian history. The Hungaro-centred historical view, concerned only with Hungarian history, is unable to recognize the general laws behind the particular features of national history: it is unable to understand Hungarian history.

Similarly, schematic historiography is unable to evolve the peculiarities of Hungarian history from the universal laws, that is, to grasp national history.

What is the fundamental process in West European agrarian development, or more exactly, in the class relations of agrarian society until the mid-15th century? Pach, who is thoroughly familiar with the English, French and German literature on the history of agriculture, answers the question concerning this and later periods after a critical analysis of the issue and with due consideration to Marx's views on the subject. He proves that until the 15th century the earlier demesne based on villeinage largely disintegrated, and the villein services — formerly the overwhelming form of feudal rent — were for the most part supplanted. The former manorial lands were acquired by the peasantry and the most important form of feudal rents, or at least one of its significant forms together with the rent paid in produce, became the money rent. The agrarian struc-

ture of the West European countries was unbalanced by the overwhelming majority of peasant holdings, the personal dependence (as serfs) of the peasants on their landlords was essentially reduced and the majority of them even achieved the right of free movement. The growing agricultural market was supplied with commodities mostly by the peasantry. The whole process was accompanied by the progressing economic differentiation of the peasantry and agricultural wage labour.

Pach does not dwell on the historical starting point of this development in Hungary, obviously because the beginnings in Hungary are relatively obscure. We are, for instance, unable to prove, or at least not certain, whether the demesne based on villeinage had a primary role in the period of early feudalism or not. Thus without thoroughly examining the antecedents, the book begins with those class relations of the agricultural society in Hungary which developed until the second half of the 15th century. His description relies on abundant sources and on the entire available literature. For the most part Pach's research both justifies and proves the results achieved thus far (the prevalence of peasant holdings, the insignificance of villeinage, the growing importance of rent paid in money, the limited personal dependence of the serfs, right of free movement, the peasant character of agricultural commodity production, the differentiation of the peasantry, the appearance of agricultural wage labour, etc.). To some of these topics he makes new contributions, for instance, when emphasizing that the sale of the peasants' produce in the market was an important means of satisfying manorial needs. This is due to the circumstance that the earlier produce rents were partly superseded by rents paid in money and because of this the landlords were compelled to acquire agricultural produce on the market. Pach states that the rent paid in money was just as important as that paid in produce and sometimes even more so. This cannot be refuted especially if we consider that the centralized form of feudal rents, the govern-

ment tax collected in money, was significantly increased in the age of King Matthias. Thus it is certain that the era was characterized by the growth of rents paid in money — not to mention the government tax. This, in the light of the other facts stated, is enough to prove Pach's thesis that the laws of feudal development manifest in Western Europe were still acting in Hungarian feudalism in this period. This thesis requires only minor corrections. Since the starting point of the development in Hungary is uncertain, it is more correct to speak about the identity of structural laws than of the laws of development in the 15th century.

Pach completes his former thesis by saying that "Until the 15th century Hungarian society, which had embarked on feudalism later than Western Europe, made up for its early lag in agrarian relations largely in respect of quantity although not in industry and urban development." (page 74.) This wording leads us to the conclusion that during the 15th century the feudal structure of Hungarian agriculture was at a "quantitatively" lower stage, although qualitatively it was the same as in Western Europe. This agrees with the facts. In Hungary this qualitative identity was accompanied by a lag that characterized commodity production, money economy, the differentiation of the peasantry, wage labour, that is to say, the agricultural relations of production as well as of industry, and the urban centres were less developed than in Western Europe. The less advanced relations of production can be accounted for the less developed productive forces of agriculture, which were not alone in being behind those of Western Europe. In the major portion of the country, in the steppes of the Great Plain (and on the alps) extensive animal breeding took prominence over agriculture. This fact is important for completing the picture.

Then the work discusses the rise of capitalist relations in Western European, more exactly in British and French agriculture where this process took place in the 16th—18th centuries. We can state the general law of this process as follows: under certain

historical circumstances these feudal relations disintegrate and are supplanted by capitalist relations. In history this law has assumed a diversity of forms, different also in British and French agricultural history.

Pach makes a detailed analysis of the above developmental forms. The particular British form comprised the forced expropriation of the lands of the peasants by the new nobility and the landed rich bourgeoisie. Ultimately the lands were acquired by the wealthy tenants who rose from the urban bourgeoisie and the new rich of the peasantry. The impoverished peasants were forced to do wage labour not only in agriculture, but also in industry. Thus feudal rents declined and were supplanted by capitalist land rents which these tenants paid to the owner of the land as ground rent, while the normal form of surplus value produced by agriculture — formerly it was the feudal rents collected by the landlord — became the profit taken from the labourers by the tenants.

Pach, in accordance with Marx, regards the British way the classical form of capitalistic development in agriculture. It may indeed be regarded as classical inasmuch as the ousting of the peasants from the land, a fundamental feature in the history of capitalist production, was carried out in a totally consistent way and free of contradictory tendencies only in England.

In France, as we learn from this work, the immediate and mass expropriation of the peasants' land did not take place. There the nobility did not develop into a bourgeoisie. The wealthy bourgeoisie also acquired part of the landed property in France, but capitalist tenures, or rather capitalist rents, developed to a lesser extent. The land still essentially belonged to, and was used directly by, the peasants who, as in earlier periods, were more or less personally dependent on the owners of the land or on various middlemen to whom they paid rents in money or produce. The differentiation of the peasantry led to the rise of a fairly large stratum of small or dwarf holders which, doing to the growing duties of the feudal system and especially to the government taxes, could

not earn a living only from land and was thus forced to accept wage labour or capitalist handicraft work. The majority of the land in the hands of the peasantry was not inherited. They possessed it as temporary small holdings, a form also known previously.

The growing burdens of the feudal system made a part of the peasant holding unviable and forced the owners to accept wage labour. This meant the partial expropriation of peasant holdings. The spread of temporary small-holdings loosened the tie between the peasant and his land for the temporary tenant-farmer could be deprived of his land which, if the small holding was supplanted by the capitalistic rents (Pach also mentions some examples of this phenomenon), was identical with the capitalistic expropriation of peasant holdings. In this case the tenant farmer was turned into a proletarian wage labourer. In these instances the partial expropriation of peasant holdings is part of the prehistory of French capitalism.

Then the French revolution wiped out, without redemption, the feudal obligations of the peasantry. By this step the impoverished feudal peasants were made the owners of free lots. From then on the capitalism of the French village developed. In other words the peasantry with lots split into rural bourgeoisie and agrarian proletariat.

In his book Pach deals with one aspect of the question: "How is the French developmental form of agricultural capitalism related to what Lenin referred to as the 'American way'?" but he does not give a definite answer. To Lenin, the American way, or rather two of its forms, are characterized by the absence of the lord's demesne at the beginning or, if any, it was destroyed by the revolution confiscating and breaking up the feudal estates in such a way that in agriculture the peasantry predominated in both cases. The first alternative was typical of the United States, where agricultural capitalism rose on the free lands without any feudal precedents. Where to look for the archetype of the second case? Evidently in France where the revolution confiscated and, to some extent, broke up the feudal estates of the emigres

and ecclesiastical bodies. It is immaterial that the French Revolution did not purely and exclusively achieve the free possession of lots by the peasants. The history of class societies does not concern pure social formations. Thus the French way is but one version of the American. At the same time it is one particular form of the developmental law of feudalism, unlike the strictly interpreted American way which is only one particular form of rising capitalism. (Lenin with his terms "American and Prussian ways" determined the modes of capitalistic development and not those of the further development of feudalism.)

What happened in Hungary while the capitalist transformation of agriculture was taking place in England and developing in France? Pach considers the beginning of the period, the 16th century, to be a transitory one in the history of Hungarian agriculture during which opposite developmental tendencies were in strife without the temporary prevalence of any. The commodity production of wealthy peasants dependent on wage labour continued and even increased partly in the Great Plain, under Turkish suppression, from where cattle was exported to the West and partly in Habsburg Hungary (mainly in the Eastern sections), where the bulk of the agricultural commodities were produced by the wealthy peasants. Along with the commodity production of the peasantry the manorial commerce in commodities and commodity exchange appeared and even gained over the former.

As early as 1954 Pach formulated the thesis that the agricultural commodity production of Habsburg Hungary in the 16th century had basically been characterized by the struggling tendencies of the commodity economy of the peasantry and the landlords. To prove this thesis he gives a detailed analysis of the source material. In his view the advancement of the commodity-producing manorial lands was characterized by three main aspects. Their progress was accompanied by the legal codification of the laws of 1500 to 1514 and the *Hármaskönyv*, which, by introducing the "ninth part", increasing

the villeinage binding the serfs to the soil and by decreasing their right of possession, prepared, to an extent, the ground for the manorial aspirations and established the legal conditions for putting them into practice.

The first of these aspects in Pach's view, was the taking advantage of the privilege of the manorial wine sale, a characteristic form of manorial commodity trade. By employing force outside the estate, the landlords compelled the peasants to repurchase for cash the wine which these had surrendered as rent (the sum for leasing or as tenth), or had seed to the lords by a preemptive right. This is not the characteristic form of commodity trade (which presumes commodity owners with equal rights), but a particular indirect form of feudal money rents under the guise of commodity trade. The essence and result of the transaction is that the peasants consume the wine they have produced, pay a money rent to the landlord as a purchase price or, in case of buying in advance, this sum was given to make up for the difference between the sales price and the purchase price of the produce. The essence here is the increase of surplus value confiscated from the peasants through force employed outside of the estate and converting it into a feudal money rent which may be called the levying of a wine tax of a feudal nature.

The second aspect was commerce, especially with cattle. The landlords bought cattle primarily from the Great Plain for export to the West.

The third was wheat production and its sale as a commodity in the urban markets at home, making profit out of the boom during the Turkish wars for provisioning the army. The wheat comprising the commodity was partly from the produce rents of the peasants. The rest was produced in the manorial demesnes established at those times.

The majority of the demesnes of the lords arose by confiscating a part of the peasants' public lands. The incorporation or reduction of the plough land belonging to the plots of the peasants also took place. In the beginning, paid wage labour was also frequent in

the lord's demesne. The resistance of the peasantry, asserts Pach, prevented the lords from founding the demesnes on free villein services at the start, but later the villeinage gradually increased. The composition of the feudal rents changed: the landlords increased not only the rents payable in work, but also those payable in produce, such as wheat and wine, which they could sell. The direct money rents, on the other hand, began to lose in relative importance.

Pach points out that in this period manorial commodity economy also displayed opposite developmental tendencies. The character of the lords was a combination of bourgeois and feudal features, although it would probably be an exaggeration to speak about bourgeois development to compare them with the much more advanced type of new nobility in England. (The Hungarian counterpart of the latter could rather be the nobility of the reform period.) The tendency toward bourgeois development was expressed in cases when the landlord produced a certain amount of commodity by wage labour on the lands confiscated from the serfs and he also traded with commodities. On the other hand, when the landlord used villein service, he increased the rents in produce, collected a tax on wine, the feudal tendencies were evident. This duality of the 16th century lords was also noted by Szeckfü, who was conscious only of the superficial characteristics of the phenomenon and did not analyze the underlying economic problems. In his view the business-like and militant features of the contemporary landowner were fused.

Of the contradictory tendencies of commodity production the manorial production gained ascendancy of the peasants, and within the commodity economy of the lords, the feudal features prevailed over those of the bourgeois development. Between the last decades of the 16th century and the middle of the 17th century a turning point was reached. Pach correctly sees the chief class condition of the feudal lords in the backwardness of industry and commerce in Hungarian towns as against those in Western Europe. This led to the weakness of the

bourgeoisie, which, consequently, was unable to resist the pressure of the nobility, nor could the peasantry in the absence of a strong bourgeois class ally, achieve any success in its anti-feudal class struggle.

The underlying cause, Pach says, was the shift of the main commercial roads following the great geographical discoveries. After the 16th century, actually at the end of the 16th and the beginning of the 17th centuries, this factor increased the differences in development between Western Europe advancing the industrial zone the one hand, and the declining Central and Eastern Europe becoming its outer agrarian belt. The shift in the main commercial roads undoubtedly played a role in the industrial rise of Western Europe, in the complete development of a manufacturing system. In the competition the commodities of Western industry won out over those of Central and Eastern Europe, including Hungary. Nevertheless it must be stated that the commodities of the West European markets achieved prominence over our products as early as the centuries preceding the great discoveries. Already in the 15th century import from the West, owing to its industrial supremacy, mostly comprised industrial articles and export to the West was composed of agricultural and mining products. Therefore, already at this early date, West-European craft, contrary to its relatively low level of development and the contemporary limitations of international commerce, hindered the free progress of Hungarian cities, urban manufacturing and thus the growth of our bourgeoisie. Consequently the shift of the main commercial roads is *not the basic* cause of the weakness of the Hungarian bourgeoisie. The main reason is that industry, commerce and the development of the bourgeoisie in Hungary began relatively late and were consequently under the pressure of the more advanced Western industry and commerce. The sudden growth of Western European development after the great discoveries only increased this existing pressure. Otherwise this shift in commercial roads had no essential effects. Even previously Hungary was out of the main commercial road. The fact that

the main road of Eastern commerce formerly proceeded through Germany boosted German manufacturing in those times, but precisely for this reason it harmed Hungarian manufacturing which was directly under the pressure of German handicrafts.

Pach begins his description of the change taking place at the end of the 16th century with the legal measures which, in the Hapsburg section of Hungary, co-ordinated the legal superstructure with the needs of the feudal landlords. The lords made the most of the society-wide clash induced by Bocskai's uprising and the anti-Hapsburg struggles of the Transylvanian princes. We find three important legal decrees. The first is the law which ceded the right to set prices to the noble counties. This was aimed at the bourgeoisie and its purpose was to force the price of industrial articles below those of agricultural produce. Through this the landlords could acquire surplus value in commodity exchange. The value of which urban industry was deprived restricted the industrial capital accumulation and thus hindered bourgeois industrial development. The second measure affected the bourgeoisie and the peasantry equally. This made the manorial commodity trade free of customs and almost free of the "thirtieth part". Through this act the lords were given an advantage over the urban commercial capital and the commodity trade of the peasantry. This law equally restricted the accumulation of commercial capital in the towns and villages; consequently it blocked bourgeois progress. The third act directly penalized the peasantry, and indirectly harmed the development of the bourgeoisie. This law transferred the regulation of the movement of the peasants to the dictate of the noble counties. The counties then bound the peasants to the soil, thus cutting off the source of the supply and increase of the urban population.

The work does not treat in detail the extent to which these decrees were carried out in practice, although Pach states that these thoroughly reactionary, anti-progressive laws were measures of the feudal Hungarian ruling class against the suppressed social

classes as well as against the central Hapsburg government. At this point Pach justly speaks about the protection of the privileges of the nobility, even about the "second edition" of the Hungarian feudal state as a power organization which the Hungarian nobility raised over the forming class system of the second serfdom as a politico-legal superstructure.

After the description of the legislation, the work with the thorough use of source material describes the economic process. In addition to using the public land of the peasants, the lords expanded their demesne lands mainly at the expense of the deserted lots. They greatly decreased wage labour which, even otherwise, was done, for the most part, by their own serfs and cottiers. Besides this they deliberately increased villeinage and especially the compulsory labour associated with cereal cultivation on the allodiums so that they surpassed the mark set in the law of 1514. Villeinage was raised to two or three days and finally villein services at the lord's became predominant. The resistance of the peasants was overcome by physical penalties, imprisonment, stocks and fines imposed by the manorial court or others, and, if required, with the help of large armed forces such as those used during Császár's uprising. A book by F. Eckhart: *A földesúri büntetőbíráskodás a 16—17. században* (Manorial Courts in the 16th and 17th Centuries), undeservedly neglected, describes this class terrorism in a very studious way. Not only the villeinage, but also the rents payable in work increased. The lords also raised the rents payable in produce, wheat and wine. A special merit of Pach's book is to point out that the fixed rents payable in produce had been widespread previous to these times, but from then on the "ninth part" and even more severe rents (known even from earlier decrees) predominated. They collected it also for peasant holdings which were not part of the lots, as a supplement to the church tithes leased to the lords.

The peasants were most seriously burdened by the rents paid in labour; those payable in produce were also serious. The money rents

were decreased. What remained considerable was only the form of the rising wine tax. The burdens mainly ruined the peasants' wheat commodity production though at the same time they still bred cattle and produced for the market quite extensively. The work done on the plough-land of the lord kept the peasant from the necessary work to be done on his own. The part of his wheat production was further reduced by the ninth or tenth. In the wheat market he had to compete with the lords who enjoyed customs privileges. The wars, especially the effect of the 15 Years' War, which mainly ruined the small farms added insult to injury.

The entire process, which also took place in Transylvania under Bethlen and Gy. Rákóczi I, caused the commodity production of the peasants to become subsidiary to the commodity production and trade of the landlords. At the same time let us note that the latter did not grow; they rather declined and thus "the commodity producing character of the entire agriculture was reduced" (p. 248). This statement and the arguments supporting it constitute one of the most important contributions of Pach's book. There are three interplaying factors. The war-time boom of the 16th century discontinued whereupon the produce and wheat market provided by the army decreased. The urban market did not increase to an extent to compensate for the reduction of the military market. Urban development was blocked partly because of the West-European industrial competition and partly because of the anti-urban measures of feudal legislation. Finally, lacking waterways to the West, the wheat of the lords had no considerable foreign market which could have compensated for the reduction in military provisioning.

The result was that the lord's demesne was turning from a wheat-producing and commodity trading unit into a self-sufficient natural farm. A great portion of the produce was consumed by the manorial (palatial) household itself, or rather by its large (and increasing?) number of people in the court and castle. From the accounts kept by the estates we learn that only a small portion

of the cash income was derived from the sales of commodities; for the most part it originated from feudal money rents related to the wine tax.

The book does not treat the question whether the lord's demesne — contrary to the decline of commodity production — contributed to the development of agricultural productive forces. But it is made evident that in bringing about this regression the economic policy of the Hapsburgs or some sort of "colonial" suppression played no considerable part. The factors of the decline were essentially determined by the class relations within the society in Hungary and the political majority of the landlords. The material systematized by Pach shows that these were dependent on geographical location and such international commercial relations (the stopping of the war-time boom, the superiority of West-European industry) which were independent of the structure of the Hapsburg Empire.

The final outcome of the development until the middle of the 17th century resulted in a situation which, quoting another important statement from Pach, owing to the predominance of the lord's demesne dependent on villein services, "set back the development of the conditions of capitalism" (page 252). The lord's demesne itself did not trend toward capitalism. At the same time it hindered the peasant holdings from doing so. At this point agricultural development in Hungary finally diverged from that of West Europe and from the agriculture of England where capitalist relations had been established. It also differed from French agricultural development where agricultural commodity production continued to remain essentially in the hands of the feudal peasants. It should be noted that Hungary, together with the countries east of the Elbe, took the path characterized by the lord's demesne dependent on villeinage. The Hungarian trend differed from most of these countries. In the territories of the German principalities east of the Elbe, the Baltic and in Poland, where the geographical transportation and consequently foreign trade possibilities were

more favourable, the commodity-producing lord's demesne based on villeinage was developed. In Hungary the rise of the lord's demesne dependent on villein services was accompanied by the decline of commodity trade, a fundamental element of capitalist economy.

Therefore this period in Hungary, the 16th and 17th centuries, cannot be regarded as a transition from feudalism to capitalism, more exactly it should be considered the pre-history of the peculiar Prussian way of the transition from feudalism to capitalism in Hungary. According to the general law, feudalism passes into capitalism. The particular forms of transition are represented by the English, French and Prussian ways and the transition has its own individual pre-history in every country. The 16th—17th centuries development in Hungary was the individual prehistory of the particular Prussian way of development. (It is another question how the Hungarian prehistory of the Prussian form is related to the contemporary period of Prussian history in which the demesne

dependent on villein services was also predominant, although, it seems, without any special advance in agricultural commodity production.)

Pach states that in Hungary the growth of a lord's demesne dependent on villeinage was accompanied by the increase of the antagonism between the lords and the peasants. This indicates that until the middle of the 17th century an unrestrainable hate had accumulated in the peasantry against the lords, but the large estate owners were afraid of the peasantry. Another noteworthy political fact is the stubborn attempt of the noble estate owners to suppress all kinds of urban bourgeois development which also characterizes the general situation at the middle of the 17th century.

Pach's work is not only a dependable aid for research on the agrarian history following the middle of the 17th century until the Rákóczi period, but it calls attention to the political events which should be the starting point of research into this era.

E. MOLNÁR

C. Göllner: *Turcica*

Die europäischen Türkendrucke des 16. Jahrhunderts. I. Band. MDI—MDL

Bucureşti—Berlin. 1961. 464 S.

Alle, die sich mit der europäischen Geschichte des 16. Jahrhunderts befassen, sowie jene, die die Vergangenheit des Osmanischen Reiches erforschen, vermissen seit langem ein bibliographisches Handbuch, das die die Türken betreffende zeitgenössische Literatur mit dem Anspruch auf Vollständigkeit umfaßt. Deshalb haben wir der bibliographischen Arbeit Carl Göllners, die von der Akademie der Wissenschaften der Rumänischen Volksrepublik und der Akademie der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam herausgegeben wurde, mit großer Erwartung entgegengesehen. Das Buch ist in glänzender Ausstattung, mit Photos zeitgenössischer Drucksachen reich illustriert erschienen. Dieser erste Band behandelt die aus den Jahren 1501—1550 stammenden, die Türken

betreffenden gedruckten Werke mit dem Anspruch auf Vollständigkeit. (Die aus der Zeit vor 1501 stammenden sind im Katalog der Inkunabeln restlos erfaßt.) Die Publikationen werden ohne Rücksicht auf ihre Gattung (Bücher, Zeitungen, Gedichte usw.) nach ihrem Erscheinungsjahr behandelt, jede Arbeit (auch spätere Auflagen derselben) erhält eine eigene Nummer. Der Name des Verfassers wird — ohne Rücksicht darauf, ob er in der Publikation figuriert oder nicht, aber auf anderem Wege festgestellt werden konnte — hervorgehoben, dann folgt der Titel der Arbeit, die bezüglichen bibliographischen Daten (darunter die Größe des Satzspiegels), der Aufbewahrungsort des behandelten Exemplars, das Signo bzw. bei Arbeiten, die nur aus der Literatur bekannt sind,

die Bezeichnung der Quelle. Dann folgen die Anmerkungen, zum Inhalt, Daten und Bemerkungen über die Person des Verfassers bzw. die Entstehung des Werkes und die den Inhalt betreffenden Kritiken, schließlich die literarischen Hinweise. Autorenverzeichnis (bei anonymen Arbeiten Stichwortverzeichnis), Verzeichnis der aufbewahrenden Bibliotheken (nach Städten geordnet) und Abkürzungsverzeichnis schließen den Band ab. Die große wissenschaftsgeschichtliche Wichtigkeit des Unternehmens verpflichtet uns, die Arbeit Göllners eingehend zu behandeln.

Unseres Erachtens wäre es vor allem richtig gewesen, in der Einleitung die Grenzen der bibliographischen Sammelarbeit genau festzulegen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Unter den Sammelnamen *Turcica* reihen wir jene Arbeiten ein, die sich in ihrer Gänze oder teilweise mit dem osmanischen Türkentum befassen oder dasselbe in irgendeiner Form erwähnen. Luthers *Vier tröstliche Psalmen* gehören also tatsächlich in die *Turcica*-Literatur; dem Wesen nach wurden sie zwar als Angriff auf die katholische Kirche geschrieben, doch besagt eine der theologischen Anklagen, Gott habe die Türken gegen Ungarn gesendet, um für die Sünden des Papsttums Vergeltung zu üben (im Buche unter Nr. 280 angeführt). Dann gehört doch das Werk Imre Ozorais *De Christo et eius ecclesia, item de Antichristo et eius ecclesia* ebenfalls zu den *Turcica*, da in diesem derselbe Gedanke dargelegt wird (zwei Ausgaben sind bekannt, aus den Jahren 1535 und 1546 Szabó: Régi Magyar Könyvtár [Alt-Ungarische Bibliothek] I. Nr. 5 und 18; bei Göllner nicht erwähnt) oder das Kaiser Karl V. preisende Werk von Alphonso de Valdés, dem bekannten spanischen Reformator, in welchem der Verfasser — um den Kaiser zu entlasten — die Verantwortung für das Vordringen der Türken auf den französischen König Franz I. abwälzt. (*Pro invictissimo caesare Carolo augusto* . . . Antwerpen. 1527; bei Göllner nicht erwähnt.) Hingegen gehört das Zeitungsblatt nicht in den Sammelkreis der *Turcica*, in welchem über den zwischen Ferdinand von Habsburg und Johann Zápolyai

im Jahre 1527 geführten Kampf um den ungarischen Thron berichtet wird, standen doch damals keine türkischen Truppen auf dem Gebiete Ungarns, und das Flugblatt beruft sich auch nicht auf die Türken (Nr. 281). Hingegen hätte in diese Sammlung unbedingt die päpstliche Bulle aus dem Jahre 1530 aufgenommen werden müssen, in welcher Zápolyai wegen seines Bündnisses mit den »Ungläubigen« exkommuniziert wurde. (*Excommunicatio in Joannem Zapulianum*. . . S. M. Denis: *Wiens Buchdruckergeschichte*. Nr. 374. Bei Göllner nicht erwähnt.)

Es ist auch nicht klar, nach welchen Prinzipien Göllner bei der Anschrift der Titel vorgegangen ist. Im allgemeinen war er bestrebt, buchstabengetreu abzuschreiben, doch wurden kursiv gedruckte Wörter ohne jede Anmerkung gewöhnlich gesetzt, einzelne besondere Buchstaben, Abkürzungen aus drucktechnischen Gründen durch jetzt gebräuchliche Typen ersetzt. Letzteres wäre ja in Ordnung, wenn Göllner die hier angewendeten Prinzipien angeführt und dieselben auch konsequent angewendet hätte. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß er das »lange s« konsequent durch »s« ersetzt und die Abkürzung von »que« stets mit einem vom q getrennten, halb unter die Zeile versenkten »3« bezeichnet, das »scharfe s« aber manchmal durch »ß«, öfter durch »sz« ersetzt, und »v« wird planlos entweder durch »u« ersetzt oder in der Originalform benutzt (so z. B. Nr. 290, 292, 333 und 334, das auch faksimiliert ist.) Wörter, die im Original mit großem Anfangsbuchstaben stehen, sind nicht selten klein gedruckt (z. B. Nr. 451, das auch in Faksimile veröffentlicht wird, usw.), die im Original durchwegs mit Versalien gedruckten Titelblätter sind mit kleinen Buchstaben gesetzt und dabei einzelne Wörter eigenmächtig mit großen, andere mit kleinen Anfangsbuchstaben (z. B. das auch faksimilierte Nr. 529). Es wird nicht angeführt, ob die Seitenzahlen in der Publikation vorkommen oder ob es sich um eine nachträgliche Numerierung handelt. All dies ist bei einer Berliner Ausgabe um so unverständlicher, da ja das Abschreiben von Titeln von der deutschen Wissenschaft schon längst

geregelt wurde (*Regeln für die alphabetische Katalogisierung* . . . Leipzig. 1952). Durch die erwähnten Fehler wird es nicht selten erschwert oder gar unmöglich gemacht, festzustellen, ob es sich um identische Ausgaben oder Varianten handelt.

Begrüßt muß es werden, daß der Verfasser auch den Aufbewahrungsort und das Signo des beschriebenen Exemplars angibt. So richtig hätte er jedoch die Forschungsarbeit erleichtern können, wenn er den Aufbewahrungsort sämtlicher ihm bekannter Exemplare angegeben hätte, wie dies z. B. auch Kertbeny getan hatte. Äußerst sonderbar ist, daß Göllner bei der Arbeit Nr. 663, die er aus der Budapester Apponyi-Sammlung gut kennt, das in der Bibliothek von Amiens befindliche Exemplar, bei Nr. 259 das in der Bibliothek von Chantilly befindliche Exemplar anführt; wenn er sich bei Nr. 234 auf das in der Bibliothèque Nationale von Paris befindliche Exemplar beruft und nur in der Anmerkung anführt, daß dieses verstümmelt ist und das komplette Exemplar in der Budapester Széchényi-Bibliothek aufbewahrt wird; oder wenn er ein Buch, das sowohl in der Budapester Széchényi-Bibliothek als auch in der Berliner Staatsbibliothek vorhanden ist, aus der Münchener Bayerischen Staatsbibliothek zitiert. Ebenso unverständlich ist es, daß Göllner, der nach dem Bücherverzeichnis von Sevilla bis Wernigerode, von der städtischen Bücherei in Sélestat bis zum Pierpont Morgan Library in New York zahlreiche Sammlungen durchforscht hat, um aus diesen wenigstens eine Publikation in sein Buch einreihen zu können, weder die Universitätsbibliothek von Jena (deren reiches Hungarica- und Turcica-Material K. H. Jügel 1961 in einer eigenen Ausgabe behandelt hat) noch die berühmte Deutsche Bücherei in Leipzig aufgesucht hat. Und wenn er sich in den reichen Bibliotheken Rumäniens gründlicher umgesehen hätte, so hätte er Nr. 222 wohl nicht aus einer Filmkopie zitieren müssen, da sich ja das Original in der Teleki-Bibliothek in Tîrgu Mureş (Marosvásárhely, Neumarkt a. d. Mieresch) befindet. Unter solchen Umständen hat aber der als Abschluß des Bandes beigegebene Bibliotheks-

index weder von praktischem noch von wissenschaftlichem Gesichtspunkt einen Sinn.

Es ist bedauerlich, daß die Anmerkungen Göllners sehr ungleichmäßig sind. In manchen Fällen wird der Inhalt der Publikation eingehend angeführt, eventuell auch Zitate gebracht, in anderen Fällen wieder ist keine einzige Zeile Anmerkung vorhanden, obzwar aus dem Titel nicht einmal hervorgeht, weshalb das betreffende Werk den Turcica angehört (z. B. Nr. 153, 177, 178, 321, 604 usw.). Es dürfte wohl keine übertriebene Forderung sein, wenn wir behaupten, daß in jedem Falle, wo dies aus dem Titel nicht hervorgeht, angeführt werden sollte, was das betreffende Buch behandelt. Fast gänzlich fehlen die Daten der Verfasser, fallweise erfahren wir nicht einmal, woher und wie Göllner die Person des Verfassers ermittelt hat (z. B. Nr. 325, 429, 508 usw.); oder wie er bei Publikationen ohne Anführung des Erscheinungsjahres den Zeitpunkt des Erscheinens festgestellt hat (z. B. Nr. 105—109, 111, 113, 162—165 usw. usw.). Im allgemeinen verweist er bloß auf bibliographische Werke und erwähnt nur fallweise, daß ein Werk später ungekürzt oder Teile desselben neu gedruckt wurden (z. B. Nr. 822 usw.). Doch auch diese Hinweise auf bibliographische Werke sind nicht konsequent. (Bei Nr. 12 z. B. beruft er sich nicht auf das Werk von Panzer, Proctor und Goedeke, bei Nr. 67 auf Weller und Gustav Freytag, bei Nr. 277 auf Károly Szabó, bei Nr. 361 auf Kertbeny, bei Nr. 676 auf Kuczinsky, bei Nr. 588 und 809 auf Brunet usw. usw. Bei Nr. 121 verweist er hingegen irrtümlich auf Kertbeny usw.) Besonders auffallend ist, daß er auf die große Ausgabe Apponyis selbst in solchen Fällen nicht hinweist, wenn er seine Anmerkungen benutzt (z. B. Nr. 21, 52, 72, 103, 176, 177, 251, 255, 316, 320, 345 usw. usw.). So erweckt er in vielen Fällen den Anschein, er erwähne in der Fachliteratur bisher nicht bekannte Arbeiten (z. B. Nr. 267, 290, 292, 293, 302; all diese sind bei Apponyi bereits angeführt worden).

Nur schwer kann man sich im Buche Göllners zurechtfinden, weil bei den in den einzelnen Jahren erschienenen Publikationen

weder die Verfasser noch — bei anonym erschienenen — die Stichwörter alphabetisch angeführt sind; dasselbe kann von den Indizes gesagt werden, wo die verschiedenen Werke ein und desselben Verfassers oder Publikationen mit gleichen Anfangswörtern ganz systemlos angeführt sind. Ungemein schwer ist es, die einzelnen Werke zu finden, weil im Verfasserverzeichnis die einzelnen Verfasser oft nicht unter den allgemein gebräuchlichen Namen verzeichnet sind, und ihre Feststellung auch durch Hinweise nicht erleichtert wird. (So fungiert z. B. Monte Croce als Riccoldo de Monte Crose, Jovius als Giovio, Curipeschitz als Kuripečić, Cantacusanus als Spandugino, Georgius de Hungaria als Captivus Septemcastrensis.) In Fällen, wo der Name des Verfassers am Titelblatt nicht angeführt ist, sollte im Stichwortindex auf den Verfasser hingewiesen werden. (Im Falle des anonymen *Libri tre delle cose de Turchi* z. B. kann nicht jedermann wissen, daß aus einem Manuskript festgestellt worden war, daß der Verfasser Ramberti ist und das Werk unter diesem Namen gesucht werden muß usw. Der Index ist auch sonst nicht verläßlich, die Nr. 505—507 fehlen z. B.).

Der größte Fehler des Buches ist jedoch, daß sein Material sehr lückenhaft ist. Aus der Literatur kennt es z. B. das zweibändige Werk A. Mayers über die Wiener Drucke nicht (*Wiener Buchdruckergeschichte*. Wien 1883—87), ebenso die zu Wellers *Die ersten deutschen Zeitungen* von A. Heyer und A. Schmidt verfaßten wichtigen Ergänzungen, um die Werke von geringerer Bedeutung (Bleyer, Pukánszky usw.) gar nicht zu erwähnen. Von den Publikationen des 16. Jahrhunderts wird eine ganze Reihe nicht erwähnt, die in bibliographischen Werken verzeichnet sind, die Göllner durchgesehen hat und zitiert. Es fehlen: die von Aeneas Sylvius im Jahre 1531 herausgegebene berühmte *Asiae Europaeque descriptio*, obzwar sie in Panzers *Annales* vorkommt (IX. S. 152, Nr. 459); die 1529-er Ausgabe von Cambinis *Libro della origine de Turchi* (Brunet, III. Nr. 585), die 1537-er Ausgabe des *Commentario della origine de Turchi* (ebd.), so daß Göllner die 1538-er Ausgabe fälschlich als 2.

statt 3. erwähnt (Nr. 620). Auch entging seiner Aufmerksamkeit das von Panzer (*Annales* VI. S. 149. Nr. 111) erwähnte Werk Riccardo Bartolinis: *Concinna descriptio de rebus etiam externarum gentium* (Augsburg. 1518), obzwar dieses solche Abschnitte hat wie *Veritas de incursione Thurcarum ad Albam Graecam*, *Opinio de Thurco* usw. Weiters fehlen die großen Werke über das Leben des Johannes Capistranus, die Apponyi auf mehreren Seiten behandelt (Apponyi Nr. 138 und 179) und die sich eingehend mit der Schlacht bei Griechisch-Weißenburg (heute: Belgrad [1456]) befassen. Aus der Sammlung Ballagis *Buda és Pest a világ-irodalomban* (Ofen und Pest in der Weltliteratur) wurden aus dem Jahre 1542 allein vier Publikationen ausgelassen (Ballagi Nr. 502, 505, 513 und 528). Wir könnten noch viele solche Beispiele anführen, doch schon auf Grund des Gesagten kann festgestellt werden: Göllner hat die repräsentativen bibliographischen Werke nicht mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit aufgearbeitet.

Noch größer sind die Lücken dort, wo ihm die allgemein bekannten Bibliographien nicht behilflich sein konnten. Wir denken vor allem an die großen geographischen und geschichtlichen Sammelwerke des Zeitalters. So erwähnt Göllner nicht das zu seiner Zeit sozusagen allgemein bekannte Werk von Petrus Apianus: *Cosmographiae introductio* (erste Ausgabe 1529), in welchem ein eigener großer Abschnitt die Türkei behandelt, ebenso wie in seiner — ebenfalls unerwähnten — Arbeit: *Cosmographia* (1540). Ferner vermissen wir in Göllners Buch den berühmten Band von Joannes Albanus Boemus: *Omnium gentium mores, leges et ritus* . . . (Venedig. 1542), der die Gebräuche, Sitten der Türken und Tataren eingehend beschreibt. Unerwähnt bleibt das zweibändige Werk Johann Stumpfs (*Gemeiner . . . Stetten, Landen und Völckeren Chronik* . . . Zürich, 1548), ebenso die Übersicht des berühmten Schweizer Humanisten Johannes Vadianus: *Epitome trium terrae partium* (aus dem Jahre 1534 sind zwei Ausgaben bekannt), obzwar in beiden sich ein beträchtlicher Teil auch mit den Türken befaßt. Vergebens suchen wir

zwei Werke des venezianischen Historikers Marco Guazzo, obzwar das eine auch interessante Daten über die rumänische Geschichte der Walachei enthält (*Historia die tutte le cose degne di memoria*, 1540 und *Historie delle guerre die Mahometto imperatore . . . con le guerre fatto con il Carabogdan vaivoda della Valachia*. Venedig. 1545). Doch fehlt auch das in Augsburg 1540 erschienene *De caesaribus atque imperatoribus Romanis . . . et Turcicis opus* von Cuspinianus, ebenso wie das *Chronicon* von Eusebius (Paris. 1528) oder Sebastian Francks *Germaniae Chronicon* (Augsburg. 1538), in welchem die Kämpfe mit den Türken ausführlich beschrieben sind. Hier soll noch die mit Behams vorzüglichen Stichen illustrierte, in mehreren Auflagen erschienene *Chronica, Beschreibung und gemeyne anzeyge ronn aller Welt* (Frankfurt a. M. 1535) erwähnt werden, die neben vielem anderen auch schon über die Verwaltung des Türkischen Reiches berichtet.

Ebenso wie die der großen Sammelwerke ist auch die Aufzählung der Gelegenheitswerke lückenhaft, die über einzelne Ereignisse berichten. So fehlen mehrere, und nicht einmal die bedeutungslosen Reden, die in verschiedenen Versammlungen und Konzilen zwecks Erlangung von Hilfeleistungen im Kampf gegen die Türken gehalten wurden und auch im Druck erschienen sind. So finden wir nicht Bourdons im Jahre 1501 gehaltene *Oratio pro capessenda expeditione contra infideles habita in conspectu Adriani magni*

magistri Rhodi, vergebens suchen wir aus dem Jahre 1512 die am Konzil im Lateran gehaltene Rede des Bischofs von Zara, Aegedius Viterbiensis: *Oratio prima synodi Lateranensis habita*, in welcher er mit erschütternden Worten die von den Türken in Dalmatien verursachten Verwüstungen schildert. Dann fehlt das allgemein bekannte Werk Jacobo Sadoletos *De bello Turcis inferendo oratio* (Basel. 1538), ebenso die von Johannes Antonius Campanus am Reichstag von Regensburg gehaltene Rede (*In conventu Ratisponensi ad exhortandos principes Germanorum contra Turcos oratio in Omnia opera*, Venedig. 1502). In anderer Beziehung fehlt die berühmte *Tragedia de Thurcis et Suldano* (Augsburg. 1505), die viel zitierte Prophezeiung des Mailänders Gasp. Crivellius vom Jahre 1530 (*Prognosticon anni 1530*) über den nahen Sturz des Sultans Suleiman, sowie die *Neue Zeitung . . . aus Constantinopel, den XIII. Novembris*, welche über den Sieg der Perser im Jahre 1535 berichtet.

Die Aufzählung der fehlenden Werke könnte noch lange fortgesetzt werden, doch genügt vielleicht auch so viel, um festzustellen: die Arbeit Göllners erreicht weder in der Materialiensammlung noch in der Aufarbeitung das erforderliche Niveau. Und wer sich mit den Beziehungen zu den Türken befaßt, kann auch weiterhin die großen druckgeschichtlichen Bibliographien nicht entbehren.

K. BENDA

Д. Немеш: Внешняя политика правительства Бетлена в период с 1927 года по 1931 г. Становление и провал «активной внешней политики»

Budapest, Kossuth Kiadó 1964. 421 pp.

«Результаты русского пятилетнего плана, италяно-французское соглашение о флотах, немецко-австрийское таможенное объединение — вот большие европейские колебания волн, рябрящие и гладь венгерских вод» — приводит академик Дажё Немеш в своей новой книге из статьи, опубликованной когда-то в газете Пешти Напло

(*Pesti Napló*). Наше книгоиздательство заслуживает полного признания за эту книгу, выпущенную в свет издательством «Кошут». Факт, что автор уделяет большое внимание «европейским колебаниям волн», и читатель получает полную картину, в частности, о развитии итальянской, австрийской, немецкой и английской поли-

тики и о влиянии их на венгерскую политику. Но автора отнюдь не удовлетворяет изображение «колебаний волн на поверхности венгерских вод». Он излагает с привычной для него основательностью и с подходом к сути дела и главные внешнеполитические стремления венгерских господствовавших классов, находившиеся в полной связи с их внутренней политикой.

Структура труда, даже кратчайшая его аннотация убедительно свидетельствуют об этом. Введение тома излагает предисторию так называемой «активной внешней политики», первая же фактическая глава даёт обзор о внутренних опорах внешней политики правительства, изучая в ходе этого обзора не только то, каким путём одержал верх, как окреп политический курс Бетлена, но в то же время уделяя особое внимание и экономическим условиям данного периода. После обсуждения внутренней политики и экономической жизни следуют некоторые главные проблемы международной политики, начиная с антисоветских шагов правительства Бальвина (Baldwin) до внешней политики Штресеманна (Stresemann). Как это выражено и в заголовке главы, автор анализирует всё это с той точки зрения, в какой степени способствовали они стремлениям венгерской внешней политики, или в какой мере мешали им. Следующая глава ставит в центр внимания самое главное звено бетленской «активной внешней политики» — итало-венгерский договор. Интересно в связи с этим югославо-венгерское дипломатическое сближение и его срыв, а также, конечно, подготовка и изложение самого италияско-венгерского договора. Автором особенно подчёркивается приём договора и позиция коммунистов и социал-демократов в связи с ним. Обсуждение этой тематики заключается — в отдельной главе, как этого и заслуживает вопрос — очень интересным и подробным описанием дела итальянских поставок вооружения и скандала контрабандного провоза оружия на пограничном вокзале Сентготхард. В III главе своей книги Дажё

Немеш экспонирует другое важное звено бетленской внешней политики — австрийский вопрос. Поддержка Хаймвера (Heimwehr), «австрийская акция», секретные планы военного вмешательства ясно свидетельствуют об авантюристских чертах венгерской внешней политики. Впрочем, по отношению к периоду 1930—31 гг. австро-венгерские отношения подвергаются в XIII главе новому рассмотрению. Там же автор изучает стремления, направленные на италияско-австро-венгерское сотрудничество. В связи с вопросом о венгерском короле главы VII и VIII знакомят нас с акцией английского лорда Радмер (Rothermere).

Из дальнейших глав нам хотелось бы сделать упор на X главу, трактующую развитие венгерско-румынских отношений и дело оптантов; а также на XIV и XV главы, посвящённые немецко-венгерским отношениям. Стоит особо упомянуть о том, что — как это случилось и раньше относительно 1927—28 гг. — отдельные главы показывают нам формирование международного положения (глава IX), а также взаимосвязи внешне- и внутреннеполитического положения (глава XI) и по отношению к 1929—31 гг. В рамках последнего речь идёт также о новом пакте правительства, заключённого с руководителями социал-демократической партии, о консервативных и полулиберальных политических стремлениях и о воскрешении партии мелких хозяев.

Том кончается главой под заголовком: «Баланс 'активной внешней политики' правительства Бетлена», суммирующей итоги рассматриваемого периода.

После этого краткого обзора нам хотелось бы указать на два главнейших достоинства труда. Автору замечательно удалось уловить внешне- и внутреннеполитические взаимоотношения и взаимодействия. В последние годы наши историки обращают всё больше внимания на волнующие события, разыгравшиеся в области внешней политики и истории дипломатии во время двадцатипятилетия режима Хорти. Однако одна часть трудов, занимающихся

данной тематикой, запуталась в лабиринте манёвров дипломатии, и оторвалась от фона двигающихся и внешней политику классовых сил. Таким образом показанное им зеркало стало искажённым, в котором настоящие пропорции и размеры иногда полностью изменялись. Но в обсуждаемой нами работе история дипломатии является лишь частью, даже придатком политической истории. Как убедительно вырисовывается, например, внутренний классовый фон проводимой по отношению к Румынии политики, на который бросает яркий свет прожекторов дело оптантов, т. е. стычка с целью получения возмездия для нескольких десятков крупных землевладельцев и габсбургских эрцгерцогов в Трансильвании за десятки тысяч экспроприированных хольдов, а также вопрос о прибавочных репарационных бременах в интересах достижения этого возмездия. Или как интересна и характерна проводимая по отношению к Австрии политика, в центре которой стояла, в тесном сотрудничестве с Муссолини, помощь, оказываемая правой стороне, фашистскому Хаймверу в интересах прихода их к власти.

Другое достоинство обсуждаемого труда — это ясный, убедительный подход к внешнеполитической основной концепции контрреволюционного режима. В этой связи нам необходимо и отдельно остановиться на выборе темы. Мы уже сослались на литературу последних лет в области истории дипломатии. Вышедшие и готовящиеся сейчас к печати труды выбрали себе темой волнующие внешнеполитические, дипломатические моменты тридцатых лет и периода второй мировой войны. Несомненно, это были решительные шаги решительного периода. Но, изучая источники исторических процессов, прирождённый исследователь даже перед кажущимися неблагодарными темами не останавливается. Эта «неблагодарность» состоит, главным образом, в том, что внешнеполитические события двадцатых лет от природы вещей не могут соперничать по захватывающим волнениям с занимательностью событий периодов вступления в войну или выхода из неё. И выб-

рав предметом своего исследования внешнюю политику как раз периода с 1927 по 1931 гг., Дажё Немеш приступает к выяснению чрезвычайно важных вопросов.

Внешняя политика предыдущих лет, периода, последовавшего за приходом к власти контрреволюционного режима, больше всего характеризовалась стремлениями провести, сделать приемлемым его. Вехи таких попыток отмечаются низкопоклонством перед державами-победительницами, обиванием их порогами с целью получения внешних займов.

Избранная предметом исследования тема уже намного больше этого — формирование так называемой активной внешней политики, которая — как это ясно доказано в труде — не что иное, как «переход от принуждённой оборонительной внешней политики к агрессивному внешнеполитическому курсу». И в результате приведённых фактов, современных документов министерства иностранных дел, докладов посланников, протоколов тайных переговоров и других записей перед нами постепенно вырисовывается внешнеполитическая основа контрреволюционного режима. В чём и заключалась суть этой политики?

С одной стороны — погоня за союзом с державами, стремившимися к изменению сложившегося после войны мировой системы. Это привело к фашистской Италии, к Муссолини. (Одна из ценнейших глав книги излагает итальянско-венгерские переговоры, открытые и секретные договоры, недвусмысленно освещая агрессивные цели этого соглашения, лучшим доказательством которых служит взволновавший и международную общественность скандал контрабандного провоза оружия на пограничном вокзале Сент-готхард.) В интересах достижения этой же цели пытался Бетлен сблизиться с Германией, и поддерживал крайние правые элементы в Австрии. Но в этих двух областях ему не удалось достичь успехов. Несмотря на это, мы являемся свидетелями образования такого внешнеполитического курса, который в последние годы, во время преемников Бетлена, продолжает не только несокрушимо осущест-

вляться, но который, во время итальянско-австро-венгерского Тройственного Союза, а потом, при оси Берлин—Рим, также осуществляется.

В это же время закладывает Бетлен основы и политики, проводимой по отношению к соседям, так называемым странам Малой Антанты. Главный момент этой политики: тактическое приближение к одной из трёх стран Малой Антанты для того, чтобы тем сильнее выступить против других. Точнее говоря: попытка ослабления союза Чехословакии, Румынии и Югославии. Сначала они хотели достигнуть этой цели путём переговоров с югославами, потом сделали попытки с Румынией, чтобы сосредоточить свои силы против Чехословакии. Правда, такая бетленская политика оказалась в данной обстановке совсем безудачной. Но и это оказалось таким наследством, которое продолжает действовать в течение всего периода подготовки войны, наследством, которое в конце концов стало из стремлений действительностью. Нельзя, в частности, без изумления читать о переговорах с хорватскими сепаратистами относительно плана создания самостоятельной Хорватии. Немедленное предложение услуг к агрессивным стремлениям против Советского Союза, и вообще, авантюристические предприятия «степенного» режима консолидации, про которые можно обильно читать и в связи с австрийским делом и акцией лорда Радзмера — всё это является щедрым доказательством формирования нашего уже научного убеждения: антисоветская и реваншистская внешняя политика с первого момента своего становления никогда не была лишена элементов необдуманного авантюризма, и всё это показывает непрерывность, так сказать независимо от изменявшихся правительств, начиная с Бетлена до военного разгрома.

Достоинство и научный уровень книги ломаются лишь на нескольких местах. Мы имеем ввиду случаи, сложившиеся в результате подхода к вопросам с внутренней стороны, со стороны бетленской внеш-

ней политики, случаи, находившиеся в тесной связи с характером разработанных источников.

Мы уже ссылались на богатый архивный материал, представляющий главное достоинство труда. Изучая внешнюю политику правительства Бетлена, автор удовлетворяется отечественными историками. Но это не может не вызвать у читателей чувства неполноты. Ибо вследствие этого возникают неровности, так, между прочим, очень тщательно документированное, принимающее во внимание и главные моменты австрийской внутренней политики представление австрийских отношений с одной стороны, и чрезвычайно короткое обращение с чехословацкой политикой — с другой; а также в более широком смысле, в частности, по отношению к недостатку изображения политики Малой Антанты. Хотя и автор обрисовывает соотношения сил в Европе, пренебрежение богатой международной исторической литературой делает в данном случае невозможной желаемую полноту. Но в то же время смещаются и пропорции некоторых сравнительно маловажных внешнеполитических событий, что принимает бросающиеся в глаза широкие размеры, в частности, в связи с акцией лорда Радзмера, а также визитом в Венгрии и кандидатурой сына «благородного лорда» Эсмонда Гармстверта (*Esmond Harmsworth*) на венгерский престол. Правда, последнее несомненно интересное, даже характерное событие, но — и в этом автор не может убедить читателя — ничем не больше, не стоит придать ему такого значения, как это делается даже в двух главах тома. Новое ценное произведение Дажё Немеша, которое вышло в свет лишь спустя два года после появления его предъдущего, просторного, значительного, посвящённого истории контрреволюции в Венгрии в 1919—1921 гг. тома, является существенным новым этапом по пути открытия новейшей истории Венгрии, так сильно интересующей нашу общественность.

И. БЕРЕНД

Les Conférences Internationales de la Table Ronde des Archives

La huitième Conférence Internationale de la Table Ronde des Archives réunit cette année les spécialistes du 12 au 15 juin dans la petite salle des séances de l'Académie Hongroise des Sciences. L'occasion nous semble propice de jeter un coup d'oeil sur les conférences de ce genre tenues jusqu'à cette date.

Ces formes de réunions internationales furent imaginées par les archivistes au lendemain de la deuxième guerre mondiale. (Auparavant, ils assistaient aux réunions organisées par les bibliothécaires.) D'abord, les archivistes organisèrent des grands congrès internationaux auxquels assistaient des centaines de personnes. Ceux-ci étaient organisés par le Conseil International des Archives qui déploie son activité sous l'égide de l'UNESCO. Mais ces grands congrès n'étaient convoqués que tous les quatre ans et leur durée ne permettait pas l'ouverture de discussions d'ordre technique; aussi, il y a de cela déjà dix ans, *Bordonau y Mas*, alors inspecteur général des archives espagnoles et actuellement directeur général des bibliothèques et archives espagnoles, avança la proposition qui permit aux chefs des réseaux d'archives nationales de se réunir dans les intervalles de trois années séparant deux grands congrès pour y discuter les problèmes les plus importants ayant trait à la spécialité. Président du Conseil International des Archives, ancien directeur général des archives françaises, *Ch. Braibant* approuva cette proposition et convoqua à Paris en 1954 la première Conférence Internationale de la Table Ronde des Archives, conférence qui inscrivit à son ordre du jour le thème suivant: «Archives et enseignement scolaire». Depuis, c'est toujours lui, qui se charge de convoquer les directeurs des archives dans les années où le grand congrès ne se réunit pas. La seconde conférence eut lieu en 1955 à Namur et débattit des matériaux d'archive empruntés. La troisième, celle de 1957 réunie à Zagreb vit pour la première fois la présence d'une délégation hongroise (*I. Borsa, A. Szedő*). Fort intéressant, son sujet: «La situation des archives et des archivistes dans l'administration de l'Etat» donna lieu à de vives discussions.

La méthode suivie aux séances est la suivante: le secrétaire de la Conférence (*R. H. Bautier* pour les six premières, *Y. Pérotin* pour les deux dernières) rédige un rapport fondé sur les réponses données par les différents pays aux questionnaires qui leur ont été préalablement adressés. Polycopiés en autant d'exemplaires qu'il y aura vraisemblablement de participants à la conférence, ce rapport est distribué bien avant l'ouverture des débats. Présupposant la connaissance du rapport, la Conférence soumet à la discussion les parties les plus intéressantes. Il vaut la peine d'exposer quelques-unes des positions qui furent exprimées. Ainsi, la question de l'appartenance des archives. La III^e Conférence de la Table Ronde avait avancé un avis suivant lequel les archives pourraient le mieux déployer leurs activités en relevant de la compétence du Conseil des Ministres. Cependant, celui-ci ne les assume que très rarement. Cela étant, on estima que le mieux serait de les placer sous le contrôle du Ministère des Affaires Culturelles. Plusieurs délégués dirent que relever du Ministère de l'Intérieur leur semblait être la meilleure solution. Une autre idée qui retint également l'attention de la Conférence exprima que l'autorité

des archivistes se trouverait accrue si, par leurs recherches scientifiques, ils apportaient leur assistance aux travaux des Instituts d'Histoire et des Universités.

En 1958, la IV^e Conférence réunit les spécialistes à Wiesbaden. Là et aux conférences qui suivirent, c'est l'auteur de cet article qui représenta la Hongrie. Figurait à l'ordre du jour le thème suivant: «Les nouveaux domaines de l'emploi des matériaux d'archive». Quelques opinions méritent d'être relevées. Notons au passage que les Conférences de la Table Ronde — vu leur caractère officieux et leur forme libre — ne prennent pas de décisions obligatoires pour tous les participants. Une telle décision facultative fut adoptée à l'unanimité concernant les documents d'archive ayant trait aux écrivains. La Conférence estima que les correspondances et les manuscrits des écrivains constituent des fonds de ces mêmes écrivains et, par conséquent, rentrent dans les attributions des archives. Il serait donc judicieux de constituer des archives dites littéraires pour y conserver les fonds des écrivains et des artistes. La position opposée des bibliothécaires, qui réclament les fonds des écrivains, est bien connue sous ce rapport. (Aussi la Conférence de la Table Ronde tenue à Madrid en 1962 a-t-elle exprimé le désir de convoquer une conférence internationale réunissant archivistes et bibliothécaires afin de délimiter les sphères de collecte des bibliothèques et des archives.) Cette question a donc été discutée du point de vue de l'utilisation des documents d'archive dans le domaine de l'histoire littéraire.

Fort intéressant fut le débat qui porta sur l'emploi des matériaux d'archive sur le plan de la géographie. Il apparut que la Hongrie était le seul pays à disposer d'un catalogue central pour renseigner les chercheurs sur les cartes manuscrites conservées aux archives. La Conférence ne manqua pas de l'ériger en exemple à suivre. L'utilisation des cartes manuscrites présente un intérêt multiple: employées par les historiens, au premier chef par les spécialistes de l'histoire des agglomérations et de l'histoire agricole, elles ne sont pas moins précieuses pour l'économie nationale, étant donné qu'elles précisent les lieux des anciennes mines pouvant être mises à nouveau en exploitation à l'aide des machines modernes.

Convoquée en 1959 à Lisbonne, la V^e Conférence Internationale de la Table Ronde des Archives donna lieu à de vives discussions portant sur le thème: «Les archives au service des recherches historiques».

Quant au convenable fonctionnement des archives, les participants furent unanimes à estimer qu'on ne pouvait en donner la mesure que par l'intensité de l'activité présentée par la salle de recherche. Il ne s'agit cependant point du nombre des chercheurs, mais bien du nombre des publications éditées par suite des recherches poursuivies aux archives. Le problème des instruments auxiliaires fut également posé. A cet égard, dans le domaine de l'histoire et dans le cas des chartes médiévales, on se prononça pour les registres, alors que dans le cas d'écrits datant des temps modernes, on accorda la priorité aux index d'archive et aux publications de documents. Nombreux furent ceux qui insistèrent sur l'importance de pareilles publications. Dans certains pays, on a observé que la publication des bons recueils de documents entraînait une regression des activités des chercheurs. Des avis furent aussi exprimés selon lesquels les publications de documents constituent les meilleurs inventaires analytiques.

Varsovie assista en mai 1961 à la réunion de la VI^e Conférence de la Table Ronde des Archives. Le rapport portant le titre «Les archives dans la vie internationale» embrasse les problèmes touchant le droit international archival, la question de la coopération internationale et celle des archives relevant de la compétence des organismes internationaux. Au cours des débats, fut soulevé le problème des documents d'archive passés en pays étrangers, et plus particulièrement le problème des archives qui furent enlevées au cours de la seconde guerre mondiale. Partant de cette notion qui veut que chaque pays a droit à la possession de ses archives propres et brochant un tableau des ravages de la II^{ème} guerre mondiale dans les Archives de l'URSS — où 22 des 47 Archives Nationales d'Ukraine furent anéanties — le délégué soviétique, Prokopenko, l'un des chefs-adjoints de la direction générale des Archives Soviétiques souligna que jusqu'à présent l'Allemagne de l'Ouest et les Etats-Unis se sont refusés à restituer au pays les matériaux

d'archives passés chez eux pendant la guerre. (Par exemple, les archives de la ville de Tallin se trouvent encore à Goslar en République Fédérale Allemande.) A la suite de cette intervention, la Conférence invita les Archives du monde entier à restituer à leurs propriétaires légaux les matériaux étrangers transférés chez elles pendant la deuxième guerre mondiale.

La Conférence de Varsovie émit également un voeu fort important à propos des échanges de publications et de microfilms. En ce qui concerne les premiers, elle sollicita les pays de faire imprimer la liste de leurs publications et de les faire parvenir à tous les pays; pour ce qui est des seconds, elle suggéra au comité exécutif du Conseil International des Archives de créer une commission appelée à conférer au sujet des problèmes posés par le microfilmage.

Il a été également décidé qu'en cas de traités internationaux, et lorsque les négociations portent aussi sur des matériaux d'archive, les archivistes-experts devraient être entendus.

La VII^e Conférence de la Table Ronde réunie à Madrid en mai 1962 consacra ses travaux aux problèmes des sphères de collecte et d'attributions des archives. La plupart des interventions traitèrent des documents modernes d'archives, telles les photos et les enregistrements sonores. En effet, depuis longtemps déjà, des photos et des bandes magnétiques sont conservées aux archives (encore que leur efficacité ne soit suffisante qu'en Union Soviétique); ces matériaux de caractère documentaire (photos, films, disques, bandes magnétiques et de telerecording) relèvent des mêmes règles juridiques que les documents écrits. Par conséquent, leur sélectionnément exige la présence d'archivistes. La Conférence a estimé que les sociétés de cinéma, d'éditions de disques, de bandes magnétiques et de telerecordings pourraient conserver elles-mêmes leurs collections d'enregistrements, mais à la condition qu'elles disposent des installations d'entreposage conformes aux exigences. Il n'en reste par moins que les archives devront elles aussi se créer les équipements aptes à conserver les enregistrements en question, car il est vraisemblable que les sociétés de production ne seront pas disposées à garder indéfiniment leurs bandes d'images et de son.

La question des matériaux d'archive trouvables dans les bibliothèques et les musées suscita un vif débat, quant aux bibliothèques, le sujet de la controverse porte sur les legs des écrivains; par ailleurs, des quantités de matériaux d'archives sont aussi dans des musées. Dans plus d'un pays les bibliothèques et les archives relèvent d'une même direction générale. Et même dans ces cas-là, il est fort difficile de trancher entre les deux parties. (Espagne, Portugal, États anglo-saxons.)

Cette année, la huitième Conférence Internationale de la Table Ronde des Archives a été réunie à Budapest. Les thèmes discutés furent: Les sources de documents de l'histoire agricole conservés aux archives (traité pendant deux jours) et Les problèmes des Bâtiments d'Archives (discuté pendant une journée). Venus de 22 pays, 44 délégués participèrent à la discussion qui se déroula les 12, 13 et 14 juin dans la matinée. Outre l'auteur du présent article la Hongrie était représentée par *Madame S. Varga*, chef-adjointe du Centre National des Archives, *Gy. Ember*, directeur général des Archives Nationales de Budapest et par *A. Degré*, directeur des Archives d'État de la ville de Zalaegerszeg.

Ouverte par *J. Molnár*, vice-ministre hongrois des Affaires Culturelles, la session se tint dans la petite salle de réunion de l'Académie Hongroise des Sciences. On écouta d'abord le rapport d'*Y. Pérotin* sur les matériaux d'archives relatifs à l'histoire agricole. Le problème majeur se centra de la question de savoir quels fonds contenaient des documents intéressants l'histoire agricole. Les archives des domaines nationaux, ceux des souverains, des grandes propriétés, des domaines d'Eglise, aussi bien que les écrits des coopératives et associations agricoles intéressent dans leur entier l'histoire agricole. Par contre, la documentation éclairant la situation de la petite et moyenne propriété se révèle être extrêmement réduite. Il est ensuite des fonds qui ne comprennent qu'en partie des documents touchant l'histoire de l'agriculture. Tels les écrits des commissions et associations s'occupant de l'exploitation forestière et de l'élevage. Il va sans dire que les fonds des ministères de l'agriculture, ainsi que ceux de leurs prédécesseurs

en droit, la matière archivale témoignant des recherches et expériences scientifiques, ainsi que les archives des institutions de crédit agricole s'affirment, eux aussi, des sources fort profitables à l'historiographie de l'agriculture. Les documents qui jettent de la lumière sur la situation de la paysannerie (recensements, contrats, lois, minutes des procès plaidés devant les tribunaux seigneuriaux) constituèrent l'objet d'un exposé spécial. Quant aux matériaux d'archive mettant en relief la migration paysanne, la Conférence les déclara dignes d'être étudiés plus profondément.

Plutôt que discuté, le rapport fut complété par des interventions de plusieurs délégués. (Les archivistes étrangers portèrent un vif intérêt aux livres communaux hongrois.) La Conférence estima aussi qu'il fallait partout établir des instruments archivaux auxiliaires susceptibles de mettre au point les documents se rapportant à l'histoire agricole.

Constituant le thème de la troisième journée, le problème des Bâtiments d'Archives ne suscita que peu de discussion. Par contre, on discuta beaucoup des thèmes à inscrire aux programmes suivants des conférences et, d'autre part, on discuta de la question du français, jusqu'ici la langue officielle des conférences. Plusieurs délégués et particulièrement l'autrichien et l'allemand de l'Ouest réclamèrent l'emploi des langues officielles admises par l'O. N. U. Il a été décidé que la langue française resterait l'officielle, mais que tout délégué pourrait parler dans une langue autre que le français, à la condition qu'il s'assure le concours d'un interprète. Quant aux thèmes à traiter aux conférences, ceux-ci devront être choisis parmi les sujets intéressant les archivistes. On décida également des lieux des trois prochaines conférences: elles seront convoquées à Londres, à Moscou et à Copenhague. La première, celle de Londres inscrira à son ordre du jour le problème des archives des pays coloniaux.

Le bilan des résultats acquis aux conférences de la table ronde tenues jusqu'à présent montre qu'elles ont encouragé le progrès de la coopération internationale et favorisé de fructueux échanges (échanges de microfilms et de publications) entre les archives des différents pays. Elles ont également permis des discussions à un niveau scientifique fort élevé, fait qui facilite grandement l'élucidation de maints problèmes de la spécialité.

A. SZEDŐ

Conférences scientifiques du Mouvement de la paix

Organisées par la Commission Scientifique du Conseil National de la Paix avec le concours d'instituts scientifiques, d'établissements d'enseignement supérieur et du Front Populaire Patriotique, les conférences scientifiques ont été de notables événements dans le mouvement de la paix en Hongrie. D'éminents savants hongrois y ont parlé du problème majeur de notre époque, celui de la guerre et de la paix. En rapport avec sa spécialité, chacun d'eux souligna les connexions existant entre telle ou telle science et le problème de la guerre et de la paix; ceci afin de contribuer à la prévention d'une nouvelle guerre et à la victoire des forces de paix.

Notre époque est avant tout caractérisée par un incroyable progrès de sciences. De ce fait, les conférences qui eurent lieu dans quatre grandes villes universitaires de province (à Miskolc, Debrecen, Szeged, et Pécs) s'inspirèrent essentiellement de thèmes scientifiques.

On y traita des dangers des rayons radio-actifs et des moyens médicaux de prévention. On y parla aussi des possibilités de se débarrasser des matières radiantes, de fixer les éléments radio-actifs, aussi bien que du rôle des isotopes radio-actifs dans une agriculture moderne. Plusieurs spécialistes exposèrent les possibilités d'emploi de l'énergie atomique à des fins pacifiques dans le domaine de la production. D'autres encore analysèrent les effets de l'accablement physique et morale provoqués par les guerres sur l'organisme humain et son système nerveux.

Bien que ces conférences eussent été de caractère essentiellement scientifique, on y entendit aussi des interventions fort documentées prononcées par des sociologues et des juristes qui, se fondant sur le droit international, éclairèrent toute une série de problèmes fort importants du point de vue de la paix et de la sécurité, tels ceux de la sécurité européenne et de la légitimité juridique internationale, des garanties constitutionnelles de la sauvegarde de la paix, et enfin à propos de la question de Berlin. Evoquant l'esprit et les oeuvres des écrivains et poètes les plus marquants de l'humanité, des hommes de lettres plaidèrent eux aussi en faveur de la sauvegarde de la paix.

Il convient aussi de consacrer une attention particulière aux rapports et interventions que prononcèrent les historiens, ou ceux qui se fondèrent sur les conclusions les plus probantes issues des recherches historiques.

Quant aux conceptions historiques officielles professées de nos jours en Allemagne occidentale, *L. Ruzsás*, candidat-ès-sciences historiques, démontra qu'elles se fondent sur la défiguration de l'histoire des siècles passés pour clamer que l'Allemagne ne peut faire honneur à sa mission de défenseur de l'Ouest contre l'Est, contre l'U. R. S. S., tant qu'elle ne rencontra pas les territoires perdus à l'issue de la deuxième guerre mondiale et acquis par des pays de l'Est.

F. Pintér parla des peuples en tant que forces historiques et traita des possibilités de paix éternelle et universelle. Il nota que la condition de cette paix universelle réside dans la sauvegarde de la sécurité de l'Europe, la clef de celle-ci se trouvant dans la solution la plus rapide possible de la question allemande. En effet, le militarisme allemand n'est pas uniquement une tumeur dans le corps de l'Europe, mais, phénomène critique de la vie internationale, il menace la paix des peuples du monde entier. Ce n'est qu'en reconnaissant dans la politique de notre époque la dialectique existant entre le général, le particulier et l'individuel que les peuples d'Europe sauront remplir leur rôle d'agents de l'histoire. En l'occurrence, les intellectuels ont à jouer un rôle important. Les méthodes scientifiques sont les plus propres à enseigner aux peuples la responsabilité morale de chacun, afin que, conscients de celle-ci, tous oeuvrent à la paix, et rejoignent ainsi le camp de ceux qui luttent pour l'extirpation définitive de la guerre.

Dans sa conférence intitulée «L'éducation pour la paix dans l'enseignement de l'histoire» *K. Vas*, professeur d'école supérieure, exposa qu'entre 1945—1948, époque de l'occupation de l'Allemagne, les meilleurs des citoyens allemands s'efforcèrent dans toutes les zones d'occupations d'introduire un esprit progressiste dans l'enseignement de l'histoire. Les décisions prises à Potsdam en avaient d'ailleurs fait devoir aux établissements d'instruction publique. Cependant en Allemagne de l'Ouest, rien de tout cela n'a été réalisé. Une conférence réunissant des chercheurs et des professeurs d'histoire des pays membres de l'O. T. A. N. fut organisée; le résultat en fut que les manuels d'histoire rédigés par la suite ne parlèrent plus d'autre internationalisme que celui de l'O. T. A. N., que l'Europe qu'ils évoquaient n'était que celle de l'O. T. A. N., que la fraternité et la solidarité entre les peuples y était réduite à celle qui devait se manifester entre les pays de l'O. T. A. N., que le monde uni dont il était question ne sous-entendait que celui contrôlé par l'O. T. A. N. Le rapporteur conclut en prônant une historiographie inspirée d'un esprit de répugnance à l'égard des facteurs bellicistes, qui rompt avec la glorification des traditions militaristes, combat les idées nationalistes, qui opposent les peuples entre eux pour, au lieu de tout cela, éduquer la jeunesse dans celui de l'humanisme, et dans un esprit de respect à l'égard des masses en tant qu'agents de l'histoire.

Il convient aussi de relever l'intérêt exceptionnel de la conférence que prononça le *Dr. E. Jeney*, professeur à l'Université. Se fondant sur les constatations de nombre de savants — et plus particulièrement sur celles d'historiens, d'économistes et de médecins — il exposa, en les replaçant dans leur cadre historique, les dimensions des catastrophes que les guerres signifiaient en matière d'alimentation et de santé publics. A l'aide d'exemples puisés, rétrospectivement jusqu'au XVI^e siècle et ensuite jusqu'à nos jours, il montra l'ampleur des disettes que les guerres provoquèrent pour de longues années dans des pays entiers. Il montra aussi que, tant

dans la vie économique que dans la santé des hommes, le processus de guérison est toujours fort long. En effet, les guerres entraînent non seulement la détérioration des situations économiques et la baisse du standard de vie jusqu'à un niveau extrêmement bas, elles provoquent du même coup des épidémies fort étendues qui aggravent la tragédie. Evoquant les attristants exemples du passé, horribles en eux-mêmes, le professeur Jeney fit sentir combien seraient effroyables les dévastations, à peine imaginables, d'une nouvelle guerre éventuelle. Aujourd'hui une guerre déclenchée dans quelque lieu du monde que ce soit, entrainerait le dépérissement de toute la race humaine, car elle pourrait être un cataclysme nucléaire dégénéralant la nature elle-même; ses conséquences génétiques feraient sentir leurs effets sur encore 40 générations postérieures aux survivants.

«C'est pour toutes ces raisons que nous pouvons dire, conclut le conférencier — que la conservation de la paix est pour les peuples de la terre d'une importance essentielle».

Cette série de conférences régionales témoigne, d'une part, que de nouvelles formes d'activité se sont développées au cours des deux brèves années d'existence de la Commission scientifique du Conseil National de la Paix et, d'autre part, que les travailleurs scientifiques assument une part active dans le mouvement hongrois de la paix.

Le Conseil National de la Paix a aussi eu l'heureuse idée de publier les textes de ces conférences; ceci permet au grand public de connaître encore mieux l'action pour la paix déployée par les savants hongrois et d'être informé des récentes acquisitions des différentes branches scientifiques.

M. STIER — I. VIDA

Conférence d'historiens à Berlin, à l'occasion du 25^e anniversaire du déclenchement de la deuxième guerre mondiale

Fonctionnant au sein de l'Institut d'Histoire de l'Académie des Sciences de la République Démocratique Allemande, le groupe de travail spécialement chargé de l'étude du «Fascisme et la seconde guerre mondiale» avait, les 3 et 4 septembre 1964, organisé à Berlin une conférence qui coïncida avec le 25^e anniversaire du déclenchement de la deuxième guerre mondiale. Vu l'importance politique actuelle de ce thème, les conférences intéressèrent à chaque fois un public de près de 200 personnes. Outre les collaborateurs scientifiques de l'Institut d'Histoire de l'Académie des Sciences de la RDA (A), de l'Institut de Marxisme-Léninisme (M), de l'Institut des Sciences Sociales du Parti Socialiste Unifié Allemand (T), de l'École Supérieure du Parti Karl Marx (P), de l'Institut d'Histoire Militaire de Potsdam (H), des chaires universitaires de Berlin, Halle et Greifswald, l'assistance compta aussi nombre de propagandistes dirigeants du Parti, des organisations de masse, de l'armée et de la police, etc.

Des historiens soviétiques, polonais, tchécoslovaques et hongrois avaient été également invités à cette conférence qui fut ouverte par le professeur *E. Engelberg*, directeur de l'Institut d'Histoire. Il indiqua que l'une des tâches les plus importantes de cette conférence consistait à faire justice des falsifications de l'historiographie ouest-allemande et à combattre le militarisme et la politique revancharde ouest-allemands.

Le rapport de *G. Paulus* (A) constitua l'introduction à l'étude de premier groupe de problèmes qui ont trait aux raisons et aux circonstances du déclenchement de la seconde guerre mondiale. Il montra que l'historiographie ouest-allemande attribue au seul Hitler la responsabilité du déclenchement de la deuxième guerre mondiale; ce faisant, elle escompte que, Hitler étant mort, il n'y a plus d'autre responsable et, dès lors, les agissants militaristes de nos jours

se trouvent «blanchis». Cependant, en Allemagne Fédérale le capital monopoliste n'a pas cessé de régner et, si le besoin s'en présente, il est capable d'enfanter un nouveau dictateur. Si, par contre, les Allemands se refusent à vouloir un nouvel Hitler, ils se doivent d'éviter les chemins qui y conduisent.

L'historien soviétique *B. S. Telpoukovski*, chef de la section d'Histoire de la Grande Guerre de Défense Nationale à l'Institut Marxiste-Léniniste de Moscou, démontra ensuite à l'aide d'exemples concrets quels étaient les moyens employés par les historiens ouest-allemands pour falsifier l'histoire de la deuxième guerre mondiale. *J. Schunke* (Ministère de la Défense) analysa la situation internationale préluant au déclenchement de la seconde guerre mondiale, *G. Hassl* (A) examine la politique extérieure des Etats Unis dans cette période, *M. Koehler* (A) s'occupa des antagonismes économiques existant avant la deuxième guerre mondiale entre les puissances impérialistes occidentales. *H. Radant* (A) se pencha sur l'étude de la situation économique de l'Allemagne avant la seconde guerre mondiale; le rapport de *W. Kintscher* (A) traita de la police nazie; *K. Scheel* (A) fit un exposé de l'appareil de propagande nazi et de l'appui financier que les capitalistes monopoleurs lui fournissaient. *O. Kolmsee* (Greifswald) jeta de la lumière sur le rôle de l'art militaire dans la préparation de la guerre.

L. Tilkovszky (Institut d'Histoire de l'Académie Hongroise des Sciences) intervint dans la discussion du premier groupe de problèmes; il analysa la stratégie et la tactique de la politique extérieure hongroise à l'époque du déclenchement de la deuxième guerre mondiale.

Introduite par le rapport de *G. Förster* (A), le second groupe de problèmes se rapporta à l'échec de la conception stratégique des chefs fascistes de la deuxième guerre mondiale. Le rapporteur montra comment la sousévaluation des forces économiques, militaires et morales de l'Union Soviétique conduisit à l'échec total de la conception de la guerre-éclair qui avait été appliquée avec tant de succès contre les adversaires occidentaux.

L'historien polonais *Z. Stampor* (Institut d'Histoire Militaire, Varsovie) analysa la guerre germano-polonaise de l'automne de 1939; il souligna l'importance du facteur de l'indépendance nationale dans l'évolution historique de la Pologne et mit l'accent sur les luttes menées par les forces démocratiques et les communistes polonais contre le gouvernement du pays pour la défense conséquente de l'indépendance. Il rappella enfin les massives atrocités commises en Pologne par les fascistes allemands au cours de la campagne militaire et après l'achèvement de celle-ci.

Les interventions des spécialistes allemands d'histoire militaire furent également fort intéressantes. *O. Hennicke* (H) fit litière de cette théorie ouest-allemande suivant laquelle la défaite de l'Allemagne dans la deuxième guerre mondiale serait due au dilétantisme militaire de Hitler. *A. Charisius* (H) démontra que l'actuelle stratégie de l'O. T. A. N. est empreinte de nombre de ces éléments qui jouèrent jadis leur rôle dans les plans stratégiques de l'ancienne Wehrmacht. *K. Schmiedel* (A) analysa la bataille de Kursk; *H. Schnitter* (A) relata l'aide que les prisonniers de guerre russes en Allemagne, puis les troupes soviétique libératrices fournirent à l'oeuvre de transformation démocratique du pays.

On entendit ensuite deux anciens officiers supérieurs de la Wehrmacht. *W. Freytag* évoqua les procédés bestiaux qui furent appliqués sur le front de l'Est; *J. Zuckertort* opposa ses souvenirs personnels aux falsifications des mémoires du général Manstein parus en Allemagne Fédérale.

A ce deuxième groupe de problèmes, la contribution hongroise fut apportée par *Gy. Rázsó* (Institut d'Histoire Militaire) qui fit un exposé des motifs du gouvernement hongrois à l'entrée en guerre contre l'Union Soviétique.

Le troisième groupe des problèmes inscrit à l'ordre du jour de la conférence avait trait aux mouvements de résistance antifasciste dans la période de la deuxième guerre mondiale. *L. Berthold* (M) parla des projets élaborés en automne de 1944 par les communistes allemands résidant à Moscou, projets qui visaient à la rééducation du peuple allemand infecté par l'idéologie nazie

et à la nature des mesures sociales et autres qui devraient être prises au cas où la victoire de l'armée soviétique donnerait les possibilités à la création d'une Allemagne démocratique.

H. Teubner (M) relata l'activité du poste Radio-Allemagne-Libre et *E. Zorn* (M) parla des combats livrés par les Allemands qui s'étaient ralliés aux résistants français. L'historien tchécoslovaque *J. Novotny* (Institut d'Histoire du Parti, Prague) traita de la politique munichoise des puissances occidentales et du mouvement de résistance tchécoslovaque. *W. Wolf* (H) fit un exposé des réactions du haut commandement allemand à la nouvelle de la formation et des activités du Comité National de l'Allemagne Libre. *G. Nietzsche* (M) étudia la question de savoir comment les différentes couches du peuple allemand accueillirent, à l'époque, l'idée d'une politique antifasciste de front populaire prônée par le parti communiste. *D. Lange* (T) donna un aperçu du comportement des dirigeants sociaux-démocrates lors du déclenchement de la seconde guerre mondiale.

Récapitulant les travaux de cette conférence, *G. Paulus* estima qu'elle avait fourni une aide appréciable à la recherche scientifique et à l'oeuvre de propagande qui restent encore à accomplir. La conférence a résumé les résultats jusqu'à présent acquis par les investigations ayant trait à l'ensemble de problèmes de la deuxième guerre mondiale et, sous plus d'un rapport, elle a révélé d'importants documents jusqu'alors ignorés; elle a efficacement fait justice des défigurations et falsifications de l'historiographie ouest-allemande; à propos de l'histoire économique, sociale, militaire, de celle du parti et du mouvement de résistance, nombre d'exposés ont été dignes d'attention. La créatrice coopération entre les historiens étrangers et ceux de la RDA a grandement contribué au succès des travaux scientifiques de la conférence.

L. T.

L'Autriche-Hongrie et l'Internationale

Symposium International d'Histoire, Vienne 7—9
septembre 1964

Organisée par le «Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich» de Vienne, cette Conférence faisait, en quelque sorte, suite à celle de Budapest consacrée à l'histoire de l'«Empire des Habsbourg», avec pourtant cette différence que cette dernière traita des questions du mouvement ouvrier. Outre l'officielle occasion du centenaire, l'information réciproque était nécessitée du fait que l'on possède des connaissances plus approfondies sur l'histoire générale de la 1^{ère} Internationale que sur les résultats acquis au cours de ces années par le mouvement ouvrier de nos voisins. Pendant ces dernières années, l'historiographie avait obtenu beaucoup de nouveaux succès, tant sur le plan des recherches partielles spécialisées que sur celui des synthèses concernant les différents pays. Ces échanges d'informations entre historiens autrichiens, polonais, allemands, de l'Ouest et de l'Est, italiens, yougoslaves, tchécoslovaques, suisses et hongrois donnèrent lieu à des débats fort fructueux.

Les exposés furent écoutés avec un vif intérêt et, dans chaque cas, suscitèrent des discussions. Les débats se déroulèrent jusqu'au bout dans une atmosphère de confraternité, même lorsque des divergences de vues se manifestèrent entre les participants; il y eut, en effet des sujets où les analyses aboutirent à des conclusions différentes.

Le gros des rapports se fonda sur des faits concrets, fournissant des informations sur le mouvement ouvrier des différents pays dans la période en question. Par contre, plus d'une conférence se contenta de soulever des problèmes. Ainsi, le rapport de *H. Mommsen* (Heidelberg), premier à parler au cours de ce symposium, fut consacré au thème de: «Mouvement ouvrier et libéralisme bourgeois»; il suggéra des idées et indiqua de vastes connexités. Le rapporteur

constata qu'au débat les représentants des tendances ouvrières-socialistes et démocratiques bourgeoises déployèrent leurs activités dans des associations communes. Il souligna que ces liens (quant à leur contenu, il mentionna l'humanisme, l'internationalisme et la notion «de l'État du peuple») continuèrent d'exister dans les années suivantes. Se réclamant de l'exemple de A. Bebel, il fit remarquer que ces liens ne se rompirent vraiment que pendant les années 1890. Il souligna également que la disparition des tendances libérales contribua en Allemagne à la consolidation de la réaction.

Intitulé «La social-démocratie allemande et l'Autriche avant 1874», l'exposé de *J. Koralka* (Prague) se rattacha en partie aux problèmes soulevés. Il affirma que, comparées aux valeureuses monographies rédigées par F. Mehring et G. Mayer, les ouvrages récemment publiés sur le mouvement ouvrier international ont, souvent, simplifié la complexité des interdépendances aussi bien que les difficultés que les pionniers eurent à surmonter. Il souligna qu'entre les tendances social-démocrates et démocrates-bourgeoises la ligne de démarcation était restée floue même après la constitution de l'Internationale. Il se référa sous ce rapport à l'exemple de A. Bebel, ainsi qu'aux débuts des organisations ouvrières de Vienne. Il nota aussi que même dans l'internationalisme de W. Liebknecht, des réminiscences de l'ancienne conception pangermaniste subsistèrent concurremment aux éléments prolétariens.

Dans le débat ouvert à la suite de ces deux exposés, *E. Engelberg* (RDA) souligna que, bien qu'au début les groupements prolétariens et démocrates-bourgeois marchèrent au coude à coude, ils n'en devaient pas moins se séparer dans la suite. Il fit ensuite une distinction entre les tendances libérale, bourgeoise et démocrate, et cela non pas du point de vue idéologique — la divergence n'étant pas ici, selon lui, primordiale — mais du fait du comportement des démocrates qui ne refusaient pas leur soutien aux luttes de masses.

Dans son exposé intitulé «Les relations des militants permanents ouvriers autrichiens avec l'Internationale» *H. Steiner* (Vienne) partit également de ce point de controverse. Il établit que le mouvement prolétarien se fonda justement sur le mécontentement provoqué par la stérilité du libéralisme. Il parla ensuite des persécutions qui accablèrent les socialistes autrichiens, des procès entamés contre eux, des étroits rapports qu'ils établirent avec la section allemande de Genève et avec J. Ph. Becker, et relata l'histoire des journaux socialistes autrichiens. Il remarqua enfin que leurs relations avec les organismes dirigeants de l'Internationale ne cessèrent pas d'exister, même après 1872.

J. Stanek (Prague) esquissa l'histoire de la création et de l'activité des deux sections tchécoslovaques qui furent fondées aux Etats-Unis. Ces deux sections se constituèrent à Chicago et à New York et se trouvèrent en contact avec le mouvement syndical américain et germano-américain. Il souligna que, par les lettres qu'ils écrivaient, les socialistes émigrés exercèrent un fructueux effet de fermentation sur le mouvement ouvrier de leur pays d'origine.

Dans son intervention, l'historien hongrois *T. Erényi* évoqua les débuts de l'idée socialiste et l'apparition des socialistes utopistes en Hongrie, puis il brossa un tableau des premières organisations du mouvement ouvrier hongrois et de leurs relations avec la 1^{ère} Internationale. Il s'étendit à l'importance du «procès de haute trahison» et indiqua les traits spécifiques du lassalléanisme de Hongrie; soulignant les grands mérites des lassalléens de Hongrie, il évoqua certaines manifestations de l'extrême gauche bourgeoise qui dénotent la sympathie qu'elle témoignait aux ouvriers.

E. Vincze (Budapest) parla de la diffusion des idées du socialisme en Hongrie au cours des années 1870—1880. Elle mit l'accent sur l'analyse de deux questions: l'admission de l'idée de la lutte de classes et l'affermissement de la conception internationaliste. Elle rappela l'importance du retour en Hongrie de Leo Frankel et expliqua pourquoi on ne réussit que relativement tard à créer le parti socialiste prolétarien dans ce pays.

V. Kasik (Prague) procéda à une estimation de l'historiographie tchécoslovaque de l'Internationale. A son avis, les recherches n'ont pas encore assez progressé, mais leurs grandes

lignes se discernent déjà bien. Il semble que le mouvement ouvrier fut plus faible en Slovaquie qu'en Bohême, que les rapports étaient plus solides avec Vienne qu'avec Leipzig; les relations avec Genève étaient plus étroites encore. Il constata que les idées du socialisme s'introduisèrent dans les territoires tchécoslovaques plutôt sur le plan politique que sur celui de la philosophie. Le temps est venu — souligna-t-il — de publier une synthèse marxiste, sérieuse et vaste sur l'histoire de la I^{ère} Internationale, un ouvrage qui serait exempt des erreurs de l'unilatéralité et serait empreint d'historicité authentique. Mettant en garde contre la surestimation de l'influence du marxisme à l'époque de la I^{ère} Internationale, il releva qu'à ce moment Marx et Internationale n'étaient pas des notions synonymes. Kasik estime aussi que le rôle effectivement joué par Marx et Engels nécessite de même la publication d'une synthèse scientifique.

R. *Nikolič* (Belgrade) donna un compte rendu sur les résultats acquis jusqu'à présent par l'historiographie yougoslave et remarqua que les investigations approfondies sur la question attendent encore d'être effectuées. Il exalta le souvenir de Svetozar Markovitch qui, très jeune (il mourut à l'âge de 31 ans) fut un diffuseur des idées du socialisme en Serbie et qui dans l'année de la proclamation de la Commune de Paris fit publier en serbe le Manifeste Communiste. Il a noté également que la diffusion des écrits fondamentaux de Marx et de Engels ne peut encore être exactement estimée. Il traita aussi des publications de journaux socialistes et évoqua l'activité que V. Pelagitch et V. Ansel y déploierent.

V. *Naydus* (Varsovie) relata en premier lieu le développement du mouvement ouvrier en Galicie; elle s'occupa aussi des questions de l'émigration polonaise et rappela que le Conseil Général de l'Internationale s'occupa souvent des affaires polonaises et releva l'important rôle des Polonais au sein du Conseil Général. Tout cela s'explique du fait que de nombreux émigrés polonais s'étaient raliés à l'Internationale. Quelques-uns d'entre eux étaient plutôt démocrates et patriotes que socialistes; ils n'en soutinrent pas moins l'Internationale, prirent le parti de la Commune de Paris pour laquelle ils combattirent jusqu'au bout. V. *Naydus* estima à 400 le nombre des polonais qui furent membres de l'Internationale.

Au cours des débats, la question se posa de savoir quelle fut l'importance de l'influence de Bakounine dans les pays d'Europe orientale et à quelle époque se développa le mouvement ouvrier anarchiste. Les rapporteurs furent unanimes à affirmer que dans les territoires autrichiens, tchèques, polonais et yougoslaves, aussi bien qu'en Hongrie, on observa d'influence bakouninienne, et quant au mouvement anarchiste, il ne se mit à se développer qu'au cours des années 1880. R. *Neck* (Vienne) fut le seul à exprimer une opinion contraire; spécialiste de la question, il prépare actuellement un vaste ouvrage basé sur la correspondance de Bakounine; il n'avait malheureusement pas rédigé d'exposé pour cette conférence. (Attendu, et à juste titre, avec intérêt par les spécialistes, il sera publiée dans le recueil des textes de ce symposium.) L. *Valiani* (Milan) se référa, lui aussi, à des traces d'activités anarchistes à Vienne et à Budapest.

Une discussion eut également lieu sur la coopération entre les adeptes de Bakounine et de Lassalle. Ernst Engelberg souligna que, tout en professant des conceptions diamétralement opposées, au début des années 1870, ils agirent pratiquement en commun contre les marxistes. M. *Molnár* (Genève) contesta cette affirmation; il estime que cette coopération ne fut qu'épisodique et ne caractérisa absolument pas la position des anarchistes. Leo Valiani nota que cette coopération provisoire fut facilitée du fait que l'Internationale Anarchiste n'intervenait pas dans les affaires intérieures des différentes sections, se gardait de critiquer leurs thèses doctrinales, ce qui permit un facile ralliement des lassalléens.

Au deuxième jour de cette rencontre, il fut question des problèmes de l'histoire de la II^e Internationale. J. *Koralka* analysa le comportement internationaliste du mouvement ouvrier tchécoslovaque en Autriche. Il signala qu'il lui fallut prendre position dans un processus intérieur contradictoire: d'une part, se trouvaient des forces nationales démocratiques, qui étaient aussi bourgeoises et enclines au nationalisme et. d'autre part, se trouvaient les social-démocrates qui voulaient obtenir la démocratisation au sein de l'Etat existant. Il rappela aussi certaines

influences étrangères accrurent le dilemme, et qu'ainsi certaines minorités nationales s'intéressèrent à ce qui se passait au delà des frontières. Selon J. Koralka, les deux possibilités existaient: création des Etats nationaux et conservation des cadres fédéraux; l'évolution de la situation historique donnée décida du problème. En outre, il exposa en détail combien la langue parlée par les ouvriers et leurs appartenances ethniques exercèrent d'influence sur les deux centres formés dans les territoires tchèques (Prague et Brno). Il désire plus de compréhension pour la tendance séparatiste et exposa que, à l'encontre de «l'internationalisme négatif» négligeant les aspirations nationales, ceux-ci, se plaçant sous le signe «de l'internationalisme positif» tinrent compte des sentiments nationaux et se trouvèrent ainsi à même d'approfondir leurs relations avec les masses. S'alignant sur la conception de J. Koralka, Z. Stolle communiqua de nouvelles données concernant la section tchécoslovaque de l'Internationale, puis releva qu'établir des relations avec les masses et réaliser le socialisme ne sauraient se concevoir sans cet «internationalisme positif». La tragédie des peuples danubiens — ajouta-t-il — consista en ce que, lorsqu'ils réussirent après 1918 à créer des Etats indépendants, ceux-ci furent basés sur des assises nationalistes ce qui ne fit qu'attiser les chauvinismes.

Succédant à J. Koralka et entrant en discussion avec lui, H. Mommsen démontra que l'influence nationaliste bourgeoise s'était renforcée dans le mouvement ouvrier tchèque. Dans le débat qui suivit, plusieurs historiens autrichiens contestèrent les thèses professées par J. Koralka quant à «l'internationalisme positif et négatif». Certains renvoyèrent aux phénomènes présentés par le socialisme-nationaliste chrétien et à ceux du socialisme national: *Wandruschka* (Vienne) souligna que le mouvement espérantiste reflétait précisément l'internationalisme spontané des ouvriers, puis souligna que le cosmopolitisme n'est point un phénomène exclusivement négatif, qu'il recèle aussi des aspects positifs.

L. Valiani présenta un fort vaste exposé sur l'histoire du mouvement ouvrier italien, et en premier lieu sur celui de Trieste, à l'époque de la II^e Internationale; il y contesta lui aussi la thèse de J. Koralka. Il montra que, à partir des années 1880, le parti socialiste italien s'était acquis une vaste autorité et influence sur les masses en combattant résolument et conséquemment le nationalisme et les aspirations impérialistes et militaristes des partis bourgeois. En ce sens, si l'on admettait la terminologie de J. Koralka, il devrait être considéré comme un parti «internationaliste négatif»; or, cette force, cette prise de position idéologique expliquent pourquoi il ne cessa de rester internationaliste en 1914. A l'aide d'une ample matière documentaire, il démontra la même tendance dans le parti de Trieste tout en soulignant que le mouvement ouvrier n'est pas concevable uniquement à la faveur d'arguments de raison, les sentiments, les éléments d'indignation morale y entrent, eux aussi, en ligne de compte.

Plusieurs exposés furent consacrés aux rapports entre le mouvement ouvrier et la guerre. L. Valiani passa en revue les événements déroulés entre 1914—1918; il communiqua d'intéressants détails sur l'éloignement de Bissolati et souligna le notable rôle joué par l'internationalisme du parti italien sur K. Liebknecht, F. Adler et sur le parti hongrois. Il exposa ensuite en détail les phases du comportement des socialistes de Trieste pendant la guerre éclaira leur conception touchant la question du maintien de l'Empire. L'exposé d'E. Engelberg soumit à l'examen la cristallisation, entre 1866 et 1893, de la position de Marx et d'Engels concernant la question de la guerre et de la paix. Il examina la prise de position de l'Internationale en 1866, ainsi que l'histoire des Messages des années 1870 et exalta les comportements de Bebel et de Liebknecht. Il releva les erreurs commises par Guesde dans les années 1880, lorsque, d'une manière automatique, il relia les guerres aux révolutions, oubliant ainsi de tenir compte des engagements antimilitaristes de socialistes. Il s'étendit sur les ouvrages ultérieurs d'Engels, dans lesquels l'auteur démontra les possibilités du désarmement, puis, parlant du pacifisme, il constata que, dans certaines phases historiques données, il peut devenir un allié utile du mouvement ouvrier. Pour terminer, il souligna, avec Engels, que les résultats partiels doivent être, eux aussi, considérés comme importants.

J. Jemnitz (Budapest) analysa le heurt entre l'internationalisme et le nationalisme dans l'histoire de la I^{ère} et de la II^e Internationale. Lors de la guerre de 1866, malgré des aspects nationaux, ce furent l'internationalisme et l'antimilitarisme qui prédominèrent. Ceci fut d'ailleurs caractéristique aussi en 1868 et aux débuts de la II^e Internationale; cependant, à l'époque des rudes épreuves, les paroles ne purent dissimuler l'affaiblissement de l'internationalisme effectif. Sous ce rapport, il souleva maints points de controverse et indiqua plusieurs points sur lesquels les historiens autrichiens et hongrois pourraient acquérir de nouveaux résultats en utilisant éventuellement des documents de source des socialdémocrates autrichiens.

Se fondant sur une matière historique nouvelle, *M. Mattmüller* (Bâle) démontra comment des ecclésiastiques permirent aux socialistes de tenir en 1912 leur congrès dans l'église de Münster. Il relata l'indignation de la presse bourgeoise devant cette assistance donnée par des personnalités ecclésiastiques progressistes et humanistes et, pour terminer, remarqua que, au cours de la première guerre mondiale, cette tendance fit entendre sa voix dans un sens positif.

Ce symposium a répondu aux espoirs qu'on avait mis en lui; il a effectivement été le théâtre d'un utile échange d'opinions et d'expériences; ce fait est dû en premier lieu à un travail exemplaire d'organisation réalisé par les historiens autrichiens *R. Neck* et *H. Steiner*. Tous les textes de cette rencontre seront édités par la *Arbeitsgemeinschaft*; cette matière fournira une aide précieuse à tous ceux qui désirent se pencher sur l'étude de cette époque.

J. J.

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie choisie d'ouvrages d'histoire publiés en Hongrie dans la deuxième moitié de 1962

Репертурий произведений по истории, вышедших в Венгрии во второй половине 1962 г.

1. Bibliographies, catalogues, inventaires — Библиографии, каталоги, инвентари

Az 1961. évi filozófiai irodalom válogatott bibliográfiája. [Összeáll.] Vajda Mihály. [Bibliographie sélectionnée des ouvrages philosophiques de l'année 1961. [Réuni] par —. — Избранная библиография литературы по философии 1961 г. (Сост. —.)] MFSz 1962. Tom. 6. No 3. pp. 440—451.

Hommages des orientalistes hongrois à Lajos Ligeti. Bibliographie des oeuvres du Prof. L. Ligeti. [Поздравление по поводу 60-летия проф. Л. Лигети. Библиография трудов проф. Лигети.] AO 1962. Tom. 15. Fasc. 1—3. pp. 5—13.

L'appréciation de l'oeuvre du professeur d'orientalisme de l'Université de Budapest à l'occasion de son 60^e anniversaire.

KOVALCSIK ISTVÁN—VINICZAI ISTVÁN—WINDISCH ALADÁRNÉ: *Az 1960—1961. évi Magyarországon megjelent hadtörténelmi irodalom bibliográfiája.* [Bibliographie des ouvrages d'histoire militaire parus en Hongrie en 1960—61. — Библиография венгерской литературы по военной истории за 1960—61. год.] НК 1962. Tom. 9. No 2. pp. 309—332.

A magyar levéltári irodalom bibliográfiája 1961. [Bibliographie des ouvrages d'archives parus en Hongrie en 1961. — Библиография архивной литературы в Венгрии за 1961. год.] LK 1962. Tom. 33. No 2. pp. 308—312.

A magyar munkásmozgalom történetéről szóló cikkek jegyzéke. (1962 január—június.) [Répertoire des articles concernant l'histoire du mouvement ouvrier hongrois (janvier—juin 1962.). — Перечень статей по истории венгерского рабочего движения. (I—VI. 1962.)] PtK 1962. Tom. 8. No 3. pp. 191—193; No 4. pp. 225—227.

[Magyar Országos Levéltár.] *Földművelésügyi Minisztériumi Levéltár. 1889—1945. 3. Repertorium.* [Összeáll.] Kiss Dezső. [(Archives Nationales Hongroises.) Archives du Ministère de l'Agriculture. 1889—1945. 3. Répertoire. [Réuni] par —. — Венгерский

Государственный Архив.] Архив Министерства Земледелия. 1889—1945. ч. 3. Репертурий. (Сост. —.)] Вр. 1961. LOK Polycor. pp. 475—662. (Levéltári leltárak 14.)

Troisième et dernier cahier de l'inventaire descriptif des archives du Ministère de l'Agriculture et des offices et institutions relevant de sa compétence.

[Magyar Országos Levéltár.] *A herceg Batthyány család levéltára. Repertorium.* Összeáll. Zimányi Vera. (Közrem. Bakács István, Czecze Barnáné stb.) [(Archives Nationales Hongroises.) Les archives de la famille des princes Batthyány. Répertoire. Réuni par —. (Avec la collaboration de —.) — (Венгерский Государственный Архив.) Архив семейства князя Баттяни. Сост. — (Сотр. —.)] Вр. 1962. LOK Polycor. 164 p. 1 t. (Levéltári leltárak 16.)

Il s'agit ici des papiers de cette branche de la famille des princes Batthyány qui posséda des propriétés foncières en Slavonie et en Transdanubie; les documents sont relatifs à la période allant du XII^e au XX^e siècle et, d'une part, éclairent les activités politiques des membres de la famille et, d'autre part, l'histoire des domaines. L'introduction résume l'histoire des domaines de cette famille.

Magyar régészeti irodalom. Bibliographia archaeologica Hungarica. 1961. [Réuni] par E. Németh. [Венгерская литература по археологии. 1961. Сост. —.] AÉ 1962. Tom. 89. No 1. pp. 131—144.

(SIKLÓS ANDRÁS): *Bibliográfia Magyarország legújabbkori történelméhez. Magyarország legújabbkori történetére vonatkozó, 1954—1962 között megjelent fontosabb könyvek, tanulmányok, cikkek...* [Kiad. az] Eötvös Loránd Tudományegyetem Bölcsész-tudományi Kar. [Bibliographie destinée à l'étude de l'histoire contemporaine de la Hongrie. Livres, études, articles, les plus notables publiés entre 1954—1962, relativement à l'histoire contemporaine de la Hon-

grie. (Publ.) par —. — Библиография новейшей истории Венгрии. Важнейшие книги, очерки и статьи по новейшей истории Венгрии за время 1954—1962. гг. (Изд.) —. Вр. 1962. Tankönyvkiadó, Polycop. 107 p.

(VÉRTES GYÖRGY): *Az Országgyűlési*

Könyvtár Magyar országgyűlések írásai gyűjteménye. [La collection des documents de l'Assemblée Nationale hongroise conservée à la Bibliothèque du Parlement de Budapest. — Собрание бумаг венгерских сеймов в Парламентской Библиотеке Венгрии.] Вр. 1962. Országgyűlési Könyvtár, Polycop. 30 p.

2. Ouvrages généraux — Общие труды

Az abszolútizmus elvi kérdéseiről rendezett rita anyagából. (Makkai László, Molnár Erik, Pach Zsigmond Pál előadásai, ill. felszólalásai.) [Des textes du débat concernant les questions doctrinales de l'absolutisme. (Rapports et interventions de —.) — О материале дискуссии по принципиальным вопросам абсолютизма. (Доклады и сообщения —.)] TSz 1962. Tom. 5. No 2. pp. 285—302.

Les auteurs avaient traité des bases économiques et sociales de l'absolutisme en Europe, de son contenu de classe et de ses différents types en soulignant son caractère essentiellement féodal; il était la forme d'État spécifique du féodalisme tardif réclamée par la désagrégation successive, la crise et l'exacerbation de ses antagonismes internes de classes.

FÉLECYHÁZI JÓZSEF: *A Santo Stefano Rotondo és a magyar gyóntatók.* [La San Stefano Rotondo et les confesseurs hongrois de Rome. — Санто Стефано Ротондо и венгерские духовники в Риме.] Vigilia 1962. Tom. 27. No 10. pp. 597—602.

Exposé de l'activité déployée en Hongrie et à Rome par l'archidiacre János Lászlai (1448—1523) et sur celle d'autres confesseurs hongrois à Rome, depuis Miklós Magyar, en 1299, jusqu'à Ferenc Faludi, au XVIII^e siècle.

...*A harcban nem szabad megállni...* *A magyar munkásmozgalom képekben. 1848—1962.* (Összeáll. Csató Tamás, Gerelyes Endre stb.) [Kiad. a] Legújabbkori Történeti Múzeum. [«La lutte ne peut cesser...» Le mouvement ouvrier hongrois par l'image. 1848—1962. (Réuni par —.) (Publ.) par —. — «В борьбе нельзя останавливаться...» Венгерское рабочее движение в картинах. 1848—1962. (Сост.) —. (Изд.) —.] Вр. 1962. Kossuth Kiadó, 302 p.

HORVÁTH BÉLA, JUN.—MARJALAKI KISS LAJOS—VALENTIN KÁROLY: *Miskolc.* (Bev. Papp Imre.) [Miskolc. (Introduction de —.) — Город Мишкольца. (Введение —.)] Вр. 1962. Műszaki Kiadó, 282 p. (Városképek — műemlékek.)

Description de l'histoire et des monuments d'art de la ville de Miskolc, en Hongrie du Nord-Est.

KATONA IMRE: *Sárköz.* [Шаркёз.] Вр. 1962. Gondolat, 262 p., 24 t.

Description ethnographique de la région du Sárköz située dans la partie sud-est de la Transdanubie, sur la rive droite du Danube. Précis d'histoire basé sur une intéressante documentation quant à la civilisation de la population, à l'histoire moderne de la vie quotidienne et de ses conditions sociales.

LEGÁNY DEZSŐ: *A magyar zene krónikája. Zenei művelődésünk ezer éve dokumentumokban.* [Chronique de la musique hongroise. Mille années de culture musicale à la lumière des documents. — Хроника венгерской музыки. Тысячелетие нашей музыкальной культуры в документах.] Вр. 1962. Zeneműkiadó. 535 p., 10 t. (Magyar zenetudomány 4.)

Morceaux choisis suivis de commentaires pour illustrer la musique et le développement de la vie musicale en Hongrie.

A magyar munkásmozgalom története. 1867—1945. [Histoire du mouvement ouvrier hongrois. 1867—1945. — История венгерского рабочего движения. 1867—1945.] [Irta] Király József, Labádi Lajos stb. Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 379 p.

Synthèse servant de manuel d'enseignement.

Magyar színház-történet. (Szerk. és bev. Hont Ferenc.) [Histoire du Théâtre en Hongrie. (Réd. et intr. par —.) — История венгерского театра. (Ред. и введение —.)] Вр. 1962. Gondolat. 331 p., 70 t.

L'ouvrage comporte des études de vulgarisation scientifique dûs à plusieurs auteurs, et constitue une première tentative de donner la synthèse marxiste de la question.

A magyarországi művészet története. 2. Magyar művészet 1800—1945. Szerk. Zádor Anna. 2. jav. kiadás. [Histoire de l'art en Hongrie. 2. L'histoire de l'art en Hongrie, de 1800 à 1945. Réd. par —. 2^e éd. rév. —. — История искусства Венгрии. 2. Искусство венгров. 1800—1945. Ред. — 2-ое испр. изд.] Вр. 1962. Képzőművészeti Alap. 507 p., 14 t.

Ce volume abondamment illustré est la première tentative de présentation

synthétique marxiste de l'évolution des arts en Hongrie. Les auteurs examinent à chaque époque, l'évolution des différentes branches des beaux-arts et mettent en relief les rapports entre les arts et la société. Les chapitres traitant les différentes époques sont suivis de bibliographies sélectionnées.

Magyarország történetének képekönyve. I. köt. 896—1849. (Összeáll.) Cennerné Wilhelm Gizella. [Histoire illustrée de Hongrie. 1^{er} vol. 896—1849. Présenté par —. — История Венгрии в картинах. Т. I. от 896 до 1849 (Сост.) —.] Вр. 1962. Képzőművészeti Alap. 359 p.

A l'aide d'illustrations d'époque, d'objets, de monuments, etc., l'auteur présente les événements et les personnages les plus importants de l'histoire de Hongrie. Les illustrations sont suivies d'explications détaillées.

MOLNÁR ERIK: *Az SZKP 22. kongresszusa és a szocialista patriotizmus.* [Le XXII^e Congrès du Parti Communiste de l'Union Soviétique et le patriotisme socialiste. — XXII. съезд КПСС и социалистический патриотизм.] TSz 1962. Tom. 5. No 1. pp. 1—7.

MOLNÁR ERIK: *Történetzemléletünk nacionalista maradványairól.* [A propos des vestiges nationalistes dans notre vue de l'histoire. — Сохранившиеся националистические оттенки наших взглядов на историю.] Új Írás 1962. Vol. 2. No. 11. pp. 1236—1243.

Dans les milieux des historiens hongrois, les articles d'Erik Molnár ont provoqué des discussions qui durent encore. Il avait d'abord indiqué que l'historiographie hongroise n'avait point appliqué conséquemment les principes marxistes quant à l'ensemble des problèmes concernant la nation et la patrie, et que les séquelles de l'esprit du nationalisme bourgeois s'étaient manifestées en premier lieu dans la manière de représenter les mouvements populaires aux époques féodale et bourgeoise. Notre historiographie adopta les conceptions de Mátyás Rákosi en matière d'histoire, c'est à dire qu'elle procéda à une confusion des vues de la lutte des classes et de ceux de l'indépendance nationale, ainsi qu'à la confusion

des processus historiques de caractères objectif et subjectif. Après avoir passé au crible de la critique la conception de l'histoire selon Rákosi, l'auteur analysa le contenu de classe des soulèvements anti-habsbourgeois qui se déroulèrent aux XVII^e—XVIII^e siècles, étudia leurs objectifs, leur idéologie et le rôle des différentes classes et arriva à cette conclusion que l'examen historiquement concret dissipe le mythe «du paysan, défenseur de la patrie» et celui «des guerres populaires d'indépendance». Au début, ces soulèvements avaient un caractère de mouvement paysan expressément antiféodal mais, par la suite, la noblesse en ayant pris la direction, ils revêtirent l'aspect des guerres féodales d'indépendance qui servaient les objectifs de classe de la noblesse. Pour terminer, l'auteur a traité de l'évolution de l'idéologie nationale qui se trouvait à la remorque des intérêts de ces guerres féodales d'indépendance et qui se substitua au cours du XVII^e siècle à l'idéologie religieuse, tout ceci agissant sur la paysannerie dans le sens de ce problème qu'on a appelé celui «de la fausse conscience».

RÉTHLY ANTAL: *Időjárásai események és elemi csapások Magyarországon 1700-ig.* [Incidents météorologiques et calamités naturelles en Hongrie jusque'en 1700. — Метеорологические события и стихийные бедствия в Венгрии до 1700 г.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 450 p., 4 t.

Consacré à la météorologie historique et constituant un travail de pionnier, cet ouvrage procède à un emploi complet des documents de source de l'époque.

Vita az abszolútizmus kérdéseiről. (Össze-foglalta) R. Várkonyi Ágnes. [Discussions sur les problèmes de l'absolutisme. (Résumées) par —. — Дискуссия о вопросах абсолютизма] (Рез.—.) TSz 1962. Tom. 5. No 1. pp. 89—101.

Organisé en décembre 1961 et ayant duré plusieurs jours, un débat a été consacré aux aspirations centralisatrices à l'époque féodale tardive, aux fondements économique-sociaux du régime absolutiste des Habsbourg, à ses connexités en Europe et aux problèmes à son rôle historique.

3. Recueils d'études — Сборники

Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio Historica. Tom. IV. Red. Z(oltán) Oroszlán. Вр. 1962. Tankönyvkiadó. 158 p.

Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös Nominatae. Sectio Iuridica. Tom. III. Red. J. Beér, L. Névai, I. Szabó. Вр. 1962. Tankönyvkiadó. 187 p.

Arrabona (A Győri Múzeum Évkönyve. — Les annales du Musée de Győr.) 4. 1962. (Szerk. Uzsocki András.) [Réd. par —. — Ежегодник Музея г. Дьёр. (Ред. —.)] Győr 228 p., 1 t.

Az Egyetemi Könyvtár Évkönyvei. — Annales Bibliothecae Universitatis de Rolando Eötvös nominatae. 1. 1962. (Szerk. Mátrai László, Tóth András, Vértesy Miklós.) [Réd. par —. — Ежегодники Университетской библиотеки. (Ред. —.)] Бр. 1962. Tankönyvkiadó. 222 p., 2 t.

Folia Archaeologica. (A Magyar Nemzeti

Múzeum Történeti Múzeum Évkönyve.) 14. (Szerk. Fülep Ferenc.) [Annales du Musée d'Histoire du Musée National Hongrois. 14. (Réd. par —.) — Ежегодник Исторического Музея при Национальном Музее Венгрии. (Ред. —.)] Бр. 1962. Képzőművészeti Alap. 261 p., 18 t.

A Magyar Mezőgazdasági Múzeum Közleményei. (Szerk. Szabó Miklós.) 1962. [Bulletin du Musée Hongrois d'Agriculture. 1962. (Réd. par —.) — Сообщения Сельскохозяйственного Музея Венгрии. (Ред. —.)] Бр. 1962. Mezőgazdasági Kiadó. 159 p.

4. Histoire de Hongrie avant la conquête arpadienne.

Histoire ancienne du peuple hongrois. Histoire de Hongrie à l'époque du féodalisme jusqu'en 1526. — Древняя история венгерцев. Венгрия в римскую эпоху и в эпоху переселения народов. История Венгрии до 1526 г.

BARKÓCZY LÁSZLÓ: *The Frontiers of the Roman Empire in Hungary.* [Границы римской империи в Венгрии.] *The New Hungarian Quarterly* 1962. Vol. 3. no. 7. pp. 134—141.

BOROSY ANDRÁS: *A XI—XIV. századi magyar lovasságról.* [La cavalerie hongroise du XI^e au XIV^e siècles. — О венгерской кавалерии в XI—XIV. веках.] НК 1962. Tom. 9. No. 2. pp. 119—174.

Ayant soumis à une analyse fouillée les documents de l'époque, l'auteur conclut que, du XI^e au XIV^e siècles, l'armée hongroise connut trois types de cavalerie: la cavalerie légère appliquant la tactique des archers en mouvement constant. Petchenègues, Sicules, Comanes, la cavalerie lourde de type occidental et la cavalerie de type «transitoire» équipée d'arcs et d'armes pour le combat corps-à-corps. Cette dernière fut la plus nombreuse, mais aussi la moins efficace. Le rôle de la cavalerie légère allait en diminuant. La catégorie la plus décisive dans l'issue de la bataille était la cavalerie lourde.

BORSA IVÁN: *III. Béla 1177. évi könyvelési privilégiuma az aradi káptalan számára.* [Le privilège en forme de livre délivré en 1177 par le roi Béla III au chapitre d'Arad. — Привилегия Бэлы III. в 1177. г. в форме книги для капитула г. Арад.] ЛК 1962. Tom. 33. No. 2. pp. 205—218.

Reconstitution du texte original de la charte dont il n'était resté que des fragments.

CSÓKA LAJOS: *Ki volt Anonymus?* [Qui était Anonymus? — Кто был Аноним?] MN Y 1962. Tom. 58. No. 2. pp. 153—159.; No. 3. pp. 336—346.

Contrairement à l'opinion généralement admise, fondée sur l'étude de Lóránd Szilágyi publiée en 1937, Csóka expose qu'à son avis l'auteur des *Gesta Ungarorum*, le mystérieux «*P. magister dictus*» ne fut pas notaire de Béla III (1172—1196), mais de Béla II (1131—1141) et rédigea son ouvrage vers 1150 alors qu'il était *magister* de l'abbaye bénédictine de Pannonhalma.

FÜLEP FERENC: *Újabb ásatások a pécsi későrómai temetőben.* [Nouvelles fouilles archéologiques dans le cimetière de la basse époque romaine de Pécs. — Новые раскопки на позднеримских кладбищах г. Печ.] АЕ 1962. Tom. 89. No. 1. pp. 23—46.

Rapport détaillé sur les fouilles effectués en 1958 qui ont fourni de nouvelles données relatives à la topographie de Sopianae et de découvrir un tombeau datant du christianisme primitif. Les objets trouvés dans le tombeau jettent de la lumière sur l'histoire de la ville aux IX^e—X^e siècles. Résumés en russe et en français.

GAZDAPUSZTAI GYULA: *A magyar őskor-kutatás néhány kérdéséről.* [A propos de quelques problèmes concernant l'étude de l'histoire ancienne des Hongrois. — О некоторых вопросах исследования первобытной истории венгров.] АЕ 1962. Tom. 89. No. 1. pp. 3—14.

Après avoir rendu compte et passé au crible de la critique le livre de János Banner intitulé «*Die Pécelér Kultur*», l'auteur de l'étude soulève quelques problèmes ayant trait aux investigations concernant l'âge néolithique et du cuivre en Hongrie. Il avance les suggestions

quant à la chronologie, l'évolution et l'interaction des cultures primitives découvertes sur le territoire de la Hongrie.

KOZÁK KÁROLY: *A zalaszántói templom feltárása és környékének középkori története*. [L'exhumation de l'église de Zalaszentó et l'histoire médiévale de ses environs. — Раскопка церкви при д. Заласанто и средневековая история ее окружности.] АЕ 1962. Tom. 89. No. 2. pp. 220—237.

L'auteur rend compte des résultats acquis lors de l'exhumation des monuments d'art et archéologiques de l'église qui, construite au XIII^e siècle en style roman en Hongrie occidentale, fut reconstruite au XV^e en style gothique. Il donne ensuite un aperçu sur l'histoire du village et de ses environs. L'étude fournit de précieuses contributions au problème de la continuité du christianisme en Hongrie occidentale et à l'histoire des relations entre la Hongrie et Byzance. Résumés en russe et en français.

KŐSZEGI FRIGYES: *Adatok a magyarországi okkerstrok eredetének kérdéséhez*. [Contribution à la question de l'origine des tombes à ocre en Hongrie. — Данные к вопросу о происхождении кладбищ-охер в Венгрии.] АЕ 1962. Tom. 89. No. 1. pp. 15—22.

L'auteur expose les traits communs retrouvables dans les cultures des tombes à ocre de la Russie méridionale, des Balkans et de la région nord-est du Bassin Carpathique et provenant de la fin de l'âge néolithique et du début de l'âge du bronze. L'auteur relie deux groupes chronologiques de ces tombes aux deux vagues de migration vers l'Ouest des peuples cavaliers.

KRALOVÁNSZKY ALÁN: *Árpád-kori mezőgazdasági eszközök a Közép-Duna-medencéből*. [Instrument d'agriculture de l'époque des Arpad découverts dans le Bassin danubien. — Сельскохозяйственная утварь в среднем бассейне реки Дуная времени Арпадовичей.] МММК pp. 116—127.

KUBINYI ANDRÁS: *A király és a királyné kúriái a XIII. században*. [Les résidences du roi et de la reine à Buda au XIII^e siècle. — Хоромы короля и королевы в XIII. в.] АЕ 1962. Tom. 89. No. 2. pp. 160—171.

Contribution à la discussion sur la topographie originelle du château royal de Buda. Se fondant sur des chartes et sur les analogies se présentant dans l'histoire des villes d'Europe, l'auteur conclut que Buda était une cité du type «Vorburg». Dans la seconde moitié du XIII^e siècle, la résidence royale et la ville se construisirent parallèlement, la première sur le versant nord. La «magna curia» ou Kamerhof

situé au nord et considérée par László Zolnay comme étant le château royal originel, fut au cours du XIII^e et du XIV^e siècles la résidence de la Cour de la reine (curia Reginae). Résumés en russe et en français.

LÁSZLÓ GYULA: *Die Anfänge der ungarischen Münzprägung*. [Начало чеканки монет в Венгрии.] АУСВ Sectio historica Tom. IV. pp. 27—53.

A l'encontre de la conception jusqu'ici acceptée, l'auteur de l'étude établit l'hypothèse qu'il entend appuyer par des arguments, et suivant laquelle les premières pièces de monnaie hongroises, les *obuli* d'argent à inscription «Stephanus rex» et imitant les monnaies émises par le prince bavarois Henri II (985—995) furent frappées non par le roi de Hongrie, Etienne (997—1038), mais par son père, le prince Géza (970—997) qui, lors de son baptême, reçut le nom de Stephanus, et à la fin de sa vie porta selon toute vraisemblance, le titre de roi.

MAKSAY FERENC: *Gabonatermesztés Nyugat-Magyarországon a XV—XVI. század fordulóján*. [Production céréalière dans la Hongrie occidentale au tournant du XV^e et du XVI^e siècles. — Зерновое хозяйство на западе Венгрии на рубеже XV—XVI. веков.] АТШ 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 14—24.

Se fondant sur le livre terrier du domaine de *Sárfenek*, établi en 1500, l'auteur analyse la topographie des labours et en conclut qu'au cours du XV^e siècle une extension considérable des labours appartenant aux serfs se trouva à la base du développement de la production marchande de céréales. Résumés en russe et en allemand.

PAULINYI OSZKÁR: *Tulajdon és társadalom a Garam-vidéki bányavárosokban*. [Propriété et société dans les cités minières de la région du Garam. — Собственность и общество в шахтерских городах района р. Гарам.] ТШ 1962. Tom. 5. No. 2. pp. 173—188.

Ayant recours à la méthode de la topographie, l'auteur de l'étude analyse les conditions sociales et de propriété dans les cités minières de Hongrie septentrionale (Selmecebánya, Besztercebánya, Körmöcbánya, aujourd'hui: Banská Stiavnica, Banská Bystrica, Kremnica) et en conclut que ces agglomérations furent fondées dans la seconde moitié du XIII^e siècle par un consortium constitué par ces capitaux de marchands allemands. Les membres de ce consortium jouirent de la possession exclusive des terres de ces

cités, aussi bien que des privilèges féodaux qui en découlèrent. Résumés en russe et en français.

RÁZSÓ GYULA: *A zsoldosság gazdasági és társadalmi előfeltételei és típusai Magyarországon a XIV—XV. században.* [Les prémisses économiques et sociales de la formation des troupes mercenaires et leurs types en Hongrie aux XIV^e—XV^e siècles. — Экономические и обществ. предпосылки наемных войск и их типы в Венгрии в XIV—XV. веках.] НК 1962. Том. 9. No. 1. pp. 160—217.

L'auteur affirme, qu'au début du XV^e siècle furent réunies les conditions économiques, sociales, politiques et militaires qui permirent la constitution en Hongrie de troupes mercenaires. Cependant, elles étaient de caractère nobiliaire, basées sur les rapports féodaux de la commensalité; dès lors, elle ne furent pas susceptibles de révolutionner l'art militaire et ne constituèrent pas des forces efficaces au service du pouvoir central, mais restèrent jusqu'au milieu du XV^e siècle dans le cadre des armées privées des barons grands-propriétaires.

SZÉKELY GYÖRGY: *Gemeinsame Züge der ungarischen und polnischen Kirchengeschichte des XI. Jahrhunderts.* [Общие черты истории церкви в Венгрии и Польше в XI. в.] AUSB Sectio Historica IV. pp. 33—80.

L'auteur fait entrer en ligne de compte les influences originaires d'Italie, des régions wallones et flamandes et de la Bohême qui jouèrent un rôle dans l'expansion du christianisme, dans le déve-

loppement de l'organisation et de la culture chrétiennes en Hongrie et en Pologne. Il souligne aussi la portée des relations entre la Hongrie, Byzance et l'Orient quant à leur effet sur les débuts du christianisme dans ce pays. En conséquence, la Hongrie constitua, d'une part, un lien entre le christianisme occidental et oriental et, d'autre part, malgré la victoire remportée par le mouvement réformateur de Cluny, conserva certaines particularités de l'organisation ecclésiastique, qui étaient des vestiges de sa situation privilégiée en droit canon.

SZÖKE BÉLA: *A honfoglaló és a kora Árpád-kori magyarság régészeti emlékei.* [Les vestiges archéologiques de la conquête arpadienne et de ceux du début du règne des Arpad. — Археологические памятники венгров времени завоевания родины и первых Арпадовичей.] Вр. Akadémiai Kiadó. 118 p., 8 t. (Régészeti tanulmányok 1.)

Dans cet ouvrage posthume, l'auteur rompt avec l'habituel groupement de genre ethnique et classe l'ensemble de la matière archéologique relative au peuple hongrois des IX^e—XI^e siècles suivant sa stratification matérielle et sociale; il distingue ainsi les tombes et les objets qui appartiennent aux chefs et aux couches moyennes de ceux du peuple commun. Ces examens contribuent à justifier la conception professée antérieurement par l'auteur qui dit que les porteurs de la culture dite de Biélo-Brdo était le peuple commun de l'époque de la Conquête arpadienne.

5. Histoire de Hongrie à l'époque du féodalisme tardif. 1526—1790. — История Венгрии в 1526—1790 гг.

BARACZKA ISTVÁN: *Néhány XVII. század-vegi számadáskönyvünk írása. (Adatok a magyarországi német írás paleográfiájának problémáihoz.)* [Les textes de quelques livres de comptes des villes hongroises à la fin du XVII^e siècle. (Contributions relatives au problème ayant trait à la paléographie d'écriture allemande de Hongrie.) — Рукопись некоторых городских отчетных книг конца XVII. в. (Данные к палеографическим проблемам немецкой письменности в Венгрии.)] LK 1962. Том. 33. No. 2. pp. 219—253.

La première partie de l'étude est consacrée aux particularités présentées par l'écriture allemande de Hongrie et décrit les traits qui la différencient de celle d'Allemagne; la seconde partie s'occupe de la technique de calcul, des signes et abréviations appliqués dans les relevés

de comptes. L'étude est abondamment illustrée.

BENDA KÁLMÁN: *II. Rákóczi Ferenc török politikájának első éve. 1702—1705.* [Les premières années de la politique de François II Rákóczi à l'égard des Turcs. 1702—1705. — Первые годы турецкой политики Ференца Ракоци II. 1702—1705.] TSz 1962. Том. 5. No. 2. pp. 189—209.

Se fondant en premier lieu sur les documents conservés aux Archives d'État de Vienne et aux Archives du Ministère des Affaires Étrangères de Paris, l'auteur traite des démarches diplomatiques qui, par l'intermédiaire de la France, furent faites auprès de la Sublime Porte par le chef de l'insurrection nationale hongroise contre les Habsbourg; ces démarches visaient, d'une part, à empêcher une

alliance entre le sultan et les Habsbourg et une nouvelle domination turque en Hongrie et, d'autre part, elles se proposaient d'assurer à la guerre d'indépendance un appui diplomatique et militaire de la part des Turcs. Résumés en russe et en français.

CSIZMADIA ANDOR: *Az egyházi mezővárosok jogi helyzeté és küzdelmük a felszabadulásért a XVIII. században.* [La situation juridique des bourgades ecclésiastiques et leur lutte, pour l'indépendance au XVIII^e siècle. — Правовое положение степных городов принадлежащих церкви и их борьба за освобождение в XVIII. в.] — Вр. 1962. Tankönyvkiadó. 80 p. (Studia iuridica auctoritate Universitatis Pécs publicata 24.)

Née du milieu agricole et assujettie au pouvoir du seigneur, la bourgade hongroise (oppidum) disposa d'une autonomie limitée et de certains privilèges. Des 500 à 600 bourgades qui existèrent en Hongrie au XVIII^e siècle, l'auteur analyse la situation de 44 d'entre elles se trouvant sous l'autorité des seigneurs ecclésiastiques; il décrit leur état juridique, leur autonomie, leurs privilèges et leur organisation intérieure au sein du mécanisme de l'Etat. La seconde partie de l'ouvrage donne un compte rendu détaillé sur la lutte de classe menée par la bourgeoisie de ces villes, les mesures prises par elle en vue de se dégager de l'autorité seigneuriale. Parmi les 44 bourgades il n'y en eut que deux (Pécs et Győr) qui réussirent à se libérer au cours du XVIII^e siècle, les autres ne conquièrent leur franchise qu'à l'époque de la révolution bourgeoise de 1848. Résumés en russe et en français.

DÜMMERTH DEZSŐ: *Göttinga és a magyar szellemi élet.* [Göttingue et la vie intellectuelle hongroise. — Гэттинген и венгерская общественность.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 25 p. (A Budapesti Egyetemi Könyvtár Kiadványai 15.)

L'auteur établit le nombre des étudiants hongrois à l'université de Göttingen entre 1734 et 1831, ainsi que leur origine géographique et sociale et expose le rôle qu'ils jouèrent dans la vie culturelle de la Hongrie des XVIII^e—XIX^e siècles.

FALLER JENŐ: *A magyar bányagépesítés útirói a XVIII. században.* (Hell Máté Kornél és Hell József Károly főgépmester élete és munkássága.) [Les pionniers de la mécanisation des mines de Hongrie au XVIII^e siècle. (La vie et l'activité des chefs-mécaniciens Máté Kornél Hell et de József Károly Hell.) — Инициаторы снаряжения венгерских шахт машинами в XVIII. в. (Жизнь и деятельность главных масте-

ров машин Матэ Корнела Хелл и Йозефа Кароля Хелл.) A Nehézipari Műszaki Egyetem Közleményei. Tom. 6. pp. 181—201.

FEKETE, L.: *Beiname (laqab), Personename (isim) und Apposition (na'a) in den Ofner muqāta'a-Deftern.* [Имена (laqab) (isim) и (na'a) в книге muqāta'a из Буды.] АО 1962. Tom. 15. Fasc. 1—3. pp. 97—109.

A l'aide de l'analyse des patronymes turcs (mahométans), hongrois, juifs, latins, pravoslaves, tzigans et grecs figurant dans les registres muqāta'a provenant des années 1550 et 1580, l'auteur affirme que l'usage des trois éléments de désignation patronymique répondait nécessairement à la nécessité de définir les appartenances des personnes à tel ou tel groupe ethnique ou confession.

HECKENAST GUSZTÁV: *Lányi Pál. (A magyarországi korai kapitalizmus történetéhez.)* [Pál Lányi. (Contribution à l'histoire des débuts du capitalisme en Hongrie.) — Пал Лани. (К истории раннего капитализма в Венгрии.)] TSz 1962. Tom. 5. No. 1. pp. 18—36.

Biographie de Pál Lányi (1670—1735), patron de mine en Hongrie septentrionale. Inspecteur national de l'exploitation du fer à l'époque de la guerre d'indépendance de François II Rákóczi, il construisit le premier haut-fourneau en Hongrie. Résumés en russe et en français.

HECKENAST GUSZTÁV: *A vaskohászat története Magyarországon a honfoglalástól a XVIII. század közepéig.* [L'histoire de la sidérurgie en Hongrie depuis la Conquête arpadienne jusqu'au milieu du XVIII^e siècle. — История черной металлургии от завоевания родины до середины XVIII. века.] — Kohászati Lapok, 1962. Tom. 95. No. 7. pp. 330—334.

HORÁNYI MÁTYÁS: *The Magnificence of Eszterháza.* [Развлечения Эстерхази.] Вр.— London, 1962. Akadémiai Kiadó — Barrie & Rockliff. 260 p.

Chroniques des activités théâtrales qui se déroulèrent au XVIII^e siècle, dans les châteaux que la famille des princes Eszterházy possédait en Hongrie occidentale (Kismarton, Eszterháza), suivie d'un relevé détaillé des troupes qui y jouèrent et du répertoire de pièces de théâtre et d'opéras qui y furent représentés.

KÁLDY-NACY, J.: *The Cash Book of the Ottoman Treasury in Buda in the Years 1558—1560.* [Кассовая приходная книга оттоманской казны Буды 1558—1560 гг.] АО 1962. Tom. 15. Fasc. 1—3. pp. 173—182.

A l'aide des données du livre de comptes de Buda conservé à la bibliothèque de Gotha, l'auteur décrit le mécanisme de l'administration financière turque quant aux revenus du fisc et suivant les trois principaux types de perception: 1. impôt perçu par vilayet (en premier lieu le *jizye*), 2. revenus dits *muqāta'a*, 3. impôts particuliers acquittés par certaines localités (*kesim*).

KOSÁRY DOMOKOS: *Egy gazdasági utazás a II. József-kori Magyarországon*. [Le voyage d'un négociant en Hongrie à l'époque de Joseph II. — Хозяйственное путешествие по Венгрии во время Йозефа II.] AtSz 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 208—233.

Communication du compte rendu en allemand rédigé par J. B. Neyss, négociant à Fiume (Rijeka), sur son voyage fait en Hongrie en 1787 sur mandat officiel, document conservé aux Archives Nationales de Budapest. Ce voyage avait pour but de développer le trafic des matières premières et des produits semi-finis de Hongrie vers les ports du littoral croate. Résumés en russe et en allemand.

[LENGYEL BÉLA—TÓTH ANDRÁS] Бела Лендьел—Андраш Тот: *Ломоносов, как источник труда Прай Дьёрдь по ранней истории*. [Lomonosov, source des ouvrages d'histoire ancienne de György Pray.] AnnÜB 1. 1962. pp. 171—174.

MARKÓ ÁRPÁD: *Le Maire francia kuruc hadmérnök brigadéros emlékirata XIV. Lajoshoz Rákóczi szabadságharcának idejéből. 1710. augusztus 1.* [Mémoire soumis à Louis XIV par le français Le Maire, ingénieur du génie et brigadier-général dans l'armée des insurgés de François II Rákóczi dans la dernière phase de cette guerre. 1^{er} août 1710. — Напоминание французского куруцкого военного инженера Ле Мэр бригадира к Лудовику XIV. во время освободительной войны Ракоци, 1-го августа 1710. г.] НК 1962. Tom. 9. No. 2. pp. 102—118.

Traduction en hongrois du «Mémoire concernant la guerre d'Hongrie» conservé aux Archives du Ministère des Affaires Étrangères de Paris (Correspondance politique. Hongrie. Tome XV. Fol. 259—267.) nantie d'une introduction et suivie de commentaires.

PALÁSTI LÁSZLÓ: *Franciahegy. Franciavölgy. Franciapusztá*. [Mont français, Vallée française, Puszta française — Французская гора, Французская долина, Французская пустыня.] Szegedi Pedagógiai Főiskola Évkönyve. 1962. 1^{re} Partie. pp. 52—62.

Toponymes de Hongrie gardant le souvenir de Français.

SCHRAMM F.: *On Hungarian Organ Building in the 18th Century*. [Изготовление органов в Венгрии в XVIII. в.] StM 1962. Tom. II. Fasc. 1—4. pp. 267—280.

SOMOGYI ÉVA: *A határörvidéki privilégiumok hatása a paraszti osztályharc alakulására a XVII. században*. [Horvátországi parasztfelkelés, 1653—59.] [Les effets des privilèges dans les marches-frontières sur l'évolution de la lutte de classe des paysans au XVII^e siècle. (Le soulèvement de Croatie, 1653—59.) — Влияние привилегий пограничных областей на развитие классовой борьбы крестьянства в XVII. в. (Крестьянское восстание в Хорватии. 1653—59.)] TSz 1962. Tom. 5. No. 2. pp. 149—172.

L'auteur démontre que les serfs et les soldats-paysans libres (Valaques des seigneurs particuliers et de l'Église) de différentes couches jouèrent, eux aussi leur rôle dans le soulèvement paysan de Croatie, entre 1653 et 1659. Les premiers visaient à devenir soldats-paysans libres, indépendants des seigneurs, tandis que les derniers s'efforçaient de défendre leurs privilèges. Résumés en russe et en français.

SZENTGYÖRGYI MÁRIA: *Jobbágyterhek a XVI—XVII. századi Erdélyben*. [Redevances des serfs en Transylvanie aux XVI^e—XVII^e siècles. — Обязанности крепостных в Трансильвании в XVI—XVII. веках.] Bp. 1962. Akadémiai Kiadó. 104 p. (Értekezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat 27.)

Basée sur une riche matière documentaire, l'étude met en relief quelques problèmes majeurs de l'évolution de la société rurale qui, en Transylvanie fut fort différenciée. La première partie s'occupe des différentes couches de serfs, analyse leur situation économique, décrit les prestations qu'elles devaient au seigneur, à l'État et à l'Église, ainsi que les impôts dont elles s'acquittèrent. La seconde partie se penche sur l'étude des charges militaires grevant les serfs; que la troisième soumet à l'examen la situation des serfs domaniaux et le chapitre final traite du développement du servage et des charges échéant aux serfs.

VÖRÖS KÁROLY: *Vas megye 1744. évi adóösszeírása*. [Le rôle des impositions du comitat de Vas, en 1744. — Налоговая регистрация комитата Ваш в 1744. г.] Bp. 1962. Polycop. 277 p., 1 carte. (Történeti statisztikai kötetek.)

L'auteur de l'ouvrage cherche à élucider les problèmes méthodologiques d'ordre général rattachés à la mise au point et à l'appréciation, du point de vue de la statistique historique, des recense-

ments dressés dans les comitats à l'ère du féodalisme tardif; ces recensements sont un groupe de documents jusqu'à présent négligés mais d'une très grande portée quant à la reconstitution des conditions économiques et sociales. En communiquant le recensement du comitat de Vas, en Hongrie occidentale, il présente du même coup un modèle de mise au point. L'introduction aux tableaux statistiques essaie de donner une analyse récapitulative de la structure économique et sociale de la société du XVIII^e siècle.

ZIMÁNYI VERA: *Majorsági gazdálkodás a rohonc-szalónaki társadalomban a XVII. század derekán.* [Économie allodiale dans la copropriété de Rohonc-Szalónak au milieu du XVII^e siècle. — Барское хозяйство в поместье Рохонц-Салонак в середине XVII.

века.] *AtSz* 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 25—51.

L'auteur de l'étude relate à partir du début du XV^e siècle la formation et l'expansion de l'économie allodiale dans un domaine comprenant 38 villages et bourgades qui, au XVI^e siècle, devint propriété de la famille Batthyány. L'auteur constate que les terres appartenant aux fermes seigneuriales étaient cultivées, et cela même au XVII^e siècle, uniquement à l'aide des corvées des serfs; la production et les revenus toujours croissants ne servaient qu'à couvrir les grands frais de la cour princière, ainsi que les besoins de la domesticité et du personnel militaire, et ne profitaient nullement au développement de la production marchande. Résumés en russe et en allemand.

6. Histoire de Hongrie 1790—1849 — История Венгрии в 1790—1849 гг.

DIÓSZEGI ISTVÁN: *La politique extérieure autrichienne dirigée contre les mouvements révolutionnaires en Italie. (1820—1825.)* (Lettres inédites de Metternich dans le département des manuscrits de la Bibliothèque Nationale Széchényi.) [Внешняя политика Австрии против революционных движений в Италии. (1820—1825 гг.)] (Неопубликованные письма Меттерниха в Коллекции рукописей Национальной библиотеки им. Сеченьи.) *AUSB Sectio historica* IV. pp. 81—106.

Les lettres de Metternich — adressées à Antal Apponyi ambassadeur d'Autriche à Rome — communiquées ici ont été écrites après le déclenchement de la révolution de Naples, à l'époque de la préparation et du déroulement des Congrès de Troppau et de Laibach et nous donnent des informations propres à illustrer cette situation extrêmement grave où se trouvait l'Autriche à la suite des événements de juillet 1820 à Naples.

DÜMMERTH DEZSŐ: *Horvát István ifjúsága. (Egyetemi élet Pesten a napóleoni időkben.)* [La jeunesse d'István Horvát. (Vie universitaire à Pest à l'époque napoléonienne.) — Юность Иштвана Хорвата. (Студенческая жизнь в г. Пешт в наполеоновское время.)] *AnnUB* 1. pp. 179—199.

Au travers des années d'études d'István Horvát (1784—1846), historien et professeur à l'université, l'auteur de l'étude présente la vie sociale et culturelle de l'Université de Pest dans les premières années du XIX^e siècle.

GÁBRY GY[ÖRGY]: *Das Meisterbuch der Pester Instrumentermacher-Innung.* [Книга

мастеров цеха, изготавливающего музыкальных инструментов.] *StM* 1962. Tom. 2. Fasc. 1—4. pp. 331—344.

Se fondant sur les indications portées entre 1836 et 1867, dans le *Meisterbuch*, l'auteur nous renseigne sur les 59 membres de la corporation des luthiers de Pest.

GOMBÁR JÓZSEF: *Debrecen agrárviszonyai és agrártársadalmi a XIX. század első felében.* [Les conditions agricoles et la société agraire de Debrecen dans la première moitié du XIX^e siècle. — Agrarные отношения и аграрное население г. Дебрецена в первой половине XIX. в.] *Debrecen*, 1962. 111 p., 1 t. 2 cartes. (A Déri Múzeum Baráti Körének kiadványai 3.)

Fondé sur une abondante matière documentaire, l'ouvrage traite des problèmes relatifs à l'histoire agricole de Debrecen et expose les changements accomplis dans la période en question quant aux formes de propriété foncière. L'auteur de l'ouvrage démontre que, dans cette ville, les citadins ne constituèrent que l'une des couches sociales qui était loin d'être homogène; dès lors, on ne saurait parler d'égalité entre les citoyens.

HORVÁTH RÓBERT: *Az első magyar népeségutudományi mű megjelenésének 150. évfordulójára.* (Fejes János: „De Populatione in genere et in Hungaria in specie.” Pest, 1812.) [Le 150^e anniversaire de la publication du premier ouvrage démographique hongrois. (— „De Populatione in genere et in Hungaria in specie.” Pest, 1812. — 150. годовщина появления первой венгерской демографической работы.)] *StSz* 1962. Tom. 40. No. 8—9. pp. 860—871.

Premier essai d'appréciation de la carrière et l'oeuvre de l'écrivain hongrois qui s'occupa de démographie.

MIHALIK SÁNDOR: *A hermányi kőedénygyár.* [La poterie de Hermány. — Завод фаянсовых посуды в Хермань.] FA Tom. 14. pp. 189—210.

Description de la fabrique de poterie du comitat de Sáros (aujourd'hui en Tchécoslovaquie) et de sa production de 1817 à 1821.

MOLLAY KÁROLY: *Adalék a francia nyelvi műveltség magyaróvári terjesztéséhez.* [Contribution à la diffusion de la culture de langue française à Magyaróvár. — Данные к распространению французской языковой культуры в г. Мадырвоар.] Arrabona Tom. 4. pp. 133—135.

L'auteur communique un distique latin rédigé en 1820 en l'honneur de J. K. Neidhardt, professeur de français au lycée des piaristes de Magyaróvár.

OROSZ ISTVÁN: *Széchenyi és a jobbágykérdés.* [Széchenyi et la question du servage. — Сечени и вопрос крепостных.] AtSz 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 52—94.

L'étude résume les conceptions professées par Széchenyi sur la question du servage et de l'affranchissement des serfs et montre qu'elles furent celles d'un pionnier. Cependant, l'auteur de l'étude ne manque pas de relever qu'aux alentours de 1840, Széchenyi en était resté au rachat définitif et spontané.

SARLÓS MÁRTON: *Die Ansichten des Grafen*

Stefan Széchenyi über die ungarische Staatlichkeit, über die Grundsätze der Verfassung und die Revolution von 1848—1849. [Взгляды графа Иштвана Сечени относительно венгерской государственности, основных принципов конституции и революции 1848—1849]. гг AUSB Sectio juridica III. pp. 49—62.

SPIRA GYÖRGY: *Tarnóczy Kázmér kísérlete az 1848-i jobbágyfelszabadítás megszorítására.* [L'essai de Kázmér Tarnóczy en vue de mettre obstacle à l'affranchissement des serfs en 1848. — Попытка Казмера Тарночи к ограничению освобождения крепостных в 1848. г.] AtSz 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 266—278.

Texte jusqu'à présent ignoré du projet de loi élaboré en mars 1848 par Kázmér Tarnóczy, député du comitat conservateur de Nyitra à la Diète; ce projet visait à entraver l'affranchissement des serfs édicté par la Diète. L'auteur de l'étude relate l'histoire de l'élaboration et du rejet du projet et analyse sa tendance rétrograde.

URBÁN ALADÁR: *L'influenza nell' Ungheria dei movimenti italiani rivoluzionari per l'indipendenza in primavera dell'anno 1848.* [Влияние италиянского революционного движения за независимость в Венгрии весной 1848. г.] AUSB Sectio Historica, Tom. 4. pp. 107—122.

Contribution à l'histoire des relations progressistes italo-hongroises où l'auteur met l'accent sur les manifestations italo-phililes de l'opinion publique hongroise en 1848.

7. Histoire de Hongrie 1849—1917 — История Венгрии в 1849—1917 гг.

BÓNIS GYÖRGY: *Nagy György és az 1914 előtti magyar köztársasági mozgalom.* [György Nagy et le mouvement républicain hongrois d'avant 1914. — Дьёрдь Надь и венгерское республиканское движение перед 1914. годом.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 112 p. (Értekezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat 26.)

L'auteur décrit l'activité de György Nagy, avocat et député de l'aile gauche du Parti de l'Indépendance, et l'histoire du mouvement républicain qu'il lança et organisa entre 1911 et 1914; il donne un aperçu de la revue Magyar Köztársaság (République Hongroise) éditée à Hódmezővásárhely, ainsi que sur le Parti Républicain Hongrois; il relate aussi l'activité du Parti de Lajos Kossuth constitué après l'entrée en vigueur en 1913 de la loi réprimant la lèse-majesté et traite des mesures prises par les autorités et le

gouvernement en vue d'écraser le mouvement. Pour terminer, analyse l'idéologie et le programme de ce mouvement qui joua un rôle notable dans l'adhésion des intellectuels et petits-bourgeois de province aux idées révolutionnaires.

GÁRDOS MARISKA: *Szállj gondolat... (Emlékiratok.)* (2. kiad.) [A la recherche des souvenirs... (Mémoires.) (2^e éd.) — Лети мысль... (Мемуары) Изд. 2.] Вр. 1962. Szépirodalmi Kiadó. 383 p.

Vétéran du mouvement ouvrier hongrois, ancienne ouvrière puis journaliste l'auteur de ces mémoires présente sous une forme littéraire la Hongrie des années précédant la première guerre mondiale et relate ses impressions de France et d'Amérique.

HANÁK PÉTER: *Vázlatok a századelő magyar társadalmáról.* [Esquisse de la société

hongroise du début du XX^e siècle. — Очерки о венгерском обществе начала XX. века.] TSz 1962. Tom. 5. No. 2. pp. 210—245.

Précédée d'une brève introduction démographique-statistique, l'étude esquisse les traits fondamentaux de la structure de la société hongroise d'avant la première guerre mondiale. L'auteur souligne que les éléments d'origine féodale et bourgeoise existèrent en symbiose à tous les niveaux de cette structure. Après avoir décrit les classes dominantes grandes-propriétaires et financières, il s'occupe en détail de l'évolution spécifique de la classe moyenne hongroise, évolution définie non par la position dirigeante des couches bourgeoises montantes, mais bien par celle de la gentry en voie de déchéance. Un autre problème central de cette évolution sociale fut celle de l'arrêt de l'embourgeoisement de la paysannerie. Les traits spécifiques et l'évolution déformée de la société bourgeoise firent que les groupements politiques par intérêts de classe se trouverent désaxés par le principe ordonnateur du nationalisme. Dès lors, les principales luttes politiques de l'époque furent menées par deux camps nationalistes et ce n'est qu'après 1905 que se développa l'antagonisme fondamental entre la réaction impérialiste hongroise et les forces relativement faibles de la démocratie. Résumés en russe et en français.

JENEI KÁROLY—SÁRKÖZI ZOLTÁN—SZILÁGYI GÁBOR: *A Gábor Aron Vasöntöde és Gépgyár története. (1862—1962.)* [L'histoire de la Fonderie de Fer et de la Fabrique de Machines Gábor Áron. (1862—1962.) — История чугунолитейного и машиностроительного завода им. Арона Габора. (1862—1962.)] Bp. 1962. Táncsics Kiadó, 223 p.

Histoire centenaire des fabrications, l'administration et du développement technique de l'ancienne Fonderie et Fabrique de Machines Oetl. Les auteurs y traitent aussi de la situation et des mouvements revendicatifs des ouvriers de l'usine.

KATONA IMRE: *Types of Work Groups and Temporary Associations of Seasonal Labor in the Age of Capitalism.* [Типы рабочих групп и временные объединения во время сезонных работ во время капитализма.] AEt 1962. Tom. XI. Fasc. 1—2. pp. 31—84.

KOLOSSA TIBOR: *Adatok az agrárnépesség összetételéhez az Osztrák—Magyar Monarchiában (1900 körül).* [Documents relatifs à la composition de la population rurale dans l'Empire d'Autriche—Hongrie (vers 1900). — Данные к структуре аграрного населения в Австро—Венгерской Монархии. (около

1900.)] AtSz 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 95—128.

Étude comparative d'histoire agraire fondée sur des investigations statistiques. L'auteur examine d'abord la composition sociale de la population rurale à la lumière des données professionnelles fournies par le recensement de 1900 et analyse ensuite sur la base des statistiques agricoles, hongroise de 1895 et autrichienne de 1902, la répartition suivant leur étendue du nombre des exploitations. A l'aide des proportions des différentes catégories de propriété foncière, il arrive à classer par types les pays et provinces de l'Empire; il corrobore les résultats ainsi obtenus par les données de la répartition des propriétés effectuée selon la mesure de l'impôt foncier. Résumés en russe et en allemand.

LUKÁCS LAJOS: *Garibaldi magyar önkéntesei és Kossuth Lajos 1860—61-ben.* [Les volontaires hongrois de Garibaldi et Lajos Kossuth en 1860—61. — Венгерские добровольцы Гарибальди и Лайоша Кощут в 1860—61. годах.] Bp. 1962. Akadémiai Kiadó, 134 p. (Értekezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat 24.)

L'étude relate le rôle et l'activité des volontaires hongrois en Italie en 1860—61. Il présente les chefs hongrois qui combattirent dans l'armée de Garibaldi et traite de la formation de la Légion Hongroise qui compta près de 500 hommes de sa structure et de ses faits d'armes. Pour terminer, l'auteur s'étend aux relations que Kossuth en émigration entretenit avec cette Légion. En annexe, 9 documents de l'époque. Résumé en italien.

MERÉNYI LÁSZLÓ: *Antimilitarista mozgalmak hazánkban a Monarchia katonai előkészületei ellen 1912 őszén.* [Mouvements antimilitaristes en Hongrie lors des préparatifs de guerre de l'Empire en automne 1912. — Антимилитаристские движения в Венгрии против военной подготовки Монархии, осенью 1912. г.] НК 1962. Tom. 9. No. 2. pp. 73—101.

La première partie de l'étude traite des préparatifs de guerre de l'Empire d'Autriche-Hongrie au moment du commencement des hostilités dans les Balkans. Contre ces préparatifs de guerre, la classe ouvrière syndiquée fut unie à l'opposition parlementaire de la bourgeoisie et des grands propriétaires, ainsi qu'aux populations allogènes; leur action s'exprima lors de meetings et de manifestations de masse. Spontanément, de nombreux mobilisables et appelés sous les drapeaux désertèrent et se développa la propagande antimilitariste au sein de l'armée.

[PALOTÁS EMIL] Эмил Палоташ, К истории соглашения 1897 г. между Австро-Венгрией и Россией. [Contribution à l'histoire du pacte de 1897 entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie.] *AUSB Sectio Historica*, Tom. IV. pp. 123—134.

RÁSONYI, L.: *Sir Aurel Stein. (On the Centenary of His Birth.)* [Сэр Аврел Штейн.] *AO* 1962. Tom. 15. Fasc. 1—3. pp. 241—252.

Compte rendu de l'oeuvre d'Aurel Stein (1862—1942), célèbre voyageur et savant d'origine hongroise.

Szántó Béla tanulmánya az első világháború előtti magyarországi ellenzéki szociáldemokrata irányzatokról. Közli Erényi Tibor. [L'étude de Béla Szántó sur les tendances social-démocrates oppositionnelles dans la Hongrie d'avant la première guerre mondiale. Communiquée par —. Статья Бельи Санто об оппозиционных социалдемократических направлениях в Венгрии, перед первой мировой войной. Публикует —.] *PtK* 1962. Tom. 8. No. 4. pp. 133—148.

Étude manuscrite de Béla Szántó, commissaire du peuple à la défense pendant la commune de 1919, rédigée en 1946 sous le titre: «L'opposition de gauche de la social-démocratie de Hongrie avant la première guerre mondiale.»

SEKERES JÓZSEF—TÓTH ÁRPÁD: *A Klement Gottwald (Ganz) Villamosági Gyár története.* [Histoire de l'Usine Électrique Klement Gottwald (Ganz). — История электрического завода им. Клемента Готтвальда (Ганза).] *Bp.* 1962. *Közgazdasági és Jogi Kiadó.* 367 p.

Les auteurs décrivent jusqu'en 1961 l'histoire des ateliers de constructions électriques de l'ancienne Usine Ganz

fondés en 1878 et devenus plus tard usine indépendante. Ils portent une attention toute particulière au développement technique de l'usine et à l'activité de ses célèbres ingénieurs, auteurs d'inventions (K. Zipernowsky, M. Déri, O. T. Bláthy et K. Kandó), qui eurent le mérite d'élever la valeur de cette fabrique au niveau international.

TÓTH EDE: *Mocsáry, Eötvös, Madách a nemzetiségi kérdésről az abszolútizmus válságának éveiben.* [Les conceptions de Mocsáry, Eötvös et Madách sur la question des minorités nationales dans les années de la crise du régime absolutiste. — Позиция Мочары, Этвеша и Мадача в национальном вопросе в годах кризиса абсолютизма.] *FK* 1962. Tom. 8. No. 1—2. pp. 134—146.

Cette étude expose les idées et les propositions pratiques suggérées par ces trois représentants caractéristiques des intellectuels hongrois libéraux nobles et bourgeois qui, en 1850 et 60, s'étaient opposés à la révolution. Les idées des József Eötvös et Imre Madách réunirent la majorité au sein du Parti de Deák et donnèrent la base de la loi de 1868 sur les minorités nationales; Lajos Mocsáry qui préconisait l'alliance avec les tendances nationalistes qui admettaient l'hégémonie hongroise et le règlement légal de la question se trouve de plus en plus isolé.

VARGA LAJOS: *A közegészségügy rendezése és helyzete hazánkban a múlt század utolsó negyedében.* [La réglementation de la santé publique en Hongrie et sa situation dans le dernier quart du siècle passé. — Урегулирование и состояние санитарного дела в Венгрии в последней четверти прошлого века.] *CMed* 1962. Supl. 1. pp. 3—142.

8. Histoire de Hongrie 1918—1919 — История Венгрии в 1918—1919 гг.

BELLÉR BÉLA: *A Tanácsköztársaság egyházpolitikájáról.* [De la politique ecclésiastique de la République Hongroise des Conseils. — Политика Советской республики по отношению к церкви.] *Világosság* 1962. Tom. 3. No. 7—8. pp. 97—101.

L'auteur de l'étude expose les mesures prises par le Conseil Gouvernemental Révolutionnaire visant à la séparation de l'État et des Églises, à la nationalisation des biens ecclésiastiques et à la garantie des moyens d'existence du bas-clergé.

CSILLAG FERENC: *A politikai biztosok szerepe a Tanácsköztársaság Vörös Hadseregében.* [Le rôle des commissaires politiques

dans l'Armée Rouge de la République Hongroise des Conseils. — Роль комиссаров в Красной Армии Советской Республики, Венгрии.] *HK* 1962. Tom. 9. No. 1. pp. 100—124.

KIS ALADÁR: *A Gramsci két cikke a Magyar Tanácsköztársaságról.* [Deux articles de A. Gramsci sur la République Hongroise des Conseils. — Две статьи Грамши о венгерской Советской республике.] *PtK* 1962. Tom. 8. No. 3. pp. 124—132.

Les articles parus dans les numéros du 9 août et du 25 octobre 1919 de l'Ordine Nuovo sont de précieuses contributions à la connaissance des répercussions internationales de la révolution hongroise.

MÉSZÁROS KÁROLY: *Adalékok a Tanácsköztársaság gazdasági-pénzügyi helyzetének alakulásához, a város és falu közötti termékcserehez, a rekvirálásokhoz.* [Contributions relatives à l'évolution de la situation économique et financière de la République Hongroise des Conseils, à l'échange des produits entre villes et campagnes et aux réquisitions. — Данные к истории хозяйственно-финансового положения Советской республики, к истории обмена продуктами между городом и деревней, к истории реквизиций.] PtK 1962. Tom. 8. No. 3. pp. 38—61.

L'auteur de l'étude décrit les facteurs qui définirent la situation économique de la République des Conseils et souligne que l'échange direct de produits entre villes et campagnes était inévitable du fait des conditions particulières à l'époque et que le pouvoir prolétarien avait pris des mesures pour éliminer les intermédiaires.

MILÉI GYÖRGY: *A Kommunista Magyarországi Pártjának megalakításáról.* [De la constitution de Parti des Communistes de Hongrie. — О создании Венгерской Партии Коммунистов.] Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 77 p. (Munkásmozgalom történeti tanulmányok.)

L'auteur présente les groupes et courants politiques dont la fusion fut à l'origine de la constitution, le 24 novembre 1918, du Parti des Communistes de Hongrie: groupes de sociaux-démocrates de gauche, socialistes dits révolutionnaires, mouvement communiste des anciens prisonniers de guerre hongrois en Russie. Corrigeant les données inexactes et erronées répandues auparavant, l'auteur use de méthode scientifique pour reconstituer les conditions économiques, sociales et politiques, ainsi que les circonstances historiques qui présidèrent à la constitution du Parti Communiste.

„Mindenkire újakra készül...” *Az 1918/19-es forradalmak irodalma. 2. kötet. A polgári forradalom publicisztikája és irodalmi élete.* (Szerk. és jegyzetekkel ellátta József Farkas.) [«Gestation des temps nouveaux...» La littérature des révolutions de 1919/19. Vol. 2. Le journalisme et la vie littéraire sous la révolution bourgeoise. (Réd. et annoté par —.) — «Все готовятся к новому...» Литература революции 1918/19. гг. Т. 2. Публицистика и литературная жизнь буржуазной революции. (Ред. и примечания сост. —.)] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 970 p. (Irodalom — szocializmus.)

Choix de textes littéraires de l'époque révolutionnaire.

Soós KATALIN: *A nyugat-magyarországi kérdés.* (1918—1919.) [La question de la Hongrie occidentale. (1918—1919.) — Вопрос западной Венгрии 1918—1919.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó, 67 p. (Értekezések a történettudományok köréből. Új sorozat 25.)

Après la désagrégation de l'Empire d'Autriche-Hongrie, une des questions décisives qui définit les relations entre l'Autriche et la Hongrie fut celle de l'appartenance de la zone frontrière ethniquement mélangée (populations croate, hongroise et allemande). L'étude décrit la politique des révolutions hongroises à cet égard, ainsi que les aspirations des milieux officiels et officieux d'Autriche; elle indique que ce fut avec l'arrière-pensée d'acquiescer cette région de Hongrie occidentale que les milieux conservateurs autrichiens lancèrent leurs actions contre la République Hongroise des Conseils.

ZRINSZKY LÁSZLÓ: *A Magyar Tanácsköztársaság emléke költészetünkben. 1919—1945.* [Kiadja] a Magyar Tudományos Akadémia Irodalomtörténeti Intézete. [La mémoire de la République Hongroise des Conseils dans la poésie hongroise. 1919—1945. (Publ.) par —.] Венгерская Советская республика в венгерской поэзии. 1919—1945. (Изд.) —.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 147 p. (Irodalomtörténeti Füzetek 38.)

L'auteur expose quelle fut la position des différents courants et groupes littéraires hongrois entre 1919 et 1945 à propos de la République Hongroise des Conseils.

ZSILÁK ANDRÁS: *A Külföldi Munkások és Földművesek Kommunista Pártja a Turkesztáni Szövetséges Tanácsköztársaság területén (1918—1919).* [Le Parti Communiste des Ouvriers et Paysans Étrangers en République Soviétique Fédérative du Turkestan (1918—1919). — Коммунистическая Партия иностранных рабочих и земледельцев на территории Туркестанской ССР. (1918—1919.)] PtK 1962. Tom. 8. No. 3. pp. 62—89.

A l'aide de documents d'archives ignorés jusqu'à présent et d'ouvrages soviétiques, l'auteur relate la situation des prisonniers de guerre qui avaient été internés au Turkestan, le mouvement révolutionnaire qu'ils organisèrent après 1915 et la participation des prisonniers de guerre hongrois dans la lutte menée pour le pouvoir des Soviets.

9. Histoire de Hongrie 1919—1945 — История Венгрии в 1919—1945 гг.

Cikkek a Párt munkamódszeréről és tömegkapcsolatairól az illegális „Pártmunká”-ban (1932—1935). Közli Friss István. [Articles concernant les méthodes de travail et les liens du Parti avec les masses dans la revue clandestine «Pártmunka» (1932—1935). Communiqués par —. Статьи подпольной «Партийной Работы» о методах работы партии и ее связях с массами (1932—35)] Публ. —.] РтК 1962. Tom. 8. No. 4. pp. 149—187.

Sept articles choisis de l'organe clandestin polycopié qui était publié à l'intention des militants permanents du Parti Communiste de Hongrie.

CSIMA JÁNOS: *A magyar hadseregfejlesztés távlati terveinek kudarca a második világháború alatt.* [L'échec des projets à long terme de modernisation de l'armée hongroise au cours de la seconde guerre mondiale. — Крах перспективных планов развития венгерской армии во время II. мировой войны.] НК 1962. Tom. 9. No. 1. pp. 40—66.

La modernisation de l'armée hongroise commença dans le cadre du programme de Győr, en 1938, mais surtout après le 1^{er} mars 1941. Cependant, le désastre dans la campagne contre l'Union Soviétique du Corps d'Armée motorisé attira l'attention sur l'insuffisance de cette modernisation; dès lors, le programme dit Huba III prescrivit un accroissement notable des forces aériennes et blindées. Mais, en raison de la situation économique, du comportement du haut-commandement allemand et de l'insuffisance du recrutement en officiers, ce développement fut fort inférieur aux prévisions.

Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához, 1936—1945. [Szerk. Zsigmond László.] 4. JUHÁSZ GYULA: *Magyarország külpolitikája a 2. világháború kitörésének időszakában. 1939—1940.* [Kiad. a] Magyar Tudományos Akadémia Történettudományi Intézete. [Documents diplomatiques concernant la politique étrangère de la Hongrie. 1936—1945. (Réd. par —.) 4. —; La politique étrangère de la Hongrie à l'époque du déclenchement de la deuxième guerre mondiale. 1939—1940. (Publ. par —.) Дипломатические документы внешней политики Венгрии. 1936—1945. (Ред. —.) 4. —; Внешняя политика Венгрии в период начала II. мировой войны. 1939—40 (Публ. —.)] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 904 p.

La première partie du volume éclaire l'évolution de la situation internationale à partir de la crise de Dantzig et l'effet qu'elle exerça sur la ligne de politique

extérieure suivie par le gouvernement Teleki. La politique étrangère du cabinet hongrois ne cessa de s'appuyer sur celle de l'Axe — et, de préférence, sur l'Italie — tout en s'efforçant, au cas d'une guerre mondiale, d'éviter la rupture avec les puissances occidentales.

La seconde partie contient les documents qui se rapportent à la période «de la drôle de guerre». A cette époque, les classes dirigeantes hongroises espéraient la formation d'un front capitaliste homogène. Les documents suivants s'occupent du projet de bloc de l'Europe centrale, des négociations entamées à Venise par le ministre hongrois des affaires étrangères, Csáky, de la conférence de Belgrade des États de l'Alliance Balkanique, du voyage fait en mars 1940 à Rome par le premier ministre hongrois Teleki, et enfin de la lettre du chef du gouvernement à Hitler. Ce volume s'arrête au 10 mai 1940. Il comporte plusieurs index et des extraits des documents allemands.

DOMOKOS JÓZSEF: „... emlékezz proletár!” *Sallai Imre és Fürst Sándor pere.* [«... Rappelle-toi, prolétaire!» Le procès d'Imre Sallai et de Sándor Fürst. — «... не забудь пролетарий!» Процесс Имре Шаллай и Шандора Фюрст.] Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 307 p., 5 t.

Le livre relate les antécédents et le cours du procès d'exception — qui s'acheva par deux condamnations à mort — entamé en 1932 contre deux dirigeants du mouvement communiste de Hongrie; il retrace aussi l'action populaire, mais infructueuse, qui fut lancée pour sauver les condamnés. L'auteur montre que le tribunal d'exception eut recours à des procédés qui, même par rapport aux règles juridiques en vigueur à l'époque, étaient illégaux, ceux-ci ayant pour effet d'entraver le travail de la défense.

GAZSI JÓZSEF—HARSÁNYI JÁNOS: *Dokumentumok a magyar ellenállási mozgalom történetéből a második világháború idején.* [Documents concernant l'histoire du mouvement hongrois de résistance dans la période de la seconde guerre mondiale. — Документы по истории движения сопротивления в Венгрии, в период II. мировой войны.] НК 1962. Tom. 9. No. 2. pp. 262—308.

Des documents communiqués, il ressort que, dès l'année 1942, plusieurs centaines de soldats de l'armée hongroise envoyée contre l'Union Soviétique étaient passés aux partisans. Les refus d'obéissance aux ordres de combattre les partisans devinrent de plus en plus fréquents.

En 1943, commença l'organisation de la Légion Hongroise, dont l'activité, en raison de la résistance des officiers prisonniers de guerre, fut vouée à l'échec. En 1944, eut lieu, aux environs de Munkács, l'engagement de l'unité de partisans «Rákóczi» qui causa de fortes pertes à l'occupant allemand.

GERGŐ ZOLTÁN: *Kommunista újságírók a „Népszava”-nál (1938–1944)*. [Des journalistes communistes au «Népszava» (1938–1944). — Коммунистические журналисты о газете «Непсава». (1938–1944)] PtK 1962. Tom. 8., No. 4. pp. 188–196.

Souvenirs personnels des luttes menées par les communistes dans la presse ouvrière légale (social-démocrate) pour la diffusion des idées léninistes et de la politique du Parti Communiste de Hongrie.

GODÓ ÁGNES: *A Horthy-fasizmus agresszív katonai tervének előtérbe kerülése az 1927–1929-es években*. [La prédominance des projets militaires agressifs du régime fasciste de Horthy pendant les années 1927–1929. — Выдвижение на первый план агрессивных военных планов фашизма Горты, в 1927–29. гг.] НК 1962. Tom. 9. No. 1. pp. 67–99.

La cessation du contrôle militaire permanent et la consolidation économique du régime contre-révolutionnaire donnèrent aux chefs militaires horthystes des possibilités de développement de l'armée. A la place de l'armée de métier, on commença en 1928 à mettre sur pied une armée de contingent basée sur le service militaire obligatoire et, par ailleurs, en accroissant les effectifs des unités existantes, en formant de nouvelles, ouvertement ou par camouflage sous forme de jumelage, on créa un minimum de catégories d'armes modernes. Cette réorganisation ayant cependant manqué de fonds matériels et financiers, seules quelques unités furent mises au niveau du pied de guerre.

HAJDU JÁNOS—TÓTH BÉLA, C.: *Der Volksbund in Ungarn*. [Фольксбунд в Венгрии.] Вр. 1962. Pannonia. 66 p., 8 t. (Paru en anglais et en français aussi.)

Après avoir esquissé l'origine et l'histoire de ce Volksbund, les auteurs montrent en premier lieu quelles furent les méthodes par lesquelles, sous le camouflage de la défense des intérêts de la minorité allemande de Hongrie, cette organisation servit les aspirations conquérantes du III^e Reich. Volume paru en anglais et en français.

KARSAI ELEK: „Fegyvertelen álltak az aknamezőkön...” *Dokumentumok a munkaszolgálat történetéhez Magyarországon*. Szerk.

és bev. — 1–2. köt. [«Désarmés sur les champs de mine...» Documents relatifs à l'histoire du S.T.O. en Hongrie. Réd. et intr. par —. Vol. 1–2. — «Стояли без оружия на минных полях.» Документы по истории трудовой повинности в Венгрии. Ред. и предисловие —. Т. 1–2.] Вр. 1962. М. Изр. Orsz. Képviselete.

Les 323 documents du recueil et son étude d'introduction relatent l'histoire du S.T.O. en Hongrie. Dès 1919, l'idée avait été formulée de rassembler les ouvriers syndiqués et les juifs déclarés inaptes au service militaire armé pour des raisons politiques, dans ces «compagnies spéciales de travail». En 1937–38, période du développement de l'armée, la discrimination à l'égard des juifs revint à l'ordre du jour. L'auteur expose l'origine des décrets qui eurent pour résultat la mise sur pied des compagnies de juifs soumis au service du travail obligatoire. Au printemps de 1942, avec la 2^e armée hongroise, près de 50 000 de ces requis furent envoyés au front de l'Est, où la plupart d'entre eux périrent. A l'époque où Vilmos Nagy fut ministre de la défense, leur situation connut une certaine amélioration. En effet, la pénurie de main d'oeuvre avait amené le gouvernement à ne pas utiliser le service du travail obligatoire à l'anéantissement physique des juifs, mais à les faire travailler de façon «efficiente». Cependant, avec l'occupation du pays par les Allemands la situation empira considérablement. En novembre 1944, les formations de service du travail obligatoire encore existantes furent expédiées vers l'Allemagne à marches forcées et, chemin faisant, furent victimes de véritables massacres.

KIS ALADÁR: *A Teleki-kormány külpolitikája a második világháború előtt*. [La politique étrangère du gouvernement Teleki avant la deuxième guerre mondiale. — Внешняя политика правительства Телеки перед второй мировой войной.] МТ 1962. Tom 7. No 6–7. pp. 359–380.

Résumant les phases les plus notables de la politique étrangère de Pál Teleki (adhésion au pacte anti-Komintern, abandon de la Société des Nations, participation au démembrement de la Tchécoslovaquie, occupation de l'Ukraine subcarpathique) l'auteur de l'étude souligne que cette politique — malgré les intentions subjectives de Teleki — accéléra le processus qui fit que la Hongrie fut le dernier satellite de Hitler.

KUN JÓZSEF: *Magyarország második világháborúba való belépésének katonapolitikai vonatkozásai*. [Les incidences de politique mili-

taire qui présidèrent à l'entrée de la Hongrie dans la deuxième guerre mondiale. — Военно-политические стороны вопроса вступления Венгрии во вторую мировую войну.] НК 1962. Tom. 9. No. 1. pp. 3—39.

Au delà des conceptions de l'état-major hongrois se trouvant à la remarque des Allemands, l'auteur de cette étude expose quels furent les plans militaires de Hitler en rapport avec la Hongrie. Bien que la Hongrie n'eut effectivement pas figuré dans le plan Barberousse, le commandement allemand s'employa à convaincre la Hongrie de moderniser son armée de manière à pouvoir participer à la campagne contre l'Union Soviétique cependant, il veilla à ce que cette intention ne fût pas dévoilée trop tôt en Hongrie. Pour terminer, l'auteur énumère les faits qui contribuèrent à l'entrée en guerre de la Hongrie.

ROZSNYÓI ÁGNES: *A Szálasi puccs.* [Kiad. a] Levéltárak Országos Központja. [Le coup d'État de Szálasi. (Publié) par —. — Путь Салаша (Публ.) —.] — Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 107 p., 4 t.

L'étude relate l'histoire de la Hongrie depuis le 23 août, date de la demande d'armistice des Roumains, jusqu'au 16 octobre, jour de l'abdication du régent Miklós Horthy. L'auteur décrit les tentatives équivoques et avortées d'une partie des dirigeants et du gouvernement pour se retirer de la guerre et les mesures prises par les Allemands et leurs mercenaires hongrois à leur encontre. Le 15 octobre, jour du coup d'État de Szálasi, marque du même coup la faillite politique du régime horthyste qui duraît depuis 25 ans. Bien que Horthy se décidât à rompre avec l'Allemagne, il ne fut pas capable d'opposer le pays à Hitler, et ainsi il transmit le pouvoir à Szálasi.

SZABÓ ÁGNES: *A Csuvara-ügy. (Részletek Prónay Pál naplójából.)* Közli — [L'affaire Csuvara. (Extraits du journal de Pál Prónay.) Communiqué par —. — Дело Чувары. (Отрывки из дневника Пала Пронай.) Публ. —] PtK 1962. Tom. 8. No. 3. pp. 133—144.

Retrouvé en 1958, le journal du lieutenant-colonel Pál Prónay, chef d'un détachement d'officiers contre-révolutionnaires, contient des passages qui éclairent le rôle que joua un certain Mihály Csuvara. Ancien prisonnier de guerre en Russie, il déploya une activité de mouchard en 1919—1920 au sein du mouvement communiste de Hongrie et parmi les émigrés communistes hongrois à Vienne.

SZÉKELY LAJOS: *Gömbös Gyula külpolitikai koncepciójának kialakulása.* [Les idées

de politique étrangère de Gyula Gömbös. — Формирование внешнеполитических концепций Дьюлы Гёмбёша.] Valóság 1962. Tom. 5. No. 6. pp. 82—89.

Les idées de politique étrangère du président du conseil Gömbös (1932—1936) étaient fondées sur l'alliance germano-italienne créée sous le signe du fascisme. Il fut le premier à formuler la conception de l'Axe autour duquel se grouperaient les États vaincus dans la première guerre mondiale, pour engager le combat en vue d'un nouveau partage du monde. La participation de la Hongrie dans ce système d'alliance devait non seulement assurer la révision du Traité de Trianon, mais aussi l'hégémonie hongroise dans le Bassin danubien et sur une partie des Balkans.

SZEKERES JÓZSEF: *Budapesti városatyák panamáí.* [Kiad. a] Levéltárak Országos Központja. [Les escroqueries des édiles de Budapest. (Publ.) par —. — Панамы муниципальных депутатов г. Будапешта. [(Публ.) —.] Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 115 p.

Se fondant sur les documents d'archive de l'époque, l'auteur relate les escroqueries commises par les anciens édiles de Budapest, abusant de leurs qualités officielles. Les énormes profits provenant des emprunts et des entreprises publiques ne furent pas utilisés à l'amélioration de la situation de la population nécessiteuse, et moins encore à des réalisations sociales, mais bien à leur propre bénéfice. Sous leurs bannières de «chrétiens», ils n'aspiraient qu'au pouvoir et aux prébendes.

SZUNAY MIKLÓS: *Az állami beavatkozás és a magyar mezőgazdaság az 1930-as években.* [Kiad. a] Marx Károly Közgazdaságtudományi Egyetem Gazdaságtörténeti Tanszéke. [L'intervention de l'État et l'agriculture hongroise au cours des années 1930. (Publ.) par —. — Государственное вмешательство и сельское хозяйство в Венгрии в 30-х годах XX. в. (Публ.) —.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 365. p. (Gazdaságtörténeti értekezések.)

Le livre expose les phases initiales de l'établissement du capitalisme monopoléur d'État dans l'agriculture hongroise des années 1930. L'illustrant par une ample matière statistique et procédant à une comparaison avec l'évolution de l'économie mondiale, l'auteur expose l'évolution de l'agriculture hongroise après 1919, son organisation commerciale et l'effet de la crise économique de 1929—1933. C'est dans la période de la crise que se fit prévaloir la politique d'intervention de l'État dont les formes, les moyens et les résultats apparaissent

dans ce livre à l'aide d'une riche matière documentaire. L'auteur conclut que l'intervention de l'État, au premier chef dans la commercialisation des produits agricoles, n'eut pas pour effet de faire sortir l'agriculture hongroise de la stagnation caractéristique de la période de l'entre-deux-guerres et ne parvint pas à donner un essor à l'évolution capitaliste de l'agriculture dans la seconde moitié des années 30.

ZÁGONI ERNŐ: *A munkásegységfront problémái Magyarországon a Szovjetunió elleni háborúba lépés idején.* [Les problèmes du front ouvrier uni à l'époque de l'entrée en guerre de la Hongrie contre l'Union Soviétique. — Вопросы единого фронта рабочих в Венгрии во время вступления в войну

против СССР.] TSz 1962. Tom. 5. No. 2. pp. 246—274.

L'auteur souligne que l'entrée en guerre contre l'Union Soviétique eut pour effet de rendre plus résolue l'unité d'action des groupes du mouvement ouvrier influencés par les communistes et les sociaux-démocrates. Ces circonstances incitèrent les dirigeants du Parti Communiste de Hongrie à engager, en automne 1941, des négociations avec l'aile gauche du Parti Social-Démocrate. Ce rapprochement et cette coopération eurent pour résultat la reprise des mouvements de masse antifasciste et antimilitariste, ainsi que la formation du Front National pour l'indépendance.

10. Histoire de Hongrie depuis 1945 — История Венгрии с 1945 г.

Budapest a szocializmus útján. 1950—1960. [Kiad. a] Központi Statisztikai Hivatal, Budapest Városi Igazgatóság. [Budapest sur la voie du socialisme. 1950—1960. (Publ.) par —. — Будапешт на путях к социализму. 1950—1960. (Публ.)—.] Bp. 1962. Közgazdasági és Jogi Kiadó. 31 p., 16 t.

Recueil de données statistiques concernant l'évolution démographique, économique, sociale et culturelle de la capitale.

KIRSCHNER BÉLA—RÁCZ BÉLA: *Harc a Weiss Manfréd-Művek, a Ganz és a Rimamurány-Salgótarjáni Vasmű vállalatainak állami kezelésbe vételéért.* [Luttes pour la nationalisation des Usines Weiss Manfréd Ganz et des Usines Sidérurgiques de Rimamurány-Salgótarján. — Борьба за национализацию предприятий Манфреда Вейс, Ганза, и железо-обрабатывающего завода им. Рима-мурань—Шалготарян.] PtK 1962. Tom. 8. No. 4. pp. 31—67.

La nationalisation des positions-clé de l'industrie lourde constitua l'un des points du projet économique d'ensemble élaboré par le Parti Communiste Hongrois en février 1946. À l'aide d'une abondante documentation archivée, les auteurs relatent des huit mois de luttes au cours desquelles, avec le concours des partis du Bloc des Gauches, le PCH obtint, à la fin de 1946, la nationalisation de ces trois entreprises d'industrie lourde.

[NÉVAI LÁSZLÓ:] Ласло Неваи, *Развитие организации суда Венгерской народной демократии (1945—1961 гг.).* [L'évolution de l'organisation judiciaire dans la démocratie populaire hongroise. (1945—1961).] AUSB Sectio Iuridica, Tom. 3. pp. 19—47.

SÁGVÁRI ÁGNES: *Küzdelem a demokratikus centralizmus érvényesítéséért (1918—1962).* — [Lutte pour l'application du centralisme démocratique (1918—1962). — Борьба за установление демократического централизма (1918—1962 гг.)] Pártélet 1962. Tom. 7. No. 10. pp. 51—58.

L'auteur constate qu'en 1918—19, et à l'époque de clandestinité qui suivit, tout aussi bien qu'au cours des années 1944—45 les principes du centralisme démocratique ne cessèrent d'être en vigueur dans la vie du parti, principes qui pendant les années 1950 se virent relégués au second plan. Cependant, dans la période succédant à 1956—57, le Parti Socialiste-Ouvrier Hongrois a rétabli le respect des normes du centralisme démocratique, ce qui influa d'une manière favorable sur la vie publique du pays.

STRASSENREITER ERZSÉBET: *A stabilizáció megvalósításának történetéhez.* [Contribution à l'histoire de la stabilisation économique. — К истории осуществления стабилизации.] PtK 1962. Tom. 8. No. 3. pp. 90—116.

L'étude analyse le projet de stabilisation élaboré en mai 1946 par le Parti Communiste Hongrois, projet qui entendait obtenir la consolidation économique en s'appuyant sur les ressources matérielles du pays. L'auteur brosse un tableau de la grave situation économique du pays, du niveau de vie de la classe ouvrière dans la période de l'inflation. Pour terminer, il expose l'activité déployée par le Parti et les syndicats en vue du succès de la stabilisation.

SZABÓ BALINT: *Forradalmunk sajátosságai. 1944—1948.* [Kiad. a] MSZMP Központi

Bizottságának Párttörténeti Intézete. [Les particularités de notre révolution. 1944—1948. (Publ.) par —. — Особенности нашей революции. 1944—1948. (Изд.) —.] Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 74 p.

L'auteur expose sa nouvelle conception relative à la division chronologique et aux différentes étapes de la transformation démocratique populaire qui se déroula en Hongrie. Il situe le développement et la victoire de la révolution démocratique populaire à la fin de 1944 et au début de 1945. Le développement de la révolution atteignit en été 1945 une nouvelle étape: la révolution démocratique devint socialiste. La phase du passage dura deux ans et c'est à partir du milieu de 1947 que l'on assiste à l'expansion de la révolution socialiste, phase qui dans la première

moitié de 1948 mit fin à la première période de la transformation démocratique populaire en Hongrie.

VASS HENRIK: *A szövetségi politika időszere kérdései*. [Les problèmes actuels de la politique d'alliance. — Актуальные вопросы политики с союзниками.] РтК 1962. Том. 8. No. 4. pp. 1—30.

L'auteur de l'étude souligne que, par suite de la juste politique d'alliance pratiquée par le Parti Socialiste Ouvrier Hongrois, les rapports de ces dernières années, la structure de classe s'est modifiée et le peuple hongrois a réussi à poser les fondements du socialisme. En vue de la formation de l'unité socialiste nationale, cette juste politique d'alliance doit être poursuivie.

11. Vie scientifique — Научная жизнь

BURGER ALICE, Sz.: *Archäologische Forschungen im Jahre 1961*. [Археологические исследования в 1961. г.] АЕ 1962. Vol. 89. No. 2. pp. 257—273.

EMBER GYÖZÖ: *Beszámoló a Magyar Országos Levéltár 1961-ben végzett és 1962-re tervezett munkájáról*. [Rapport sur les travaux effectués en 1961 aux Archives Nationales de Hongrie et sur ceux prévus pour l'année 1962. — Отчет о работе Государственного Архива в 1961 г. и о планах работы на 1962. г.] LSz 1962. Vol. 12. No. 2. pp. 28—66.

FALLER JENŐ: *Beszámoló bányászattörténeti kutatómunkánk tíz esztendejéről*. — [Exposé de dix années de recherches d'histoire des mines en Hongrie. — Отчет о десятилетней исследовательской работе по истории шахт в Венгрии.] (Bányászati Lapok 1962. Tom. 95. No. 11. pp. 176—183.

PECZE FERENC: *Állam- és jogtörténetünk művelésének új vonásai*. [Nouveaux traits dans l'historiographie politique et juridique hongroise. — Новые черты в разработке истории нашего государства и права.] JK 1962. Tom. 17. No. 11. pp. 601—607.

Compte rendu de l'activité déployée au cours des cinq dernières années par la Section d'Histoire politique et Juridique créée en 1957 par l'Association des Juristes Hongrois.

WELLMANN IMRE: *Agrártörténetünk módszerének kérdéséről*. [A propos de la méthodologie en matière d'histoire agricole hongroise. — О методологических вопросах нашей аграрной истории.] AtSz 1962. Tom. IV. No. 1—2. pp. 293—339.

Ayant exposé et passé au crible de la critique les résultats acquis jusqu'à présent, l'auteur de l'étude esquisse les trois principales lignes de recherches: l'examen de l'expansion de telle ou telle plante et branche de culture, etc.; analyse de l'évolution de telle ou telle unité économique donnée; estimation à l'échelle nationale de la situation agricole de telle ou telle époque. Il réclame aussi l'emploi de la statistique et de la cartographie pour l'examen des différents facteurs d'histoire agricole. Résumés en russe et en allemand.

12. Histoire universelle — Всемирная история

ALFÖLDI GÉZA: *Die Gesellschaft der Urbevölkerung Dalmatiens zur Zeit der römischen Eroberung*. [Общество древнего населения Далмации во время римского завоевания.] AUSB Sectio Historica, Tom. IV. pp. 17—26.

L'auteur établit qu'au II^e siècle avant notre ère et au I^{er} siècle, de grands écarts se manifestaient dans l'état de développement économique et social des tribus de Dalmatie. La population du littoral de sud

disposait d'une industrie, d'un commerce, d'une production marchande et d'une monnaie de haute valeur; elle connaissait la stratification sociale en classes et l'organisation d'un État. Chez les Livourniens vivant de la piraterie, les clans structuraient encore la société, de sorte qu'on n'y trouve pas trace d'institutions d'État. La majorité de la population autochtone s'occupant d'agriculture et d'élevage ne con-

naissait encore qu'un degré inférieur de société tribale et de clans.

ALFÖLDI GÉZA: *A szkordiszkuszok szállás-területe*. [Le territoire d'établissement des Scordisques. — Территория расселения скордисков.] AÉ 1962. Tom. 89. No. 2. pp. 147—159.

L'auteur relate, à partir du milieu du II^e siècle avant notre ère, l'histoire des Scordisques d'origine celtique qui s'étaient établis dans les territoires septentrionaux et centraux des Balkans. Il réfute la conception qui veut que ce peuple, accusant une forte régression numérique, s'était retiré au cours du II^e siècle avant notre ère, en Syrmie. Ils conservèrent le gros de leurs territoires d'établissement situés au sud de la Save même sous les empereurs romains, mais, conformément aux frontières des provinces, leur tribu se répartit en trois groupes, chacun d'eux s'organisant en *civitas* séparées (*Scordisci* en Pannonie, *Dindari* en Dalmatie et *Celegeri* en Moesie). Résumé en allemand.

ANTALEFFY GY[ÖRGY]: *L'organisation de l'État d'Athènes sous le régime de l'esclavage*. [Организация афинского рабовладельческого государства.] AJ 1962. Tom. 4. Fasc. 3—4. pp. 225—259.

L'auteur donne un aperçu sur la composition, la sphère d'attributions et le fonctionnement des organes (assemblée populaire, conseil, fonctionnaires élus, tribunaux, armée) du pouvoir d'État à Athènes et, pour terminer, il procède à la critique de cette organisation, en partant des points de vue de la doctrine politique et du droit constitutionnel.

BETLEN OSZKÁR: *Az antifasiszta népfront-kormány kérdéséről*. [A propos de la question du gouvernement de front populaire antifasciste. — О вопросе антифашистского правительства народного фронта.] PtK 1962. Tom. 8. No. 3. pp. 1—37.

La première partie de l'étude expose les antécédents au VII^e Congrès (1935) de l'Internationale Communiste qui élaborait une nouvelle ligne politique et tactique; il traite des discussions et des prises de position qui, au cours des années 1920 et 30 aux différents congrès de l'Internationale et au sein des partis communistes des différents pays, se manifestèrent quant aux problèmes concernant les gouvernements ouvriers et de front unique précédant la révolution prolétarienne. Après avoir analysé le Congrès de 1935, l'auteur décrit les luttes menées par les communistes espagnols et français pour la création d'un gouvernement de front populaire.

BODROCI TIBOR: *Társadalmak születése*. [Naissances des sociétés. — Рождение обществ.] Bp. 1962. Gondolat, 187 p. (Gondolattár 13.)

L'auteur brosse un tableau d'ensemble sur la structure et l'organisation des sociétés primitives. Il décrit les liens du sang et de production définissant la place et le rôle de l'individu dans la société, présente les groupes de parenté, locaux et d'âge, relate le processus du développement du commandement et des classes sociales et s'occupe des phases les plus importantes qui marquent la vie des sociétés primitives depuis leur naissance jusqu'à leur disparition.

BRÓSZ RÓBERT: *Use and Meaning of the Terms „decurio” and „curialis” in the Sources of Roman Law*. [Применение и значение терминов „decurio” и „curialis” в источниках римского права.] AUSB Sectio iuridica III. pp. 133—146.

CZEGLEDY, K.: *Çoyay-quzi, Qara-qum, Kök-öng*. AO 1962. Tom. 15. Fasc. 1—3. pp. 55—69.

L'auteur avance de nouvelles propositions quant à l'identification et à la topographie exacte des trois toponymes figurant sur l'inscription de Ton Youfouq. Partant de ce fait, il essaie d'élucider les événements historiques qui se déroulèrent au VII^e siècle dans les régions frontalières du nord-ouest de la Chine, en premier lieu les changements de lieux de résidence du peuple *T'u-chüeh*, la direction de ses migrations et son rôle historique.

DOLMÁNYOS ISTVÁN: *A kelet-európai föld-reformok néhány problémája. (1917—1939.) I.* [Quelques problèmes concernant les réformes agraires exécutées en Europe orientale. (1917—1939.) I. — Некоторые проблемы земельных реформ в восточной Европе. (1917—1939.) I.] AtSz 1962. Tom. 4. No. 1—2. pp. 128—156.

Première partie d'une étude procédant à l'examen et à l'analyse comparatifs des réformes agraires effectuées en Europe orientale après la première guerre mondiale. L'introduction historiographique est suivie d'un aperçu sur la société agraire des pays de l'Europe orientale au début du XX^e siècle. Dans la suite, l'auteur expose le cours et les résultats de la révolution agraire en Union Soviétique. Résumés en russe et en allemand.

DOLMÁNYOS ISTVÁN: *Le problème des réformes agraires dans l'Europe orientale après la Première Guerre mondiale*. [Некоторые проблемы земельных реформ в Восточной Европе перед первой мировой войной.] AUSB Sectio Historica, Tom. IV. pp. 149—158.

Étude historiographique qui soumet à la critique les ouvrages traitant des problèmes des réformes agraires dans plusieurs pays d'Europe orientale. L'auteur souligne la nécessité de la rédaction d'une monographie d'histoire universelle comparative d'esprit marxiste, celle-ci manquant encore sur les problèmes en question.

FERENCZY ENDRE: *A Codex Hammurapi megalálásának 60. évfordulóján.* (Jog és könyvtár az ókori Közel-Keleten.) [Le 60^e anniversaire de la découverte du Codex Hammurapi. (Droit et bibliothèques au Proche-Orient de l'antiquité.) — 60. годовщина нахождения Кодекса Хаммураби. (Право и библиотека на ближнем востоке древнего мира.)] МК 1962. Tom. 78. No. 4. pp. 317—322.

L'auteur souligne l'importance historique du Codex Hammurapi et expose ses antécédents sumer-akkad. Il décrit les traits caractéristiques de la jurisprudence et de l'enseignement du droit à Babylone et précise leur place dans l'évolution juridique de l'antiquité.

FERENCZY ENDRE: *Bevezetés az ékírásos jogtörténetbe.* — *Introduction to the History of Cuneiform Law. Bibliográfia.* — *Bibliography.* [Введение в историю клинописной истории прав. Библиография.] Вр. 1962. 5 micro-cartes, 5 micro-feuilles. (A Magyar Tudományos Akadémia Könyvtárának mikrokiadványai.)

A francia enciklopédia. Szemelvények. Összeáll. és a jegyzeteket készítette Győry János. Az előszót írta Szigeti Györgyné. Fordította Komoly Péter. [L'encyclopédie française. Morceaux choisis. Présentés et annotés par —. Introduction de —. Traduction de —. — Французская энциклопедия. Отрывки. Сост. и автор. примечаний — Автор предисловия — Переводчик —] Вр. 1962. Gondolat. 253 p., 8 t. (Európai antológia. A francia felvilágosodás.)

Nantis d'une étude d'introduction, les titres choisis de l'Encyclopédie rédigée par Diderot se groupent selon des sphères de thèmes (philosophie, sciences — société, politique — économie politique — artisanat, arts).

HAJDU PÉTER: *A finnugor népek és nyelvek.* [Les peuples et les langues finno-ougriens. — Финно-угорские народы и языки.] Вр. 1962. Gondolat. 425 p., 16 t., 4 cartes.

Le livre donne entre autres un bref aperçu sur l'évolution historique des peuples finno-ougriens, parents du peuple hongrois.

HARMATTA JÁNOS: *Bizánc és a türkök kapcsolatainak kezdetei.* [Byzance et les débuts des ses relations avec les Türk. — Начало

отношений между Византией и тюрками.] АТ 1962. Tom. 9. No. 1—2. pp. 39—53.

Passant au crible de la critique les sources consultées et procédant à une analyse de linguistique comparative, l'auteur conclut que la première ambassade türk arrivée à Byzance en 563 sous le nom de *кермиχίωνες* (= moyen perse *kirmi-xuñ*) et envoyée par le prince (*Ἀσκήλ* = *Askil*) de la première *Nu-shi-pi* tribu (O-si kie) des Turcs occidentaux engagea des négociations à l'aide d'interprètes perses sur l'action commune à lancer contre les Avars réfugiés à l'Ouest. Par contre, la seconde ambassade envoyée à Byzance en 568 avait des membres sogdiens qui introduisirent dans le grec le nom ethnique turc (*τὸυρκοί* sogdien *türk*) et le nom de Silzibulos, khagan türk d'Occident (*Σιζάβουλος* sogdien *Sizābu* ou *Sizābu*).

HORVÁTH P[ÁL]: *Les communautés paysannes du moyen-âge comme instruments de la justice et de la taxation féodales.* [Средневековые деревенские общины как средства феодального судопроизводства и налогообложения.] АЖ 1962. Tom. 4. Fasc. 3—4. pp. 357—382.

L'étude décrit comment se transforma le système judiciaire des communautés paysannes libres slaves, germaniques et hongroises au cours du développement des rapports féodaux. La juridiction paysanne continua d'une part de conserver les vestiges des anciennes communautés et devint d'autre part l'instrument de l'expropriation seigneuriale et de l'imposition d'État.

JEMNITZ JÁNOS: *A II. Internacionálé 1912-es rendkívüli bázei Kongresszusa.* [Le Congrès extraordinaire de la II^e Internationale, à Bâle en 1912. — Чрезвычайный конгресс II. Интернационала в г. Базель в 1912 г.] TSz 1962. Tom. 5. No. 1. pp. 61—88.

L'auteur expose les positions que les socialistes des différents pays prirent à propos de la situation de crise déclenché par la guerre dans les Balkans, et quels furent leurs préparatifs au Congrès de Bâle qui était destiné à servir de démonstration unanime contre la guerre. Il relate et analyse en détail le déroulement du Congrès, la naissance de la Déclaration et les répercussions qu'ils eurent à l'échelle internationale. Résumés en russe et en français.

JEMNITZ JÁNOS: *Párizstól Bázelig. A háború kérdése és a II. Internacionálé.* [De Paris à Bâle. La question de la guerre et la II^e Internationale. — От Парижа к Базелю.

Вопрос войны и II. Интернационал.] PtK 1962. Tom. 8. No. 4. pp. 85—122.

A la lumière des débats et des décisions de ses Congrès la première partie de l'étude décrit les luttes contre la guerre et les prises de position de la II^e Internationale à partir de 1889 jusqu'en 1911. La seconde partie est consacrée à l'analyse de l'attitude des partis socialistes des différents pays à l'époque de la guerre dans les Balkans et apprécie la démonstration de paix que fut le Congrès extraordinaire de 1912 à Bâle.

JÓZSA, S.: *Die Bemühungen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie um die Erwerbung eines Settlements in China*. [Усилия Австро-Венгерской Monarchie в целях приобретения одного из settlements Китая.] AO 1962. Tom. 15. Fasc. 1—3. pp. 155—159.

L'auteur relate les vaines démarches qu'en 1899 M. Czikkan, ministre d'Autriche-Hongrie à Pékin, fit avec l'appui des Allemands et des Italiens pour obtenir par la voie diplomatique une base commerciale et maritime austro-hongroise en Chine.

KÁKOSY LÁSZLÓ: *The Pyramid Texts and Society in the Old Kingdom*. [Тексты пирамид и общество в древней империи.] AUSB Sectio Historica Tom. IV. pp. 3—16.

A l'aide d'abondantes citations, l'auteur montre comment les textes des pyramides jettent de la lumière sur les conditions sociales et politiques de l'Ancien Empire d'Égypte, sur les conflits intérieurs croissant dans la société, sur les aspirations et l'idéologie des différentes couches sociales et sur les processus de désagrégation continu de l'Ancien Empire.

KOVÁCS ENDRE: *A mai polgári történetírás*. [L'historiographie bourgeoise contemporaine. — Современная буржуазная историография.] Вр. 1962. Gondolat. 209 p. (Studium könyvek 38.)

Ouvrage d'information destiné au grand public s'intéressant à l'histoire. L'auteur y expose les principales tendances de l'historiographie moderne anglaise, américaine, française, ouest-allemande et autrichienne, leurs écoles et leurs représentants les plus éminents. Il expose leurs résultats et leurs idées quant aux problèmes les plus importants relatifs à l'histoire économique, sociale et politique. Il met l'accent sur la lutte entre les conceptions progressistes et réactionnaires.

MARÓTI EGON: *A deloszi rabszolgapiac és a kalózkodás*. [Le marché aux esclaves de Delos et la piraterie. — Рынок рабов г. Делос и

пиратство.] AT 1962. Tom. 9. No. 1—2. pp. 1—12.

L'auteur décrit les relations commerciales que Delos entretint au cours du II^e siècle avant notre ère et souligne le rôle décisif que la piraterie florissante dans le bassin oriental de la Méditerranée jouait dans l'approvisionnement en esclaves des grands domaines agricoles d'Italie et de Sicile. Il expose les raisons qui incitèrent l'empire romain, au tournant du II^e et de I^{er} siècles, à agir contre les pirates et à prendre des mesures visant à garantir la sécurité du commerce maritime. La richesse de Delos et son rôle central disparurent simultanément à la consolidation de la situation en Orient et en conséquence de la transformation de la structure du commerce maritime.

MOLNÁR FERENC: *Az ipari termelés alakulása az Amerikai Egyesült Államokban a második világháború után*. [L'évolution de la production industrielle aux États Unis de l'Amérique après la seconde guerre mondiale. — Состояние промышленного производства в США после второй мировой войны.] StSz 1962. Tom. 40. No. 7. pp. 709—724.

Se fondant sur les indices de la production industrielle élaborés par le Federal Reserve Board et sur les données fournies par le Federal Reserve Bulletin, l'auteur étudie la production industrielle et ses changements de structure les plus notables; la deuxième partie, basée sur les données mensuelles, nous informe des particularités présentées par la production industrielle dans les différentes phases de crise.

A nemzetközi munkásmozgalom története. 1848—1945. [Irtá] (Óvári Miklós, Gyovai Gyula stb.) [Histoire du mouvement ouvrier international. 1848—1945. (Par) — История международного рабочего движения. 1848—1945. (Авторы —)] Вр. 1962. Kossuth Kiadó. 309 p.

Synthèse servant de manuel d'enseignement.

SIK ENDRE: *Histoire de l'Afrique noire*. Tom. 1., 2. éd. [История черной Африки.] Вр. 1962. Akadémiai Kiadó. 406 p., 25 t.

Synthèse d'une importance fondamentale, qui, basée sur toute la littérature qui y est relative et sur les sources publiées, résume l'histoire de l'Afrique depuis l'antiquité jusqu'à nos jours. Réparti en quatre périodes, le premier volume embrasse jusqu'en 1900 l'histoire des pays et des peuples d'Afrique, et celle de la colonisation européenne. 1. Histoire intérieure des peuples d'Afrique et leurs rapports avec les Européens avant l'invasion de

ceux-ci (jusqu'à la fin du XV^e siècle); 2. L'époque de l'accumulation primitive et celle de la traite des esclaves (XVI—XVIII^e siècles); 3. L'époque du capitalisme; le développement des luttes entre les puissances capitalistes en Afrique (1789—1870); 4. L'époque de la venue de l'impérialisme, l'occupation de l'Afrique et sa répartition par les puissances d'Europe (1870—1900). Ce recueil est complété par une bibliographie et par d'abondantes illustrations.

(SZAMUELY TIBOR): *Az újkori egyetemes történelem dokumentumokban (1870—1918)*. [L'histoire universelle de l'âge moderne à la lumière des documents. (1870—1918.) — Новая история в документах. (1870—1918.)] Вр. 1962. Tankönyvkiadó. 489 p.

TŐKEI FERENC: *Az ázsiai termelési mód kérdéséhez*. [A propos du mode de production asiatique. — К вопросу азиатского способа производства.] Valóság 1962. Tom. 5. No. 5. pp. 8—24.

Analysant les applications de Marx quant aux formes de propriété d'avant la production capitaliste, l'auteur en conclut que le mode de production dit «asiatique» ne saurait être considéré comme une quatrième formation fondamentale précédant le capitalisme, mais, vu le type, comme une formation transitoire entre le mode de production de la communauté primitive et celui de l'antiquité. L'évolution de l'Orient n'est compréhensible qu'en tenant compte de la catégorie du «mode de production asiatique», dès lors cette catégorie constitue une partie organique et d'une importance fondamentale de la conception marxiste de l'histoire.

URAY G[ÉZA]: *The Offices of the brui-pas and Great mñans and the Territorial Division of Central Tibet in the Early 8th Century*. [Должности «brui pas» и великого «mñans»

и территориальное деление среднего Тибета в раннем VIII. веке.] АО 1962. Том. 15. Fasc. 1—3. pp. 353—360.

Soumettant à l'examen des données relatives aux deux dignités en question, l'auteur conclut que, dans la première moitié du VIII^e siècle, une réorganisation territoriale avait eu lieu au Tibet central.

ZSIGMOND LÁSZLÓ: *A fasiszta fajelmélet térhódításának gazdasági és társadalmi tényezőiről (1939—1945)*. [Les facteurs économique et sociaux de l'expansion de la théorie raciste fasciste (1939—1945). — Об экономических и общественных факторах распространения фашистской расовой теории. (1939—1945.)] PtK 1962. Tom. 8. No. 4. pp. 68—84.

L'auteur cherche à répondre à la question de savoir comment la majorité du peuple allemand — et une considérable partie de sa classe ouvrière — devinrent les instruments de Hitler. Pour l'élucider, il soumet à l'examen le changement qui s'était accompli au cours de la guerre dans la structure de la société: par l'emploi grandissant d'une main d'oeuvre étrangère prisonnière, décru le nombre des Allemands vivant d'occupations productives et, simultanément, alla en augmentant la couche parasitaire chargée de la surveillance de cette main-d'oeuvre étrangère. La théorie raciste gagna du terrain au fur et à mesure que la transformation susindiquée de la structure sociale progressait; il ne s'agissait de rien d'autre que de l'exercice d'une autorité sur des masses considérées comme inférieures et d'origine étrangère, provenant de l'espace vital conquis par les armes; simultanément se créait le moyen idéologique de la mentalité et du comportement à leur égard; et quant aux moyens à appliquer, en cette affaire de peuples «inférieurs» s'étaient les juifs qui servaient de cobayes.

**Liste des abréviations des titres des revues — Список сокращений
заглавий журналов**

A É	Archaeológiai Értesítő (Bulletin d'Archéologie)	LK	Levéltári Közlemények (Bulletin des Archives — Архивные Известия)
AEt	Acta Ethnographica Academiae Scientiarum Hungariae	LSz	Levéltári Szemle (Revue des Archives — Архивное Обзорение)
AJ	Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungariae	MFSz	Magyar Filozófiai Szemle (Revue Hongroise de Philosophie — Венгерское Обзорение по Философии)
AnnUB	Annales Bibliothecae Universitatis de Rolando Eötvös nominatae. 1. 1962.	MK	Magyar Könyvszemle (Revue Hongroise du Livre — Венгерское Книжное Обзорение)
AO	Acta Orientalia Academiae Scientiarum Hungariae	ММК	Magyar Mezőgazdasági Múzeum Közleményei (Bulletin du Musée Hongrois d'Agriculture — Сообщения Сельскохозяйственного Музея Венгрии)
AT	Antik Tanulmányok (Études d'Antiquité — Античные Исследования)	MNy	Magyar Nyelv (Langue Hongroise — Венгерский Язык)
AtSz	Agrártörténeti Szemle (Revue d'Histoire Agricole — Вестник Аграрной Истории)	MT	Magyar Tudomány (Science Hongroise — Венгерская Наука)
AUSB	Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae	PtK	Párttörténeti Közlemények (Bulletin d'Histoire du Parti — Известия по Истории Партии)
CMed	Communicationes ex Bibliotheca Historiae Medicae Hungarica	StM	Studia Musicologica
FA	Folia Archaeologica	StSz	Statisztikai Szemle (Revue de Statistique — Статистическое Обзорение)
FK	Filológiai Közlöny (Bulletin de Philologie — Филологический Вестник)	TSz	Történelmi Szemle (Revue d'Histoire — Историческое Обзорение)
HK	Hadtörténelmi Közlemények (Bulletin d'Histoire Militaire — Военно-исторические Известия)		
JK	Jogtudományi Közlöny (Bulletin des Sciences Juridiques — Вестник юридических Наук)		

INDEX

ÉTUDES

<i>É. V. Windisch</i> : Die Entstehung der Voraussetzungen für die deutsche Nationalitätenbewegung in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.....	3
Э. Виндиш : Предпосылки национального движения немцев в Венгрии во второй половине XIX. в.	55
<i>J. Jemnitz</i> : The First International and the War. (1864—1866).....	57
Я. Йемниц : Первый Интернационал и Война (1864—1866 гг.)	93
<i>L. Mátrai</i> : Probleme des Fortschritts und des Verfalls in der Kulturgeschichte.....	95
Л. Матрай : Проблемы прогресса и упадка в истории культуры	111
<i>Л. Кёваго</i> : Югославяне в Венгрии и право нации на самоопределение (1918—1919 гг.)	113
<i>L. Kővágyó</i> : Les populations sud-slaves de la Hongrie et le droit à l'autodétermination nationale (1918—1919)	161
<i>Zs. L. Nagy</i> : The Mission of General Smuts to Budapest, April 1919.	163
Ж. Л. Надь : Миссия генерала Сматса в Будапеште в апреле 1919 года	184
<i>D. Nemes</i> : Die »österreichische Aktion« der Bethlen-Regierung.....	187
Д. Немеш : «Австрийская акция» правительства Бетлена	259
<i>Gy. Ránki</i> : The German Occupation of Hungary.....	261
Дь. Ранки : Немецкая оккупация Венгрии	282
<i>I. Sinkovics</i> : Quelques remarques concernant l'étude intitulée «La situation des serfs en Hongrie de 1514 à 1848»	285

DOCUMENTS

<i>L. Kerekes</i> : Akten zu den geheimen Verbindungen zwischen der Bethlen-Regierung und der österreichischen Heimwehrbewegung	299
---	-----

RAPPORT SUR LES RECHERCHES

Historical Problems of the Austro-Hungarian Monarchy 1900—1918. Conference Held in Budapest from the 4th to the 9th May 1964.....	341
<i>E. Fügedi</i> : Hungarian Bishops in the Fifteenth Century. (Some Statistical Observations)	375

COMPTE RENDU DE LIVRES

- Gy. Györfly* : Historical Geography of Hungary in the Age of the Árpáds. (*I. Szabó*).. 393
Zs. P. Pach : Agrarian Development in Western Europe and Hungary in the 16th—17th Century. (*E. Molnár*) 398
C. Göllner : Turcica. Die europäischen Türkendrucke des 16. Jahrhunderts. (*K. Benda*) 405
Д. Немеш : Внешняя политика правительства Бетлена в период с 1927 года по 1931 г. (*И. Беренд*) 409

CHRONIQUE

- Les Conférences Internationales de la Table Ronde des Archives — Conférences scientifiques du mouvement de la paix — Conférence d'historiens à Berlin, à l'occasion du 25^e anniversaire du déclenchement de la deuxième guerre mondiale — L'Autriche-Hongrie et l'Internationale. Symposium International d'Histoire, Vienne, 7—9 septembre 1964 413

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie choisie d'ouvrages d'histoire publiés en Hongrie dans la deuxième moitié de 1962..... 425
Репертуорий произведений по истории, вышедших в Венгрии в первой половине 1962 г. 425

Auteurs du présent numéro

K. Benda, candidat ès sciences historiques, chargé de recherches à l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *I. T. Berend*, docteur ès sciences historiques, professeur à l'Université des Sciences Économiques Karl Marx — *E. Fügedi*, collaborateur scientifique de la Société Hongroise d'Histoire — *J. Jemnitz*, candidat ès sciences historiques, chargé de recherches à l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *L. Kerekes*, candidat ès sciences historiques, chargé de recherches à l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *L. Kóvágó*, candidat ès sciences historiques, chargé de recherches à l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *Zs. L. Nagy*, candidate ès sciences historiques, chargée de recherches à l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *L. Mátrai*, académicien, directeur général de la Bibliothèque de l'Université de Budapest — *E. Molnár*, académicien, directeur de l'Institut de Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *D. Nemes*, académicien, membre du Comité Politique du Parti Socialiste-Ouvrier — *Gy. Ránki*, docteur ès sciences historiques, directeur adjoint de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise, — *I. Sinkovics*, candidat ès sciences historiques, professeur à l'Université Roland Eötvös — *I. Szabó*, docteur ès sciences historiques, professeur d'université en retraite — *É. V. Windisch*, collaboratrice scientifique en chef de la Bibliothèque Nationale Széchényi

Printed in Hungary

A kiadásért felel az Akadémiai Kiadó igazgatója

Műszaki szerkesztő: Farkas Sándor

A kézirat nyomdába érkezett: 1965. III. 18. — Terjedelem: 39 (A/5) ív, 1 ábra

65.60509 Akadémiai Nyomda, Budapest — Felelős vezető: Bernát György



«*Acta Historica*» публикуют трактаты из области исторических наук на русском, французском, английском и немецком языках.

«*Acta Historica*» выходят отдельными выпусками разного объема. Четыре выпуска составляют один том (25—30 печатных листов) в год.

Подписная цена «*Acta Historica*» — 110 форинтов за том. Заказы принимает предприятие по внешней торговле книг и газет «Kultúra» (Budapest 62 POB 149) или его заграничные представительства и уполномоченные.

The *Acta Historica* publish papers on history in French, English, Russian and German.

The *Acta Historica* appear in issues of various size making up volumes. One volume of 400—500 pages appears every year.

The rate of subscription to the *Acta Historica* is 110 forints a volume. Orders may be placed with "Kultúra" Foreign Trade Company for Books and Newspapers (Budapest 62, POB. 149) or with representatives abroad.

Die *Acta Historica* veröffentlichen Abhandlungen aus dem Bereiche der Geschichtswissenschaft in französischer, deutscher, russischer und englischer Sprache.

Die *Acta Historica* erscheinen in Heften wechselnden Umfangs. Vier Hefte bilden einen 25—30 Bogen starken, jährlich erscheinenden Band.

Der Abonnementspreis pro Band beträgt 110 Forint. Bestellbar bei dem Buch- und Zeitungs-Außenhandels-Unternehmen »Kultúra« (Budapest 62, POB. 149) oder bei seinen Auslandsvertretungen und Kommissionären

112, - FI

,

Index: 26.012